Dritter Teil: Die öffentliche Debatte über die Vertragsreform

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

1. Vorbemerkung

Trotz ihres krisenhaften Verlaufs und trotz der Tragweite ihrer Ergebnisse führten die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht nicht zu einer öffentlichen Neudeutung der europäischen Integration im Sinne eines europäisch-innenpolitischen Modells. Ein Erklärungsansatz, warum dieser Verfassungsmoment ausblieb, wurde bereits im Ersten Teil der Arbeit formuliert: Demnach hatte in allen Ländern jeweils die nationale Regierung den höchsten Nachrichtenwert, da sie als einziger Akteur sowohl unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt als auch dem nationalen Publikum durch Wahlen verantwortlich war. Dies führte zu einer Fragmentierung der öffentlichen Auseinandersetzung entlang nationaler Grenzen, bei der für jede Zeitung die europapolitische Agenda der eigenen Regierung im Vordergrund stand. Andere Akteursgruppen bezogen ihren Nachrichtenwert hingegen nur aus jeweils einem dieser beiden Nachrichtenfaktoren: Die übrigen Regierungen hatten Bedeutung vor allem als Veto-Akteure in den Verhandlungen; da sie für das jeweils nationale Publikum nicht wähl- oder abwählbar waren, wurden ihre Tätigkeiten jedoch eher nicht unter parteipolitisch-weltanschaulichen Vorzeichen bewertet. Umgekehrt war die nationale Opposition für das jeweils nationale Publikum vor allem als die Wahlalternative von Interesse, an der sich die Regierung messen lassen musste, und spielte deshalb eine wichtige Rolle in der parteipolitischen Debatte. Sie hatte jedoch keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis der Verhandlungen, sodass ihre Positionen nur für die nationale Europapolitik als relevant angesehen wurden, nicht für die europäischen Verhandlungen insgesamt.

Um diesen Erklärungsansatz zu überprüfen, soll im Folgenden die mediale Debatte analysiert werden, die in den großen deutschen, französischen und britischen Qualitätstageszeitungen über die Vertragsverhandlungen geführt wurde. Tatsächlich lässt sich an diesen Zeitungen recht deutlich beobachten, wie sich die beschriebene Akteurskonstellation auch auf die Berichterstattung auswirkte. Generell zerfiel die Debatte über die Vertragsreform in jeder nationalen Öffentlichkeit grob in zwei Darstellungsfelder: Eine Gruppe von Artikeln und Kommentaren befasste sich mit den *zwischenstaatlichen* Verhandlungen über die Vertragsreform; eine andere behandelte die jeweiligen *innerstaatlichen* Auseinandersetzungen über die von der Regierung eingeschlagene Europapolitik. Dabei lag der

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Fokus innerhalb der ersten Gruppe auf der Frage, wie die eigene Regierung mit den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten (und mit den supranationalen Organen, etwa der Europäischen Kommission) interagierte. In der zweiten Gruppe konfrontierten die Artikel die Positionen der eigenen Regierung mit jenen anderer Akteure des eigenen Landes; Akteure aus dem Ausland kamen hingegen kaum vor.

Beispielhaft lässt sich diese Zweiteilung an der Berichterstattung des britischen *Guardian* nach dem Gipfel von Maastricht verdeutlichen. Am 12. Dezember 1991 erschienen hier gleich zwei Themenseiten zu den Verhandlungsergebnissen: Die eine von ihnen war mit „After the Summit: View from Europe" überschrieben und enthielt unter anderem Artikel und Kommentare über die Vertragsinhalte sowie eine Übersicht, inwieweit die einzelnen nationalen Regierungen ihre Verhandlungsziele erreicht hatten. Die andere trug hingegen den Titel „After the Summit: View from Britain" und beschrieb die Reaktionen der verschiedenen britischen Parteien sowie einzelner nationaler Interessengruppen, etwa des britischen Industrieverbands.[469]

Die Artikel der beiden genannten Gruppen unterschieden sich jedoch nicht nur in Bezug auf die darin behandelten Akteure und Themen. Häufig waren sie auch von unterschiedlichen Autoren verfasst: Auslands- und Europakorrespondenten im ersten Fall, Politikredakteure und (nationale) Parlamentskorrespondenten im zweiten.[470] Eine Kombination aus der zwischen- und der innerstaatlichen Perspektive fand sich in der Regel allen-

469 TG 12.12.1991:2b, TG 12.12.1991:3a.

470 Alle untersuchten Zeitungen unterhielten im analysierten Zeitraum eigene Büros in Brüssel mit teils mehreren Korrespondenten. Zahlreiche Artikel über die Vertragsverhandlungen erschienen besonders von Winfried Münster für die SZ, Peter Hort und Michael Stabenow für die FAZ, Philippe Lemaitre, Claire Tréan und Marcel Scotto für *Le Monde,* Robert de Suzannet und Baudouin Bollaert für *Le Figaro,* John Palmer für den *Guardian* sowie George Brock, Michael Binyon und Peter Guilford für die *Times.* Daneben erschienen häufig Beiträge der Auslandskorrespondenten in den Hauptstädten der anderen großen Mitgliedstaaten, etwa Gerd Kröncke (London) für die SZ, Thankmar von Münchhausen (Paris), Ulrich Grundinski (London), Heinz-Joachim Fischer (Rom) und Walter Haubrich (Madrid) für die FAZ, Dominique Dhombres bzw. Laurent Zecchini (London), Henri de Bresson (Bonn) und Christian Chartier (Den Haag) für *Le Monde,* Vincent Gérard bzw. Jacques Duplouich (London) und Jean-Paul Picaper (Bonn) für *Le Figaro,* Paul Webster (Paris), David Gow (Bonn) und John Hooper (Madrid) für den *Guardian,* Ian Murray (Bonn) für die *Times.* Andere Journalisten, die sich (etwa als Leiter des Außenpolitik-Ressorts, als Wirtschaftsredakteure oder als Kolumnisten) wiederholt mit den Maastricht-Verhandlungen befassten, waren unter anderem Josef Joffe und Franz Thoma in der SZ,

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

falls in längeren Berichten und in einigen Meinungstexten. Allerdings sorgte auch in diesen Fällen meist die innere Struktur der Artikel für eine Differenzierung beider Aspekte. So berichteten etwa Seite-1-Aufmacher zu bedeutenden Gipfelereignissen bisweilen zunächst über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, ehe sie am Ende kurz zu den innerstaatlichen Reaktionen wechselten.[471]

Diese deutliche Unterscheidung, die die Medien selbst zwischen den beiden Seiten der Debatte über den Vertrag vornahmen, liegt auch dem Aufbau der folgenden Analyse zugrunde. Im folgenden Kapitel wird für jede der beiden Artikelgruppen dargestellt, welche gemeinsamen Merkmale sich in allen untersuchten Zeitungen fanden. Anschließend werden für die erste und zweite Verhandlungsphase sowie für den Gipfel von Maastricht die länderspezifischen Ausprägungen der Debatte in Deutschland, Frankreich und Großbritannien in den Blick genommen, wobei jeweils zuerst die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und dann die über die nationale Europapolitik analysiert wird.

Günther Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger in der FAZ, Jacques Amalric, Marie-Pierre Subtil, Pierre Servent und Françoise Lazare in *Le Monde,* Paul Guilbert, Jean François-Poncet und Franz-Olivier Giesbert im *Figaro,* Hugo Young und Will Hutton im *Guardian* sowie Andrew McEwen in der *Times.* Das Spektrum der Autoren, die über nationale Europapolitik schrieben, war demgegenüber meist größer und weniger spezialisiert; wiederholt in Erscheinung traten hier unter anderem Udo Bergdoll in der SZ, Claus Gennrich in der FAZ, Alain Rollat in *Le Monde,* Henri Paillard, Jean-Philippe Moinet, Patrice-Henry Desaubliaux und Michel Chamard im *Figaro,* Michael White, Patrick Wintour, Hella Pick, Alan Travis und Nikki Knewstub im *Guardian* sowie Ronald Butt, Nicholas Wood, Philip Webster und Robert Oakley in der *Times.*

471 Vgl. z. B. TT 22.09.1988:1, TG 20.04.1990:1, SZ 11.12.1989:1, SZ 30.04.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

2. Gemeinsame Merkmale

2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

Vergleicht man die Darstellung der Verhandlungen auf europäischer Ebene – die Vorschläge der supranationalen Institutionen und die Gespräche zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten –, so lassen sich bei der Auswahl der berichteten Ereignisse große Ähnlichkeiten zwischen den Zeitungen aller drei untersuchten Länder feststellen. Im Mittelpunkt standen jeweils die Tagungen des Europäischen Rates, wo nach dem Verständnis der Medien die zentralen Beschlüsse über die Vertragsreform fielen. Diesen Gipfeltreffen (etwa in Straßburg im Dezember 1989, Dublin im April und Juni 1990 oder Rom im Oktober und Dezember 1990) war in der Regel an mindestens einem, manchmal an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen ein Aufmacher auf dem Titelblatt der Zeitung gewidmet. Außerdem erschienen in ihrem Umfeld vermehrt weitere Artikel und Kommentare, die zum Beispiel das Verfahren der Verhandlungen, die Interessen der beteiligten Akteure oder die Aussichten auf eine Einigung thematisierten.

Typischerweise begann die mediale Aufmerksamkeit für einen Gipfel etwa ein bis zwei Wochen vorher. Dies entsprach ungefähr dem Zeitrahmen, in dem auch die beteiligten politischen Akteure die Vorschläge veröffentlichten, über die sie bei der Tagung diskutieren wollten: So wurden etwa der deutsch-französische Vorschlag für eine Politische Union vom 19. April 1990 neun Tage, der britische Major-Plan vom 20. Juni 1990 fünf Tage und die Stellungnahme der Kommission zur Politischen Union vom 21. Oktober 1990 sechs Tage vor einem angesetzten Gipfel präsentiert. Die ausführlichste Berichterstattung fand sich dann meist unmittelbar nach dem Treffen, wenn dessen Ergebnisse analysiert wurden. Danach nahm das mediale Interesse in der Regel schnell wieder ab oder leitete – sofern die Gipfelergebnisse unter nationalen Akteuren umstritten waren – in eine innerstaatliche Kontroverse über.

Andere Ereignisse, an denen die nationalen Regierungen nicht beteiligt waren, fanden demgegenüber deutlich weniger Aufmerksamkeit. So wurden die Resolutionen für eine institutionelle Reform, die das Europäische Parlament in den Monaten vor dem Fall der Berliner Mauer verabschiedete, von den Medien weitgehend ignoriert; und auch die Entschließungen

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zur Politischen Union vom 23. November 1989 und vom 14. März 1990, die erheblichen Einfluss auf die weiteren Verhandlungen ausübten, fanden nur ein geringes Presseecho. Desgleichen wurden die Kongresse der supranationalen Parteifamilien und die ‚Assisen' Ende 1990 in den meisten Zeitungen allenfalls in einzelnen Berichten auf den hinteren Seiten behandelt.[472] Selbst der Veröffentlichung des Delorsplans im April 1989 widmeten lediglich die beiden britischen Zeitungen und *Le Monde* einen Leitartikel.[473]

Als eine zweite Gemeinsamkeit lässt sich unter allen betrachteten Zeitungen beobachten, dass die Intensität der Berichterstattung im Verlauf der Verhandlungen tendenziell anstieg. Während die Möglichkeit einer Vertragsreform in der ersten Phase der Gespräche kaum thematisiert wurde, fanden sich nach dem Fall der Berliner Mauer deutlich mehr Artikel dazu. Einen erneuten leichten Anstieg gab es mit den beiden Gipfeln von Rom in der zweiten Jahreshälfte 1990. Die mit Abstand größte Aufmerksamkeit wurde in allen Zeitungen jedoch dem Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 zuteil, zu dem die Berichterstattung sehr viel detaillierter war und sich auch schon im Vorfeld über einen deutlich längeren Zeitraum hinzog als bei allen vorhergehenden Ereignissen.

Dieses wachsende Medieninteresse lässt sich am ehesten mit der zunehmenden Verankerung des Themas im öffentlichen Bewusstsein erklären, die umso größer wurde, je weiter die Verhandlungen fortschritten und die Einigung über den Gesamtvertrag näher rückte – ein Effekt, der dem empirisch gut belegten Nachrichtenfaktor ‚Kontinuität' bzw. ‚Thematisierung' entspricht.[474] Demgegenüber fanden die wesentlichen politischen Vorentscheidungen über die Vertragsreform (die, wie oben dargestellt, bereits im Lauf des Jahres 1990 fielen) in allen Ländern nur ein geringeres Presseecho. Verbindet man dies mit der Beobachtung von Christoph O. Meyer, dass zwischen 1991 und 1992 die Zahl der Brüsseler Korrespondenten sprunghaft anstieg,[475] so liegt die Interpretation nahe, dass die Medien selbst von der Tragweite der europapolitischen Entscheidungen in der ers-

472 Eine Ausnahme bildete dabei *Le Monde,* wo sehr ausführlich über die Assisen berichtet wurde (siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.2.1). Vgl. zu den Assisen auch TT 29.11.1990:23.

473 TT 18.04.1989:17, TG 18.04.1989:18, LM 19.04.1989:1.

474 So die im Wesentlichen gleichbedeutenden Bezeichnungen bei Galtung / Ruge 1965 bzw. Schulz 1990 [1976]. Vgl. auch oben, Erster Teil, Kapitel 4.2.

475 Die Zahl der in Brüssel akkreditierten Journalisten war von 1987 bis 1991 von 480 auf 520 angewachsen und erhöhte sich dann innerhalb eines Jahres auf fast 650 (Meyer 2002:122–123).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ten Jahreshälfte 1990 überrascht wurden und erst anlässlich des Gipfels von Maastricht auf eine entsprechend umfassende Berichterstattung vorbereitet waren.[476]

Während sich über die Zeit hinweg also eine Zunahme des Medieninteresses beobachten lässt, fanden sich zwischen den verschiedenen Ländern oder einzelnen Zeitungen kaum Unterschiede im Ausmaß der Berichterstattung – jedenfalls was speziell den Aspekt der *zwischenstaatlichen* Vertragsverhandlungen betrifft. Tendenziell waren diesen in Großbritannien etwas mehr, in Deutschland, vor allem in der *Süddeutschen Zeitung*, etwas weniger Artikel gewidmet.[477] Dabei handelte es sich aber wohl nur um eine Nebenfolge der recht deutlichen Unterschiede bei der Debatte über die *nationale* Europapolitik, auf die weiter unten näher eingegangen wird: Diese war in Großbritannien weitaus intensiver als in den übrigen Ländern, weshalb die britischen Zeitungen auch ein höheres Interesse ihrer Leser für Informationen über den Verlauf der Verhandlungen erwarten konnten.[478] Insgesamt war dieses Gefälle jedoch nicht sehr auffällig.

In Bezug auf die Akteure, die im Vordergrund der Berichterstattung standen, richtete sich – ganz wie es die oben formulierten Hypothesen er-

476 Einen ähnlichen Effekt beschreibt auch Jan-Henrik Meyer, der die deutliche Zunahme der Berichterstattung über den Gipfel von Maastricht 1991 im Vergleich zum Gipfel von Luxemburg 1985 mit der ‚Pfadabhängigkeit' des Medieninteresses erklärt (Meyer 2008:338–339).

477 Das vergleichsweise geringe Interesse der *Süddeutschen Zeitung* an den Vertragsverhandlungen wird auch von Jan-Henrik Meyer bestätigt, der untersucht, wie viele Artikel in jeder Zeitung einen EG-Bezug hatten und wie hoch deren Anteil an allen sowie an allen außenpolitischen Artikeln der Zeitung war (Meyer 2010:159–160). Allerdings unterscheidet Meyers Untersuchung nicht zwischen Artikeln über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und Artikeln über die nationale Europapolitik und beschränkt sich zudem ausschließlich auf den Gipfel im Dezember 1991. Dies erklärt, weshalb er die höchste Zahl an EG-Artikeln ausgerechnet bei *Le Figaro* findet: In Frankreich kam es gerade um den Gipfel von Maastricht zu einer starken Zunahme der *innerstaatlichen* Europadebatte (siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2), ohne dass sich die Darstellungsintensität der *zwischenstaatlichen* Verhandlungen wesentlich von den übrigen Ländern unterschieden hätte.

478 Zudem unterschieden sich die britischen Medien, wie unten noch näher beschrieben wird, auch inhaltlich von den deutschen und französischen, da im Fokus der Berichterstattung jeweils die eigene nationale Regierung stand und die Vorschläge der britischen Regierung stark von denen der übrigen Staaten abwichen. Ein Grund für die etwas ausführlichere Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen könnte also auch sein, dass die britischen Zeitungen neben den Initiativen der eigenen Regierung auch noch wenigstens zu einem gewissen Grad die tatsächlichen Hauptthemen der Verhandlungen abdecken mussten.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

warten lassen – die meiste Aufmerksamkeit in jedem Land auf die jeweils eigene nationale Regierung. Abgesehen davon spielten in der Berichterstattung allerdings jeweils recht ähnliche Akteure eine wichtige Rolle. Nach der eigenen Regierung am häufigsten thematisiert wurden in allen drei untersuchten Ländern die Regierungen der beiden anderen großen Mitgliedstaaten. Dabei herrschte durchgehend (wenn auch im Einzelnen mit gewissen Unterschieden, auf die weiter unten ausführlicher eingegangen wird) ein Interpretationsmuster vor, das Deutschland und Frankreich als die hauptsächlich treibenden Kräfte und Großbritannien als wichtigsten Bremser der Vertragsreform sah.

Alle übrigen Akteure stießen demgegenüber auf deutlich weniger Interesse. Eine gewisse Bedeutung wurde jeweils der Regierung des Landes zugeschrieben, das die halbjährige EG-Ratspräsidentschaft innehatte, in den Jahren 1989–91 also nacheinander Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Von ihnen erwarteten die Medien zum einen Kompromissvorschläge zwischen den Maximalpositionen, zum anderen auch eine Führungsrolle in Verfahrensfragen – etwa in Bezug auf das Tempo oder die Schwerpunktsetzung der Gespräche.[479] Außerdem gewannen die Regierungen kleinerer Mitgliedstaaten manchmal an medialer Präsenz, wenn sie in spezifische Konflikte verwickelt waren und mit einer Blockade der Verhandlungen drohten: So berichteten etwa die deutschen und französischen Zeitungen im Dezember 1990 recht ausführlich über die scharfe Kritik, die die niederländische Regierung an einem Vorschlag Kohls und Mitterrands zur Politischen Union geübt hatte;[480] und in allen drei Ländern fand vor dem Gipfel von Maastricht die mit einer Veto-Drohung verbundene Forderung Spaniens nach einem neuen Konvergenzfonds Aufmerksamkeit.[481]

---

479 Vgl. etwa TG 28.06.1989:10b (zu Spanien), TG 01.07.1989:6a (zu Frankreich), FAZ 11.04.1990:6 (zu Irland), SZ 25.06.1990:7, TG 02.07.1990:6, TG 13.07.1990:10, TT 13.07.1990:9 (zu Italien), LM 01.12.1991:1, TT 05.12.1991:11a, TT 09.12.1991:2a (zu den Niederlanden).

480 Vgl. SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:4, SZ 14.12.1990:8, FAZ 14.12.1990:1–2, FAZ 17.12.1990:12b, LM 11.12.1990:3, LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3, LF 14.12.1990:1. In den britischen Zeitungen wurde dieser Konflikt hingegen überhaupt nicht erwähnt.

481 Vgl. u. a. SZ 04.12.1991:2, SZ 07.12.1991:12e, SZ 09.12.1991:2, FAZ 04.12.1991:2, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:2b, FAZ 12.12.1991:2c, LM 05.12.1991:6b, LM 07.12.1991:6e, LF 27.11.1991:5, TG 03.12.1991:8a, TG 09.12.1991:2e, TT 29.11.1991:12, TT 10.12.1991:11d. Für die britischen Medien zeichnete sich dieses Thema nicht zuletzt dadurch aus, dass es der einzige große Konflikt vor dem Gipfel von Maastricht war, bei dem die britische Regierung

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Davon abgesehen erschienen die kleineren Staaten jedoch meist nur in summarischen Gesamtüberblicken, in denen die Positionen aller Mitgliedsregierungen dargestellt wurden. Solche Übersichtsdarstellungen waren vor allem im Vorfeld von Gipfeln recht verbreitet.[482] Allerdings war auch hier häufig den Regierungen der großen Staaten mehr Platz gewidmet als den übrigen: So beschrieb etwa die *Times* kurz vor dem Maastrichter Gipfel unter der Überschrift „Where the twelve Community leaders stand" die Regierungschefs aller Mitgliedsländer in Einzelporträts, ging dabei jedoch nur auf Major, Kohl, Mitterrand und González ausführlicher ein.[483]

Unter den supranationalen Akteuren, die an den Verhandlungen beteiligt waren, spielte vor allem der Kommissionspräsident Jacques Delors eine wichtige Rolle. Dieser wurde nicht nur regelmäßig als Teilnehmer an den Gipfeltreffen des Europäischen Rates genannt, sondern galt seit der Vorstellung des nach ihm benannten Plans zur Währungsunion in allen Ländern als treibende Kraft der Vertragsreform. Dies ist aus Perspektive der oben formulierten Überlegungen zum Nachrichtenwert insofern überraschend, als Delors während der Verhandlungen wenigstens formal nur noch geringen Einfluss auf die spätere Entscheidung nehmen konnte und jedenfalls kein Vetorecht besaß. Er galt jedoch als wichtiger Ideengeber der Reform und fand vor allem in den britischen Medien als Symbolfigur des europäischen Föderalismus und Gegenspieler der Regierung Thatcher teilweise ebenso viel Aufmerksamkeit wie der deutsche Bundeskanzler Kohl oder der französische Präsident Mitterrand.

Hingegen nahmen die Positionen des Europäischen Parlaments in allen Ländern nur einen deutlich untergeordneten Stellenwert ein. Sie wurden zwar in groben Zügen wiedergegeben, aber nicht ausführlich behandelt. Auffälligerweise wurde das Parlament zudem in aller Regel als eine institutionelle Einheit betrachtet. Eine Differenzierung zwischen den Standpunkten der einzelnen Fraktionen bzw. der europäischen Parteienfamilien erfolgte fast nie – was allerdings auch dadurch zu erklären ist, dass EVP,

---

nicht im Mittelpunkt stand. Dies ging etwa aus einer Liste der zehn wichtigsten offenen Streitfragen hervor, die die *Times* Anfang Dezember 1991 an mehreren Tagen abdruckte (erstmals in TT 03.12.1991:1). Unmittelbar vor dem Gipfel ließ sie die spanische Veto-Drohung allerdings fallen und reduzierte die Liste auf neun Punkte (TT 09.12.1991:1b) – offenbar weil Konflikten, an denen die eigene Regierung nicht beteiligt war, letztlich doch nur eine geringere Bedeutung zugeschrieben wurde.

482 Vgl. zum Beispiel FAZ 13.12.1990:5h, SZ 07.12.1991:12d.

483 TT 09.12.1991:2e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

BSPEG und ELDR in der Frage der Vertragsreform nur geringe inhaltliche Unterschiede aufwiesen. Häufig zitierten die Medien stattdessen nur den Parlamentspräsidenten Enrique Barón Crespo, der jeweils zu Beginn der Treffen des Europäischen Rates anwesend war, um die institutionellen Positionen des Parlaments zu vertreten.[484] Sofern darüber hinaus noch weitere Abgeordnete genannt wurden, neigten die Zeitungen dazu, eher die Meinungen von Parlamentariern aus dem eigenen Land zu zitieren als von solchen aus anderen Mitgliedstaaten – in aller Regel ohne diesen Umstand explizit zu thematisieren.[485] Auch wenn die Zeitungen Gastkommentare und Leserbriefe von Europaabgeordneten abdruckten, was immer wieder vorkam, stammten diese fast immer nur von solchen aus dem eigenen Land.[486]

Wie stark die Berichterstattung auch über das Europäische Parlament von der jeweiligen nationalen Agenda geprägt war, lässt sich beispielhaft an der Resolution vom 11. Juli 1990 verdeutlichen, in der das Parlament seine Haltung zur Politischen Union zum Ausdruck brachte. Die beiden deutschen Zeitungen berichteten über diese Resolution deutlich weniger

484 Vgl. etwa TT 09.12.1989:1, TG 11.10.1990:10, FAZ 10.12.1991:5a, LM 11.12.1991:6. Daneben wurden verschiedentlich auch die Fraktionsvorsitzenden der Christdemokraten (Egon Klepsch), Sozialdemokraten (Jean-Pierre Cot) und Liberalen (Valéry Giscard d'Estaing) zitiert – allerdings in der Regel mit weitgehend übereinstimmenden Meinungen (z. B. FAZ 21.11.1991:5a). Berichte, die allein die Position einzelner Fraktionen oder Parteifamilien in den Blick nahmen, waren selten und meist eher kurz (z. B. LM 13.12.1990:4a, FAZ 07.12.1991:2).

485 So ließ etwa die FAZ mehrfach einzelne deutsche Abgeordnete gewissermaßen stellvertretend für das Parlament insgesamt zu Wort kommen (z. B. FAZ 23.06.1990:10, FAZ 09.12.1991:10b), und *Le Monde* zitierte recht häufig die Positionen Valéry Giscard d'Estaings, der als UDF-Parteivorsitzender und ehemaliger Staatspräsident auch ein wichtiger Akteur der französischen nationalen Politik war (z. B. LM 14.12.1989:8, LM 19.04.1990:1, LM 22.06.1990:7,LM 22.11.1991:3a, LM 28.11.1991:8c).

486 Z. B. SZ 07.12.1991:12a, FAZ 04.12.1990:10, FAZ 09.12.1991:12b, LM 29.06.1988:2, LM 21.04.1989:2, LM 30.06.1990:2, LF 09.12.1991:2b, TT 07.10.1988:17a, TT 30.10.1990:13a, TT 06.12.1989:17a. Zu den wenigen Ausnahmen zählten ein Leserbrief des niederländischen Liberalen Hans Nord in der *Times* sowie Gastkommentare des französischen Sozialdemokraten Jean-Pierre Cot im *Guardian* (TT 23.09.1988:13b, TG 23.11.1990:29a). Insbesondere in der *Times* erschienen recht viele Leserbriefe von britischen konservativen Europaabgeordneten, die sich in der Regel allerdings weniger mit der Vertragsreform selbst als mit der Position der britischen Regierung dazu befassten und daher am besten als Meinungsäußerungen im Flügelstreit der Conservative Party zu verstehen sind (z. B. TT 26.06.1989:15, TT 28.04.1990:11a, TT 13.12.1991:15a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ausführlich als über eine andere Entschließung vom selben Tag, in der das Europäische Parlament Position zur deutschen Wiedervereinigung bezog.[487] In Frankreich nahm *Le Monde* die Parlamentsresolution zum Anlass, um ausführlich die Möglichkeit eines „Sénat européen composé de délégués des Parlements nationaux" zu erörtern – ein Vorschlag, der von verschiedenen französischen (sowie belgischen und britischen) Politikern unterstützt wurde, im Europäischen Parlament selbst hingegen kaum auf Zustimmung stieß.[488] *Le Figaro* konzentrierte sich auf einen am selben Tag verabschiedeten Bericht des Parlaments zum Subsidiaritätsprinzip, den der ehemalige französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing verfasst hatte.[489] In Großbritannien schließlich berichtete die *Times* überhaupt nicht über die Resolution, während der *Guardian* die Forderungen des Parlaments als „a direct confrontation with the British government" bezeichnete und insbesondere analysierte, wie sich die Europaabgeordneten der Conservative Party und der Labour Party dazu positionierten.[490]

Über die verschiedenen nationalen Regierungen und die supranationalen Institutionen hinaus behandelten die Berichte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen schließlich bisweilen auch die ausländischen Oppositionsparteien oder andere ausländische Akteure, denen ein gewisser Einfluss auf die nationale Europapolitik ihres Landes zugeschrieben wurde. Allerdings waren die Positionen dieser Akteure in der Regel nicht alleiniges Thema eines Artikels, sondern wurden jeweils in mehr oder weniger expliziter Form mit dem Standpunkt der Regierung ihres Landes verglichen. Letztlich dienten diese Beiträge also vor allem dem Zweck, die Haltung der jeweiligen ausländischen *Regierung* zu erklären, indem man sie in den Kontext der innerstaatlichen Debatte setzte, die in dem betreffenden Land über die dortige nationale Europapolitik geführt wurde.[491]

---

487 In der FAZ erschien über beide Resolutionen je ein Artikel, wobei jener zur Politischen Union allerdings kürzer ausfiel (FAZ 12.07.1990:5a, FAZ 12.07.1990:5b). Die SZ berichtete ausschließlich über die Resolution zur deutschen Wiedervereinigung (SZ 12.07.1990:2).

488 LM 12.07.1990:1, 4, ähnlich LM 12.07.1990:4a, LM 12.07.1990:4b.

489 LF 12.07.1990:6, LF 13.07.1990:6. Dabei zitierte die Zeitung ausschließlich Äußerungen französischer Politiker: neben Giscard d'Estaing noch den Präsidenten der Assemblée Nationale Laurent Fabius, den Europaabgeordneten Claude Cheysson sowie den Kommissionspräsident Jacques Delors.

490 TG 11.07.1990:4.

491 Da diese innerstaatliche Europadebatte in Großbritannien besonders heftig geführt wurde, berichteten deutsche und französische Zeitungen auch besonders häufig über die britische Opposition (z. B. FAZ 06.12.1990:8, SZ 23.11.1991:2, LM 07.12.1990:6, LM 26.11.1991:7). Im Dezember 1991, als auch in Frankreich

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

In der Schlussphase der Verhandlungen stießen einige ausländische Oppositionsakteure darüber hinaus auch dadurch auf ein gewisses Interesse, dass sie drohten, die Ratifikation des Vertrags zu verweigern. So berichteten sowohl *Le Monde* als auch die *Times* und der *Guardian* kurz vor dem Gipfel von Maastricht über Vetodrohungen des deutschen Bundesrats und der SPD.[492] Allerdings wurde in diesen Fällen weniger ausführlich berichtet als etwa über Vetodrohungen ausländischer Regierungen. Wenigstens während des hier analysierten Zeitraums bis Ende 1991 betrachteten die Zeitungen den Ratifikationsprozess nicht als ein gemeinsames europäisches Problem, sondern als eine Angelegenheit der jeweiligen Mitgliedstaaten. Die durchaus reale Möglichkeit, dass der gesamte Vertrag zuletzt in einem nationalen Parlament am Widerstand der dortigen Opposition scheitern könnte, wurde in keinem einzigen Artikel ausführlich thematisiert.

Insgesamt richteten alle untersuchten Zeitungen den Fokus ihrer Berichterstattung über die Verhandlungen also auf die nationalen Regierungen und ihre Gespräche im Europäischen Rat. Dies hatte auch eine charakteristische Folge für den Deutungsrahmen der konkreten Vorschläge zur Vertragsreform: Unabhängig davon, wo sie ursprünglich entstanden waren, wurden sie in allen untersuchten Zeitungen meist den nationalen Regierungen zugeordnet, die sie in den Verhandlungen aufgriffen und vertraten. Insgesamt beförderte dieses Zuschreibungsschema das Bild, dass es in den Verhandlungen vor allem um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen nationalen Positionen der Mitgliedstaaten gehe. Beispielsweise galt, wie unten noch näher beschrieben wird, die Stärkung des Europäischen Parlaments als eine ‚deutsche', die Unionsbürgerschaft als eine ‚spanische' Forderung – ungeachtet des Umstands, dass diese Vorschläge wie die meisten Inhalte der Vertragsreform eigentlich auf Initiativen der supranationalen Organe zurückgingen.[493]

Nur sehr viel seltener kam es hingegen vor, dass Reformvorschläge einem bestimmten politischen Lager oder einer europäischen Parteienfamilie zugeschrieben wurden. Lediglich in *Le Monde* und in der *Times* wurden die Konflikte zwischen der französischen und der britischen Regierung wiederholt als Ausdruck einer europaweiten Auseinandersetzung

---

die Debatte über die nationale Europapolitik an Intensität gewann, widmete die FAZ auch den Vorwürfen der französischen Opposition gegen die Regierung Mitterrand einen Artikel (FAZ 10.12.1991:5b).

492 LM 29.11.1991:7, TT 15.11.1991:11b, TG 30.11.1991:1.

493 Siehe hierzu eingehend unten, Vierter Teil, Kapitel 3.2 und 3.3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Ansätzen interpretiert.[494] Einen Beitrag zu diesem Interpretationsrahmen leistete Thatcher selbst, indem sie vor dem Gipfel von Madrid 1989 die geplante europäische Sozialcharta als „backdoor socialism" ablehnte.[495] Letztlich spielte diese weltanschaulich-parteipolitische Deutung der europäischen Verhandlungen aber nur eine untergeordnete Rolle. Einige Kommentare wiesen sie sogar explizit zurück;[496] und besonders in den deutschen Medien spielte sie während der gesamten Vertragsreform keine Rolle.

Dass die Verhandlungen in allen untersuchten Medien vor allem als Auseinandersetzung zwischen nationalen Positionen statt zwischen weltanschaulichen Richtungen interpretiert wurden, wirkte sich letztlich auch darauf aus, wie die Zeitungen die Gipfel des Europäischen Rates bewerteten. Im Mittelpunkt stand dabei fast immer die Frage, wie gut sich die einzelnen Regierungen mit ihren jeweiligen Forderungen durchgesetzt hatten – wobei nach Form eines Nullsummenspiels der Erfolg der einen Seite meist mit der Niederlage der anderen gleichgesetzt wurde. Vorbereitet wurde diese Form der Berichterstattung häufig durch Übersichtsdarstellungen, die im Vorfeld der Treffen die Gegensätze zwischen den nationalen Positionen kontrastierten.[497] Zum Teil griffen die Zeitungen dabei sogar auf Tabellen zurück, die die Haltung der Regierungen zu bestimmten Reformvorschlägen in einem knappen Ja/Nein-Schema zusammenfassten.[498] Nach den Gipfeln wiederum hoben häufig schon die Artikelüberschriften Sieger und Unterlegene hervor.[499]

---

494 Z. B. LM 29.06.1989:2b, LM 30.11.1989:2, LM 10.12.1989:1b, TT 28.06.1989:16, TT 03.12.1991:10a; ähnlich auch LM 04.12.1990:2, wo allerdings nicht die britische Regierung, sondern eher die Kommission und die Deutsche Bundesbank als Gegner einer sozialistischen Wirtschaftspolitik beschrieben wurden.

495 TT 26.06.1989:1.

496 Vor allem europafreundliche Mitglieder der Conservative Party wehrten sich in Gastkommentaren für die *Times* gegen dieses Interpretationsmuster (TT 23.06.1989:12, TT 08.12.1989:14b).

497 Dies gilt vor allem für den zweiten Gipfel von Rom (z. B. FAZ 13.12.1990:5h, TG 12.12.1990:13d, TT 13.12.1990:10f) sowie den Gipfel von Maastricht (LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a, SZ 07.12.1991:12d, FAZ 09.12.1991:1–2, TT 09.12.1991:2e).

498 TT 13.12.1990:10a, LF 09.12.1991:4a.

499 Zum Beispiel: „Thatcher wins time to fight Delors report – Defeat for Mitterrand over 1992 deadline" (TT 28.06.1989:1), „Bonn fait une concession importante sur la construction européenne" (LM 08.12.1989:1–2), „Ein Sieg Kohls" (SZ 11.12.1989:4a), „Rome summit leaves Britain cast in role of EC double loser" (TT 29.10.1990:7b), „La victoire de l'Allemagne" (LF 09.12.1991:2b), „PM ‚facing a humiliating defeat on single currency'" (TG 10.12.1991:3c), „Nato

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die meiste Aufmerksamkeit war auch hier allerdings immer wieder der jeweils eigenen Regierung gewidmet. Deren Aktivitäten auf dem Gipfel wurden in der Regel nicht nur ausführlicher dargestellt, sondern auch stärker als Erfolg oder Scheitern bewertet. Dabei analysierten und kritisierten die Medien nicht nur die Argumente, mit denen die Regierung ihren Standpunkt begründete, sondern vor allem auch das diplomatische Geschick, mit dem sie ihre Interessen vertrat und beispielsweise beim Aufbau strategischer Allianzen erfolgreich war. In diesem Sinn warf etwa die *Times* wiederholt die Frage auf, ob Thatcher mit einem weniger scharfen Tonfall mehr Unterstützung finden würde[500] und ob es der britischen Regierung gelingen könnte, kleinere Staaten wie Dänemark auf ihre Seite zu ziehen.[501] Der *Guardian* betonte von Beginn der Verhandlungen an, dass ohne einen drastischen Kurswechsel der britischen Regierung eine Isolation unvermeidlich sei.[502] Die deutschen und französischen Zeitungen wiederum thematisierten regelmäßig die mehr oder weniger erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kohl und Mitterrand.[503]

Während der Fokus der Berichterstattung also meist auf der diplomatischen Performance der jeweils eigenen Regierung lag, wurden die übrigen Gipfelteilnehmer vor allem als potenzielle ‚Verbündete' oder ‚Gegner' betrachtet. Dies hatte auch den Effekt, dass die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Vorschlägen deutlich oberflächlicher blieb. Oft gaben die Medien zwar die Forderungen wieder, mit denen die ausländischen Regierungen in die Verhandlungen gingen, nicht aber die spezifischen Argumente, die sie dafür vorbrachten. Stattdessen wurden ihre Positionen eher als gegebene Tatsachen behandelt, auf die die eigene Regierung zu reagieren hatte. Als Erklärungsmuster dafür dienten dann beispielsweise die scheinbar objektiven ‚realpolitischen' Interessen des anderen Landes, seine besondere politische Kultur oder wahltaktische Überlegungen.

So deutete vor allem die *Times* die deutsche Europapolitik mehrfach als reines Hegemonialstreben und begründete die Zusammenarbeit Kohls

---

declares point win to Britain" (TG 12.12.1991:2d), „In Maastricht gewinnt der Bremser" (SZ 12.12.1991:4).

500 Z. B. TT 20.09.1988:13, TT 26.06.1989:9, TT 28.06.1989:8b, TT 11.12.1989:8, TT 11.12.1989:13, TT 30.04.1990:15, TT 10.12.1990:8.

501 Z. B. TT 01.05.1990:12, TT 03.11.1990:2a, TT 13.12.1990:10d, TT 02.12.1991:9a.

502 Z. B. TG 08.12.1989:22.

503 Z. B. SZ 02.12.1989:4, SZ 23.04.1990:4, FAZ 28.04.1990:1, LM 09.12.1989:1, LM 09.12.1990:1, LF 25.04.1990:25, LF 23.06.1990:2, LF 06.12.1990:3, LF 09.12.1991:3a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und Mitterrands mit den Machtinteressen beider Seiten.[504] Die FAZ erläuterte die französische Europapolitik damit, dass das wirtschaftlich und militärisch geschwächte Land glaube, „nur im europäischen Rahmen bewahren zu können, was es als seine Rolle und seinen ‚Rang' in der Weltpolitik ansieht".[505] Als kulturalistischer Topos war vor allem die Vorstellung einer besonderen britischen Inselmentalität gängig. Ein Artikel in *Le Monde* etwa erklärte, dass Großbritannien „en tant que corps social et nation" aufgrund seiner Insellage eine „méfiance innée" gegen die europäische Integration besitze.[506] Als zentrale Eigenheit galt zudem der besondere britische Pragmatismus, der mit der „manchmal überschwengliche[n] Symbolik" der Kontinentaleuropäer in Konflikt stehe.[507] Umgekehrt erklärte ein Kommentar in der *Times* auch die Bereitschaft der Kontinentaleuropäer zu einer Stärkung der supranationalen Organe mit deren politischer Kultur: In Deutschland, Frankreich und Italien seien Parlamente „of almost no account, and governments based on types similar to the Brussels bureaucrats have an empathy with those who rule arbitrarily from the centre".[508] Allerdings schlossen derart essenzialisierende Erklärungen keineswegs den Verweis auf aktuelle innenpolitische Umstände aus: So konstatierte etwa die FAZ in einem Artikel, die „[b]ritische Nüchternheit" lasse sich „nicht mit jener Aufbruchstimmung in Einklang bringen, von der Europa leben muß" – nur um kurz danach die internen Konflikte der Conservative Party zu beschreiben und die Verhandlungsposition des britischen Premiermi-

504 (TT 08.12.1989:15a, TT 30.04.1990:14, TT 06.11.1990:15, TT 10.12.1990:11, TT 13.12.1990:14, TT 23.12.1991:11).

505 So FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 20.12.1991:1.

506 LM 26.11.1991:7.

507 FAZ 18.04.1990:1, ähnlich z. B. auch LM 24.06.1989:1. Bisweilen invertierten oder ironisierten die Zeitungen die nationalen Stereotypen allerdings auch, etwa wenn *Le Monde* François Mitterrand einen „pragmatisme très anglo-saxon" attestierte, da dieser sich nicht auf ein föderales Integrationsmodell festlegen wolle (LM 28.06.1990:1, ähnlich auch LM 30.10.1990:1). Auch ein *Guardian*-Leitartikel nahm die angebliche „vital difference" zwischen dem „ultimate pragmatism" der Briten und den „grandiloquent speeches" der übrigen Europäer ironisch aufs Korn (TG 23.10.1990:20). Zur Bedeutung von nationalen (Eigen-)Stereotypen in europapolitischen Debatten vgl. auch de Roode 2012.

508 TT 18.12.1990:12. Das Argument, dass die Kontinentaleuropäer aufgrund ihrer politischen Kultur eher bereit seien, ihre nationalen Institutionen aufzugeben, war bereits Teil der Kampagne für einen britischen EG-Austritt vor dem britischen Referendum von 1975 gewesen (vgl. Wellings 2010:493).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nisters vor dem Gipfel von Maastricht als Teil seiner Strategie für die nächste Unterhauswahl zu deuten.[509]

Dass die ausländischen Positionen solcherart als machtpolitisch oder kulturell determiniert und daher quasi unveränderlich verstanden wurden, führte schließlich auch dazu, dass fremde Regierungen in den Zeitungen nur selten als Adressaten auftraten. Während die eigene Regierung bisweilen in Meinungsartikeln mehr oder weniger direkt angesprochen und mit inhaltlichen Argumenten zu einem Überdenken ihrer Standpunkte aufgefordert wurde, wurde von ausländischen Gipfelteilnehmern keine Responsivität gegenüber der inländischen Öffentlichkeit erwartet. In der Berichterstattung der Zeitungen galten sie weniger als Teilnehmer an einer gemeinsamen Debatte über das europäische Gemeinwohl, sondern eher als eine Art Hintergrundfolie, vor der das europapolitische Handeln der *eigenen* nationalen Regierung zu verstehen und zu bewerten war.[510]

Insgesamt gab es also durchaus markante Differenzen zwischen den Zeitungen der verschiedenen untersuchten Länder bei der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, die sich im Wesentlichen aus dem Fokus auf die jeweils eigene Regierung und deren politische Agenda ergaben. Ähnlichkeiten zeigten sie hingegen in Bezug auf die Ereignisse, die zum Anlass der Berichterstattung wurden (vor allem die Gipfeltreffen des Europäischen Rates), auf das Ausmaß der medialen Aufmerksamkeit (anfangs sehr gering, dann bis zum Gipfel von Maastricht stark ansteigend) sowie auf die Akteure, die neben der eigenen Regierung als wichtig angesehen wurden (vor allem die Regierungen der beiden anderen großen Staaten sowie Kommissionspräsident Jacques Delors).

2.2 Die Debatten über die nationale Europapolitik

Das andere große Feld der Debatte über die Vertragsreform, die Auseinandersetzung über die jeweilige nationale Europapolitik, wies noch größere Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen Öffentlichkeiten auf.

509 FAZ 09.12.1991:10c. Auch sonst wurden die Verhandlungspositionen Thatchers und Majors im Ausland wiederholt als wahltaktisches Verhalten interpretiert (FAZ 28.04.1990:2, FAZ 13.12.1990:16, FAZ 22.11.1991:1b, SZ 07.12.1991:12b, LM 15.12.1990:4, LM 08.12.1991:1b, LM 12.12.1991:3e), ebenso wie Kohls Einstellung zum Delorsplan (LM 29.06.1989:2b, LM 07.12.1989:1, TT 07.12.1989:1, TT 09.12.1989:12). Allerdings kam dieses Deutungsmuster zuweilen auch in den jeweiligen inländischen Debatten über die nationale Europapolitik vor.

510 Vgl. hierzu bereits Müller 2011:243–244.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Wie oben schon erwähnt, konfrontierten die Berichte und Kommentare zu diesem Thema in der Regel den europapolitischen Kurs der eigenen Regierung mit den Standpunkten anderer Akteure des eigenen Landes. Noch stärker als die Artikel über die zwischenstaatlichen Verhandlungen folgten sie daher einer nationalspezifischen Dynamik, die sowohl inhaltlich als auch im Ausmaß der Berichterstattung zu Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern führte.

Noch die größten Ähnlichkeiten zeigten sich bei den Anlässen, die zu medialen Debatten über die nationale Europapolitik führten: So gab es in allen Ländern meist im Umfeld der Gipfel des Europäischen Rates nationale Parlamentsdebatten, in denen die Regierung ihre Position in den Verhandlungen erklärte und die Opposition Kritik äußern und eigene Forderungen erheben konnte. Neben diesen Parlamentsdebatten konnten allerdings auch andere Ereignisse, etwa nationale Parteitage, zum Anlass für mediale Diskussionen über die nationale Europapolitik werden. Letztlich folgte das Ausmaß der Berichterstattung daher jeweils einer länderspezifischen Logik, die nicht unbedingt auf den Verlauf der gesamteuropäischen Verhandlungen zurückzuführen war. Zwar erreichte die Auseinandersetzung über den Kurs der nationalen Regierung in allen drei Ländern Ende 1991 ihren Höhepunkt, was zweifellos an den kurz bevorstehenden Entscheidungen in Maastricht lag. In Großbritannien kam es darüber hinaus aber auch schon Ende 1989 sowie Ende 1990 zu einer Verdichtung der europapolitischen Debatte, was weniger mit den zu dieser Zeit stattfindenden Gipfeln von Straßburg und Rom zu tun hatte als mit den Kampfabstimmungen um den Vorsitz der Conservative Party.[511]

Auch die Akteure, die in der Debatte über die nationale Europapolitik im Mittelpunkt standen, unterschieden sich naturgemäß je nach Land. Wie die im Ersten Teil der Arbeit formulierten Hypothesen erwarten lassen, zeigte sich dabei jeweils ein ähnliches Grundmuster, das vor allem auf dem Antagonismus zwischen der nationalen Regierung und der nationalen Opposition aufbaute. Allerdings führten spezifische nationale Konstellationen teils auch zu deutlichen Abweichungen von diesem Schema. So stimmte in Deutschland die SPD als wichtigste Oppositionspartei in allen wesentlichen Fragen mit der europapolitischen Linie der Bundesregierung überein, sodass grundsätzliche Unzufriedenheit allenfalls von einzelnen Abgeordneten geäußert wurde – sowie von den Regierungen der Länder, die die Vertragsreform teilweise als politische Bedrohung sahen und im Bundesrat auf eine Wahrung ihrer Interessen drängten. In Frankreich war

511 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 3.3.2 und 4.3.2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Gegensatz zwischen Regierung und Opposition deutlicher, wurde jedoch durch Unstimmigkeiten sowohl innerhalb der Regierungspartei PS als auch zwischen den Oppositionsparteien RPR und UDF aufgebrochen. In Großbritannien schließlich wurde der Konflikt zwischen Regierung und Opposition stark von den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Conservative Party überschattet.

Deutliche Unterschiede zeigten sich schließlich auch im Umfang der Debatte. Generell wurde über die nationale Europapolitik umso mehr berichtet, je umstrittener der Kurs der Regierung war und je näher sich ihre Kritiker am machtpolitischen Zentrum des Landes befanden. So spielten die europapolitischen Konflikte zwischen verschiedenen nationalen Akteuren in den deutschen Medien kaum eine Rolle, während sie in Frankreich regelmäßig als ein eigenständiges, wenn auch nicht vorherrschendes Thema präsent waren. In Großbritannien hingegen dominierten sie die mediale Berichterstattung: Den nationalen Regierungskrisen, die durch die europapolitischen Entwicklungen ausgelöst wurden, wurde hier oft noch größere Aufmerksamkeit geschenkt als den Vertragsverhandlungen selbst. Dieses unterschiedliche Ausmaß an Berichterstattung über innerstaatliche europapolitische Konflikte ist auch wesentlich für die Unterschiede im Gesamtumfang der Debatte zwischen den einzelnen Ländern verantwortlich. Alles in allem nahm die Auseinandersetzung über den Vertrag von Maastricht deshalb in den britischen Medien mehr Raum ein als in den französischen, in den französischen wiederum mehr als in den deutschen – auch wenn, wie bereits erwähnt, die Intensität der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in allen Ländern relativ ähnlich war.

Eine gemeinsame Besonderheit der Debatten über die nationale Europapolitik zeigte sich schließlich in der Art der vorgebrachten Argumente: Die Auswirkungen der Vertragsreform auf die Entwicklung der EG als Ganzes spielte hier eine weit weniger wichtige Rolle als jene auf das jeweils eigene Land. Häufig knüpften die Auseinandersetzungen dabei an andere Kontexte der nationalen Politik an. So wurde die Europapolitik sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien als Prüfstein für die Geschlossenheit von Regierungs- und Oppositionsparteien gesehen und mit den Erfolgsaussichten der Parteien bei den nächsten nationalen Wahlen in Verbindung gebracht.[512] Und auch wo die Positionen der einzelnen Akteure inhaltlich bewertet wurden, standen grundsätzlich die (je anders verstandenen) *nationalen* Interessen, nicht aber ein europäisches Gemeinwohl im Vordergrund. Entsprechend führte der starke Fokus auf die nationale Europapoli-

512 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 3.2.2, 3.3.2, 4.2.2, 4.3.2, 5.2.2, 5.3.2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tik etwa in Großbritannien auch dazu, dass in der Debatte über die Vertragsreform insgesamt die Perspektive auf das nationale Interesse dominierte.

Diese nationale Perspektive bedeutete allerdings keineswegs, dass die Medien eines Landes grundsätzlich ähnliche Standpunkte vertreten hätten. Im Gegenteil zeigten sich in der Berichterstattung über europapolitische Konflikte zwischen der nationalen Regierung und Opposition oft deutlich die unterschiedlichen weltanschaulichen Ausrichtungen der einzelnen Zeitungen. So äußerte die linksliberale *Le Monde* in Frankreich in der Regel Unterstützung für die Positionen der sozialistischen Regierung, während der konservative *Figaro* eher der gaullistischen Opposition nahestand. In Großbritannien wiederum diente die *Times* als Stichwortgeber der Regierung sowie als Forum für die parteiinternen Debatten der Conservative Party, während der *Guardian* durch scharfe Kritik an Margaret Thatcher hervorstach. Auch in der Gewichtung der Berichterstattung über die einzelnen politischen Akteure schlug sich die weltanschauliche Ausrichtung der Zeitungen nieder: So berichteten regierungsnahe Zeitungen wie die *Times* und *Le Monde* deutlich mehr über die Regierung als über die Opposition, während bei oppositionsnahen Zeitungen wie *Guardian* und *Figaro* das Verhältnis etwas ausgeglichener war und auch die Positionen der Oppositionsparteien ausführlicher begründet wurden.

Bereits diese knappe Darstellung der wesentlichen Merkmale der Artikel über die zwischenstaatlichen Verhandlungen und über die nationale Europapolitik lässt einige zentrale Unterschiede zwischen den Diskursen von Medien unterschiedlicher nationaler und weltanschaulicher Ausrichtung erkennen. Im Folgenden soll die Entwicklung dieser Diskurse für jede nationale Öffentlichkeit einzeln analysiert werden.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3. Die erste Phase der Verhandlungen

3.1 Deutschland

3.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Losgelöst von den praktischen Tagesfragen": Wenig Interesse an Vorschlägen zur institutionellen Reform

Die Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration nahm in den deutschen Medien in den ersten Jahren nach der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst keine zentrale Rolle ein. Die Resolutionen, in denen das Europäische Parlament ab 1988 wiederholt eine Ausweitung seiner Rechte forderte, blieben in SZ und FAZ ohne Widerhall. Zwar thematisierten mehrere Artikel das föderalistisch inspirierte „Aktionsprogramm", das die Europäische Volkspartei Ende 1988 für die Europawahlen im Folgejahr verabschiedete. Der FAZ zufolge wünschten die europäischen Christdemokraten „eine europäische Regierung, die dem Straßburger Parlament verantwortlich sein soll";[513] die SZ berichtete, dass die EVP eine „Europäische Union" unterstütze, die „über ‚alle Merkmale der politischen und diplomatischen Souveränität' verfügen" solle.[514] Dass entsprechende Forderungen auch im Europäischen Parlament insgesamt längst mehrheitsfähig waren, blieb hingegen unerwähnt: Offenbar schrieben beide Zeitungen den Resolutionen des Parlaments zugunsten einer institutionellen Reform so wenig Aussicht auf Erfolg zu, dass sie nicht den nötigen Nachrichtenwert für eine Veröffentlichung erreichten.

---

513 FAZ 05.10.1988:2b, ähnlich FAZ 20.10.1988:2, FAZ 08.11.1988:2, FAZ 09.11.1988:2. Zuvor hatte die FAZ bereits einige kurze Artikel über Forderungen deutscher CDU-Europaabgeordneter nach einer institutionellen Reform veröffentlicht (FAZ 16.09.1988:5, FAZ 05.10.1988:2a).

514 SZ 09.11.1988:8, ähnlich SZ 08.11.1988:11. In Berichten über einen etwa zeitgleich stattfindenden Kongress des Bunds der Sozialdemokratischen Parteien der EG spielte die institutionelle Reform hingegen keine Rolle (SZ 08.11.1988:2, SZ 08.11.1988:4). Die FAZ wies explizit darauf hin, dass die Zusammenarbeit im BSPEG noch weniger vorangeschritten sei als in der EVP und verschiedene Mitgliedsparteien sich erst allmählich von einer grundsätzlichen „Europa-Feindschaft" entfernten (FAZ 03.11.1988:4).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch die Brügge-Rede, in der sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher im September 1988 gegen den europäischen Föderalismus wandte, stieß in den deutschen Medien nur auf begrenzte Aufmerksamkeit. Die SZ behandelte sie vor allem in einem längeren Artikel, der anlässlich eines Besuchs Thatchers in Madrid die unterschiedlichen Haltungen zur europäischen Integration als einen von mehreren Konfliktbereichen in den britisch-spanischen Beziehungen thematisierte.[515] Etwas ausführlicher berichtete die FAZ, die die Rede zum einen als innenpolitische Reaktion auf die zunehmende Europafreundlichkeit der Labour Party wertete, von der Thatcher sich absetzen wolle. Zum anderen sei die Haltung der Premierministerin aber auch Ausdruck einer generellen Europaskepsis in der britischen Bevölkerung, die „leicht von ‚Europa' überfordert" sei.[516] Ein Kommentar führte dieses kulturalistische Interpretationsmuster noch weiter aus und verwies auf die „insulare Lage, starke traditionelle Bindungen und die heute noch spürbaren Commonwealth-Verflechtungen", die Großbritannien in Fragen der europäischen Integration „immer ein wenig abseits stehen" ließen.[517] Zugleich stellte die FAZ allerdings auch mehrfach fest, dass Thatchers Europavorstellungen große Ähnlichkeiten mit Charles de Gaulles Konzept eines „Europa der Vaterländer" hätten,[518] und lobte ihre „erfrischend offene Kritik an der Brüsseler Bürokratie", die nur „allzu berechtigt" sei.[519]

Als wichtigsten Gegner Thatchers in der Diskussion über die Zukunft der EG sahen sowohl SZ als auch FAZ den Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Dieser hatte einige Wochen zuvor im Europäischen Parlament erklärt, dass er für die nächsten Jahre mit weitreichenden Kompetenzübertragungen an die EG rechne, was den Anstoß zu der Brügge-Rede gegeben habe.[520] Nur wenige Tage nach Thatchers Rede spielte Delors seine Uneinigkeiten mit der britischen Regierungschefin allerdings herunter

515 SZ 22.09.1988:8, ähnlich auch FAZ 23.09.1988:6a. Beide Zeitungen hoben zudem hervor, dass es sich bei Thatchers Reise um den ersten offiziellen Besuch eines britischen Regierungschefs in Spanien überhaupt handelte. Zuvor war die Rede Thatchers in der SZ nur in einer kurzen Agenturmeldung zusammengefasst worden (SZ 21.09.1988:2).

516 FAZ 22.09.1988:3.

517 FAZ 06.10.1988:1.

518 FAZ 22.09.1988:3, FAZ 22.09.1988:13, FAZ 06.10.1988:1, FAZ 09.11.1988:12. Auch ein Leserbrief in der FAZ, der sich für einen „Staatenbund der Nationalstaaten Europas" aussprach, nannte De Gaulle und Thatcher als Vorbilder (FAZ 27.09.1988:9).

519 FAZ 06.10.1988:1, ähnlich FAZ 22.09.1988:13.

520 FAZ 23.09.1988:6b, SZ 23.09.1988:4.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und rief dazu auf, „ideologische Auseinandersetzungen zu vermeiden".[521] In den deutschen Zeitungen, die für intensive Kontroversen über die Zukunft der europäischen Integration ebenfalls keine Notwendigkeit sahen, stieß diese abwiegelnde Haltung auf Zustimmung. So hatte ein SZ-Kommentar bereits zuvor erklärt, Thatchers Rede sei „nicht weiter überraschend", in der Sache aber übertrieben, da niemand ernsthaft „die Vereinigten Staaten von Europa" anstrebe und „eine europäische Regierung […] ja allenfalls den Schlußpunkt einer langen Entwicklung bilden" werde.[522] Auch die FAZ konstatierte, die britische Premierministerin habe lediglich „einige allzu kühne Träumer auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt".[523] In einem letzten Kommentar zu dem Thema warnte sie schließlich davor, „die Debatten von übermorgen schon heute führen" zu wollen. Da die Voraussetzungen für institutionelle Reformen nicht gegeben seien, wäre es

> falsch, losgelöst von den praktischen Tagesfragen mit Frau Thatcher jetzt über die politische Union zu streiten; dies brächte die Europäer keinen Millimeter weiter. Ob am Ende des langen Weges die Union oder ein föderalistischer Zusammenschluß steht, ist nicht heute zu entscheiden, sondern wird sich im Lauf der nächsten Jahre ergeben.[524]

„Wenn überhaupt, erst am Ende eines ganz langen Weges": Skepsis gegenüber dem Delorsplan

Deutlich mehr Interesse als die Pläne zur institutionellen Reform fanden in den deutschen Medien die Vorschläge zu einer Währungsunion, die im Vorfeld des Gipfels von Hannover im Juni 1988 diskutiert wurden. So zitierte die SZ eine Forderung des deutschen Außenministers Genscher nach der „Entwicklung eines Europäischen Währungssystems (EWS), die eine Zentralbank einschließen müsse",[525] prognostizierte dafür allerdings auch

521 SZ 28.10.1988:10, ähnlich FAZ 30.09.1988:6. Daneben berichtete die FAZ auch noch über Reaktionen der Premierminister von Belgien und Luxemburg, Wilfried Martens und Jacques Santer, die beide Thatchers Kritik zurückwiesen (ebd., FAZ 05.10.1988:2b).
522 SZ 23.09.1988:4.
523 FAZ 06.10.1988:1.
524 FAZ 09.11.1988:12.
525 SZ 18.06.1988:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„beachtliche Schwierigkeiten".[526] Ein Kommentar sah die Chance, dass das Vorhaben als „zugkräftiger Motor" für den Binnenmarkt dienen könne.[527] Zugleich erschienen aber auch erste Warnungen, dass die Währungsunion zu einem Verlust an Geldwertstabilität führen könne, da eine europäische Zentralbank „ohne eine starke europäische Zentralgewalt […] bald zum Spielball aller zwölf Regierungen" würde[528] – ein Motiv, das in den deutschen Medien auch während der weiteren Debatte über die Vertragsreform ständig präsent blieb.

Als wichtigste Befürworter der Währungsunion nannten die deutschen Zeitungen die französische Regierung unter François Mitterrand[529] sowie den Kommissionspräsidenten Jacques Delors;[530] als Hauptgegnerin galt Margaret Thatcher.[531] Helmut Kohl hingegen erschien besonders in der SZ als ambivalenter Akteur: Einerseits befördere er die Fortschritte bei der Währungsunion, andererseits warne er aber auch vor „mißverständlichen Signalen".[532] Eine europäische Zentralbank erwarte er, „wenn überhaupt, erst am Ende eines ganz langen Weges".[533] Die FAZ wiederum beschrieb Kohl vor allem als pragmatischen Vermittler und deutete insbesondere den Kompromiss, zunächst für ein Jahr einen beratenden Ausschuss unter dem Vorsitz Delors' einzusetzen, als einen Erfolg des Kanzlers.[534]

Nach dem Gipfel lobten beide Zeitungen das Treffen von Hannover als gelungenen Höhepunkt der deutschen Ratspräsidentschaft,[535] wobei im Mittelpunkt der Berichterstattung allerdings vor allem die Fortschritte bei

526 SZ 15.06.1988:2. Vgl. auch FAZ 14.06.1988:4, FAZ 27.06.1988:13.
527 SZ 27.06.1988:4.
528 SZ 18.06.1988:4. Passend dazu veröffentlichte die SZ anlässlich des 40. Jahrestag der westdeutschen Währungsreform zudem einen enthusiastischen Artikel über die D-Mark, die es dank einer straffen Geldpolitik der Bundesbank zur „stabilsten Währung der westlichen Welt" gebracht habe (SZ 16.06.1988:10).
529 SZ 28.06.1988:1a, FAZ 29.06.1988:1.
530 FAZ 24.06.1988:1.
531 SZ 29.06.1988:3, FAZ 29.06.1988:1.
532 SZ 28.06.1988:1b.
533 SZ 29.06.1988:3.
534 FAZ 29.06.1988:3, ähnlich FAZ 25.06.1988:1. Einige Tage später hob die FAZ auch in einem Bericht über die Debatte des Europäischen Parlaments zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft hervor, Kohl habe „allen Zweiflern entgegen[gehalten], daß die Bundesregierung den besten Willen habe, auf dem vorgezeichneten Weg voranzugehen" und „die engere Kooperation in der Währungspolitik nicht auf die lange Bank" zu schieben (FAZ 07.07.1988:1).
535 Z. B. SZ 27.06.1988:4, FAZ 28.06.1988:1, FAZ 29.06.1988:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Vollendung des Binnenmarkts standen.[536] Das „Thema Währungsunion", das zuvor noch „reißerische Schlagzeilen ausgelöst hatte", sah ein SZ-Kommentar hingegen „auf seinen sachlichen Kern reduziert". Trotz der Ernennung des Delors-Komitees seien seine künftigen Verwirklichungschancen zweifelhaft, da „gegenwärtig niemand eine Vorstellung hat, wie die unterschiedlichen Strukturen der zwölf nationalen Währungssysteme auch nur halbwegs auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können".[537] Auch die FAZ stellte fest, der Gipfel habe „unterschiedliche Bewertungen des weiteren Vorgehens in der Währungspolitik deutlich" gemacht.[538] Der lediglich „vertagte Streit über die künftige Form der währungspolitischen Zusammenarbeit" zeige, „wie schwierig es sein wird, dort Kompromisse zu finden, wo es um die letzten Reservate wirtschaftspolitischer Souveränität geht".[539]

Während der nächsten Monate verschwand die Währungsunion deshalb wieder weitgehend aus dem Blickfeld der deutschen Medien. Ähnlich wie die Forderungen nach einer institutionellen Reform wurde sie lediglich vereinzelt als ein Projekt erwähnt, für das „die Voraussetzungen […] noch fehlen und zahlreiche Vorbedingungen völlig ungeklärt sind".[540] Auch als der Delorsplan im April 1989 schließlich offiziell vorgestellt wurde, berichteten sowohl SZ als auch FAZ darüber lediglich im Wirtschafts-, nicht im Politikteil.[541] Zudem betonten beide Zeitungen erneut, dass eine rasche Umsetzung der Währungsunion unwahrscheinlich sei: Die FAZ stellte zwar die wohlwollende Reaktion der deutschen Bundesregierung dar,[542] verwies aber auch auf die scharfe britische Ablehnung.[543] Die SZ wiederum sagte voraus, dass die nationalen Parlamente den mit der Währungsunion verbundenen Souveränitätsverzicht nicht akzeptieren würden, sodass der Delors-Ausschuss sich besser aufgelöst und zu einem späteren Zeitpunkt neu versammelt hätte.[544]

---

536 Dazu etwa SZ 27.06.1988:2, SZ 27.06.1988:4, SZ 29.06.1988:1, ähnlich auch schon FAZ 18.06.1988:6.
537 SZ 29.06.1988:4.
538 FAZ 29.06.1988:1.
539 FAZ 02.07.1988:1.
540 So FAZ 09.11.1988:12.
541 SZ 18.04.1989:29, FAZ 18.04.1989:13–14. In der FAZ fand sich immerhin auf der Titelseite eine kurze Agenturmeldung mit einem Hinweis auf die ausführlichere Berichterstattung im Wirtschaftsteil (FAZ 18.04.1989:1).
542 FAZ 18.04.1989:13.
543 FAZ 19.04.1989:17–18, FAZ 19.04.1989:18.
544 SZ 19.04.1989:28.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Erst anlässlich des Gipfels von Madrid im Juni 1989 rückte das Thema schließlich wieder auf die Titelseiten.[545] Doch auch jetzt schätzten die Zeitungen die Erfolgsaussichten der Währungsunion gering ein. Während ein SZ-Kommentar vor allem den fehlenden Zeitplan für die nächsten Schritte sowie das Desinteresse der Bürger hervorhob,[546] unterstrich die FAZ erneut die schwierige Kompromisssuche mit Großbritannien.[547] Wie bereits im Vorjahr warnte die FAZ zudem vor den Risiken der angestrebten Vertragsreform. In einem langen Leitkommentar beschrieb sie sie als ein „Abenteuer", für das die EG womöglich noch nicht „bereit" sei.[548] Auch dieser Topos entwickelte sich in den Folgemonaten zum Standardrepertoire der Zeitung.[549]

Obwohl Margaret Thatcher sowohl in der SZ als auch in der FAZ regelmäßig als Hauptgegnerin der Währungsunion genannt wurde, kam ihr zentrales inhaltliches Argument – die Wahrung der nationalen Souveränität – in den deutschen Zeitungen nur am Rande vor. So unterstützte etwa ein Kommentar im FAZ-Wirtschaftsteil die britischen Vorbehalte gegen die Währungsunion, bedauerte dabei jedoch ausdrücklich, dass Thatcher „zuviel Wesens […] um die möglichen Einbußen an Souveränität" mache, die nun einmal zur „Philosophie internationaler Verträge" gehörten. Wichtiger sei hingegen die Gefahr, dass bei einer allzu laxen Geldpolitik der geplanten Europäischen Zentralbank eine „unstabile Euro-Währung" drohe. Dass dieser hohe Rang der Geldwertstabilität eigentlich für die deutsche Debatte charakteristisch war und in der Argumentation der britischen Premierministerin nur eine untergeordnete Rolle spielte, wurde in dem Kommentar nicht weiter problematisiert. Stattdessen hieß es kurzerhand, die britische Regierung sei angesichts der großen Inflationsprobleme im eigenen Land gerade dabei, die Vorteile des deutschen Systems zu entdecken: „Mit der Währungspolitik der Bundesbank wäre auch England

545 SZ 27.06.1989:1, FAZ 27.06.1989:1–2, FAZ 28.06.1989:1–2.

546 SZ 27.06.1989:4.

547 FAZ 26.06.1989:1–2, FAZ 26.06.1989:13. Als mögliche Lösung wurde schon vor dem Gipfel eine Beschränkung auf die erste Stufe der Währungsunion beschrieben, was Delors jedoch als eine „Verwässerung" ablehne (FAZ 24.06.1989:1, FAZ 26.06.1989:1–2). Allerdings hob die FAZ auch hervor, dass nach der Europawahlniederlage Thatchers europaskeptischer Kurs in der Conservative Party nicht mehr unumstritten sei (FAZ 24.06.1989:5), und thematisierte mehrfach den möglichen britischen Beitritt zum EWS (FAZ 24.06.1989:1, FAZ 26.06.1989:1–2).

548 So FAZ 29.06.1989:1a, ähnlich FAZ 27.06.1989:1.

549 Z. B. FAZ 11.12.1989:3, FAZ 20.04.1990:1b, FAZ 17.12.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

in der Vergangenheit gut gefahren, aber würde das auch die Politik der Europäischen Zentralbank sein?"[550] Insgesamt wurde Thatcher hier also nicht mit ihren eigenen Argumenten wahrgenommen, sondern diente eher als eine Art Gewährsperson und Projektionsfläche für die Kritik, die die FAZ selbst an der Währungsunion übte. Auch dieses Muster fand sich, wie weiter unten gezeigt werden soll, in Kommentaren der deutschen Zeitungen später noch öfter.

Bemerkenswerterweise schlug sich die eher ablehnende Haltung der FAZ gegenüber der Währungsunion allerdings nicht auf ihre Bewertung des Madrider Gipfels nieder. Dass Thatcher den Delorsplan tatsächlich blockieren könnte, erschien in keinem einzigen Kommentar als ein wünschenswertes Ergebnis. Vielmehr beschrieb die Zeitung den auf dem Gipfel gefundenen Kompromiss positiv als einen Verhandlungserfolg Kohls und Mitterrands und hob hervor, dass Thatcher sich mit ihrer Verweigerungshaltung nicht habe durchsetzen können.[551] Nur die noch weitergehende französische Forderung nach einem festen Zeitplan für die Regierungskonferenz zur Umsetzung der zweiten und dritten Stufe der Währungsunion sei verhindert worden.[552] Wann und ob überhaupt es zuletzt zu dieser Regierungskonferenz kommen würde, ließ die FAZ in der Schwebe: Trotz des Kompromisses weise vieles darauf hin, dass „mit dem Beschluß von Madrid die Auseinandersetzungen unter den Zwölf über den weiteren Weg zur Währungsunion noch nicht beendet" seien.[553] Auch die SZ ließ die Aussichten auf eine vollständige Umsetzung der Reform offen und stellte in einem Kommentar lediglich fest, dass für diesmal die „Bremser in der Minderheit" gewesen seien.[554]

Mit dem Gipfel von Madrid war die Frage einer europäischen Vertragsreform für die deutschen Medien also ein weiteres Mal in eine ungewisse Zukunft verschoben worden. Damit fehlte aus ihrer Sicht aber auch der Anlass für eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema. Die öffentliche Auseinandersetzung damit blieb vage und nahm in den Zeitungen nur wenig Raum ein.

550 FAZ 26.06.1989:13.
551 U. a. FAZ 29.06.1989:1a, FAZ 27.06.1989:1–2.
552 FAZ 28.06.1989:1–2.
553 Ebd.
554 SZ 27.06.1989:4.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Gespensterdebatte": Kaum Kontroversen zur nationalen Europapolitik

Stießen die zwischenstaatlichen Verhandlungen über eine mögliche Vertragsreform in den deutschen Zeitungen schon allgemein nur auf geringes Interesse, so galt dies erst recht für die Frage, wie sich die deutsche Bundesregierung dazu positionieren sollte. Ganz nach der Logik des *permissive consensus* wurde die Europapolitik der Regierung von keinem bedeutenden politischen Akteur öffentlich in Frage gestellt, sodass auch die Medien sich kaum damit beschäftigten.

Eine der seltenen Gelegenheiten zur öffentlichen Debatte ergab sich Anfang 1989, als die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags einen Entschließungsantrag zugunsten einer intensivierten politischen Integration verabschiedete. Eine kleine Gruppe von Abgeordneten versuchte, diesen um eine Klausel zu ergänzen, nach der die angestrebte Europäische Union kein Hemmnis für eine mögliche deutsche Wiedervereinigung sein dürfe. Die Fraktionsspitze verhinderte dies jedoch, und Helmut Kohl selbst erklärte in einer Rede, dass deutsche und europäische Einigung „zwei Seiten derselben Medaille" seien und nicht als Widerspruch verstanden werden dürften.[555]

Obwohl diese parteiinterne Kontroverse nur kurz dauerte und letztlich folgenlos blieb, wurde sie in beiden untersuchten Zeitungen aufgegriffen. Die SZ hob in einem Kommentar hervor, dass darin das „Selbstverständnis" der CDU/CSU zwischen nationaler und europäischer Ausrichtung verhandelt werde.[556] Die FAZ wiederum betonte, dass sich die Fraktion am Ende „ohne Vorbehalt für einen westeuropäischen Bundesstaat" ausgesprochen habe,[557] und ließ den Staatsrechtsprofessor Wilfried Fiedler in einem zweiseitigen Gastkommentar erläutern, dass europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung als Verfassungsziele des Grundgesetzes „nicht in einem grundsätzlichen Gegensatz" zueinander stünden.[558]

Zugleich machte vor allem die SZ jedoch auch deutlich, dass sie beide Vorhaben für fernliegend und eher unrealistisch hielt. So erläuterte ein

555 SZ 19.01.1989:6.
556 SZ 19.01.1989:4.
557 FAZ 18.01.1989:2.
558 FAZ 16.02.1989:7. Auch ein langer Leserbrief in der FAZ war dem verfassungsrechtlichen Verhältnis zwischen europäischer und deutscher Einigung gewidmet (FAZ 17.02.1989:11).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Kommentar spöttisch, die Abgeordneten hätten in eine „zu diskutierende Stellungnahme zu dem schönen Zukunftstraum einer europäischen Union einen Vorbehalt zugunsten der noch um eine Spur weniger wahrscheinlichen deutschen Wiedervereinigung“ einbringen wollen.[559] Auch der Begriff „Gespensterdebatte“, den beide Zeitungen als Schlagwort für die Auseinandersetzung aufgriffen,[560] verdeutlicht, wie wenig praktische Relevanz sie ihr zuschrieben. Dass sowohl die deutsche als auch die europäische Frage nur wenige Monate später tatsächlich akut werden sollten, war für die deutsche Öffentlichkeit Anfang 1989 noch nicht abzusehen. Mehr noch: Jede Diskussion darüber schien den Zeitungen offenbar als eine unnötige Verschwendung von Aufmerksamkeit.

3.2 Frankreich

3.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Visions de l'Europe“: Weltanschauliche Gegensätze um Thatcher, aber keine Debatte zur institutionellen Reform

Auch in der französischen Öffentlichkeit spielte die Frage einer institutionellen Reform der EG in den Jahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst keine wichtige Rolle mehr. Sowohl *Le Monde* als auch *Le Figaro* ignorierten die Forderungen des Europäischen Parlaments nach einer Politischen Union, und obwohl *Le Monde* Ende 1988 längere Artikel über die Kongresse der Europäischen Volkspartei und des BSPEG veröffentlichte, fanden sich deren institutionelle Reformvorschläge darin nur in sehr knapper und allgemeiner Form.[561] Auch den 100. Geburtstag Jean Monnets am 9. November 1988 nahmen die Zeitungen zwar zum Anlass für umfangreiche Rückblicke und Hommagen an den „père de l'Europe“,[562] nicht aber für eine Thematisierung möglicher künftiger Schritte im europäischen Integrationsprozess. Insgesamt folgte die Haltung der Medi-

559 SZ 19.01.1989:4.

560 SZ 19.01.1989:4, FAZ 18.02.1989:6.

561 LM 10.11.1988:6a, LM 10.11.1988:6b. Ein Artikel über einen Kongress der europäischen Grünen ging überhaupt nicht auf deren inhaltliche Positionen ein, sondern lediglich auf ihr Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien (LM 11.04.1989:10).

562 So LM 08.11.1988:28, LF 09.11.1988:11a, ähnlich LF 09.11.1988:11b, LF 09.11.1988:11c, LM 09.11.1988:2a, LM 09.11.1988:2b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

en auch in Frankreich in dieser Zeit stark dem Modell des *permissive consensus:* Der Fortgang der europäischen Einigung wurde zwar positiv bewertet, aber nicht zum Gegenstand politischer Debatten gemacht.

Eine der seltenen Ausnahmen von dieser kontroversenfreien Darstellung stellte die Berichterstattung über die Brügger Rede Margaret Thatchers dar. Beide Zeitungen gaben deren Forderungen recht detailliert wieder, wobei sich allerdings *Le Monde* zugleich durch ironische Einschübe davon distanzierte. Dass Thatcher die EG-Integrationspläne der einsetzenden Dezentralisierung in der Sowjetunion gegenüberstellte, quittierte die Zeitung etwa mit der Bemerkung, die britische Premierministerin spreche sich nicht nur gegen den Supranationalismus aus, sondern „elle assimile ceux qui s'inclinent vers de telles turpitudes aux plus retardés des brejnéviens!"[563] Beide Zeitungen deuteten zudem eine Parallele zwischen Thatcher und dem früheren französischen Präsidenten Charles de Gaulle an: So hob *Le Figaro* bereits in der Überschrift des Artikels Thatchers Forderung nach einer „Europe des patries" hervor und griff damit eine meist De Gaulle zugeschriebene Formulierung auf.[564] *Le Monde* wurde noch expliziter und sprach von Thatchers „manière à la fois gaullienne et libérale".[565] Ähnlich wie SZ und FAZ versuchten also auch die französischen Zeitungen, die britische Premierministerin zu erklären, indem sie die im eigenen Land etablierten integrationsskeptischen Argumentationsmuster auf sie projizierten. Dieses Muster war hier jedoch zunächst weniger markant als in Deutschland.

Langfristige Erfolgsaussichten schrieben die französischen Zeitungen Thatchers Forderungen bei alldem allerdings nicht zu. Schon am zweiten Tag nach der Rede verfolgte *Le Figaro* das Thema überhaupt nicht mehr weiter, während *Le Monde* nur noch über die zurückhaltend-ablehnende Reaktion berichtete, auf die Thatcher im Rest der EG gestoßen sei.[566] Ein Leitartikel hob hervor, dass die Positionen der britischen Premierministerin längst bekannt seien, „et bon nombre de dirigeants européens ont

563 LM 22.09.1988:3. Demgegenüber begnügte sich *Le Figaro* mit einer recht neutral gehaltenen Zusammenfassung der Rede (LF 21.09.1988:2).

564 LF 21.09.1988:2.

565 LM 22.09.1988:3, ähnlich auch LM 16.06.1989:1, 9: „Maggie, elle, propose une certaine Europe dont elle a résumé les traits, il y a un an, dans son fameux discours de Bruges. On dirait que c'est l'Europe du général de Gaulle […]."

566 LM 23.09.1988:3. Wie *Le Monde* erklärte, sähen selbst die britischen Zeitungen die Haltung der Premierministerin größtenteils kritisch, da sie in eine europapolitische Isolation führe.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

appris à vivre avec".[567] Ein ähnliches Muster fand sich auch einen Monat später, als Thatcher in einem *Times*-Interview erneut scharfe Kritik an der europäischen Integration äußerte. Während *Le Figaro* nur ihre Äußerungen wiedergab,[568] stellte *Le Monde* ihnen noch eine Reaktion Jacques Delors' gegenüber und unterstrich durch die Auswahl der Zitate den Gegensatz zwischen der Aggressivität Thatchers und der Besonnenheit des Kommissionspräsidenten.[569]

Allerdings sah *Le Monde* den Konflikt zwischen Thatcher und Delors nicht primär als eine Auseinandersetzung über die institutionelle Gestalt der EG, sondern vor allem um deren sozialpolitische Ausrichtung: Während Delors eine stärkere Vergemeinschaftung auch in der Sozialpolitik anstrebe, setze die britische Premierministerin sich für ein rein wirtschaftsliberales Modell ein. Schon nach dem Europäischen Rat von Hannover im Juni 1988 hatte die Zeitung hervorgehoben, dass sich auf dem Gipfel eine Spaltung zwischen zwei „visions de l'Europe" gezeigt habe: einerseits „celle de Mme Thatcher, une Europe du libre échange et du libéralisme économique, soucieuse avant toute chose de ‚déréglementer' et rétive à tout ce qui suppose un transfert de souveraineté", andererseits „l'Europe […] communautaire, celle de l'harmonisation, qui n'envisage de mesures de libéralisation que parallèlement à la mise en œuvre de politiques communes".[570] Im April 1989 stellte ein Kommentar erneut fest: „A la querelle jamais tout à fait éteinte entre tenants et adversaires de la supranationalité s'en est ainsi superposée une autre: libéraux contre dirigistes."[571]

Anders als die deutschen Zeitungen wiegelte *Le Monde* die von Thatcher aufgeworfenen Kontroversen also nicht grundsätzlich ab, sondern verlieh ihnen – wenigstens in einzelnen Artikeln – eine ideologische Dimension, die im Wesentlichen einem gesamteuropäischen Rechts-links-Schema folgte. Der Fokus lag dabei aber auf der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG. Die Frage nach der demokratischen Legitimation, nach der Funktion des Europäischen Parlaments oder gar nach einer souveränen ‚Europäischen

567 LM 22.09.1988:1.
568 LF 27.10.1988:3.
569 LM 28.10.1988:4.
570 LM 30.06.1988:3b.
571 LM 12.04.1989:1, 6. In ähnlichem Sinn zitierte ein Bericht über den Europawahlkampf in Spanien den dortigen sozialistischen Politiker Fernando Morán, die Wähler müssten „choisir entre ‚l'Europe de la senora Thatcher et celle de Felipe Gonzalez'. C'est-à-dire, précise-t-il, entre une Europe qui soit simplement celle du marché unique et une Europe préoccupée de réduire les inégalités entre ses membres" (LM 10.06.1989:8).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Union', wie sie die Europäische Volkspartei forderte, war in den französischen Medien hingegen noch weniger präsent als in Deutschland.

„Quasi inéluctable": Breite Unterstützung für die Währungsunion

Ähnlich wie in den deutschen Medien stieß auch in Frankreich die währungspolitische Integration in der ersten Phase der Vertragsverhandlungen auf deutlich größere Aufmerksamkeit als die institutionelle Reform. Auch hier kristallisierte sich die Debatte über die Währungsunion erstmals anlässlich des Europäischen Rats von Hannover. Nachdem *Le Monde* noch wenige Tage vor dem Gipfel lediglich eine „meilleure coordination des politiques monétaires" erwartet hatte,[572] verkündete die Zeitung schließlich den Beginn einer „nouvelle étape vers l'union monétaire".[573] Auch *Le Figaro* sah dies als „le grand thème" von Hannover[574] und zitierte Helmut Kohl, der als Fernziel der Gespräche „une union économique et monétaire, avec un système européen de banque centrale [sic] et une monnaie européenne" in Aussicht stellte.[575]

Beide Zeitungen ließen dabei keinen Zweifel daran, dass die Währungsunion ein wünschenswerter nächster Integrationsschritt sei. Vor allem *Le Monde* beschrieb sie als „logique", da die ebenfalls in Hannover verhandelte Öffnung der Kapitalmärkte ohne eine bessere geldpolitische Zusammenarbeit zu einer Destabilisierung des europäischen Binnenmarkts führen könne.[576] Ohne dies explizit zu machen, lag die Zeitung damit auf einer Linie mit der französischen Regierung, die sich bei den Verhandlungen im Europäischen Rat auf genau dasselbe Argument stützte. Im *Figaro* wiederum sprach ein Gastkommentar des ehemaligen französischen Außenministers Jean François-Poncet gar von einem „état de grâce", in dem sich die EG befinde.[577]

Unter den Befürwortern der gemeinsamen Währung stand dabei neben François Mitterrand vor allem Jacques Delors im Vordergrund,[578] dem beide Zeitungen anlässlich seiner Wiederernennung als Kommissionspräsident nach dem Gipfel in Hannover ein Porträt widmeten. *Le Monde*, die

572 LM 16.06.1988:2, ähnlich LM 15.06.1988:1.
573 LM 26.06.1988:1.
574 LF 27.06.1988:6.
575 LF 26.06.1988:4.
576 LM 15.06.1988:1, ähnlich LM 26.06.1988:1.
577 LF 27.06.1988:1.
578 LM 26.06.1988:1, LM 29.06.1988:3a, LF 27.06.1988:6, LF 27.06.1988:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

dem Sozialisten und früheren französischen Finanzminister Delors auch politisch nahestand, beschrieb ihn darin enthusiastisch als „champion d'une Europe unie".[579] *Le Figaro* blieb etwas distanzierter, stellte aber ebenfalls fest, Delors sei „le président le plus original que la Commission ait jamais eu" und habe der EG „un nouveau souffle" eingehaucht.[580]

Zugleich machten die französischen Medien jedoch auch deutlich, dass unter den Regierungschefs noch keineswegs Einigkeit über die Währungsunion bestehe.[581] Dabei stand nicht unbedingt Margaret Thatcher im Mittelpunkt: Wie *Le Monde* unter Berufung auf die französische Regierung erklärte, sei eine Währungsunion notfalls auch ohne Großbritannien denkbar.[582] Als wichtigeres Problem galt hingegen die deutsche Haltung. Anlässlich des 40. Jahrestags der D-Mark betonte *Le Monde* kurz vor dem Gipfel von Hannover die „méfiance que manifestent les Allemands à propos de l'idée d'une monnaie européenne".[583] Ein Gastbeitrag des (französischen) Vorsitzenden des Wirtschafts- und Währungsausschusses im Europäischen Parlament, André Fourçans, beschrieb die deutsche Bundesbank gar als Hauptgegner der Reform.[584] Zugleich lobte die Zeitung allerdings auch den „pragmatisme" Helmut Kohls: Europapolitisch sei der Kanzler „beaucoup plus flexible que la société qu'il dirige".[585] Und auch *Le Figaro* hob hervor, dass sich die Bundesregierung nach langem Zögern zu einem entscheidenden Fürsprecher der Währungsunion entwickelt habe.[586]

Auch sonst kamen die französischen Zeitungen bei der Währungsunion oft zu recht ähnlichen Bewertungen in der Sache, unterschieden sich jedoch im Grad an Begeisterung und Optimismus für die Reform. So beschrieb *Le Monde* den Beschluss zur Einsetzung des Delors-Ausschusses als einen Kompromiss, um Zeit zu gewinnen und die Zweifler aus Großbritannien und Deutschland im Boot zu halten.[587] Seine Erfolgsaussichten schätzte die Zeitung jedoch recht gut ein und zitierte hierzu explizit Mit-

579 LM 29.06.1988:3b.
580 LF 28.06.1988:2a.
581 LM 26.06.1988:1, LF 27.06.1988:6, LF 28.06.1988:2b.
582 LM 26.06.1988:1. Ähnlich argumentierte auch François-Poncet in seinem Gastbeitrag für *Le Figaro:* „Avec l'Angleterre, si possible. Sans elle, si nécessaire" (LF 27.06.1988:1).
583 LM 22.06.1988:1.
584 LM 29.06.1988:2.
585 LM 30.06.1988:3a, ähnlich auch LF 27.06.1988:1.
586 LF 27.06.1988:6.
587 LM 29.06.1988:3a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

terrand, der eine engere Zusammenarbeit in Währungsfragen als „quasi inéluctable“ bezeichnete.[588] *Le Figaro* hingegen gab sich bei den Erfolgschancen etwas skeptischer: Die Einigung auf den Ausschuss sei „le plus petit dénominateur commun“ und womöglich nur deshalb zustande gekommen, weil Thatcher ohnehin von seinem Scheitern überzeugt sei.[589]

Die Unterschiede zwischen den Zeitungen setzten sich auch im April 1989 fort, als die Ergebnisse des Ausschusses öffentlich präsentiert wurden. Generell war der Delorsplan in der französischen Öffentlichkeit deutlich präsenter als in Deutschland. Außer längeren Berichten im Politik-[590] und Wirtschaftsteil[591] fanden sich hier auch Leitkommentare auf dem Titelblatt.[592] *Le Figaro* widmete dem Thema sogar einen Aufmacher;[593] *Le Monde* druckte einige Ausschnitte aus dem Bericht wörtlich ab.[594] Dabei blieb *Le Monde* insgesamt bei seiner optimistischen Einschätzung der Erfolgsaussichten: Zwar hätten die nationalen Interessengegensätze zwischen Frankreich, das eine schnelle Währungsunion befürworte, und Deutschland, das erst den gemeinsamen Markt vollenden wolle, dazu geführt, dass die Vorschläge im Delorsbericht eher vorsichtig ausgefallen seien. Dennoch böten sie keinen Anlass zum „découragement“, sondern ermöglichten eine „exploration des voies du progrès en matière monétaire“.[595] Ein Leitartikel sprach von der „audace calculée de M. Delors“ und verwies darauf, dass auch die Bedeutung der Einheitlichen Europäischen Akte zunächst unterschätzt worden sei.[596]

Le Figaro hingegen unterstrich stärker die deutsch-französischen Gegensätze und nannte nun erstmals auch mögliche Nachteile der Währungsunion: Während die Bundesrepublik bei Aufgabe der D-Mark einen Anstieg der Inflation befürchte, wolle Frankreich seine Währungssouveränität nicht einer unabhängigen Zentralbank anvertrauen. Trotz dieser „[r]éti-

588 LM 30.06.1988:3b.
589 LF 29.06.1988:3b. Immerhin nahm die Zeitung den Ausschuss aber so ernst, dass sie den Beschluss zu seiner Einsetzung im Wortlaut abdruckte (LF 29.06.1988:3a).
590 LF 17.04.1989:6.
591 LF 18.04.1989:2b, LF 18.04.1989:2a, LM 18.04.1989:27, LM 19.04.1989:41b.
592 LF 18.04.1989:1b, LM 19.04.1989:1.
593 LF 18.04.1989:1a.
594 LM 19.04.1989:41a.
595 LM 18.04.1989:27.
596 LM 19.04.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

cences profondes“ blieb allerdings auch *Le Figaro* dabei, dass der Binnenmarkt eine gemeinsame Währung notwendig mache.[597]

Auch während des Gipfels von Madrid thematisierten die französischen Zeitungen die geplante Vertragsreform ausführlicher als die deutschen. Zugleich verschob sich der Fokus nun noch deutlicher auf die französische Regierung, der die Führungsrolle in dieser Frage zugeschrieben wurde.[598] Jacques Delors wurde hingegen zwar noch regelmäßig als Autor des nach ihm benannten Berichts genannt, kam aber nur noch selten als eigenständiger Akteur vor.[599] Daneben erschienen nun auch Deutschland, Spanien und Italien, teilweise auch Belgien, als weitere Befürworter der Währungsunion.[600] Einzelne Artikel sprachen zwar noch Zweifel an der Festigkeit der deutschen Position an, hoben jedoch stets hervor, dass Kanzler Kohl und Außenminister Genscher die Einheitswährung unterstützten.[601] Vor allem *Le Monde* zeichnete dabei ein sehr positives Bild der deutschen Haltung. Selbst eine Meldung, dass Bundesbankpräsident Pöhl dem Projekt zwar grundsätzlich zustimme, aber gegen eine rasche Vertragsreform sei, überschrieb die Zeitung mit dem Titel: „Le président de la Bundesbank souhaite un engagement clair des Douze“.[602]

Margaret Thatcher wiederum erschien in fast allen Berichten als isoliert, ja als bloßes „obstacle“, das die übrigen Regierungschefs zu überwinden hätten.[603] Schon im April hatte keine der beiden Zeitungen die britische Ablehnung des Delorsplans als ein zwingendes Hindernis für die Reform gesehen: Für *Le Monde* war dies nur ein Zeichen der britischen Isolation,[604] und auch *Le Figaro* erklärte, Deutschland und Frankreich sollten in

597 LF 18.04.1989:1b.

598 Dies schlug sich etwa in Formulierungen wie „les quatre [Frankreich, Deutschland, Spanien, Italien], et en particulier les Français“ oder „[l]es Français et ceux qui partagent leur point de vue“ nieder (LM 24.06.1989:4b).

599 Einer der wenigen Artikel, die Delors zum alleinigen Protagonisten hatten, erläuterte, dass dieser seine sozialpolitischen Ambitionen zurückgestellt habe, um Thatcher zu einem Einlenken bei der Währungsunion zu bewegen (LM 25.06.1989:3). In anderen Texten wurde Delors als einer von mehreren Unterstützern der Währungsunion zitiert, ohne dass seine Rolle besonders herausgehoben wurde (z. B. LM 27.06.1989:7b, LM 29.06.1989:2a).

600 LM 24.06.1989:1, LM 24.06.1989:4b, LM 27.06.1989:1, LM 27.06.1989:7b, LM 29.06.1989:1, LF 26.06.1989:1b.

601 LM 24.06.1989:4b, LF 26.06.1989:1b.

602 LM 24.06.1989:4a.

603 So wörtlich LF 26.06.1989:1a, LF 26.06.1989:1b, ähnlich LF 26.06.1989:3, LM 24.06.1989:4b.

604 LM 19.04.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Sachen Währungsunion weiter voranschreiten – „avec ou sans l'Angleterre".[605] Im Juni verwiesen nun mehrere Beiträge darauf, dass sich das Europakonzept der britischen Premierministerin mit dem der übrigen Mitgliedstaaten nur schwer vereinbaren lasse.[606]

Vor allem *Le Monde* spitzte die Berichterstattung dabei auf einen Antagonismus zwischen Mitterrand und Thatcher zu, den die Zeitung – ähnlich wie den Konflikt zwischen Thatcher und Delors nach der Brügge-Rede – ausdrücklich auch weltanschaulich deutete. Schon im April 1989 hatte die Zeitung im Zusammenhang mit der Europawahlkampagne des Front National sowie der Gründung einer europaskeptischen Gruppierung am rechten Flügel des RPR festgestellt, die britische Premierministerin sei in Frankreich zur „référence commune des partisans de l',Europe des patries'" geworden.[607] Nach dem Gipfel von Madrid wiederum hieß es, der französische Präsident habe sich dort zwar noch einmal auf einen Kompromiss mit Thatcher eingelassen. Letztlich sei er jedoch

> convaincu que le conflit est idéologique, que deux conceptions de l'Europe s'affrontent – la sienne et celle du libéralisme absolu, – que le temps ne changera rien à l'affaire et que le conflit n'est, par conséquent, que différé.[608]

Zugleich zögerte *Le Monde* auch nicht, in diesem Konflikt sehr deutlich Position zu beziehen. Ein Artikel kritisierte Thatchers Vorschlag, lediglich die erste Stufe des Delorsplans umzusetzen, als einen Ansatz „qui, sous prétexte de réalisme, aboutit à un résultat exactement inverse à celui recherché par le rapport du comité Delors";[609] ein anderer Bericht zitierte einen namenlosen französischen Diplomaten, der Thatchers Vorstoß als „un moyen efficace de saborder l'affaire" wertete.[610] Ein Leitkommentar schließlich warf der Premierministerin „cynisme" vor, da sie sich zwar scheinbar zur Währungsunion bereit erkläre, diese gleichzeitig aber so weit wie möglich verzögern wolle.[611]

605 LF 18.04.1989:1b.
606 LF 26.06.1989:3, LF 26.06.1989:1b.
607 LM 20.04.1989:11.
608 LM 29.06.1989:2b. In demselben Zusammenhang deutete *Le Monde* auch die französisch-britischen Konflikte über die Liberalisierung des europäischen Kapitalmarkts und über die geplante europäische Sozialcharta.
609 LM 27.06.1989:7b.
610 LM 24.06.1989:4b.
611 LM 29.06.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Während *Le Monde* sich also offen für eine gesamteuropäisch-weltanschauliche Deutung des Konflikts um die Währungsunion zeigte, war *Le Figaro* in dieser Hinsicht zurückhaltender. Zwar stellte auch hier ein Artikel Mitterrand und Thatcher einander gegenüber, der „différend ‚idéologique'" der beiden Antagonisten wurde jedoch nur in Form eines Mitterrand-Zitats erwähnt.[612] Ein Leitkommentar beschrieb als entscheidenden Gegensatz die Frage nach der „nature de la Communauté": Sollte die EG ein bloßer Binnenmarkt und damit „l'affaire des marchands et des banquiers" bleiben oder sich dank der Währungsunion zu einer „vraie puissance" entwickeln, die den „aspirations sociales et culturelles de toutes les couches de la population" gerecht werde?[613] Auch hier wurde der Konflikt also nicht im Sinne nationaler Interessen, sondern unterschiedlicher gesamteuropäischer Entwürfe gedeutet. Anders als *Le Monde* vermied der konservative *Figaro* jedoch eine Deutung entlang eines expliziten Links-rechts-Gegensatzes.

Der Kompromiss, der auf dem Gipfel von Madrid gefunden wurde, stieß in der französischen Presse auf gemischte Reaktionen. *Le Figaro* sprach von „petits pas prudents vers l'union monétaire" und einem „bilan […] plutôt positif" des Treffens, bei dem jedoch auch Mitterrand nicht all seine Ziele habe umsetzen können.[614] *Le Monde* stellte fest, dass die Währungsunion trotz der grundsätzlichen Zustimmung fast aller Mitgliedstaaten „éminemment précaire" bleibe.[615] Dies liege vor allem daran, dass Helmut Kohl – unabhängig von seinen persönlichen Überzeugungen – aus Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft und auf seine konservative Wählerklientel einen Konflikt mit Thatcher vermeiden wolle.[616] Dennoch blieb die Zeitung bei einer eher optimistischen Einschätzung der künftigen Erfolgsaussichten: Zuletzt würden auch die britischen Unternehmer und der europafreundliche Flügel der Conservative Party ein Scheitern der Währungsunion nicht unterstützen.[617]

Insgesamt lässt sich also festhalten, dass die französischen Zeitungen die Verhandlungen in der ersten Phase der Vertragsreform immer wieder entlang gesamteuropäisch-weltanschaulicher Gegensätze statt nur nationaler Interessen deuteten. Allerdings folgten beide Zeitungen – wenn auch un-

612 LF 28.06.1989:4b.
613 LF 26.06.1989:1b.
614 LF 28.06.1989:4a.
615 LM 29.06.1989:2a.
616 LM 29.06.1989:2b, ähnlich auch LF 28.06.1989:4a.
617 LM 29.06.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

terschiedlich stark – dabei dem Argumentationsmuster der eigenen nationalen Regierung, nach dem die Währungsunion als nächster Integrationsschritt logisch und nahezu unvermeidlich sei. Außerdem stellte keine der beiden Zeitungen in Frage, dass die entscheidenden Akteure in den Verhandlungen die nationalen Regierungen seien. Bezeichnend war in diesem Sinne ein Leitkommentar, der Ende Juni 1989 im *Figaro* erschien: Der gaullistische Abgeordnete und Mitherausgeber der Zeitung Alain Peyrefitte erläuterte darin, der Gipfel von Madrid habe entsprechend der „ligne habituelle des Conseils européens" nur einen Minimalkonsens erzielt. Vor allem aber verdeutliche er, wo die wesentlichen Entscheidungen in der EG fielen – und rechtfertige damit im Nachhinein die geringe Beteiligung bei der Europawahl wenige Wochen zuvor:

> Ce n'est pas à Strasbourg, c'est au Conseil européen que se tranchent ces questions primordiales. […] Les candidats [au Parlement Européen] ont disserté sur l'avenir de l'Europe. Mais les électeurs sentaient bien que leurs élus n'auraient pas la capacité d'en décider. Le sommet de Madrid nous révèle le décalage entre des illusions lyriques et la réalité.[618]

Die „réalité", die *Le Figaro* zum Ende der ersten Phase der Verhandlungen über die Vertragsreform von Maastricht wahrnahm, war also ein intergouvernementales System, in dem die Staats- und Regierungschefs über unterschiedliche Integrationsmodelle entschieden, während die Abgeordneten im Europäischen Parlament nur hochtrabende Reden hielten, ohne wirklichen Einfluss auf die Zukunft der EG zu besitzen. Peyrefittes Kommentar rechtfertigte damit implizit auch, dass die Zeitungen den Argumenten supranationaler Akteure so wenig Nachrichtenwert zuschrieben. Stattdessen konzentrierte sich ihre Berichterstattung auf die Außenpolitik der Mitgliedstaaten und speziell auf die Dreiecksbeziehung zwischen den drei größten Ländern Frankreich, Großbritannien und Deutschland: ein Muster, das sich in der zweiten Phase der Verhandlungen nach dem Fall der Berliner Mauer sogar noch weiter verstärken sollte.

618 LF 28.06.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

3.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Il ne s'agit pas de se quereller sur l'Europe": Oppositionsinterne Konflikte über die Europapolitik

Anders als in Deutschland gab es in Frankreich schon vor den Maastricht-Verhandlungen eine Tradition parteipolitischer Konflikte über europapolitische Fragen. Während der Parti socialiste (PS) sich unter François Mitterrand für eine Wiederbelebung der europäischen Integration einsetzte, sah die wichtigste Oppositionspartei, das gaullistische Rassemblement pour la République (RPR) unter Führung von Jacques Chirac, die Übertragung von Hoheitsrechten auf supranationale Organe sowie den Verzicht auf nationale Vetorechte im Ministerrat traditionell skeptisch. Bereits 1986 hatten die Gaullisten deshalb die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte abgelehnt, die wenige Wochen vor der französischen Parlamentswahl stattfand, bei der sie zusammen mit dem bürgerlich-liberalen Parteienbündnis Union pour la démocratie française (UDF) eine Mehrheit erzielten. Während der anschließenden Kohabitation – einer RPR/UDF-Regierung mit Chirac als Premierminister unter dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand – unterstützte das RPR allerdings die Ratifikation der EEA.[619]

Bei den Parlamentswahlen 1988 gewann der PS die Mehrheit in der französischen Nationalversammlung zurück. RPR und UDF suchten daraufhin ihre Zusammenarbeit weiter auszubauen und auch bei Wahlen stets mit gemeinsamen Listen anzutreten. Dabei erwies sich jedoch gerade die Europapolitik als ein wichtiger Streitpunkt, da die UDF unter der Führung von Valéry Giscard d'Estaing eine integrationsfreundliche, teils sogar offen föderalistische Haltung vertrat. Am deutlichsten war dieser proeuropäische Kurs beim Centre des démocrates sociaux (CDS), einer zentristisch-christdemokratischen Mitgliedsorganisation der UDF. Neben anderen Gründen führte dies dazu, dass das CDS bei der Europawahl im Juni 1989 nicht auf der RPR/UDF-Liste antrat, sondern eigene Kandidaten aufstellte.[620]

619 Vgl. Maricot 2010:169–175.

620 Schon nach der Parlamentswahl 1988 hatte eine Gruppe von CDS-Abgeordneten, die statt der Annäherung an das RPR eine eigenständige ‚zentristische' und proeuropäische Linie anstrebten, eine eigene Fraktion in der Nationalversammlung gebildet (vgl. Rocher / Lion 1994:49–78, 232–234).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Im Vergleich dazu folgte der europapolitische Kurs des regierenden PS einem mittleren Weg: Die Sozialisten standen Souveränitätsübertragungen offener gegenüber als das RPR, ohne jedoch einen europäischen Föderalismus wie das CDS zu vertreten. Vor allem sahen sie in der französischen EG-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1989 eine Gelegenheit, um ihr außenpolitisches Profil zu schärfen und ihre nach den Parlamentswahlen 1988 rasch abgestürzten Umfragewerte wieder zu verbessern.[621] Auch im PS gab es allerdings eine integrationsskeptische Strömung, deren wichtigster Repräsentant Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement war. Ebenfalls für mehr nationale Souveränität war schließlich der kommunistische PCF, die dritte wichtige Oppositionspartei neben RPR und UDF.[622]

Als im April 1989 der Delorsplan vorgestellt wurde, waren diese grundsätzlichen europapolitischen Linien der einzelnen Parteien in der französischen Öffentlichkeit bereits recht präsent. Insbesondere die Konflikte zwischen RPR, UDF und CDS stießen in den Wochen vor der Europawahl 1989 auf ein gewisses Medienecho und wurden in der regierungsnahen *Le Monde* regelmäßig thematisiert.[623] Teilweise dienten die französischen Zeitungen auch selbst als Plattform für diesen Konflikt: So kritisierte Anfang Januar 1989 der UDF-Politiker Bernard Bosson in einem Gastbeitrag in *Le Monde* das europapolitische Programm des RPR als „frileux" und „ambigu" und warb für eine eigenständige UDF-Wahlliste, die sich für die „États Unis de l'Europe" einsetzen würde.[624] Dies wiederum wies Alfred Coste-Floret, Europaabgeordneter einer mit dem RPR verbündeten Kleinpartei, Anfang April in einem *Figaro*-Kommentar zurück: Statt sich über Konzepte wie „fédération" und „confédération" zu streiten, sei es nötig, eine möglichst große parteienübergreifende Einheit zur Europapolitik zu erzielen: „Il ne s'agit pas de se quereller sur l'Europe, il s'agit de s'entendre pour la construire."[625] Zugleich kritisierte der konservative *Figaro* aber auch die Regierung dafür, Konflikten um die Europapolitik durch vage Verspre-

621 Vgl. Guérot 1996:483–484, Wielgoß 2002:69–70.

622 In einem programmatischen Gastkommentar in *Le Monde* sprach sich der PCF-Spitzenkandidat für die Europawahl, Philippe Herzog, dafür aus, die europapolitische Debatte stärker auf die soziale Frage als auf einen bloßen Gegensatz von mehr oder weniger Integration auszurichten. Zugleich forderte er aber auch „renégocier les traités pour faire une Communauté de nations souveraines et coopérantes" und „[u]ne France libre et maîtresse de ses choix" (LM 09.04.1989:8).

623 Z. B. LM 10.11.1988:6b, LM 12.04.1989:9, LM 10.06.1989:12.

624 LM 05.01.1989:7.

625 LF 12.04.1989:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

chen aus dem Weg zu gehen und „de ‚chloroformer' les Français les plus réticents à l'Europe".[626]

Allerdings blieben die innerfranzösischen Konflikte über die Europapolitik während der ersten Phase der Verhandlungen durchweg abstrakt: Diskutiert wurden allgemeine Prinzipien wie Föderalismus, Supranationalismus oder nationale Souveränität, nicht aber konkrete Vorschläge wie der Delorsplan oder die mögliche Reform des EG-Vertrags. Letztlich diente die Debatte also eher zur wechselseitigen ideologischen Abgrenzung der nationalen Parteien, nicht zu einer Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Auch der Europawahlkampf 1989 führte nicht zu einer klaren Profilierung in dieser Hinsicht. Zwar griff *Le Monde* nun in mehreren Kommentaren zur Bedeutung des Europäischen Parlaments die Forderung nach einer institutionellen Reform auf.[627] Im Wahlkampf selbst spielten diese Themen jedoch nur eine untergeordnete Rolle – was die Zeitung auch den geringen europapolitischen Unterschieden zwischen den drei prominentesten Spitzenkandidaten zuschrieb: „Nul ne sait très bien qui de Mme Veil, M. Fabius et M. Giscard d'Estaing est le plus ou le moins européen."[628]

3.3 Großbritannien

3.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Out of step in Europe": Kontroversen über die britische Außenseiterrolle in der Debatte zur Währungsunion

Das Vereinigte Königreich nahm in der europäischen Währungspolitik Ende der 1980er Jahre eine Sonderrolle ein: Neben den erst kurz zuvor der EG beigetretenen südeuropäischen Staaten war es das einzige Land, das seine Währung nicht im Rahmen des Europäischen Währungssystems an den ECU gebunden hatte. Zugleich litt es an steigender Inflation, einem Kursverfall des Pfunds sowie ab 1989 an einem Einbruch des Wirtschaftswachs-

626 LF 14.02.1989.

627 LM 13.06.1989:8, LM 14.06.1989:7, LM 15.06.1989:7, LM 15.06.1989:2, LM 16.06.1989:2.

628 LM 15.06.1989:9. Valéry Giscard d'Estaing trat als Spitzenkandidat auf der gemeinsamen Liste von RPR und UDF an, Laurent Fabius für den PS, Simone Veil für das CDS.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tums, was innerhalb der britischen Regierung zu Debatten über eine Neuausrichtung der nationalen Währungspolitik führte. Im Vorfeld des Gipfels von Hannover 1988 fanden sich in den britischen Medien deshalb zahlreiche Artikel über einen möglichen Beitritt des Landes zum EWS-Wechselkursmechanismus. Allerdings vermengte sich dieses Thema in der Berichterstattung von Anfang an auch mit der Reform des EWS, die ebenfalls in Hannover verhandelt wurde. In der Konsequenz stieß die vorgeschlagene Währungsunion mit einer gemeinsamen Europäischen Zentralbank in der britischen Presse von Anfang an auf großes Interesse. Ihr waren gleich mehrere Leitartikel gewidmet;[629] und die *Times* druckte (als Einzige aller untersuchten Zeitungen) auch die Schlussfolgerungen des Hannoveraner Gipfels im Vollzitat ab.[630]

Bemerkenswerterweise erschien die europäische Währungsunion dabei in erster Linie als ein Anliegen der deutschen Bundesregierung, die als Gastgeber des Gipfels das Thema vorantreibe.[631] Als Hauptgrund wurde meist die Vollendung des Binnenmarkts genannt, die nun im „next logical step" zur Währungsunion führen solle.[632] Andere Artikel sahen dahinter jedoch auch deutsche nationale Interessen – etwa dass Helmut Kohl die deutsche Ratspräsidentschaft zu einem symbolischen Erfolg führen oder dass er durch die Währungsunion die „German dominance of EEC monetary and fiscal affairs" ausbauen wolle.[633] Als weiteren Unterstützer der Währungsunion führten die britischen Zeitungen in der Regel Frankreich an,[634] wobei vor allem die *Times* verschiedentlich auch Uneinigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf die Unabhängigkeit der angedachten Europäischen Zentralbank thematisierte.[635] Nur deutlich seltener wurden schließlich die Kommission und andere Länder wie Italien

629 TT 15.06.1988:15, TT 27.06.1988:17, TG 29.06.1988:18.
630 TT 29.06.1988:8c.
631 TG 17.06.1988:11, TG 27.06.1988:9, TG 27.06.1988:21, TG 28.06.1988:20; TT 15.06.1988:15, TT 17.06.1988:13, TT 25.06.1988:7a, TT 25.06.1988:7b, TT 27.06.1988:1, TT 28.06.1988:1, TT 28.06.1988:7, TT 07.07.1988:1.
632 TT 25.06.1988:7a, ähnlich TT 15.06.1988:15, TT 25.06.1988:7b.
633 TT 15.06.1988:15; TT 25.06.1988:7a. Auf welche Weise die Währungsunion zu einer größeren deutschen Dominanz führen sollte, erklärte die Zeitung allerdings nicht.
634 Z.B. TG 17.06.1988:11, TG 27.06.1988:9, TG 27.06.1988:21, TG 28.06.1988:20; TT 25.06.1988:7b, TT 27.06.1988:1, TT 29.06.1988:1, TT 29.06.1988:8b. Als wichtigstes französisches Anliegen in Hannover galt allerdings nicht die Währungsunion, sondern eine gemeinsame europäische Sozialpolitik (TG 27.06.1988:21, TT 28.06.1988:1).
635 TT 15.06.1988:15, TT 25.06.1988:7b, auch später: TT 20.09.1988:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

als Befürworter der gemeinsamen Währung genannt.[636] Dass die Initiative zur Währungsunion wesentlich von Jacques Delors ausgegangen war, wurde in den britischen Zeitungen also zunächst nicht thematisiert; auch in den Berichten über Delors' Wiederernennung zum Kommissionspräsidenten in Hannover spielte dies keine Rolle.[637] Wie weiter unten noch ausführlicher dargestellt wird, zeigte sich dieses Muster, Reformvorschläge in der Berichterstattung eher bestimmten nationalen Regierungen als supranationalen Akteuren zuzuschreiben, auch in zahlreichen anderen Kontexten.

Stärker als die Vorschläge selbst interessierten sich die britischen Medien ohnehin für deren diplomatische Nebenwirkungen, insbesondere die drohende Isolation der britischen Regierung: Angesichts der Diskussion über eine Europäische Zentralbank erscheine Thatcher, die nicht einmal zu einem EWS-Beitritt bereit sei, als „out of step in Europe".[638] Der *Guardian* hob in einem Artikel „the danger of being bypassed by developments in the EMS" hervor; die *Times* sprach sogar von einem „collision course" zwischen Thatcher und den übrigen Mitgliedstaaten.[639] Zudem zitierte sie den britischen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Lord Cockfield, der warnte, dass Deutschland und Frankreich mit der Währungsunion allein vorangehen könnten, „if Britain failed to overcome its reluctance to take part in important European institutions and reforms".[640] Als Hauptmotiv Thatchers führten die britischen Zeitungen dabei von Anfang an nicht ökonomische Erwägungen, sondern die nationale Souveränität an. So zitierte ein *Times*-Artikel europäische Beamte, denen zufolge die britische Premierministerin das „independent pound" als „a symbol […] of patriotism and national sovereignty" betrachte; ein anderer einen deutschen Diplomaten, der noch drastischer von „some kind of national virility symbol" sprach.[641]

Diese grundsätzliche Ablehnung stieß in den untersuchten Zeitungen allerdings keineswegs auf klare Unterstützung. Vor allem der oppositionsnahe *Guardian* äußerte sich im Gegenteil durchgehend positiv zu einem

636 TT 25.06.1988:7b, TT 29.06.1988:8b, TG 29.06.1988:20. Ein *Times*-Artikel beschrieb zudem, wie die griechische Regierung, die in der zweiten Jahreshälfte 1988 die Ratspräsidentschaft übernehmen würde, das Ziel der Währungsunion von Deutschland übernommen habe (TT 21.06.1988:7).

637 TT 28.06.1988:7, TT 29.06.1988:8a, TG 28.06.1988:20.

638 TT 21.06.1988:7.

639 TG 17.06.1988:11, TT 25.06.1988:7a.

640 TT 21.06.1988:22.

641 TT 25.06.1988:7a, TT 27.06.1988:1, ähnlich TG 17.06.1988:11.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

möglichen britischen EWS-Beitritt[642] und drückte in einem Leitartikel seine Zustimmung zur Währungsunion aus: Diese sei zwar „anathema to Mrs Thatcher's nationalism", für die EG aber die einzige „chance of becoming a potent economic force, rivalling the United States and Japan […]".[643] Aber auch die regierungsfreundliche *Times* zeigte sich durchaus kritisch gegenüber der britischen Isolation[644] und verwies mehrmals auf die Verhandlungen zur Einheitlichen Europäischen Akte, die Thatcher ebenfalls zunächst abgelehnt, am Ende aber akzeptiert habe.[645] In zwei Leitartikeln drängte die Zeitung auf einen raschen EWS-Beitritt, um in den Verhandlungen über die künftige europäische Währungszusammenarbeit nicht ausgeschlossen zu bleiben.[646]

Frühzeitig kam dabei auch die Frage auf, welche politischen Implikationen eine Währungsunion nach sich ziehen könnte. So begründete Thatcher ihre Ablehnung auch damit, dass eine Einheitswährung nicht ohne eine gemeinsame Regierung möglich sei.[647] Ein *Times*-Leitartikel wies diesen Zusammenhang jedoch ausdrücklich zurück: Weder setze die Währungszusammenarbeit „a united European government" voraus noch sei die Unabhängigkeit des Pfunds „a realistic symbol of national virility". Vielmehr sei „[s]ome form of increased co-operation in monetary matters" lediglich „a logical consequence of 1992" (also des europäischen Binnenmarkts, der bis Ende 1992 vollendet sein sollte). Trotz des „excess visionary zeal", den die deutsche Bundesregierung in dieser Frage zeige, gehe es letztlich nur um einen „pragmatic step", zu dem auch Großbritannien bereit sein sollte.[648]

Mit diesem Gegensatz zwischen kontinentaleuropäischen Visionen und britischem Pragmatismus knüpfte die *Times* an einen sehr häufigen Topos an, der auch im deutschen und französischen Europadiskurs immer wieder vorkam. Zugleich nahm die Zeitung Thatcher jedoch auch gegen den Vorwurf in Schutz, „anti-European" zu sein. Dass sie in der EG andere Ziele vertrete als Kohl oder Mitterrand, liege allein an den besonderen Umständen der britischen Außenpolitik, speziell an dem „conflict between Britain's role in Europe and its traditional Atlanticism".[649] Letztlich, so die

642 TG 27.06.1988:9, TG 29.06.1988:18.
643 TG 29.06.1988:18.
644 TT 25.06.1988:7a.
645 Ebd., TT 27.06.1988:1.
646 TT 15.06.1988:15, TT 27.06.1988:17.
647 TT 27.06.1988:1, TG 27.06.1988:9.
648 TT 27.06.1988:17.
649 TT 25.06.1988:7a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Implikation, folgten alle Mitgliedstaaten in der Europapolitik ihren eigenen nationalen Interessen, die im Falle des global ausgerichteten Großbritannien eben anders gelagert seien als bei den nur kontinental orientierten Ländern auf dem Festland.

Von diesem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster lösten sich nur wenige Artikel. So sah eine Analyse im *Guardian* den Gipfel von Hannover als Übergang von einer „free-market, liberal, Euro-Thatcherite right", die in den achtziger Jahren die Binnenmarkt-Agenda durchgesetzt habe, zu einer „new European social democratic platform for the 1990s", welche sich nun in den Vorschlägen zu einer gemeinsamen EG-Sozialpolitik und zur Währungsunion manifestiere.[650] Mit umgekehrtem politischen Vorzeichen zitierte etwas später die *Times* den britischen Finanzminister Lawson, der einen Konflikt zwischen „two different visions – the vision of a deregulated, liberalized Europe which has been ours and of a bureaucratic, harmonized, regulated Europe which has been that of some others" ausmachte.[651]

Diese Ansätze einer gesamteuropäisch-weltanschaulichen Interpretation entlang eines Links-rechts-Gegensatzes ähnelten stark dem Deutungsmuster, das zur selben Zeit auch in *Le Monde* verbreitet war. In der britischen Berichterstattung blieben sie allerdings eine Ausnahme. Die Ergebnisse des Hannoveraner Gipfels deuteten beide britischen Zeitungen wieder im Wesentlichen als einen Kompromiss zwischen den nationalen Interessen der verschiedenen Regierungen: Thatcher habe in die Einsetzung des Delors-Komitees eingewilligt, nachdem die Befürworter der Währungsunion um Helmut Kohl zuvor darauf verzichtet hatten, im Mandat des Komitees explizit das Ziel einer Europäischen Zentralbank zu erwähnen.[652] In der Bewertung dieses Kompromisses unterschieden sich die Zeitungen allerdings: Für den *Guardian* war Thatcher weiterhin „out of step";[653] das erzielte Zugeständnis könne sich bald als „Pyrrhic victory" erweisen, da unabhängig von der Formulierung des Mandats Jacques Delors und die übrigen Mitgliedstaaten jedenfalls eine Währungsunion anstrebten.[654] Die *Times* hingegen begrüßte die gute Stimmung auf dem Gipfel[655] und vermutete hinter Thatchers Kompromissbereitschaft „the hope that this would

650 TG 27.06.1988:21.
651 TT 01.07.1988:14.
652 TT 28.06.1988:1, TT 28.06.1988:7, TG 29.06.1988:20.
653 TG 28.06.1988:20.
654 TG 29.06.1988:20.
655 TT 28.06.1988:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bury the question of a European bank".[656] Die Premierministerin selbst sehe jedenfalls, wie beide Zeitungen zitierten, „no possibility of a European Central Bank in my lifetime and possibly never".[657]

Nach dem Gipfel zeigten sich in der *Times* zudem erstmals einige Topoi, die die Berichterstattung der Zeitung auch in den folgenden Jahren prägten. Zum einen zitierte die Zeitung Thatcher mit der Feststellung, dass Großbritannien anderen EG-Mitgliedstaaten bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs weit voraus sei,[658] und kontrastierte so das verbreitete Bild von der britischen Regierung als Integrationsbremser mit einem eigenen Diskurs, nach dem Großbritannien in der EG eigentlich eine Vorbildrolle zukomme. Zum anderen hob die *Times* hervor, dass Thatcher in Hannover von dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter unterstützt worden sei,[659] und zitierte Finanzminister Lawson, dem zufolge „no major European country […] wishes to see the powers and responsibilities of its own central bank diminished".[660] Sowohl der Topos von Großbritannien als ‚gutem Europäer' als auch die Erwartung, dass andere Regierungen entgegen ihrer offiziell integrationsfreundlichen Linie letztlich doch noch auf den britischen Kurs einschwenken würden, relativierten im Diskurs der *Times* die britische Außenseiterrolle. Implizit verteidigte die Zeitung damit die Regierung gegenüber der Kritik, wie sie etwa im oppositionsnahen *Guardian* zu lesen war.

Erst einmal aber spielte die Währungsunion in den Monaten nach dem Gipfel von Hannover wenigstens im Politikteil der britischen Zeitungen kaum noch eine Rolle. Lediglich im Wirtschaftsressort fanden sich einzelne Artikel, etwa über die erste Sitzung des Delors-Komitees im September.[661] Zudem berichtete die *Times* im September über ein Interview Thatchers im spanischen Fernsehen, in dem diese eine Europäische Zentralbank noch einmal als „an unacceptable loss of sovereignty" ablehnte, und zitierte die Premierministerin mit der Formulierung „Europe should not try to run before it could walk".[662] Im Kontext des Interviews spielte That-

656 TT 29.06.1988:8b.
657 TT 29.06.1988:1, ähnlich TG 29.06.1988:20.
658 TT 29.06.1988:1, TT 29.06.1988:8b.
659 TT 28.06.1988:1.
660 TT 01.07.1988:14.
661 TT 12.09.1988:21, TT 14.09.1988:28. Zu diesem Anlass sprach sich die *Times* noch einmal gegen die Währungsunion, aber für einen britischen EWS-Beitritt aus, der „desirable not for reasons of foreign policy or for some mystical vision of a united continent but for hard practical reasons" sei (TT 12.09.1988:23).
662 TT 19.09.1988:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

cher mit diesem geflügelten Wort offenbar auf die noch unvollständige EG-Kapitalmarktliberalisierung an, die eine Vorbedingung für die Währungsunion sei. In den folgenden Jahren entwickelte es sich allerdings zu einer immer wiederkehrenden Wendung sowohl in der Rhetorik der britischen Regierung als auch in der Berichterstattung in der *Times* – vergleichbar mit dem Topos der überstürzten Reform, auf das die deutsche FAZ wiederholt zurückgriff.

Der *Guardian* hingegen setzte weiterhin auf die britische Isolation als Hauptthema in der Berichterstattung. So zitierte er im Oktober 1988 unter der Überschrift „EEC threat to leave Britain behind on Euro bank" einen deutschen Bundesbankbeamten, der die Möglichkeit einer Währungsunion allein der EWS-Mitgliedstaaten in Aussicht stellte, „even if this means a two-tiered Europe".[663] Wenige Wochen vor Abschluss des Delors-Berichts machte die Zeitung zudem noch einmal sehr deutlich, dass für diese Isolation vor allem die Thatcher-Regierung selbst verantwortlich sei:

> No one in the Bank of England, the Treasury, or 10 Downing Street, should imagine that a British refusal to go along with such a strategy [for monetary union] would mean that it would be abandoned by the other EEC governments. Their leaders have already signalled their intention to go ahead, if necessary without the British. They have often done so at other crucial junctures in the Community's evolution. […] It is not a prospect which the bulk of British industry […] would be happy about. But it could be the result of continued British foot-dragging on the question of EMS membership […].[664]

Wie unterschiedlich die *Times* und der *Guardian* die Politik der britischen Regierung beurteilten, zeigte sich schließlich auch anlässlich einer Äußerung des britischen Finanzministers Lawson im Januar 1989. Dieser kritisierte, dass Delors die Idee einer vollständigen Währungsunion vorantreibe, statt sich auf „the practical steps the single market required" zu konzentrieren[665] – ein erneuter Rückgriff auf den topischen Gegensatz zwischen kontinentaleuropäischer Vision und britischem Pragmatismus. Doch während die *Times* dieses Argument nur zitierte, übte der *Guardian* offene Kritik daran: Lawsons Äußerungen, so die Zeitung, „may be seen as hypocriti-

663 TG 06.10.1988:6.
664 TG 27.01.1989:23.
665 TG 26.01.1989:1, ähnlich TT 26.01.1989:24.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

cal", da sich die britische Regierung auch konkreten Binnenmarktmaßnahmen wie der Steuerharmonisierung verweigere.[666]

„A new version of De Gaulle's ‚Europe des patries'": Thatchers Rede in Brügge als Auslöser einer Institutionen-Debatte

Nicht nur die Debatte über die europäische Währungsunion, auch die über die institutionelle Reform gewann in Großbritannien dank der exponierten Rolle Thatchers schon früher an Fahrt als in den anderen Mitgliedstaaten. Wie die deutschen und französischen ignorierten zwar auch die britischen Zeitungen die Resolutionen, die das Europäische Parlament bis Mitte 1988 verabschiedete. Bereits im Kontext des Gipfels von Hannover wurde jedoch die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Regierung thematisiert – wenn auch zunächst nur *ex negativo* in einer Äußerung Margaret Thatchers zur Währungsunion:

> Mrs Thatcher said last Thursday that a European Bank could only come about when there was a united sovereign government for Europe. Since this was "not on the cards", there was no point in even studying the idea.[667]

Die Medien werteten dieses Argument zunächst nur als rhetorische Übertreibung,[668] schrieben ihm jedoch größere Bedeutung zu, als einige Tage nach dem Gipfel auch Kommissionspräsident Jacques Delors davon sprach, dass die zunehmende Übertragung von Kompetenzen auf die EG „the embryo of a European government" notwendig mache. Die *Times* sah darin explizit eine Antwort auf die britische Premierministerin und hob in der Überschrift ihres Berichts dazu – „Parliament ‚doomed' by European government" – vor allem den möglichen Verlust an nationaler Souveränität hervor.[669] Klar integrationsfreundlich positionierte sich hingegen der *Guardian*, der Delors' Äußerungen zum Anlass nahm, um in einem längeren Artikel das „democratic deficit" der EG zu beschreiben, das sich aus dem zunehmenden Machtgewinn des Ministerrats ergebe. Da eine

666 TG 26.01.1989:1. Außerdem berichtete der *Guardian* (anders als die *Times*) am Folgetag auch über die Reaktion eines Kommissionssprechers, der Lawsons Vorwürfe zurückwies und betonte, dass die Arbeit im Delors-Komitee von dem Mandat des Gipfels von Hannover gedeckt sei (TG 27.01.1989:10).

667 TT 27.06.1988:1, ähnlich TG 27.06.1988:9.

668 So insbesondere der schon oben zitierte *Times*-Leitartikel (TT 27.06.1988:17).

669 TT 07.07.1988:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Rückübertragung der Kompetenzen auf die nationalen Parlamente „inconceivable“ sei, bleibe als „obvious, common sense alternative“ nur eine Stärkung des Europäischen Parlaments: „Logically, the European Parliament should be the primary law-making assembly, with the Council of Ministers […] acting as a kind of Senate.“[670] Ohne es explizit zu machen, folgte die Zeitung damit genau der föderalistischen Argumentationslinie, die auch die Europaabgeordneten selbst wenige Wochen zuvor im Toussaint-Bericht verabschiedet hatten.

Den eigentlichen Startpunkt der britischen Debatte über die institutionelle Zukunft der EG bildete jedoch Thatchers Rede in Brügge am 20. September 1988, die in der britischen Öffentlichkeit auf große Aufmerksamkeit stieß. Beide untersuchten Zeitungen berichteten mehrfach auf der Titelseite darüber, kommentierten sie in Leitartikeln und druckten große Ausschnitte daraus im Wortlaut ab.[671] Als wichtigsten Gegner Thatchers identifizierten die Zeitungen dabei erneut Jacques Delors, den die *Times* als „the biggest demon in the Downing Street cupboard“ bezeichnete.[672] Als zentrale inhaltliche Konfliktlinie galt dementsprechend der Gegensatz zwischen „British interests“ einerseits und einem von Delors verkörperten „creeping Euro-federalism“ andererseits.[673] Thatcher selbst benannte später in einem Gespräch mit der *Times* als Adressaten ihrer Kritik

670 TG 07.07.1988:21.

671 TT 19.09.1988:1, TT 21.09.1988:1, TT 22.09.1988:1, TG 21.09.1988:1, TG 22.09.1988:1; TT 20.09.1988:13, TG 21.09.1988:18; TT 21.09.1988:7, TG 21.09.1988:19a. Auch in Leserbriefen wurde die Rede viel diskutiert. Dabei unterstützte in der *Times* die große Mehrheit der Briefe Thatchers Linie (TT 23.09.1988:13a, TT 28.09.1988:13, TT 29.09.1988:17, TT 30.09.1988:15b, TT 07.10.1988:17c, TT 07.10.1988:17b), nur wenige äußerten Kritik (TT 23.09.1988:13b, TT 30.09.1988:15a, weniger eindeutig TT 07.10.1988:17a). Im *Guardian* hingegen bezogen alle Leserbriefe gegen Thatcher Stellung, allerdings aus ganz unterschiedlichen Gründen: Einer forderte stattdessen eine Stärkung des Europäischen Parlaments (TG 26.09.1988:22b), ein anderer mehr Dezentralisierung nicht nur in Europa, sondern auch innerhalb Großbritanniens (TG 26.09.1988:22a). Ein dritter schließlich warf Thatcher vor, dass sie nicht schon die Einheitliche Europäische Akte von 1986 abgelehnt habe (TG 26.09.1988:22c).

672 TT 20.09.1988:12, ähnlich auch schon TT 15.09.1988:6, TT 19.09.1988:1.

673 So TT 20.09.1988:8. Andere *Times*-Artikel sprachen z. B. von „a United States of Europe“ (TT 19.09.1988:1, ähnlich TT 20.09.1988:13), „supranational tendencies“ (TT 20.09.1988:12) oder „Delors’ dream of a superstate“ (TT 21.09.1988:1); der *Guardian* sprach von „a federal united Europe“ (TG 22.09.1988:1) und zitierte noch einmal Delors’ Formulierung eines „embryo European government“ (TG 17.09.1988:20).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„[s]ome in the Commission who are trying to get every directive far too detailed in restrictions" und „a lot of countries in Europe who think in a socialist way". Ein „federal Europe" sei „against the grain of our people".[674]

Thatchers Ablehnung einer weitergehenden Integration wurde also teilweise mit der Verteidigung einer liberalen Deregulierungspolitik, teilweise mit der Wahrung der nationalen Identität begründet. Ein Leitartikel der *Times* sprach von einem „European Thatcherism", der „inspired by the ideals of enterprise and individualism; deregulated, economically efficient and non-interventionist" sei und die „[n]ational identity" respektiere.[675] Unterschiede zu den anderen EG-Mitgliedstaaten spielten hingegen zunächst keine zentrale Rolle. Im Gegenteil: Als Referenzpunkt, um Thatchers Positionen zu charakterisieren, griffen beide Zeitungen nicht etwa auf ein britisches Vorbild, sondern auf den Franzosen Charles de Gaulle zurück. So beschrieb der *Guardian* das Integrationskonzept der Brügge-Rede als „a new version of De Gaulle's ‚Europe des patries'" und erklärte explizit: „Mrs Thatcher consciously followed in the footsteps of the late French President".[676] Beide Zeitungen erwähnten zudem, dass auch der belgische Außenminister Leo Tindemans in Thatchers Rede Ähnlichkeiten zu De Gaulle erkannt habe, wobei die *Times* noch hinzufügte, dass Thatcher selbst in diesem Vergleich „certainly not an insult" sehe.[677]

Mit dem Konzept des „European Thatcherism", vor allem aber mit dem Verweis auf die gaullistische Tradition der Brügge-Rede lieferten die Zeitungen einen Ansatz für eine gesamteuropäisch-weltanschauliche Interpre-

674 TT 26.10.1988:16, aufgegriffen in TG 26.10.1988:9.

675 TT 21.09.1988:17. Ein anderer *Times*-Bericht kontrastierte ihre „crusade for a market-based solution for the question of Continental unity" mit Felipe González' Ziel eines europäischen „social space"; allerdings bezog sich dies eher auf die gemeinsame Sozialpolitik, nicht auf die Vertragsreform (TT 24.09.1988:7). In ähnlicher Weise erklärte auch ein *Guardian*-Artikel, Thatcher wende sich gegen die „rhetoric of some EEC leaders – constitutionally supranational, economically interventionist, and socially progressive" (TG 21.09.1988:19b).

676 TG 21.09.1988:1. Auch sonst war „Thatcher's Gaullism" im *Guardian* ein gängiger Topos (so wörtlich TG 17.09.1988:20, ähnlich schon TG 07.07.1988:21, auch TG 21.09.1988:18, TG 22.09.1988:1, TG 29.09.1988:25, TG 01.10.1988:3). Einige Monate später veröffentlichte die Zeitung anlässlich des 20. Jahrestags von De Gaulles Rücktritt einen ausführlichen, über die Europapolitik hinausgehenden Vergleich zwischen den beiden Politikern (TG 01.05.1989:11); vor dem Gipfel von Straßburg zitierte sie noch einmal Thatcher selbst, die sich zu De Gaulles Ziel einer „Europe des patries" bekannte (TG 04.12.1989:23b).

677 TT 22.09.1988:1, vgl. auch TG 21.09.1988:1. Später fand sich der Vergleich mit De Gaulle in der *Times* noch in TT 03.10.1988:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tation, der die Existenz von ähnlich gesinnten Akteuren in anderen Mitgliedstaaten nahelegte. Tatsächlich argumentierte ein *Times*-Leitartikel, dass die Premierministerin eine Sichtweise auf die EG vertrete, die „many in the other countries of the European Community also embrace – or would do if they addressed themselves to the possible diminution of national sovereignty". Thatcher habe daher sogar die Aussicht „to take a leading role in Europe as it approaches its single market in 1992".[678] Eine explizit parteipolitische Deutung, etwa ein Verweis auf die zeitgenössische gaullistische Partei RPR in Frankreich, blieb jedoch aus. Beide Zeitungen erwähnten als relevante Akteure in den übrigen Mitgliedstaaten jeweils nur die dortigen Regierungen – und blieben insofern doch einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster verhaftet.

In Bezug auf die Reaktion dieser anderen Regierungen zeigten sich allerdings erneut Unterschiede zwischen dem *Guardian,* der allein die britische Isolation hervorhob, und der *Times,* die den Blick auf mögliche diplomatische Verbündete Thatchers lenkte. So betonte sie schon vor der Rede, die Regierung wolle sicherstellen, dass Thatchers Auftritt „does not antagonize other members of the Community whose support Britain often needs".[679] Auch später berichtete die *Times* zwar von den ablehnenden Reaktionen der Europäischen Kommission und der anderen EG-Regierungen,[680] blieb jedoch dabei, dass viele Akteure in Europa es durchaus begrüßten, dass Thatcher einschreite, „when Euro-enthusiasm threatens to get out of hand".[681] Andere Kommentare mischten dieses Argument auch mit Kritik an den anderen europäischen Regierungen: Diese wüssten in Wahrheit ebenfalls, dass nationale Identitäten nicht in einer europäischen Föderation aufgehen könnten, „but think it unwise to say so".[682]

Der *Guardian* hingegen ließ erneut keinen Zweifel daran, dass die Schuld für die drohende britische Isolation bei der britischen Regierung selbst zu suchen sei. Eine Kaskade von Berichten kontrastierte hier die Po-

678 TT 20.09.1988:13.
679 TT 20.09.1988:8.
680 TT 21.09.1988:1, TT 22.09.1988:1, TT 23.09.1988:7.
681 TT 23.09.1988:7. Später berichtete die Zeitung, trotz der anfänglich negativen Reaktion hätten europäische Medien und Politiker „Mrs Thatcher's frankness" gelobt, die es ermögliche, zwischen „visionaries" und „pragmatists" eine offene Debatte zu führen (TT 03.10.1988:13).
682 TT 29.09.1988:16, ähnlich auch TT 21.09.1988:17: „She is honest where our partners are idealistic." Auch ein Leserbrief äußerte die Ansicht, dass Thatcher „is only saying […] what her counterparts in Europe know full well to be the truth but lack the guts to say themselves" (TT 23.09.1988:13a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sition der Premierministerin mit der integrationsfreundlichen Europapolitik anderer Regierungschefs,[683] ein Leitartikel sagte ein „two-tier Europe, with London on the outer circle line" voraus,[684] ein Kommentar sprach von „Thatcher as the wallflower of Europe".[685] Ende Oktober verzeichnete die Zeitung schließlich „growing evidence of her total isolation among EEC leaders over the future of the Community",[686] was die Regierung zu einem „all-out diplomatic effort to heal the breach […] with its European Community partners" zwinge.[687]

Auch der Darstellung des *Guardian* lag allerdings ein stark an nationalen Interessen ausgerichtetes Deutungsmuster zugrunde. Zwar wandten sich die Vorwürfe, die die Zeitung gegen Thatcher erhob, zum Teil gegen ihre europapolitischen Vorstellungen; ein Leitartikel sprach von den „limited […] horizons" der Premierministerin, die „forever […] an English nationalist" bleibe.[688] Mehrere Artikel betonten zudem, dass Thatchers Kritik am europäischen Föderalismus nichts mit den realen europapolitischen Plänen der Kommission zu tun habe; vielmehr handle es sich dabei um „straw men" und eine „extreme and inaccurate caricature of the case for progress

683 Im Einzelnen mit Spanien, Frankreich und Italien (TG 22.09.1988:6), erneut Spanien (TG 23.09.1988:28), Belgien (TG 29.09.1988:25), Deutschland (TG 19.10.1988:1) sowie erneut Italien (TG 21.10.1988:12). Die beiden letzten Artikel bezogen sich auf ein Treffen der zur EVP gehörigen Regierungschefs, wobei der *Guardian* allerdings nicht weiter auf dessen europäisch-parteipolitische Dimension einging, sondern bei einem diplomatischen, mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster blieb. Daneben war die britische Isolation auch Thema in TG 22.09.1988:1, TG 22.09.1988:23 sowie TG 26.09.1988:22b.

684 TG 21.09.1988:18.

685 TG 31.10.1988:20.

686 TG 21.10.1988:12.

687 TG 25.10.1988:8, ähnlich schon TG 22.10.1988:6. Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen bei der Bewertung der Akteure zeigten sich auch in Details der Darstellung. So kontrastierte der *Guardian* – ähnlich wie *Le Monde* in Frankreich – die Aggressivität Thatchers mit der Gelassenheit Jacques Delors': Ende Oktober zitierte die Zeitung Delors' Warnung vor „unnecessary new ideological confrontations" und deutete dies als „conciliatory gesture" des Kommissionspräsidenten (TG 27.10.1988, ähnlich schon TG 21.09.1988:1, TG 22.09.1988:1). Im Gegensatz dazu interpretierte die *Times* Thatchers Brügge-Rede als „a dose of good British common sense" (TT 23.09.1988:7) und sprach Ende Oktober von einem „[a]ngry Delors", der Thatcher mit einer „fresh challenge […] over 1992" konfrontiere (TT 27.10.1988:6).

688 TG 21.09.1988:18.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

towards European union".[689] Der Schwerpunkt der Kritik jedoch richtete sich gegen die ungünstige diplomatische Position, in die die Regierung das Land manövriert habe. Besonders deutlich wurde dies in einem Kommentar, der feststellte, der Widerstand gegen den Integrationsprozess könne

> nullify any British aspirations to 'lead' Europe – aspirations which the Thatcher Government, remarkable to say, does imagine itself to have fulfilled […]. Only as a full-hearted participant in Europe could Britain hope to maximise her influence in the world. That was what a majority began at last to understand. But one woman's vision said otherwise.[690]

Und auch an sprachlichen Details zeigte sich der mitgliedstaatlich-außenpolitische Rahmen der Kritik im *Guardian*: So griffen gleich mehrere Meinungsartikel auf ein britisch-nationales „we" zurück und gaben damit zu verstehen, dass der Adressat ihrer Argumentation allein die britische Öffentlichkeit war – und nicht etwa die EG als Ganzes.[691]

Aber nicht nur die diplomatische Position des Landes, auch die Inhalte der Brügge-Rede wurden in der *Times* weitaus wohlwollender bewertet als im *Guardian*. Zwar hielt auch ein *Times*-Leitartikel Thatchers Angriffe auf „the nightmare of a European superstate" für übertrieben, „since nothing of the kind has been proposed". Statt auf das „faraway issue of European union" sollte die Premierministerin sich deshalb besser auf aktuelle Fragen wie den Binnenmarkt konzentrieren.[692] Zugleich unterstützte die Zeitung aber ausdrücklich Thatchers Konzept einer „community brought together by voluntary co-operation", das – anders als die Vorstellungen der deut-

689 TG 22.09.1988:23, TG 22.09.1988:1, ähnlich auch TG 21.09.1988:18, TG 31.10.1988:20. Entsprechend spekulierte die Zeitung auch schon früh über einen möglichen Kurswechsel Thatchers, wenn es tatsächlich zu einer Entscheidung „between her ideological defence of national sovereignty and the economic imperatives of European integration" kommen sollte (TG 21.09.1988:19b, ähnlich auch TG 21.09.1988:1).

690 TG 22.09.1988:23.

691 So etwa TG 21.09.1988:18: „If we malinger on the fringes, events will pass us by"; ähnlich auch TG 22.09.1988:23. Auch später verwendete der *Guardian* immer wieder das Pronomen „we", um sich auf Großbritannien oder die britische Regierung zu beziehen – insbesondere in Meinungstexten, die Thatcher besonders scharf für die diplomatische Isolation des Landes kritisierten (z. B. TG 28.06.1989:22, TG 08.12.1989:22).

692 TT 26.09.1988 (ähnlich auch einige Leserbriefe: TT 30.09.1988:15a, TT 03.10.1988:17).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen oder französischen Regierung – auch den östlichen Teil des Kontinents einbeziehen könne.[693]

Ein weiterer Kommentar verteidigte Thatchers „nationalism" gegen „the ill-defined notion of European federalism" und setzte sich sogar explizit mit dem Gegensatz zwischen einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen und einem gesamteuropäisch-innenpolitischen Integrationsmodell auseinander. Anlass dafür war die Äußerung eines britischen liberalen Abgeordneten, dem zufolge die Menschen zwar auch künftig „English, Scottish or French" bleiben würden, doch „what would matter in politics would be a person's political orientation, not national origin". Demgegenüber warnte der *Times*-Kommentar, es wäre „self-defeating to try to suppress nationhood":

> In the larger Europe, the British […] have a common identity which they see as embodying a common interest. To assume that this would disappear if, in some kind of European federation, certain British representatives of some particular political persuasion combined with those of other nations to vote [sic] into existence provisions which the British (or French, or German) majority felt would be against their essential national interest, is absurd. […] The representation of the European nations *as such* (and not simply as individuals) within the Community is the heart of the matter.[694]

Als Beleg für diese vermeintlich unüberwindliche Fortdauer nationaler Identitäten verwies der Kommentar unter anderem auf die weltweit vorkommenden „disturbances because nations […] feel oppressed and disregarded, from the Soviet minorities to the tragic Kurdish people".[695] Ohne dies explizit zu machen, griff die *Times* mit dieser Gleichsetzung des Supranationalismus in der EG und des Zentralismus in der Sowjetunion selbst ein Argument aus der Brügge-Rede auf.[696] In der Folgezeit sollte es zu

693 TT 21.09.1988:17. Auf den naheliegenden Vergleich mit Charles de Gaulles Konzept eines „Europa vom Atlantik bis zum Ural" verzichtete der Leitartikel in diesem Zusammenhang allerdings. Stattdessen wählte er eine andere historische Parallele und bezeichnete Thatcher als „a European as Britons were Europeans before the First World War".

694 TT 29.09.1988:16.

695 Ebd. (ähnlich auch ein Leserbrief: TT 30.09.1988:15b).

696 In der Rede hieß es: „Indeed, it is ironic that just when those countries such as the Soviet Union, which have tried to run everything from the centre, are learning that success depends on dispersing power […], there are some in the Community who want to move in the opposite direction" (Thatcher 1988).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

einem gängigen Topos des nationalkonservativen Diskurses in Großbritannien werden.

Auch in Gastbeiträgen stieß die Rede in der *Times* meist auf Zustimmung. In Anlehnung an Delors' Formulierung nach dem Gipfel von Hannover erklärte das irische Kommissionsmitglied Peter Sutherland in einem Beitrag zwar, die EG sei bereits jetzt „an embryonic federal structure"; es sei deshalb

> inconsistent to criticize the institutions of the Community for being appointed rather than elected democratically and, at the same time, to ignore the claims of the European Parliament for powers which alone can develop control on a common European basis.[697]

Auch Sutherland vermied jedoch explizite Kritik an Thatcher und betonte, es handle sich nicht um „a left-right institutional conflict".[698] Umgekehrt bezog der konservative britische Unterhaus-Abgeordnete William Cash in zwei Beiträgen vehement für die Premierministerin Stellung und warnte unter der Überschrift „British interests at risk" vor einem „long-term shift which is transferring power from the parliaments of member nations to the bureaucracies of Brussels and Strasbourg".[699]

Zugleich kritisierte Cash die übrigen Mitgliedstaaten, die mithilfe von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat versuchten „to undermine British industries by imposing […] unacceptable but legally binding technical standards" und sich damit als die „real ‚nationalists'" erwiesen.[700] Am Beispiel von Spanien und Italien argumentierte Cash zudem, in Europa seien föderalistische Positionen umso beliebter, je schwächer „the political tradition of a given country or institution" sei, und verteidigte stattdessen den „practical and pragmatic approach" der britischen Regierung.[701] Damit trieb Cash den Topos, dass die britische Regierung eigentlich ein ‚guter Europäer' sei, noch eine Stufe weiter, indem er die integrationsfreundlichen Positionen der übrigen Mitgliedstaaten mit der angeblichen Unzulänglichkeit deren nationaler politischer Systeme erklärte. Auch dieses Motiv entwickelte sich rasch zum festen Bestandteil des britischen konservati-

697 TT 22.10.1988:10.
698 Ebd.
699 TT 23.10.1988:14. Interessanterweise nannte Cash mit Straßburg ausdrücklich auch den Sitz des Europäischen Parlaments und rechnete dieses damit implizit zu den europäischen „bureaucracies".
700 TT 25.10.1988:16.
701 TT 23.10.1988:14. In Leserbriefen wurden Cashs Positionen teils unterstützt (TT 28.10.1988:13a), teils kritisiert (TT 28.10.1988:13b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ven Diskurses und kam, wie weiter unten gezeigt wird, in der *Times* später noch häufiger vor.

Insgesamt löste die Brügge-Rede Margaret Thatchers in den britischen Medien also deutlich intensivere Reaktionen aus als in den übrigen Mitgliedstaaten und führte hier auch schon früher zu einer Debatte über die institutionelle Gestalt der EG. Bemerkenswerterweise kam es infolge dieses Aufmerksamkeitsschubs Ende Oktober 1988 sogar zu einzelnen Artikeln über eine der föderalistisch inspirierten Resolutionen des Europäischen Parlaments, den sogenannten Graziani-Bericht. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* interpretierten diesen allerdings vor allem als Reaktion auf Thatchers Rede[702] und gingen nur oberflächlich auf seine genauen Inhalte ein. Stattdessen lag der Fokus der Berichterstattung auf den Europaabgeordneten der Conservative Party, von denen viele vor dem Dilemma zwischen der Loyalität zu Thatcher und der Unterstützung für „a federal united Europe as a long-term goal" stünden.[703]

In den Folgemonaten ließ das Interesse für die Europaabgeordneten zudem rasch wieder nach: Ende Januar 1989 berichtete der *Guardian* zwar noch einmal über die Forderungen der Abgeordneten nach mehr Beteiligung an der EG-Rechtsetzung,[704] doch schon der Herman-Bericht vom 16. Februar 1989, in dem das Parlament die Ausarbeitung einer europäischen Verfassung ankündigte, fand in keiner der beiden Zeitungen mehr Erwähnung. Die Konflikte zwischen europapolitischen „pragmatists" und „visionaries" blieben zwar ein wiederkehrendes Thema in der britischen Presse.[705] Als relevante Akteure erschienen dabei jedoch nur die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Kommission – nicht das Europäische Parlament oder die europäischen Parteienfamilien.

702 Dies ging schon aus den Artikelüberschriften deutlich hervor: „Thatcher faces new battle as Euro-MPs demand full union" (TT 26.10.1988:8) bzw. „MEPs defy Thatcher on European unity moves" (TG 26.10.1988:9).

703 TT 26.10.1988:8, ähnlich TT 27.10.1988:6, TG 26.10.1988:9, TG 31.10.1988:20.

704 TG 20.01.1989:19. Anlass war eine Resolution, in der das Parlament eine Verlegung seines Hauptsitzes nach Brüssel forderte.

705 TT 30.01.1989:26, ähnlich TT 20.02.1989:13. Aufhänger dieser Artikel war jeweils die Vollendung des europäischen Binnenmarkts.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Dangerously isolated": Sorge um die diplomatische Lage Großbritanniens nach dem Delorsplan

Obwohl die Debatte über die Währungsunion und die institutionelle Gestalt der EG in den britischen Medien also bereits 1988 an Fahrt gewonnen hatte, stieß die Vorstellung des Delors-Berichts im April 1989 auch hier nur auf geringe Aufmerksamkeit. Artikel zum Thema erschienen vor allem im Wirtschafts-, nicht im Politikteil.[706] Zudem betonten beide Zeitungen zunächst, dass der Bericht keinen genauen Zeitplan vorgebe und eine rasche Umsetzung der Währungsunion deshalb unwahrscheinlich sei.[707]

Einen prominenteren Platz in der Berichterstattung gewann der Delorsplan erst dadurch, dass der britische Finanzminister Nigel Lawson ihn ablehnte: So stand der erste längere Artikel, der in der *Times* dazu erschien, unter der Überschrift „Lawson attacks Delors plan" und begann mit dem Satz:

> Mr Nigel Lawson, the Chancellor of the Exchequer, yesterday denounced a proposal for European economic and monetary union, because it would in effect bring about the United States of Europe, which was "simply not on the agenda for the moment."[708]

Dieser Deutungsrahmen, eine offensichtliche Paraphrase von Thatchers „not on the cards"-Formulierung im Vorjahr, dominierte auch die weitere Berichterstattung der *Times* über den Plan. So ging die Zeitung kaum auf den ökonomischen Nutzen ein, den das Delors-Komitee von der Währungsunion erwartete – einige Artikel suggerierten sogar, dass die Befürworter in der Währungsunion eine Art Selbstzweck sähen.[709] Demgegenüber behandelte ein Leitartikel die wirtschaftlichen Probleme einer Währungsunion, insbesondere die sozialen Kosten, die mit einer Angleichung der verschiedenen nationalen Wirtschaftsstrukturen verbunden wären und nur durch erhebliche zwischenstaatliche Finanztransfers ausgeglichen wer-

706 Sogar die Möglichkeit, dass die französische Regierung für die Währungsunion Ende 1989 eine Regierungskonferenz zur Reform des EG-Vertrags einberufen könnte, wurde im *Guardian* zum ersten Mal in einer kurzen Meldung im Wirtschaftsteil erwähnt (TG 11.04.1989:12).

707 Z.B. TT 12.04.1989:11, TG 14.04.1989:19, TG 18.04.1989:13. Die *Times* erklärte sogar, der Bericht unterstütze eher die Sichtweise von „Britain and West Germany, which have advocated a more cautious approach, in contrast to France and Italy" (TT 17.04.1989:26).

708 TT 18.04.1989:25.

709 Z. B. TT 19.04.1989:11.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den könnten.[710] Vor allem aber hob die Zeitung den drohenden Verlust an nationaler Souveränität hervor, mit dem auch Lawson seine Ablehnung begründete,[711] und betonte verschiedentlich, dass der Plan ohnehin kaum Erfolgsaussichten habe, da Großbritannien gegen jeden Versuch einer Vertragsreform sein Veto einlegen werde.[712]

Dass die Währungsunion bei anderen Regierungen durchaus auch auf Unterstützung stieß, wurde in der *Times* zunächst hingegen kaum thematisiert. Vielmehr verband die Zeitung den vorgeschlagenen Plan eng mit der Person Jacques Delors' und hob hervor, dass einige seiner Kernelemente, etwa die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik oder die Sanktionen bei übermäßigem Defizit, nicht nur für Großbritannien, sondern auch für andere Mitgliedstaaten inakzeptabel seien.[713] Die Möglichkeit eines „two-speed Europe", einer Währungsunion ohne Großbritannien, wurde zwar angesprochen, aber als unrealistisch verworfen: Aufgrund der starken Stellung Londons im Weltfinanzwesen, so zitierte die *Times* britische Regierungsmitglieder, sei jeder derartige Versuch zum Scheitern verurteilt.[714] Erst mit einigen Tagen Verzögerung stellte die Zeitung schließlich in einer Überblicksdarstellung über die Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten fest, Großbritannien sei „dangerously isolated".[715]

Auch im *Guardian* beschränkte sich die inhaltliche Debatte über den Delorsplan weitgehend auf den Wirtschaftsteil;[716] lediglich ein längerer Leitartikel nannte die „dynamic benefits which accrue to an integrated European economy" als Hauptargument für die Währungsunion.[717] Im Poli-

710 TT 18.04.1989:17.
711 TT 18.04.1989:25.
712 TT 19.04.1989:11, ähnlich TT 18.04.1989:25. Auch der erwähnte Leitartikel unterstützte dieses erwartete Veto (TT 18.04.1989:17).
713 TT 19.04.1989:11. Auch Finanzminister Lawson wurde mit der Formulierung zitiert, der Delorsbericht repräsentiere „a concept of the European Community which we do not share – and many other countries have reservations about the ultimate objective" (TT 18.04.1989:25).
714 TT 19.04.1989:11.
715 TT 21.04.1989:9.
716 Z. B. TG 19.04.1989:15.
717 TG 18.04.1989:18. Auch hier war jedoch der größere Teil des Textes den Auswirkungen der Währungsunion auf die nationale Souveränität gewidmet: Eine Währungsunion schränke zwar die Geld-, nicht aber die Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten ein und sei deshalb „in an important sense apolitical". Zudem sei durch die gemeinsame Handelspolitik und den Binnenmarkt ohnehin bereits eine weitgehende Souveränitätsübertragung an die EG erfolgt. Es müsse deshalb nun primär um die Einrichtung eines „democratic framework" für die Gemeinschaft gehen, etwa in Form von „[r]eal powers for the European Parliament".

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tikressort stand hingegen erneut von Anfang an die Kritik an der eigenen nationalen Regierung im Mittelpunkt, die sich mit ihrer Blockadehaltung selbst isoliere und damit ihren Einfluss in Europa verspiele.[718] Entsprechend betonte die Zeitung wiederholt, dass die anderen EG-Länder die Währungsunion auch zu elft beschließen könnten;[719] die von der Regierung verbreitete Vorstellung „that British recalcitrance […] reflects the genuine though unexpressed opinion of the majority of EEC national leaders", bezeichnete ein Kommentar als wirklichkeitsfremde „illusion".[720] Auch die starke Fokussierung auf die Person Jacques Delors' fand sich im *Guardian* lediglich in kritischer oder ironischer Form – etwa in der Überschrift eines Artikels über die *Bruges Group*, eine im Februar gegründete und nach Thatchers Brügge-Rede benannte Gruppe marktliberaler und europaskeptischer Konservativer, der mit „Free range chickens declare war on Delors" betitelt war.[721]

Auch in den folgenden Wochen blieb spielte die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Delorsplan in den britischen Zeitungen stets nur eine untergeordnete Rolle. So erklärte die *Times* zwar einige Tage vor dem Gipfel von Madrid im Juni, dass die Währungsunion zu einer höheren Inflation führen und eine Ausweitung von Finanztransfers zwischen den Mitgliedstaaten nötig machen könne; Hauptargument für die ablehnende Haltung der Zeitung blieb jedoch der drohende Souveränitätsverlust.[722] Im *Guardian* wiederum betonte ein Leitartikel, die Währungsunion habe „inevitably […] pluses and minuses", die damit verbundenen „practical problems" seien jedoch lösbar und weniger dringlich als die diplomatische Frage der britischen Isolation.[723]

Bezeichnenderweise bezogen sich beide Zeitungen bei dieser Bewertung des Delorsplans jeweils nicht auf die Vor- und Nachteile, die die Währungsunion für die EG insgesamt bringen könnte, sondern nur darauf, welche Auswirkungen eine Mitgliedschaft darin für Großbritannien haben würde. Eine ausführliche Analyse aus einer gesamteuropäischen Perspekti-

718 TG 18.04.1989:20, TG 24.04.1989:19, TG 25.04.1989:23, TG 01.05.1989:10.
719 TG 19.04.1989:15, TG 24.04.1989:19.
720 TG 25.04.1989:23.
721 TG 22.04.1989:24. In einer Kurzmeldung berichtete der *Guardian* außerdem über einen konservativen Unterhausabgeordneten, der Delors' Wunsch nach einem geeinten Europa mit Hitlers Expansionsstreben gleichsetzte, und zitierte die Antwort des Parlamentspräsidenten, dieser Vergleich gehe „just a little too far" (TG 21.04.1989:6).
722 TT 22.06.1989:15c.
723 TG 26.06.1989:18.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ve bot lediglich ein einziger *Guardian*-Kommentar, der die Vereinbarkeit der Währungsunion mit einer Erweiterung der EG, die demokratische Verantwortlichkeit und das genaue Mandat der zu gründenden EZB sowie die Notwendigkeit von Finanztransfers als offene Fragen nannte. Zudem sprach sich der Kommentar dafür aus, die Diskussion über diese Themen vor allem im Europäischen Parlament zu führen:

> It is essential that this debate becomes not a national but a European debate. The European Parliament, and the Confederation of European Trade Unions are two important forums where this debate must now get under way. European union is too important to be left to the Eurocrats, the central bankers or even the national governments.[724]

In der Berichterstattung selbst spielten gesamteuropäisch-parteipolitische Deutungsmuster allerdings auch im *Guardian* keine Rolle: So ging ein Leitartikel, der länderübergreifende Trends der Europawahl im Juni 1989 zu identifizieren versuchte, nicht auf das Thema der Vertragsreform ein,[725] und ein Kommentar wies die von Thatcher suggerierte Vorstellung „that the European Commission is in some sense a Left-wing body" als „bizarre" zurück.[726]

Schlüsselthema der Debatte blieb die britische Isolation, die für beide britischen Zeitungen vor dem Gipfel von Madrid weiter zunahm. Vor dem Hintergrund der hohen britischen Inflation, des fallenden Sterling-Kurses und der Niederlage der Conservative Party bei der Europawahl Anfang Juni 1989 galt die Regierung Thatcher als wirtschafts- und europapolitisch angeschlagen,[727] während zugleich die grundsätzliche Zustimmung der übrigen Mitgliedstaaten zur Währungsunion immer deutlicher wurde.[728] Dies bewirkte, dass die britischen Zeitungen den Madrider Gipfel stärker thematisierten als die deutsche oder französische Presse. Der *Guardian* verwies dabei erneut ausführlich auf den Einflussverlust der Regierung und

724 TG 28.06.1989:23.

725 TG 20.06.1989:18.

726 TG 16.06.1989:23. Im Mai hatte Thatcher die Pläne zu einer europäischen Sozialpolitik als Rückkehr zu „the ideas of Marxism and the class struggle" bezeichnet.

727 Zur Wahlniederlage: TG 15.06.1989:5b, TG 15.06.1989:19, TG 20.06.1989:1b, TG 23.06.1989:10, zur wirtschaftlichen Situation: TG 24.06.1989:1a. Kurz vor dem Madrider Gipfel betonte der *Guardian* noch einmal, dass die übrigen Regierungen sich Thatchers Wahlniederlage bewusst seien (TG 26.06.1989:1b, TG 26.06.1989:1a). Zu dem innenpolitischen Kontext dieser Debatte siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 3.3.2.

728 Z. B. TT 22.06.1989:9, TT 23.06.1989:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die Gefahr einer Währungsunion ohne Großbritannien.[729] Die einzige Möglichkeit, einer vollständigen Isolation zu entgehen, sei der angekündigte Beitritt zum EWS – den der *Guardian* zwar in der Sache klar begrüßte, aber mit harten Formulierungen auch als eine diplomatische Niederlage Thatchers kennzeichnete.[730]

Auch in der *Times,* die in der Sache bei ihrer Ablehnung der Währungsunion blieb, lag der Schwerpunkt der Debatte auf der Frage, mit welcher Taktik Thatcher auf dem Gipfel eine Ausgrenzung vermeiden könnte. Als Lösung schlug ein Leitartikel vor, zwar in den EWS-Beitritt einzuwilligen, die für die zweite Stufe des Delorsplans vorgesehene Vertragsreform jedoch weiter strikt zurückzuweisen.[731] Mit dieser Haltung, so die *Times,* hätte Thatcher zwar Konflikte mit Jacques Delors zu erwarten, der darauf beharre, dass die drei Stufen nicht voneinander abgekoppelt werden dürften.[732] Weiterhin ging die Zeitung jedoch davon aus, dass andere Mitgliedstaaten, denen der Vorschlag der Kommission ebenfalls zu weit gehe, Großbritannien letztlich beistehen würden.[733] Einen entsprechend wichtigen Platz nahm in der Berichterstattung deshalb erneut die Frage nach möglichen Allianzen ein: Als potenzielle Verbündete Großbritanniens nannte die *Times* die Benelux-Länder, Dänemark und Griechenland, während Spanien, Frankreich und Italien als Unterstützer Delors' galten.[734] Im *Guardian* spielten die Unterschiede zwischen den übrigen Regierungen hingegen nur eine untergeordnete Rolle. Einzelne Artikel erwähnten zwar, dass „Denmark, Holland, and possibly West Germany" zu einer unbefristeten Verschiebung der Vertragsreform bereit seien.[735] Im Vordergrund stand dabei aber stets, dass auch diese Länder als Bedingung für jeglichen Kompromiss den britischen EWS-Beitritt forderten.

---

729 TG 21.06.1989:24, TG 26.06.1989:1a, TG 26.06.1989:18.

730 Unter anderem hieß es, Kohl und Mitterrand wollten „press Britain into joining the European Monetary System" und „force Mrs Margaret Thatcher to back down on opposition to European currency union" (TG 23.06.1989:10, vgl. auch TG 17.06.1989:1, TG 20.06.1989:1b).

731 TT 22.06.1989:15c, ähnlich auch TT 23.06.1989:8, TT 26.06.1989:9.

732 TT 24.06.1989:1, TT 24.06.1989:7a.

733 TT 22.06.1989:15c, TT 24.06.1989:11.

734 TT 26.06.1989:1, TT 27.06.1989:1. Zur Rolle Deutschlands fanden sich widersprüchliche Einschätzungen: Verschiedene Artikel nannten die Bundesregierung als wichtigen Unterstützer des Delorsplans (TT 22.06.1989:9, TT 27.06.1989:1); andere hoben hervor, sie wolle einen Konflikt mit Großbritannien vermeiden, und außerdem sehe auch Bundesbankpräsident Pöhl die Zeit noch nicht reif für die Währungsunion (TT 24.06.1989:7b).

735 TG 24.06.1989:1b, ähnlich TG 21.06.1989:24.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ein Unterschied zwischen den beiden britischen Zeitungen zeigte sich erneut auch in Bezug auf den Topos, dass die britische Regierung in Wahrheit keineswegs integrationsfeindlich, sondern in vielen Bereichen sogar ein ‚model European' sei. Wie die *Times* auf einer ganzen Themenseite hervorhob, lehne die britische Regierung zwar die „Euro-ideology" und „lofty concepts of European union" ab, doch hinter „Britain's instinctive scepticism" verberge sich „a deeper commitment to Europe", was sich besonders bei der Umsetzung der Binnenmarkt-Beschlüsse zeige.[736] Dieses Deutungsmuster knüpfte an die Idee eines alternativen, nicht-föderalistischen Integrationsmodells an, das Thatcher bereits in ihrer Brügger Rede vertreten hatte, und fand sich in diesem Sinne auch in einem neuen Gastkommentar des konservativen Abgeordneten William Cash.[737] Der *Guardian* hingegen wies dieses Argument explizit zurück und betonte in mehreren Artikeln, dass es sich dabei lediglich um eine rhetorische Strategie der britischen Regierung handle.[738]

Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen zeigten sich schließlich auch nach dem Gipfel von Madrid in der Bewertung der britischen Verhandlungsführung. So konstatierte die *Times*, dass der befürchtete Konflikt mit den anderen Regierungen ausgeblieben sei, und wertete dies als taktischen Sieg Thatchers: Zuletzt sei nicht sie, sondern der französische Präsident Mitterrand mit seiner Forderung nach einem festen Zeitplan für die Währungsunion isoliert gewesen.[739] Zwar habe Thatcher sich bereit erklären müssen, an Verhandlungen zu einer Regierungskonferenz teilzunehmen. Dort aber könne sie weiterhin jeden Vorschlag notfalls mit einem Veto verhindern. Besonders hervorgehoben wurde außerdem, dass auf der Regierungskonferenz auch über Alternativen zum Delorsplan diskutiert werden solle.[740] Und ein Leitartikel der *Times* zeigte sich noch einmal zuversichtlich, dass auch andere Staaten Vorbehalte äußern würden, sobald die Währungsunion ein „realistic prospect rather than a glimmer in M Delors' federalist eye" werde.[741]

---

736 TT 26.06.1989:27a. Als besondere britische Verdienste wurden etwa der Einsatz für die Kapitalverkehrsfreiheit und die Nutzung des ECU im privaten Geschäftsverkehr genannt; außerdem sei Großbritannien nach Dänemark am seltensten wegen Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt worden (TT 26.06.1989:27b).

737 TT 28.06.1989:16.

738 TG 23.06.1989:3, TG 26.06.1989:1b, auch schon TG 25.04.1989:23.

739 TT 27.06.1989:8, TT 28.06.1989:1, TT 28.06.1989:16.

740 TT 28.06.1989:1, TT 28.06.1989:8b.

741 TT 28.06.1989:17.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Der *Guardian* hingegen titelte mit „Thatcher fails to sway summit“ und hob hervor, dass die übrigen Regierungen sich von dem britischen Zugeständnis eines EWS-Beitritts nicht hätten beeindrucken lassen.[742] Mehrere Artikel beschrieben hier den Gipfel-Kompromiss als bloße Verschiebung des Konflikts;[743] bei einer britischen Blockade gegen die vollständige Währungsunion sei weiterhin ein „separate agreement“ der übrigen Mitgliedstaaten zu erwarten.[744] Die französische Regierung befinde sich durch ihre kommende EG-Ratspräsidentschaft und dank der Nähe zu Jacques Delors in einer überlegenen Position, und „the focus of Mr Mitterrand's European term will be destroying British opposition“.[745] Einige Meinungstexte begrüßten das britische Nachgeben auf dem Gipfel auch als eine Chance, die Isolation zu überwinden und wieder an europapolitischem Einfluss zu gewinnen; ein Kommentar lobte ironisch: „by agreeing to Phase 1 of the Delors Plan, our leader has made her compact with the real world“.[746] An Thatchers Niederlage ließen jedoch auch sie keinen Zweifel. Ein Leitartikel sprach von „a disastrous, humiliating six months“, die die britische Diplomatie hinter sich habe, und hob hervor: „It is we who hesitated and turned back.“[747]

3.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„A means of diluting Thatcherite policies“: Die europafreundliche Wende der britischen Opposition

War die Debatte über die nationale Europapolitik in Frankreich schon stärker ausgeprägt als in Deutschland, so wurde sie noch einmal deutlich von den Auseinandersetzungen in Großbritannien übertroffen. Dies lag insbesondere daran, dass beide großen britischen Parteien erst kurz zuvor

742 TG 27.06.1989:1, ähnlich auch TG 27.06.1989:6.
743 TG 28.06.1989:1, TG 28.06.1989:10c, ähnlich auch die Glosse TG 27.06.1989:20. Der *Guardian* war zudem die einzige der untersuchten Zeitungen, die die Schlussfolgerungen des Gipfels zur Währungsunion im Wortlaut abdruckte (TG 28.06.1989:10a).
744 TG 28.06.1989:1.
745 TG 01.07.1989:6b, ähnlich auch TG 01.07.1989:6a.
746 TG 29.06.1989:19. Hingegen war ein anderer Kommentar, ebenfalls in Anspielung auf Thatcher, mit „Coming home weaker, but no wiser“ überschrieben (TG 28.06.1989:23).
747 TG 28.06.1989:22.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

eine europapolitische Wende durchgeführt hatten: Während die Conservative Party unter Thatchers Vorgänger als Parteichef, Edward Heath, eher proeuropäisch aufgestellt gewesen war, hatte die Labour Party einen europaskeptischen Kurs vertreten. Noch 1981 hatten sich die Labour-Delegierten auf einem Parteitag für den Austritt aus der EWG ausgesprochen, was dazu beigetragen hatte, dass sich eine Gruppe europafreundlicher Parteimitglieder abspaltete und die Social Democratic Party (SDP) gründete.[748] Als jedoch Thatcher die Conservative Party in den 1980er Jahren gegen den Widerstand des Heath-Lagers immer stärker auf eine integrationsskeptische Linie brachte, reagierte die Labour-Spitze unter Neil Kinnock ihrerseits mit einer gemäßigt-europafreundlichen Wende. Zur Zeit der Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht waren sich Labour und die Liberal Democrats – die 1988 aus einer Fusion der SDP mit der Liberal Party entstanden – in ihrer Kritik an der Europapolitik der Regierung einig, die das Land immer weiter in die Isolation führe. Allerdings gab es innerhalb der Labour Party weiterhin auch Anhänger der älteren europaskeptischen Linie, auf die die Parteispitze Rücksicht nehmen musste, und auch ein Teil der Liberal Democrats lehnte weitere Kompetenzübertragungen an die EG ab.[749]

Ende der 1980er Jahre lag diese Wende der Labour-Spitze noch so kurz zurück, dass sie von den Medien immer wieder aufgegriffen wurde. Dass Kinnock beispielsweise Anfang 1989 das integrationsfreundliche Europawahl-Manifest des BSPEG mittrug, beschrieb die *Times* als „remarkable transformation in Labour's attitude to Europe" – auch wenn sie gleichzeitig aus einer Rede Kinnocks vor anderen BSPEG-Mitgliedern zitierte, dass „the peoples of the EEC countries would never be the same people ‚any more than we shall all one day form the same party'".[750] Die Annäherung der Labour Party an Europa fügte sich dabei gut in das Deutungsmuster eines weltanschaulichen Konflikts zwischen der sozialistisch geprägten EG und der liberalkonservativen britischen Regierung ein: So erklärte die *Times* anlässlich einer Rede von Jacques Delors vor dem britischen Gewerkschaftsbund TUC, Labour Party und Gewerkschaften sähen „the social democratic ascendancy on the Continent as a bulwark against modern Con-

748 Vgl. Grob-Fitzgibbon 2016:419–420.

749 Die Suche nach einer gemeinsamen europapolitischen Linie war deshalb auch ein zentrales Thema des ersten Parteitags der Liberal Democrats 1988 (TG 26.09.1988:6).

750 TT 11.02.1989:16. Nach dem britischen EG-Beitritt hatte Labour die BSPEG-Treffen zunächst boykottiert (Salm 2016:28–29).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

servatism“ und wollten die EG als „a means of diluting Thatcherite policies at home“ nutzen.[751] Ein anderer Kommentar beschrieb die Europafreundlichkeit der britischen Linken teils als Einsicht in die wachsende „interdependence of national economies“, teils aber auch taktisch als eine „possibility of cooperation between Britain's opposition parties“. Gleichzeitig erschwere sie die britische Position in den Verhandlungen mit den anderen EG-Regierungen, die ohne die Drohung einer europaskeptischen Labour Party weniger Grund für Zugeständnisse an Thatcher hätten.[752]

Dass die Europapolitik der britischen Opposition durchaus Möglichkeiten zur Profilierung bot, lässt sich beispielhaft etwa an einer Kontroverse zwischen Thatcher und dem SDP-Parteichef David Owen nach dem Gipfel von Hannover zeigen. In einer Unterhausdebatte forderte Owen Thatcher dazu auf, das Ziel einer Währungsunion zu unterstützen, was diese mit dem Argument zurückwies, dass eine gemeinsame Währung ein föderales Europa impliziere.[753] Eine Woche später unterstellte Owen in einer weiteren Debatte, dass Großbritannien in der Entscheidung über die Einführung einer Europäischen Zentralbank kein Vetorecht besitze, was Thatcher zunächst nicht eindeutig abstritt.[754] Daraufhin veröffentlichte Owen einen Gastbeitrag in der *Times*, in der er Thatchers Behauptung, die Währungsunion setze „a united states of Europe“ voraus, als „nonsense“ angriff und forderte, da die britische Regierung die Währungsunion ohnehin nicht verhindern könne, solle sie sich besser aktiv in die Verhandlungen einbringen, um wenigstens den Sitz der Europäischen Zentralbank nach London zu holen.[755] Die *Times* setzte dem zwar noch einen ausführlichen Artikel mit Zitaten von Juristen gegenüber, denen zufolge die Währungsunion nur mit einer Vertragsänderung möglich sei und Großbritannien deshalb durchaus ein Vetorecht habe.[756] Insgesamt aber führte die Kontroverse da-

751 TT 15.09.1988:6. Im *Guardian* erschien diese Deutung lediglich als Zitat eines konservativen Abgeordneten, der die Sorge äußerte „that the European Commission and Mr Delors might offer Labour a lifeline to defeat Thatcherism in Europe when they cannot do so in Britain“ (TG 17.09.1988:20). Ein anderer Tory-Abgeordneter stellte in einem Gastkommentar hingegen etwas spöttisch fest, wenn britische Konservative Delors' Nähe zur Labour Party kritisierten, verkennten sie, dass Thatcher selbst mit der Einheitlichen Europäischen Akte dem Kommissionspräsidenten „the money and the powers“ gegeben habe, um „Euro-socialism and Euro-intervention“ voranzutreiben (TG 10.10.1988:18).

752 TT 20.09.1988:12.

753 TT 24.06.1988:12.

754 TT 01.07.1988:12.

755 TT 02.07.1988:10, ähnlich auch TT 01.07.1988:2.

756 TT 02.07.1988:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zu, dass Owen über mehrere Tage hinweg immer wieder in der Berichterstattung erschien. Der inhaltliche Schwerpunkt der Auseinandersetzung lag dabei freilich nicht darauf, ob die Währungsunion an sich eine wünschenswerte Weiterentwicklung der EG sei, sondern ob sie sich überhaupt verhindern lasse und demnach die Obstruktionstaktik der britischen Regierung den nationalen Interessen entspreche oder nicht.

Während die *Times* die europapolitische Wende der britischen Opposition eher distanziert beschrieb, ließ der *Guardian* recht deutliche Sympathien dafür erkennen. Tatsächlich übte die Zeitung immer wieder Kritik daran, dass die Labour Party den proeuropäischen Kurs nicht konsequent genug vertrete und die Europapolitik zu wenig in den Vordergrund rücke: So warf etwa ein Kommentar der Partei vor, gegenüber dem Europäischen Parlament zu Unrecht eine „dismissive attitude" einzunehmen, da sie sich der Bedeutung des EG-Demokratiedefizits nicht bewusst sei.[757] Als nach Thatchers Brügge-Rede der Schatten-Außenminister der Labour Party, Gerald Kaufman, die Regierungschefin als „hypocritical" kritisierte, da diese zuvor mit der Einheitlichen Europäischen Akte in „a breathtaking reduction in British sovereignty which the Labour Party had fought tooth and nail to prevent" eingewilligt habe, kommentierte der *Guardian*, die Äußerung werfe Fragen auf „about the extent to which Labour has softened its traditional hostility to Europe".[758] Einige Tage später insistierte die Zeitung, es gebe noch immer „no signs that the Labour Party has made up its mind whether to support or oppose a stronger role for the European Parliament".[759]

Insgesamt drängte der *Guardian* die Labour Party also zu einer positiveren Haltung gegenüber einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Bemerkenswerterweise begründete die Zeitung dies jedoch in der Regel nicht inhaltlich, sondern mit dem wahltaktischen Argument, dass dadurch die Profilierung gegenüber Thatcher vor der Europawahl im Juni 1989 leichter fallen werde. So hieß es in einem Artikel Ende Januar 1989:

> The Labour Party, alone among the centre left and left-wing groups in the European Parliament, refuses to declare its unambiguous support for the right of the European Parliament, ultimately, to shape the laws

757 TG 07.07.1988:21.
758 TG 24.09.1988:6.
759 TG 28.09.1988:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> of Europe […]. Deaf to appeals from other labour parties in the EEC, the British party may be throwing away one of the few cards that could enable it to make an impact in the June election.[760]

Etwas später beschrieb die Zeitung die anhaltenden Spannungen innerhalb der Labour Party als Dilemma zwischen der „opposition among Labour MPs to giving a much more powerful role to the European parliament" und der „political opportunity […] to oppose the nationalist stance towards the EEC adopted by Mrs Thatcher".[761] Dass Kinnock die Partei ab Anfang 1989 auf einen britischen EWS-Beitritt einstimmte und das gemeinsame Europawahl-Manifest des BSPEG unterzeichnete, wurde im *Guardian* mit entsprechend wohlwollender Berichterstattung begleitet.[762] Und auch den Wahlsieg der Labour Party bei der Europawahl im Juni 1989, bei der sie die Konservativen klar überholte, deutete der *Guardian* als Erfolg des neuen, europafreundlichen Kurses der Parteispitze.[763]

Je mehr allerdings im Lauf des Jahres 1989 die europapolitischen Kontroversen innerhalb der Conservative Party zunahmen, desto kleiner wurde die Rolle der britischen Opposition in der öffentlichen Debatte. Zwar berichteten die Zeitungen über Kritik von Vertretern der Labour Party an Thatchers Auftritt auf dem Madrider Gipfel. Diese Kritik nahm aber keinen prominenten Platz ein und war teils auch in sich widersprüchlich: So erklärte Schatten-Finanzminister John Smith, dass Thatchers Haltung in Madrid „negative as usual" gewesen sei,[764] während Schatten-Außenminister Gerald Kaufman von einem „major climbdown" der Premierministerin sprach.[765]

Vor allem die *Times* nutzte nun zudem immer wieder die Uneinigkeit innerhalb der Labour Party als Argument, um das Ausmaß der regierungsinternen Konflikte zu relativieren. So erklärte die Zeitung etwa, die Währungsunion bereite „almost as many problems for the Opposition as it does for the Government", und auch wenn John Smith dem Delorsplan grundsätzlich positiv gegenüberstehe, fühle sich die Partei „under no great

760 TG 20.01.1989:19.
761 TG 09.02.1988:5.
762 TG 31.01.1989:4, TG 01.05.1989:2, TG 17.06.1989:1 (zum EWS); TG 09.02.1988:5, TG 11.02.1988:4 (zum Wahlmanifest). Gleichzeitig betonte die Zeitung allerdings auch, dass Kinnock sich gegenüber den übrigen BSPEG-Mitgliedsparteien für eine Abschwächung des Manifests eingesetzt habe.
763 TG 20.06.1989:1a.
764 TT 28.06.1989:1.
765 TT 29.06.1989:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

pressure to define its position".[766] Ein Leitartikel hob hervor, dass trotz Kinnocks europapolitischem „revisionism" eine Labour-Regierung der Einheitswährung wohl noch größeren Widerstand entgegensetzen würde als Thatcher.[767] Auch dass eine europafreundliche Haltung bei den Wählern erfolgreich sei, stellte die *Times* in Frage: Schließlich hätten bei der Europawahl gerade die Liberal Democrats als „most consistently pro-European party" Stimmen verloren, während die größten Zugewinne von der Green Party erzielt worden seien, die sich für die Auflösung der EG einsetze.[768]

„Bitter internal party row": Europapolitische Konflikte innerhalb der Conservative Party

Der Konflikt innerhalb der regierenden Conservative Party über die Ausrichtung der Europapolitik hatte bereits früher in den 1980er Jahren begonnen und zeigte sich unter anderem in den Meinungsunterschieden zwischen Margaret Thatcher und ihren zuständigen Fachministern Lawson und Howe über den britischen Beitritt zum EWS. In den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte über die britische Europapolitik rückte er jedoch mit der Brügge-Rede. Vor allem der *Guardian* betonte nun wiederholt, dass Thatcher sich nicht nur unter den EG-Regierungen, sondern auch innerhalb Großbritanniens isoliere. Ein Kommentar erklärte, seit dem Beitritt 1973 sei das Land „cautiously but emphatically" europäischer geworden und die „anti-EC cause no longer has any significant preachers in Britain". Wenn Thatcher nun dieses „Europeanising of Britain" beenden wolle, setze sie ihre „personal choice" vor die Interessen des Landes.[769] Ein Leitartikel sagte voraus, angesichts der positiven Haltung der britischen Unternehmen und Banken gegenüber dem Binnenmarktprojekt bis 1992

766 TT 28.06.1989:8a.
767 TT 24.06.1989:11.
768 TT 24.06.1989:11. Weder Liberal Democrats noch Green Party hatten bei der Wahl Sitze gewonnen.
769 TG 22.09.1988:23. In der *Times* fand sich die Vorstellung, dass die britische Bevölkerung insgesamt europafreundlich sei, demgegenüber fast überhaupt nicht. Einzige Ausnahme war eine Umfrage, die Anfang 1989 eine steigende Zustimmung der Briten zur europäischen Integration zeigte, wozu die *Times* bemerkte, Thatcher sei „badly out of tune with the British public over the creation of a ‚United States of Europe'" (TT 26.01.1989:3). In späteren Artikeln kam dieses Argument jedoch nicht mehr vor.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

könne Thatchers Europaskepsis für die zerstrittene Conservative Party zum „dominant political issue for the next four years" werden.[770]

Als wichtigsten Austragungsort des parteiinternen Konflikts sah der *Guardian* zunächst die Delegation der Conservative Party im Europäischen Parlament, von denen eine Mehrheit Thatchers Linie scharf zurückweise, während eine Minderheit sie entschlossen verteidige. Dieser „bitter internal party row between ‚Thatcherite' and ‚Euro-federalist' MEPs"[771] könne bei der Europawahl noch weiter eskalieren: Thatcher plane dann eine „purge" der europafreundlichen Abgeordneten, die sie als „‚fifth column' of European federalists" ansehe.[772] Gleichzeitig leistete der *Guardian* aber auch selbst einen Beitrag, um diesen Konflikt weiter voranzutreiben: Vor einem Parteitag der Konservativen im Oktober 1988 bot die Zeitung dem früheren Parteichef und Premierminister Edward Heath eine Plattform, um in einem Gastkommentar sowie einem ausführlichen Interview die EG zu verteidigen und den Isolationskurs der Regierung zu kritisieren.[773]

Auf dem Parteitag selbst wurde die Spaltung schließlich offensichtlich, als Heath nach einer proeuropäischen Rede vom Publikum teils beklatscht, teils aber auch ausgebuht und auf Plakaten als „Judas Heath" beschimpft wurde.[774] In der Folge berichtete nun auch die *Times* prominent über die Konflikte, die die Europapolitik auf dem Parteitag ausgelöst hatte. Der europaskeptische Flügel argumentierte dabei teils mit der Wahrung nationaler Souveränität, teils mit der wirtschaftsliberalen Linie der Partei. So verteidigte Handelsminister Lord Young Thatchers Brügge-Rede mit einem Doppelargument: Zum einen seien die europäischen Staaten nicht bereit „to subjugate their national identities"; zum anderen strebe Delors einen „corporatist state" an, während die Conservative Party für „a vigorous and competitive Europe characterized by freedom of trade and openness" stehe.[775] Der Abgeordnete Jonathan Aitken wiederum machte die

770 TG 21.09.1988:18, ähnlich auch TG 28.09.1988:1.

771 TG 01.10.1988:3, ähnlich TG 26.10.1988:9.

772 TG 17.09.1988:20. Allerdings druckte der *Guardian* auch den Leserbrief eines Tory-Europaabgeordneten ab, der diesem „highly imaginative picture of a group divided between Thatcherites and Federalists" nachdrücklich widersprach (TG 08.10.1988:18).

773 TG 13.10.1988:19, TG 26.10.1988:23. Außerdem veröffentlichte der *Guardian* auch einen Leserbrief mit Kritik an Heath, der die britische Souveränitätsabgabe an die EG kleinrede (TG 15.10.1988:18).

774 TT 14.10.1988:1, TT 14.10.1988:6a, TG 14.10.1988:4.

775 TT 12.10.1988:6. Außenminister Howe sowie das britische EG-Kommissionsmitglied Leon Brittan wurden hingegen mit europafreundlichen Reden zitiert (TG 14.10.1988:4, TT 14.10.1988:6a, TT 14.10.1988:6b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Heath-Delors school of political criticism“ für eine „European version of the same old corporatist central state machinery which failed our country in the 1970s“ verantwortlich.[776] Ähnlich wie in der Debatte über die Verhandlungen auf europäischer Ebene wurde die Diskussion über mögliche institutionelle Reformen der EG also auch im innerparteilichen Streit der Konservativen von wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen überlagert.

Die Europafrage hatte also schon im Herbst 1988 zu scharfen Auseinandersetzungen in der Conservative Party geführt. Trotzdem löste ein halbes Jahr später die Vorstellung des Delorsplans und seine umgehende Ablehnung durch den britischen Finanzminister Nigel Lawson zunächst keine größeren Wellen auf nationaler Ebene aus. Auch eine gleichzeitig stattfindende innerparteiliche Kontroverse über die steigende britische Inflation, bei der eine Gruppe konservativer Abgeordneter Lawson eine allzu lockere Fiskalpolitik vorwarf,[777] wurde nicht mit den strengen geld- und fiskalpolitischen Regeln im Delorsplan in Verbindung gebracht. Im Gegenteil: Während etwa die *Times* in einem Leitartikel die steigende Inflation als ein zentrales nationales Problem ansah,[778] vertrat sie in der Berichterstattung über die europäischen Vorschläge die Position, dass den nationalen Regierungen „their cherished instrument of sovereignty – the freedom to raise and spend money as they like“ erhalten bleiben solle.[779] Auch aus dem britischen Parlament vermeldete die *Times* nur Unterstützung für Lawsons Ablehnung des Delorsplans.[780] Der *Guardian* wiederum erwähnte zwar, dass der Delorsplan eine „renewed ministerial discussion“ über einen möglichen britischen EWS-Beitritt ausgelöst habe. Allerdings rechne Lawson offenbar selbst nicht damit, Thatchers Widerstand dagegen in absehbarer Zeit zu überwinden, und habe das Thema deshalb in einem Vortrag über die britische Inflationsbekämpfung gar nicht erst erwähnt.[781]

Erst im Laufe der nächsten Monate wurden die europäische Währungszusammenarbeit und die britische Inflation in der öffentlichen Debatte häufiger miteinander in Verbindung gebracht: So sah im Juni 1989 ein

776 TT 14.10.1988:6a, bis auf die Zeichensetzung identisch TG 14.10.1988:4.
777 TT 22.04.1989:1.
778 TT 22.04.1989:11.
779 TT 19.04.1989:11. Auch in einem Leitartikel zum Delorsplan wurde dazu nur festgestellt, dass sich die Inflationsraten zwischen den EG-Staaten stark unterschieden, was eine Währungsunion erschwere (TT 18.04.1989:17).
780 TT 19.04.1989:14. Lediglich Lord Plumb, Tory-Europaabgeordneter und Präsident des Europäischen Parlaments, wurde in der *Times* mit Kritik an Lawsons Ablehnung zitiert (TT 25.04.1989:25).
781 TG 28.04.1989:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Leitartikel in der *Times* eine EWS-Mitgliedschaft, die Großbritannien einer „external discipline" durch die deutsche Bundesbank und deren „notably successful counter-inflation policies" unterwerfe, nicht mehr rundheraus negativ. Lediglich darüber hinausgehende Schritte zu einer vollen Währungsunion bezeichnete die Zeitung weiterhin als „suicidal".[782] Damit griff die *Times* ein Argument von Außenminister Howe auf, der kurz zuvor ebenfalls eine „sharp distinction" zwischen der ersten Stufe des Delorsplans (dem EWS-Beitritt) und den „more radical later stages" (der vollen Währungsunion) gezogen hatte.[783]

Auslöser für die nächste Eskalation der Auseinandersetzung war letztlich aber nicht die Entwicklung der britischen Wirtschaft, sondern die empfindliche Niederlage, die die Conservative Party bei den Europawahlen im Juni 1989 erlitt. Anfang des Jahres hatte die *Times* noch berichtet, Thatcher wolle den „Bruges spirit" zur Grundlage des konservativen Europawahlprogramms machen, da dieser nach ihrer Ansicht bei der Parteibasis auf große Zustimmung gestoßen sei.[784] Dass die Konservativen nach einem ausdrücklich integrationsskeptisch ausgerichteten Wahlkampf schließlich mehr als ein Viertel ihrer Sitze im Europäischen Parlament verloren, führte zu neuer Kritik an Thatchers europapolitischer Linie, die noch schärfer ausfiel als im Herbst zuvor.

So warf etwa der ehemalige Vizepräsident der EG-Kommission, Arthur Francis Cockfield, Thatcher ein „almost paranoid attachment to an outdated concept of national sovereignty" vor.[785] Edward Heath erklärte in einem *Times*-Gastkommentar, Thatchers EG-feindliche Rhetorik sei „pointlessly at odds with reality" und gefährde das Vertrauen der Wähler.[786] Der Unterhausabgeordnete Cyril Townsend kritisierte in einem Leserbrief die „absurdly negative and muddled campaign", die zur Wahlniederlage geführt habe, und forderte, angesichts des „growing level of support for British membership of the European Community" müsse die Conservative Party sich wieder als „the party of Europe" profilieren.[787] Auch das amtierende britische Kommissionsmitglied Leon Brittan forderte von Thatcher

782 TT 22.06.1989:15c.
783 TG 15.06.1989:5a.
784 TT 11.02.1989:16.
785 TT 23.06.1989:5.
786 TT 23.06.1989:12.
787 TT 21.06.1989:17. Auch von Seiten anderer Unterhausabgeordneter zitierte die *Times* nun Kritik an der „confused message coming from the Government on European policy" (TT 22.06.1989:11).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

in einem Interview größere Kompromissbereitschaft.[788] Andere Leserbriefe von Tory-Politikern verteidigten hingegen den europaskeptischen Wahlkampf oder griffen ihrerseits die parteiinternen Kritiker an.[789]

War es im Oktober 1988 noch der regierungskritische *Guardian* gewesen, der Edward Heath ein Podium für seine Kritik an Thatcher geboten hatte, so fand die Kontroverse nun vor allem in der konservativen *Times* statt. Der *Guardian* berichtete darüber zwar mehrmals ausführlich und an prominenter Stelle,[790] veröffentlichte jedoch keine Gastbeiträge mehr. Diese Verlagerung in eine den Konservativen näherstehende Zeitung unterstrich auch die größere Bedeutung der Debatte: Die Vorwürfe an Thatcher gingen nun erkennbar nicht mehr nur von einzelnen Regierungskritikern in der Partei aus, sondern hatten sich zu einem echten Flügelkampf entwickelt. Allerdings diente die *Times* in diesem Konflikt nicht nur als Forum, sondern bezog auch selbst Position: In einem Leitartikel verteidigte sie Thatchers europapolitische Linie und warnte vor zu viel parteiinternem Druck auf die Regierung.[791]

Dass Thatcher wenige Tage vor dem Gipfel von Madrid schließlich ihre Zustimmung zu der ersten Stufe des Delorsplans und damit zum mittelfristigen EWS-Beitritt Großbritanniens ankündigte, wurde von den britischen Medien im Wesentlichen als Reaktion auf diesen Flügelkampf der Conservative Party verstanden: Zum einen könne Thatcher unter diesen Umständen keine Isolation auf dem Gipfel riskieren; zum anderen versuche sie durch die Annäherung an die EWS-Befürworter auch ihren innerparteilichen Stand zu verbessern.[792] Und tatsächlich konnte die *Times* wenige Tage später unter der Überschrift „Conservatives close ranks around Prime Minister" berichten, dass sowohl der europafreundliche als auch der europaskeptische Parteiflügel in einer Unterhausresolution Thatcher zu den „sensible and practical conclusions" des Madrider Gipfels gratulierte hatten.[793] Der *Guardian* blieb etwas skeptischer und erklärte, Europa bleibe „the one issue that could split the Tories with terminally damaging effects". Fürs Erste werde diese parteiinterne Debatte aber „within the

788 TT 23.06.1989:8.
789 TT 22.06.1989:15b, TT 22.06.1989:15a, TT 23.06.1989:13b, TT 28.06.1989:16.
790 TG 20.06.1989:1a, TG 20.06.1989:1b, TG 23.06.1989:3, TG 24.06.1989:1c.
791 TT 24.06.1989:11.
792 TT 24.06.1989:1, TT 28.06.1989:8b, TG 24.06.1989:23, TG 27.06.1989:6, TG 28.06.1989:10c.
793 TT 29.06.1989:7, ähnlich TG 28.06.1989:1, TG 21.11.1989:3b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bounds of reasoned discourse“ bleiben.[794] Eine tiefer gehende Regierungskrise schien wenigstens vorläufig abgewendet.

„Her own claim to good Europeanism“: Thatchers Verteidigung gegen Anthony Meyer

Schon wenige Monate später verschärften sich die Konflikte innerhalb der Conservative Party allerdings erneut, nachdem die beiden wichtigsten europafreundlichen Kabinettsmitglieder – Außenminister Howe und Finanzminister Lawson – in ihren Ämtern abgelöst worden waren. Die wachsende Unzufriedenheit des Thatcher-kritischen Flügels zeigte sich bereits im November 1989 mit einem gemeinsamen Leserbrief fast aller konservativen Europaabgeordneten an die *Times*[795] und mündete Anfang Dezember, wenige Tage vor dem Gipfel von Straßburg, in die Kampfkandidatur von Anthony Meyer um den Vorsitz der Partei. Auch wenn die Europapolitik dabei nicht der einzige Politikbereich war, an dem sich die parteiinternen Gegensätze entzündeten, stand sie klar im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung, was etwa ein Aufmacher der *Times* mit dem Untertitel „Europe becomes Tory leadership battlefield“ prägnant zusammenfasste.[796] Eine wichtige Rolle spielte neben der von Thatcher abgelehnten EG-Sozialcharta (die auf Wunsch der französischen Regierung als Thema des Gipfels von Straßburg vorgesehen war) vor allem der Zeitpunkt des britischen EWS-Beitritts. Insbesondere die *Times* wurde erneut zu einem wichtigen Diskussionsforum, in dem sich zahlreiche Parteimitglieder, darunter mehrere Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament und dem House of Lords, mit Leserbriefen und Gastkommentaren zu Wort meldeten. Wie schon zuvor galt die Hauptsorge dabei dem außenpolitischen Einfluss Großbritanniens, der durch die drohende Isolation in der EG gefährdet sei.[797]

Der Logik des parteiinternen Wahlkampfs entsprechend stand nun allerdings noch stärker als zuvor auch die Premierministerin selbst im Mittelpunkt der Debatte, deren persönliche Überzeugungen als wesentliche Ur-

794 TG 29.06.1989:19.

795 TT 17.11.1989:17. Der Leserbrief wurde auch in der Berichterstattung beider Zeitungen behandelt (TT 17.11.1989:2, TG 17.11.1989:10). Auch später galten die Europaabgeordneten in der Regel als der europafreundlichste und Thatcher-kritischste Teil der Conservative Party (z. B. TG 29.11.1989:6).

796 TT 30.11.1989:1.

797 TT 04.12.1989:2, TT 06.12.1989:4a, TT 06.12.1989:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sache für die europaskeptische Linie der Regierung dargestellt wurden. So führte insbesondere Meyer selbst in einem Gastkommentar Thatchers „distaste for everything that emanates from the EC“ als eines der Hauptargumente für seine Kandidatur an.[798] Das Thatcher-Lager wiederum reagierte auf diese Vorwürfe einer irrationalen Europafeindlichkeit, indem sie den Topos des ‚guten Europäertums‘ aufgriff, der schon zuvor zur Verteidigung der Brügge-Rede verwendet worden war. So schrieb etwa Thatchers Wahlkampfleiter George Younger in einem Gastkommentar, die Premierministerin sei „a convinced European who has clear views as to how Europe can best govern itself“. Wenn sie die Vorschläge der Kommission oder anderer EG-Partner kritisiere, nehme sie lediglich „the necessary task of Britain's prime minister to put a strong, British view either for or against such proposals“ wahr.[799] Auch Thatcher selbst betonte kurz nach ihrer Wiederwahl in einer Rede vor dem Unterhaus, Großbritannien habe „probably done as much as any other for the freedom of Europe“.[800]

Die Spannung, die durch diese gleichzeitige Verteidigung eines gesamteuropäischen Gestaltungsanspruchs einerseits und einer speziell nationalen Herangehensweise andererseits entstand, wurde in anderen Beiträgen mit dem topischen Verweis auf einen besonderen britischen Pragmatismus aufgelöst, durch den das Land einen klareren Blick auf die Europapolitik habe als andere. In diesem Sinn erklärte etwa der Verkehrsstaatssekretär Cecil Parkinson, es sei „a myth that the Government was a ‚bad European‘“. Vielmehr sei die Regierung „constantly searching for practical ways to take Europe forward, while many of its partners allowed actions to belie rhetoric“.[801] Ein *Times*-Kommentar analysierte den Hintergrund dieses Argumentationsmusters: Angesichts der innerparteilichen Konflikte in der Conservative Party werde die Regierung genau dann die meiste Unterstützung finden, wenn sie einerseits die europäische Integration mit Verweis auf die nationale Parlamentssouveränität kritisiere, andererseits aber „her

798 TT 30.11.1989:14.
799 TT 04.12.1989:16.
800 TT 06.12.1989:11.
801 TT 02.12.1989:4. In einem weiteren Artikel, der bereits nach der Wiederwahl Thatchers erschien, erklärte die *Times*, dass sich die Premierministerin schon immer als „a committed European“ verstanden habe, „even if her European ideal is not that of M Jacques Delors“ (TT 11.12.1989:1). Ein anderer Bericht schließlich erwähnte, dass selbst Delors das britische Tempo bei der Umsetzung von Richtlinien zur Vollendung des Binnenmarkts gelobt habe (TT 09.12.1989:8b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

own claim to good Europeanism“ mache – eine Strategie, die die Premierministerin während des Wahlkampfes konsequent einzuhalten schien.[802]

Neben diesen „claim to good Europeanism“ trat allerdings noch eine zweite Argumentationslinie, auf die Thatcher und ihre Unterstützer auch später immer wieder zurückgriffen: der Versuch, die inhaltlichen Gegensätze, die die Parteiflügel in der Europapolitik trennten, herunterzuspielen oder ganz abzustreiten. So betonte George Younger in dem erwähnten *Times*-Gastkommentar, dass das gesamte britische Unterhaus einen EWS-Beitritt zum gegebenen Zeitpunkt unterstütze, während zugleich ein breiter Konsens gegen die Abgabe von „parliamentary control of main economic decisions to a European decision-making process which would not be subject to proper democratic control“ bestehe. Auch die Sozialcharta stoße lediglich in der Opposition, aber bei niemandem in der Conservative Party auf Zustimmung. Die Herausforderung Meyers habe daher keine „credible political message“ und sei „baseless“.[803]

Auch die *Times* selbst, die während der gesamten Auseinandersetzung einer klar Thatcher-freundlichen Linie folgte, übernahm dieses Argument in einem Leitartikel, der am Tag der Abstimmung erschien. Obwohl die Zeitung zuvor immer wieder über die inhaltlichen Spaltungen der Partei berichtet hatte,[804] betonte sie nun, dass diese kein hinreichender Grund für Meyers Kampfkandidatur seien. Nur eine „minority of quasi-federalists“ wolle wirklich eine schnellere Integration als Thatcher, während die meisten ihrer Kritiker das Europathema lediglich als Vorwand nutzten.[805] Am Tag nach der Abstimmung bezeichnete ein weiterer Leitartikel die sechzig Abgeordneten, die nicht für Thatcher gestimmt hatten, als „Euro-extremists“ und hob hervor, dass die Fraktionsmehrheit „Mrs Thatcher’s determination not to sacrifice British parliamentary accountability to an unaccountable European bureaucracy“ unterstützt habe.[806] Das Argument, dass auch Thatcher ein eigenes positives Ideal der europäischen Integration verfolge, spielte hingegen schon kurz nach der Wiederwahl vorläufig keine Rolle mehr.

Wie schon nach der Europawahl im Juni diente die *Times* in der Auseinandersetzung also einerseits als Diskussionsforum für konservative Politiker, andererseits ergriff sie aber auch selbst für Thatcher Position. Demge-

802 TT 07.12.1989:14.
803 TT 04.12.1989:16.
804 Z. B. TT 02.12.1989:4 über den EWS-Beitritt.
805 TT 05.12.1989:17.
806 TT 06.12.1989:17b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

genüber erschienen im oppositionsnahen *Guardian* insgesamt deutlich weniger Meinungstexte – und insbesondere keine Gastkommentare – zu dem Konflikt.[807] Die Debatte schlug sich vor allem in der allgemeinen Berichterstattung der Zeitung nieder, die keinen Zweifel an der „seriousness of the Conservative Party's internal Euro-war" ließ.[808] Regelmäßig ging der *Guardian* davon aus, dass nicht nur die konservative Fraktion, sondern auch das Regierungskabinett über die Europapolitik tief gespalten sei.[809] Thatcher und die europafreundlichen Minister seien sich sogar uneinig, ob Großbritannien bei einer Verwirklichung der Währungsunion überhaupt in der EG verbleiben solle: Dem *Guardian* zufolge befürwortete die Premierministerin für diesen Fall einen Austritt aus der Gemeinschaft und die Rückkehr in die EFTA oder in einen neu zu schaffenden „European Economic Space".[810]

Noch deutlicher als in den Monaten zuvor betonte der *Guardian* zudem, dass Thatchers Europaskepsis nicht der Stimmung im Land entspreche. Für den Wahlkampf innerhalb der konservativen Fraktion könne ihr die harte Linie zwar nützen, allerdings nur weil „on Europe most Tory MPs are out of step with public opinion".[811] Am Tag nach der Abstimmung be-

807 Das Thema wurde lediglich in mehreren Texten des Politikkolumnisten Hugo Young (TG 23.11.1989:19, TG 30.11.1989:23, TG 07.12.1989:19) sowie in Leitartikeln (TG 23.11.1989:18, TG 05.12.1989:18, TG 06.12.1989:20) kommentiert. Im Vordergrund standen dabei allerdings eher die Auswirkungen des Streits auf die Regierungsfähigkeit der Conservative Party, weniger die konkreten inhaltlichen Positionen der beiden Parteiflügel. Dass die Europapolitik „the one question capable of splitting the Tory Party" sei (so TG 23.11.1989:19), wurde meist als bekannt vorausgesetzt.

808 So TG 21.11.1989:1, vgl. auch TG 27.11.1989:24, TG 28.11.1989:1, 20, TG 30.11.1989:9, TG 05.12.1989:6b. Die Vorstellung, es handle sich lediglich um „a perfectly normal election" ohne langfristige Folgen, erschien nur als Zitat der Premierministerin in einem Fernsehinterview, das der *Guardian* abdruckte (TG 28.11.1989:6).

809 Z. B. TG 21.11.1989:3b, TG 02.12.1989:3a, TG 04.12.1989:20.

810 TG 04.12.1989:22b. Mit dem „European Economic Space" war offenbar der zu dieser Zeit in Planung befindliche Europäische Wirtschaftsraum gemeint, der auf Englisch allerdings schließlich die Bezeichnung „European Economic Area" erhielt.

811 TG 30.11.1989:3. Ein anderer Artikel, der Ansichten von verschiedenen Typen von Tory-Abgeordneten zu der Abstimmung charakterisierte, ging davon aus, dass sich ein „sensible moderate" wohl enthalten würde, da eine Stimme für Thatcher als Unterstützung ihrer Europapolitik gesehen würde, obwohl ihr Wahlkampf vor der Europawahl „arguably the most ineffectual and ghastly" seit vielen Jahren gewesen sei (TG 05.12.1989:6a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

richtete die Zeitung zwar im Aufmacher über Thatchers „safe majority".[812] Eine Kolumne unterstrich jedoch die fortdauernde Parteispaltung,[813] und ein Kommentar im Wirtschaftsteil erklärte, trotz der Wiederwahl der Premierministerin zeigten die Konflikte in der Conservative Party und die Isolation in der EG den Niedergang des „Thatcherism" an.[814]

3.4 Zwischenfazit

Vor dem Fall der Berliner Mauer waren die Gespräche über eine mögliche EG-Vertragsreform noch nicht von einer politischen Krise begleitet, die in der Öffentlichkeit einen Eindruck von Dringlichkeit erweckt hätte. Schon aus diesem Grund war für die erste Phase der Verhandlungen kein Verfassungsmoment zu erwarten. Tatsächlich wurden die Resolutionen des Europäischen Parlaments zugunsten einer weitgehenden institutionellen Neuordnung von den Medien weitgehend ignoriert. Mehr Aufmerksamkeit fanden die Vorstöße zur Währungsunion. Doch auch wenn über den Delorsplan berichtet wurde, ging damit – vor allem in Deutschland und Großbritannien – meist die Erwartung einher, dass es wenigstens auf absehbare Zeit keine Änderung des Vertrags geben würde. Als realistischer Kompromiss erschien die auf dem Gipfel von Madrid vereinbarte Umsetzung der ersten Stufe, die unter anderem den Beitritt Großbritanniens zum EWS vorsah, aber keine Vertragsreform erforderlich machte und für sich allein kaum als ein besonders einschneidender Integrationsschritt wahrgenommen wurde.

Vor allem in Deutschland, aber auch in Frankreich zeigten sich in der medialen Debatte dementsprechend auch noch deutliche Merkmale des *permissive consensus:* Die Verhandlungen auf europäischer Ebene stießen auf ein diffuses Wohlwollen bei gleichzeitig geringem Interesse. In Frankreich vertraten die nationalen Parteien zwar teilweise unterschiedliche europapolitische Positionen, wobei insbesondere die Uneinigkeit der beiden wichtigsten Oppositionsparteien RPR und UDF eine gewisse Aufmerksamkeit auf sich zog. Allerdings machten sich diese Gegensätze weniger an konkreten Ereignissen als an abstrakten Konzepten von Souveränität oder Supranationalität fest und waren kaum mit der Debatte über die Vertragsreform verknüpft. Anders war die Situation in Großbritannien, wo der

812 TG 06.12.1989:1, 22.
813 TG 07.12.1989:19.
814 TG 06.12.1989:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zwischen- und innerparteiliche Streit über die nationale Europapolitik deutlich schärfer geführt wurde und auch größere mediale Aufmerksamkeit erreichte. Dies führte zu einer Polarisierung unter den britischen Zeitungen, bei der die regierungsnahe *Times* und der oppositionelle *Guardian* zu teils diametral entgegengesetzten Bewertungen der europäischen Ereignisse gelangten.

Als die entscheidenden Akteure in den Verhandlungen wurden (außer Jacques Delors) grundsätzlich die nationalen Regierungen gesehen, was auch zu einem vorherrschenden Deutungsmuster entlang nationaler Interessen und Positionen führte. Vor allem im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der EG fanden sich daneben zum Teil auch gesamteuropäisch-weltanschauliche Interpretationsansätze, die auf einen Links-rechts-Gegensatz zwischen den sozialistischen Integrationsbefürwortern um Jacques Delors einerseits und den wirtschaftsliberalen Antiföderalisten um Margaret Thatcher andererseits abzielten. Diese Gegenüberstellung, die besonders in den britischen und französischen Zeitungen vorkam, verdeutlicht die grundsätzliche Möglichkeit eines gesamteuropäisch-weltanschaulichen Deutungsmuster. Im Gesamtdiskurs der Zeitungen spielte sie jedoch in jedem Fall nur eine sekundäre Rolle.

Auch was die Ähnlichkeiten und Unterschiede im Diskurs der verschiedenen Zeitungen betrifft, dominierten die nationalen Trennlinien gegenüber den europäisch-weltanschaulichen. Zwar kam es zuweilen vor, dass Zeitungen ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung gemeinsame Topoi teilten: So waren es vor allem die konservativen FAZ und *Times*, die die Reformpläne als überstürzt und verfrüht kritisierten. Doch schon im Konflikt zwischen Delors und Thatcher positionierten sich die Zeitungen nicht klar entlang weltanschaulicher Linien: Zwar unterstützten die linksliberalen *Le Monde* und *Guardian* eher Delors, während die konservative *Times* zu Thatcher stand. *Le Figaro* vermied jedoch eine weltanschauliche Positionierung für Thatcher – und die beiden deutschen Zeitungen FAZ und SZ folgten einem gemeinsamen nationalen Diskurs, indem sie den Konflikt einhellig als unnötige Debatte abtaten.

Auch in zahlreichen anderen Aspekten zeigten sich die nationalen Trennlinien: So schätzten etwa beide deutschen Zeitungen die Erfolgsaussichten der Reform niedriger ein als die französischen. In Frankreich war zudem die Unterstützung beider Zeitungen für die Währungsunion höher als in den anderen Ländern. Am deutlichsten war der besondere nationale Diskurs in den britischen Medien, wo die Isolation des eigenen Landes das klar vorherrschende Thema war. Noch mehr als die Zeitungen in Deutschland oder Frankreich betrachteten *Guardian* und *Times* die Verhandlungen

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

deshalb unter einer außenpolitischen Perspektive, die vor allem das diplomatische Geschick der eigenen Regierung in den Blick nahm und die Vorschläge zur Vertragsänderung als eine externe Herausforderung verstand, auf die die Regierung reagieren musste.

Eine britische Besonderheit war zudem der Topos des ‚guten Europäers', dem zufolge Großbritannien in vielen Bereichen eine vorbildlichere Europapolitik betreibe als die übrigen Mitgliedstaaten. Dieses Argument kam in öffentlichen Stellungnahmen britischer Kabinettsmitglieder immer wieder vor und sollte den Vorwurf widerlegen, dass die britische Regierung die Vertragsreform nur aufgrund einer ideologischen Europafeindlichkeit ablehne. Während die *Times* dieses Argument unterstützte, lehnte der *Guardian* es ausdrücklich ab. Jedenfalls aber befassten sich beide britischen Zeitungen wiederholt damit, während es in den übrigen Ländern kaum eine Rolle spielte: Sowohl im deutschen als auch im französischen Diskurs wurde Thatchers grundsätzliche Skepsis gegenüber der europäischen Integration als gegeben vorausgesetzt und nicht weiter hinterfragt.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

4. Die zweite Phase der Verhandlungen

4.1 Deutschland

4.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Kuhhandel": Die Währungsunion als deutsch-französischer Interessenausgleich nach dem Mauerfall

Hatten die deutschen Medien der Aussicht auf eine europäische Vertragsreform nach dem Gipfel von Madrid kaum noch Bedeutung zugeschrieben, so kehrte diese Möglichkeit mit dem Fall der Berliner Mauer mit überraschender Wucht ins öffentliche Bewusstsein zurück. Natürlich waren im November 1989 die Entwicklungen in der DDR und die Reaktionen der westdeutschen Bundesregierung darauf das wichtigste Thema für die deutschen Zeitungen. Von Anfang an wurde dabei aber auch über die Verbindung zwischen Deutschland- und Europapolitik intensiv diskutiert.

So berichtete die SZ bereits unmittelbar vor dem Mauerfall über Befürchtungen in den übrigen EG-Hauptstädten, „die Deutschen könnten über der plötzlich wiedereröffnete [sic] Perspektive der Wiedervereinigung die westeuropäische Integration vernachlässigen oder sich gar aus der Gemeinschaft ausklinken".[815] Nach der skeptischen Reaktion der übrigen EG-Mitgliedstaaten auf Helmut Kohls Zehn-Punkte-Plan verstärkte sich diese Kritik Anfang Dezember noch weiter: Ein Kommentar warf dem Kanzler vor, mit seiner „Hast in der deutschen Frage" bei gleichzeitiger „Zögerlichkeit in der Europafrage" zu wenig auf die Sorgen der anderen Regierungschefs einzugehen und „neues Mißtrauen" zu schüren.[816] Das Hauptaugenmerk lag dabei auf den deutsch-französischen Beziehungen und dem Verhältnis zwischen Kohl und Mitterrand.[817] Die von Mitterrand gewünschte Vertragsreform selbst betrachtete die Zeitung allerdings weiterhin mit großen Vorbehalten: Ein Kommentar am 8. Dezember begrüßte zwar die Einbindung der deutschen Wiedervereinigung in den europä-

815 So SZ 09.11.1989:8, ähnlich z. B. SZ 11.11.1989:7, SZ 11.11.1989:7–8, SZ 17.11.1989:4.
816 SZ 02.12.1989:4.
817 SZ 01.12.1989:8,SZ 02.12.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ischen Integrationsprozess und beschrieb die EG als „perfektes Modell für eine Friedensordnung in Westeuropa“ und die beste „Garantie gegen das Wiederaufflammen der alten Machtfragen“. Zugleich warnte er aber auch, der Europäische Rat dürfe sich auf dem kommenden Gipfel in Straßburg „nicht allein in der schwierigen Frage der Währungsunion verzetteln, die ohnehin erst übermorgen verwirklicht werden kann“.[818]

Auch die FAZ berichtete ausführlich über die zurückhaltenden Reaktionen der übrigen EG-Mitglieder auf den Zehn-Punkte-Plan.[819] Deutlich offensiver als die SZ vertrat sie jedoch auch den deutschen Anspruch auf nationale Einheit und forderte dafür Vertrauen ein. Den französischen Wunsch, Deutschland durch die europäische Währungsunion in Westeuropa zu verankern, wertete ein Leitkommentar als Zeichen für einen Pariser „Minderwertigkeitskomplex“, da es doch „im Ernst keinen Zweifel an der Selbstbindung der Bundesrepublik an den Westen“ geben könne.[820] Ein anderer Kommentar wies die Forderung nach einer Währungsunion mit dem bewährten Argument zurück, dass dafür „bei den bestehenden wirtschaftlichen Unterschieden die Voraussetzungen fehlen“, und erklärte das französische Drängen darauf für „kontraproduktiv“.[821]

Beide deutschen Zeitungen unterstützten also abstrakt eine vertiefte europäische Integration als Rahmen für die deutsche Wiedervereinigung, trennten diese jedoch von dem konkreten Vorschlag der Währungsunion. Zugleich sahen beide Zeitungen die Verstimmungen nach dem Zehn-Punkte-Plan als problematisch an. Sie unterschieden sich aber in der Frage, wer dafür verantwortlich zu machen sei: Während die oppositionsnahe SZ die Schuld vor allem der unklaren Haltung Helmut Kohls zuschrieb, kritisierte die FAZ die zu weitgehenden Integrationsforderungen der französischen Regierung. Entsprechend unterschiedlich reagierten die Zeitungen auch, als Kohl kurz vor dem Straßburger Gipfel in einen konkreten Zeitplan für die Regierungskonferenz einwilligte: Die FAZ interpretierte

818 SZ 08.12.1989:4. Auch ein Kommentar über eine mögliche Aufwertung der D-Mark innerhalb des EWS äußerte sich skeptisch über das Ziel einer Einheitswährung (SZ 27.11.1989:4).

819 FAZ 30.11.1989:3a, FAZ 30.11.1989:3b, FAZ 30.11.1989:3c.

820 FAZ 08.12.1989:1. Auch in der SZ wiesen einige Kommentare die Befürchtungen der anderen EG-Regierungen vehement zurück und betonten, dass Deutschland keine Rückkehr zur nationalen Machtpolitik anstrebe (SZ 10.11.1989:4, SZ 21.11.1989:4). Beide Zeitungen griffen zudem entsprechende Erklärungen deutscher Regierungsmitglieder auf (z. B. SZ 20.11.1989:1, FAZ 02.12.1989:4a).

821 FAZ 07.12.1989:17.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

dies als ein Entgegenkommen an Mitterrand, um das „Mißverständnis" auszuräumen, Deutschland wolle die Währungsunion verzögern.[822] Die SZ hingegen beschrieb die gemeinsame Position zwar als Zeichen der Entspannung, betonte jedoch weiterhin die französische Sorge, dass Kohl sich nur noch auf die Deutschlandpolitik konzentrieren und zusammen mit Thatcher die Umsetzung des Delorsplans blockieren werde.[823]

Auch Kohls Vorstoß zugunsten des Europäischen Parlaments sahen SZ und FAZ vor allem im Kontext des Zeitplans für die Währungsunion. Beide Zeitungen hatten die entsprechenden Forderungen ignoriert, solange sie nur von den Europaabgeordneten selbst erhoben worden waren.[824] Kohls Initiative hingegen stieß nun durchaus auf Interesse, auch wenn sich bei deren Bewertung erneut Unterschiede zeigten: So machte sich die regierungsfreundliche FAZ das von der Bundesregierung vorgebrachte Junktim zu eigen, dass die Währungsunion eine Stärkung des Parlaments vor der Europawahl 1994 voraussetze.[825] Die oppositionsnahe SZ hingegen stellte besonders den Vorwurf Delors' heraus, dass Kohl mit dieser zusätzlichen Forderung nur eine Verzögerung der Regierungskonferenz erreichen wolle.[826]

---

822 FAZ 08.12.1989:5a.

823 SZ 08.12.1989:2b.

824 Beide Zeitungen hatten zwar über die Sitzungswoche des Europäischen Parlaments berichtet, aber ohne auf die weitreichende Resolution vom 23. November einzugehen. Stattdessen hob die Berichterstattung vor allem die Unterstützung des Parlaments für die Reformbewegungen in Osteuropa und speziell der DDR hervor (SZ 23.11.1989:1, SZ 25.11.1989:8, FAZ 23.11.1989:1–2, FAZ 24.11.1989:4).

825 FAZ 07.12.1989:1–2. Wie genau die beiden Themen zusammenhingen, wurde auch in der FAZ nicht ganz deutlich. So zitierte die Zeitung einerseits das Argument der Regierung, man könne „einen neuen Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion nur dann durch die Parlamente bringen", wenn zugleich das Europäische Parlament gestärkt werde. Andererseits hieß es, es sei „unvorstellbar, 1994 die Wähler zur Stimmabgabe zu einem Europäischen Parlament zu bewegen, das kaum Rechte habe". Da zudem die für Ende 1992 vorgesehene Vollendung des Europäischen Binnenmarkts der Integration zusätzlichen „Rückenwind" verleihen würde, böten sich die zweite Hälfte 1992 und die erste Hälfte 1993 als Zieldatum für die Vertragsreform an.

826 SZ 08.12.1989:2b. Die FAZ zitierte diesen Vorwurf ebenfalls, schrieb ihn jedoch nicht Delors, sondern der SPD-Bundestagsfraktion zu (FAZ 08.12.1989:5b). Delors wurde lediglich als verärgert darüber beschrieben, dass Kohl und Mitterrand ihn bei ihrem Kompromiss über den Zeitplan zur Währungsunion nicht einbezogen hätten (FAZ 08.12.1989:5a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Keine der beiden Zeitungen hegte indessen Zweifel daran, dass es auf dem Straßburger Gipfel vor allem um einen deutsch-französischen Interessenausgleich ging. Entsprechend wurden dessen Ergebnisse als ein Kompromiss verstanden, bei dem Kohl die Währungsunion, Mitterrand hingegen die deutsche Wiedervereinigung akzeptiert habe. Die SZ bezeichnete diese Einigung mehrfach als „Kuhhandel", auch wenn sie jeweils hinzufügte, dass die Beteiligten selbst diesen Ausdruck ablehnten.[827] In der Sache sah sie darin einen Erfolg Kohls: Der Kompromiss rette nicht nur das gute deutsch-französische Verhältnis und „die Zukunft der Gemeinschaft",[828] sondern nütze vor allem auch den deutschlandpolitischen Zielen der Bundesregierung.[829] Etwas skeptischer gab sich hingegen die FAZ. Auch sie erklärte zwar, dass die Regierung den Gipfel als Erfolg betrachte,[830] betonte jedoch stärker die währungspolitischen Zugeständnisse, mit denen Mitterrand Kohl „viel zugemutet" habe. Auch dass die Wiedervereinigung explizit an die KSZE-Schlussakte und damit an die Anerkennung der bestehenden deutschen Außengrenzen geknüpft bleibe, sei ein Zeichen für den „Argwohn" gegenüber der Bundesregierung und könne „nicht befriedigen".[831]

Angesichts dieses starken Fokus auf das deutsch-französische Verhältnis erschienen alle übrigen Gipfelteilnehmer in den deutschen Zeitungen lediglich als Nebenakteure, die entweder Kohl oder Mitterrand unterstützten. So sprach die SZ mehrfach an, dass nicht nur Frankreich, sondern

827 SZ 11.12.1989:3, SZ 11.12.1989:4b.

828 SZ 11.12.1989:3.

829 Noch mehr als die Währungsunion dominierte deshalb die prinzipielle Zustimmung der EG zur deutschen Einheit die Überschriften der Artikel zum Gipfel: „Kohl will seine zehn Punkte erläutern" (SZ 08.12.1989:2a), „Kohl will Unterstützung für Einheit der Deutschen" (SZ 09.12.1989:1), „EG bekräftigt Recht der Deutschen auf Einheit" (SZ 11.12.1989:1), „Mit Europa nach Deutschland" (SZ 11.12.1989:4b).

830 FAZ 12.12.1989:5. Auch hier hatten die Schlagzeilen der beiden Hauptartikel über den Gipfel jeweils deutschlandpolitische Bezüge: „Kohl: Änderung der Oder-Neiße-Linie kommt nicht in Frage" (FAZ 09.12.1989:1–2), „Europäischer Rat erkennt Recht der Deutschen auf Einheit an" (FAZ 11.12.1989:1–2).

831 FAZ 11.12.1989:1, ähnlich auch FAZ 09.12.1989:1–2, FAZ 11.12.1989:3. In einem weiteren Artikel wurde hervorgehoben, dass der französische Außenminister Dumas vor der französischen Nationalversammlung die deutsche Einheit von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie abhängig gemacht habe (FAZ 14.12.1989:1–2). Bezeichnenderweise wurde diese Diskussion in der Nationalversammlung in einer Zwischenüberschrift des Artikels dann auch als „Deutschland-Debatte" bezeichnet, obwohl sie eigentlich die französische Europapolitik allgemein zum Thema hatte.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auch andere Länder der deutschen Einheit skeptisch gegenüberstünden,[832] während die FAZ unterstrich, dass neben Deutschland noch weitere Mitgliedstaaten eine baldige Währungsunion ablehnten.[833] Beides wurde jedoch nicht im Einzelnen ausgeführt. Auch Jacques Delors' Vorschlag, parallel zu den Verhandlungen über die Währungsunion noch eine zweite Regierungskonferenz zur Politischen Union einzuberufen, blieb in den deutschen Zeitungen weitgehend unbeachtet. Während die SZ ihn überhaupt nicht erwähnte, brachte die FAZ lediglich eine knappe Agenturmeldung.[834]

Die einzige Gipfelteilnehmerin, die neben Kohl und Mitterrand wiederholt in der Berichterstattung erschien, war Margaret Thatcher. Wie schon im Juni interessierten ihre konkreten Positionen dabei allerdings kaum: Der Competing-Currencies-Plan als wichtigster Vorschlag der britischen Regierung wurde in beiden Zeitungen nur am Rande erwähnt und nicht weiter erläutert.[835] Stattdessen diente Thatcher erneut als Projektionsfläche für Diskurse, die eigentlich eher für Deutschland als für Großbritannien charakteristisch waren. So warnte die britische Premierministerin zum Beispiel nach dem Gipfel davor, dass das EWS bislang vor allem wegen der dominanten Rolle der deutschen Bundesbank erfolgreich gewesen sei, in der Währungsunion jedoch Länder mit höheren Inflationsraten an politischem Einfluss gewinnen könnten. Die SZ nahm diese Äußerungen zum Anlass, um in einem längeren, mit dem Zitat „Nur die Bundesbank garantiert stabiles Geld" betitelten Artikel ausführlich die Risiken einer laxen Geldpolitik zu erörtern. Erst im letzten Absatz wies sie recht knapp darauf hin, dass sich der „britische Widerstand gegen die Währungsunion" eigentlich „weniger auf Sorgen um die Preisstabilität" gründe „als darauf, daß London keine Kompetenzen nach Brüssel abgeben will".[836] In ähnlicher Form hieß es in der FAZ, dass Thatcher „klar aussprach, was die übrigen [Gipfelteilnehmer] nicht wahrhaben wollten: daß die Zeit für Stufe

832 SZ 11.12.1989:1, SZ 11.12.1989:4b.
833 FAZ 08.12.1989c5c, FAZ 09.12.1989:1–2.
834 FAZ 13.12.1989:7.
835 FAZ 09.12.1989:1–2, SZ 11.12.1989:7. In einem Artikel nach dem Gipfel erklärte die FAZ nur recht allgemein, dass Thatcher die Einberufung der Regierungskonferenz zwar als Einzige abgelehnt habe, aber nicht die Mitarbeit darin verweigern werde (FAZ 11.12.1989:1–2).
836 SZ 11.12.1989:7. Im Gegensatz dazu tat der britische *Guardian*, der ebenfalls über Thatchers Befürchtungen zur Inflation in der Währungsunion berichtete, diese kurzerhand als unglaubwürdig und „little more than the latest in a series of delaying tactics" ab (TG 11.12.1989:7c).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zwei und drei noch nicht reif sei".[837] Die Zeitung schob damit Thatcher das Argument zu, dass die Reform zu früh erfolge – obwohl die Kritik an der vermeintlich überstürzten Währungsunion eigentlich ein Topos der FAZ selbst war, während die britische Premierministerin eine derartige Souveränitätsübertragung ganz generell und auch für die Zukunft ausschloss.

„Begriff ohne Inhalt": Europapolitik als Unterthema der Deutschlandpolitik

Konzentrierten sich die deutschen Zeitungen schon während des Gipfels von Straßburg vor allem auf die Frage, ob Frankreich und die übrigen EG-Staaten die deutsche Einheit unterstützen würden, so beherrschte die Wiedervereinigung in den folgenden Monaten die öffentliche Debatte fast vollständig. Neben der Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 beschäftigten sich die Medien etwa mit der Ausgestaltung einer möglichen gesamtdeutschen Verfassung, mit der Bonn/Berlin-Frage sowie mit den Plänen für eine deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Außenpolitisch dominierten die Zwei-plus-Vier-Gespräche und die Verhandlungen im KSZE-Rahmen die Schlagzeilen. Die Gespräche über die EG-Vertragsreform spielten hingegen keine prominente Rolle: Zwar wurde weiterhin immer wieder thematisiert, dass die übrigen EG-Mitgliedstaaten Fortschritte in der europäischen Integration als Bedingung für die Wiedervereinigung ansahen.[838] Europapolitische Fragen, die nicht unmittelbar mit der deutschen Einheit verbunden waren, fanden jedoch nur sehr wenig Aufmerksamkeit. Die Resolution des Europäischen Parlaments am 14. März und das belgische Memorandum eine Woche später wurden lediglich mit Kurznachrichten abgehandelt,[839] und auch die Forderung der

837 FAZ 11.12.1989:3.

838 In diesem Sinn zitierte die SZ etwa François Mitterrand (SZ 21.03.1990:8) und Felipe González (SZ 22.03.1990:1). Auch in Meinungsartikeln wurde dies durchaus als legitime Forderung anerkannt (SZ 22.03.1990:4).

839 Vgl. FAZ 15.03.1990:2 zur Resolution des Parlaments; SZ 23.03.1990:10, FAZ 23.03.1990:6 zum belgischen Memorandum. Zudem berichtete die FAZ auch kurz darüber, dass die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eine Ausweitung der Regierungskonferenz auf Fragen der institutionellen Reform fordere (FAZ 10.03.1990:6).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Europaabgeordneten, an den Verhandlungen zur Vertragsreform beteiligt zu werden, spielte in der Berichterstattung kaum eine Rolle.[840]

Erst Kohls und Mitterrands Schreiben zur Politischen Union im April 1990 stieß wieder auf spürbar mehr Interesse. Im Mittelpunkt standen dabei allerdings erneut nicht die gesamteuropäische Dimension des Vorschlags, sondern das deutsch-französische Verhältnis und seine Bedeutung für die deutsche Wiedervereinigung. So hob die SZ vor dem ersten Gipfel von Dublin vor allem die Rückkehr zur „alten europapolitischen Harmonie" der beiden Nachbarländer hervor, die den Weg zur deutschen Einheit erleichtern werde.[841] Auch die Schlagzeilen, mit denen die Berichte über den Gipfel überschrieben waren, verdeutlichen den nationalen Fokus auf dessen deutschlandpolitische Implikationen: „Europäische Gemeinschaft legt Vorbehalte gegen deutsche Vereinigung ab", „Mitterrand begrüßt deutsche Einheit", „Sanierung der DDR ist Sache Bonns" sowie „Rückendeckung für die 2+4-Gespräche".[842]

Was die deutsch-französische Initiative genau zum Inhalt hatte, beschäftigte die deutschen Zeitungen hingegen kaum. Die SZ beschrieb sie nur recht allgemein als „Ausbau der Gemeinschaft zu einer Politischen Union mit weitreichenden Gesetzgebungs- und Entscheidungskompetenzen".[843] Ein Kommentar präzisierte dies als eine Kombination aus der deutschen Forderung, in der EG „mehr parlamentarische Kontrollrechte" einzuführen, und dem französischen Wunsch nach einer von der NATO unabhängigen europäischen Sicherheitspolitik.[844] Die Auswirkungen einer solchen Politischen Union wurden dabei jedoch ebenso wenig thematisiert wie der Kontext der vorangegangenen Forderungen des Europäischen Parlaments und der belgischen Regierung. Stattdessen hob die Zeitung sogar ausdrücklich hervor, dass die deutsch-französische Initiative primär einen deutschlandpolitischen Zweck verfolge: „Was in Dublin vereinbart wird, dient zwar dem Ausbau der EG, ist aber in erster Linie Teil einer Strategie, den sicherheitspolitischen Boden für die [deutsche] Vereinigung zu bereiten."[845] Erst einige Tage später änderte sie recht abrupt ihre Bewertung.

840 Die FAZ kündete in knapper Form an, dass eine „Vorkonferenz" zur Währungsunion zusammentreten werde, in der neben dem Ministerrat auch Kommission und Europäisches Parlament beteiligt sein würden, ging aber nicht näher auf deren Bedeutung ein (FAZ 19.04.1990:7).

841 SZ 23.04.1990:1.

842 SZ 23.04.1990:1, SZ 27.04.1990:6, SZ 30.04.1990:1, SZ 30.04.1990:4.

843 SZ 23.04.1990:1.

844 SZ 23.04.1990:4.

845 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Hatte sie den Vorschlag zuvor als deutschlandpolitischen „Schritt von besonderer Eleganz“ gelobt,[846] so kritisierte sie nun seine inhaltliche Unbestimmtheit: „Wie in Bonn zu hören, hat selbst die Bundesregierung noch kein Konzept, obwohl sie Mitinitiator des Projektes ist.“[847] Konkrete Entscheidungen des Europäischen Rates zur Politischen Union seien in Dublin nicht zu erwarten.

Auch die FAZ hob in ihrer Berichterstattung die Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses[848] und die deutschlandpolitische Bedeutung des Gipfels von Dublin hervor.[849] Ein Kommentar erläuterte, der Vorstoß zur Politischen Union folge „taktischen Motiven“ und solle „der Gemeinschaft die Furcht vor dem deutschen Riesen nehmen, indem das deutsch-französische Tandem demonstrativ die nächste Etappe der Integration ansteuert“.[850] Allerdings kritisierte die Zeitung schon früher als die SZ die Unklarheit des Vorschlags und griff dabei auch wiederholt den bereits für die Währungsunion etablierten Topos der überstürzten Reform auf. Da das für weitere Kompetenzübertragungen nötige Gleichgewicht zwischen Ministerrat, Kommission und Europäischem Parlament nicht im angestrebten Zeitplan ausgehandelt werden könne, sei die von Kohl und Mitterrand angestrebte Synchronisierung von deutscher und europäischer Einigung „nicht zu schaffen“.[851] Kurz vor dem Gipfel bekräftigte ein Leitkommentar zwar noch einmal den diplomatischen Wert des deutsch-französischen Vorschlags, hob aber vor allem hervor, dass die Politische Union nur ein „Begriff ohne Inhalt“ sei, über den zwischen den Hauptakteuren keine Einigkeit bestehe:

> Mitterrand stellt sich die politische Union als Präsidialsystem vor, das Frankreichs Einfluß auf die Gemeinschaft sichern soll. Kohl denkt da-

846 Ebd.
847 SZ 27.04.1990:8.
848 FAZ 24.04.1990:6, FAZ 25.04.1990:2.
849 FAZ 11.04.1990:6, FAZ 27.04.1990:6.
850 FAZ 23.04.1990:16.
851 FAZ 20.04.1990:1b, ähnlich FAZ 28.04.1990:1. Schon einige Tage vor der deutsch-französischen Initiative hieß es in der FAZ, außer den grundsätzlichen Zweifeln Thatchers halte auch der luxemburgische Ministerpräsident Santer die von Delors und dem irischen Premierminister Haughey angestrebte Regierungskonferenz zur Politischen Union für „zu früh“. Eine mögliche Kompromisslösung sei eine „zeitlich versetzte“ zweite Konferenz, die aber „freilich kaum vor 1993 beginnen“ könne (FAZ 11.04.1990:6). Später wurde auch der britische Außenminister Hurd mit der Äußerung zitiert, „die Zeit für eine weitere Vertragsänderung sei noch nicht reif“ (FAZ 23.04.1990:1–2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> gegen an einen föderalen Aufbau mit dezentralen Entscheidungsstrukturen und der Stärkung des Europäischen Parlaments. Für Frau Thatcher schließlich erschöpfen sich die Veränderungspläne in einer wirksameren Kontrolle der Brüsseler Eurokraten und ihres oft verschwenderischen Umgangs mit Steuergeldern. Von allen weiterreichenden Plänen hält sie nichts.[852]

Anders als die SZ sah die FAZ auch die übrigen Mitgliedstaaten nur „zögernd" der Politischen Union zustimmen, da zu viele Fragen „ungeklärt" seien.[853] Als Hauptkritikerin führte die Zeitung wie schon bei der Währungsunion Margaret Thatcher an, nannte deren konkrete Forderungen jedoch erneut nur knapp und analysierte sie nicht inhaltlich. Stattdessen begründete ein Kommentar Thatchers Haltung mit den Besonderheiten der britischen politischen Kultur: Als „Regierungschefin eines Landes, dessen Institutionen im Verlauf eines Jahrtausends langsam gewachsen sind", misstraue sie den „immer neuen Plänen für europäische Konstruktionen".[854] Auch von ihrer Ankündigung eines Gegenvorschlags zur Politischen Union wurde in der FAZ nur wiedergegeben, dass er „‚[p]raktisch' und ‚nichtföderalistisch'" sein und die Souveränität der Mitgliedstaaten wahren solle.[855] Darüber hinaus berichtete die Zeitung mehrmals über den internen Druck, dem Thatcher wegen sinkender Umfragewerte und der Sorge vor einer europapolitischen Isolation ihrer Regierung ausgesetzt sei.[856] In ähnlicher Form erläuterte auch die SZ, dass Thatcher die Beschäftigung mit „esoterischen Dingen" wie der Politischen Union ablehne,[857] die britische Regierung jedoch über keinen konkreten Gegenvorschlag verfüge[858] und wohl bereit sei, sich bei der Politischen Union „überstimmen zu lassen".[859] Insgesamt blieb Thatcher in den deutschen Medien also als zentrale Antagonistin der Vertragsreformpläne präsent. Ihre Positionen und Argumente wurden jedoch weiterhin nur in recht schematischer Form beschrieben und nicht im Einzelnen beleuchtet.

Den Ausgang des Gipfels sahen beide Zeitungen im Wesentlichen als Bestätigung ihrer vorherigen Skepsis. Die FAZ konstatierte, es habe zwar

852 FAZ 28.04.1990:1.
853 FAZ 23.04.1990:1–2.
854 FAZ 18.04.1990:1.
855 FAZ 23.04.1990:2, auch FAZ 23.04.1990:16.
856 FAZ 18.04.1990:1, FAZ 28.04.1990:2.
857 SZ 20.04.1990:1.
858 SZ 27.04.1990:8.
859 SZ 23.04.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

keinen „großen Krach“ gegeben, man habe sich aber auch nur „– wieder einmal – auf den kleinsten gemeinsamen Nenner“ geeinigt.[860] Als Problem betrachteten die deutschen Zeitungen dieses Ergebnis jedoch nicht: Im Mittelpunkt der Berichterstattung stand vielmehr erneut die Deutschlandpolitik, und in diesem Zusammenhang werteten sie den Gipfel durchaus als einen diplomatischen Erfolg Kohls.[861] Ein SZ-Kommentar hob hervor, Thatchers Kritik an dem deutsch-französischen Vorstoß zur Politischen Union sei ins Leere gelaufen, da es ohnehin „den beiden Initiatoren, Kanzler Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand, auf den Inhalt ihres Vorschlages nicht ankam“. Vielmehr hätten sie mit ihrer Initiative lediglich die gute deutsch-französische Zusammenarbeit sowie das deutsche Bekenntnis zur europäischen Integration unter Beweis stellen wollen, was auch gelungen sei. Ob das Projekt der Politischen Union „ernsthaft weiterverfolgt werden soll“, werde sich erst zeigen, wenn die Außenminister in den nächsten Monaten konkrete Vorschläge dazu vorlegen würden.[862]

Dass die Politische Union mehr sein könnte als ein bloßer deutschlandpolitischer Schachzug, kam im Diskurs der deutschen Medien kaum vor. Auch in der Zeit nach dem ersten Dubliner Gipfel wurde das Thema allenfalls punktuell behandelt. Anfang Mai fand in der FAZ ein internes Papier der Kommission zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewisse Aufmerksamkeit.[863] Die verschiedenen anderen Vorschläge, die das Europäische Parlament und mehrere nationale Regierungen präsentierten, wurden jedoch nur recht knapp wiedergegeben und nicht weiter kontextualisiert.[864] Ende Mai konstatierte die Zeitung, die Gespräche der Außenminister zur Politischen Union machten „nur geringe Fortschritte“ und böten „mehr Fragen als Antworten“.[865] Auch das Mitte Juni unterzeichnete

860 FAZ 30.04.1990:3, ähnlich FAZ 30.04.1990:1–2, SZ 30.04.1990:7.

861 Die FAZ sprach sogar von einem „Triumph“ (FAZ 30.04.1990:3, ähnlich auch FAZ 30.04.1990:1–2, SZ 30.04.1990:1).

862 SZ 30.04.1990:4.

863 FAZ 05.05.1990:3, am Rande auch FAZ 05.05.1990:12.

864 Nur in Kurznachrichten oder als Randnotiz in längeren Artikeln erschienen beispielsweise der spanische Vorstoß für eine „europäische Staatsbürgerschaft“ (FAZ 07.05.1990:3), die Forderung deutscher Ländervertreter nach einem Gremium für die subnationalen Regionen (FAZ 10.05.1990:5), die irischen Vorschläge zu einem „effektiveren Abstimmungsmechanismus“ im Ministerrat und zu einer Stärkung des EuGH (SZ 16.05.1990:2) sowie der Wunsch des Europäischen Parlaments nach gleichberechtigter Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren und nach dem Recht zur Wahl des Kommissionspräsidenten (FAZ 18.05.1990:2).

865 FAZ 22.05.1990:5.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Schengener Durchführungsübereinkommen wurde verschiedentlich mit der EG-Vertragsreform in Verbindung gesetzt, allerdings meist mit pessimistischem Unterton: So bezweifelte die FAZ, dass das Schengener Übereinkommen „ein Pionier für die gesamte EG" sein werde. Stattdessen bleibe es wohl ein „Klub im Klub" – was allerdings auch ein Modell für die Währungsunion sein könne.[866]

In der ersten Jahreshälfte 1990, in der die zentralen Weichen für den Vertrag von Maastricht gestellt wurden, war die europapolitische Berichterstattung der deutschen Zeitungen also von einer Mischung aus Desinteresse und niedrigen Erwartungen geprägt. Obwohl der Verlauf der EG-Verhandlungen unter dem Gesichtspunkt der deutschen Wiedervereinigung durchaus als erfolgreich galt, spielte die Vertragsreform selbst kaum eine Rolle. Auch der zweite Europäische Rat in Dublin, auf dem die Außenminister Ende Juni ihren Bericht vorlegten und die Einberufung der Regierungskonferenz zur Politischen Union beschlossen wurde, fand in beiden Zeitungen nur wenig Beachtung. Die wenigen Artikel, die in der SZ darüber erschienen, konzentrierten sich zudem vor allem auf die (ebenfalls auf dem Gipfel verhandelten) Finanzhilfen für die Sowjetunion;[867] die

866 FAZ 21.06.1990:3. Die SZ wiederum erklärte, die fünf Schengen-Mitgliedstaaten nähmen vorweg, was „die gesamte EG für Anfang 1993 anstrebt, mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch dann noch nicht erreichen wird: den ungehinderten Personenverkehr im Bereich der EG" (SZ 20.06.1990:6). Tatsächlich trat das Schengener Abkommen erst 1995 in Kraft und wurde 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam auf alle EG-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Irland ausgeweitet. Zur öffentlichen Debatte über das Schengener Abkommen als „Klub im Klub" vgl. auch Siebold 2014:63–67.

867 Dies wurde auch in den Schlagzeilen deutlich: „EG berät über Hilfe für die Sowjetunion" (SZ 25.06.1990:2), „EG bereitet sich auf umfangreiche Hilfe für die Sowjetunion vor" (SZ 26.06.1990:1), „Europäische Gemeinschaft stellt der Sowjetunion Kredite und Wirtschaftshilfe in Aussicht" (SZ 27.06.1990:1). Das Hauptinteresse galt dabei wieder einmal den deutschlandpolitischen Implikationen: Wie die SZ erläuterte, betrachtete die deutsche Bundesregierung die Finanzhilfen als politische Unterstützung für Gorbatschow und damit als nützlich für die Wiedervereinigung. Dass sich der Gipfel gegen den Widerstand Margaret Thatchers zuletzt grundsätzlich für eine gemeinsame Hilfe aussprach, wurde deshalb als weiterer diplomatischer Erfolg Kohls gewertet (SZ 27.06.1990:4). Auch für die FAZ stand auf dem Gipfel die „Wirtschaftshilfe für die Sowjetunion […] im Vordergrund" (FAZ 25.06.1990:1–2), die hier allerdings nicht nur als deutschlandpolitischer Erfolg, sondern auch als gelungener Test für eine mögliche gemeinsame EG-Außenpolitik galt (z. B. FAZ 28.06.1990:1, FAZ 29.06.1990:3).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vertragsreform wurde nur am Rande erwähnt.[868] Die FAZ berichtete etwas ausführlicher, behandelte die Einberufung der Regierungskonferenz aber ebenfalls nur als ein Nebenthema.[869] Erneut hob die Zeitung hervor, es sei „weitgehend offen, was mit der Politischen Union angestrebt werden soll".[870] Auch über die Resolution, in der das Europäische Parlament Mitte Juli seine Forderungen zur Politischen Union zusammenfasste, berichtete die FAZ nur mit einem einzelnen Artikel.[871] Noch weniger Aufmerksamkeit fanden allerdings die Alternativvorschläge, mit denen die britische Regierung die Vertragsreform zu verhindern suchte: Die Vorstellung des Major-Plans, der aus britischer Sicht an die Stelle der Währungsunion treten sollte, wurde im Politikteil der SZ überhaupt nicht, in jenem der FAZ nur mit einer Kurzmeldung behandelt.[872]

Durchbrochen wurde dieses Ambiente der Gleichgültigkeit gegenüber der EG-Vertragsreform lediglich durch einen Text, der einige Tage vor dem zweiten Dubliner Gipfel in der FAZ erschien. Dabei handelte es sich um Ausschnitte aus einer Studie, die eine Gruppe von Wissenschaftlern um Werner Weidenfeld im Rahmen des Forschungsprojektes „Strategien und Optionen für die Zukunft Europas" der Bertelsmann-Stiftung erstellt hatte. Ohne explizit auf die geplanten Beschlüsse zur Politischen Union einzugehen, entwickelten die Autoren ein Modell für die institutionelle Ausgestaltung der künftigen Europäischen Union, das weitaus detaillierter war als die sonst in der Tagespresse üblichen Artikel. Recht deutlich erkennbar war dabei allerdings ihre implizite Orientierung am deutschen Föderalismus: So sollten das Europäische Parlament und der Ministerrat zusammen als Gesetzgebungskammern, die Kommission als „Regierung",

868 SZ 26.06.1990:1. Auch hier wurde wieder auf Thatchers Vorbehalte hingewiesen.

869 FAZ 25.06.1990:1–2, FAZ 26.06.1990:1–2.

870 FAZ 27.06.1990:1–2. Als die drei „Hauptwege" wurden in dem Artikel – entsprechend dem Gipfelkommuniqué – die Stärkung der demokratischen Legitimität, die Stärkung der Gemeinschaftsorgane sowie der einheitliche Auftritt gegenüber Drittländern beschrieben; als mögliche konkrete Maßnahmen wurden eine Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und der Mehrheitsbeschlüsse im Ministerrat genannt.

871 FAZ 12.07.1990:5a.

872 FAZ 21.06.1990:1. Zudem berichtete die FAZ über einen Streit, der auf dem Gipfel ausgebrochen sei, nachdem sich Mitterrand sarkastisch zu dem Plan geäußert habe. Letztlich legte die Zeitung das Thema jedoch mit der Feststellung beiseite, dass der Plan in den Schlussfolgerungen des Gipfels nicht erscheine FAZ 27.06.1990:1–2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der EuGH als „Verfassungsgericht“ und der Europäische Rat als kollektives „Präsidium der EU“ fungieren.[873]

Diese Modellfunktion des deutschen politischen Systems entwickelte sich in der Folgezeit zu einem weiteren Topos, auf den vor allem die FAZ immer wieder zurückgriff. So forderte ein Leitkommentar kurz nach dem Gipfel „klarere politische Entscheidungsprozesse“ in der EG, bei denen das „Vorbild eines föderal verfaßten Bundesstaates wie desjenigen der Bundesrepublik […] Pate stehen“ könne.[874] In einem anderen Artikel hieß es, das Europäische Parlament strebe zusammen mit der deutschen und französischen Regierung „eine Ordnung an, die der in der Bundesrepublik geltenden nachgebildet wäre“. Fraglich sei nur, wie viele der übrigen Regierungen „sich mit dem ‚deutschen Modell‘ anfreunden“ könnten.[875]

Auffälligerweise ging diese Vorstellung eines nach deutschem Muster geformten Europa nach dem zweiten Dubliner Gipfel auch mit einer insgesamt etwas positiveren Bewertung der geplanten Vertragsänderung einher. Anders als noch im April kritisierte die FAZ die Reformpläne nun nicht mehr als überstürzt, sondern erklärte im Gegenteil, dass auf „dem langen Weg zur politischen Einigung […] nicht früh genug Pflöcke eingeschlagen werden“ könnten.[876] Was die Erfolgsaussichten einer großen Reform betraf, dominierte jedoch weiterhin die Skepsis. Auch wenn der Europäische Rat die Einberufung der Regierungskonferenz zur Politischen Union „erstaunlich schnell verabschiedet“ habe, so ein Kommentar, könne nicht mit einer baldigen Einigung gerechnet werden: „Vor all zu hohen Erwartungen ist zu warnen: Es geht um einen ersten Schritt auf einem langen Weg.“[877]

873 FAZ 21.06.1990:9–10. Allerdings wurde auch betont, dass die EU „kein Bundesstaat im herkömmlichen Sinn werden“ solle, da Bundesstaaten aus Sicht der Autoren immer eine Tendenz zur schleichenden Zentralisierung aufwiesen. Auf europäischer Ebene solle dem durch die Grundsätze der begrenzten Einzelermächtigung und der Subsidiarität vorgebeugt werden, sodass die EU zu einer „stabilen föderalen Balance“ gelangen würde.

874 FAZ 28.06.1990:1.

875 FAZ 23.06.1990:10.

876 FAZ 28.06.1990:1.

877 FAZ 26.06.1990:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Den Europäern ein bewährtes Modell anzubieten": Deutschland als Führungsmacht und Vorbild

Blieb die Debatte über die EG-Vertragsreform vom Fall der Berliner Mauer bis in den Sommer 1990 jener über die Deutschlandpolitik untergeordnet, so erfuhr sie mit dem Vollzug der deutschen Einheit im Oktober einen plötzlichen Wandel. Zum einen wurden die Verhandlungen in der deutschen Öffentlichkeit nun deutlich ernster genommen. Besonders die SZ schrieb ihnen erstmals reale Erfolgsaussichten zu und betonte in einem Artikel vor dem Gipfel von Rom Ende Oktober, dass sich mit Ausnahme Margaret Thatchers inzwischen alle europäischen Regierungschefs über die Grundzüge der Reform einig seien.[878] Vor allem aber löste sich die Debatte über die Vertragsreformen nun aus dem Schatten der deutschen Wiedervereinigung und gewann wieder für sich selbst an Bedeutung.

Prägend für die Berichterstattung war dabei ein neues nationales Selbstbewusstsein. Hatten beide Zeitungen zuvor meist François Mitterrand oder Jacques Delors als die treibenden Kräfte der Verhandlungen beschrieben, so sahen sie diese Rolle nun eindeutig bei den deutschen Verhandlungsführern. Die FAZ erklärte zum Beispiel, die Bundesregierung habe sich bislang „aus dem Ideenwettbewerb für die politische Union herausgehalten, wohl deshalb, weil sie mehr mit der deutschen Einigung beschäftigt war". Dies aber werde „sich ändern".[879] Auch in mehreren Artikeln über die italienische Ratspräsidentschaft hieß es, dass diese „ohne viel Federlesens Deutschland und dem deutschen Bundeskanzler die Hauptrolle in dem gemeinsamen Europa" zuschreibe.[880]

In der SZ wiederum war dieser veränderte Diskurs vor allem in einer Uminterpretation des Kompromisses zu erkennen, den die deutsche und die französische Regierung im Dezember 1989 auf dem Straßburger Gipfel eingegangen waren: Wie oben beschrieben, hatte die SZ die Einwilligung Kohls in einen festen Zeitplan für die Währungsunion damals vor allem als Preis für die französische Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung verstanden. Auch wenn die Zeitung diesen „Kuhhandel" durchaus für akzeptabel hielt, schien die Initiative zur Vertragsreform vor allem von Frankreich auszugehen, während die Bundesregierung darauf lediglich re-

878 SZ 26.10.1990:4, ähnlich auch FAZ 08.10.1990:2. Andere Artikel und Kommentare in der FAZ blieben hingegen eher skeptisch (z. B. FAZ 23.10.1990:3, FAZ 23.10.1990:16, FAZ 29.10.1990:1).

879 FAZ 05.11.1990:1.

880 FAZ 26.11.1990:7, ähnlich FAZ 19.10.1990:8, FAZ 27.10.1990:1b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

agiert hatte. Im Oktober 1990 schrieb die SZ nun erneut von einem „Quidproquo zwischen Bonn und Paris", das auf dem Gipfel von Rom auszuhandeln sei.[881] Doch während sie dabei als „Frankreichs Lieblingskind" weiterhin die Währungsunion nannte, galt als deutsche „Gegenrechnung" nun die Politische Union, die nach den Vorstellungen Helmut Kohls eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine Stärkung des Europäischen Parlaments umfassen müsse.[882] Die Zustimmung Mitterrands zur deutschen Einheit hingegen wurde nicht mehr als Bestandteil eines bilateralen Kompromisses erwähnt. Wenige Wochen nach dem erfolgreichen Vollzug der nationalen Einheit hakte die SZ damit implizit alle deutschlandpolitischen Argumente ab und konzentrierte sich stattdessen auf die Politische Union als Hauptforderung der Bundesregierung in den europäischen Reformgesprächen.

Neu war jedoch nicht nur diese Akzentverschiebung bei der Darstellung der deutschen Positionen. Auch die französische Regierung als wichtigster Fürsprecher der ungeliebten Währungsunion wurde in den deutschen Medien nun offener als zuvor kritisiert. War es im Vorjahr noch Helmut Kohl gewesen, der auf dem Gipfel in Straßburg seine EG-Treue hatte unter Beweis stellen müssen, so forderte die SZ nun dasselbe von Mitterrand: „Die Franzosen", hieß es in einem Kommentar, verwickelten sich vor dem Gipfel von Rom „in Widersprüche" und weckten

> ihrerseits Mißtrauen: Könnte es sein, daß sie nicht wirklich das vereinte Europa wollen, das mit einer Stimme spricht, sondern lediglich die Währungsunion, weil sie die Deutschen des gravierenden Wettbewerbsvorteils der starken Währung beraubt?[883]

Kohl selbst hingegen erschien nun als der eigentliche Vorreiter der europäischen Integration, was in beiden Zeitungen auf deutliche Zustimmung stieß. Die weitreichenden Ergebnisse des Gipfels von Rom deutete die SZ primär als Erfolg der Bundesregierung, die sich nicht nur bei der Politischen Union, sondern auch bei den Bedingungen der Währungsunion durchgesetzt habe.[884] Ein Kommentar sah die Beschlüsse als Zeichen dafür, „wie die EG Schritt für Schritt, zuweilen fast unmerklich, nationale Widerstände überwindet" – auch wenn für die meisten Regierungen

881 SZ 26.10.1990:4.
882 Ebd.; ähnlich SZ 26.10.1990:10a, wo von einer geforderten „Gegenleistung" Frankreichs die Rede war.
883 SZ 26.10.1990:4, ähnlich SZ 14.11.1990:4b.
884 SZ 29.10.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„[n]icht die Fülle sachlicher Argumente“ ausschlaggebend gewesen sei, sondern „das Gefühl, in die Zweitklassigkeit hinabzurutschen, wenn sie nicht mitmachen“.[885]

Etwas zurückhaltender blieb hingegen die FAZ. Für diese bestand weiterhin ein Gegensatz zwischen den unterschiedlichen Verhandlungsbereichen: Während „die Wirtschafts- und Währungsunion in den Augen der Mehrheit schon weit vorbereitet“ sei, seien „die Regierungschefs auch in Rom über erste, noch ungesicherte Überlegungen zur Politischen Union nicht hinausgelangt“.[886] Dennoch konstatierte ein Kommentar, die Vorbereitungen zur Vertragsreform liefen „auf Hochtouren“ und gäben „zu Hoffnungen Anlaß“.[887] Wie so häufig thematisierte die FAZ dabei erneut die hohe Geschwindigkeit der Verhandlungen: Angesichts der weitreichenden Beschlüsse seit dem Gipfel von Hannover 1988 sei es „begreiflich“, dass „manchem bei diesem Tempo schwindlig“ werde. Dank der starken Rolle der Bundesregierung bestehe jedoch „kein Anlaß zu Furcht“. Mit dem Föderalismus hätten schließlich

> die Deutschen den Europäern ein bewährtes Modell anzubieten. […] Wenn es gelingen sollte, möglichst viele föderalistische Elemente in den Bauplan [der Europäischen Union] einzubringen, müßte niemandem bange sein […].[888]

Neben der deutschen Bundesregierung fand nach dem Gipfel von Rom vor allem Margaret Thatcher als Hauptgegnerin der Reform viel Aufmerksamkeit. Die SZ hob besonders die Außenseiterrolle der britischen Premierministerin hervor, deren Regierung in der Frage der Währungsunion als Einzige bei einer „grundsätzlichen Opposition“ geblieben sei.[889] Die FAZ hingegen betonte, dass Thatcher in einzelnen Fragen durchaus Kom-

885 SZ 29.10.1990:4.

886 FAZ 29.10.1990:1–2. Zudem berichtete die FAZ in den Folgetagen prominent darüber, dass der deutsche Bundesbank-Präsident Pöhl das Abschlusskommuniqué des Gipfels scharf kritisiert habe, da es „keine Basis für eine so weitreichende Entscheidung, wie die Einführung einer Währungsunion in Europa“ biete (FAZ 02.11.1990:4, ähnlich FAZ 01.11.1990:1a).

887 FAZ 05.11.1990:1.

888 Ebd. Wenig später mahnte die Zeitung in einem Artikel über die EG-Assoziierung osteuropäischer Staaten allerdings wieder vor „einer Gemeinschaft, die sich zuviel [sic] auflädt“ und „nichts überstürzen“ solle: „Ohne geduldiges Warten und ohne die Dinge reifen zu lassen, ist Politik nicht möglich. In Brüssel scheint diese Kunst noch weniger bekannt zu sein als anderswo.“ (FAZ 24.11.1990:12).

889 SZ 29.10.1990:1, ähnlich SZ 30.10.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

promissbereitschaft gezeigt habe.[890] Letztlich, so sagte die Zeitung voraus, werde auch sie dem „Rad der Geschichte" nicht widerstehen und womöglich bereits beim nächsten Gipfeltreffen ihren „englischen Eigensinn" aufgeben.[891] So oder so ließen die deutschen Medien wenig Zweifel daran, dass Thatcher als Verliererin aus Rom zurückgekehrt sei: Wie die FAZ feststellte, hatte der Gipfel unter den Mitgliedern der Conservative Party den Eindruck hinterlassen, „daß Europa nicht mehr mit Frau Thatchers Wiederwahl im Jahre 1992 rechne und darum ohne sie seine Pläne anstelle".[892] Wie schon zuvor, spielten die konkreten britischen Argumente jedoch auch diesmal kaum eine Rolle: Obwohl die deutschen Zeitungen Thatchers Position nach dem Gipfel mehrere Artikel widmeten, wurde der Major-Plan als wichtigster britischer Vorschlag nicht näher erläutert.[893]

Ab Anfang November verfolgten SZ und FAZ schließlich aufmerksam die Regierungskrise mit, die vom Rücktritt Geoffrey Howes über die Abdankung Thatchers bis zur Wahl John Majors zum neuen Premierminister führte. Vor allem anfangs verwiesen die Zeitungen dabei immer wieder darauf, dass das wichtigste Streitthema innerhalb der Conservative Party die Europapolitik sei.[894] Allerdings behandelten sie dabei meist nur allgemein die britische Isolation in Europa, nicht spezifisch die Vertragsreform. Zudem verschob sich der Fokus der Darstellung schon recht bald von den inhaltlichen Differenzen zwischen Thatcher und ihren innerparteilichen Gegnern auf die generelle „Vertrauenskrise" der britischen Konservativen.[895]

Und auch in der umfangreichen Berichterstattung über Thatchers Abgang und Majors Amtsantritt spielte die Europapolitik nur eine geringe Rolle. Ein langer FAZ-Artikel, der Thatchers Regierungszeit rekapitulierte, ging auf die europäische Integration nur ganz am Rande ein;[896] ein SZ-Kommentar hob sogar explizit hervor, die britische Premierministerin sei „nicht über die Europapolitik gefallen".[897] Zugleich sahen die deutschen

890 FAZ 29.10.1990:1–2, FAZ 05.11.1990:1.
891 FAZ 29.10.1990:4, ähnlich FAZ 01.11.1990:1b, FAZ 05.11.1990:1.
892 FAZ 30.10.1990:3, ähnlich FAZ 01.11.1990:1b.
893 Z. B. FAZ 27.10.1990:1a, FAZ 29.10.1990:17, SZ 08.11.1990:8a.
894 Vgl. SZ 02.11.1990:2b, SZ 03.11.1990:1, SZ 03.11.1990:4, SZ 14.11.1990:6, FAZ 02.11.1990:1, FAZ 03.11.1990:1, FAZ 03.11.1990:3, FAZ 14.11.1990:7.
895 SZ 05.11.1990:7, vgl. auch SZ 08.11.1990:8b, SZ 15.11.1990:2, SZ 15.11.1990:5, SZ 20.11.1990:10, SZ 22.11.1990:2, FAZ 15.11.1990:3.
896 FAZ 23.11.1990:3.
897 SZ 23.11.1990:4, vgl. auch SZ 23.11.1990:1, SZ 23.11.1990:3, SZ 24.11.1990:7, SZ 28.11.1990:1, SZ 28.11.1990:4, FAZ 23.11.1990:16.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zeitungen ihren Rücktritt jedoch als Chance für einen „Kurswechsel in der britischen Politik", der einer verstärkten europäischen Integration zugute kommen könne.[898] Lediglich ein einzelner FAZ-Kommentar konstatierte unter den übrigen EG-Regierungschefs neben Erleichterung auch ein gewisses Bedauern über Thatchers Abgang, deren „gesunder Menschenverstand […] die Europapolitik oft in die richtigen Bahnen gelenkt" habe.[899]

„Vision oder Illusion?": Skepsis gegenüber den europäischen Parteien

Im November 1990 widmeten die deutschen Zeitungen schließlich auch parlamentarischen Akteuren und den europäischen Parteien erstmals etwas größere Aufmerksamkeit in ihrer Berichterstattung über die Pläne zur Vertragsreform – wenn auch in ungleich geringerem Umfang als den nationalen Regierungen. So erschienen in der FAZ einige Artikel über die Kritik des Europäischen Parlaments, dem die Beschlüsse des Gipfels von Rom nicht weit genug gingen.[900] Auch über die „Assisen", bei denen sich Europaabgeordnete mit Mitgliedern der nationalen Parlamente trafen, fanden sich einige Berichte, allerdings meist nur auf den hinteren Seiten des Politikteils.[901] Zudem war darin wiederholt von der „deutschen Delegation" bzw. der „Delegation aus dem Bundestag" die Rede – was suggerierte, dass die Teilnehmer der Assisen vor allem als Vertreter ihres jeweiligen Nationalstaats, nicht der europaweiten Parteien aufgetreten seien.[902] Immerhin konstatierte die SZ, dass das Treffen im Ganzen erfolgreich verlaufen und nicht wie befürchtet „an den Eifersüchteleien zwischen nationalen Parlamenten und dem EG-Parlament" gescheitert sei.[903]

Auch die Kongresse der europäischen Parteien, die im zeitlichen Umfeld der Assisen stattfanden, gaben den Zeitungen Anlass zu einzelnen Berichten. Der Tenor dieser Artikel unterschied sich allerdings kaum: So zählte die FAZ in einem Text über den EVP-Kongress die recht weitgehenden Forderungen der Christdemokraten für die Politische Union auf und zi-

898 SZ 23.11.1990:10, ähnlich SZ 29.11.1990:1, SZ 29.11.1990:3, FAZ 29.11.1990:3a, zurückhaltender FAZ 30.11.1990:16.
899 FAZ 29.11.1990:3a.
900 FAZ 08.11.1990:8, FAZ 23.11.1990:9.
901 SZ 28.11.1990:10, SZ 30.11.1990:9, SZ 01.12.1990:6.
902 SZ 30.11.1990:9, SZ 01.12.1990:6. Auch die FAZ unterstrich in ihrem Bericht über die Assisen vor allem nationale Gegensätze zwischen Deutschland und Italien (FAZ 29.11.1990:3b).
903 SZ 01.12.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tierte den EVP-Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, dass das Ziel der Partei „der föderative Bundesstaat" sei.[904] Über den Kongress des ELDR veröffentlichten beide Zeitungen jeweils nur eine kurze Agenturmeldung, der zufolge die Liberalen „die Umwandlung der EG in eine Union mit bundesstaatlicher Verfassung" anstrebten.[905] Und auch von den Sozialdemokraten gab die FAZ nur eine Reihe institutioneller, währungs- und außenpolitischer Forderungen wieder, ohne diese im Einzelnen einzuordnen.[906] Die Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Parteien spielten mithin fast überhaupt keine Rolle. Lediglich der SZ-Artikel über das BSPEG-Treffen erwähnte in einem Satz die „Besorgnis [der Sozialdemokraten] über die spürbare Zunahme konservativer Kräfte in Europa", ohne dies weiter zu vertiefen.[907]

Auch wie relevant diese supranationalen Parteitagsbeschlüsse tatsächlich waren, wurde in den deutschen Medien nur selten thematisiert – und wenn, dann mit offener Skepsis. So erklärte ein FAZ-Kommentar nach dem EVP-Kongress unter der Schlagzeile „Vision oder Illusion?", dass sich die Fraktionen im Europäischen Parlament zwar in vielen Fragen der Vertragsreform einig seien. Ob sie sich damit durchsetzen würden, sei jedoch zweifelhaft, denn „ungeachtet anderslautender öffentlicher Bekundungen" würden sich die nationalen Regierungen und Parlamente, die im Zuge der Vertragsreform Kompetenzen abgeben sollten, „dem föderalistischen Eifer […] nur zögernd anschließen".[908] Und auch der FAZ-Bericht über die Assisen verwies auf Stellungnahmen der Parlamentarier, die „auf Widersprüche oder Ignoranz schließen ließen", und stellte in Frage, ob den Reformbefürwortern in der EVP „die Gegensätze zwischen den Plänen und der Wirklichkeit immer bewußt sind".[909]

Diese Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Vorschläge können letztlich auch als Ursache dafür gelten, dass die europäischen Parteien in der übrigen Berichterstattung der deutschen Medien so gut wie niemals erwähnt wurden. Die föderalistischen Ambitionen der Europaabgeordneten fanden

904 FAZ 16.11.1990:6.
905 So SZ 24.11.1990:2 und nahezu wortgleich FAZ 24.11.1990:6.
906 FAZ 12.12.1990:6. Die SZ wiederum hob vor allem die migrationspolitischen Positionen des BSPEG hervor. Zudem nutzte sie den Umstand, dass das Treffen in Madrid stattfand, als Überleitung zu einer Darstellung der spanischen Ausländerpolitik, die letztlich mehr als die Hälfte des Berichts einnahm (SZ 12.12.1990:7).
907 Ebd.
908 FAZ 20.11.1990:7.
909 FAZ 29.11.1990:3b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich in der öffentlichen Debatte also durchaus wieder, wurden jedoch nicht als ein wichtiger Indikator für die weitere Entwicklung der europäischen Integration angesehen. Auch die FAZ, die sonst regelmäßig den deutschen Föderalismus als Modell für die Politische Union empfahl, stand Forderungen nach einem europäischen Bundesstaat skeptisch gegenüber, wenn diese von Seiten der europäischen Parteien erhoben wurden. Die eigentlich relevanten Entscheidungen fielen für die deutschen Zeitungen eindeutig im Europäischen Rat – und deshalb waren es auch die nationalen Regierungen, speziell die deutsche Bundesregierung, deren Positionen in der Berichterstattung den größten Raum einnahmen. Die Forderungen der Parteien hingegen gewannen für die deutschen Zeitungen erst dann tatsächliche Bedeutung, wenn auch die Staats- und Regierungschefs sie übernahmen: So erklärte etwa ein SZ-Bericht erst nach dem zweiten Gipfel von Rom im Dezember 1990, dass der Europäische Rat nun „die jüngsten Forderungen des Europäischen Parlaments zur Stärkung der demokratischen Legitimität berücksichtigt sehen" wolle.[910]

„Anderen Vorstellungen überlegen": Forderung nach Durchsetzung deutscher Positionen zur Politischen Union

Das höhere Interesse, auf das die geplante Vertragsreform in den deutschen Medien ab Oktober 1990 stieß, setzte sich auch beim nächsten Gipfeltreffen zwei Monate später weiter fort. Auch wenn die Schlagzeilen eher auf aktuelle außenpolitische Beschlüsse, speziell die EG-Finanzhilfen für die Sowjetunion verwiesen,[911] gaben sich beide Zeitungen inzwischen recht sicher, dass die in Rom eröffneten Regierungskonferenzen zu einem Ergebnis führen würden. Allerdings gingen die Journalisten offenbar davon aus, bei ihrem Publikum anderthalb Jahre nach der Vorstellung des Delorsplans nahezu kein Vorwissen über die Vertragsreform voraussetzen zu können. Dies wurde besonders in einigen Artikeln deutlich, in denen noch einmal sehr grundsätzliche Aspekte der Verhandlungen erläutert

910 SZ 17.12.1990:1.

911 „EG zögert mit Hilfe für die Sowjetunion" (FAZ 05.12.1990:6), „Die Europäische Gemeinschaft greift Gorbatschow mit einer Milliardenhilfe unter die Arme" (FAZ 15.12.1990:1–2, „Europäische Gemeinschaft einigt sich auf Nahrungsmittelhilfe für die Sowjetunion" (SZ 15.12.1990:1). Allgemein stand der zweite Gipfel von Rom in den deutschen Medien etwas im Schatten anderer politischer Großthemen, speziell der Bundestagswahl am 2. Dezember, der Golfkrise sowie der Debatte über einen neuen Unionsvertrag der UdSSR.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wurden. So rekapitulierte etwa ein Leitkommentar in der SZ in sehr allgemeiner Form die Hintergründe, die den Europäischen Rat überhaupt zu den beiden Regierungskonferenzen motiviert hatten.[912] Zahlreiche Berichte wiesen zudem Ungenauigkeiten auf, die vermuten lassen, dass auch in den Redaktionen einige Unsicherheiten über den genauen Inhalt und Verlauf der Gespräche bestanden.[913]

Die grundsätzliche Bewertung der Verhandlungen änderte sich indessen nicht. Vor allem die FAZ verteidigte weiterhin den deutschen Föderalismus als besten Orientierungsrahmen für die EG-Reform und druckte etwa einen Vortrag des Politikwissenschaftlers Peter Graf Kielmansegg ab, dem zufolge die meisten EG-Staaten zentralistisch aufgebaut seien und deshalb Schwierigkeiten hätten, „sich eine funktionierende föderalistische Ordnung auch nur vorzustellen". Dagegen hätten die „Deutschen […] in dieser Sache einen Erfahrungsvorsprung und deshalb auch eine besondere Verantwortung".[914] Aber auch in der SZ erschien beispielsweise eine Kurzmeldung über eine europapolitische Erklärung, in der sich das Zentralkomitee der deutschen Katholiken für den „Föderalismus als das beste Ordnungsprinzip für ein geeintes Europa" aussprach.[915] Allerdings betonten beide Zeitungen auch, dass es sich bei der Politischen Union um ein „Pro-

912 SZ 17.12.1990:4.

913 Recht häufig waren zum Beispiel Namensverwechslungen: Der Europäische Rat wurde in der SZ mehrfach als „Rat" oder „Rat der EG" (SZ 08.12.1990:1, SZ 17.12.1990:1), einmal sogar als „Europarat" bezeichnet (SZ 10.12.1990:9). Daneben fanden sich aber auch inhaltliche Ungenauigkeiten. So trug ein FAZ-Aufmacher über einen Textentwurf der Kommission für den neuen Vertrag die Überschrift „Vorstoß der Europäischen Kommission: Delors für Revision der Römischen Verträge" – obwohl der Kommissionspräsident sich bereits seit April 1989 durchgängig für eine Vertragsreform ausgesprochen hatte (FAZ 14.12.1990:1–2). Ähnliche Fehler setzten sich auch in den folgenden Monaten fort. Noch kurz vor dem Gipfel von Maastricht erwartete die FAZ, dass dort nicht nur ein, sondern zwei neue Verträge unterzeichnet würden, nämlich je einer zur Währungs- und zur Politischen Union (FAZ 02.12.1991:1–2). In einem anderen Artikel hieß es, die Visumspolitik werde künftig in „Artikel 100 c des Vertrages über die Politische Union" geregelt; gemeint war der geänderte EG-Vertrag (FAZ 12.12.1991:2d). An wieder anderer Stelle erklärte die FAZ, der Vertrag bestehe aus „einer Präambel und drei ‚Säulen'", wobei die Präambel „mit ‚Allgemeine Bestimmungen' überschrieben[…]" sei – offenbar eine Verwechslung zwischen der eigentlichen Präambel und dem (in der amtlichen Fassung als „Gemeinsame Bestimmungen" bezeichneten) Titel I des EU-Vertrags (FAZ 12.12.1991:3c).

914 FAZ 07.12.1990:13.

915 SZ 16.11.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

jekt ohne Vorbild“ handle,[916] für das kein „geschlossenes Gesamtkonzept“ existiere.[917]

Als Hauptgegner galt weiterhin die britische Regierung, wobei erwartet wurde, dass sich der neue Premierminister Major auf dem Gipfel nachgiebiger als seine Vorgängerin zeigen würde, um nicht isoliert zu erscheinen.[918] Vor allem die FAZ hob außerdem mehrfach hervor, dass Major persönlich „pragmatischer“ und „konstruktiver“ sei als Thatcher.[919] Neu war, dass nun – nach dem Aufstieg seines Namensgebers zum Premierminister – auch der Major-Plan in einzelnen Artikeln thematisiert wurde. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit seinen Vor- und Nachteilen blieb jedoch weiterhin aus: So hieß es in der FAZ nur, dass der Plan kaum Erfolgschancen habe und die britische Regierung ihn wegen des Widerstands der Labour Party wohl auch aus wahltaktischen Gründen nicht weiterverfolgen werde.[920] Die SZ wiederum beschrieb den Plan lediglich als eine Übergangslösung zur vollständigen Währungsunion, nicht aber als grundsätzliche Alternative dazu, und betonte, Großbritannien lehne eine „EG-Einheitswährung nicht mehr strikt ab“.[921]

Als treibende Kraft der Reform erschien in den deutschen Medien weiterhin die Bundesregierung. So erklärte ein FAZ-Leitkommentar nach der Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 den Erfolg der CDU/CSU auch mit den europapolitischen Leistungen Kohls:

> Die Union ist vor einem Jahr dem Ruf der Geschichte gefolgt und hat die SPD weit hinter sich gelassen. Sie hat seither der großen Politik in Europa die Inspiration gegeben, ihre Richtung und ihr Tempo bestimmt. […] Die europäische Einigung empfängt ihre motorische Energie vor allem aus Bonn. Das alles kann sich die Union als die führende Kraft im Staat zugute halten.[922]

Nach der Wahl fand besonders das gemeinsame Schreiben, mit dem Kohl und Mitterrand am 6. Dezember 1990 den Europäischen Rat als Hauptorgan der gemeinsamen Außenpolitik vorschlugen, große Aufmerksamkeit

916 So fast wortgleich die Überschrift für einen Kommentar in der SZ (SZ 14.12.1990:4) und für die Analyse Kielmanseggs in der FAZ (FAZ 07.12.1990:13).
917 FAZ 05.12.1990:6, sinngemäß auch FAZ 08.12.1990:1.
918 SZ 14.12.1990:2, SZ 15.12.1990:1, FAZ 15.12.1990:1–2.
919 Z. B. FAZ 13.12.1990:5f, FAZ 13.12.1990:16, FAZ 17.12.1990:2b.
920 FAZ 29.11.1990:3a, FAZ 06.12.1990:8, FAZ 13.12.1990:16.
921 SZ 17.12.1990:21.
922 FAZ 03.12.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und wurde als entscheidende Weichenstellung für den Gipfel betrachtet.[923] Selbst in einem Artikel, der vordergründig den Kommissionsentwurf vom 13. Dezember zum Thema hatte, befasste sich die FAZ weit ausführlicher mit dem deutsch-französischen Vorschlag, von dem sie „deutliche Impulse" für die „seit Monaten nur schleppend vorangekommene Diskussion" erwartete.[924]

Gleichzeitig setzten die deutschen Zeitungen allerdings auch die bereits im Oktober erkennbare Tendenz fort, die unterschiedlichen Interessen zwischen Deutschland und Frankreich hervorzuheben. Im Zusammenhang mit der Politischen Union ging es dabei unter anderem um die Frage, ob sich die europäische Sicherheitspolitik eher auf die NATO (so Deutschland) oder auf die WEU (so Frankreich) stützen solle. Als wichtigster Konfliktpunkt allerdings galt das Gleichgewicht zwischen den europäischen Institutionen: Während Deutschland vor allem das Europäische Parlament stärken wolle, setze Frankreich auf den Europäischen Rat.[925]

Sowohl SZ als auch FAZ befürworteten dabei klar die ‚deutsche' Position und kritisierten, dass diese in dem gemeinsamen Schreiben nicht hinreichend zum Tragen komme. Zudem brachten beide Zeitungen die Uneinigkeiten über die institutionelle Reform nun noch deutlicher als zuvor in Zusammenhang mit der in Deutschland unbeliebten Währungsunion. So erinnerte die SZ ausdrücklich an das 1989 von Kohl formulierte Junktim, dem zufolge die Währungsunion nur bei einer gleichzeitigen Stärkung des Europäischen Parlaments akzeptabel sei.[926] Die FAZ wiederum zitierte den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger, der den Zusammenhang zwischen Währungs- und Politischer Union fast bis zur Beliebigkeit weitertrieb: Die „Preisgabe der Souveränität über die Währung", so Dregger, lasse sich „nur dann verantworten", wenn es zugleich zu einer „Europäischen Sicherheitsunion" mit einem wechselseitigen militärischen Beistandspakt komme.[927]

Die Unterstützung der übrigen EG-Mitglieder für die deutsche Einheit wurde hingegen wie schon im Oktober überhaupt nicht mehr als Bestandteil der Verhandlungen erwähnt. Stattdessen erklärte die SZ nun, dass

923 SZ 08.12.1990:1, SZ 14.12.1990:2, SZ 14.12.1990:4, FAZ 10.12.1990:3.
924 FAZ 14.12.1990:1–2.
925 Z. B. SZ 14.12.1990:4, SZ 14.12.1990:2, FAZ 13.12.1990:5a.
926 SZ 14.12.1990:2, SZ 17.12.1990:4.
927 FAZ 14.12.1990:2a. Dabei ging die FAZ nicht darauf ein, dass Dreggers Forderung nach einer rein europäischen „Sicherheitsunion" eigentlich eher der französischen Position einer Aufwertung der WEU als der deutschen NATO-Strategie entsprach.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Deutschland „mit dem Verzicht auf eine eigene Stabilitätspolitik und Währung“ bislang „das größte Opfer“ von allen Mitgliedstaaten gebracht habe.[928] Ganz ähnlich argumentierte auch die FAZ, die den Topos eines Opfers der nationalen Währung zudem mit einem harschen Angriff auf die französische Regierung verband:

> Kohl opfert die D-Mark und erhält von Frankreich nur politisches Kleingeld. […] Man hat den Eindruck, die „Grande Nation“ sichere sich rechtzeitig ihre Machtposition vor der Jahrtausendwende und versuche, die Deutschen klein zu halten. Ist das Währungspolitik unter Freunden?[929]

Während sich die beiden deutschen Zeitungen in ihrer Kritik an Mitterrand und dem „eigenwilligen Präsidialstaat Frankreich“[930] also weitgehend einig waren, zeigten sie bei der Bewertung Helmut Kohls gewisse Unterschiede. In dem gemeinsamen Schreiben vom 6. Dezember hatte sich Kohl ja ebenfalls für eine Stärkung des Europäischen Rats ausgesprochen und war damit in einer wichtigen Frage der institutionellen Reform auf die französische Position eingeschwenkt. Die SZ formulierte dazu, dass Deutschland und Frankreich in dem Memorandum „einen gemeinsamen Nenner für ihre unterschiedlichen Vorstellungen gefunden“ hätten, und betonte damit die Mitverantwortung Kohls für den Kompromiss.[931] Zudem berichtete die Zeitung in mehreren Artikeln über die Kritik, die die niederländische Regierung an der deutsch-französischen Position übte. Ein Kommentar hob hervor, die kleineren Mitgliedstaaten, die „gehofft hatten, Deutschland werde sich zum Vorreiter der Demokratie […] machen“, fühlten sich nun „von Bundeskanzler Kohl verraten“.[932]

Die FAZ hingegen schrieb durchgehend positiv über die Bundesregierung, die der „Motor der europäischen Integration“ sei[933] und „mit Maß ihr neues Gewicht in die Waagschale“ werfe.[934] Auch wenn Kohl einen

928 SZ 14.12.1990:2.
929 FAZ 14.12.1990:17.
930 SZ 17.12.1990:4.
931 Im Einzelnen zog die SZ eine Verbindung zu der anderen wichtigen deutsch-französischen Uneinigkeit im Kontext der Politischen Union, nämlich der Rolle von WEU und NATO: In dem gemeinsamen Vorschlag habe Deutschland die Vorrangstellung der NATO in der künftigen europäischen Sicherheitsarchitektur, Frankreich hingegen die Aufwertung des Europäischen Rates durchgesetzt (SZ 14.12.1990:2, ähnlich SZ 14.12.1990:4).
932 SZ 14.12.1990:4, vgl. auch SZ 10.12.1990:9, SZ 14.12.1990:8, SZ 17.12.1990:4.
933 FAZ 13.12.1990:5g.
934 FAZ 15.12.1990:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Kompromiß mit Frankreichs Wunsch nach Stärkung der Exekutive" habe in Kauf nehmen müssen,[935] stellte die Zeitung nicht in Frage, dass er sich eigentlich weiterhin für eine Aufwertung des Parlaments einsetze. In einer Überblicksdarstellung über die nationalen Positionen in den Verhandlungen bezeichnete die FAZ dieses Ziel als „zentrale Forderung" Deutschlands;[936] an anderer Stelle zitierte sie Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen, dem zufolge die Regierung bis zur Europawahl 1994 einen „qualitativen Sprung bei den Befugnissen des gemeinsamen Parlamentes" erreichen wolle und die gemeinsamen deutsch-französischen Vorschläge „nur einen ‚Einstieg' einleiten könnten".[937] Und obwohl die niederländische Regierung unter Ruud Lubbers auch in der FAZ als wichtiger Unterstützer des Europäischen Parlaments galt,[938] wurde ihre Kritik an Kohl und Mitterrand hier zunächst nur sehr knapp thematisiert[939] und schließlich in ein klar negatives Licht gestellt: Lubbers' „‚Aufstand' gegen die großen Zwei", über den „in Rom viel gerätselt worden" sei, werfe die Frage auf, ob der niederländische Ministerpräsident „jetzt die Rolle, die bisher Frau Thatcher spielte", übernehmen wolle.[940] Dass die Regierung eines anderen Mitgliedstaates in Sachen europäischer Demokratie tatsächlich weitergehende Forderungen vertreten könnte als die deutsche Bundesregierung, wurde im Diskurs der FAZ nicht in Betracht gezogen. Stattdessen dominierte wieder einmal ein an diplomatischen Kräfteverhältnissen orientiertes Deutungsmuster, das die Positionen der übrigen Regierungen vor allem nach dem Grad ihrer Zustimmung oder Gegnerschaft zur Linie der eigenen Regierung bewertete.

Trotz dieser Verstimmungen im Vorfeld war die Berichterstattung nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 sehr positiv geprägt. In beiden Zeitungen fanden sich mehrere Zitate, in denen Kohl und andere Mitglieder des Europäischen Rates die Ergebnisse lobten. So erklärte die SZ, die Einberufung der Regierungskonferenzen sei ein „neuer, von manchen als ‚historisch' bezeichneter Abschnitt in der europäischen Einigung", den Kohl als „‚bahnbrechend'" und der italienische Ministerpräsident Giulio

935 FAZ 13.12.1990:5a, ähnlich auch FAZ 10.12.1990:3. Außer der französischen galt die britische Regierung als Hauptgegner einer Stärkung des Parlaments (z. B. FAZ 05.12.1990:6).
936 FAZ 13.12.1990:5a.
937 FAZ 13.12.1990:4.
938 FAZ 13.12.1990:5c.
939 FAZ 14.12.1990:1–2.
940 FAZ 17.12.1990:12b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Andreotti als „Ende des ‚Europessimismus'" ansehe.[941] Die FAZ sah das Treffen als einen Erfolg, der vor allem der Einbindung Majors durch die italienische und deutsche Regierung zu verdanken sei,[942] und zitierte Kohl und Delors, die von einem „historischen Augenblick" bzw. einem „‚Treffen mit der Geschichte'" sprachen.[943] Lediglich ein FAZ-Leitkommentar trübte die allgemein positive Darstellung und kritisierte noch einmal, dass die jüngsten Vorschläge „Züge der französischen Präsidialdemokratie" trügen. Während der nun folgenden Regierungskonferenzen, so forderte er deshalb zum wiederholten Male,

> sollten sich die Deutschen nicht ängstlich hinter den französischen Freunden verstecken. Denn sie haben mit ihrem Föderalismus ein Modell anzubieten, das anderen Vorstellungen überlegen ist.[944]

Insgesamt lässt sich also für die zweite Phase der Verhandlungen, in der zwischen Ende 1989 und Ende 1990 die politischen Vorentscheidungen für den Vertrag von Maastricht fielen, eine klare Veränderung in der deutschen Debatte feststellen. Bis zur Jahresmitte blieben die europäischen Reformpläne in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich hinter den Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung zurück: Dass die Bundesregierung sich für eine Vertragsänderung einsetzte, erschien lediglich als ein europapolitisches Mittel zu einem deutschlandpolitischen Zweck. Nach der Verwirklichung der nationalen Einheit spielten derartige Argumentationsformen hingegen keinerlei Rolle mehr; die Vertragsreform galt nunmehr als ein Zweck an sich. Dennoch dominierte weiterhin ein zwischenstaatliches Deutungsmuster der Verhandlungen, die vor allem als ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen nationalen Interessen der Mitgliedstaaten, vor allem Deutschlands und Frankreichs, verstanden wurden. Sowohl SZ als auch FAZ unterstützten dabei die als ‚deutsch' verstandene Position und forderten, dass sich die übrigen Staaten stärker auf Deutschland zube-

941 SZ 17.12.1990:1.

942 FAZ 17.12.1990:2b.

943 FAZ 17.12.1990:1–2. Delors' kurz nach dem Gipfel ausgesprochene Warnung vor einer politischen Krise, falls Großbritannien weiter auf dem Hard-ECU-Plan bestehen sollte, wurde in den deutschen Zeitungen hingegen nicht wiedergegeben.

944 FAZ 17.12.1990:1. Zudem griff der Leitartikel auch auf den alten Topos zurück, dass die Vertragsreform nicht überstürzt erfolgen dürfe: „Hastig kann dies alles nicht ins Werk gesetzt werden. Zwanzig Jahre werde es dauern, bis das neue Europa laufen lerne, meinte Kommissionspräsident Delors. Wenn es etwas länger dauern sollte, wäre das auch nicht schlimm."

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wegen sollten. Unterschiede zeigten sich nur insofern, als die regierungsfreundliche FAZ durchgängig die Verhandlungsstrategie der Bundesregierung unterstützte, während die SZ stärker die mit Frankreich eingegangenen Kompromisse kritisierte. Supranationale Akteure wie die europäischen Parteien wurden hingegen deutlich seltener thematisiert und in ihren Zielvorstellungen weniger ernst genommen. Auch die Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments im Rahmen einer föderalistischen EU wurde von beiden deutschen Zeitungen zwar nachdrücklich befürwortet. Sie war jedoch nicht etwa mit einer Debatte über die mögliche Ausgestaltung einer gesamteuropäischen Demokratie verbunden, sondern erschien stets nur als ‚deutsche' Position, die es gegenüber der französischen Regierung durchzusetzen gelte.

4.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Völlig gegensätzlich"? Großer nationaler Konsens in der Europapolitik

Die große Zustimmung, auf die die Verhandlungspositionen der Bundesregierung in den deutschen Medien stießen, führte dazu, dass auch in der zweiten Phase der Verhandlungen Kontroversen über die nationale Europapolitik in Deutschland fast vollständig ausblieben. Generell spielten in der Berichterstattung zur Europapolitik andere nationale Akteure als die Regierung nur eine sehr geringe Rolle. So ging die *Süddeutsche Zeitung* nach der Vorstellung des Delorsplans im April 1989 zunächst überhaupt nicht auf die Reaktionen im Inland ein, während die FAZ lediglich die wohlwollende Haltung der Regierung wiedergab.[945] Nach dem Gipfel von Madrid im Juni 1989 berichtete die FAZ dann über Reaktionen sowohl aus den Regierungsparteien als auch aus der SPD, allerdings ohne dass dabei klare Gegensätze deutlich wurden.[946] Vor dem Gipfel von Straßburg im Dezember fand sich in der Zeitung dann erstmals ein kurzer Artikel mit Kritik von Seiten der SPD, die eine sofortige Einberufung der Regierungskonferenz zur Währungsunion verlangte und Kohl vorwarf, mit sei-

945 FAZ 18.04.1989:13. Am Folgetag erschienen noch zwei weitere, recht kurze Artikel über die eher skeptischen Reaktionen des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo und des Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl (FAZ 19.04.1989:17a, FAZ 19.04.1989:17b).

946 FAZ 29.06.1989:1b. Die SPD-Vertreterin Wieczorek-Zeul wurde zudem gar nicht mit einer Äußerung zur Währungsunion zitiert, sondern nur zu der ebenfalls auf dem Gipfel verhandelten EG-Sozialcharta.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ner Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments lediglich die Verhandlungen zu verschleppen.[947] Nach dem Gipfel wurden jedoch erneut nur die Reaktionen aus der Regierungskoalition thematisiert.[948] Die SZ schließlich erwähnte lediglich knapp am Ende eines längeren Artikels, dass Regierungsparteien und SPD auf die deutschlandpolitischen Beschlüsse in Straßburg einhellig positiv reagiert hätten.[949]

Erst im April 1990 konstatierte die SZ gewisse Differenzen zwischen Regierung und Opposition bei der Bewertung des ersten Gipfels von Dublin: Während die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihn als „Meilenstein auf dem Weg zur staatlichen Einheit Deutschlands und zur politischen Union Europas" sehe, sei die SPD enttäuscht darüber, dass nicht sofort eine Regierungskonferenz zur Politischen Union einberufen worden war. Bemerkenswerterweise bezeichnete die SZ diese Positionen als „völlig gegensätzlich" – was ein Indikator dafür sein kann, wie viel europapolitischen Konsens unter den nationalen politischen Akteuren die Zeitung üblicherweise erwartete.[950]

In den folgenden Monaten war die deutsche Opposition in der Debatte über die Vertragsreform wiederum fast vollständig abwesend. Auch im Bundestagswahlkampf spielten Kontroversen über die Europapolitik keine Rolle.[951] Nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 erklärte die SZ lediglich in einer Agenturmeldung, dass die SPD die Eröffnung der Regierungskonferenzen begrüßt, andere Beschlüsse des Gipfels jedoch als unzu-

947 FAZ 08.12.1989:5b.

948 FAZ 12.12.1989:5.

949 SZ 11.12.1989:1. Außerdem erschien in der SZ einige Tage nach dem Gipfel ein Interview mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, in dem dieser Margaret Thatcher für ihre Vorbehalte gegenüber der Währungsunion kritisierte (SZ 14.12.1989:14).

950 SZ 30.04.1990:1. Auch diese Feststellung erschien jedoch lediglich in einem Absatz am Ende eines längeren Artikels und wurde von der Zeitung nicht weiter vertieft.

951 Der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine begründete seine Skepsis gegenüber der deutschen Wiedervereinigung zwar zuweilen durch ein Bekenntnis zu einem „Europa der Regionen" (z. B. SZ 27.11.1990:3). Die Zeitungen griffen diese Gegenüberstellung jedoch kaum auf. Ein SZ-Leitkommentar am Vorabend der Wahl tat Lafontaines Äußerung, „daß er lieber an Europa und Europäer denke als an die Deutschen und ihr Vaterland", als einen Kampf „gegen ein Gespenst von gestern" ab, da Kohl die deutsche Einheit ohne „Hurra-Patriotismus und Nationalismus" gelungen sei (SZ 01.12.1990:4). Zudem nannte SPD-Altkanzler Helmut Schmidt zwei Wochen vor der Bundestagswahl die Zustimmung der Bundesregierung zur Währungsunion sogar ausdrücklich als ein Beispiel für den „guten politischen Instinkt" Kohls (FAZ 19.11.1990:5).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

reichend kritisiert habe.[952] Europapolitische Positionen anderer deutscher Oppositionsparteien wurden hingegen weder in der FAZ noch in der SZ thematisiert.

Schärfer als SPD und Grüne profilierte sich eine andere politische Akteursgruppe: nämlich die Bundesländer, die Ende 1990 nicht nur eine Beteiligung an den EG-Regierungskonferenzen verlangten, sondern auch inhaltliche Forderungen zur Vertragsreform erhoben: etwa die Einrichtung eines ‚Regionalrats' (des späteren Ausschusses der Regionen) oder eine Umformulierung des Subsidiaritätsprinzips.[953] Der nordrhein-westfälische Staatskanzlei-Chef Wolfgang Clement, der zusammen mit drei weiteren Vertretern der Bundesländer auf dem Gipfel in Rom anwesend war, deutete dabei sogar an, „daß die Länder ohne wirkliche Mitsprache den Verhandlungsergebnissen im Bundesrat nicht zustimmen könnten", und drohte so indirekt mit einem Veto gegen die Vertragsreform.[954]

Eine größere Auseinandersetzung entstand jedoch auch hieraus nicht, da weder die Bundesregierung noch irgendein anderer Akteur den Positionen der Länder öffentlich widersprach. Insgesamt blieb die Europapolitik in Deutschland damit während der gesamten zweiten Verhandlungsphase ein unkontroverses Feld, in dem die Positionen der Bundesregierung nicht ernstlich herausgefordert wurden.

4.2 Frankreich

4.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Mitterrand convoque l'Europe": Der Gipfel von Straßburg als diplomatischer Erfolg Frankreichs

In den französischen Medien hatte schon in der Berichterstattung über den Gipfel von Madrid im Juni 1989 deutlich eine mitgliedstaatlich-außenpolitische Perspektive vorgeherrscht. Dass Frankreich in der zweiten Jahreshälfte die Präsidentschaft im Europäischen Rat übernahm, begünstigte den Fokus auf Mitterrand und die eigene nationale Regierung noch wei-

952 SZ 17.12.1990:6.
953 SZ 26.10.1990:10b, FAZ 28.11.1990:6.
954 FAZ 17.12.1990:2a. Zugleich hob Clement allerdings auch hervor, es gehe den Ländern „nicht darum, die Politische Union aufzuhalten", sondern nur „ein regionales Gegengewicht zu den europäischen Zentralinstanzen zu schaffen".

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ter. Das eigentlich dominante Thema waren Ende des Jahres jedoch die Entwicklungen in Osteuropa, die sehr schnell auch mit der Forderung nach einer EG-Vertragsreform in Verbindung gebracht wurden. So sprachen beide Zeitungen schon wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November wortgleich von der Notwendigkeit eines „nouvel ordre européen".[955] Am 12. November zitierte *Le Monde* ausführlich aus einer Stellungnahme Mitterrands, der die Umbrüche in Osteuropa mit den Verhandlungen über eine europäische Währungsunion in Zusammenhang brachte.[956] Zwei Tage später entwarf ein Gastkommentar des Historikers Joseph Rovan die Vision einer „Allemagne libre dans l'Europe unie" und forderte dafür auch von den Franzosen eine größere Integrationsbereitschaft:

> Le problème […] de l'unification des Allemands dans un seul Etat national ne se passera pas si l'union européenne est rapidement investie des pouvoirs essentiels (politique extérieure, monnaie, défense), mais les Français ne pourront pas indéfiniment refuser à la fois l'union européenne dotée d'attributs majeurs de souveraineté et la reconstitution d'un Etat national allemand souverain.[957]

Umgekehrt warnte *Le Figaro* in zahlreichen Artikeln, dass eine zunehmende Ostorientierung der Bundesregierung das deutsche Interesse an einer europäischen Währungsunion vermindern könnte.[958] Zudem erschienen hier auch einige Leserbriefe, die vor einer Vormachtstellung Deutschlands warnten oder gar durch die mögliche Wiedervereinigung den Frieden in Europa gefährdet sahen.[959] Dieser Diskurs blieb jedoch weitgehend auf die Leserbriefspalten beschränkt und wurde in anderen Kommentaren allenfalls angedeutet.[960] Als das eigentlich zentrale Thema galten in beiden Zeitungen die deutsch-französischen Beziehungen – teils in der Hoffnung, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern eine Lösung für die unsichere politische Lage in Europa bieten würde, teils aus Sorge, dass die Entwicklungen in Deutschland den Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft gefährden könnten.

---

955 LM 12.11.1989:1, LF 18.11.1989:1.
956 LM 12.11.1989:5, auch LM 12.11.1989:1.
957 LM 14.11.1989:2.
958 LF 13.11.1989:9, LF 13.11.1989:12a, LF 13.11.1989:12b, relativierend LF 14.11.1989:1a.
959 Z. B. LF 20.11.1989:2, LF 24.11.1989:2a, LF 29.11.1989:2.
960 Z. B. LF 14.11.1989:2, LF 24.11.1989:2b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch dem kurzfristig anberaumten Treffen des Europäischen Rates, das am 18. November in Paris stattfand, schenkten die französischen Medien große Aufmerksamkeit. Beide Zeitungen hoben die aktive Rolle Mitterrands hervor, der sich für eine koordinierte Reaktion der EG auf die Ereignisse in Osteuropa und der DDR einsetze. Dies wurde besonders in mehreren Schlagzeilen deutlich, die den Staatspräsidenten in prominenter Form als Akteur benannten, etwa „M. Mitterrand organise à l'Elysée un ‚dîner des Douze'" oder „RDA: Mitterrand convoque l'Europe".[961] Zugleich betonte vor allem *Le Monde* auch, dass das Treffen dazu dienen sollte, den Anfang Dezember anstehenden Gipfel von Straßburg vor einer Überladung mit aktuellen Themen zu bewahren, die das französische Ziel der Währungsunion in den Hintergrund drängen könnten.[962] Mehrere Artikel verwiesen in diesem Zusammenhang auf Margaret Thatcher, die die Entwicklungen zum Vorwand nutzen wolle, um weitergehende Integrationsprojekte im EG-Rahmen zu bremsen und stattdessen die Idee einer großen, auch den Osten Europas einschließenden Freihandelszone voranzutreiben.[963]

In dieser Debatte über Vertiefung und Erweiterung zeigten sich zum ersten Mal auch größere Divergenzen zwischen den beiden französischen Zeitungen: Während die regierungsnahe *Le Monde* Thatchers Haltung weiterhin klar ablehnte und wiederholt die Isolation Großbritanniens unterstrich,[964] stieß sie im gaullistisch-konservativen *Figaro* vereinzelt durchaus auf Zustimmung: Ein Kommentar forderte, einen „libre-échange élargi à des nouveaux horizons" als mögliche Alternative zur Vertiefung der EG wenigstens zu bedenken.[965] Ein anderer erklärte die allzu technokratische Gemeinschaft rundheraus für „morte" und sprach sich stattdessen für ein neues „Europe des cultures nationales" aus.[966]

Allerdings wurde Thatcher in diesen Kommentaren jeweils nur am Rande erwähnt; in anderen Beiträgen, die ebenfalls die Vertiefung der EG einer raschen Osterweiterung unterordnen wollten, kam sie überhaupt

961 LM 15.11.1989:1, LF 14.11.1989:1b.
962 LM 15.11.1989:4, ähnlich auch LF 18.11.1989:4b, LF 20.11.1989:3.
963 LM 14.11.1989:5, LM 21.11.1989:1, LF 18.11.1989:4a.
964 Schon Anfang November hatte die Zeitung über ein mögliches „Europe sociale à onze" berichtet (LM 01.11.1989:1); später veröffentlichte sie einen langen Artikel über eine internationale Umfrage, der zufolge die Zustimmung zur europäischen Integration in Großbritannien deutlich niedriger war als Frankreich, Spanien und Deutschland (LM 19.11.1989:6).
965 LF 20.11.1989:1.
966 LF 16.11.1989:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nicht vor.[967] In beiden Zeitungen gab es zudem eine Reihe von Beiträgen, die gar keinen Widerspruch zwischen Vertiefung und Erweiterung sahen, sondern vielmehr die Vertragsreform als Chance beschrieben, um die Gemeinschaft als den „point fixe auquel pourrait s'accrocher le futur système européen" zu etablieren.[968] Ende November veröffentlichte *Le Figaro* schließlich eine internationale Umfrage, in der sich sich eine klare Mehrheit der Franzosen dafür aussprach, zunächst eine Politische Union in der EG zu verwirklichen, ehe eine Union zwischen den west- und osteuropäischen Staaten herbeigeführt würde.[969]

Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 27. November 1989 führte noch einmal zu einer Verschärfung des Tonfalls. Beide französischen Zeitungen lehnten die vom Kanzler ins Auge genommene deutsche Einheit zwar nicht offen ab, begegneten ihr aber mit einiger Skepsis. *Le Monde* veröffentlichte beispielsweise einen Gastbeitrag von Édouard Balladur mit dem Titel „L'Europe sous la pression allemande".[970] Ein *Figaro*-Kommentar sprach gar vom „prélude à une véritable réunification de l'ancien IIIe Reich", ein anderer verwies auf „les raisons légitimes qu'ont les Français […] d'être inquiets".[971]

Die Frage, wie ein wiedervereinigtes Deutschland europäisch eingebunden werden könnte, rückte damit endgültig in den Mittelpunkt der französischen Europadebatte. Zahlreiche Kommentare präsentierten die Währungsunion als den entscheidenden Schritt.[972] Allerdings hoben die französischen Zeitungen dabei weniger die praktischen Auswirkungen einer

967 So etwa in einem Gastbeitrag von Alain Madelin, dem Vizevorsitzenden des rechtsliberalen Parti Républicain (LF 23.11.1989:2).

968 So LM 23.11.1989:2, ähnlich LF 18.11.1989:1, LF 27.11.1989:2, ohne explizite Erwähnung der Vertragsreform auch LF 17.11.1989:2.

969 LF 29.11.1989:10. In Westdeutschland fiel das Ergebnis zu derselben Frage umgekehrt, insgesamt aber knapper aus.

970 LM 01.12.1989:1.

971 LF 29.11.1989:1, LF 06.12.1989:2, ähnlich auch LF 08.12.1989:2. Auch die Ende November im *Figaro* veröffentlichte Umfrage zeigte eine gemischte Haltung der Franzosen zur deutschen Wiedervereinigung: So wurden die Thesen, dass die deutsche Wiedervereinigung die Politische Union der EG erschweren und die französische Position in Europa schwächen würde, jeweils von einer relativen Mehrheit der Befragten unterstützt. Zugleich wurde die Wiedervereinigung aber auch von einer relativen Mehrheit als Chance für den Frieden in Europa gesehen (LF 29.11.1989:10).

972 LM 18.11.1989:4, LM 07.12.1989:1, LM 08.12.1989:1, LF 20.11.1989:3. Zudem berichtete *Le Monde* prominent über eine Debatte mit Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, in der Giscard erklärte, Kohl müsse auf dem Gipfel seine Bereitschaft zur Währungsunion zeigen (LM 30.11.1989:3).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gemeinsamen Währung hervor, sondern beschrieben stattdessen die deutsche Einwilligung in die Vertragsreform als eine Art diplomatischen Loyalitätstest, der die Absichten der Bundesregierung bei der Wiedervereinigung offenlegen würde. Auch ein Kommentar im *Figaro* sprach sich nun explizit gegen eine rasche EG-Erweiterung aus und bezeichnete stattdessen die Währungsunion als besten Weg, um die „volonté commune d'inscrire la réunification de l'Allemagne dans le cadre de la Communauté européenne" zu verdeutlichen.[973]

Bezeichnenderweise wurde die Währungsunion dabei nicht nur als vorteilhaft für die Gemeinschaft insgesamt, sondern vor allem auch als ein wichtiges Projekt der französischen Regierung dargestellt. Erneut hoben mehrere Berichte die Rolle Mitterrands als Ratsvorsitzender hervor, der trotz der britischen, deutschen und teilweise auch niederländischen Vorbehalte die Einberufung der Regierungskonferenz durchsetzen wolle.[974] *Le Figaro* hatte Mitte November in einem Artikel über die deutsche Position zum Straßburger Gipfel sogar von der „Union européenne proposée par M. Mitterrand" gesprochen und dem französischen Staatspräsidenten damit implizit die Urheberschaft der Reformpläne zugeschrieben.[975] Zugleich betonten die Zeitungen jedoch auch, dass die Umsetzung der französischen Ziele von Kohls Einverständnis abhängig sei: Ohne die Unterstützung des Kanzlers, so *Le Monde*, sei deshalb nicht nur Frankreichs Beziehung zu seinem wichtigsten europäischen Partner, sondern Mitterrands Europapolitik insgesamt gefährdet.[976] Nachdem im April noch die grundsätzliche Zustimmung Kohls zum Delorsplan im Vordergrund gestanden hatte, thematisierten nun mehrere Kommentare seine wahltaktischen Bedenken gegen eine rasche Regierungskonferenz. Zugleich forderten sie, dass Kohl sich in Straßburg als „homme d'Etat" erweisen und in den von Mitterrand gewünschten Zeitplan einwilligen solle – ein ungewöhnliches Beispiel für einen medialen Appell, der sich nicht an die eigene, sondern eine ausländische Regierung richtete.[977] Dass Kohl Anfang Dezember tatsächlich in eine Eröffnung der Konferenz vor Ende 1990 einwilligte, kom-

973 LF 08.12.1989:1.
974 Besonders deutlich LM 08.12.1989:2b.
975 LF 18.11.1989:4c.
976 LM 09.12.1989:1, LM 10.12.1989:1b.
977 LM 07.12.1989:1, LM 08.12.1989:1. Ein späterer Artikel präzisierte noch, dass „une partie des milieux économiques et bancaires, relayés par la CSU bavaroise et l'extrême droite" in Deutschland gegen die Währungsunion sei (LM 08.12.1989:2b). Zudem wurde verschiedentlich die Rolle der D-Mark als deutsches nationales Symbol sowie die deutsche Sorge, durch unzuverlässige Partner

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

mentierten beide französische Zeitungen letztlich aber wieder als einen Erfolg Mitterrands: Durch geschickte Diplomatie habe er eine Krise zwischen den beiden Ländern abgewendet und die französische Ratspräsidentschaft zu einem guten Ende geführt.[978]

Im Gegensatz zu der großen Aufmerksamkeit für Helmut Kohl wurde Margaret Thatcher und ihrer Verhandlungsposition im Vorfeld des Straßburger Gipfels nur wenig Bedeutung zugeschrieben. Deutungen entlang eines supranationalen Links-rechts-Gegensatzes zwischen Mitterrand und Thatcher fanden sich nur noch vereinzelt und in Bezug auf die umstrittene Sozialcharta, nicht auf die Währungsunion.[979] Stattdessen erklärten die französischen Zeitungen Thatchers Widerstände nun vor allem mit ihrem grundsätzlichen Unwillen gegen eine Übertragung politischer Macht an supranationale Institutionen.[980] Damit grenzten die französischen Zeitungen Thatchers Position auch von derjenigen der deutschen Regierung ab, die trotz Vorbehalten gegen die Währungsunion der wirtschaftlichen Integration grundsätzlich zustimme. Die britischen Gegenvorschläge zur Währungsunion spielten hingegen fast gar keine Rolle; der Lawson-Plan wurde vor dem Gipfel in keiner der beiden Zeitungen auch nur erwähnt. Thematisiert wurde lediglich die Frage, wie Frankreich und die übrigen EG-Staaten mit der Möglichkeit einer britischen Blockade umgehen sollten. Allerdings gingen beide Zeitungen davon aus, dass Thatcher in diesem Fall ohne Weiteres überstimmt werden könne. So erklärte *Le Figaro,* die in Straßburg diskutierten Vorschläge seien „de nature à recueillir l'agrément de onze États membres sur douze",[981] und ein Kommentar in *Le Monde* schlug vor, Thatcher angesichts der Bedeutung der Währungsunion für das deutsch-französische Verhältnis einfach zu ignorieren: Ihre Haltung „à vrai dire, importe en l'occurrence assez peu".[982]

---

währungspolitische Stabilität zu verlieren, angesprochen (ebd., LM 10.12.1989:1b).

978 LM 08.12.1989:1–2, LM 08.12.1989:2b, LF 08.12.1989:6c, weniger deutlich LF 08.12.1989:6b.

979 LM 08.12.1989:2a.

980 LM 08.12.1989:2b, LF 05.12.1989:3, LF 08.12.1989:6d.

981 LF 08.12.1989:6a, ähnlich LF 08.12.1989:6c.

982 LM 07.12.1989:1. Ein weiterer Leitartikel erklärte, Thatchers Weigerung habe nur einen „caractère théorique", da sie keine „automarginalisation" riskieren werde (LM 10.12.1989:1b). Zudem sei Thatcher auch wegen des US-Präsidenten George Bush unter Druck, der zu einer beschleunigten europäischen Integration aufgerufen hatte (LM 06.12.1989:3); und auch Helmut Schmidt wurde mit der Äußerung zitiert, man solle mit der Währungsunion nicht auf Großbritannien warten, das gegebenenfalls später beitreten werde (LM 30.11.1989:3). *Le Fi-*

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die Ergebnisse des Straßburger Gipfels schließlich wertete *Le Monde* als weitgehenden Erfolg der französischen Regierung, deren Bilanz während der Ratspräsidentschaft „très consistant" gewesen sei.[983] Durch den Beschluss, Ende 1990 eine Regierungskonferenz einzuberufen, sei die EG „plus crédible" geworden, da sie gezeigt habe „qu'elle entend se donner les moyens de ses ambitions: structurer autour d'elle une future grande Europe".[984] Zudem habe auch Kohl durch seine Zustimmung „l'épreuve de vérité" überstanden und damit die Krise in den deutsch-französischen Beziehungen beigelegt.[985] Kritischer äußerte sich hingegen *Le Figaro:* Auch hier wurde zwar ausführlich darüber berichtet, dass Mitterrand und Kohl bei der Währungsunion zu einer gemeinsamen Linie gefunden und diese gegen die britischen Widerstände durchgesetzt hätten.[986] Ebenso wie die deutschen Zeitungen deutete *Le Figaro* die gemeinsame Linie als einen Kompromiss, bei dem Kohl in die Währungsunion, Mitterrand hingegen in die deutsche Wiedervereinigung eingewilligt habe.[987] Ein Artikel verband diese Darstellung jedoch auch mit einer Kritik an der Kommunikationspolitik der französischen Regierung, die bei ihren öffentlichen Stellungnahmen zum Gipfel lediglich die Umsetzung ihrer eigenen Verhandlungsziele, nicht aber die damit verbundenen Zugeständnisse an Deutsch-

---

garo wiederum verwies auf den Druck, den der europafreundliche Flügel der Conservative Party auf Thatcher ausübe (LF 06.12.1989:6). Ähnliche Einschätzungen fanden sich auch nach dem Gipfel – unter anderem von Mitterrand, dem zufolge der britische „sens pratique" Thatcher von einer Blockade abhalten werde (LM 12.12.1989:5, ähnlich LM 10.12.1989:3b).

983 LM 10.12.1989:1a.

984 Ebd. Obwohl auf dem Gipfel selbst nur der Eröffnungstermin der Konferenz festgelegt worden war, äußerte *Le Monde* bereits Vermutungen über den weiteren Zeitplan der Vertragsreform. Ein Artikel zitierte Mitterrand, der für das Inkrafttreten als „vœu optimiste" Ende 1992, als „vœu, peut être plus réaliste" Frühling 1994 nannte (LM 12.12.1989:5, ähnlich LM 10.12.1989:3b).

985 LM 10.12.1989:1a, ähnlich LM 10.12.1989:3b. Allerdings verwies *Le Monde* auch auf die zurückhaltende Reaktion in der konservativen deutschen Presse, speziell der FAZ. So seien „quelques commentateurs de droite" unzufrieden damit, dass der Gipfel ein Bekenntnis zur Oder-Neiße-Linie gefordert habe, und die deutschen „milieux économiques et financiers" hätten begrüßt, dass noch kein Endtermin für die Währungsunion festgelegt worden sei (LM 12.12.1989:6).

986 Vgl. LF 09.12.1989:2a, LF 09.12.1989:2b, LF 09.12.1989:2c.

987 Wiederholt zitierte *Le Figaro* dazu Mitterrand, der betonte, dass es nicht einmal „l'ombre d'un marchandage" gegeben habe (LF 11.12.1989:6c, LF 11.12.1989:6b) – ganz ähnlich wie die *Süddeutsche Zeitung*, die ebenfalls in mehreren Artikeln hervorhob, dass die Beteiligten den von der Zeitung verwendeten Begriff „Kuhhandel" ablehnten (SZ 11.12.1989:3, SZ 11.12.1989:4b, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.1.1).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

land thematisiert habe.[988] Ein Leitkommentar erklärte zudem, angesichts der schnellen Umbrüche in Osteuropa könne die von Kohl durchgesetzte Verschiebung der Regierungskonferenz bis Ende 1990 dazu führen, dass sich bis zu deren Eröffnung die politischen Bedingungen bereits vollkommen geändert hätten.[989]

Ein weiterer Kommentar bezweifelte schließlich, ob die Währungsunion tatsächlich noch „aussi important qu'on nous le dit" sei. Angesichts der deutschen Wiedervereinigung, die womöglich zu einem NATO-Austritt Deutschlands führen könne, stelle sich viel dringender die Frage nach der künftigen Organisation des europäischen Verteidigungssystems – und nach der Rolle, die Frankreich darin spielen werde.[990] *Le Figaro* griff damit eine Problematik auf, die der gaullistische Oppositionspolitiker Édouard Balladur bereits einige Wochen zuvor in einem Gastbeitrag angesprochen hatte,[991] und setzte sie explizit in den Kontext der EG-Vertragsreform. In den folgenden Monaten sollte dieses Thema zu einem zentralen Aspekt in der französischen Debatte über die Verhandlungen werden.

„Ne pas trop charger la barque": Skepsis gegenüber der institutionellen Reform

Anders als an der Währungsunion zeigten die französischen Medien an den Vorschlägen zur institutionellen Reform nur wenig Interesse. Insbesondere die Stärkung der demokratischen Legitimation der EG, die in Deutschland als Hauptmotiv der Politischen Union galt, spielte hier nur eine untergeordnete Rolle. So berichtete *Le Figaro* Mitte November zwar in einem Artikel, dass sich der ELDR für eine „Union fédérale européenne" ausgesprochen habe; an konkreten Reformvorschlägen nannte die Zeitung dabei aber nur „un renforcement substantiel des prérogatives de la Commission et du Parlement de la Communauté".[992] Etwas ausführlicher behandelt wurden die Vorschläge, die französische Politiker vorbrachten.

988 LF 11.12.1989:6c. Auch andere Artikel beschrieben Kohl als den eigentlichen Gewinner des Straßburger Gipfels, ohne damit notwendigerweise eine Kritik an Mitterrand zu verbinden (LF 11.12.1989:6a).

989 LF 11.12.1989:1.

990 LF 09.12.1989:1.

991 LF 18.11.1989:7. Weitere Kommentare im *Figaro* hatten das Argument Balladurs aufgegriffen (z. B. LF 24.11.1989:2b).

992 LF 16.11.1989:8. Nahezu die Hälfte des Berichts, der ein Klausurtreffen der liberalen Fraktion zum Anlass hatte, befasste sich ohnehin mit den Vorgängen in Osteuropa und der DDR, nicht mit der EG-Reform. Zudem stand im Mittel-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

So sprach sich der französische Senatspräsident Alain Poher in einem Interview mit *Le Figaro* für einen „Sénat européen" – eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments, die sich aus Vertretern der nationalen Parlamente zusammensetzen sollte – aus,[993] was auch *Le Monde* in einem Bericht aufgriff.[994] Ein weiterer Artikel, den *Le Monde* über die Resolution des Europäischen Parlaments vom 23. November veröffentlichte, zitierte ebenfalls ausschließlich französische Akteure.[995]

Dass sich auch Helmut Kohl den Forderungen des Parlaments anschloss, spielte vor dem Gipfel hingegen kaum eine Rolle. Ein *Figaro*-Kommentar deutete dies lediglich als Verzögerungstaktik des Kanzlers und als „une nouvelle manifestation de mauvais vouloir de la RFA pour la création de cette ‚union économique et monétaire' qui tient tant au cœur de M. Mitterrand".[996] *Le Monde* wiederum thematisierte Kohls Junktim erst in der Berichterstattung *nach* dem Gipfel und schränkte zudem gleich ein, dass die Regierungskonferenz darauf achten werde „à ne pas trop charger la barque". In den Verhandlungen solle es zwar um eine „étape importante vers l'union politique" gehen, aber „sans qu'il s'agisse pour autant, à ce stade, de tracer les contours de cette union politique".[997] Auch der Vorschlag Jacques Delors', parallel zu der Regierungskonferenz über die Währungsunion eine zweite Konferenz über die Politische Union abzuhalten, fand

---

punkt des Textes mit Fraktionschef Valéry Giscard d'Estaing bezeichnenderweise ein bekannter französischer Politiker, sodass sich der Artikel letztlich auch in die Debatte über den Zustand der deutsch-französischen Beziehungen einfügte.

993 LF 15.11.1989:8.

994 LM 21.11.1989:9. Anlass des Berichts war das erste Treffen der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EG (COSAC), das am 16./17. November stattfand. Sein Hauptthema war die Kritik am „déficit démocratique" der EG, wobei *Le Monde* aber auch hervorhob, dass über die Lösungsvorschläge (Stärkung des Europäischen Parlaments oder „Sénat européen") keine Einigkeit unter den COSAC-Delegierten bestehe.

995 LM 25.11.1989:12. Als Einzelforderungen des Parlaments nannte der Artikel das Mitentscheidungsverfahren, ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Kommission sowie die Beteiligung an einer möglichen Regierungskonferenz zur Währungsunion. Außerdem wurden die Abgeordneten Valéry Giscard d'Estaing, Laurent Fabius und Maurice Duverger mit weitergehenden Vorschlägen sowie Jacques Delors und die französische Europaministerin Edith Cresson mit Reaktionen angeführt. Größere Aufmerksamkeit fanden in beiden Zeitungen allerdings ohnehin François Mitterrand und Helmut Kohl, die einen Tag zuvor im Europäischen Parlament aufgetreten waren, um über die Ergebnisse des Gipfels vom 18. November zu sprechen (LF 22.11.1989:4, LM 24.11.1989:4).

996 LF 08.12.1989:2.

997 LM 10.12.1989:3b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich im *Figaro* überhaupt nicht. *Le Monde* wiederum berichtete darüber erst mit einigen Tagen Verzögerung anlässlich einer Debatte im Europäischen Parlament, bei der Außenminister Roland Dumas die Abschlussbilanz der französischen Ratspräsidentschaft vorstellte – und verwies nun darauf, dass Mitterrand und Giscard d'Estaing zuvor bereits ähnliche Ideen geäußert hätten.[998]

Insgesamt folgten beide französischen Zeitungen also auch in Bezug auf die institutionelle Reform recht konsequent der Linie, den französischen Präsidenten als wichtigsten Akteur auf europäischer Ebene zu porträtieren und die französische europapolitische Agenda implizit mit dem gesamteuropäischen Interesse gleichzusetzen. In den Meinungstexten zeigten sich allerdings – ähnlich wie schon in der Debatte über Vertiefung oder Erweiterung der EG – gewisse Unterschiede zwischen der linksliberalen und integrationsfreundlichen *Le Monde* und dem konservativ-gaullistischen *Figaro*: So unterstützte *Le Monde* nicht nur nachdrücklich das Ziel der Währungsunion, sondern veröffentlichte auch einen Gastbeitrag des linksgerichteten Europaabgeordneten und Politikwissenschaftlers Maurice Duverger, der als Reaktion auf die Entwicklungen in Osteuropa eine „Europe plus large, plus démocratique, plus unie" forderte, was sich vor allem in einer Stärkung des Europäischen Parlaments niederschlagen müsse.[999] *Le Figaro* hingegen äußerte sowohl vor als auch nach dem Gipfel von Straßburg in mehreren Kommentaren Skepsis gegenüber einem europäischen „super-Etat".[1000] Ein Leitkommentar des Mitherausgebers Alain Peyrefitte argumentierte, dass die „fuite en avant vers la *supranationalité*" keine adäquate Antwort auf den „réveil des *nationalités*" in Osteuropa sein könne.[1001]

Dieser Topos einer Gegenüberstellung von westeuropäischer Integration und dem Zusammenbruch der Sowjetunion ging, wie oben beschrieben, auf Margaret Thatchers Brügge-Rede zurück und fand sich unter den hier untersuchten Zeitungen sonst nur in der *Times*. Dass Peyrefittes Beitrag im *Figaro* ihn explizit aufgriff, ist somit eines der wenigen deutlichen Beispiele für einen gemeinsamen, europäisch-weltanschaulich geprägten national-

998 LM 14.12.1989:8.

999 LM 23.11.1989:2. Dabei regte Duverger explizit an, dass das Parlament zur Durchsetzung seiner Demokratisierungsagenda notfalls eine institutionelle Krise herbeiführen sollte: „Les révolutions de l'Europe de l'Est rappellent opportunément que la liberté doit se conquérir quand elle n'est pas spontanément accordée."

1000 LF 23.11.1989:2, LF 12.12.1989:2.

1001 LF 12.12.1989:1 (Hervorh. i. O.).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

konservativen Deutungsrahmen. In der FAZ, der dritten hier untersuchten konservativen Zeitung, kam er allerdings nicht vor.

„CEE de la défense": Außen- und Verteidigungspolitik als Kern der Politischen Union

Mit dem Ende der französischen EG-Ratspräsidentschaft ließ in den ersten Monaten des Jahres 1990 auch das Interesse der französischen Zeitungen an Europapolitik allgemein merklich nach. Soweit sie thematisiert wurde, standen nun außerdem nicht mehr Wirtschafts- und Währungsfragen, sondern vor allem der Zusammenbruch des Ostblocks im Vordergrund. So nannte Anfang Januar eine *Figaro*-Kurzmeldung über den Beginn der irischen EG-Ratspräsidentschaft als Prioritäten des irischen Premierministers Charles Haughey den Umgang mit Osteuropa sowie den Umweltschutz. Die Vertragsreform wurde hingegen nicht erwähnt.[1002]

Auch Mitterrand selbst sprach sich in seiner Neujahrsansprache wenige Wochen nach dem Gipfel von Straßburg für die Gründung einer neuen „confédération européenne" aus, die außer den EG-Mitgliedstaaten auch die jungen osteuropäischen Demokratien umfassen sollte.[1003] Obwohl dieses Konzept sehr vage blieb,[1004] bot es wenigstens in der Theorie eine Antwort auf das zuvor in den französischen Medien diskutierte Dilemma zwischen Vertiefung und Erweiterung der EG. Folgte man Mitterrands Logik, so waren die beiden Ziele keine Alternativen, sondern eher zwei Seiten derselben Medaille. Entsprechend hob *Le Monde* in einer Analyse hervor, dass die Verhandlungen über die Währungsunion auch ein Mittel seien,

1002 LF 02.01.1990:3.

1003 LF 01.01.1990:1b, LM 02.01.1990:1. Beide Zeitungen druckten die Ansprache auch im Wortlaut ab (LF 01.01.1990:6, LM 02.01.1990:5).

1004 *Le Monde* brachte es mit Gorbatschows Formulierung einer „maison commune européenne" sowie mit dem „processus d'Helsinki", also der KSZE in Verbindung (LM 02.01.1990:1). In einem anderen Artikel zitierte *Le Monde* Jacques Delors, der das Konföderationskonzept mit den Gesprächen zwischen EG und EFTA über eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit assoziierte (LM 03.01.1990:4). In einem dritten Bericht hieß es, die französische Europaabgeordnete Simone Veil halte Mitterrands Vorschlag für unnötig, da es ja schon den Europarat gebe (LM 05.01.1990:7). Tatsächlich beschlossen die KSZE-Mitgliedstaaten Ende November 1990 in der Charta von Paris eine institutionelle Fortentwicklung der Organisation, die 1995 in die Umbenennung in OSZE mündete; die Gespräche zwischen EG und EFTA wiederum führten 1992 zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraums.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

um die Integrationsdynamik der EG zu beweisen und dadurch ihre Vorreiterrolle bei der Neugestaltung des Kontinents insgesamt zu bekräftigen: „L'architecture de la future Europe dépendra pour une large part de l'aptitude des Douze à se mobiliser".[1005] Auch *Le Figaro* erklärte in einem Leitkommentar, dass die EG den Osteuropäern als „phare" dienen könne.[1006] Dass Helmut Kohl am 4. Januar nach einem Treffen mit Mitterrand ebenfalls der Idee einer gesamteuropäischen Konföderation zustimmte, nahmen beide Zeitungen zudem zum Anlass, um erneut die wiederhergestellten guten deutsch-französischen Beziehungen zu thematisieren.[1007]

Wie *Le Monde* hervorhob, verband Mitterrand mit dem Vorschlag einer europäischen Konföderation allerdings noch ein weiteres Ziel: die Überwindung der europäischen „‚dépendance' envers les superpuissances", insbesondere der verteidigungspolitischen Abhängigkeit von den USA im Rahmen der NATO.[1008] Tatsächlich rückte die Frage nach dem künftigen westeuropäischen Verteidigungssystem in den folgenden Monaten immer mehr ins Zentrum der französischen Debatte.[1009] Doch während der *Figaro*-Gastbeitrag, mit dem Édouard Balladur diese Diskussion im November 1989 angestoßen hatte, noch ein stärkeres transatlantisches Engagement Frankreichs gefordert hatte,[1010] ging es nun – in Übereinstimmung mit der Agenda der Regierung – vor allem um mehr europäische Eigenständigkeit. So stellten mehrere Artikel in *Le Monde* den amerikanisch dominierten Nordatlantikpakt als primäres sicherheitspolitisches Forum in Frage[1011]

1005 LM 06.01.1990:3a. In einem ähnlichen Sinn zitierte *Le Monde* auch Jacques Delors (LM 03.01.1990:4) sowie Mitterrand und Kohl (LM 06.01.1990:3b). *Le Figaro* erwähnte in einem anderen Zusammenhang, dass Mitterrand für die nächsten Jahre eine EG-Erweiterung explizit ausschließe und als Priorität das „renforcement des structures des Douze" sehe (LF 06.01.1990:6).

1006 LF 01.01.1990:1a.

1007 LF 05.01.1990:6, LM 06.01.1990:3b. Einige Wochen später nahm auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in einem Gastbeitrag für *Le Monde* auf Mitterrands Vorschlag einer Konföderation Bezug, der die beste Möglichkeit zur Einbindung Deutschlands in Europa sei. Allerdings setzte Rau diesen Vorschlag unmittelbar mit einem „système fédéral" der EG gleich, in dem nach deutschem Vorbild gleichermaßen die supranationalen Institutionen und die regionalen Gebietskörperschaften gestärkt werden sollten – was kaum etwas mit Mitterrands ursprünglichen Konzept zu tun hatte (LM 15.03.1990:2).

1008 LM 02.01.1990:1.

1009 Vgl. z. B. LM 11.04.1990:2a, LF 03.05.1990:2.

1010 LF 18.11.1989:7.

1011 LM 11.04.1990:2b, LM 21.04.1990:1, LM 28.04.1990:1–2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und konfrontierten ihn mit der Idee einer rein europäischen „CEE de la défense".[1012]

Auch Balladur selbst sprach sich in einem neuen *Figaro*-Kommentar dafür aus, im nächsten Schritt vor allem die Westeuropäische Union als „pilier européen" der NATO zu stärken.[1013] Dass es dabei freilich nicht nur um europäische, sondern mindestens ebenso sehr um nationale Interessen ging, wurde an einem anderen *Figaro*-Kommentar deutlich: Ganz in der Tradition Charles de Gaulles beschrieb dieser ein geeintes und von USA und Sowjetunion unabhängiges Europa als die beste Möglichkeit, um den globalen Einfluss Frankreichs zu steigern. Nur wenn das Land „choisit de confondre pour l'essentiel sa diplomatie nationale et la politique étrangère de l'Europe unie", könne es seine außenpolitische „position de leader" zurückgewinnen.[1014]

Auch die Debatte über eine Politische Union der EG, die Anfang 1990 einsetzte, stand in Frankreich ganz im Zeichen der Außen- und Verteidigungspolitik. Hingegen wurde die Resolution des Europäischen Parlaments vom 14. März, die vor allem auf die institutionelle Reform abzielte, in *Le Monde* nur knapp als Nebenaspekt in einem längeren Text über das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und der Europäischen Kommission erwähnt.[1015] *Le Figaro* wiederum berichtete zwar ausführlich über die zeitgleich stattfindende Kontroverse über einen möglichen Umzug des Parlamentssitzes von Straßburg nach Brüssel.[1016] Die Forderungen des Par-

1012 So die Formulierung in einem unter Pseudonym erschienenen Gastkommentar eines „haut responsable de la défense" (LM 11.04.1990:2b, ähnlich schon LM 10.04.1990:6). Daneben wurden in *Le Monde* auch bilaterale Kooperationsprogramme mit Deutschland (z. B. die deutsch-französische Brigade in LM 18.04.1990:2) und Großbritannien (LM 10.04.1990:6, LM 12.04.1990:5) diskutiert.

1013 LF 21.03.1990:2. Im Einzelnen schlug Balladur eine „Union européenne" mit drei „cercles" vor: erstens die Währungsunion im EG-Rahmen, zweitens die militärische Integration im Rahmen der WEU sowie drittens eine „coopération politique, diplomatique et culturelle", die alle europäischen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlussakte umfassen sollte und die Balladur mit dem Konzept einer europäischen „confédération" gleichsetzte.

1014 LF 15.03.1990:2.

1015 LM 14.03.1990:10.

1016 LF 14.03.1990:8, LF 15.03.1990:1, LF 15.03.1990:6, LF 16.03.1990:12. Wenig überraschend wurde die Diskussion über den Sitz des Parlaments (die auch in späteren Monaten immer wieder breiten Raum in der europapolitischen Berichterstattung beider französischen Zeitungen einnahm) vor allem als Frage widerstreitender nationaler Interessen zwischen Frankreich und Belgien beschrieben.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

laments nach zusätzlichen Kompetenzen waren für die Zeitung jedoch kein Thema – ebenso wenig wie das belgische Memorandum vom 20. März, das erst mit einem Monat Verspätung in einem Nebensatz Erwähnung fand.[1017] Größeres Interesse erregte lediglich die deutsch-französische Initiative vom 18. April, wobei auch hier besonders die verteidigungspolitischen Elemente hervorgehoben wurden: So zitierte *Le Monde* Mitterrand mit der Forderung, die Europäer sollten sich darauf vorbereiten „à jouer un rôle accru pour leur propre défense",[1018] und ein *Figaro*-Leitkommentar hob die Chance hervor, nun den „indispensable ‚pilier européen' de la défense commune de la ‚famille atlantique'" aufzubauen und dadurch das „diktat américain" zu überwinden.[1019]

„Resceller le couple franco-allemand": Deutsch-französische Beziehungen als Hauptthema der Berichterstattung

Das Kohl/Mitterrand-Schreiben vom 18. April war zwar der erste Vorstoß zur Politischen Union, der auf einige Aufmerksamkeit stieß. Ähnlich wie die deutschen interessierten sich jedoch auch die französischen Zeitungen weniger für seine genauen Inhalte als vielmehr für seine Aussagekraft in Bezug auf das diplomatische Verhältnis zwischen den beiden Ländern. Noch Ende März hatte der frühere gaullistische Premierminister Michel Debré in einem dramatisch formulierten Gastbeitrag im *Figaro* gewarnt, durch die absehbare deutsche Wiedervereinigung sei die EG „vouée à la domination germanique", sodass jegliche Vertiefung der Integration lediglich den „ambitions des milieux dirigeants de l'Allemagne" in die Hände spiele.[1020] Solch scharfe Angriffe blieben allerdings eine Ausnahme, andere Kommentare betonten eher die Notwendigkeit guter nachbarschaftlicher Beziehungen.[1021] Dies war auch das zentrale Deutungsmuster für die gemeinsame Initiative zur Politischen Union, deren „objectif prioritaire" es

1017 Konkret erwähnte *Le Figaro* in einem Artikel über das deutsch-französische Schreiben vom 18. April, dass auch andere Mitgliedstaaten wie Belgien und Italien bereits „initiatives ou […] plaidoyers pour l'union européenne" vorgebracht hätten, ging aber nicht auf deren Inhalt ein (LF 20.04.1990:4).

1018 LM 21.04.1990:1, vgl. auch LM 20.04.1990:1, LM 25.04.1990:4.

1019 LF 20.04.1990:1b, vgl. auch LF 30.04.1990:3b.

1020 LF 20.03.1990:2. Als Alternative forderte Debré eine stärkere Zuwendung nach Afrika sowie eine „France forte", die durch eine intensivierte Industriepolitik entstehen sollte.

1021 So etwa LF 24.04.1990:1: „Quand le couple franco-allemand va, tout va."

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sei „de resceller le couple franco-allemand après les malentendus de l'hiver".[1022] Eine ganze Reihe von fast wortgleichen Überschriften in beiden Zeitungen betonte die „cordialité retrouvée", „entente retrouvée" oder „harmonie retrouvée" zwischen den beiden Regierungen.[1023] Anlässlich eines Treffens zwischen Kohl und Mitterrand kurz vor dem Dubliner Gipfel widmeten beide Zeitungen dem deutsch-französischen Verhältnis noch einmal ausführliche Themenseiten, die jeweils auf eine sehr optimistische Interpretation der bilateralen Beziehungen hinausliefen.[1024]

Dennoch waren sich beide französischen Zeitungen auch darin einig, dass eine endgültige Lösung der deutschen Frage noch ausstand. Vor allem *Le Monde* hielt eine intensivierte europäische Integration für unverzichtbar, um einem Wiederaufleben des Nationalismus vorzubeugen. So analysierte ein Kommentar, Deutschland sei trotz der Aussicht auf die Wiedervereinigung „aussi peu romantique, aussi peu militariste" wie nie zuvor, müsse wegen seiner Größe aber dennoch in ein „système de garanties et de contrepoids" eingebunden werden. Europa stehe deshalb vor der Entscheidung zwischen einer „union continentale, qui […] saurait prendre conscience à tous ses peuples de leur identité commune" oder einer „balkanisation qui équivaudrait à un suicide collectif".[1025]

Etwas kritischer gab sich *Le Figaro.* Auch hier fasste ein Artikel die Logik hinter den Verhandlungen zur Politischen Union kurz in dem Satz zusammen: „Pour que la réunification allemande ne déstabilise pas le Vieux Continent, la construction européenne doit être renforcée."[1026] Ein anderer Beitrag verkündete nach dem Dubliner Gipfel, mit der „adhésion, en apparence complète, de la République fédérale aux projets plus ambitieux de l'union" sei es gelungen, die „crise de la réunification allemande" zu überwinden.[1027] Darüber hinaus fand sich jedoch immer wieder auch Skepsis, ob die deutschen und französischen Interessen tatsächlich so einfach auf

1022 So LF 28.04.1990:2b, ähnlich schon LF 20.04.1990:4, LF 20.04.1990:1a, LF 25.04.1990:1 sowie LM 26.04.1990:3c.

1023 LF 27.04.1990:3b, LF 30.04.1990:3c, LM 28.04.1990:2.

1024 LF 25.04.1990:25, LF 25.04.1990:2b, LF 25.04.1990:2a; LF 26.04.1990:3d, LF 26.04.1990:3b, LF 26.04.1990:3c, LF 26.04.1990:3e; LM 28.04.1990:2. Tatsächlich behandelte die Seite in *Le Monde* vor allem verschiedene multilaterale Verteidigungsprojekte, die nur vage mit einer deutsch-französischen Annäherung und dem Ziel der Politischen Union assoziiert wurden. Ebenfalls zum bilateralen Treffen: LF 27.04.1990:3b, LF 27.04.1990:3a.

1025 LM 28.04.1990:1–2, ähnlich auch LF 28.04.1990:2a.

1026 LF 28.04.1990:2b.

1027 LF 30.04.1990:3a, ähnlich auch LF 30.04.1990:3c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

einen gemeinsamen Nenner zu bringen seien. So erklärte die Zeitung, dass sich die beiden Länder über die künftige Gestalt der geplanten Europäischen Union uneins seien: Während Frankreich „son modèle traditionnel de pouvoir centralisé" verteidige, setze Deutschland auf ein „système fédéral ou confédéral".[1028] Auch in Bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlaments äußerte *Le Figaro* Zweifel, wie weit die Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen und französischen Regierung tatsächlich gingen.[1029]

„Régime parlementaire", „gouvernement responsable", „directoire franco-allemand": Ausweitung der Debatte zur Politischen Union

Die Zweifel, die *Le Figaro* im April 1990 an der Vereinbarkeit der deutschen und französischen Positionen zeigte, spiegelten sich auch in einer größeren Skepsis in Bezug auf die Verwirklichungschancen der Politischen Union wider. Dies wurde etwa in der Berichterstattung über Margaret Thatcher deutlich, die als Hauptantagonistin des deutsch-französischen Duos die einzige politische Akteurin war, die neben Mitterrand und Kohl regelmäßig im Zusammenhang mit dem ersten Dubliner Gipfel genannt wurde. So zitierten beide Zeitungen Thatchers Weigerung, über die „problèmes ésotériques" zu diskutieren, die das deutsch-französische Schreiben aufgeworfen habe.[1030] Wie schon in der Vergangenheit schrieb *Le Monde* diesen Einwänden jedoch keine allzu große Bedeutung zu, sondern verwies auf die Isolation der britischen Premierministerin[1031] und sagte mehrfach voraus, dass Großbritannien an den Verhandlungen teilnehmen und zuletzt nachgeben würde.[1032] Entsprechend zuversichtlich waren auch die Einschätzungen von *Le Monde* nach dem Gipfel: Ein Leitartikel hob die rasche Weiterentwicklung der Pläne zur europäischen Integration in den letzten Monaten hervor, „comme si elle obéissait naturellement à la logique des événements, en occurrence à la marche des deux Allemagnes vers leur unité".[1033] Ein anderer Bericht erklärte lapidar, das „projet franco-allemand est bel et bien sur les rails".[1034]

1028 LF 20.04.1990:4.
1029 LF 20.04.1990:1b, LF 28.04.1990:2b.
1030 LM 21.04.1990:5, fast wortgleich LF 20.04.1990:4, LF 21.04.1990:2, LF 28.04.1990:2a.
1031 LM 21.04.1990:5.
1032 LM 26.04.1990:3a, LM 27.04.1990:1, LM 28.04.1990:3.
1033 LM 02.05.1990:1.
1034 LM 02.05.1990:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Im *Figaro* hingegen hieß es zwar ebenfalls, dass Thatcher dank des sprichwörtlichen britischen Pragmatismus bereits wisse, dass sie sich den Verhandlungen nicht entziehen könne.[1035] Die Zeitung unterstrich jedoch stärker den Unsicherheitsfaktor, der durch die britische Ablehnung entstehe und die Politische Union noch zum Scheitern bringen könne.[1036] Entsprechend konstatierte *Le Figaro* nach dem Gipfel deshalb auch nur „une avancée majeure par rapport au Conseil européen de Strasbourg".[1037] Daneben hob die Zeitung – ähnlich wie die FAZ in Deutschland – hervor, wie unklar die in Dublin diskutierten Vorschläge im Einzelnen noch seien und betonte den Gegensatz zwischen „une union économique dont on connaît bien les détails […] et une union politique dont on ne connaît presque rien".[1038] Insbesondere wenn es um „abandons réels de souveraineté" gehe, sei deshalb noch mit schwierigen Diskussionen zu rechnen.[1039]

Die Skepsis in Bezug auf die Erfolgschancen der Politischen Union ging auch damit einher, dass das Interesse des *Figaro* an den weiteren Verhandlungen in den Wochen zwischen den beiden Dubliner Gipfeln wieder deutlich nachließ. Ähnlich wie die deutschen Medien berichtete die Zeitung nur sehr vereinzelt über die geplanten Reformen.[1040] In *Le Monde* nahm die Aufmerksamkeit für die institutionelle Neuordnung der EG in dieser Zeit hingegen deutlich zu. Dabei stechen vor allem mehrere Interviews und Gastkommentare heraus, mit denen die Zeitung ein Forum zur Meinungsäußerung über die Politische Union bot: Bereits im April erschienen drei lange europapolitische Interviews mit Valéry Giscard d'Estaing, Ruud Lubbers sowie dem ehemaligen französischen Außenminister

1035 LF 21.04.1990:2, ähnlich auch LF 24.04.1990:1, LF 30.04.1990:3d.

1036 Z. B. LF 28.04.1990:2b. Ein Kommentar begrenzte diese Unsicherheit ausdrücklich auf die Politische Union, da diese eine Reform der bestehenden Verträge erforderlich mache, während die Währungsunion auch durch einen gesonderten Vertrag der übrigen elf EG-Mitgliedstaaten möglich sei (LF 28.04.1990:2a, ähnlich auch LF 30.04.1990:1).

1037 LF 30.04.1990:3a.

1038 Ebd., ähnlich schon LF 27.04.1990:3b.

1039 LF 30.04.1990:1.

1040 Erst kurz vor dem Gipfel im Juni erschien wieder ein etwas ausführlicherer Bericht über die Positionen Jacques Delors' zur Politischen Union (LF 19.06.1990:7). Generell legte *Le Figaro*, ähnlich wie die deutschen Zeitungen, den Schwerpunkt in der Berichterstattung zum zweiten Dubliner Gipfel auf die Diskussion über die Finanzhilfen an die Sowjetunion (vgl. LF 23.06.1990:2, LF 25.06.1990:3c, LF 26.06.1990:4b). Demgegenüber thematisierte *Le Monde* die Angelegenheit zwar als Test für eine mögliche gemeinsame Außenpolitik der EG, schrieb ihr insgesamt aber weniger Bedeutung zu (LM 27.06.1990:1).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Jean François-Poncet;[1041] im Zeitraum um den zweiten Dubliner Gipfel folgten Interviews mit François Mitterrand und dem niederländischen Außenminister Hans van den Broek[1042] sowie ausführliche Gastbeiträge des britischen Außenministers Douglas Hurd, des französischen Conseiller d'État Raphaël Hadas-Lebel sowie des Politikwissenschaftlers und Europaabgeordneten Maurice Duverger.[1043]

Dabei wurde nun erstmals auch die Stärkung des Europäischen Parlaments durch das Mitentscheidungsverfahren breiter diskutiert und in den meisten Kommentaren unterstützt.[1044] Lediglich Hurd verteidigte den Ministerrat als wichtigstes Entscheidungsorgan der EG, da die Minister durch die nationalen Parlamente legitimiert seien.[1045] Van den Broek hingegen erklärte explizit, dass eine Aufwertung des Rates, die das Europäische Parlament und die Kommission schwächen würde, kaum mit dem „souhait d'un contrôle parlementaire plus étendu" vereinbar wäre.[1046] Als eine andere Möglichkeit, die nationalen Parlamente einzubinden, fand sich zudem in mehreren Beiträgen erneut der Vorschlag eines aus nationalen Abgeordneten zusammengesetzten Senats, der jedoch nicht auf einhellige Zustimmung stieß.[1047] Die detaillierteste Konzeption einer institutionellen Ordnung für die Politische Union bot Duverger, dessen Entwurf eines „régime parlementaire" (in dem die Kommission zum „gouvernement responsable" werden und das Europäische Parlament mit dem Ministerrat für die Gesetzgebung zuständig sein sollte) sehr nahe am deutschen Föderalismus lag, den zur selben Zeit auch die FAZ als Modell für die europäische Integration beschrieb.[1048] Darüber hinaus zog nun auch das „principe de subsidiarité" in den Diskurs von *Le Monde* ein – als neues europapolitisches Schlagwort, das sowohl Hurd als auch Hadas-Lebel in ihren Gast-

1041 LM 19.04.1990:1, LM 27.04.1990:1, LM 29.04.1990:3.
1042 LM 20.06.1990:1–4, LM 26.06.1990:5.
1043 LM 23.06.1990:1, LM 26.06.1990:2, LM 30.06.1990:2.
1044 Etwa bei Hadas-Lebel (LM 26.06.1990:2), van den Broek (LM 26.06.1990:5) und Duverger (LM 30.06.1990:2).
1045 LM 23.06.1990:1.
1046 LM 26.06.1990:5). Beide Außenminister lagen damit natürlich auf der Linie ihrer jeweiligen Regierungen.
1047 Befürwortet wurde ein solcher Senat von Mitterrand (LM 20.06.1990:1–4) und Hadas-Lebel (LM 26.06.1990:2) sowie in etwas abgewandelter Form von van den Broek (LM 26.06.1990:5), ablehnend äußerte sich Duverger (LM 30.06.1990:2).
1048 Bei der Funktionsbeschreibung des Rates nannte Duverger sogar ausdrücklich den deutschen Bundesrat als Vorbild (LM 30.06.1990:2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kommentaren aufgriffen, wobei beide allerdings auch auf die Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung verwiesen.[1049]

Insgesamt war die Debatte zur institutionellen Reform in *Le Monde* im Frühsommer 1990 damit deutlich lebhafter, aber auch vielfältiger und widersprüchlicher als in allen anderen untersuchten Zeitungen. Nach wie vor als unproblematisch galt hingegen die Währungsunion, deren Vorbereitungen, wie die Zeitung mehrfach erklärte, bis auf einige politische Fragen weitgehend abgeschlossen seien.[1050] Entsprechend groß war deshalb auch die Befremdung, mit der *Le Monde* den Major-Plan aufnahm, der kurz vor dem zweiten Dubliner Gipfel im Juni 1990 vorgestellt wurde: Ein Bericht über den Vorschlag betonte seine Aussichtslosigkeit und endete mit der Feststellung, die britische Initiative „laisse un peu perplexe".[1051] Nach dem Gipfel hob *Le Monde* schließlich hervor, dass Kohl die Währungsunion nun endgültig akzeptiert habe und Thatcher mit ihrem Gegenentwurf nicht auf Zustimmung gestoßen sei.[1052] Und auch *Le Figaro*, der den Major-Plan vor dem Gipfel als Ausdruck einer verhärteten britischen Position beschrieben hatte,[1053] konstatierte im Nachhinein eine „attitude plus et plus européenne de Margaret Thatcher", die zur Währungsunion zwar weiterhin ihre eigenen Ansichten vertrete, aber offenbar bereit sei, sich auf die Verhandlungen in der Regierungskonferenz einzulassen.[1054]

Auch die Debatte über die institutionelle Reform verband sich letztlich allerdings wieder mit der Frage der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, deren Ausgestaltung *Le Monde* unmittelbar nach dem ersten Dubliner Gipfel als wichtigste noch zu verhandelnde Frage der Politischen Union bezeichnete.[1055] In den Mittelpunkt der französischen Diskussion rückte nun der Vorschlag, den Europäischen Rat zum zentralen außenpoliti-

1049 LM 23.06.1990:1, LM 26.06.1990:2. Schon zuvor hatte *Le Monde* in einem ausführlichen Artikel die Bedeutung des Prinzips erläutert und es als wichtiges Mittel beschrieben, um eine nationalistische Gegenbewegung zur vertieften Integration zu verhindern (LM 22.06.1990:7).

1050 LM 20.06.1990:7, LM 27.06.1990:1.

1051 LM 22.06.1990:21. Die Tatsache, dass Major den Vorschlag nur wenige Stunden vor dem Gipfel an Delors übermittelt habe, ohne ihn zuvor mit anderen Mitgliedstaaten abzusprechen, nahm der Artikel als Indiz dafür, dass es der britischen Regierung eigentlich nur darum gehe „de ne pas apparaître à court d'idées face au plan Delors".

1052 LM 27.06.1990:1, LM 28.06.1990:6.

1053 LF 25.06.1990:3a, relativierend LF 25.06.1990:1.

1054 LF 27.06.1990:3, ähnlich LF 26.06.1990:4a.

1055 LM 02.05.1990:3, LM 02.05.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Entscheidungsorgan zu machen. Diese Aufwertung des wichtigsten intergouvernementalen Gremiums der EG stand ebenso wie die Forderung nach mehr europäischer Eigenständigkeit in der Verteidigungspolitik ganz in der Tradition der Europapolitik Charles de Gaulles und war bereits im März 1990 in einem der *Figaro*-Gastbeiträge des gaullistischen Abgeordneten Balladur unterstützt worden.[1056] Nachdem im Juni auch Präsident Mitterrand in einem Interview mit *Le Monde* die besondere Legitimität des Europäischen Rates hervorgehoben hatte – „Le Conseil européen est qualifié pour mener à bien cette tâche, car ses dirigeants sont issus du suffrage universel et conduisent les affaires de leur propre pays" –,[1057] griffen mehrere Berichte dies als wichtige französische Forderung auf.[1058] Wieder einmal bestimmte damit ein Vorhaben der eigenen nationalen Regierung auch die Schwerpunkte der medialen Berichterstattung. Demgegenüber fand zum Beispiel die Forderung des Europäischen Parlaments, die Gestaltung der gemeinsamen Außenpolitik vollständig der Kommission zu übertragen, in den französischen Zeitungen so gut wie keinerlei Aufmerksamkeit.

Allerdings gab vor allem *Le Monde* durchaus auch wieder, dass die von Mitterrand angestrebte Aufwertung des Europäischen Rates nicht unumstritten war. So lehnte etwa Maurice Duverger diesen Vorschlag in seinem Gastbeitrag explizit ab, da dadurch der Europäische Rat gegenüber den anderen Organen der EG zu viel Macht gewönne.[1059] Noch wichtiger als dieses institutionelle Ungleichgewicht nahm *Le Monde* allerdings das Misstrauen kleinerer Staaten, dass eine Aufwertung des Europäischen Rates den Regierungen der großen Länder mehr Gewicht geben würde. Ein Artikel identifizierte die Sorge vor einem „directoire franco-allemand" sogar als die größte Herausforderung in den Verhandlungen des zweiten Dubliner Gipfels.[1060]

1056 LF 21.03.1990:2.

1057 LM 20.06.1990:1–4.

1058 LM 24.06.1990:4, LM 27.06.1990:1, LF 26.06.1990:4a.

1059 In seinem Vergleich zwischen der EG und einem föderalen Regierungssystem beschrieb Duverger den Europäischen Rat als „chef d'État collégial de la Communauté", der durch eine weitere Stärkung zu einem „président de type gaullien" aufgewertet zu werden drohe (LM 30.06.1990:2). In ähnlicher Weise erwähnte *Le Figaro*, dass Jacques Delors von der Stärkung des Europäischen Rates einen Einflussverlust der Kommission befürchte (LF 26.06.1990:4a).

1060 LM 24.06.1990:4. *Le Figaro* fokussierte die Berichterstattung hingegen stark auf Frankreich, Deutschland und Großbritannien und erwähnte die Bedenken der kleineren Länder überhaupt nicht.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Finalité fédérale": Mitterrands Föderalismus als rhetorische Strategie oder antigaullistisches Fanal

Große Aufmerksamkeit erregte in der französischen Öffentlichkeit schließlich eine Äußerung François Mitterrands, der sich in Dublin zu einer „finalité fédérale" der Politischen Union bekannte. Zwar unterstrichen beide Zeitungen, dass Mitterrand mit dieser Formulierung keine neuen inhaltlichen Forderungen verbinde, und relativierten damit ihre praktische Tragweite.[1061] Dennoch sah *Le Monde* sie als einen Ausdruck des Verhandlungsgeschicks Mitterrands, der dadurch die Bedenken vor einer Schwächung der Kommission zerstreut habe.[1062] Anders als in den deutschen Medien wurde die Idee einer föderalen Union in *Le Monde* also zunächst nicht als ein Ziel für sich, sondern nur als – in erster Linie rhetorisches – Zugeständnis an die kleineren Mitgliedstaaten beschrieben.

Ein Leitartikel hob sogar explizit hervor, dass die Integrationsdynamik stärker durch äußere Ereignisse wie die deutsche Wiedervereinigung getragen werde als durch eine Utopie: Diskussionen über ein mögliches föderales Endziel seien deshalb „assez théoriques et vaines" und letztlich „un inutile débat".[1063] Dieses Herunterspielen stand zwar in einem gewissen Widerspruch zu der sonstigen Haltung von *Le Monde*, die der Debatte über unterschiedliche Konzeptionen zur Politischen Union in den Wochen zuvor ja gerade besonders viel Platz eingeräumt hatte. Es fügte sich andererseits jedoch gut in die grundsätzlich regierungsfreundliche Linie der Zeitung ein, da es ihr ermöglichte, Mitterrands Äußerung zur „finalité fédérale" als strategischen Kunstgriff anzuerkennen, ohne ihn damit gleich auf eine spezifisch föderalistische Integrationsagenda festzulegen.

Deutlich feindseliger fiel hingegen die Reaktion im *Figaro* aus. Dieser hatte schon vor dem Gipfel Kritik an den „ambiguïtés" der französischen Regierung geübt, die weder zur künftigen Rolle des Europäischen Parlaments noch zum Verhältnis zwischen europäischer Währungsunion und nationaler Wirtschaftspolitik eindeutig Stellung beziehen wolle.[1064] Das föderalistische Bekenntnis Mitterrands nahm die Zeitung nun zum Anlass für einen neuen Leitkommentar von Alain Peyrefitte, der sehr deutliche Ähnlichkeiten mit den nationalkonservativen Argumentationsmustern in der *Times* aufwies: In scharfen Worten griff er den vermeintlich sozialis-

1061 LM 27.06.1990:1, LF 26.06.1990:4a, LF 26.06.1990:4b.
1062 LM 28.06.1990:6.
1063 LM 28.06.1990:1.
1064 LF 25.06.1990:3b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tisch geprägten „internationalisme supranationaliste“ des Staatspräsidenten an und warnte, dass die Franzosen nicht akzeptieren würden „que leur pays se dissolve dans l'Europe comme un morceau de sucre dans le café“. Zudem verwies er erneut auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Unabhängigkeitsbestrebungen in Quebec, die die natürliche Stärke nationaler Identitäten und damit die Unmöglichkeit supranationaler Integration belegten.[1065] Mit dem Verweis auf Mitterrands Sozialismus, der impliziten Gleichsetzung der EG mit der Sowjetunion sowie dem Bekenntnis zu einem vermeintlich natürlichen Nationalismus zeigte Peyrefittes Beitrag gleich drei Argumentationsmuster, die ansonsten vor allem in der *Times* auftraten. Wie schon im Kommentar desselben Autors nach dem Gipfel von Straßburg[1066] zeigten sich hier also erneut Elemente einer länderübergreifenden nationalkonservativen Diskurslinie.

Allerdings blieben diese starken Ähnlichkeiten zu Argumentationsmustern der *Times* eine Ausnahme. Zwar mehrten sich auch sonst im Lauf des Jahres 1990 die integrationskritischen Stimmen im *Figaro*: Nachdem die Zeitung zuvor zwar öfters die Erfolgschancen der Vertragsreform angezweifelt, diese in der Sache jedoch unterstützt hatte, spielten nun Argumente der nationalen Souveränität eine immer größere Rolle. Anders als in der *Times* richtete sich die Kritik jedoch fast ausschließlich gegen François Mitterrand, nicht gegen andere integrationsfreundliche Akteure wie Helmut Kohl oder Giulio Andreotti. Letztlich folgte der Diskurs des *Figaro* deshalb weniger einer gesamteuropäisch-weltanschaulichen Linie als vielmehr der parteiinternen Dynamik des gaullistischen RPR, das sich bis Ende 1990 ebenfalls zunehmend europaskeptisch positionierte und die französische Regierung für ihre Bereitschaft zu einem Verzicht auf nationale Hoheitsrechte angriff.

Dazu passt auch, dass die Ablehnung des Supranationalismus im *Figaro* auf Meinungsartikel begrenzt blieb und sich kaum auf die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen auswirkte. Im Mittelpunkt standen hier nach wie vor die von Frankreich vorangetriebenen Integrationsvorhaben wie die Währungsunion und die gemeinsame Außenpolitik, während die Vorbehalte Margaret Thatchers weiterhin vor allem als ein Hindernis erschienen, das die übrigen Mitgliedstaaten zu überwinden hätten. Obwohl *Le Figaro* in Bezug auf die Bedeutung der nationalen Souveränität bei der künftigen Ausgestaltung der EG also durchaus ähnliche Positionen vertrat wie die Thatcher-Regierung, beschrieb die Zeitung

1065 LF 28.06.1990:1.
1066 LF 12.12.1989:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die Verhandlungen weiterhin nach einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster: als eine diplomatische Auseinandersetzung zwischen nationalen Regierungen, nicht als ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Ringen zwischen (linken) Integrationsbefürwortern und nationalkonservativen Souveränisten. Insofern war es für den *Figaro* auch kein Widerspruch, Mitterrand für sein Bekenntnis zur „finalité fédérale" zu kritisieren, aber dennoch einen diplomatischen Erfolg Frankreichs in den Gesprächen über die EG-Reform für wünschenswert zu halten.

„Accélérer la cadence européenne": Französische Vorreiterrolle und Desinteresse für supranationale Institutionen

Der Fokus auf den Begriff der „finalité fédérale" führte keineswegs dazu, dass die institutionelle Reform und die Überwindung des EG-Demokratiedefizits in der französischen Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen an Bedeutung gewonnen hätten. Im Mittelpunkt stand für die französischen Medien – wie für die französische Regierung – vielmehr weiterhin die gemeinsame Außenpolitik. So nannte ein Leitartikel im *Figaro* als die drei hauptsächlichen Reformbereiche „la monnaie, la politique étrangère, la défense", wobei im weiteren Verlauf des Textes die Bezeichnung „union politique" quasi als Synonym für den zweiten dieser Bereiche verwendet wurde. Dass es in den Gesprächen zur „union politique" auch darum gehe, „[d']accroître les pouvoirs du Parlement [européen]", wurde nur am Rande erwähnt.[1067] In ähnlicher Form teilte auch *Le Monde* seine Berichterstattung nach dem Gipfel von Rom in zwei große Artikel auf, von denen der eine der Währungsunion und der andere der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewidmet war.[1068] Eine Äußerung Delors', der die Außenpolitik als „poumon de la relance européenne" bezeichnete, wurde in beiden Zeitungen wiederholt aufgegriffen.[1069] Zudem zitierte *Le Figaro* aus einer Rede des französischen Premierministers Michel Rocard, der die europäische Kooperation als Priorität der französischen Verteidigungspolitik beschrieb,[1070] *Le Monde* berichtete anlässlich eines bilateralen

1067 LF 27.10.1990:1. Der dritte Bereich, „la défense", war dem Leitartikel zufolge noch überhaupt kein Bestandteil der Verhandlungen, müsse es jedoch werden.
1068 LM 30.10.1990:8a, LM 30.10.1990:8c.
1069 LM 12.10.1990:1, ähnlich LF 25.10.1990:5 sowie (ohne Verweis auf Delors) LM 24.10.1990:8, LF 27.10.1990:2.
1070 LF 23.10.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Treffens zwischen Mitterrand und Andreotti über die diesbezüglichen italienischen Vorschläge,[1071] und auch die zur selben Zeit eskalierende Golfkrise nahmen beide Zeitungen wiederholt als wichtigen Beleg für die Notwendigkeit oder auch als Testfeld für eine gemeinsame außenpolitische Linie der EG.[1072]

Wie bereits erwähnt, sahen beide Zeitungen dabei recht gute Aussichten auf Verhandlungsfortschritte, auch wenn die Berichterstattung meist eher vage blieb. Die einzige offene Frage, die wiederholt thematisiert wurde, war die außenpolitische Rolle des Europäischen Rates. Als wichtigste Konfliktparteien erschienen dabei die Kommission und die französische Regierung: So berichtete etwa *Le Monde*, dass sich Delors gegen die „idée chère aux Français et aux Allemands d'un super secrétariat installé aux côtés du Conseil européen" wende und stattdessen selbst an der Durchführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beteiligt sein wolle.[1073] *Le Figaro* wiederum zitierte den französischen Außenminister Roland Dumas, der die zentralen Entscheidungen dem Europäischen Rat vorbehalten wolle „puisque c'est là que siègent les instances les plus élevées de nos pays".[1074] Die Vorbehalte kleinerer Mitgliedstaaten spielten nun hingegen keine Rolle mehr.

Auch andere institutionelle Reformen, speziell die künftigen Kompetenzen des Europäischen Parlaments, waren in den französischen Medien erneut nur wenig präsent. Vor allem *Le Figaro* widmete ihnen fast überhaupt keine Aufmerksamkeit, sondern thematisierte stattdessen nur die diplomatische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Belgien über den künftigen Sitz des Parlaments, die nun als „bataille du siège" ihren festen Teil in der Berichterstattung hatte.[1075] Etwas ausführlicher fand sich die Frage der künftigen institutionellen Rolle des Parlaments in *Le Monde*, wo etwa über einen Vorschlag der Kommission zur Einführung des Mitent-

1071 LM 10.10.1990:11. Im Einzelnen handelte es sich dabei um die Einführung einer neuen Ratsformation der Verteidigungsminister, was Mitterrand unterstütze, sowie um einen gemeinsamen Sitz der EG im UN-Sicherheitsrat, die Mitterrand abgelehnt und auch Andreotti als „problème pas actuel" abgetan habe.

1072 LM 12.10.1990:1 (als Zitat von Jacques Delors), LM 30.10.1990:1, LM 30.10.1990:8c, LF 29.10.1990:5b.

1073 LM 24.10.1990:8; ähnlich auch LF 25.10.1990:5, wo der Konflikt zu Frankreich aber weniger herausgehoben wurde.

1074 LF 27.10.1990:2a.

1075 So LF 10.10.1990:1, LF 27.10.1990:2b, LF 27.10.1990:2a, LF 29.10.1990:5a; vgl. auch LM 01.12.1990:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

scheidungsverfahrens und zur Beteiligung der Abgeordneten an der Ernennung des Kommissionspräsidenten berichtet wurde.[1076]

Als *Akteur* spielte das Parlament allerdings auch hier kaum eine Rolle – anders als etwa Jacques Delors, der immer wieder mit eigenen Initiativen zur Vertragsreform zitiert wurde.[1077] Lediglich ein einziger Artikel über ein interinstitutionelles Treffen vor dem Gipfel von Rom erwähnte die Unzufriedenheit der Europaabgeordneten mit dem intergouvernementalen Verfahren der Vertragsreform. Doch auch dieser Text befasste sich zum größeren Teil mit den Positionen der französischen Regierung und der Kommission, weniger mit den Forderungen der Parlamentarier selbst.[1078] Gleichsam als eine implizite Begründung für dieses geringe Interesse fanden sich in beiden Zeitungen Anspielungen auf das (in der französischen Berichterstattung schon zuvor recht verbreitete) Bild des Europäischen Parlaments als wenig bedeutsamer Papiertiger. So zitierte *Le Monde* eine Äußerung Jacques Delors', der die Entscheidungsschwäche und die „discussions byzantines" unter den Europaabgeordneten kritisierte.[1079] Und *Le Figaro* kontrastierte in einem Artikel die Forderungen des Parlaments mit einer ironischen Bemerkung des französischen Europaabgeordneten Claude Cheysson: „‚Le Parlement n'a pas de pouvoir et n'est pas prêt d'en avoir'".[1080]

Als neues Motiv erschien zudem in einzelnen Artikeln die Frage, ob eine Stärkung des Europäischen Parlaments womöglich zu Lasten der nationalen Parlamentarier gehen würde. Diese Diskussion knüpfte zum einen an das generelle Problem der Kompetenzverteilung zwischen der EG und ihren Mitgliedstaaten an. Zum anderen machte sie sich aber auch an dem konkreten Vorschlag eines europäischen Senats fest, der in den französischen Medien noch immer als möglicher, wenn auch zunehmend unwahr-

1076 LM 24.10.1990:8. Außerdem solle das Parlament über eine Art „impôt communautaire" bestimmen können. Das Initiativrecht in der Gesetzgebung wolle die Kommission hingegen für sich behalten.

1077 Vgl. außer dem schon genannten Interview LM 24.10.1990:8 (mit neuen Vorschlägen der Kommission zur Politischen Union), LM 25.10.1990:8, LM 27.10.1990:8 (zur Währungsunion). Der *Figaro* zitierte Delors etwas seltener, illustrierte aber beispielsweise seinen Bericht über den Gipfel von Rom mit einem Foto von Delors und Thatcher als „deux personnages clés de la CEE" (LF 27.10.1990:2a).

1078 LM 25.10.1990:8. Ähnlich auch LF 23.11.1990:9, wo die Forderungen des Parlaments – formuliert durch Giscard d'Estaing – mit den Positionen der Kommission und der italienischen Ratspräsidentschaft kontrastiert wurden.

1079 LM 25.10.1990:8.

1080 LF 22.10.1990:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

scheinlicher Bestandteil einer institutionellen Reform genannt wurde. So erklärte der französische Außenminister Dumas in einer Parlamentsdebatte, die „idée d'une seconde chambre pour l'Europe" sei zwar „séduisante", stoße aber auf „des obstacles pratiques".[1081] Jacques Delors sprach sich in seinem Interview in *Le Monde* gegen einen Senat aus, da dieser nur dazu führen würde „[à] affaiblir encore plus le Parlement européen, qui doit au contraire être renforcé".[1082] Wenig später stellte ein Artikel fest, dass der Vorschlag einer institutionellen Einbeziehung der nationalen Parlamente zuletzt kaum weiterverfolgt worden sei, da das Europäische Parlament darin eine mögliche Konkurrenz sehe. Lediglich die französische Europaministerin Elisabeth Guigou stehe weiterhin hinter der Idee.[1083] Laurent Fabius (der zu dieser Zeit sowohl Präsident der französischen Nationalversammlung als auch Europaabgeordneter war) hob in seinem Interview hingegen hervor, dass es in der Debatte über das europäische „déficit de contrôle démocratique" nicht um einen Machtkonflikt zwischen nationalem und europäischem Parlament gehe. Ziel sei vielmehr, überhaupt eine parlamentarische Kontrolle anstelle der „toute-puissance de la technocratie" sicherzustellen.[1084]

Sowohl in Bezug auf die gemeinsame Außenpolitik als auch auf die Kompetenzen des Europäischen Parlaments erschien die französische Regierung in den französischen Medien also eher nicht als eine Befürworterin starker supranationaler Institutionen. Dennoch blieb die Vorstellung, dass Frankreich in den Verhandlungen eine Vorreiterrolle einnehme, weit verbreitet. Dies zeigte sich insbesondere auch im Gebrauch des Begriffs „fédéral", der nun – nach Mitterrands Bekenntnis zu einer „finalité fédérale" im Juni – vor allem in *Le Monde* immer wieder positiv mit der französischen Regierung in Verbindung gebracht wurde. Im Hintergrund stand dabei meist das schon früher diskutierte Dilemma zwischen einer Vertiefung der EG durch die Vertragsreform einerseits und einer raschen Erweiterung zur Integration der osteuropäischen Staaten andererseits. So sprach sich ein Kommentar für eine gleichzeitige Fortentwicklung von EG und

1081 LM 12.10.1990:10a.
1082 LM 12.10.1990:1.
1083 LM 25.10.1990:8. Als zentrales Argument Guigous wurde die mangelnde Bereitschaft der nationalen Öffentlichkeiten zu einer Legitimierung der Europapolitik allein über das Europäische Parlament genannt. Dass sich die britische Regierung noch sehr viel deutlicher gegen eine Stärkung des Europäischen Parlaments aussprach und auf der Souveränität der nationalen Parlamente beharrte, wurde in dem Artikel hingegen nicht erwähnt.
1084 LM 12.10.1990:10c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

KSZE aus und unterschied dabei zwischen „l'Europe des Douze, à vocation fédérale" und „celle des Trente-cinq, essentiellement intergouvernementale".[1085] Diese Doppelstrategie wurde „des européistes aussi fervents que MM. Kohl, Mitterrand et Andreotti" zugeschrieben, wobei der Kommentar jedoch vor allem Mitterrand eine Führungsrolle zuschrieb:

> L'Allemagne unifiée et la Grande-Bretagne […] hésitent encore à franchir le saut qualitatif qui transformera la Communauté en une union fédérale. La France, elle, n'a aujourd'hui pas d'autre choix que d'en être le plus ardent promoteur.[1086]

Die supranationalen Akteure wurden in dem Kommentar hingegen nur am Rand erwähnt, und auch eine Auseinandersetzung damit, welche institutionellen Reformen für eine „union fédérale" nötig seien, blieb weitgehend aus. Andere Artikel blieben ähnlich uneindeutig. So sprach sich Delors in seinem Interview gegen „un saut fondamental vers un système fédéraliste où la Commission deviendrait un gouvernement à part entière" aus, da dafür „[l]es esprits ne sont pas mûrs".[1087] Ein anderer Artikel sprach hingegen durchaus von Delors' Bestrebungen „pour aller vers une structure fédérale".[1088] An wieder anderer Stelle wurde „Europe fédérale" als Gegenbegriff zum britischen Wunsch einer nur lose integrierten gesamteuropäischen Freihandelszone verwendet.[1089]

Explizit abgelehnt wurde eine europäische „fédération" schließlich in zwei Gastbeiträgen der gaullistischen Oppositionspolitiker Alain Juppé und Charles Pasqua in *Le Monde*, die sich beide für eine intergouvernementale Struktur der EG aussprachen, die eine rasche Osterweiterung ermöglichen sollte.[1090] Letztlich verwies das Schlagwort „fédéral" in der französischen Öffentlichkeit damit nicht nur auf die zwischenstaatliche Debatte über die institutionelle Gestalt der EG, sondern vor allem auf eine inner-

1085 LM 12.10.1990:2. Bemerkenswerterweise erschien der Kommentar unter der Überschrift „N'enterrons pas la CEE" – als stünde in den Verhandlungen nicht die Aufwertung der außenpolitischen Rolle der EG, sondern vielmehr deren Entmachtung zugunsten der KSZE zur Diskussion.

1086 Ebd.

1087 LM 12.10.1990:1; ähnlich auch ein Artikel Ende November, der Delors' Formulierung einer „Europe de la nécessité" als „d'une toute autre inspiration que le fédéralisme militant des années 60" beschrieb (LM 24.11.1990:10).

1088 LF 25.10.1990:5.

1089 LM 01.11.1990:7, ähnlich LM 03.11.1990:1.

1090 LM 30.10.1990:2, LM 14.11.1990:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

staatliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über die Priorität von Vertragsreform oder Erweiterung der Gemeinschaft.[1091]

„Débat franco-français": Die Assisen als französisches Projekt in der Berichterstattung von Le Monde

Nach dem Europäischen Rat von Rom herrschte in beiden französischen Zeitungen eine recht positive Einschätzung seiner Ergebnisse vor. Besonders optimistisch war dabei wieder einmal *Le Monde*, die in Artikelüberschriften hervorhob, dass der Gipfel einen „calendrier balisant la voie vers l'Union économique et monétaire" sowie einen „consensus […] sur la nécessité d'une politique étrangère et de sécurité commune" erreicht habe.[1092] Aber auch für *Le Figaro* war nun das „dossier UEM […] quasiment bouclé", wenn auch bei der Politischen Union noch Klärungsbedarf bleibe.[1093]

In den folgenden Wochen ließ das Interesse an der Vertragsreform allerdings in beiden Zeitungen deutlich nach. Im November 1990 stellten zahlreiche europapolitische Artikel stattdessen wieder den Umgang mit den osteuropäischen Staaten und die KSZE in den Vordergrund, während die EG meist nur noch am Rande erwähnt wurde.[1094] Auch die Treffen der europäischen Parteienfamilien, die in dieser Zeit stattfanden, zogen kaum Aufmerksamkeit auf sich. So wurde die ELDR-Konferenz überhaupt nicht erwähnt, und auch zu BSPEG[1095] und EVP erschien jeweils nur ein einzelner Artikel in *Le Monde.* Letzterer berichtete in wohlwollender Form über die Resolution, in der die christdemokratischen Parteivertreter eine „Constitution fédérale de l'union européenne" forderten. Er schloss jedoch mit dem bezeichnenden Satz: „Reste à savoir ce que les chefs de gouvernement

1091 Siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.2.2.

1092 LM 30.10.1990:8a, LM 30.10.1990:8c, vgl. auch LM 30.10.1990:1. Darüber hinaus druckte *Le Monde* Ausschnitte der Schlussfolgerungen des Gipfels im Wortlaut ab – was sonst nur die beiden britischen Zeitungen taten, wo diese Schlussfolgerungen vor allem aufgrund Thatchers Weigerung, sie mitzutragen, besonderen Nachrichtenwert erlangten (LM 30.10.1990:8b, TT 29.10.1990:7c, TG 29.10.1990:6).

1093 LF 29.10.1990:5b.

1094 So z. B. LM 20.11.1990:6, LM 22.11.1990:1a, LM 23.11.1990:1a, LF 30.11.1990:2.

1095 LM 13.12.1990:4a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

issus de la famille [démocrate-chrétienne] feront de ce texte."[1096] Am Ende, daran ließ die Zeitung auch hier keinen Zweifel, waren eben doch die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten, nicht die europäischen Parteien für die Vertragsreform ausschlaggebend.

Eine deutliche Abweichung von dieser mitgliedstaatlich-außenpolitischen Perspektive bot lediglich ein neuer Gastkommentar von Maurice Duverger, der Ende November aus Anlass der europäischen Assisen erschien. Der Europaabgeordnete zitierte darin den italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, der in den Assisen die „expression de la volonté populaire que réside dans les Parlements des Etats et dans le Parlement européen" sah, und kritisierte das „déficit démocratique", das durch die Übertragung von Kompetenzen der nationalen Parlamente auf Kommission und Ministerrat entstehe, ohne dass diese wirkungsvoll durch das Europäische Parlament kontrolliert werden könnten. Zuletzt drohte Duverger sogar, dass das Europäische Parlament gegenüber den nationalen Regierungen notfalls eine „stratégie de crise fondatrice" anwenden und im Rahmen seiner bestehenden Kompetenzen europapolitische Vorhaben blockieren könnte, um seine Forderungen zur Vertragsreform zu erzwingen.[1097] Diese konfrontative Linie fügte sich erkennbar in die Tradition der europäischen Föderalisten um Altiero Spinelli ein, die 1984 ebenfalls versucht hatten, einen vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Vertragsentwurf durchzusetzen.[1098] In der übrigen Berichterstattung zu den Assisen (die in *Le Monde,* nicht aber im *Figaro* breiten Raum einnahm) spielte der Gegensatz zwischen Abgeordneten und Regierungen allerdings zunächst kaum eine Rolle. Vielmehr betonte ein Artikel, dass die Idee für die Assisen von einer Rede von François Mitterrand im Oktober 1989 ausgegangen sei – und vereinnahmte damit die ganze Veranstaltung als diplomatischen Erfolg der französischen Regierung.[1099]

1096 LM 18.11.1990:4. Zudem lag der Schwerpunkt des Artikels – wie in den französischen Berichten zur Politischen Union üblich – auf der gemeinsamen Außenpolitik, während etwa die Stärkung des Europäischen Parlaments nur am Rande erwähnt wurde. *Le Figaro* thematisierte den EVP-Gipfel überhaupt nicht, sondern veröffentlichte nur einen Kurzbericht über ein Papier zur europäischen Verteidigungspolitik, das eine deutsch-französische Gruppe von CDU/CSU-, CDS- und UDF-Abgeordneten verabschiedet hatte (LF 16.11.1990:9).

1097 LM 29.11.1990:2.

1098 Vgl. hierzu oben, Erster Teil, Kapitel 4.4.2, sowie ausführlicher Müller 2016.

1099 LM 28.11.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zudem knüpfte der Bericht an die Debatte über die gegensätzlichen Interessen zwischen europäischen und nationalen Parlamentariern an, die bereits vor dem Gipfel von Rom in den französischen Zeitungen verschiedentlich angeklungen war, und thematisierte ausführlich die Befürchtung der französischen nationalen Abgeordneten, durch die Vertragsreform an europapolitischem Einfluss zu verlieren. Als mögliche Gegenmaßnahme wurde noch einmal der französisch-britische Vorschlag zu einem „Sénat européen" mit Delegierten der nationalen Parlamente beschrieben, aber auch das Modell eines regelmäßig tagenden „Congrès", der sich – wie die Assisen – sowohl aus nationalen als auch aus europäischen Abgeordneten zusammensetzen sollte.[1100] Über letzteren Vorschlag hatten die französischen Zeitungen bereits zuvor verschiedentlich berichtet, allerdings stets im Rahmen der nationalen europapolitischen Debatte: Im Juni hatte der französische Außenminister Roland Dumas den „congrès" in einer Aussprache im französischen Parlament erstmals als mögliche Alternative zu einem europäischen Senat ins Spiel gebracht,[1101] im Oktober hatte er dieses Modell ausdrücklich unterstützt.[1102] Später hatte die Regierungspartei PS den Vorschlag in einer europapolitischen Deklaration aufgegriffen, nachdem sich unter anderem Jacques Delors gegen das Senatsmodell ausgesprochen hatte.[1103] Ein Sprecher der gaullistischen Oppositionspartei RPR wiederum hatte den „congrès" als wirkungsloses „pandémonium" verworfen.[1104]

Auch die Berichterstattung über die Assisen war in *Le Monde* nun vor allem von dieser Frage der „institutionnalisation souhaitée par les Français"[1105] dominiert – wobei die Zeitung zugleich keinen Hehl daraus machte, dass die entsprechenden Vorschläge außerhalb Frankreichs kaum eine Rolle spielten. Mehrere Berichte zu dem Thema zitierten ausschließlich französische Akteure, ein Artikel sprach sogar explizit von einem „débat franco-français".[1106] Ein ähnliches Muster fand sich auch in Zusammenhang mit der Sitzordnung der Assisen, die sich nicht an den nationalen Delegationen, sondern den europäischen Parteifamilien orientierte: Auch hierzu hob der Bericht besonders hervor, dass es sich um eine Initiative des französischen Parlamentspräsidenten Laurent Fabius gehandelt ha-

1100 Ebd.
1101 LF 28.06.1990:5.
1102 LF 11.10.1990:9, LM 12.10.1990:10a.
1103 LM 23.11.1990:10.
1104 LM 29.11.1990:13c.
1105 So LM 02.12.1990:6b, ähnlich LM 30.11.1990:6a.
1106 LM 29.11.1990:13b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

be und dass das RPR, das keiner der großen europäischen Familien angehörte, damit unzufrieden sei.[1107]

Auch nach dem Parlamentariertreffen änderte sich dieser Fokus nur geringfügig. Dass sich die Assisen zuletzt nicht für die Einrichtung eines europäischen Senats oder „Congrès" ausgesprochen hatten, beschrieb *Le Monde* als Erfolg der „plus pro-européens", die dadurch eine Schwächung des Europäischen Parlaments befürchtet hätten.[1108] Dass die Forderung der Europaabgeordneten nach einer „Europe fédérale" in der Abschlusserklärung auch von den meisten nationalen Parlamentariern mitgetragen wurde, sah die Zeitung als eine „surprise" – ebenso wie die Tatsache, dass die Delegierten zuletzt tatsächlich nicht nach nationaler Herkunft, sondern entlang ihrer europäischen Parteilinien abgestimmt hatten. Wie sehr dies die Zeitung überraschte, wurde auch an der Art der Berichterstattung selbst deutlich. Diese stellte selbst nämlich durchaus die nationalen Delegationen in den Vordergrund und erklärte, dass „tous les Allemands, tous les Belges et tous les Italiens" für die Abschlusserklärung gestimmt hätten, während sich „la délégation du grand-duché [du Luxembourg]" enthalten habe.[1109]

Ansonsten galt das Hauptaugenmerk jedoch erneut den französischen Repräsentanten: So behandelte beispielsweise ein Artikel den anekdotischen Umstand, dass Valéry Giscard d'Estaing seine Rede bei den Assisen in vier Sprachen gehalten hatte, bezeichnete den Politiker dabei aber nicht entsprechend seinem aktuellen Amt als Fraktionsvorsitzenden der Liberalen im Europäischen Parlament, sondern nur als „ancien président de la République".[1110] Ein weiterer Bericht thematisierte, dass sich die große Mehrheit der französischen Delegierten bei der Abstimmung über die Abschlusserklärung enthalten hatte, und gab aus diesem Anlass zahlreiche Erklärungen französischer Abgeordneter wieder.[1111] Parlamentarier anderer

1107 Ebd. Dass die letztlich symbolische Frage der Sitzordnung nicht nur in der französischen, sondern auch in der britischen Presse recht große Aufmerksamkeit auf sich zog (TT 29.11.1990:23, TG 05.12.1990:6), kann auch als Indiz für die Schwierigkeiten der Zeitungen im Umgang mit dem besonderen Format der Assisen als Zwischenmodell zwischen Diplomatie und Parlamentarismus dienen.

1108 So LM 02.12.1990:6b, ähnlich LM 30.11.1990:6a.

1109 LM 02.12.1990:6b.

1110 LM 30.11.1990:6b.

1111 LM 02.12.1990:6a. Im *Figaro* erschien einige Tage später ein Artikel, der die Enthaltung der französischen Sozialisten in den Assisen als „embarras" für Jean-Pierre Cot, den aus Frankreich stammenden sozialistischen Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, beschrieb (LF 06.12.1990:8a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Länder kamen in der Berichterstattung hingegen fast überhaupt nicht vor. Sogar ein Artikel, der das dänische Modell als Vorbild dafür beschrieb, wie ein nationales Parlament die eigene Regierung in europapolitischen Fragen kontrollieren könne, zitierte zu diesem Thema mit Laurent Fabius und Jacques Delors ausschließlich Politiker französischer Herkunft.[1112] Trotz der ungewöhnlich ausführlichen Berichterstattung über die Assisen blieb *Le Monde* letztlich also bei einer klar nationalen Perspektive: Ähnlich wie bei der Darstellung der Treffen des Europäischen Rates standen auch hier die Vertreter des eigenen Landes mit ihren Positionen im Vordergrund, nur dass es sich statt um Regierungsmitglieder eben um Abgeordnete handelte.

Allerdings zeigte sich die Zeitung bei der Bewertung des Parlamentariertreffens deutlich aufgeschlossener als etwa die FAZ in Deutschland: Während diese den Wirklichkeitssinn der Delegierten in Frage stellte,[1113] lehnte *Le Monde* die weitgehenden Forderungen der Assisen nicht grundsätzlich ab. Ein Artikel verwies zwar auf die abwertende Einschätzung des italienischen Außenministers Gianni De Michelis „que les parlementaires européens ‚confondent leurs désirs et la réalité'". *Le Monde* machte sich diese Position allerdings nicht selbst zu eigen, sondern zitierte auch die ironische Replik des Präsidenten des Europäischen Parlaments Enrique Barón Crespo: „jusque-là, le réalisme en matière de construction européenne était le monopole de Mme Thatcher".[1114] Ein anderer Artikel unterstrich die demokratische Legitimation der Assisen, indem er darauf hinwies, dass ihre Abschlusserklärung zwar nicht bindend sei und von den Regierungen ignoriert werden könne – aber nur „[à] moins qu'au bout de quarante ans de construction européenne, l'avis des élus soit pour la première fois véritablement entendu".[1115]

Insgesamt nahm *Le Monde* die Assisen also vor allem als ein französisches Projekt wahr und zitierte in seiner Berichterstattung dazu auch vor allem französische Akteure. Gleichzeitig berichtete *Le Monde* jedoch auch ausführlicher über die Veranstaltung als jede andere hier untersuchte Zeitung und war letztlich eher bereit, den Forderungen der versammelten Abgeordneten eine besondere Legitimität zuzugestehen.

1112 LM 30.11.1990:6a.
1113 FAZ 29.11.1990:3b, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.1.1.
1114 LM 29.11.1990:13a.
1115 LM 02.12.1990:6b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Nous étions contents de la laisser se battre pour nous": Thatchers Abwahl als Niederlage der europäischen Nationalkonservativen?

Weitaus mehr Aufmerksamkeit als die Assisen zog in *Le Monde* die Regierungskrise in Großbritannien auf sich, die sich im November 1990 in beiden französischen Zeitungen rasch zum zentralen Thema der europapolitischen Berichterstattung entwickelte. Schon anlässlich des Gipfels von Rom Ende Oktober war die Außenseiterrolle Margaret Thatchers immer wieder erwähnt worden: So kritisierte Jacques Delors etwa im Interview in *Le Monde*, Thatcher vollziehe mit ihrem Nationalismus einen „retour à des positions que je croyais abandonnées" und „affiche avec enthousiasme et dynamisme sa différence".[1116] Andere Berichte unterstrichen allerdings auch, dass Großbritannien bei den Integrationsplänen zwar bremse, aber derzeit keine allzu großen Divergenzen mit den übrigen Mitgliedstaaten zeige.[1117]

Auch nach dem Gipfel widmeten die französischen Zeitungen Thatcher mehrere Schlagzeilen, ohne zu einer eindeutigen Einschätzung zu kommen: So sprach *Le Figaro* vom „‚splendide isolement' de la Dame de fer", relativierte dann aber: „Malgré les profonds désaccords, tous les ponts ne sont pas rompus".[1118] Ganz ähnlich erklärte auch *Le Monde,* Thatcher sei in Rom „complètement isolée" gewesen und mit ihrem Versuch gescheitert, die Debatte von der Vertragsreform abzulenken;[1119] ein Leitartikel hingegen konstatierte, Thatcher wolle trotz ihres Widerspruchs zu den Reformplänen keine „bouderie stérile" betreiben, sondern „jouer le jeu, avec l'espoir d'en influencer autant que possible le cours".[1120] Ein weiterer Bericht hob zudem erneut die Ähnlichkeiten zwischen Thatchers europapolitischer „vision" und jener des General de Gaulle hervor und betonte:

> On aurait tort de considérer avec dédain son plaidoyer passionné pour l'Europe des patries. Mme Thatcher se sent aussi européenne que MM. Kohl, Mitterrand ou Delors. Simplement, elle a une autre idée de l'Europe […].[1121]

1116 LM 12.10.1990:1.
1117 LM 27.10.1990:8, ähnlich LF 27.10.1990:2a. Ein Leitartikel in *Le Monde* hob zudem den britischen Beitritt zum EWS als eine gute Nachricht hervor (LM 19.10.1990:1).
1118 LF 29.10.1990:5b.
1119 LM 30.10.1990:8a.
1120 LM 30.10.1990:1.
1121 LM 01.11.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Diese Anerkennung von Thatchers Positionen als anderen Vorstellungen grundsätzlich gleichwertige „idée de l'Europe" und die Anspielung auf De Gaulle deuteten noch einmal einen Deutungsrahmen an, in dem Thatcher nicht nur die Rolle als Vertreterin des britischen Interesses, sondern als Repräsentantin der europäischen Nationalkonservativen zukam. Allerdings wurden diese Parallelen zwischen Thatcher und den französischen Gaullisten in *Le Monde* nicht vertieft. Ein Artikel, der nach Thatchers Rücktritt den Einfluss der britischen Premierministerin auf die wirtschaftsliberale Linie der französischen Oppositionsparteien thematisierte, betonte sogar ausdrücklich:

> Référence […] en matière de libéralisme, Mme Thatcher ne l'est pas devenue, en revanche, pour la droite française en matière européenne. M. Balladur estime que le débat […] sur cette question ne doit rien aux positions proclamées par le premier ministre britannique […].[1122]

Etwas ausführlicher erschienen die Parallelen zwischen britischen Konservativen und französischen Gaullisten hingegen im *Figaro*. In einem Text über die außen- und europapolitischen Positionen von Jacques Chirac erwähnte die konservative Zeitung unter anderem auf dessen Forderung nach einer „monnaie commune" statt einer „monnaie unique" und zitierte den RPR-Chef mit dem Satz: „Margaret Thatcher n'a pas toujours tort."[1123] Wenige Tage später brachte ein Kommentar diese Aussage Chiracs auch explizit mit dem britischen Hard-ECU-Plan und der „vieille polémique sur la supranationalité" in Verbindung.[1124] Wenigstens in einigen Artikeln zeigte sich an dieser Stelle also erneut ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Deutungsmuster für die Vertragsverhandlungen. Insgesamt blieb dies in der Berichterstattung jedoch eine Ausnahme, und auch eine vertiefte inhaltliche Auseinandersetzung mit den konkreten Alternativvorschlägen Thatchers fehlte in den französischen Zeitungen erneut.

1122 LM 24.11.1990:8. Lediglich ein Europaabgeordneter des Front National, Yvan Blot, wurde mit einer wohlwollenden Äußerung über Thatchers Verteidigung der „Europe des patries face à l'Europe fédérale et cosmopolite" zitiert.

1123 LF 03.11.1990:7.

1124 LF 07.11.1990:2. Als weiteren Unterstützer Thatchers und Chiracs nannte *Le Figaro* den deutschen Bundesbankchef Pöhl, der die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Rom als ungenügend „pour une décision de portée aussi vaste que le lancement de l'union monétaire" bezeichnet habe. Dass Pöhl wenige Monate zuvor den Hard-ECU-Plan öffentlich abgelehnt hatte, erwähnte der Artikel hingegen nicht.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die britische Regierungskrise im November selbst wurde in *Le Monde* und *Le Figaro* aufmerksam mitverfolgt. Dabei verwiesen sie ebenso wie die deutschen Medien vor allem in den ersten Tagen immer wieder auf die Europapolitik, speziell Thatchers Ablehnung der Währungsunion, als den zentralen Konflikt, der zum Rücktritt Geoffrey Howes und den weiteren Verwerfungen in der Conservative Party geführt habe.[1125] Später wurde dies allerdings relativiert, da Thatcher selbst sich nicht als „anti-européenne" verstehe und die Europapolitik auch nicht als wichtigen innerparteilichen Gegensatz ansehe.[1126] Als weitere Argumente der Thatcher-Gegner wurden nun vermehrt der Konflikt um die *poll tax* sowie die schlechten Umfragewerte der Partei genannt.[1127] In einigen Artikeln wurden die europapolitischen Gegensätze sogar überhaupt nicht mehr erwähnt.

Auch nach Thatchers Rücktritt nannten viele Rückblick-Artikel zwar die Europapolitik als wichtiges Thema ihrer Regierungszeit, rückten sie aber nicht in den Vordergrund.[1128] Berichte über die Reaktionen anderer europäischer Politiker gaben allerdings prominent die Äußerungen des französischen Außenministers Dumas und des belgischen Ministerpräsidenten Martens wieder, die erwarteten, dass die britische Regierung ohne Thatcher kompromissbereiter würde.[1129] Beide Zeitungen sahen dies grundsätzlich als positive Entwicklung;[1130] ähnlich wie in den deutschen Medien fand sich vereinzelt aber auch die Einschätzung, dass Thatchers europapo-

1125 Z. B. LM 03.11.1990:1, LM 03.11.1990:6b, LM 03.11.1990:6c, LM 03.11.1990:6a, LM 04.11.1990:5, LM 06.11.1990:8, LM 15.11.1990:5, LM 21.11.1990:6; LF 03.11.1990:2, LF 15.11.1990:6, LF 16.11.1990:4, LF 21.11.1990:4b, LF 22.11.1990:8. Vor allem *Le Monde* gebrauchte zudem das Wort „pro-européens" wiederholt als generischen Begriff für die innerparteilichen Gegner Thatchers (z. B. LM 09.11.1990:8, ähnlich LM 14.11.1990:5, LM 16.11.1990:5). Seltener fand sich auch „anti-Européens" als Bezeichnung für den Thatcher-freundlichen Flügel (so LF 05.11.1990:7).

1126 LM 14.11.1990:5, ähnlich LF 21.11.1990:4a sowie bereits LM 03.11.1990:6c.

1127 LM 16.11.1990:5, LM 21.11.1990:6, LM 22.11.1990:1b, LM 22.11.1990:3, LF 15.11.1990:6, LF 17.11.1990:2, LF 19.11.1990:2b, LF 22.11.1990:8.

1128 LM 23.11.1990:1b, LM 23.11.1990:2, LF 23.11.1990:5, LM 24.11.1990:1b, LF 23.11.1990:2, LF 23.11.1990:3, LF 23.11.1990:4b.

1129 LF 23.11.1990:4a, LM 24.11.1990:1b, LM 24.11.1990:6; ähnlich auch LF 24.11.1990:5b, LM 24.11.1990:10, LM 24.11.1990:9. Relativierend dazu stellte ein Leitartikel in *Le Monde* fest, Thatcher habe für die anderen EG-Staaten zuletzt ohnehin an Bedeutung verloren, da sie sich letztlich immer wieder auf Zugeständnisse habe einlassen müssen, die sie zuvor abgelehnt hatte (LM 24.11.1990:1a).

1130 Z. B. LF 23.11.1990:4c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

litisches Bremsen durchaus „d'appréciables vertus" gehabt habe.[1131] Explizite Unterstützung fand Thatcher im *Figaro* durch Alain Peyrefitte, der schon in früheren Beiträgen immer wieder auf Argumentationsmuster der britischen Konservativen zurückgegriffen hatte. In einem Leitkommentar lobte er die zurückgetretene Premierministerin nun für ihre Erfolge gegen Sozialismus und „eurocratie":

> [E]lle luttait en fait pour toutes les vieilles nations d'Europe. Elle avait l'audace de proclamer que les États-Unis d'Europe ne sauraient se construire sur le modèle des États-Unis d'Amérique. Nous étions parfois bien contents de la laisser se battre pour nous.[1132]

Wer mit diesem „nous" genau gemeint war – ob Frankreich als eine andere der „vieilles nations" oder die Gaullisten als Teil einer europaweiten nationalkonservativen Bewegung –, ließ der Kommentar allerdings offen. Ein einzelner Artikel ging schließlich auch auf den sonst ebenfalls nur in den britischen Medien verbreiteten ‚Guter-Europäer'-Topos ein und erklärte, dass Großbritannien die EG-Richtlinien zuverlässiger umsetze als andere Mitgliedstaaten und deshalb eigentlich als „l'un des meilleurs élèves de la classe européenne" gelten müsse.[1133]

In der Berichterstattung über Thatchers Nachfolgekandidaten Michael Heseltine, Douglas Hurd und John Major spielte die Europapolitik wiederum nur eine untergeordnete Rolle; in Profildarstellungen bezeichnete *Le Monde* jeden der drei als „pro-européen".[1134] Nach der Wahl Majors am 27. November beschrieb ein Leitartikel diesen als europapolitisch „relativement flou",[1135] ein Porträt sprach von seiner „discrétion de chat sur ses convictions européennes".[1136] Seine ersten europapolitischen Äußerungen zwischen der Wahl und dem Gipfel von Rom wenige Wochen später wer-

1131 So LM 24.11.1990:9 (vgl. ähnlich auch FAZ 29.11.1990:3a).
1132 LF 23.11.1990:1.
1133 LF 24.11.1990:5b.
1134 LM 24.11.1990:7a, LM 24.11.1990:7b, LM 24.11.1990:7c, ähnlich auch LF 24.11.1990:5a. Ein anderer Artikel erwähnte, dass Geoffrey Howe Heseltine als „le ‚meilleur européen' des trois" bezeichnet habe (LM 27.11.1990:5); ein weiterer betonte, dass Major die Unterstützung der „droite nationaliste et anti-européenne du parti" habe (LM 28.11.1990:3). In vielen Berichten über die Nachfolgefrage trat die Europapolitik jedoch wieder hinter anderen Aspekten, besonders die Wahlaussichten der Conservative Party, zurück (z. B. LM 25.11.1990:3, LF 27.11.1990:8).
1135 LM 29.11.1990:1.
1136 LM 29.11.1990:6. Darüber hinaus nahm der Artikel Majors Wahl jedoch auch zum Anlass, erstmals den nach ihm benannten Vorschlag für einen „écu dur"

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

teten die französischen Zeitungen jedoch klar als ein Zeichen für Verhandlungswillen. So stellte *Le Figaro* fest, dass Major eine „Europe fédérale" und eine „monnaie européenne unique" weiterhin ablehne, sich dabei aber „plus constructif" zeige als seine Vorgängerin.[1137] Ein anderer Artikel resümierte: „Sur l'Europe, il ne renie rien de l'héritage thatchérien. Mais il est moins dogmatique."[1138] Auffälligerweise wurde diese erwartete Kompromissbereitschaft Majors auch im *Figaro* einhellig positiv bewertet; ein Leitkommentar nannte die „intransigeance anti-européenne" gar als einen der zentralen Fehler Thatchers.[1139] Sorgen, dass mit Major die nationalkonservative Position im Europäischen Rat geschwächt würde, fanden sich hingegen nicht.

Auch wenn mehrere Texte vor allem im *Figaro* also einen länderübergreifenden nationalkonservativen Diskurs andeuteten, folgte der größere Teil der Berichterstattung in beiden französischen Zeitungen letztlich einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmuster. *Le Figaro* sah zwar Parallelen zwischen Thatcher und den französischen Gaullisten und äußerte in verschiedenen Kommentaren auch Sympathie für sie. Trotzdem behandelte die Zeitung ihre Abwahl nicht in erster Linie als eine Niederlage der europäischen Nationalkonservativen, sondern als innerbritische Angelegenheit, die für den Rest der EG vor allem insofern relevant war, als sie die Verhandlungen zwischen den Regierungen vereinfachte. Bezeichnend war in diesem Sinn die Formulierung eines Artikels, der nach Majors

---

genauer zu erklären. *Le Monde* wertete den Major-Plan nun durchaus wohlwollend als „une solution pragmatique, à l'anglaise". Zugleich äußerte die Zeitung jedoch auch die Vermutung, der Plan habe für Major vielleicht nur einen strategischen Zweck gehabt, um Thatchers grundsätzliche Ablehnung einer gemeinsamen Währung zu überwinden, und sei nach ihrem Rücktritt obsolet geworden (LM 29.11.1990:6, ähnlich auch LF 30.11.1990:6).

1137 So LF 01.12.1990:3, ähnlich LF 29.11.1990:1, LF 29.11.1990:10a, LM 30.11.1990:5.

1138 LF 28.11.1990:4a. Ganz ähnlich formulierte *Le Monde*, dass Major nicht Thatchers „esprit de croisade" besitze (LM 06.12.1990:1). Auch der italienische Außenminister Gianni De Michelis bestätigte diese Einschätzung in einem Interview (LM 13.12.1990:1). Dass von Major nur ein versöhnlicherer Stil, keine inhaltliche Änderung der britischen Position zu erwarten sei, wurde von den französischen Zeitungen damit erklärt, dass der britische Premierminister auf den weiterhin europaskeptischen Diskurs in der Conservative Party Rücksicht nehmen müsse (LM 15.12.1990:4, ähnlich LF 14.12.1990:3a). Mit dieser Gegenüberstellung von Stil und Substanz der britischen Europapolitik griffen sie ein Thema auf, das zur selben Zeit auch in der britischen Presse zentral war (siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2).

1139 LF 28.11.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Amtsantritt eine „attitude plus positive de la Grande-Bretagne envers l'Europe" erwartete – und damit metonymisch die britische Regierung mit dem ganzen Land gleichsetzte.[1140]

Umgekehrt blieb auch die linksliberale *Le Monde* bei einem weitgehend intergouvernementalen Interpretationsrahmen, selbst als sie Anfang Dezember einen langen Artikel über die Europapolitik des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock veröffentlichte. Der Labour-Chef, so war darin zu lesen, halte britische Politiker grundsätzlich für „plus pragmatiques" und rechne den „vastes projets, allemands et français, d'intégration européenne" keine hohe Bedeutung zu – eine Einstellung, die die Zeitung etwas distanziert als „pas […] moins nuancée que celle du gouvernement conservateur" bezeichnete, „même si les réserves portent sur des sujets différents".[1141] Obwohl *Le Monde* der britischen Opposition mit dem Artikel ungewöhnlich viel Platz einräumte, fügte sich die Darstellung also nicht in ein Deutungsmuster gesamteuropäisch-weltanschaulicher Unterschiede ein. Dass Kinnock zur gleichen Parteienfamilie gehörte wie etwa François Mitterrand, spielte nahezu keine Rolle.

„Il faut parier sur l'Allemagne": Diplomatische Beziehungen im Zentrum der Berichterstattung zum zweiten Gipfel von Rom

Nach dem ersten Dubliner Gipfel hatte das deutsch-französische Verhältnis für die europapolitische Debatte in Frankreich etwas an Bedeutung verloren. In der Berichterstattung über den zweiten Dubliner Gipfel im Juni erschienen Kohl und Mitterrand meist als Partner; die überwundene diplomatische Krise erschien jedoch nicht mehr als ein zentrales Motiv. Erst der Vollzug der deutschen Wiedervereinigung bewirkte, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Oktober 1990 erneut an medialer Präsenz gewannen. Bemerkenswerterweise änderte sich dabei allerdings die Rollenverteilung zwischen den beiden französischen Zeitungen: Hatte zuvor *Le Monde* die Entwicklungen in Deutschland meist wohlwollend begleitet, während *Le Figaro* eine gewisse Skepsis zeigte, so war es nun genau umgekehrt. In den Wochen vor dem ersten Gipfel von Rom äußerte sich die gaullistische Zeitung durchaus positiv über den Bundeskanzler, der eine „Allemagne unifiée et Europe unie" anstrebe, und verwies auf die deutsch-französische Kooperation in den Reformverhandlungen: Nach

1140 LF 01.12.1990:3.
1141 LM 07.12.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Wiedervereinigung, so *Le Figaro*, wolle Kohl nun „accélérer […] la cadence européenne, sous une double commande franco-allemande".[1142] *Le Monde* hingegen äußerte nun wiederholt Sorgen über die künftige deutsche Rolle in Europa, wobei sowohl eine zu mächtige als auch eine abwesende, desinteressierte oder nach Osten orientierte Bundesregierung als ein Risiko für die EG beschrieben wurden.[1143] Auch Jacques Delors hob in einem Interview hervor, die deutsche Wiedervereinigung sei zwar grundsätzlich vorteilhaft, aber nur, sofern dies nicht zu Lasten des „rythme d'intégration" der EG gehe.[1144]

Im Mittelpunkt dieser neuen Zweifel standen die schwierigen Verhandlungen über die gemeinsame Währung, in denen sowohl der Zeitplan als auch die genaue Ausgestaltung zwischen Deutschland und Frankreich umstritten waren. So zitierte und übernahm *Le Monde* in mehreren Artikeln eine Einschätzung Mitterrands, nach der die Gespräche zur Politischen Union weitaus einfacher voranschritten als jene zur Währungsunion.[1145] Jacques Delors erklärte in dem Interview, die Festlegung eines festen Datums für den Übergang zur zweiten Stufe der Währungsunion „est devenue un test de la confirmation de la volonté allemande de construire l'Europe".[1146] Dass Kohl Mitte Oktober tatsächlich einen festen Zeitplan akzeptierte, wertete ein Leitartikel in *Le Monde* ausdrücklich als gute Nachricht.[1147] Weiterhin fand sich aber immer wieder Misstrauen gegenüber dem deutschen Einfluss auf die institutionelle Ausgestaltung: So kritisierte etwa der sozialistische Politiker Laurent Fabius in einem Interview die „augmentation des exigences allemandes" in Bezug auf die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken. Im Gegenzug forderte er, dass nun auch Deutschland auf Frankreich zugehen und sich zur Souveränitätsteilung in anderen Bereichen, „particulièrement la sécurité", bereit erklären

1142 LF 18.10.1990:3, ähnlich LF 27.10.1990:1, LF 27.10.1990:2a, LF 19.11.1990:2a.
1143 LM 12.10.1990:1, LM 12.10.1990:10c.
1144 LM 12.10.1990:1.
1145 LM 10.10.1990:11 (mit ausdrücklichem Verweis auf Mitterrand), LM 19.10.1990:1, LM 27.10.1990:8. Auch ein Artikel im *Figaro* beschrieb die Politische Union als wenig konfliktbelastet, allerdings auch noch sehr unklar (LF 25.10.1990:5). Ein anderer Artikel hingegen folgte dem traditionellen Narrativ und bezeichnete die Verhandlungen zur Währungsunion als weit fortgeschritten, die gemeinsame Außenpolitik hingegen als „plus confuse" (LF 27.10.1990:1).
1146 LM 12.10.1990:1.
1147 LM 19.10.1990:1. Zugleich bemängelte der Leitartikel allerdings auch, dass dieses Datum erst 1994 sein sollte, statt mit dem Abschluss des Binnenmarktprojekts 1993 zusammenzufallen.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

solle.[1148] Auch der schon erwähnte Leitartikel nannte neben Großbritannien ausgerechnet Frankreich als ein Land, das gegenüber der Währungsunion skeptisch eingestellt sei.[1149] Nach dem ersten Gipfel von Rom traten diese Bedenken allerdings rasch wieder in den Hintergrund. Stattdessen hob *Le Monde* nun nur noch hervor, dass Mitterrand entscheidenden Einfluss auf den beschlossenen Zeitplan ausgeübt habe, und ging weder auf die vorherigen deutsch-französischen Spannungen noch überhaupt auf die Frage der institutionellen Ausgestaltung der Währungsunion ein.[1150]

Erst nach dem britischen Regierungswechsel geriet die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland in den Tagen vor dem zweiten Römer Gipfel im Dezember 1990 wieder in den Hauptfokus der Berichterstattung. Besonders *Le Figaro* äußerte sich dabei weiterhin sehr positiv zu der neuen europäischen Rolle des wiedervereinigten Nachbarlands. Ein Kommentar über Kohls Wahlsieg bei den Bundestagswahlen Anfang Dezember hob die Bundesregierung als ein „élément de l'unification harmonieuse de la Communauté européenne" hervor.[1151] Ein anderer empfahl der französischen Regierung explizit, sich außenpolitisch an den erstarkten Nachbarn anzulehnen: „Il faut parier sur l'Allemagne".[1152] Damit einher ging auch ein klar intergouvernementales Verständnis der europäischen Integration, in dessen Mittelpunkt letztlich nationale französische Machtpolitik stand:

> Il est certain que le rêve français d'ordonner la construction européenne doit être abandonné. […] Il reste que la France demeure un partenaire économique et politique fondamental pour l'Allemagne. […] Il reste, plus que jamais, que le nouvel axe Bonn-Paris doit constituer l'épine dorsale d'une Europe qui demeure en construction […][1153]

1148 LM 12.10.1990:10c, zur Kritik an den deutschen Forderungen zur Währungsunion ähnlich auch LM 19.10.1990:1.

1149 LM 19.10.1990:1.

1150 LM 30.10.1990:8a, ebenfalls positiv zur Währungsunion: LM 30.10.1990:1.

1151 LF 03.12.1990:6a, ähnlich LF 03.12.1990:6b.

1152 LF 04.12.1990:2. Umgekehrt sah ein anderer Artikel die deutsch-französische Zusammenarbeit aber auch im Interesse von Helmut Kohl, der nach seiner Wiederwahl bei der Bundestagswahl Anfang Dezember 1990 vor großen Herausforderungen stehe (LF 03.12.1990:6b).

1153 LF 04.12.1990:2, ähnlich LF 06.12.1990:3, LF 12.12.1990:2. Andere Kommentare sahen die neue deutsche Hegemonie kritischer. Auch sie stellten jedoch nicht die europäische Integration in Frage, sondern forderten lediglich die französische Regierung zu größeren Anstrengungen auf: „Il serait suicidaire pour la France de jeter la construction européenne aux orties. Mais comment

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Demgegenüber fanden sich in *Le Monde* weiterhin etwas häufiger Anspielungen auf die Sorge vor einer neuen deutschen Hegemonie. Vor dem Hintergrund einer generell positiven Einschätzung der Vertragsreformen[1154] galt eine vertiefte europäische Integration jedoch auch hier als geeignete Strategie für dauerhaft gute bilaterale Beziehungen.[1155] Auf besonderes Interesse stieß dabei das Schreiben zur Politischen Union, das Kohl und Mitterrand am 6. Dezember veröffentlichten: So erklärte *Le Monde*, die gemeinsame Initiative widerlege „l'idée que l'unification de l'Allemagne avait durablement émoussé l'entente entre Paris et Bonn et compromis la capacité du ‚couple' franco-allemand à faire avancer l'Europe".[1156] Zwar stellten beide französischen Zeitungen auch einige Interessenunterschiede zwischen den beiden Regierungen fest, insbesondere was die Rolle der nationalen Parlamente und der Regionen sowie die Sicherheitspolitik betraf.[1157] Diese Gegensätze wurden in der Berichterstattung jedoch als überbrückbar angesehen und weniger hervorgehoben als zur selben Zeit in FAZ und SZ.

Gegenüber der Zufriedenheit über das gute bilaterale Verhältnis spielten die konkreten Inhalte des gemeinsamen Vorschlags wieder einmal nur eine untergeordnete Rolle. Als sein Kernstück und „élément déterminant, fédérateur, de l'union politique européenne" beschrieben die französischen Zeitungen erneut die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.[1158] Ganz auf der Linie des mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsmusters kam es für *Le Monde* dabei aber wiederum vor allem darauf an, ob sich die eigene Regierung mit ihren Zielen durchgesetzt habe. So interpretierte sie die Einwilligung, den Bereich der gemeinsamen Außenpolitik auch auf die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien in Afrika

---

pourrait-elle accepter que s'échafaude sous ses yeux, et sans réagir, une Europe allemande, de l'Atlantique à l'Oural? Elle ne doit plus se laisser distancer. Il ne tient qu'à elle" (LF 11.12.1990:1, ähnlich LF 11.12.1990:4b, LF 11.12.1990:4a).

1154 Unter anderem veröffentlichte *Le Monde* mehrere Umfragen, die eine große Zustimmung der französischen oder europäischen Befragten zu der geplanten Reform zeigten (LM 05.12.1990:8, LM 13.12.1990:4c). Auch im *Figaro* bezeichnete ein Kommentar den „processus de la construction communautaire" als „vital pour le maintien de la stabilité de notre continent tout entier" (LF 12.12.1990:2).

1155 LM 07.12.1990:8, LM 14.12.1990:2.

1156 LM 09.12.1990:1, ähnlich LF 10.12.1990:6, LF 14.12.1990:1.

1157 LM 09.12.1990:1, LF 10.12.1990:6, LF 12.12.1990:2.

1158 LM 14.12.1990:1, ähnlich LF 14.12.1990:1 sowie unter Verweis auf Vertreter der französischen Regierung LF 05.12.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auszudehnen, als ein Zugeständnis Mitterrands.[1159] Ein Erfolg sei hingegen, dass der gemeinsame Vorschlag eine „relation organique claire" zwischen der Politischen Union und der WEU vorsehe, was „les chances d'une future défense européenne" verbessere. In der „véritable course de vitesse […] entre la référence à l'OTAN et la référence à l'Europe" begünstige diese Formulierung die „européens", zu denen die französische Regierung zähle, gegenüber den „atlantistes" wie Großbritannien.[1160]

Die Reaktionen der übrigen Mitgliedstaaten auf das deutsch-französische Schreiben beschrieben die französischen Zeitungen hauptsächlich als positiv. Als mögliche Gegner nannte *Le Monde* lediglich Großbritannien und die Niederlande, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: Während Großbritannien eine gemeinsame EG-Außenpolitik grundsätzlich ablehne und stattdessen nur eine diplomatische Zusammenarbeit im Rahmen der EPZ und der NATO unterstütze, missbilligten die Niederlande die vorgesehene Schlüsselrolle des Europäischen Rates.[1161] Insbesondere letztere Frage galt als Schlüsselthema für den zweiten Gipfel in Rom, wobei die niederländische Position wie schon im Juni mit der Sorge vor einer künftigen Dominanz der großen Mitgliedstaaten begründet wurde.[1162] Argumente der europäischen Demokratie spielten hingegen kaum eine Rolle; lediglich eine kurze Agenturmeldung griff ein Zitat des niederländischen Außenministers Van den Broek auf, für den die Stärkung des Europäischen Rates „ne constitue pas un gage de démocratisation des institutions européennes".[1163] *Le Figaro* wiederum nahm die niederländische Kritik zum Anlass für eine sehr allgemeine Betrachtung über die Vielzahl an Europakonzeptionen, wobei die Zeitung sowohl nationale als auch parteipolitische Gegensätze thematisierte:

1159 LM 09.12.1990:1.

1160 Dass das gemeinsame deutsch-französische Schreiben explizit auch eine Stärkung der NATO zum Ziel erklärte, solle hingegen nur etwaigen negativen Reaktionen der ‚Atlantiker' vorbeugen (ebd., ähnlich LF 10.12.1990:6). Ein Kommentar im *Figaro* hingegen erklärte „le vieux débat entre l',Europe atlantique' et l',Europe européenne'" generell für überholt und begrüßte, dass die deutsche und französische Regierung NATO und WEU gleichermaßen in den Blick nähmen (LF 12.12.1990:2).

1161 LM 14.12.1990:1, ähnlich auch LF 14.12.1990:3b.

1162 LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3.

1163 LM 11.12.1990:3. Ein *Figaro*-Kommentar wiederum sprach nur allgemein von einem „déficit démocratique" der EG, das es zu lösen gelte, ohne auf konkrete Reformvorschläge einzugehen (LF 12.12.1990:2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Les conceptions de l'Europe varient encore d'un bout à l'autre du continent. Il y [sic] les fédéralistes (Italie, Benelux), les régionalistes (l'Allemagne), les nationalistes (la Grande-Bretagne), les atlantistes (Danemark, Pays-Bas, Grande-Bretagne), les neutres (l'Irlande), sans compter tous ceux qui peuvent varier selon l'équipe gouvernementale en place: si les démocrates-chrétiens sont, par exemple, de farouches partisans des „États-unis d'Europe", si les socialistes sont assez largement intégrationnistes, ce n'est pas le cas des gaullistes ou des conservateurs …[1164]

Eine detailliertere Analyse dieser sich überlagernden Kontrastlinien blieb allerdings aus – und auch eine intensive Auseinandersetzung mit der von den Niederlanden geforderten Aufwertung des Europäischen Parlaments gab es in den französischen Zeitungen nicht.

Als wichtigster institutioneller Konflikt galt vielmehr das Verhältnis zwischen dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission, die einen Verlust ihres traditionellen Initiativmonopols befürchte. Mit seinen Einwänden gegen den deutsch-französischen Vorschlag war Kommissionspräsident Jacques Delors auch der einzige europapolitische Akteur, der in den französischen Medien regelmäßig neben den Regierungen der Mitgliedstaaten in Erscheinung trat.[1165] Allerdings stellten sich beide untersuchten Zeitungen in dem Konflikt hinter die eigene Regierung: Ein *Figaro*-Leitkommentar argumentierte, die Außenpolitik sei „aussi près à la souveraineté des États", dass eine Übertragung von Kompetenzen auf die Kommission wenigstens kurzfristig nicht möglich sei.[1166] *Le Monde* wiederum zitierte die französische Europaministerin Guigou, es sei „pas pensable […] de déléguer à un organisme supranational des pouvoirs qui appartiennent actuellement aux chefs d'État et de gouvernement". Aus Sicht von François Mitterrand spreche sogar die demokratische Legitimität für eine Stärkung des Europäischen Rates, da dieser aus „personnalités qui sont élues au suffrage universel" bestehe und deshalb am besten geeignet sei „de faire accepter par les opinions publiques les avancées européennes".[1167] Nicht weiter problematisiert wurde dabei, dass dieses Argument so nur im politischen System Frankreichs Sinn ergab, da nur hier die Außenpolitik die besondere Domäne eines direkt gewählten Staatspräsidenten war. Auch dass Helmut Kohl als wichtigster Verbündeter Mitterrands bei der

1164 LF 14.12.1990:3b.
1165 LF 14.12.1990:1, LM 14.12.1990:1, LM 16.12.1990:3, ähnlich schon LF 01.12.1990:6, LF 10.12.1990:6, LM 09.12.1990:1.
1166 LF 14.12.1990:1.
1167 LM 16.12.1990:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Demokratisierung der EG eigentlich ebenfalls auf das Europäische Parlament statt den Europäischen Rat setzte, wurde in den französischen Zeitungen kaum thematisiert. Vielmehr stellte *Le Monde* die Zitate Guigous und Mitterrands nicht als nationale Position Frankreichs, sondern als Verteidigung des *gemeinsamen* deutsch-französischen Vorschlags dar. Der Kontext musste den Leser deshalb vermuten lassen, dass auch die deutsche Bundesregierung die von Mitterrand vertretene Sichtweise teilte.

Zu einem Konfliktthema wurde in *Le Monde* hingegen noch einmal das andere große Projekt der Vertragsreform: die Währungsunion. Nachdem diese im Oktober erstmals in einzelnen Texten auf Vorbehalte gestoßen war, äußerten nun mehrere Artikel offene Kritik. So stellte ein Kommentar in Zweifel, ob eine einheitliche Währung ohne eine gemeinsame Sozial- und Budgetpolitik erfolgreich sein könne,[1168] ein anderer lehnte die Währungsunion unter Berufung auf die nationale Souveränität rundheraus ab.[1169] Vor allem aber übernahm die Zeitung die Forderung des französischen Finanzministers Pierre Bérégovoy, dass es neben der Europäischen Zentralbank ein „gouvernement économique" durch den Europäischen Rat und den Ministerrat geben müsse. Ganz im Sinne des mitgliedstaatlich-außenpolitischen Paradigmas wurden die verschiedenen Ansichten in dieser Debatte meist als nationale Positionen gedeutet. Insbesondere postulierte *Le Monde* einen kulturellen Gegensatz zwischen dem deutschen „extrémisme dans le discours de l'indépendance [de la banque centrale]" und der französischen Tradition, die durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zentralbank geprägt sei.[1170] Ein gesamteuropäisch-parteipolitischer Deutungsrahmen fand sich hingegen nur in einzelnen Artikeln: So erschien die Forderung, dass die Aufgabenstellung der Zentralbank neben der Preisstabilität auch die Beschäftigungsrate berück-

1168 LM 15.12.1990:1.

1169 LM 04.12.1990:2.

1170 LM 07.12.1990:33. Das in den deutschen Zeitungen verbreitete Argument, dass die Bundesrepublik mit dem Verzicht auf die D-Mark bereits ein entscheidendes Opfer bringe und entsprechend auch ein besonderes Anrecht habe, mit ihren Forderungen nach einer weiteren Ausgestaltung der Vertragsreform berücksichtigt zu werden, erwähnte *Le Monde* hingegen nicht einmal andeutungsweise – mit Ausnahme einer Kurzmeldung über eine Äußerung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger, der eine Revision der französischen Verteidigungspolitik im Rahmen einer europäischen Sicherheitsunion zur Bedingung für die gemeinsame Währung machte (LM 13.12.1990:4b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sichtigen sollte, auch in dem Bericht von *Le Monde* über den Kongress des BSPEG.[1171]

Im *Figaro* spielte die Währungsunion hingegen generell keine zentrale Rolle mehr. Ein Kommentar äußerte sich sehr positiv zu dem Modell einer unabhängigen Europäischen Zentralbank nach deutschem Vorbild.[1172] Ansonsten wurde das Thema jedoch nur noch am Rande erwähnt: Ein weiterer Beitrag bezeichnete die Vorbereitungen zur Währungsunion als „chose faite",[1173] der Vorstoß Bérégovoys wurde überhaupt nicht behandelt.

Die Ergebnisse des Dezember-Gipfels schließlich nahmen *Le Monde* und *Le Figaro* durchaus positiv auf. Allerdings hoben sie die Eröffnung der Regierungskonferenzen nicht als ein zentrales Ereignis hervor, sondern betonten eher die Kontinuität der Verhandlungen. Insbesondere fanden sich hier im Gegensatz zu den deutschen Zeitungen keine euphorischen Zitate über die historische Bedeutung des Gipfels – was offenbar daran lag, dass Mitterrand, anders als Kohl, keine solche Äußerungen gemacht hatte. Stattdessen erwähnte *Le Figaro* lediglich, dass Jacques Delors Kohls Formulierung eines „sommet historique" für verfrüht halte, da der endgültige Erfolg der Reform noch nicht gesichert sei.[1174] Auch *Le Monde* verwies noch einmal auf die verbleibenden offenen Fragen zur Politischen Union.[1175]

Als wichtigste Neuheit des Gipfels sah *Le Monde* die „grande amabilité" Majors, der durch seinen freundlicheren Tonfall den „premier sommet consensuel […] depuis fort longtemps" ermöglicht habe.[1176] Genauere Erklärungen zu den britischen Positionen fanden sich in der Berichterstattung allerdings weiterhin nicht. *Le Figaro* wiederum legte den Schwerpunkt der Berichterstattung gar nicht allein auf die Eröffnung der Regierungskonferenzen, sondern auch auf Themen wie die Golfkrise oder die laufenden GATT-Verhandlungen – und, wieder einmal, auf die „bataille

1171 LM 13.12.1990:4a.
1172 LF 13.12.1990:2.
1173 LF 14.12.1990:1. Andere Artikel erwähnten allerdings Majors Gegenvorschlag einer „‚monnaie commune', donc parallèle" als noch offenen Verhandlungspunkt (LF 14.12.1990:3b). Ein Kommentar behauptete sogar, die EG plane „[l]a mise en place d'une ‚monnaie commune', que deviendra peut-être, un jour, une ‚monnaie unique'" – und suggerierte damit, offenbar irrtümlich und ohne Major explizit zu erwähnen, dass der Hard-ECU-Plan die eigentliche Grundlage der Verhandlungen wäre (LF 12.12.1990:2).
1174 LF 17.12.1990:6b.
1175 LM 16.12.1990:3, LM 18.12.1990:5, ähnlich auch LF 17.12.1990:6b.
1176 LM 16.12.1990:1b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

du siège", also die Frage nach dem Sitz des Europäischen Parlaments.[1177] Ausführlich gaben beide Zeitungen schließlich die Stellungnahme Jacques Delors' wieder, in der dieser seine „méfiance" gegenüber der britischen Regierung ausdrückte und vor einer „crise politique" warnte, falls Major seinen Hard-ECU-Plan weiterverfolgen würde.[1178] Die Eröffnung der Regierungskonferenzen, das wurde aus der Berichterstattung deutlich, war für die französischen Zeitungen lediglich ein weiterer Schritt in einem langen Verhandlungsprozess – wobei das Hauptinteresse nach wie vor weniger der Reform der EG selbst galt als vielmehr den diplomatischen Beziehungen zwischen ihren wichtigsten Mitgliedstaaten.

4.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„La droite qui s'indigne et la gauche qui se tait": Belebung der Debatte ohne klaren inhaltlichen Kristallisationspunkt

Während der zweiten Phase der Verhandlungen belebte sich in Frankreich nicht nur die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Gespräche, sondern auch die Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik – ohne freilich die Intensität der britischen Debatte zu erreichen. So berichteten die Zeitungen nach dem Fall der Berliner Mauer über die Reaktionen der französischen Opposition auf den Pariser Gipfel im November,[1179] über eine Europadebatte im französischen Senat,[1180] über eine Debatte in der französischen Nationalversammlung zu Kohls Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Wiedervereinigung[1181] sowie kurz vor dem Gipfel von Straßburg über ein Treffen Mitterrands mit Vertretern der übrigen Parteien.[1182] *Le Figaro* veröffentlichte zudem ein langes Interview mit dem RPR-Vorsitzenden Jacques Chirac zu außenpolitischen Themen.[1183] Auch in der Berichterstattung über den Gipfel sowie über eine Europadebatte der Nationalversammlung wenige Tage später wurden die Reaktionen der französischen Parteien thematisiert.[1184]

1177 LF 15.12.1990:2, LF 17.12.1990:6a.
1178 LM 18.12.1990:5, ähnlich LF 17.12.1990:6b.
1179 LF 21.11.1989:9a.
1180 LF 21.11.1989:9b.
1181 LM 01.12.1989:3.
1182 LF 06.12.1989:7, LM 07.12.1989:3.
1183 LF 28.11.1989:6.
1184 LM 12.12.1989:48b, LM 14.12.1989:9, LF 12.12.1989:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Allerdings spielten inhaltliche Positionen zur Vertragsreform in diesen Texten nur eine eher untergeordnete Rolle. Sofern Oppositionspolitiker überhaupt mit konkreten Forderungen zitiert wurden, blieben diese entweder weitgehend unspezifisch[1185] oder betrafen die nationale Situation Frankreichs.[1186] Im Zentrum der Debatte stand hingegen die Frage, ob die Regierung genügend Einsatz gezeigt habe, um der französischen Diplomatie Geltung zu verschaffen. So sprach etwa Chirac im *Figaro*-Interview die Währungsunion nur ganz am Rande an und hob stattdessen die Veränderungen in Osteuropa, die deutsch-französischen Beziehungen sowie die Forderung nach einem größeren diplomatischen Gewicht des eigenes Landes hervor: „[L]a France doit porter un grand dessein et être le moteur de la nouvelle construction européenne".[1187] Der PCF-Fraktionschef André Lajoinie wurde nach dem Gipfel von Straßburg mit der Äußerung zitiert, Mitterrand habe durch sein Nachgeben gegenüber Kohl eine „soumission de la France à cette Europe inféodée au capital allemand" befördert.[1188] Der RPR-Generalsekretär Alain Juppé kritisierte, dass sich Kohl mit der Forderung durchgesetzt habe, die Regierungskonferenz erst nach der deutschen Wahl abzuhalten, sodass die Bilanz der französischen Ratspräsidentschaft „proche de zéro" sei.[1189] Demgegenüber verwies ein PS-Vertreter auf das große „engagement international" Mitterrands,[1190] und auch der CDS-Vorsitzende Pierre Méhaignerie bezeichnete den Gipfel als „un succès pour le président de la République".[1191]

Auch wenn die Zeitungen den Reaktionen der französischen Parteien zu europapolitischen Ereignissen in der Berichterstattung nun einen größeren Raum einräumten, waren diese Parteipositionen nur selten das Thema von Meinungsartikeln. Eine Ausnahme bildete ein Kommentar im *Figaro*, der den Umgang der französischen Regierungspartei mit den Umstürzen in Osteuropa kritisierte. Der PS bleibe konkrete Vorschläge schuldig, wie Frankreich mit der Aussicht auf ein gestärktes, wiedervereinigtes

1185 *Le Figaro* zitierte beispielsweise einen Sieben-Punkte-Plan Jacques Chiracs zur Stärkung der EG, dessen erster Punkt sich auf „Accélérer la mise en œuvre de l'Europe" beschränkte (LF 12.12.1989:7).

1186 So forderte Pierre Méhaignerie, die im Delorsplan vorgesehene Unabhängigkeit der französischen Zentralbank möglichst bald umzusetzen (LM 12.12.1989:48b).

1187 LF 28.11.1989:6.

1188 LM 12.12.1989:48b.

1189 Ebd.

1190 Ebd.; ähnlich auch LF 12.12.1989:6.

1191 LF 11.12.1989:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Deutschland umgehen solle. Stattdessen dominiere eine „lecture idéologique", da die Parteispitze fürchte „que les événements en Europe centrale desservent la cause socialiste et renforcent, au contraire, l'Europe du libre-échange". Mit dieser Kritik machte *Le Figaro* der französischen Regierungspartei implizit zum Vorwurf, in eine gesamteuropäisch-weltanschauliche Auseinandersetzung verwickelt zu sein, statt mit diplomatischem Geschick das französische nationale Interesse zu vertreten – und verteidigte damit letztlich ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Verständnis der europäischen Integration:

> Verra-t-on émerger cette « *volonté politique commune* » entre la France et l'Allemagne? N'est-ce pas prendre le risque d'une Europe dominée par le deutschemark? Quelle part, alors, reviendra aux relations entre Paris et Londres? […] Autant de questions auxquelles il serait vain de chercher un début de réponse dans les rangs du PS. On leur préfère, à propose de l'Europe, les proclamations anticapitalistes et socialistes.[1192]

Obwohl die Auseinandersetzung mit der französischen Europapolitik also etwas an Intensität gewann, zeigte sich darin kein klarer inhaltlicher Kristallisationspunkt. Die Politiker-Stellungnahmen, die die Zeitungen zitierten, blieben heterogen und nahmen oft ganz unterschiedliche Aspekte in den Blick. Zudem kam es – trotz der deutlichen Kritik der Opposition an der diplomatischen Leistung der Regierung – kaum zu Konflikten über Sachfragen. An welchen Stellen sich die Europapolitik einer möglichen RPR-Regierung von der Linie Mitterrands genau unterscheiden würde, blieb weitgehend unklar. Ein anderer *Figaro*-Leitkommentar über die französischen Reaktionen auf den Pariser Gipfel im November 1989 übte deshalb ganz generell Kritik an der Form der Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik: Einerseits fehle Mitterrand „l'imagination à la hauteur de la circonstance", andererseits finde aber auch die ihn kritisierende Opposition keinen konkreten Ansatzpunkt und überschätze zudem den Einfluss, den Frankreich in der EG ausüben könne. Die Folge davon sei „le caractère un peu irréel et souvent approximatif du débat entre la droite qui s'indigne et la gauche qui se tait".[1193]

1192 LF 08.12.1989:10 (Hervorh. i. O.).

1193 LF 21.11.1989:1. Lobend erwähnte der Kommentar nur Valéry Giscard d'Estaing: Mit seiner Forderung, Finanzhilfen für die osteuropäischen Länder bedingungslos bereitzustellen (und nicht nur im Gegenzug für demokratische Reformen, wie vom Europäischen Rat vereinbart), habe er „l'angle d'attaque le plus aigu contre le président" gefunden und damit die Grundlage für „un vrai débat" gelegt.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Dieser Topos eines unzureichenden nationalen Europadiskurses, der nicht auf der Höhe der realen politischen Veränderungen sei und die Bürger letztlich vor vollendete Tatsachen stelle, kam in den französischen Medien – vor allem im *Figaro* – auch in den folgenden Monaten immer wieder vor. Anlässlich einer Parlamentsdebatte vor dem Gipfel von Dublin im April analysierte die Zeitung, Mitterrand habe bislang auf die Entwicklungen in Deutschland nur reagiert und es deshalb nicht geschafft, „le reproche de passivité historique qu'on lui a adressé" zu überwinden. Vor allem mangele es der Regierung an einem „plan d'ensemble", der die französische Öffentlichkeit beruhigen könnte:

> Bref, le président na pas produit, à l'heure sensible, la grande explication publique qui eût donné à l'opinion le sentiment anticipateur et rassurant que la France jouait la première sur la carte de l'histoire européenne, sans attendre qu'elle se décante.[1194]

Diese Kritik des *Figaro* deckte sich teilweise mit der Argumentationslinie der Opposition, die der Regierung in der Parlamentsdebatte europapolitische „inertie" vorwarf.[1195] Teilweise klang darin aber auch eine darüber hinausgehende Kritik an, die die fehlende öffentliche Debatte als ein grundsätzliches Problem für die Legitimität der französischen Europapolitik sah. Diese Diskurslinie verschwand in der Folge niemals vollständig aus den französischen Medien und gewann vor allem in der dritten Phase der Vertragsverhandlungen – unmittelbar vor dem Gipfel von Maastricht 1991 – noch größeres Gewicht.

„Retour du discours ‚national'": Rechtsruck des RPR und weitere Spaltung der Opposition

Die anfangs noch sehr unspezifische Kritik der gaullistischen Opposition an der Vertragsreform konkretisierte sich in den ersten Monaten des Jahres 1990. Nicht zuletzt unter dem Druck des Front National betonte das RPR zunehmend die Bedeutung der nationalen Souveränität und versuchte Gegenvorschläge zu den Reformplänen der Regierung zu entwickeln. Ein wichtiger Anlass dafür war die Debatte der Nationalversammlung vor dem Gipfel von Dublin im April, in der Jacques Chirac ein Alternativmodell zur Währungsunion präsentierte. Diesem Entwurf zufolge sollte die neue

1194 LF 10.04.1990:7.
1195 LF 11.04.1990:1,LF 11.04.1990:8a, LF 11.04.1990:8c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Gemeinschaftswährung die nationalen Währungen nicht ablösen, sondern nur ergänzen und parallel zu diesen zirkulieren.[1196] Dieser Vorschlag einer „monnaie commune" statt „monnaie unique" lehnte sich also an die zur selben Zeit in Großbritannien diskutierten Alternativen zur Währungsunion an; insbesondere nahm er zentrale Bestandteile des wenige Monate später vorgestellten Hard-ECU-Plans vorweg.

Die Konkretisierung der Gegensätze zwischen der Regierung und der gaullistischen Opposition führte auch unter den französischen Zeitungen zu einer stärkeren Polarisierung. In *Le Monde* stieß der Vorschlag zur „monnaie commune" auf starke Kritik; ein Kommentar beschrieb ihn als „retour du discours ‚national'", mit dem das RPR auf die Erstarkung des Front National reagiere.[1197] *Le Figaro* hingegen ließ deutliche Sympathien für Chirac erkennen. Anlässlich der Parlamentsdebatte im April druckte die Zeitung nicht nur ein längeres wörtliches Zitat aus der Rede des RPR-Vorsitzenden ab,[1198] sondern beschrieb seine Position auch als „solution ouverte et pragmatique, également éloignée du repli sur l'Hexagone et de la descente à tout va vers la supranationalité".[1199] Auch dass Chirac einige Wochen später in einer Rede die angeblich geplanten „transferts de souveraineté sans aucun contrôle" kritisierte und einen Vorschlag für einen europäischen Senat aus nationalen Parlamentariern vorlegte, beschrieb *Le Figaro* wohlwollend als Zeichen für die „volonté [du RPR] d'être à nouveau le fer de lance de la droite parlementaire".[1200] Implizit lobte die Zeitung die gaullistische Partei also dafür, den europaskeptischen Diskurs nicht allein der extremen Rechten zu überlassen. Explizit wurde der Front National in dieser Zeit allerdings in keinem einzigen *Figaro*-Artikel zur Europapolitik erwähnt.

Doch nicht nur in der Berichterstattung zu den französischen Parteien, sondern auch in Meinungsartikeln ließ *Le Figaro* nun eine größere Nähe zu europaskeptischen Positionen erkennen. So erschien etwa ein Gastkommentar mit der Forderung, dass französische Gerichte die Möglichkeit bekommen sollten, EG-Rechtsakte auf ihre Konformität mit der französi-

1196 Innerhalb des RPR ging dieser Vorschlag zurück auf ein Memorandum, das Edouard Balladur im Januar 1988 verfasst hatte (Maricot 2010:189; zu den europapolitischen Neupositionierungen des RPR während der Maastricht-Verhandlungen vgl. allgemein ebd.:197–233).

1197 LM 12.04.1990:10a.

1198 LF 11.04.1990:8b.

1199 LF 10.04.1990:7.

1200 LF 05.05.1990:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Verfassung zu prüfen – ein Vorschlag, der gegen den zu dieser Zeit bereits etablierten Vorrang des Europarechts verstoßen hätte.[1201]

Die zunehmend auf nationale Souveränität ausgerichtete Linie des RPR verschärfte allerdings auch die bereits zuvor vorhandenen europapolitischen Konflikte zwischen den Gaullisten und den zentristischen Oppositionskräften UDF und CDS. Diese oppositionsinterne Spaltung stand in *Le Monde* regelmäßig im Mittelpunkt der Berichterstattung über die nationalen europapolitischen Auseinandersetzungen. So hatte die Zeitung schon nach dem Gipfel von Straßburg in etwas spöttischem Tonfall erklärt, dass zwar sowohl das CDS als auch das RPR die Regierung kritisiert, dabei aber selbst „des positions sensiblement différentes" eingenommen hätten.[1202] Auch nach der Parlamentsdebatte im April stellte *Le Monde* fest, es seien die „divisions de l'opposition", die einen nationalen Konsens in der Europapolitik erschütterten.[1203] Kurz danach zitierte die Zeitung aus einer Rede, in der der CDS-Parteivorsitzende Pierre Méhaignerie davor warnte, zu Wahlkampfzwecken Europaskepsis zu schüren.[1204]

Noch ein weiteres Mal zeigte sich die Spaltung der französischen Opposition in den Reaktionen auf den gemeinsamen Vorschlag Helmut Kohls und François Mitterrands zur Politischen Union. So berichtete *Le Monde*, dass UDF und CDS die Initiative der beiden Regierungen unterstützten; das RPR hingegen kritisiere die „précipitation", mit der Mitterrand sich Kohl angeschlossen habe.[1205] Und auch in zwei Interviews, die *Le Monde*

1201 LF 25.04.1990:6. Der Gastkommentar stand im Kontext einer zu dieser Zeit diskutierten Verfassungsreform, die überhaupt zum ersten Mal eine gerichtliche Kontrolle von französischen Rechtsakten auf ihre Verfassungsmäßigkeit *(exception d'inconstitutionnalité)* ermöglichen sollte. Mit einer Ausweitung dieser Verfassungskontrolle auch auf EG-Rechtsakte wäre Frankreich weiter gegangen als etwa das deutsche Bundesverfassungsgericht, das 1986 in seinem Solange-II-Urteil auf eine Prüfung von Europarecht anhand der deutschen Grundrechte im Regelfall verzichtet hatte. Im Juni 1990 schloss Justizminister Pierre Arpaillange eine Anwendung der Verfassungskontrolle auf bereits ratifizierte internationale Verträge sowie auf EG-Verordnungen allerdings aus (vgl. Mbongo 1999:134–135). Letztlich kam es zu der Anfang der 1990er Jahre diskutierten Verfassungsreform überhaupt nicht; die *exception d'inconstitutionnalité* wurde in Frankreich erst 2008 eingeführt.

1202 LM 14.12.1989:9.

1203 LM 12.04.1990:10b.

1204 LM 17.04.1990:14.

1205 LM 21.04.1990:5. Die Zustimmung der UDF-Europaabgeordneten Valéry Giscard d'Estaing und Simone Veil zu der Initiative wurde einige Tage später noch einmal in einer eigenen Kurznachricht behandelt, die allerdings nicht weiter auf parteipolitische Fragen einging (LM 26.04.1990:3b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

mit den UDF-Politikern Valéry Giscard d'Estaing und Jean François-Poncet führte, fragte die Zeitung nach Chiracs Währungsplan und der „résurgence nationaliste" in der gaullistischen Partei.[1206] Beide spielten deren Bedeutung allerdings herunter: So erklärte Giscard d'Estaing, es sei nur „normal", dass in einer unklaren Lage wie der gegebenen jede Partei auf „son comportement instinctif" zurückfalle, was jedoch nicht der Arbeit an einer gemeinsamen Oppositionslinie entgegenstehe.[1207] François-Poncet wiederum erklärte, da die Vollendung des Binnenmarkts eine Einheitswährung letztlich ohnehin unvermeidlich mache, diene Chiracs Vorschlag wohl nur dazu, „les sensibilités de certains au sein du RPR" zu beruhigen.[1208]

Während *Le Monde* also versuchte, den europapolitischen Gegensätzen in der Opposition Sichtbarkeit zu verleihen, spielte *Le Figaro* diese eher herunter. So schrieb die Zeitung nach der Parlamentsdebatte zum Gipfel von Straßburg nur von einem „débat […] animé à droite", in dem sich „les différences qui ont toujours existé entre les Français sur la construction européenne" widerspiegelten.[1209] Anlässlich der Parlamentsdebatte im April konstatierte *Le Figaro* sogar „intentions […], pour l'essentiel, identiques" aller großen Parteien im französischen Parlament; die existierenden Konflikte beschränkten sich „sur certaines modalités".[1210] Dennoch kam auch *Le Figaro* nicht umhin, die Währungsunion als „un nouveau sujet de division" für die Opposition zu bezeichnen.[1211] Wenn Außenminister Roland Dumas ein „accroissement des pouvoirs de l'Europe" anstrebe, stoße er bei CDS- und UDF-Politikern wie Pierre Méhaignerie und Alain Lamassoure auf Unterstützung, während Chirac die Einheitswährung und ein „système d'Europe fédérale" strikt ablehne.[1212]

Wenige Tage später berichtete die Zeitung allerdings schon wieder über Versuche der Gaullisten, die „divergences d'appréciation entre compagnons" zu überwinden, und zitierte den RPR-Generalsekretär Alain Juppé, der erklärte: „Il n'y a pas de raison pour camper sur nos divergences."[1213] Sogar Pierre Méhaigneries Äußerungen, dass die Europaskepsis des RPR vor allem wahltaktische Gründe habe, deutete *Le Figaro* als Zeichen, dass

1206 So die Formulierung im Interview mit Giscard d'Estaing (LM 19.04.1990:1).
1207 Ebd.
1208 LM 29.04.1990:3.
1209 LF 06.12.1989:7.
1210 LF 11.04.1990:8a, ähnlich auch LF 11.04.1990:8c.
1211 LF 10.04.1990:7.
1212 LF 11.04.1990:8a.
1213 LF 26.04.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

das CDS die Hoffnung auf eine gemeinsame Linie der Opposition nicht aufgegeben habe:

> Le CDS « ne désespère pas » de ramener le RPR sur des positions plus proches des siennes. Méhaignerie se demande malgré tout si « la résistance du RPR n'est pas due au fait que l'idée nationale est plus populaire et plus électorale que l'idée européenne ».[1214]

In anderen *Figaro*-Artikeln über integrationsfreundliche Äußerungen von UDF-Politikern (etwa die Unterstützung von Giscard d'Estaing für die deutsch-französische Initiative zur Politischen Union)[1215] wurden die inneroppositionellen Konflikte schließlich überhaupt nicht erwähnt.

Obwohl die französischen Parteien also durchaus unterschiedliche europapolitische Positionen vertraten und beide Zeitungen in der Berichterstattung auch immer wieder darauf zurückkamen, blieb die Intensität der Debatte weit hinter jener in Großbritannien zurück. Insbesondere gab es weiterhin kaum Meinungsartikel oder Gastkommentare zur Europapolitik der französischen Parteien. Nach dem April-Gipfel des Europäischen Rates verschwanden die parteipolitischen Auseinandersetzungen über die französische Europapolitik schließlich fast vollständig aus dem Pressediskurs: Die Darstellung zu beiden Dubliner Gipfeln konzentrierte sich ausschließlich auf die zwischenstaatlichen Verhandlungen. Umgekehrt verlor die Europapolitik auch für die Berichterstattung über die französischen Parteien an Bedeutung. Als es Ende Juni – genau zeitgleich mit dem zweiten Dubliner Gipfel – zur Gründung eines festen Bündnisses aus RPR und UDF unter der Bezeichnung „Union pour la France" kam, veröffentlichte *Le Figaro* darüber zwar einen langen Bericht, ging darin aber überhaupt nicht auf die europapolitischen Uneinigkeiten zwischen den beiden Parteien ein.[1216]

Nicht zuletzt diese Diskontinuität der europapolitischen Debatte in Frankreich zeigt, dass die Auseinandersetzung zwischen den französischen Parteien als weitgehend losgelöst von den gleichzeitigen Entwicklungen auf EG-Ebene wahrgenommen wurde. Auch wenn in der Debatte immer wieder auf europäische Beschlüsse wie das Binnenmarkt-Projekt oder den Delorsplan Bezug genommen wurde, wurden Chiracs Vorstöße jeweils aus der innerstaatlichen französischen Situation – vor allem der gaullistischen Souveränismus-Tradition sowie dem Druck des Front National – heraus verstanden. Dass sie konkrete Auswirkungen auf die Verhandlungen ha-

1214 LF 16.04.1990:5.
1215 LF 26.04.1990:3a.
1216 LF 27.06.1990:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ben könnten, erwarteten die Zeitungen nicht; tatsächlich wurde diese Möglichkeit nicht einmal thematisiert. Die europapolitische Position des RPR interessierte lediglich im Kontext der nationalen französischen Parteipolitik, nicht etwa als Teil eines gesamteuropäisch-weltanschaulichen Alternativentwurfs zum Delorsplan.

Wie oben bereits dargestellt, zogen die französischen Zeitungen deshalb auch keine systematische Verbindung zwischen den Gaullisten und der britischen Conservative Party. Nachdem die britische Regierung Ende Juni ihren Hard-ECU-Plan vorgestellt hatte, kam *Le Monde* zwar in einem Artikel noch einmal kurz darauf zurück, dass auch Chirac eine „idée très proche" zur „ligne de conduite du RPR" gemacht habe.[1217] Insgesamt aber blieben für die Zeitungen die französische Parteipolitik und die zwischenstaatlichen Verhandlungen zwei weitgehend getrennte Sphären.

„Une vraie frontière": Polarisierung der Europadebatte auf nationaler Ebene

Zu einer Wiederbelebung der innerfranzösischen Debatte zur Vertragsreform kam es Ende Juni nach dem zweiten Dubliner Gipfel anlässlich einer Regierungserklärung des Außenministers Roland Dumas im französischen Senat. Im Mittelpunkt stand dabei die „finalité fédérale" des europäischen Integrationsprozesses, zu der sich Mitterrand in Dublin bekannt hatte und die auch Dumas nun in seiner Regierungserklärung noch einmal unterstrich.[1218] Während der PS und einige UDF-Vertreter dies unterstützten, lehnten RPR und PCF „toute esquisse de ‚supranationalité'" scharf ab.[1219] In der Folge verschärften sich auch zwischen den Zeitungen wieder die Gegensätze: *Le Monde* nutzte den Anlass, um erneut etwas spöttisch auf die Spaltung der bürgerlichen Parteien und auf die ungewöhnliche Einigkeit

1217 LM 23.06.1990:4.

1218 Im Einzelnen erklärte Dumas laut *Le Monde*, die Regierung wolle „[p]arvenir à une communauté unique, à finalité fédérale, qui soit dotée d'institutions communes agissant chacune dans son domaine de compétences et dans le plein respect […] du rôle des Etats" (LM 29.06.1990:7). Zugleich hob Dumas hervor, dass diese föderale Finalität nicht im Widerspruch zu der – von Mitterrand bereits ein halbes Jahr zuvor vorgeschlagenen – Idee einer gesamteuropäischen „confédération" stehe, die auch die osteuropäischen Staaten umfassen solle (ebd., ähnlich auch LM 27.06.1990:1).

1219 So kritisierte der RPR-Senator Emmanuel Hamel die „diktats de Bruxelles" und warnte, das Konzept einer Föderation impliziere „‚que les souverainetés nationales disparaîtront, que la politique étrangère de la France ne sera plus décidée librement par elle mais par d'autres qu'elle'" (LM 29.06.1990:7).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zwischen Gaullisten und Kommunisten hinzuweisen.[1220] Im *Figaro* hingegen griff ein Leitkommentar von Alain Peyrefitte die „dérive supranationale“ Mitterrands scharf an und forderte die „droite républicaine“, also RPR und UDF, auf, dem Front National nicht „le monopole du patriotisme“ zu überlassen.[1221]

Eine Parlamentsdebatte im Oktober bot neuen Anlass zur Gegenüberstellung der unterschiedlichen Positionen: So betonte *Le Monde*, dass die große Mehrheit in der französischen Nationalversammlung die europäische Integration unterstütze[1222] und zitierte ausführlich aus einer Rede Dumas', der für die Regierungspositionen warb.[1223] Auf der anderen Seite unterstrich die Zeitung den neuen Rechtskurs der Gaullisten: Auf die Forderung des PS-Abgeordneten Charles Josselin, „sur le chemin d'une Europe à finalité fédérale“ voranzuschreiten, habe es „cris sur les bancs du RPR“ gegeben.[1224] Vor allem aber hob die Zeitung erneut die Uneinigkeit der Oppositionsparteien vor, die selbst anerkennten „que c'est l'Europe qui fait le plus d'ombre à la belle unité de l'Union pour la France“.[1225]

Neben dem Gegensatz zur UDF kam es im Herbst 1990 jedoch auch zu Konflikten innerhalb des RPR, da eine Gruppe von hochrangigen Mitgliedern um den früheren Arbeitsminister Philippe Séguin und den früheren Innenminister Charles Pasqua sich für eine noch stärker europaskeptische Parteilinie einsetzte, in der die Vertragsreform vollständig hinter das Ziel der Osterweiterung zurückgestellt würde. In dieser Auseinandersetzung diente *Le Monde* als Plattform: Nachdem der RPR-Generalsekretär Alain Juppé Ende Oktober in einem Gastkommentar die offizielle Parteilinie be-

1220 Ebd.

1221 LF 28.06.1990:1. Nebenbei kritisierte Peyrefitte auch Delors, der sich kurz zuvor für Brüssel statt Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments ausgesprochen hatte. In der gleichen Ausgabe berichtete *Le Figaro* darüber, dass dieselbe Kritik auch von einem RPR-Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung geübt worden war (LF 28.06.1990:7).

1222 LM 10.10.1990:12. Auch später berichtete *Le Monde* immer wieder über proeuropäische Entwicklungen in der französischen Parteienlandschaft, etwa über die Gründung der Kleinpartei „Rassemblement pour l'Europe fédérale“ (LM 26.10.1990:6, auch LF 03.11.1990:5) oder über eine Umfrage unter den französischen Grünen, die „[à] la différence de leurs collègues d'outre-Rhin“ mehrheitlich ein „gouvernement européen“ unterstützten (LM 05.12.1990:8).

1223 LM 12.10.1990:10a.

1224 LM 12.10.1990:10b.

1225 LM 10.10.1990:12, ähnlich auch LM 12.10.1990:10b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schrieben hatte,[1226] bot die Zeitung auch Pasqua Raum, um in einem Gastbeitrag das „Europe de l'apartheid" zu kritisieren, das nur die EG umfasse und den Osten ausgrenze, und unter expliziter Bezugnahme auf Charles de Gaulle eine „union de tous les Etats de notre continent, ‚de l'Atlantique à l'Oural'" anstelle der „constitution d'un Etat unique, intégré, fédéral, sur le modèle des Etats-Unis d'Amérique" zu fordern.[1227]

In der Folge wurde Pasqua sowohl von UDF-Politikern als auch von dem RPR-Vorsitzenden Chirac scharf kritisiert, was sowohl *Le Monde* als auch *Le Figaro* in mehreren Artikeln aufgriffen.[1228] Dennoch gelang es der europaskeptischen Gruppe, starken Einfluss auf die Position des RPR zu nehmen: In einem „Manifeste pour l'union des Etats de l'Europe", das die Partei am 5. Dezember 1990 verabschiedete, sprach sie sich gegen eine weitere Vertiefung der EG und für eine gesamteuropäische „confédération" souveräner Staaten aus, die in der Währungs- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, aber keine weiteren Kompetenzen an supranationale Organe abgeben solle.[1229]

Beide französischen Zeitungen druckten ausführliche Zitate aus diesem Manifest ab[1230] und behandelten es in mehreren Berichten und Meinungsartikeln. Dabei zeigten sich wieder einmal die unterschiedlichen parteipolitischen Sympathien der Zeitungen: So deutete *Le Monde* das Manifest als Zeichen für die Entwicklung Chiracs zu einer „conception beaucoup plus gaullienne et beaucoup moins supranationale de l'Europe".[1231] Mit seinem „patriotisme lyrique de la plus pure veine du gaullisme national" greife das RPR nicht nur den PS an, sondern setze sich auch weiter von der UDF ab.[1232] Ein Leitartikel kritisierte scharf, dass die Gaullisten durch ihr Manifest die ideologische Nachfolge der zurückgetretenen britischen Premierministerin anträten, offenbar um potenzielle Wähler des rechtsextremen

1226 LM 30.10.1990:2. Im Einzelnen sprach sich Juppé für mehr europäische Zusammenarbeit aus „dès lors que […] la France conserve la maîtrise de l'essentiel", unter anderem „le droit de décider elle-même de la paix et de la guerre" und „le pouvoir d'émettre sa propre monnaie parallèlement à la monnaie commune européenne".

1227 LM 14.11.1990:2. Zugleich lehnte Pasqua auch ein „Europe ‚concentrique'" ab, das um die EG aufgebaut würde, und stellte sich damit implizit gegen die offizielle Linie der französischen Regierung, gleichzeitig eine föderale EG und eine gesamteuropäische Konföderation anzustreben.

1228 LM 24.11.1990:12, LF 23.11.1990:8, LF 26.11.1990:9.

1229 Vgl. Maricot 2010:205–208.

1230 LF 06.12.1990:8b, LM 06.12.1990:10b.

1231 LM 06.12.1990:10a, ähnlich LM 07.12.1990:9a.

1232 LM 07.12.1990:9b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Front National für sich zurückzugewinnen. Europa habe jedoch „plus besoin d'action et de réflexion que de querelles théologiques lourdes et d'arrière-pensées électorales".[1233]

Auf der anderen Seite lobte *Le Figaro* das Manifest als innerparteilichen „compromis", mit dem Chirac auf Séguin und Pasqua zugehe und so die Konflikte innerhalb des RPR befrieden könne.[1234] Zugleich bemühte die Zeitung sich in den folgenden Tagen erneut, die Gegensätze zwischen RPR und UDF zu relativieren. So sprach ein Artikel über die Reaktionen in RPR und UDF auf das Manifest von „des tonalités différentes, mais sur un fond commun";[1235] ein anderer betonte, die Opposition wolle „atténuer ses divergences", wenn auch „sur la monnaie, sur le fédéralisme et sur l'élargissement de la Communauté" weiter Uneinigkeit bestehe.[1236] Daneben veröffentlichte die Zeitung ein Doppelinterview mit Michèle Alliot-Marie, der europapolitischen Sprecherin des RPR, und dem UDF-Abgeordneten und früheren Europaminister Bernard Bosson „[pour] confronter leurs analyses, tout en soulignant ce qui peut les rapprocher".[1237] Und schließlich berichtete *Le Figaro* in mehreren Artikeln über einen letztlich gescheiterten Versuch Valéry Giscard d'Estaings, im Europäischen Parlament eine gemeinsame Fraktion von Liberalen, Christdemokraten und Konservativen zu gründen – was implizit auch als europäische Fortsetzung der Zusammenarbeit von RPR und UDF beschrieben wurde.[1238] Lediglich ein einzelner Artikel im *Figaro* bot eine deutlich schärfere Darstellung der Konflikte und sprach von „une vraie frontière", die durch die französische Opposition verlaufe und ein gemeinsames europapolitisches Programm

1233 LM 07.12.1990:1. Mit dieser Positionierung kritisierte *Le Monde* nicht nur das RPR, sondern stützte implizit auch wieder die französische Regierung, da schließlich nur diese in den Verhandlungen die geforderte „action" zeigen konnte.

1234 LF 29.11.1990:10b, ähnlich LF 05.12.1990:9b.

1235 LF 06.12.1990:8c.

1236 LF 05.12.1990:1.

1237 LF 05.12.1990:9a. Tatsächlich unterstrichen Alliot-Marie und Bosson zwar ihre Gegensätze in bestimmten Grundsatzfragen (etwa der Währungspolitik oder dem Bekenntnis zu einer „Europe fédérale" bzw. „Europe des États"), betonten jedoch auch, dass sie „au-delà de la théorie" gar nicht so viel trenne: Unter anderem seien beide gegen die „déviation technocratique" der EG, für eine Stärkung des Europäischen Parlaments und für mehr Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik.

1238 LF 11.12.1990:8, LF 12.12.1990:7, LF 13.12.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

vorerst unmöglich mache.[1239] Wenige Tage später folgte hierauf jedoch wiederum ein Interview mit dem RPR-Abgeordneten Édouard Balladur, der einen „travail de clarification" ankündigte, um die europapolitischen Positionen von RPR und UDF miteinander zu versöhnen.[1240]

Insgesamt sahen also beide Zeitungen das RPR-Manifest als einen wichtigen Beitrag zur französischen europapolitischen Debatte an. Wie schon in der ersten Jahreshälfte wurde die Positionierung der Gaullisten jedoch fast ausschließlich im Rahmen der nationalen Parteienkonkurrenz interpretiert und nicht mit der anstehenden Eröffnung der Regierungskonferenzen zur Vertragsreform in Verbindung gebracht. Insbesondere kam es in keiner der beiden Zeitungen zu einem Vergleich des Manifests mit dem neuen gemeinsamen Vorschlag zur Politischen Union, den François Mitterrand und Helmut Kohl nur einen Tag später, am 6. Dezember 1990, veröffentlichten. Die nationale Europapolitik, in der die französischen Parteien alternative Integrationskonzepte vorschlugen, und die Europapolitik des Europäischen Rates, in der die verschiedenen nationalen Regierungen miteinander verhandelten, erschienen in der Berichterstattung wieder einmal als zwei fast vollständig voneinander getrennte Bereiche. Dass die französischen Oppositionsparteien nun ein größeres Interesse für das Thema der europäischen Integration zeigten und das RPR eine eigene, von der Regierungslinie abweichende Position entwickelte, führte mithin nur zu einer stärkeren Politisierung und Polarisierung der Europadebatte auf nationaler Ebene – nicht zur Entwicklung von europäisch-weltanschaulichen Deutungsrahmen oder einer grenzüberschreitenden Debattenstruktur.

„Personne n'en a jamais débattu": Topos der unzureichenden Debatte

Im Vergleich mit den Debatten innerhalb der französischen Opposition spielte der Parti socialiste nur eine untergeordnete Rolle im Europadiskurs

1239 LF 14.12.1990:8. Interessanterweise bezeichnete *Le Figaro* die beiden Lager dabei als „[e]uropéens-fédéralistes" und „européens-nationalistes" – was offenbar implizieren sollte, dass auch das RPR trotz seines „rejet de toute intégration de la Communauté européenne au détriment des souverainetés nationales" keineswegs europafeindlich sei. Diese Darstellung entsprach einerseits der gaullistischen Parteirhetorik, die sich ja ausdrücklich für eine „union des États de l'Europe" einsetzte. Andererseits weist sie aber auch auffällige Ähnlichkeiten zu dem Topos des ‚good Europeanism' auf, mit dem in Großbritannien die *Times* die konservative Regierung in Schutz nahm.

1240 LF 18.12.1990:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der französischen Zeitungen. Die Partei kam kaum als Akteur mit eigenen Positionen vor, sondern trat hinter der Europapolitik der Regierung um Präsident Mitterrand zurück. Meinungsäußerungen von PS-Politikern zur Vertragsreform erschienen in den Medien deshalb vor allem im Kontext der Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, nicht über die nationale Europapolitik. Auf größeres Interesse stieß der PS lediglich insofern, als es auch hier zu parteiinternen Spannungen kam. Insbesondere die national-souveränistische Parteiströmung Socialisme et République um Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement stellte sich gegen den Kurs Mitterrands und lehnte jegliche Übertragung von weiteren Kompetenzen an die EG strikt ab. Aber auch sonst herrschte im PS keineswegs Einigkeit über das Ausmaß an Supranationalität, auf das Frankreich sich einlassen sollte.[1241]

Von den Zeitungen wurden diese Konflikte allerdings weitaus seltener thematisiert als die Spaltung zwischen den Oppositionsparteien. Gerade *Le Monde*, das die Gegensätze zwischen RPR und UDF regelmäßig hervorhob, relativierte die Gegensätze innerhalb des PS: Im Oktober 1990 konstatierte ein Artikel, es gebe zwar weiterhin „des divergences", doch nur die Gruppe um Chevènement sei „irréductible".[1242] Anlässlich einer europapolitischen Erklärung, die die Partei am 21. November 1990 verabschiedete, betonte *Le Monde*, diese sei letztlich von allen Parteiströmungen angenommen worden, nur die „amis de M. Chevènement" seien wegen dessen „hostilité […] à une union monétaire qui ne s'accompagne pas, selon lui, d'un contrôle démocratique réel" der Abstimmung ferngeblieben.[1243] Als zweites innerparteiliches Konfliktthema galt die Rolle der nationalen Parlamente, die insbesondere Laurent Fabius im Rahmen einer Institutionalisierung der Assisen stärker in die EG-Politik einbinden wollte, während Jacques Delors dadurch eine Schwächung des Europäischen Parlaments befürchtete. Wie *Le Monde* darstellte, wurde dieser Gegensatz in der Erklärung vom 21. November durch einen Kompromiss gelöst, indem die Partei sich zwar für häufigere Treffen nationaler Abgeordneter, aber gegen eine „institution supplémentaire de la Communauté" aussprach.[1244]

1241 Zu Chevènements europapolitischen Positionen vgl. Guérot 1996:537–545; zu den unterschiedlichen parteiinternen Strömungen vgl. Wielgoß 2002:78–79, 117–118.
1242 LM 10.10.1990:12.
1243 LM 23.11.1990:10.
1244 Ebd., vgl. auch LM 28.11.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Le Figaro thematisierte die PS-internen Gegensätze kaum häufiger als *Le Monde*, allerdings mit ungleich schärferen Begriffen. Offenbar in dem Versuch, die Regierungspartei als ähnlich zerstritten wie die Opposition darzustellen, betonte die konservative Zeitung vor allem die Rolle Chevènements. So hieß es etwa Mitte Dezember 1990, die Positionen von Fabius und Chevènement seien „aux antipodes"[1245] und zwischen Delors und Chevènement gebe es „[r]ien en commun".[1246] Ein Artikel brachte sogar eine mögliche „axe Chevènement-Séguin" ins Spiel und verwies auf die europa- und verteidigungspolitischen Gemeinsamkeiten der national-souveränistischen Parteiflügel von PS und RPR.[1247] Zugleich kritisierte *Le Figaro* allerdings auch stärker als *Le Monde* die Rolle von Präsident Mitterrand. Dieser sei für die Linie des PS ausschlaggebend, vermeide angesichts der parteiinternen Uneinigkeiten jedoch eine klare Festlegung. Dadurch gelinge es ihm „tout à la fois à défendre l'idée de la nation, à préserver la construction européenne et à appeler de ses vœux la mise en place d'une confédération européenne".[1248]

Mit dieser Kritik am „flou" des Präsidenten[1249] griff *Le Figaro* den Topos der unzureichenden Europadebatte auf, der bereits seit Ende 1989 immer wieder vorkam. Eine ähnliche Stoßrichtung besaß auch ein Interview mit Alain Lamassoure über das Budget der EG, das die Zeitung im Oktober veröffentlicht hatte. Der UDF-Europaabgeordnete beschrieb darin das Eigenmittelsystem der EG als „complètement obscur" und kritisierte die fehlende öffentliche Diskussion darüber: „Personne n'en a jamais débattu".[1250] In dem Artikel über die Spaltungen innerhalb des PS ging *Le Figaro* allerdings noch einen Schritt weiter und beschrieb die fehlende Debatte als direkten Grund für die wachsende Europaskepsis in der Partei. So sei der PS seit den 1980er Jahren immer europafreundlicher geworden, ohne dies jedoch jemals auf einem Parteitag zu beschließen. Auch dass die Partei mit Delors und Chevènement zwei radikal unterschiedliche Positionen umfasse, bringe die Auseinandersetzung nicht voran:

> Ce face-à-face entre les deux hommes parviendrait presque à donner l'illusion d'un débat. Or le débat n'a jamais eu lieu. Le grand virage européen du début des années 80, tout comme la conversion à l'écono-

1245 LF 06.12.1990:8a.
1246 LF 15.12.1990:7a.
1247 LF 15.12.1990:7b.
1248 LF 15.12.1990:7a.
1249 Ebd.
1250 LF 25.10.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> mie de marché, n'a été évoqué ni au congrès de Toulouse ni au congrès de Lille […]. Ce qui explique qu'à date fixe le PS soit saisi d'un prurit anti-européen.[1251]

Doch nicht nur im *Figaro,* auch in *Le Monde* fand sich im Lauf des Jahres 1990 erstmals der Topos einer unzureichenden nationalen Auseinandersetzung über die Europapolitik. Anlass war hier die Europadebatte der Nationalversammlung im Oktober, deren Zustandekommen *Le Monde* zunächst etwas spöttisch, aber durchaus positiv kommentiert hatte:

> [L]es députés français débattront de l'Europe pour la troisième fois en moins d'un an. On n'était pas habitué à ce rythme. L'Europe a plus de trente ans, mais le Palais-Bourbon la découvre tout juste.[1252]

Dieses größere Interesse erklärte *Le Monde* damit, dass die Europapolitik nun auch „l'essentiel de la souveraineté d'une nation: sa monnaie, sa politique étrangère, sa défense" betreffe. Es sei deshalb „temps d'ouvrir un débat", wobei die häufigeren Debatten in der Nationalversammlung der Anfang von „une nouvelle ère" für die europapolitische Auseinandersetzung in den französischen Institutionen sein könnten.[1253] Zwei Tage später schlug dieser Optimismus allerdings in Enttäuschung darüber um, dass die große Mehrheit der Abgeordneten bei der Parlamentsdebatte nicht anwesend gewesen war. Ein Bericht übte deshalb deutliche Kritik:

> Alors que les parlementaires français ne cessent de dénoncer l'amoindrissement de leurs pouvoirs face aux instances européennes, ils ne sont généralement qu'une poignée à confronter leur point de vue, dans l'hémicycle, avec les ministres intéressés. Cela n'enlève rien à la qualité des discussions.[1254]

Auch wenn die französischen Zeitungen also zu recht unterschiedlichen Einschätzungen kamen, wer für die unzureichende europapolitische Debatte verantwortlich sei – der oppositionsnahe *Figaro* kritisierte vor allem die unklare Position von Präsident Mitterrand, die regierungsfreundliche *Le Monde* hingegen das mangelnde Interesse der Parlamentarier –, so zeigten sie doch beide die Einschätzung, dass die öffentliche Debatte über die europäische Integration nicht mit den politischen Entwicklungen Schritt halte. Auch wenn diese Metakritik des öffentlichen Diskurses in Frank-

1251 LF 15.12.1990:7a.
1252 LM 10.10.1990:12.
1253 Ebd.
1254 LM 12.10.1990:10b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

reich zunächst nur auf einzelne Artikel beschränkt blieb, wurde sie doch zu einem wiederkehrenden Topos der Debatte über die Vertragsreform.

Dieser Topos der fehlenden Debatte (der, wie unten noch gezeigt wird, in etwas unterschiedlicher Form auch in den beiden anderen untersuchten Ländern auftrat) lässt sich als ein Zeichen dafür verstehen, dass auch in den Zeitungen selbst ab der zweiten Phase der Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht ein gewisses Bewusstsein für die sich öffnende Kluft zwischen der Funktionsweise des politischen Systems und den Strukturen der öffentlichen Auseinandersetzung darüber entstand. Dass sich diese Kritik vor allem gegen Mitterrand oder die Abgeordneten der Nationalversammlung richtete, zeigt jedoch, dass die Zeitungen vor allem eine höhere Intensität der *nationalen* Europadebatte einforderten. Ein Verfassungsmoment, der zu einer transnational-weltanschaulichen Debatte in einer gesamteuropäisch-innenpolitischen Öffentlichkeit geführt hätte, befand sich offenbar jenseits des Erwartungshorizonts der Redakteure.

4.3 Großbritannien

4.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„An overpowering unified Germany": Der Mauerfall als Anlass zu beschleunigter oder verlangsamter Integration?

In Großbritannien war der Anfang der zweiten Phase der Vertragsverhandlungen vor allem von den europapolitischen Uneinigkeiten innerhalb der Conservative Party geprägt. Wie oben beschrieben, dominierten diese auch die Debatte über die Kampfabstimmung um den Parteivorsitz, bei der sich Thatcher am 5. Dezember 1989 gegen Anthony Meyer durchsetzte. Doch obwohl auf diese Weise europapolitische Fragen allgemein in den britischen Medien sehr präsent waren, wurden die Ereignisse in Osteuropa und der Fall der Berliner Mauer hier seltener mit der europäischen Integration in Verbindung gebracht als in Deutschland oder Frankreich. Besonders in der regierungsnahen *Times* unterschieden sich auch die Argumentationsmuster deutlich von jenen auf dem Kontinent: Einzelne Artikel griffen zwar Helmut Kohls Wunsch nach einer europäischen Einbindung der

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

deutschen Wiedervereinigung auf.[1255] Vor allem aber erschienen die Umwälzungen in Ostdeutschland als ein willkommenes Argument für Margaret Thatcher, um eine Verlangsamung des „French-led drive" zur Währungsunion zu erwirken.[1256]

Dass die erwartete Wiedervereinigung und der damit verbundene Machtgewinn Deutschlands gerade kein Anlass für eine vertiefte europäische Integration seien, betonten gleich mehrere *Times*-Meinungsartikel. Nachdem etwa der irische Publizist Conor Cruise O'Brien bereits Ende Oktober vor einem „Fourth Reich" gewarnt hatte,[1257] erklärte er einige Tage nach dem Mauerfall, es sei „much less likely that the new Germany would dissolve into a united Europe than that it would dominate it". Bis die Frage der deutschen Wiedervereinigung geklärt sei, sei es in Bezug auf die europäische Einigung deshalb „wiser to slow down".[1258] Ähnlich äußerte sich der Thatcher-nahe Abgeordnete Norman Tebbit in einem Gastkommentar,[1259] und auch ein Leitartikel wandte sich explizit gegen „the idea of using the EC to ‚anchor' West Germany".[1260] Tatsächlich fand sich in der *Times* im November 1989 nur ein einziger Kommentar, der sich ausdrücklich für ein stärker integriertes Europa als „safe haven for a united Germany" aussprach – Autor des Textes war der Thatcher-Herausforderer Anthony Meyer.[1261]

Der *Guardian* gab sich hingegen deutlich offener für die Idee, dass das wiedervereinigte Deutschland erfolgreich in „a Community pledged to move towards federal union" eingebunden werden könne.[1262] Tatsächlich hatte die Zeitung schon anlässlich des Madrider Gipfels im Juni 1989 die

1255 TT 14.11.1989:9, TT 18.11.1989:7, TT 23.11.1989:10. Später verwiesen in der *Times* auch eine Analyse der US-amerikanischen Europapolitik (TT 06.12.1989:16) und eine Übersichtsdarstellung der Konfliktlinien auf dem Straßburger Gipfel (TT 08.12.1989:14a) auf einen Zusammenhang zwischen den Umstürzen in Osteuropa und einer Intensivierung der europäischen Integration.

1256 TT 13.11.1989:1.

1257 TT 31.10.1989:18.

1258 TT 17.11.1989:16.

1259 TT 21.11.1989:14b: „if such a [European] superstate were created, it would be a superstate dominated by Germany".

1260 TT 08.12.1989:15a.

1261 TT 30.11.1989:14.

1262 So TG 14.11.1989:1a, ähnlich TG 13.11.1989:24 (als Beschreibung der französischen Position), TG 13.11.1989:1 (als Beschreibung der Kommissionsposition), TG 23.11.1989:8 (als Beschreibung der Position Helmut Kohls).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Währungsunion als ein Mittel zur Einbindung der wirtschaftlich erstarkenden Bundesrepublik beschrieben:

> [R]eforms that supposedly affront our national identity – like a single currency – may be the vital ties that bind all of us, West Germany especially, a decade on.[1263]

Nach dem Mauerfall sahen zwar auch hier mehrere Kommentare die Aussicht auf „an overpowering unified Germany" mit Sorge.[1264] Zugleich sagte der *Guardian* jedoch auch voraus, dass mit dem Bedeutungsverlust des Ost-West-Konflikts nun die EG zum „dominant focus for European foreign policy and security" würde, und beklagte „the unreality of the British debate on foreign policy", die dem nicht hinreichend Rechnung trage.[1265] Ein Gastkommentar des deutschen Publizisten Theo Sommer beschrieb eine aus der EG entwickelte Politische Union als wesentlichen Bestandteil der europäischen Ordnung nach dem Kalten Krieg: „a common European roof […] under which it simply will not matter whether Germany is united or divided".[1266] Wie ein solches vertieftes und nach Osten erweitertes „new Europe" aussehen könnte, behandelte der *Guardian* auf mehreren Themenseiten unter dem Titel „Europe tomorrow", die in den Tagen vor dem Straßburger Gipfel erschienen.[1267] Eine Grafik erläuterte detailliert die denkbare Ausgestaltung eines „three-tier Europe" aus „concentric circles" mit einer föderalen „European Union" im Zentrum, die von einem „European Economic Space" und einem „Common European Home" umgeben sein würde.[1268] Vor allem aber kritisierte die Zeitung erneut die

1263 TG 28.06.1989:22.
1264 TG 10.11.1989:16, ähnlich TG 11.11.1989:1.
1265 TG 11.11.1989:3.
1266 TG 04.12.1989:19.
1267 Zum Konzept der Serie TG 04.12.1989:21. Einige Artikel der Serie beschrieben auch die Frage, inwiefern die Gesellschaften in Europa eine gemeinsame europäische Identität entwickelten (TG 04.12.1989:23a, TG 07.12.1989:10). Obwohl der *Guardian* dabei vor überzogenen Erwartungen warnte, setzte er sich mit diesem Fokus implizit von dem in der *Times* vorherrschenden Diskurs ab, der nationale Identitäten als quasi unveränderlich beschrieb.
1268 TG 04.12.1989:22d, ähnlich TG 04.12.1989:22c. Die „European Union" entsprach dabei einer um Österreich, Norwegen, Ungarn und Zypern erweiterten EG, der „European Economic Space" umfasste die EFTA-Staaten und den größten Teil Mittel- und Osteuropas einschließlich der Schweiz und der Türkei, das „Common European Home" auch die Sowjetunion und Jugoslawien. Als offen beschrieb der *Guardian* die Zuordnung Großbritanniens (zwischen EU und „EES"), des Baltikums (zwischen „EES" und „Common European Home") sowie der Diktaturen in Rumänien und Albanien.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Selbstisolierung der britischen Regierung, die sich als Einzige in der EG gegen die Währungsunion stelle und deshalb womöglich bald nur noch dem zweiten Ring, dem „European Economic Space", angehören werde.[1269] Insgesamt werde ohne einen Positionswechsel Thatchers ein Voranschreiten der übrigen EG-Staaten ohne Großbritannien immer wahrscheinlicher. Der Europäische Rat von Straßburg sei – so die Überschrift eines Leitartikels – „[t]he last chance to join the team".[1270]

Einen vergleichsweise großen Stellenwert nahm in beiden Zeitungen die Debatte über das Verhältnis zwischen Vertiefung und Osterweiterung der EG ein. Die Grundlinien waren dabei klar: Während Thatcher die Osterweiterung anstelle einer weiteren Vertiefung anstrebe, wollten andere Akteure beide Ziele erreichen und sähen die mögliche Erweiterung deshalb als Anlass, gerade jetzt schnelle Fortschritte bei der Integrationstiefe zu erzielen.[1271] Implizit war diese Debatte allerdings auch in einen breiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Diskurs eingebettet: Hatte Thatcher die europäische Integration schon in ihrer Brügge-Rede als ein sozialistisch inspiriertes Projekt gekennzeichnet, so gewann dieser Topos vor dem Gipfel von Straßburg durch die Diskussion über eine EG-Sozialcharta noch weiter an Gewicht. Demgegenüber erschien eine rasche Erweiterung um die osteuropäischen Länder, die sich anschickten, die kommunistischen Regime zu überwinden und sich der freien Marktwirtschaft zu öffnen, als naheliegender wirtschaftsliberaler Alternativentwurf.[1272] In Meinungsartikeln zu dieser Frage zeigte sich allerdings kein deutlicher Links-rechts-Gegensatz. Im Wesentlichen folgten diese zwar der erwartbaren Linie der jeweiligen Zeitung.[1273] Teilweise waren sie ihr jedoch auch genau entgegengesetzt: So unterstützten zwei Kommentare im *Guardian* Thatchers Argu-

1269 TG 04.12.1989:22b, ähnlich TG 04.12.1989:22c.

1270 TG 08.12.1989:22, ähnlich auch TG 10.11.1989:2, TG 28.11.1989:20, TG 04.12.1989:22c.

1271 So explizit z. B. TT 07.12.1989:8. Tatsächlich schlug Thatcher bereits Mitte November 1989 in einer Unterhausdebatte vor, die osteuropäischen Länder ähnlich wie die Türkei an die EG zu assoziieren (TG 15.11.1989:6b, TG 15.11.1989:24).

1272 Explizit fand sich eine solche Verbindung zwischen der EG-Sozialcharta und den Entwicklungen in Osteuropa z. B. in TT 06.12.1989:8a.

1273 Beispielsweise hob ein *Times*-Kommentar hervor, dass die Entwicklungen in Osteuropa nicht als Argument für mehr Integration taugten (TT 07.12.1989:14).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ment, dass die Erweiterung wichtiger als die Vertiefung der EG sei,[1274] während ein Gastbeitrag in der *Times* betonte, dass die marktwirtschaftlichen Reformen in Osteuropa keineswegs in Widerspruch zu mehr Integration im Westen stünden.[1275]

Und auch die Auswahl der Akteure in der Berichterstattung über die Frage von Vertiefung und Erweiterung folgte keinem klar gesamteuropäisch-weltanschaulichen Schema. Als wichtige Gegenspieler Thatchers traten zwar immer wieder die französische Regierung[1276] und die Europäische Kommission[1277] auf, die in den britischen Medien üblicherweise als sozialistisch markiert waren. Aber auch die Benelux-Länder oder der liberale deutsche Außenminister Genscher wurden als Befürworter einer raschen Vertiefung der EG genannt[1278] – und nur ein einziges Mal die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament.[1279] Alles in allem erschien auch dieser Konflikt also vor allem als eine Frage nationaler Positionen, die die britische Regierung in Gegensatz zu nahezu allen übrigen EG-Akteuren brachte.

Noch einmal ein völlig anderes Deutungsmuster bot schließlich ein *Times*-Leitartikel nach dem Gipfel von Straßburg: Diesem zufolge liege die zunehmende Ostorientierung der EG vor allem im Interesse Deutschlands, das darin die Chance sehe „to return to its traditional heartland under EC auspices". Frankreich wiederum akzeptiere diese Politik, um Deutschland in der EG zu halten. Für die Zukunft deute sich jedoch „a much-needed Anglo-French entente" an, um das deutsche Streben nach Osten auszubalancieren. Von einem britisch-französischen Konflikt über das Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung war hier erst einmal keine Rede mehr. Stattdessen ging es – wieder einmal – vor allem um die Überwindung der britischen Isolation in der Europapolitik: Angesichts der gemeinsamen Interessen in der deutschen Frage, so spekulierte die *Times*, könne es That-

1274 In einem Fall geschah dies in Form ausdrücklicher Unterstützung für Thatchers Antiföderalismus (TG 11.12.1989:19b), im anderen Fall mit dem distanzierenden Hinweis, dass die Premierministerin die Sozialcharta in Wirklichkeit „for the wrong reasons" bremse (TG 07.12.1989:11).

1275 TT 08.12.1989:12, ähnlich schon TT 04.12.1989:12.

1276 TG 23.11.1989:20, TG 04.12.1989:23b, TT 06.12.1989:8b, TT 08.12.1989:14a.

1277 TG 15.11.1989:10, TG 17.11.1989:11, TT 06.12.1989:8b, TT 08.12.1989:14a.

1278 TG 15.11.1989:10 (Benelux), TG 30.11.1989:10 (Genscher). Insgesamt wurde die deutsche Position allerdings ambivalent gesehen: Ein anderer Artikel thematisierte zum Beispiel auch die Sorge der Kommission, dass Deutschland wegen der Priorität für die nationale Wiedervereinigung die Verhandlungen zum Schengener Abkommen bremsen könnte (TG 16.12.1989:6).

1279 TT 06.12.1989:8b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

cher mit ihrer Annäherung an Frankreich gelingen „to win support for the flexible partnership she prefers to the vision of a federal Community".[1280]

„Break the momentum of the Delors plan": Hoffnung auf deutsche Unterstützung für britische Alternativen

Die Sorge vor einer neuen deutschen Hegemonie hinderte die *Times* allerdings nicht daran, Deutschland in einer anderen Frage als wichtigen möglichen Verbündeten für Großbritannien zu betrachten: Die Bundesregierung, besonders aber Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl wurden immer wieder als Kritiker der Währungsunion und als Sympathisanten des Competing-Currencies-Plans erwähnt, den der neue britische Finanzminister John Major einige Wochen vor dem Gipfel von Straßburg präsentiert hatte.

Als zentraler Alternativvorschlag zum Delorsplan wurde der Competing-Currencies-Plan rasch zum Hauptbezugspunkt in der britischen Berichterstattung über das Treffen in Straßburg. Im Mittelpunkt standen dabei allerdings weniger seine Inhalte als seine Erfolgsaussichten, die als Gradmesser für die britische Isolation auf europäischer Ebene behandelt wurden. Wenig überraschend unterschied sich die Einschätzung zwischen den beiden untersuchten Zeitungen in dieser Hinsicht diametral: So sprach der oppositionsnahe *Guardian* schon Ende November von dem „already much ridiculed ‚competing currencies' plan",[1281] mit dem Thatcher lediglich die Verhandlungen zu verzögern suche, um die Spaltungen innerhalb ihres eigenen Kabinetts zu verschleiern.[1282] Die Regierung selbst beschreibe den Vorschlag zwar als Zeichen ihrer „leadership role in Europe".[1283] Tatsächlich sei seine Annahme aber so gut wie ausgeschlossen. Sollte er dennoch in das Verhandlungsmandat der Regierungskonferenz aufgenommen werden, so sei dies lediglich als „face-saver" zu verstehen, den die übrigen Regierungen Thatcher zugestanden.[1284]

Die regierungsfreundliche *Times* sah in dem Plan hingegen ein „clear, magisterial statement of policy", durch das Thatcher den drohenden Souveränitätsverlust abwenden und die EG-Verhandlungen über die Wäh-

1280 TT 11.12.1989:13.
1281 TG 20.11.1989:24.
1282 TG 04.12.1989:22b.
1283 TG 08.12.1989:12.
1284 TG 07.12.1989:20b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rungsunion in eine neue Richtung lenken könne.[1285] Schon frühzeitig berichtete die Zeitung darüber, dass einflussreiche deutsche Medien den Competing-Currencies-Plan begrüßten. Auch Helmut Kohl selbst wolle einen Konflikt mit Thatcher über die Währungsunion vermeiden, um angesichts der Entwicklungen in Osteuropa die Einigkeit der EG nicht zu gefährden.[1286] In diesem Sinne deutete die *Times* auch die deutsch-französischen Spannungen im Vorfeld des Straßburger Gipfels: Als Kohl Anfang Dezember einen festen Zeitplan für die Regierungskonferenz zunächst ablehnte, machte die Zeitung mit der Überschrift „Kohl breaks with Paris on Delors plan" auf.[1287] Ein weiterer Bericht erklärte unter dem Titel „Change of tack by Kohl boosts Thatcher", die deutsche Position könne „break the momentum of the Delors plan" und „help Britain's rival plan for economic and monetary union".[1288] Auch die gemeinsame deutsch-französische Position kurz vor dem Gipfel änderte nichts an der Erwartung der *Times*, dass Kohl letztlich Thatcher unterstützen werde.[1289]

Der *Guardian* hingegen zog die Möglichkeit eines Zerwürfnisses zwischen Bonn und Paris, von dem die britische Regierung profitieren könnte, lediglich in einzelnen Artikeln kurz nach dem Fall der Berliner Mauer in Betracht.[1290] Später betonte er hingegen die Solidität der deutsch-franzö-

1285 TT 07.12.1989:14. Diese Position teilte auch Michael Heseltine, einer der Wortführer des europafreundlichen Flügels der Conservative Party: In einem Gastkommentar verglich er den Delorsplan mit der Gemeinsamen Agrarpolitik und betonte, die britische Regierung dürfe nicht den Fehler wiederholen, nicht mit eigenen Alternativvorschlägen an den Verhandlungen beteiligt zu sein (TT 29.11.1989:14).

1286 TT 18.11.1989:7. Demgegenüber berichtete der *Guardian*, dass die deutsche Regierung in Sachen Währungsunion „somewhat divided" sei und Bundesbankpräsident Pöhl „sympathy" für den britischen Alternativvorschlag hege; wahrscheinlich werde jedoch die Bundesregierung den Schulterschluss mit Frankreich suchen und sich deshalb über die Bundesbank hinwegsetzen (TG 14.11.1989:24).

1287 TT 07.12.1989:1.

1288 TT 07.12.1989:8. Innerhalb der Bundesregierung wiederum sah die *Times* eine Spaltung zwischen Genscher und Kohl: Während der Außenminister eher integrationsfreundlich sei, versuche der Kanzler die Regierungskonferenz aus Wahlkampfgründen zu verzögern, da die deutsche Öffentlichkeit die Währungsunion ablehne (TT 07.12.1989:1, ähnlich schon TT 18.11.1989:7, speziell zu Kohl TT 09.12.1989:12).

1289 TT 08.12.1989:14a, TT 08.12.1989:15a.

1290 TG 14.11.1989:24, TG 18.11.1989:7. Später erschien nur noch ein einzelner Artikel, der nach dem Gipfel von Straßburg die Zweifel der Bundesbank an der

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sischen Allianz[1291] und konstatierte, durch sein Bekenntnis zu einer Fortsetzung der europäischen Integration habe Kohl „killed any lingering hopes in Downing Street that the Federal Republic would join Britain in trying to slow the momentum of European union".[1292] Dass Kohl sich nicht auf ein genaues Datum für die Eröffnung der Regierungskonferenz einlassen wolle, kommentierte die Zeitung zwar mit der Feststellung: „Britain yesterday took comfort from reports of an alleged overnight breach between […] Kohl and the French […]".[1293] Allerdings habe der Kanzler zugleich erstmals ein konkretes Zieldatum für das Inkrafttreten der Vertragsreform genannt – womit sich Thatcher, die die Währungsunion ganz verhindern wolle, doch wieder in einer „minority of one" befinde.[1294] Und auch sonst betonte der *Guardian* vor dem Gipfel von Straßburg immer wieder, dass sich Thatchers Hoffnungen auf eine Unterstützung durch Deutschland zerschlagen hätten und Kohl und Mitterrand gemeinsam auf eine Lösung durch mehr Supranationalismus hinarbeiteten.[1295]

Der Competing-Currencies-Plan diente den britischen Medien also vor allem zum Anlass, um die Auseinandersetzung über die europapolitische Isolation Großbritanniens fortzusetzen, die schon zuvor im Zentrum der Debatte über die Vertragsreform gestanden hatte. Weniger als um die konkreten Implikationen verschiedener Modelle der währungspolitischen Integration ging es darum, ob Thatcher mit ihrer Herangehensweise erfolgreich die diplomatische Unterstützung anderer Mitgliedstaaten erreichen könne oder nicht. Jenseits der Perspektive auf die eigene nationale Diplomatie kam die Zukunft der EG in der britischen Debatte hingegen fast überhaupt nicht vor. Selbst als der US-amerikanische Präsident George Bush sich dafür aussprach, als Reaktion auf die Ereignisse in Osteuropa die europäische Integration zu intensivieren, wurde dies in den britischen Medien primär auf die britische Verhandlungsposition bezogen und als schwerer Rückschlag für Thatcher gedeutet.[1296]

Währungsunion ansprach und die Aussicht auf eine künftige deutsch-britische Allianz für den Competing-Currencies-Plan als nicht ganz unrealistisch erscheinen ließ (TG 11.12.1989:7a).

1291 TG 15.11.1989:10.

1292 TG 23.11.1989:20.

1293 TG 08.12.1989:12.

1294 TG 07.12.1989:20a.

1295 TG 28.11.1989:20, TG 02.12.1989:3b, TG 04.12.1989:22b, TG 08.12.1989:1.

1296 TG 05.12.1989:1, TT 05.12.1989:1, TT 06.12.1989:8b. Schon im November hatte der *Guardian* eine Äußerung Bushs über „the importance of ‚unity and integration' in the European Community" als „certain to be interpreted as a nudge

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Die starke Fokussierung auf die eigene Regierung führte auch dazu, dass der Straßburger Gipfel in den britischen Medien nur selten als bilateraler Kompromiss zwischen Deutschland und Frankreich interpretiert wurde. Die Berichte der *Times* über die Ergebnisse des Gipfels erwähnten zwar die Unterstützung der Staats- und Regierungschefs für die deutsche Wiedervereinigung zusammen mit dem Beschluss zur Einberufung der Regierungskonferenz zur Währungsunion.[1297] Doch anders als in der französischen und deutschen Presse fanden sich kaum Hinweise darauf, dass es sich dabei um einen ‚Kuhhandel' zwischen Paris und Bonn handele. Vielmehr erschienen die Währungsunion und die Reaktion der EG auf den Fall der Mauer in der *Times* als zwei weitgehend separate Themen, die gewissermaßen nur zufällig auf demselben Gipfel verhandelt worden waren.[1298]

Etwas deutlicher wurde der Zusammenhang im *Guardian*, der bereits vor dem Pariser Gipfel Mitte November ankündigte, außer der offiziell vorgesehenen Diskussion über Ostdeutschland sei dort auch „politicking" zur Währungsunion zu erwarten.[1299] Nach dem Gipfel von Straßburg erklärte ein Bericht, die deutsch-französische Allianz sei die Basis der EG, auch wenn niemand von einem „deal" sprechen wolle.[1300] Ein Leitartikel kritisierte schließlich sogar explizit, dass das öffentliche Hauptinteresse in Großbritannien allein dem „behaviour and demeanour of Mrs Margaret Thatcher" gelte, obwohl diese auf europäischer Ebene eigentlich nur ein „muted bystander" sei und Straßburg vor allem im Licht des deutsch-französischen Verhältnisses verstanden werden müsse. Allerdings befasste sich auch dieser Text letztlich mehr mit Thatchers Irrelevanz als mit der Bedeutung des deutsch-französischen Kompromisses selbst.[1301]

An dieser Irrelevanz ließ die Zeitung freilich nicht den Hauch eines Zweifels. Ein Artikel sprach von einem „undoubted diplomatic setback" für Thatcher und betonte, der Competing-Currencies-Plan habe keine ernst zu nehmenden Erfolgsaussichten mehr; Thatchers Kritik an der Währungsunion sei bloß „ritualistic" und werde von den übrigen Mitgliedstaa-

---

to Mrs Thatcher to be a better European" gewertet (TG 17.11.1989:10). Die *Times* wiederum berichtete später auch prominent über Bushs Klarstellung, dass er mit seiner Äußerung nicht die britische Premierministerin habe angreifen wollen (TT 06.12.1989:1, auch TT 06.12.1989:11).

1297 TT 09.12.1989:1.

1298 Ausnahmen waren etwa TT 07.12.1989:1, TT 09.12.1989:8a.

1299 TG 18.11.1989:24.

1300 TG 09.12.1989:1a.

1301 TG 11.12.1989:18b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ten überhaupt nicht beachtet.[1302] Ein Leitartikel fasste lakonisch zusammen:

> For years, the Community has been threatening to leave Britain behind. This weekend there were no such threats. Britain was simply left behind.[1303]

Die *Times* hingegen verbreitete auch nach dem Gipfel weiterhin Optimismus in Bezug auf mögliche künftige Allianzen der britischen Regierung: Thatchers Haltung in Straßburg sei weniger aggressiv gewesen als in der Vergangenheit und deshalb auch gut aufgenommen worden.[1304] Zwar habe Großbritannien sich als einziges Land gegen die Regierungskonferenz zur Änderung des EWG-Vertrags ausgesprochen, doch könne es in den folgenden Monaten noch weiter für seine Alternativen zur Währungsunion werben.[1305] Ein Leitartikel erklärte sogar, nach dem Fall der Berliner Mauer seien alle vorherigen Planungen „threatened with obsolescence" und insbesondere der Delorsbericht „a prime candidate for rethinking".[1306]

Insgesamt zeigte die Diskussion über den Competing-Currencies-Plan und den Gipfel von Straßburg also das bereits vertraute Muster: Während der oppositionsnahe *Guardian* die britische Isolierung als Versagen der Thatcher-Regierung kritisierte und eine diplomatische Kehrtwende einforderte, äußerte sich die regierungsnahe *Times* zuversichtlich, dass Großbritannien Verbündete unter den übrigen EG-Regierungen finden werde, um die Integrationspläne zu stoppen. Beide Darstellungen folgten jedoch einem mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutungsrahmen, der die Verhandlungen als Ringen zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen behandelte und die diplomatische Position des eigenen Landes in den Mittelpunkt stellte.

„Channel psychology": Isolation, Nationalismus und Abwertung ausländischer Akteure in der Times

Der Optimismus, den die *Times* nach dem Straßburger Gipfel in Bezug auf mögliche britische Verbündete geäußert hatte, währte allerdings nicht

1302 TG 09.12.1989:1a, ähnlich TG 09.12.1989:7a.
1303 TG 11.12.1989:18b.
1304 TT 11.12.1989:1, TT 11.12.1989:8.
1305 TT 09.12.1989:1, TT 09.12.1989:8a.
1306 TT 11.12.1989:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

lang. Während der ersten Jahreshälfte 1990 sahen die britischen Medien die Regierung europapolitisch zunehmend unter Druck. Die anlaufende Debatte über eine Politische Union stieß zwar generell nur auf begrenzte Aufmerksamkeit;[1307] sie verdeutlichte aber, dass das Vorhaben der Vertragsreform nicht ohne Weiteres zum Erliegen kommen würde. Bereits mehrere Wochen vor dem ersten Dubliner Gipfel im April 1990 verschärfte sich die Debatte über die britische Isolation deshalb noch einmal. So begann der *Guardian* darüber zu spekulieren, dass die übrigen Mitgliedstaaten bereits auf einen Sturz Thatchers zählten, um dann mit der Vertragsreform voranzuschreiten.[1308] Aber auch die *Times* äußerte nun in mehreren Artikeln die Besorgnis, dass der irische Premierminister Charles Haughey als Gastgeber des Dubliner Gipfels im April die Konfrontation suchen würde: Anlässlich eines Treffens der beiden Regierungschefs einige Tage vor dem Gipfel hieß es, die „already strained relations" im bilateralen Verhältnis näherten sich dem „breaking point".[1309]

Diese verstärkte Isolationssorge führte in der *Times* zu widersprüchlichen Reaktionen. Einerseits fanden sich nun auch hier einige Artikel, in denen eine konstruktivere Haltung der Regierung in der gesamteuropäischen Debatte gefordert wurde.[1310] Anderseits erschien auch wieder vermehrt der Topos, dass Thatcher eigentlich eine vorbildliche Europapolitik betreibe und von ihren Gegnern zu Unrecht der Europaskepsis bezichtigt werde.

Neu war allerdings der aggressivere Tonfall, mit dem dieses letztere Argument nun einherging. Anders als im Vorjahr wurde es nicht mehr nur als rhetorische Verteidigung vorgebracht, sondern auch als Angriff auf die anderen EG-Staaten. So endete ein Kommentar, der die französische und britische Haltung zur NATO verglich, mit der Bemerkung, wenn alle übrigen Länder so wie Frankreich auf eine „purely national defence, linked in

1307 Dazu mehr im folgenden Abschnitt.

1308 TG 28.03.1990:23. Andere Artikel beschrieben, wie die europafreundlichen Minister John Major und Douglas Hurd einen „U-turn" der britischen Europapolitik vorbereiteten, den sie wegen Thatcher jedoch noch nicht vollziehen könnten (TG 02.04.1990:20, ähnlich TG 02.04.1990:8, TG 03.04.1990:8, TG 27.04.1990:24). Auch sonst war die britische Isolation weiterhin ein gängiges Thema im *Guardian* (TG 30.03.1990:8, TG 31.03.1990:6, TG 21.04.1990:6).

1309 TT 11.04.1990:7, ähnlich TT 10.04.1990:6, TT 21.04.1990:1. Auch im *Guardian* erschien Haughey (TG 11.04.1990:20, einschränkend TG 21.04.1990:24) neben Kohl (TG 24.03.1990:6, TG 31.03.1990:24) und Mitterrand (TG 27.03.1990:6) als einer der Politiker, die Thatcher in Bedrängnis brachten.

1310 So etwa in mehreren Kommentaren des Publizisten Ronald Butt (TT 11.04.1990:12, TT 25.04.1990:12).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

a sort of loose co-operation with their allies“ setzen würden, gäbe es „no effective defence of Western Europe at all“.[1311] Ein anderer Kommentar wies im Zusammenhang mit der Währungsunion darauf hin, dass Deutschland anders als Großbritannien erst spät die private Nutzung des ECU zugelassen habe, und zwar „from simple aversion to a rival for the Deutschmark“.[1312] Ein Leitartikel stellte heraus, dass Großbritannien bei der Umsetzung des Binnenmarkts voranschreite, während Staaten wie Griechenland und Spanien sich ineffizient und korrupt zeigten und Deutschland Kartellbildung und Protektionismus fördere.[1313] Und als Außenminister Douglas Hurd im Mai eine Initiative präsentierte, wie die Kommission die nationale Umsetzung europäischer Beschlüsse besser überwachen könnte, interpretierte die *Times* dies in militärischer Sprache als „Britain's long-expected counter-attack against the European Community nations which have been pushing for political union“. Besonders im Blickpunkt stehe dabei Italien, das die schlechteste Umsetzungsbilanz von allen Mitgliedstaaten habe.[1314]

Diese aggressive Rhetorik diente offenbar dem Zweck, integrationsfreundliche ausländische Akteure zu delegitimieren, indem sie ihre guten Absichten in Zweifel zog. Sie erstreckte sich auf nahezu alle Regierungen, die sich für eine Vertragsreform der EG einsetzten, zeigte sich aber am klarsten in der Diskussion über eine mögliche deutsche Hegemonie in Europa. Hatte es schon kurz nach dem Mauerfall einzelne Warnungen vor einem „Fourth Reich“ gegeben, so wurde dieses Thema im Frühling 1990 in Kommentaren und Leserbriefen (nicht jedoch in der Berichterstattung) der *Times* zu einem Dauerbrenner. Auch die EG erschien dabei vor allem als ein Mittel deutscher Machtausübung. So sagte ein Kommentar voraus, dass die deutsche Regierung spätestens nach Abschluss der 2+4-Verhandlungen von dem Ziel der Politischen Union abrücken werde, da dann „the

1311 TT 10.04.1990:12. Bemerkenswerterweise ging der Kommentar dabei überhaupt nicht auf die zur selben Zeit stattfindende französische Debatte über eine gemeinsame Verteidigungspolitik der EG ein, sondern behandelte die NATO als einzig relevantes europäisches Verteidigungsbündnis.

1312 TT 17.04.1990:12.

1313 TT 27.04.1990:13.

1314 TT 11.05.1990:8. Im *Guardian*-Bericht zum selben Thema spielte Kritik an anderen Mitgliedstaaten hingegen keine Rolle – hier wurde Hurd lediglich mit der Formulierung zitiert, die Politische Union solle nicht „at the expense of the other important tasks we have in mind for the EC“ kommen (TG 11.05.1990:8).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

usefulness of European political unity as a topic of conversation will be at an end as far as Germany is concerned".[1315]

Mehr oder weniger ausdrücklich fanden sich dabei immer wieder auch Bezüge auf den Zweiten Weltkrieg. Besonders drastisch warnte beispielsweise ein Leserbrief, die europäische Integration werde nach der deutschen Wiedervereinigung zu einer „marginalization of the non-German economies and the institutionalization of German hegemony in Europe" führen. Frankreich werde dies womöglich hinnehmen „as […] in 1940". Thatcher hingegen habe noch „faith and confidence in Britain" und werde sich deshalb nicht auf einen „national suicide" einlassen.[1316] In anderen Fällen blieben die Hinweise auf den Weltkrieg subtiler. So erklärte ein Leitartikel im Juli, die von Helmut Kohl geforderte Aufwertung des Europäischen Parlaments sei lediglich „his own cosmetic to appease those worried at German dominance", da Deutschland als einwohnerstärkstes Mitgliedsland auch das Parlament kontrollieren werde – eine Wortwahl, die sich als Anspielung auf die viel kritisierte Appeasement-Politik Neville Chamberlains verstehen ließ, ohne diesen Vergleich jedoch explizit zu machen.[1317]

Ihren Zenit erreichte diese Diskurslinie Mitte Juli 1990, als Handelsminister Nicholas Ridley die europäische Währungsunion in einem Interview als ein „German racket designed to take over the whole of Europe" bezeichnete und erklärte, wer Souveränität an die EG-Kommission übertrage,

---

1315 TT 30.04.1990:14.

1316 TT 14.04.1990:11. Mit etwas gemäßigterem Tonfall warnte auch der Herausgeber der Zeitschrift *New European* in einem Leserbrief davor, dass ein „European superstate" entgegen den französischen Erwartungen eher die deutsche Vorherrschaft befördern würde (TT 03.05.1990:13). Eine Ausnahme von diesem Deutungsmuster bildete ein Kommentar von Ronald Butt, der auf den „European patriotism" der Deutschen verwies, die keine Hegemonialstellung anstrebten, sondern die Politische Union vor allem als Zeichen für ihre Westbindung und Friedfertigkeit sähen (TT 18.04.1990:12).

1317 TT 26.06.1990:13. Dieser Leitartikel wurde am folgenden Tag in einem Gastkommentar von Michael Heseltine kritisiert. Auch dieser bekannte sich jedoch zu einem „Britain first"-Ansatz und betonte nur, dass Großbritannien aus nationalem ökonomischem Interesse den Europäischen Binnenmarkt brauche und auch bei Gründung einer Währungsunion nicht abseits stehen dürfe (TT 27.06.1990:12). – Dass die EG auch eine Möglichkeit zur Einbindung Deutschlands sein könne, kam in der ganzen Debatte in der *Times* nur vereinzelt vor, etwa in einem Gastkommentar des Historikers Michael Howard (TT 24.04.1990:16). Ansonsten fand sich dieses Argument meist nur, wenn die Sichtweise kontinentaleuropäischer Akteure beschrieben wurde, zum Beispiel in einem kurzen Bericht über eine Rede des deutschen Altbundeskanzlers Helmut Schmidt (TT 04.05.1990:10).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„might just as well give it to Adolf Hitler". Dieses Interview erschien zunächst in der konservativen Zeitschrift *The Spectator*, wurde von der *Times* aber im Wortlaut nachgedruckt.[1318] Zugleich thematisierte die Zeitung, dass viele Menschen in Großbritannien und anderen EG-Ländern die Sorgen vor Deutschland teilten,[1319] und behandelte in einem Artikel ausführlich Margaret Thatchers Vorbehalte gegen die deutsche Wiedervereinigung, die das Außenministerium nur nach und nach überwunden habe.[1320] Auch in Leserbriefen erhielt Ridley mehr Zuspruch als Zurückweisung.[1321]

Allerdings berichtete die *Times* in den Tagen nach dem Interview auch über die nationale und internationale Kritik an den Äußerungen des Ministers[1322] und vermied in Meinungstexten eine direkte Solidarisierung. Mehrere Leitartikel und Kommentare betonten nun, dass Deutschland, anders als von Ridley behauptet, wenigstens gegenwärtig keine Gefahr darstelle – auch wenn sich dies in Zukunft wieder ändern könne.[1323] In gewisser Weise zeigte sich freilich auch darin wieder die Nähe der *Times* zur britischen Regierung: Wie die Zeitung selbst berichtete, war kurz nach Ridleys Rücktritt ein im März verfasstes internes Regierungsmemorandum zur politischen Lage in Deutschland bekannt geworden, das zu dem Ergebnis kam, dass sich der einst von „angst, aggressiveness, bullying, egotism, self-obsession and a longing to be liked" geprägte „German character" gewandelt habe, und folgerte: „Britain should be ‚nice to the Germans'".[1324] Anlass für dieses Memorandum war ein Treffen Thatchers und Douglas Hurds mit Deutschland-Sachverständigen aus der Wissenschaft gewesen. Der Historiker Norman Stone, der daran beteiligt gewesen war, betonte in einem Gastkommentar in der *Times*, Großbritannien brauche Deutschland nicht mehr zu fürchten, und beschrieb das als britisches Verdienst: „It has cost us a great deal to civilise Germany […]. We have much to be proud of."[1325] In der Folgezeit gingen die Angriffe auf Deutschland in der *Times*

1318 TT 13.07.1990:10b. Schon in den Tagen zuvor hatten beide Zeitungen über andere, ähnliche Äußerungen Ridleys berichtet.
1319 TT 13.07.1990:2c, ähnlich auch TT 13.07.1990:11.
1320 TT 16.07.1990:2b.
1321 Unterstützend TT 17.07.1990:15a, TT 17.07.1990:15d, TT 17.07.1990:15c; kritisch TT 17.07.1990:15b.
1322 U. a. TT 13.07.1990:1, TT 13.07.1990:2b, TT 13.07.1990:2a, TT 14.07.1990:3, TT 14.07.1990:2b.
1323 TT 13.07.1990:11, TT 14.07.1990:12, TT 16.07.1990:13.
1324 TT 16.07.1990:1.
1325 TT 16.07.1990:12b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

etwas zurück, ohne jedoch vollständig aus dem Diskurs der Zeitung zu verschwinden.

Doch nicht nur nationale Regierungen gerieten in der ersten Jahreshälfte 1990 in die Schusslinie der *Times.* Auch gegenüber den EG-Institutionen selbst verschärfte sich der Tonfall deutlich. Kurz vor dem ersten Dubliner Gipfel etwa verteidigte ein Leitartikel den Nationalismus, der weiterhin als politische Kraft wirksam sei, und bezeichnete den Versuch der EG „to merge cultures and peoples" als eine gefährliche „cosmopolitan fantasy". In den Verhandlungen zur Vertragsreform müsse sich die britische Regierung deshalb der Aufgabe stellen „to fight corrupt cross-subsidies, power-mad Commissioners, and zany plans for subordinating the Commission to the European Parliament".[1326] Im Juli wiederum kritisierte ein Kommentar über das Ridley-Interview zwar die Haltung des Ministers gegenüber Deutschland als „exaggerated", schloss sich aber seiner Warnung vor einem „hijack" durch die EG-Kommission an: „Little by little, the Commission has been invading Britain, assuming powers which for centuries have been our own".[1327]

Auch die – auf Thatchers Brügge-Rede zurückgehende – Gegenüberstellung zwischen dem nationalen Aufbegehren gegen die Sowjetunion in Osteuropa einerseits und der Selbstbindung Westeuropas in „supranational chains" andererseits etablierte sich nun als regelmäßiger Topos.[1328] So hieß es in einem Leitartikel im April 1990, Deutschland und Frankreich wollten erreichen, dass „established European democracies […] relinquish national rights which the countries in Eastern Europe are exuberantly regaining".[1329] Ein anderer Leitartikel im Juni führte aus, es spiele dabei keine Rolle, dass der westeuropäische Supranationalismus im Gegensatz zum sowjetischen demokratisch sei, denn auch in Demokratien führten ethnische Gegensätze immer zu Konflikten.[1330] Letztlich diente auch dieser Topos dazu, den europapolitischen Alleingang Thatchers zu rechtfertigen: Während die übrigen Regierungschefs von der EG irrtümlicherweise eine Überwindung nationaler Gegensätze erwarteten, so erklärte ein Kommen-

1326 TT 27.04.1990:13.
1327 TT 13.07.1990:10a.
1328 TT 25.06.1990:13, ähnlich TT 28.06.1990:12. In weniger expliziter Form hatte bereits Ende 1989 ein *Times*-Gastkommentar des konservativen Abgeordneten Norman Tebbit erklärt, in einem „liberal, open, free-market, capitalist system, there is no role for such a massive central organisation" wie die EG (TT 21.11.1989:14b).
1329 TT 30.04.1990:15.
1330 TT 25.06.1990:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tar, sei die britische Premierministerin „enough of a nationalist herself to have a feeling what might go wrong. She is right to warn the others."[1331]

Dass das Land zunehmend als isoliert wahrgenommen wurde, führte schließlich auch dazu, dass sich die *Times* in mehreren Artikeln mit fundamentalen politischen Kulturunterschieden zwischen Großbritannien und den kontinentaleuropäischen Staaten auseinandersetzte, die den britischen Sonderweg erklären sollten. Dies geschah teils beiläufig in Form der bereits zuvor gängigen Gegenüberstellung von kontinentalem Idealismus und britischem Pragmatismus: So hieß es etwa in einem Bericht, Jacques Delors' Haltung zur Politischen Union sei „typically continental – idealistic, declaratory, focusing on the ultimate goal", im Gegensatz zu dem „step-by-step, pragmatic British way of looking at things".[1332] Teils wurden die vermeintlichen Unterschiede aber auch ausdrücklich und ausführlich beschrieben. So analysierte ein Kommentar im April 1990 die „profound differences between our fellow Europeans and us", zu denen etwa die lange parlamentarische Tradition Großbritanniens oder die aus der Insellage entstehende „Channel psychology" zählten.[1333] Ein anderer Kommentar argumentierte allerdings auch, dass sich die ehemaligen britischen Besonderheiten („[a] high standard of living, the rule of law, parliamentary government, religious toleration") dank der britischen Siege in den beiden Weltkriegen auch auf dem Kontinent ausgebreitet hätten, während umgekehrt die Realität in Großbritannien nicht mehr der alten Größe entspreche.[1334] Obwohl diese Texte jeweils auf eine direkte Abwertung der übrigen Mitgliedstaaten verzichteten, zeichneten sie sich jedenfalls durch ein grundsätzlich positives Verständnis der britischen Nationaleigenarten aus. Zugleich bezeichneten sie das Vereinigte Königreich jeweils mit dem Pronomen „we" und postulierten damit schon sprachlich eine scheinbar homogene britische Identität, die sich von der kontinentalen absetze.

Durch die Abwertung und Delegitimierung ausländischer Akteure einerseits und durch das Postulat einer grundsätzlichen politisch-kulturellen Besonderheit Großbritanniens andererseits entstand in der *Times* ein Diskurs, der die britische Isolation rechtfertigte, indem er die lauteren Absichten der übrigen Regierungen und allgemein den Sinn der europäischen Integration in Zweifel zog. Die aggressive Rhetorik, die zuvor nur vereinzelt vorgekommen war, wurde nun zu einem wiederkehrenden Merkmal der

1331 TT 28.06.1990:12.
1332 TT 27.04.1990:9.
1333 TT 25.04.1990:12.
1334 TT 12.04.1990:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

europapolitischen Debatte, durch das die *Times* sich von allen anderen hier untersuchten Zeitungen unterschied. Eine vergleichbare generalisierte Abwertung ausländischer Akteure kam in den französischen Zeitungen gar nicht vor, in den deutschen allenfalls in Zusammenhang mit der Kritik am ‚Opfer der D-Mark' unmittelbar vor dem Maastrichter Gipfel.[1335] In der *Times* setzte die Delegitimierung der übrigen Regierungen jedoch viel früher ein und prägte auch weitaus stärker den Gesamtdiskurs als in SZ oder FAZ.

Aber nicht nur in den deutschen und französischen Zeitungen, auch im *Guardian* waren derartige Angriffe fast vollständig abwesend.[1336] Im Gegenteil wies die Zeitung den Topos von Großbritannien als dem eigentlichen ‚model European' von Anfang an regelmäßig zurück und stellte bereits im Dezember 1989 in einem Kommentar fest: „Mrs Thatcher is not European in the sense that the vast majority of Europeans […] understand that term".[1337] Auch dass die Premierministerin andere EG-Staaten und das Europäische Parlament verächtlich mache, stieß hier bereits im Umfeld des Gipfels von Straßburg wiederholt auf Missbilligung.[1338] Die Gleichsetzung zwischen EG und Sowjetunion bezeichnete ein Kommentar als „misbegotten exploitation of eastern events to make western propaganda".[1339] Grundsätzliche Mentalitätsgegensätze zwischen Großbritannien und dem Kontinent spielten im *Guardian* überhaupt keine Rolle. Und ein Leitartikel zur Ridley-Affäre mündete in der Forderung:

> If Strasbourg is less than a vibrant democracy, then make it one. […] If you fear German economic governance in Europe, then get in there and form the alliances of counterbalancing that are waiting. And if our Trade Secretary in a Government which has the duty to superintend

1335 Siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.1.2.

1336 Eine der seltenen Ausnahmen war ein Kommentar im Wirtschaftsteil, der Anfang Mai 1990 Kritik am Binnenmarktprojekt übte und dabei in Anspielung auf die erwartete deutsche Dominanz auch argumentierte „that British foreign policy since the days of the Spanish Armada has been to resist the danger of a single power dominating continental Europe" (TG 02.05.1990:11).

1337 TG 05.12.1989:19.

1338 TG 05.12.1989:19, TG 09.12.1989:1b.

1339 TG 21.11.1989:23. Generell kam dieser Topos im *Guardian* nur in Form eines Zitats von Thatcher oder anderen konservativen Politikern vor (so z. B. TG 14.11.1989:1b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> these things is still locked in a time warp of whinge and emnity [sic], then maybe give up on that Government and find one that will do the new job for Britain that has, inescapably, to be done.[1340]

Während die regierungsnahe *Times* also in der ersten Jahreshälfte 1990 durch einen zunehmend aggressiven Diskurs gegenüber ausländischen Akteuren die britische Isolation rechtfertigte, nahm der oppositionsnahe *Guardian* die Europapolitik nur zum Anlass für immer harschere Kritik an der Regierung. Gemeinsam war beiden Zeitungen jedoch weiterhin, dass sie die britische Isolation als das Hauptthema betrachteten – und sich deshalb vor allem an der Linie der nationalen Regierung abarbeiteten, nicht an den Vorschlägen zur Vertragsreform selbst.

„Refusing to concede any ground on national sovereignty": Die Debatte zur Politischen Union als diplomatischer Konflikt

Im Gegensatz zur Debatte über die Währungsunion und den Competing-Currencies-Plan waren die Initiativen zu einer Politischen Union, die Ende 1989 eingeleitet wurden, in den britischen Medien nur wenig präsent. Eine gewisse Aufmerksamkeit fand das Thema im *Guardian*, der speziell der Stärkung des Europäischen Parlaments bereits vor dem Straßburger Gipfel einige Artikel widmete. So erwartete die schon weiter oben erwähnte Themenseite zur künftigen Ausgestaltung Europas nach dem Ende des Ost-West-Konflikts für die EU ein „more democratic system" mit Gesetzgebungsrechten für das Parlament: Trotz des Widerstands der britischen Regierung sei ein europäischer „federal state" vielleicht „another of these ideas whose time has come".[1341] Als Hauptakteur in dieser Frage galt Jacques Delors, der als wichtigster Antagonist Margaret Thatchers und „unashamed evangelist for European federalism" auch sonst einen hohen Nachrichtenwert besaß.[1342] Helmut Kohl nahm demgegenüber eine weniger

1340 TG 13.07.1990:22. Ein anderer *Guardian*-Kommentar relativierte allerdings auch: Ridleys Formulierungen seien zwar „wholly unacceptable", die dahinterstehende Sorge vor einer deutschen Dominanz in der EG jedoch „a view to be debated" (TG 14.07.1990:23). Auch sonst warnten Meinungstexte im *Guardian* verschiedentlich vor den „political problems associated with a German super-economy" (so TG 02.07.1990:22a). Der Tonfall war dabei aber deutlich gemäßigter als in der *Times*, und als Lösung des Problems wurde meist ein stärkeres Engagement der britischen Regierung in der EG gefordert.

1341 TG 04.12.1989:22d.

1342 TG 04.12.1989:22a, vgl. auch TG 17.11.1989:24.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zentrale Rolle ein, wurde aber ebenfalls als Unterstützer eines stärkeren Parlaments dargestellt und mit der widerstrebenden Thatcher kontrastiert.[1343] Das Parlament selbst kam als Akteur hingegen kaum vor: Die Resolution, die es vor dem Straßburger Gipfel verabschiedete, wurde nur in einem einzelnen Artikel behandelt,[1344] und auch nach dem Gipfel wurden seine Forderungen meist nur am Rande erwähnt.[1345] Die *Times* wiederum ignorierte die Vorschläge zu einer Aufwertung des Europäischen Parlaments zunächst vollständig. Erst Delors' Vorschlag, neben der Regierungskonferenz zur Währungsunion eine weitere zur Politischen Union durchzuführen, gaben beide Zeitungen wieder.[1346]

Das geringe Interesse an der Politischen Union schlug sich auch in Meinungstexten nieder. Zwar stand der *Guardian* einer Stärkung des Europäischen Parlaments generell sehr positiv gegenüber und beschrieb diese wiederholt als Lösung für das Demokratiedefizit der EG.[1347] Auch in diesem Kontext dominierte jedoch wieder einmal vor allem die Kritik an Thatcher: Die Premierministerin, so kritisierte ein Kommentar, erkenne zwar das Demokratiedefizit, verschließe sich aber einer supranationalen Lösung dafür und stelle dadurch Großbritannien europapolitisch ins Abseits.[1348] Obwohl es um die Legitimationsgrundlage der Europäischen Gemeinschaft selbst ging, stand im Diskurs der Zeitung somit erneut die mitgliedstaatlich-außenpolitische Frage nach der diplomatischen Rolle der eigenen Regierung im Mittelpunkt. Dadurch erschien das Thema lediglich als eines von vielen Konfliktfeldern zwischen Delors, Kohl und Mitterrand auf der einen und Thatcher auf der anderen Seite. Nur ein einzelner Artikel im *Guardian* versuchte einen breiten Bogen zu schlagen, der die verschiedenen inhaltlichen Bereiche der Vertragsreform zu einem Gesamtkonzept verband, und beschrieb die Aufwertung des Parlaments als logische Folge einer tieferen wirtschafts- und währungspolitischen Integration. Auch dieser Artikel lief allerdings letztlich auf eine Kritik an der Thatcher-Regie-

1343 TG 23.11.1989:8, TG 23.11.1989:20, TG 07.12.1989:20a.
1344 TG 22.11.1989:12.
1345 TG 09.12.1989:1a, TG 09.12.1989:7a, etwas ausführlicher TG 09.12.1989:7b.
1346 TT 13.12.1989:8, TG 13.12.1989:8. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* nannten in diesen Artikeln unter den Unterstützern eines stärkeren Parlaments auch die französische Regierung. Dass Mitterrand dem Vorschlag zunächst eher skeptisch gegenüberstand, da er von dem Ziel der Währungsunion ablenken könne, thematisierten die beiden Zeitungen nicht.
1347 TG 11.12.1989:18a, TG 13.12.1989:23.
1348 TG 13.12.1989:23.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rung hinaus, die sich in die umfangreichen Verhandlungen zu wenig einbringe.[1349]

Zeitgleich, aber weitgehend losgelöst von diesen Vorschlägen zur Stärkung des Europäischen Parlaments entwickelte sich in den britischen Zeitungen – hauptsächlich in der *Times* – zudem eine Debatte über die Rolle der nationalen Parlamente in der EG. Dass diese besser in die europäischen Entscheidungsverfahren eingebunden werden müssten, hatte ein Leitartikel hier bereits in den Wochen nach der Europawahl im Juni 1989 thematisiert.[1350] Das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan hatte in diesem Zusammenhang eine bessere Verzahnung zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten als Alternative zur Stärkung des Europäischen Parlaments selbst ins Spiel gebracht.[1351] Im November 1989 schlug daraufhin Michael Heseltine, der 1986 wegen eines Konflikts mit Thatcher als Verteidigungsminister zurückgetreten war und nun als einer der prominentesten Vertreter des integrationsfreundlichen Flügels der Conservative Party galt, in einem Gastkommentar die Einrichtung eines „European Senate" vor, in dem Vertreter der nationalen Parlamente repräsentiert sein sollten.[1352] In einem Artikel über den Gipfel von Straßburg erwähnte die *Times,* dass dieser Vorschlag auch bei Jacques Delors auf Zustimmung stoße.[1353] Auch in späteren Monaten thematisierte sie die bessere Einbindung der nationalen Parlamente immer wieder als einen wichtigen Ansatz zur Demokratisierung der EG.[1354] Selbst wenn Heseltines Senatsvorschlag dabei nicht immer ausdrücklich genannt wurde, blieb er in der *Times* doch stets als eine der wichtigen Initiativen zur Politischen Union präsent: Beispielsweise sprach ein Bericht zusammenfassend von „the urgings for institutional reform of the Community from Eu-

1349 TG 11.12.1989:7b. Im Einzelnen erklärte die Zeitung, Länder wie Deutschland oder die Niederlande setzten für die Währungsunion allein auf eine unabhängige, preisstabilitätsorientierte Zentralbank. Andere Regierungen forderten hingegen auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, was die Frage der demokratischen Verantwortung aufwerfe. Hierfür fordere das Europäische Parlament seine Rolle ein, daneben würden aber auch noch weitere Vorschläge wie ein europäischer Senat diskutiert.

1350 TT 20.06.1989:17.

1351 TT 23.06.1989:8. Der konservative Europaabgeordnete James Elles unterstützte Brittans Vorschlag in einem Leserbrief (TT 26.06.1989:15).

1352 TT 29.11.1989:14.

1353 TT 08.12.1989:14a.

1354 TT 11.04.1990:12, TT 26.06.1990:11, TT 12.10.1990:9 sowie weitere Gastbeiträge von Leon Brittan und Michael Heseltine (TT 27.06.1990:12, TT 29.11.1990:18).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ropean leaders, national parliaments and individual politicians such as Michael Heseltine and Jacques Delors".[1355] Kritik daran griffen hingegen nur wenige Artikel auf.[1356]

Im *Guardian* stieß die Idee einer stärkeren Einbindung der nationalen Parlamente hingegen auf wenig Zustimmung. So hatte hier bereits kurz vor Heseltines Vorschlag ein Kommentar die Kritik, dass die Währungsunion in die parlamentarische Kontrolle der Geldpolitik eingreife, mit dem Argument zurückgewiesen, dass die „emptiness" der parlamentarischen Rituale in Großbritannien ohnehin keine echte demokratische Verantwortung garantiere.[1357] Auch Heseltines Initiative selbst stieß von Anfang an auf Skepsis. Ein Bericht verwies schon früh auf die „confusion", die die Idee umgebe.[1358] Ohne den Senatsvorschlag explizit zu nennen, betonte ein Leitartikel, dass außerhalb Großbritanniens Einigkeit darüber bestehe, dass das Demokratiedefizit der EG nur durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments zu beheben sei.[1359] Später erklärte die Zeitung unter anderem, angesichts der zunehmend föderalen Gestalt der EG ergebe eine zweite Kammer nach Vorbild des deutschen Bundesrats „more sense" als ein Senat mit Vertretern der nationalen Parlamente.[1360]

Generell schien die Frage, wie sich der Senatsvorschlag auf die Funktionsweise der EG auswirken würde, für beide Zeitungen allerdings weniger wichtig zu sein als der Umstand, dass es sich um einen *britischen* Vorschlag handelte. So sprach kein einziger Artikel an, dass mit der – im November 1989 erstmals zusammengetretenen – Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) bereits ein EG-Gremium zur Vernetzung der nationalen Parlamentarier existierte. Auch dass der französische Senatspräsident Alain Poher fast zeitgleich mit Heseltine ebenfalls einen ‚europäischen Senat' forderte, wurde nicht erwähnt.[1361] Hingegen fand sich in der *Times* immer wieder das Argument, dass sich die britische Regierung mit dem Vorschlag konstruktiv in den Verhandlungen zur Politischen Union einbringen könnte, um ihre Isolation zu überwinden. Schon der Gastkommentar, in dem Heseltine das Thema zum ersten Mal anschnitt, trug deshalb die Überschrift: „Europe: time to get off the sidelines".[1362] Als die Regierung

1355 TT 12.03.1990:14.
1356 TT 17.05.1990:13b.
1357 TG 21.11.1989:23.
1358 TG 09.12.1989:7b.
1359 TG 11.12.1989:18a.
1360 TG 18.05.1990:23.
1361 Zu Pohers Vorschlägen vgl. LF 15.11.1989:8.
1362 TT 29.11.1989:14.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den Vorschlag letztlich nicht aufgriff, verloren beide Zeitungen im Laufe des Jahres 1990 schließlich nach und nach das Interesse daran. Lediglich anlässlich von Heseltines Kandidatur um den Vorsitz der Conservative Party im November 1990 wurde er noch einmal vereinzelt erwähnt.[1363]

Auch die weiteren Initiativen zur Politischen Union, die in den Monaten vor dem ersten Gipfel von Dublin vorgebracht wurden, behandelten die britischen Medien vor allem unter der Perspektive ihrer Auswirkungen auf die britische Politik. So stieß die Resolution, in der sich das Europäische Parlament am 14. März 1990 für eine föderale Union aussprach, besonders deshalb auf Interesse, weil sie von einem Briten, dem Labour-Abgeordneten David Martin, verfasst worden war und kontroverse Diskussionen innerhalb der Labour Party auslöste.[1364] Das belgische Memorandum vom 20. März fand hingegen nur wenig Aufmerksamkeit.[1365] Insgesamt beeinflusste die starke Fokussierung auf die eigene nationale Regierung die gesamte Berichterstattung im Vorfeld des Dubliner Gipfels und ließ die inhaltlichen Vorschläge nicht-britischer Akteure weitgehend in den Hintergrund treten.

Dementsprechend knapp fiel auch der erste *Times*-Artikel über das deutsch-französische Schreiben zur Politischen Union vom 18. April aus. In den Tagen nach der ostdeutschen Volkskammerwahl im März waren zwar einige Berichte erschienen, nach denen Helmut Kohl eine Politische Union als europäischen Rahmen für das wiedervereinigte Deutschland unterstütze.[1366] Nun jedoch erwähnte die *Times* weder die Verbesserung der demokratischen Legitimität noch die gemeinsame Sicherheitspolitik, die Kohl und Mitterrand anstrebten. Stattdessen sprach sie nur von einer Forderung nach „unity and coherence […] in the economic, monetary and political domain", die als „a calculated challenge to London" verstanden werden müsse.[1367] Ausführlicher wurde hingegen über Thatchers Reaktion berichtet, die die deutsch-französischen Pläne als inhaltslos und „esoteric" be-

1363 Z. B. TG 15.11.1990:2.

1364 TT 12.03.1990:14, TG 15.03.1990:8.

1365 Knapp erwähnt wurde es in TT 24.03.1990:16, TG 11.04.1990:20 sowie TG 20.04.1990:1. Außerdem wurde die belgische Position mehrmals in einer Artikelserie des *Guardian* angesprochen, die kurz vor dem Dubliner Gipfel die Vorschläge zur institutionellen Reform analysierte: TG 26.04.1990:8, TG 27.04.1990:10, TG 28.04.1990:6a).

1366 So TT 24.03.1990:16, ohne expliziten Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung TT 30.03.1990:20.

1367 TT 20.04.1990:1. Erst eine Woche später wurde das Schreiben zur Politischen Union auch inhaltlich beschrieben, wobei die *Times* allerdings hervorhob, dass

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zeichnete[1368] und einen eigenen Gegenvorschlag ankündigte, der ihre „vision of a Europe of ‚proud, sovereign states'" widerspiegeln würde.[1369] Als inhaltliches Hauptargument gegen die Politische Union nannte die *Times* wie schon zuvor die Bewahrung der nationalen Souveränität. Vor allem der Einfluss des britischen Parlaments, den es zu verteidigen gelte, wurde in der Berichterstattung wiederholt angesprochen.[1370] Besondere Aufmerksamkeit fand daneben aber auch eine Äußerung Thatchers, dass die Politische Union auch die verfassungsmäßige Stellung der britischen Königin als Staatsoberhaupt gefährde. Obwohl andere britische Politiker diese Sorge umgehend für abwegig erklärten,[1371] stieß sie in zahlreichen Leserbriefen auf Zustimmung – bis hin zu der Forderung, notfalls aus der EG auszutreten.[1372] Tatsächlich verschwand das Motiv, dass die Monarchie durch die Politische Union bedroht sei, in den folgenden Monaten nie wieder ganz aus der britischen Debatte und erschien zum Beispiel noch unmittelbar vor dem Gipfel von Maastricht in einem Leserbrief in der *Times*.[1373]

Insgesamt wurde also auch die Initiative Kohls und Mitterrands zur Politischen Union in erster Linie als Ausdruck eines diplomatischen Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich einerseits und Großbritannien andererseits wahrgenommen. Und wie so oft reagierte die *Times* darauf

---

Deutschland und Frankreich damit nicht genau dieselben Ziele verfolgten: Während Deutschland die demokratische Verantwortung durch das Europäische Parlament stärken wolle, strebe Frankreich eine Zentralisierung durch einen stärkeren Kommissionspräsidenten an (TT 27.04.1990:9).

1368 TT 21.04.1990:1, ähnlich TT 21.04.1990:9.

1369 TT 24.04.1990:2. Wie die *Times* ausführte, sollte dieser Vorschlag eine „greater centralization" verhindern, die nationalen Regierungen und Parlamente stärken und dem Europäischen Parlament lediglich bei der Haushaltskontrolle der Europäischen Kommission neue Kompetenzen zubilligen (TT 25.04.1990:10). Allerdings war die Initiative Thatchers auch innerhalb Großbritanniens umstritten und riss erneut die Spaltungen innerhalb der Conservative Party auf (siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2).

1370 TT 27.04.1990:1, TT 28.04.1990:8.

1371 So etwa der ehemalige konservative Premierminister Edward Heath und der Labour-Schattenaußenminister Gerald Kaufman (TT 30.04.1990:1).

1372 So TT 28.04.1990:11b. Ein Kommentar von Conor Cruise O'Brien sprach ebenfalls von „threats to the British crown and parliament", zeigte sich aber optimistisch, dass Außenminister Hurd diese würde abwehren können (TT 30.04.1990:14). Auch Thatchers Forderung, in den Verhandlungen zunächst festzuhalten, was die Politische Union *nicht* sein solle, wurde nach dem Gipfel mit dieser hypothetischen Gefährdung der nationalen Staatsoberhäupter in Verbindung gebracht (TT 30.04.1990:10b).

1373 TT 02.12.1991:15c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

mit Überlegungen zu möglichen Verbündeten Großbritanniens: Eine mögliche Vermittlerrolle schrieb die Zeitung ausgerechnet Jacques Delors zu, der zwar als „apostle of European federalism" gelte, aber eine Überfrachtung der Verhandlungen fürchte und sich daher gegenüber der Idee einer Politischen Union „surprisingly dismissive" gezeigt habe.[1374]

Im *Guardian* wiederum erschien unmittelbar vor dem ersten Gipfel von Dublin eine dreiteilige Artikelserie, die recht ausführlich auf die Vorschläge zur Politischen Union einging. Darin wurden zunächst das drohende Machtvakuum in Osteuropa sowie die Einbindung Deutschlands als Motive für den neuen Integrationsschritt analysiert,[1375] dann die Vorschläge zur Reform der Kommission vorgestellt[1376] und schließlich das Europäische Parlament als „the key to reducing the democratic deficit" beschrieben.[1377] Zwar werde sich die EG nicht sofort zu einer vollen Politischen Union entwickeln, doch

> as the pressure for supra-national answers to supra-national problems increases, so too will pressure for Europe to evolve into some kind of federal union.[1378]

Diese Artikelserie blieb allerdings eine Ausnahme: Auch im *Guardian* standen im Mittelpunkt der Berichterstattung weniger die Inhalte des deutsch-französischen Vorschlags als vielmehr die britische Reaktion darauf.[1379] Wie üblich machte die Zeitung dabei deutlich, dass sich die Regierung mit ihrem Isolationskurs selbst schwäche. Mehrere Artikel äußerten zudem die Erwartung auf eine bevorstehende Wende der britischen Politik: Angesichts der schwindenden Autorität Thatchers rechneten die übrigen Mitgliedstaaten für die Zukunft mit einem größeren Einfluss der europafreundlicheren Minister wie Douglas Hurd und John Major.[1380] Womöglich werde die Regierung schon in Dublin nachgeben und sich an den Verhandlungen zur Politischen Union beteiligen.[1381] Ein Leitartikel blieb

1374 TT 27.04.1990:1.
1375 TG 26.04.1990:8.
1376 TG 27.04.1990:10. Im Einzelnen hieß es, die Kommission könnte künftig vom Europäischen Parlament gewählt werden, die Zahl der Kommissare könnte reduziert werden und die Kommission könnte ein Mitspracherecht in der gemeinsamen Außenpolitik der EG erhalten.
1377 TG 28.04.1990:6a.
1378 Ebd., vgl. ähnlich auch schon TG 13.12.1989:23.
1379 TG 20.04.1990:1, TG 21.04.1990:24.
1380 TG 27.04.1990:24.
1381 TG 23.04.1990:20, TG 25.04.1990:10, TG 28.04.1990:6b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

allerdings skeptisch: „If Dublin marks a new era in the British approach, it will be a relief. It will also be a great surprise."[1382]

Auch nach dem Gipfel konzentrierten sich beide Zeitungen vor allem darauf, die Performance der britischen Regierung zu bewerten. Im *Guardian* erschien Thatcher dabei als Verliererin: Wenn sie die Vertragsreform noch bremsen wolle, sei das höchstens mit einem Veto möglich, womit Großbritannien jedoch einen Bruch mit der übrigen EG riskieren würde.[1383] Zugleich betonte die Zeitung die Dialogbereitschaft Douglas Hurds, der sich bemühe „to ease Mrs Thatcher's negative image on Europe while refusing to concede any ground on national sovereignty".[1384] Die *Times* konstatierte hingegen im Wesentlichen einen Erfolg der Premierministerin: Zwar könne sie die Eröffnung der Regierungskonferenz zur Politischen Union kaum noch verhindern, mit ihrer Kritik an der Vagheit des Begriffs habe sie aber „some long overdue realism" in die Debatte gebracht.[1385] Wiederholt wurde betont, dass die britische Forderung nach mehr konzeptioneller Klarheit auch bei anderen Mitgliedstaaten positiv aufgenommen worden sei.[1386] Und selbst dass der Gipfel eine Arbeitsgruppe der Außenminister eingesetzt und in seinen Schlussfolgerungen eine „preliminary definition of political union" festgehalten hatte, wurde in einem *Times*-Leitartikel als ein Verdienst Thatchers beschrieben – ohne zu erwähnen, dass diese Ergebnisse inhaltlich genau den Vorschlägen entsprachen, die bereits das deutsch-französische Schreiben enthalten hatte.[1387]

1382 TG 28.04.1990:22.
1383 TG 30.04.1990:5.
1384 TG 30.04.1990:1.
1385 Ebd., ähnlich TT 30.04.1990:10b.
1386 TT 01.05.1990:12. Auch der deutsche Oppositionspolitiker Wolfgang Roth wurde mit der Formulierung zitiert „that so far political unity remained ‚empty words'" (TT 30.04.1990:10a).
1387 TT 30.04.1990:15. Die „preliminary definition" besagte, dass durch die Politische Union eine Stärkung der demokratischen Legitimität und eine höhere Effizienz der EG-Institutionen sowie eine gemeinsame Außenpolitik erreicht werden sollten. Dies entsprach fast im Wortlaut dem deutsch-französischen Schreiben, in dem außerdem bereits vorgeschlagen worden war, die Außenminister mit der Erstellung eines Berichts zu beauftragen.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„No such union is now on the agenda": Sinkende Aufmerksamkeit für die Politische Union

Während in den folgenden Wochen die Debatte über die Politische Union zwischen den europäischen Regierungen an Dynamik gewann, verschwand sie in den britischen Zeitungen weitgehend von der Agenda. Lediglich einzelne Berichte behandelten das Thema.[1388] Was die Einschätzungen zu Bedeutung und Erfolgsaussichten der Vertragsreform betraf, vergrößerten sich die Divergenzen zwischen den Zeitungen allerdings noch. So meinte die *Times*, bei den Regierungen der EG ein sinkendes Interesse an der Reform zu beobachten, und schrieb dies auch der erfolgreichen britischen Diplomatie zu.[1389] Ein Leitartikel über die Europapolitik der USA betonte, dass die KSZE als politisches Forum an Bedeutung gewinne, und forderte von der EG eine Rückbesinnung allein auf die Wirtschafts- und Handelspolitik:

> [F]or all the rhetoric of recent weeks, the EC remains primarily an economic organization, and would be acting wholly irresponsibly to concentrate on political union while letting transatlantic economic and trade disputes get out of control.[1390]

Ein *Guardian*-Kommentar hingegen äußerte sehr hohe Erwartungen an die Verhandlungen zur Politischen Union: Da einerseits Deutschland ein starkes Europäisches Parlament anstrebe, andererseits die übrigen Mitgliedstaaten Deutschland einbinden wollten, werde sich die EG weiter als erwartet in Richtung einer „quasi-federal union" entwickeln – eine Aussicht, die der Kommentar durchaus positiv bewertete.[1391] Eine detaillierte Berichterstattung über die Verhandlungen der Außenminister-Arbeitsgruppe bot jedoch auch der *Guardian* nicht.

Stattdessen berichteten beide britischen Zeitungen auch in den Tagen vor dem zweiten Dubliner Gipfel im Juni in Zusammenhang mit der Politischen Union lediglich über einige Initiativen ihrer eigenen nationalen

---

1388 Eine erneute Forderung Helmut Kohls nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments wurde von beiden Zeitungen aufgegriffen (TG 17.05.1990:8, TT 17.05.1990:13a, TT 17.05.1990:13b). Außerdem kündigte ein *Times*-Bericht an, das zentrale Thema der Verhandlungen werde „subsidiarity" sein, ohne allerdings allzu tief auf die Implikationen dieses Konzepts einzugehen (TT 08.05.1990:8).

1389 TT 21.05.1990:8, TT 22.05.1990:15.

1390 TT 07.05.1990:11.

1391 TG 18.05.1990:23.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Regierung: Interesse weckten unter anderem ein Vorstoß von Douglas Hurd zur gemeinsamen Außenpolitik,[1392] ein anderer zur Stärkung des Europäischen Gerichtshofs, der künftig auch materielle Sanktionen verhängen sollte, wenn ein Mitgliedstaat seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkäme,[1393] ein Vorschlag, dem Europäischen Parlament mehr Kompetenzen bei der Budgetkontrolle und der Überwachung der Kommission, nicht aber bei der Gesetzgebung zu geben,[1394] sowie eine Initiative des Handelsministers Ridley zugunsten eines „twin-track Europe" mit unterschiedlichen Integrationsgeschwindigkeiten.[1395]

Hauptthema war auch in diesen Berichten jeweils die Rolle der britischen Regierung in den Verhandlungen. Dabei bemühte die *Times* wieder mehrfach den Topos des ‚guten Europäers' – beispielsweise indem sie Hurds Äußerung zitierte, „that the government's distrust of phrases like ‚political union' did not mean it was against greater co-operation",[1396] oder in Zusammenhang mit dem Vorschlag zum Europäischen Gerichtshof betonte, dass Großbritannien anders als Belgien oder Italien eine sehr gute Quote bei der Umsetzung europäischer Richtlinien aufweise.[1397] Ein weiterer Kurzbericht wenige Tage vor dem Gipfel unterstrich die „noticeably enthusiastic participation by Britain" in den Verhandlungen.[1398]

Die Vorschläge der übrigen Akteure zur Politischen Union wurden hingegen nicht näher behandelt, woran sich auch nach dem Juni-Gipfel wenig änderte. Unter Verweis auf die britische Regierung erklärte die *Times* stattdessen, dass die Tragweite der institutionellen Reformen nur gering sein werde; in Wirklichkeit gehe es nur um „practical ways to improve the workings of the community".[1399] Erneut wurde dies vor allem als ein diplomatischer Erfolg Thatchers gesehen, die durch ihre Beharrlichkeit erreicht habe, dass die deutsch-französische „crusade has scaled down to a re-

1392 TT 12.06.1990:24, TG 12.06.1990:20.
1393 TT 23.06.1990:8, TG 21.06.1990:2.
1394 TG 12.06.1990:6, TG 12.06.1990:20.
1395 TG 06.06.1990:6. In den hier untersuchten deutschen und französischen Medien wurde keine dieser Initiativen im Einzelnen behandelt.
1396 TT 12.06.1990:24.
1397 TT 23.06.1990:8. Der *Guardian* hingegen verwies darauf, dass die britische Umsetzungsquote in bestimmten Politikfeldern keineswegs besonders gut sei, und spekulierte deshalb, die Regierung könnte diesen Vorschlag bald wieder zurückziehen (TG 21.06.1990:2).
1398 TT 19.06.1990:9.
1399 TT 26.06.1990:11.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

vision of the working of EC institutions".[1400] Ein Leitartikel fasste zusammen: „[W]hile the words ‚political union' remain, no such union is now on the agenda."[1401]

Demgegenüber konstatierte der *Guardian*, Thatcher habe sich in Dublin auf die Regierungskonferenz eingelassen, um wieder als „part of the Community mainstream" akzeptiert zu werden.[1402] Ein Leitartikel beschrieb den Gipfel als „substantial success", bei dem die EG an weltpolitischer Bedeutung gewonnen habe.[1403] Die genauen Inhalte des Mandats für die Regierungskonferenz – Vorschläge wie das Mitentscheidungsverfahren im Gesetzgebungsprozess, die Wahl der Kommission durch das Europäische Parlament oder die europäische Unionsbürgerschaft – blieben in beiden Zeitungen jedoch größtenteils unerwähnt.

„Britain's contribution to the debate on economic and monetary union": Der Major-Plan im Zentrum der Debatte

Der eigentliche Schwerpunkt der Europaberichterstattung im Juni 1990 lag ohnehin nicht auf der Politischen Union, sondern auf dem Major-Plan zum „harten ECU", der wenige Tage vor dem zweiten Gipfel von Dublin offiziell angekündigt wurde.[1404] Nach dem Misserfolg des Competing-Currencies-Plans in Straßburg war die Debatte über die Währungsunion in Großbritannien während der ersten Jahreshälfte 1990 zunächst deutlich

1400 TT 27.06.1990:10b. Ebenfalls als Erfolg Thatchers wertete die *Times* die auf dem Gipfel gefassten Beschlüsse zur Finanzhilfe an die Sowjetunion. Auch hier wurde zunächst eine britische Isolation befürchtet (TT 25.06.1990:11b). Doch während danach die deutschen Zeitungen betonten, dass Kohl ein grundsätzliches Bekenntnis der EG zu diesen Hilfen durchgesetzt habe (SZ 27.06.1990:4, FAZ 29.06.1990:3), hob die *Times* hervor, dass dank Thatcher die Entscheidung über die genaue Höhe der Unterstützung vertagt worden sei (TT 27.06.1990:1).

1401 TT 26.06.1990:13.

1402 TG 26.06.1990:20b, ähnlich auch TG 27.06.1990:18.

1403 TG 27.06.1990:18. Allerdings bezog sich die Zeitung damit vor allem auf die außenpolitischen Beschlüsse des Gipfels, weniger auf die Politische Union. Schon im Voraus hatte der *Guardian* die Finanzhilfen an die Sowjetunion als wichtigstes Thema von Dublin beschrieben (TG 25.06.1990:8, TG 25.06.1990:24b).

1404 Zu den Inhalten dieses Vorschlags siehe oben, Zweiter Teil, Kapitel 3.3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zurückgegangen, ohne jedoch komplett zu erliegen.[1405] Bereits im April warf ein Kommentar in der *Times* die Frage auf, ob der Delorsplan überhaupt zwingend zu einer Einheitswährung führen müsse oder ob auch eine dauerhafte Parallelexistenz von ECU und nationalen Währungen möglich sei.[1406] Anfang Juni berichtete der *Guardian,* Thatcher sei bereit, den Competing-Currencies-Plan so zu ändern, dass auch der ECU in Wettbewerb mit den anderen Währungen treten würde.[1407] Zugleich fanden sich allerdings auch Spekulationen, dass Thatcher eine Einbindung der USA in die währungspolitische Zusammenarbeit der EG vorschlagen wolle, um auf diese Weise eine volle Währungsunion zu verhindern.[1408]

Die Veröffentlichung des Hard-ECU-Plans selbst wurde von beiden britischen Zeitungen grundsätzlich positiv bewertet. Vor allem die *Times* betonte, dass der Vorschlag „serious" sei. Es handle sich dabei um „Britain's contribution to the debate on economic and monetary union": „a practical step towards a common European currency while avoiding the inflationary dangers and surrender of sovereignty involved in the Delors plan".[1409] Doch auch der *Guardian* lobte den harten ECU als „positive improvement" gegenüber dem Competing-Currencies-Vorschlag[1410] und bezeichnete ihn als „the first significant new EC institution Mrs Thatcher will have proposed during her premiership".[1411]

Wichtiger als die möglichen Folgen des Major-Plans für die EG war für die Zeitungen jedoch wieder einmal, welche Auswirkungen er auf die diplomatische Position Großbritanniens haben würde. So führten die kühlen Reaktionen der Europäischen Kommission und der übrigen Mitgliedstaaten dazu, dass selbst in der *Times* von Anfang an ein leichter Pessimis-

1405 So thematisierte etwa der *Guardian,* dass eine Währungsunion auch Finanztransfers von reicheren zu ärmeren Ländern nötig machen würde, und forderte von der britischen Regierung, sich aktiver in die Verhandlungen einzubringen (TG 20.03.1990:2, TG 22.03.1990:20).

1406 TT 17.04.1990:12, vgl. auch TT 23.04.1990:13.

1407 TG 08.06.1990:14.

1408 TG 19.06.1990:2, TG 19.06.1990:14.

1409 TT 21.06.1990:1. Verschiedentlich wurde der Plan auch als Zeichen für einen baldigen britischen Beitritt zum EWS gesehen, den Thatcher im Juni 1989 in Aussicht gestellt hatte (TT 21.06.1990:25, TT 22.06.1990:1).

1410 TG 21.06.1990:18.

1411 TG 21.06.1990:1. Frühe Kritik an dem Plan fand sich allerdings in einem Leserbrief des Labour-Politikers Chris Smith, den der *Guardian* eine Woche später abdruckte (TG 29.06.1990:26); vgl. auch unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

mus zu den Erfolgschancen des Plans vorherrschte.[1412] Inhaltliche Einschätzungen, wie sich der Plan auf die EG auswirken würde, fanden sich lediglich im Wirtschaftsteil.[1413] Mehrere Meinungstexte betonten jedoch, dass der Vorschlag ohnehin nicht dazu gedacht sei, in der präsentierten Form umgesetzt zu werden. So relativierte ein *Times*-Leitartikel seine inhaltliche Tragweite: „In practice, the British ecu would be merely a sort of traveller's cheque". Man müsse den Vorschlag deshalb in erster Linie als „an exercise in Europolitics" verstehen, der es Major ermögliche, der „anti-British hysteria" auf europäischer Ebene entgegenzutreten und die Gespräche über die Währungsunion, wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu verzögern.[1414] Ähnlich argumentierte ein Leitartikel im *Guardian:* Trotz des „almost unstoppable momentum towards full monetary union" könne der Vorschlag „attract still further thought amongst our partners".[1415]

Dass der Major-Plan auf dem Gipfel von Dublin letztlich keine nennenswerte Rolle spielte, wurde von den beiden Zeitungen allerdings recht unterschiedlich aufgenommen. Die *Times* machte für das Scheitern vor allem den deutschen Bundesbankpräsidenten Pöhl verantwortlich, der sich öffentlich gegen den harten ECU ausgesprochen und damit auch die deutsche Delegation in Dublin zu einer Ablehnung des Vorschlags gebracht habe.[1416] Ein Leitartikel nahm dies zum Anlass für eine Generalkritik an Deutschland, das über die europäische Integration nur seinen eigenen Einfluss ausbauen wolle: Jeder weitere Schritt in Richtung einer Währungsunion werde Westeuropa deshalb „into the darkest political territory" führen.[1417] Der *Guardian* hingegen widmete dem Major-Plan nach dem Gipfel nicht mehr viel Aufmerksamkeit, sondern stellte lediglich fest, Thatcher habe nachgeben müssen, da die übrigen Regierungschefs keinen Zweifel

1412 TT 22.06.1990:23, TT 25.06.1990:11a, ähnlich auch schon TT 21.06.1990:25. Im *Guardian* hieß es, die anderen EG-Regierungen und die Kommission begrüßten den Plan als Zeichen für einen konstruktiveren Ansatz Großbritanniens, lehnten jedoch jede Ablenkung vom Ziel einer vollen Währungsunion ab (TG 22.06.1990:24, TG 23.06.1990:1, TG 26.06.1990:20b, TG 27.06.1990:1, 20; vgl. auch schon TG 21.06.1990:1).

1413 Z. B. TT 22.06.1990:25.

1414 TT 21.06.1990:13, ähnlich TT 21.06.1990:25.

1415 TG 21.06.1990:18. Bereits kurz vor Veröffentlichung des Plans hatten beide Zeitungen darüber berichtet, dass die Regierung zuversichtlich sei, sich in Gesprächen zur Währungsunion durchzusetzen (TT 16.06.1990:7, TG 19.06.1990:2).

1416 TT 26.06.1990:1.

1417 TT 26.06.1990:13.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

an ihrer Entschlossenheit zum „ultimate goal of a Eurofed central bank and a single currency“ gelassen hätten.[1418]

Ähnlich wie bereits ein halbes Jahr zuvor beim Gipfel von Straßburg richtete die britische Presse also auch vor dem zweiten Dubliner Gipfel ihren Fokus auf eine ganz andere Frage als die deutschen und französischen Zeitungen. Wie der Competing-Currencies-Plan interessierte dabei auch der harte ECU jedoch offensichtlich nicht wegen seiner realen Verwirklichungsaussichten. Entscheidend war für die britischen Zeitungen vielmehr, dass es sich um einen Vorschlag der eigenen nationalen Regierung handelte, mit dem diese ihre Außenseiterrolle in den Vertragsverhandlungen zu überwinden hoffte.[1419] Als dieser Versuch scheiterte, fielen beide Zeitungen in ihre üblichen Bewertungsmuster zurück: Während die *Times* zu einer Abwertung der übrigen Verhandlungspartner überging (in diesem Fall der deutschen Bundesbank und Bundesregierung), sah der *Guardian* eine weitere Bestätigung für Thatchers diplomatische Schwäche.

Auch wenn der harte ECU in den folgenden Monaten in der britischen Öffentlichkeit wieder etwas an Bedeutung verlor, thematisierten beide Zeitungen ihn auch später noch immer wieder als mögliche Alternative zum Delorsplan. So wurde etwa der britische Beitritt zum Europäischen Währungssystem am 8. Oktober 1990 teilweise als Chance gesehen, um den Hard-ECU-Plan glaubwürdiger voranzutreiben.[1420] Auch im Umfeld der beiden Gipfel von Rom im Oktober und Dezember fand der Plan mehr-

1418 TG 26.06.1990:20b. Ein späterer Artikel erwähnte noch einmal, dass sich der harte ECU als Zwischenstufe auf dem Weg zu einer vollen Währungsunion durchaus auch mit dem Delorsplan in Einklang bringen lasse. Viel Tragweite maß die Zeitung diesem Thema zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr bei. Letztlich handle es sich nur um die technische Frage „whether or not the European Currency Unit should be valued on the average of EC currencies or in relation to the strongest EC currency, the Deutschmark“ (TG 02.07.1990:11).

1419 Daneben wurde der Hard-ECU-Plan auch als Versuch verstanden, die Conservative Party europapolitisch zu einigen, siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.

1420 So TG 10.10.1990:19. Insgesamt wurde der EWS-Beitritt allerdings eher in Bezug auf die nationale Wirtschafts- und Inflationsentwicklung diskutiert, weniger auf die britische Rolle in der EG (z. B. TT 12.10.1990:5, TT 16.10.1990:10, TG 24.10.1990:4). Thatcher und Major selbst betonten auf einem Parteitag der Conservative Party Mitte Oktober, der Beitritt sei jedenfalls nicht als Schritt zur britischen Zustimmung zu einer vollen Währungsunion zu verstehen (vgl. TG 13.10.1990:1, TG 15.10.1990:21).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

fach als britische Position Erwähnung.[1421] Nach der Wahl John Majors zum Premierminister zählte der *Guardian* Ende November den Hard-ECU-Plan als eine seiner bisherigen Errungenschaften als Finanzminister auf, betonte aber auch erneut, dass der Vorschlag keine reale Umsetzungschance habe:

> The idea has not found favour with Britain's EC partners, although it has enabled the Government to argue that it is prepared to play a full part in the European debate and is not merely dragging its feet.[1422]

Zugleich erschienen in den britischen Zeitungen ab Oktober 1990 aber auch erste Überlegungen, dass Großbritannien die von den übrigen Mitgliedstaaten angestrebte Währungsunion nach dem Delorsplan akzeptieren könnte, ohne sich selbst daran zu beteiligen. Auf allzu große Zustimmung stieß diese Idee zunächst nicht: Wenige Wochen vor dem Gipfel von Rom erklärte der *Guardian*, ein solches „two-division Europe", in dem sich Großbritannien „outside the super-league" befinde, werde von den britischen Ministern „with horror" gesehen.[1423] Etwas positiver bewertete die Zeitung hingegen einen Vorschlag des britischen EG-Kommissars Leon Brittan, der den Konflikt über die Währungsunion lösen wollte, indem die Entscheidung über den Beitrittszeitpunkt jeweils den einzelnen Ländern überlassen sein sollte. Dadurch werde zwar „a de facto ‚two-tier' Community" geschaffen, aber „a full-blooded constitutional crisis" verhindert.[1424] Dieser Vorschlag wurde allerdings von Jacques Delors zurückgewiesen, der lediglich für einzelne Länder Ausnahmen zu akzeptieren bereit war.[1425]

Mit diesem Gegensatz – freie Wahl des Beitrittszeitpunkts für alle oder nur für einzelne Mitgliedstaaten – standen erstmals die beiden Lösungsmodelle im Raum, um die etwas mehr als ein Jahr später der zentrale Konflikt auf dem Gipfel von Maastricht selbst kreisen würde. Im Oktober 1990 wiesen die britischen Zeitungen diesen Optionen jedoch noch keine allzu große Bedeutung zu, und auch die Urheberschaft des Vorschlags blieb vage. So erwähnte die *Times* eine mögliche Sonderregelung für Großbritan-

1421 Z. B. TG 11.10.1990:13, TG 23.10.1990:20, TG 23.10.1990:22a, TG 26.10.1990:8, TG 30.10.1990:1, TG 30.10.1990:23a, TG 28.11.1990:2, TG 14.12.1990:10; TT 26.10.1990:8, TT 26.10.1990:12, TT 29.10.1990:1, TT 30.10.1990:13a, TT 31.10.1990:8, TT 01.12.1990:1, TT 01.12.1990:17, TT 06.12.1990:1, TT 10.12.1990:8, TT 13.12.1990:10d.

1422 TG 28.11.1990:6a.

1423 TG 10.10.1990:19.

1424 TG 20.10.1990:7.

1425 TG 25.10.1990:22.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nien nur am Rande als eine „compromise German idea“, die aber in Rom noch nicht im Detail diskutiert würde.[1426] Der *Guardian* wiederum zitierte Anfang November noch einmal Brittan, der nun ebenfalls eine Sonderregelung allein für Großbritannien als die beste Lösung nannte – was allerdings erneut von britischen Regierungsmitgliedern zurückgewiesen wurde, die eine solche Haltung als „horribly dishonest“ bezeichneten und stattdessen auf ihrem Gegenmodell des harten ECU beharrten.[1427] Mitte November beschrieb der *Guardian* den Vorschlag einer britischen Sonderregelung (die nun erstmals mit der Formulierung „opt out“ bezeichnet wurde) als „compromise“, den eine „growing number of European governments“ Großbritannien anbieten wolle.[1428]

Eine eingehende Analyse des Opt-out-Vorschlags gab es jedoch nicht; die Berichterstattung darüber blieb sporadisch und auf die hinteren Seiten der Zeitung beschränkt. Solange die britische Regierung offiziell am Hard-ECU-Plan festhielt, zogen auch die britischen Zeitungen alternative Lösungen für ihr Land offenbar nicht ernsthaft in Betracht – obgleich das Opt-out, wie der *Guardian* selbst feststellte, unter den übrigen Regierungen und in der Kommission auf wachsende Zustimmung stieß.

„Gladiator summit“: Schuldzuweisungen für die britische Isolation auf dem ersten Gipfel von Rom

Obwohl der Hard-ECU-Plan als offizielle Regierungspolitik in der britischen Öffentlichkeit nicht in Frage gestellt wurde, zerschlug sich die kurzfristige Hoffnung, dass die britische Gegeninitiative zur Währungsunion zu einer verbesserten diplomatischen Position führen könnte, recht schnell. Insbesondere dass Helmut Kohl sich im Oktober 1990 dazu bereit erklärte, ein konkretes Anfangsdatum für die dritte Stufe des Delorsplans festzulegen, wurde als ein Schlüsselereignis in den Verhandlungen gesehen: Es habe, so die *Times*, „decisively tipped the balance of the debate at a crucial time“.[1429] Beide Zeitungen gingen deshalb bereits vor dem Gipfel

1426 TT 27.10.1990:9, ähnlich TT 30.10.1990:2b; vgl. auch TT 26.10.1990:12, wo ein „two-speed Europe“ in Bezug auf die Währungsunion als voraussichtliches Konfliktthema des Gipfels genannt wurde. Alternativ wurde auch die Möglichkeit eines eigenen Währungsunion-Vertrags ohne Großbritannien thematisiert, die aber als „difficult“ beschrieben wurde (TT 30.10.1990:2a).

1427 TG 05.11.1990:1.

1428 TG 15.11.1990:13.

1429 TT 20.10.1990:8.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

von Rom Ende Oktober davon aus, dass es zu einer neuen Verschärfung der britischen Isolation kommen würde.[1430] Dabei griffen sie erneut auf ihre bereits etablierten Deutungsmuster zurück: Der *Guardian* ging davon aus, dass die britische Regierung sich zwar verbal gegen jeden neuen Integrationsschritt wehren, sich letztlich aber in das Unvermeidliche fügen und „the best they can get (preferably long after the next general election)" akzeptieren werde.[1431] Die *Times* hingegen rechnete weiter mit Unterstützung von anderen Mitgliedstaaten und erwartete, dass diese Thatcher eine „face-saving formula" anbieten würden.[1432]

Gleichzeitig setzte bereits vor dem Gipfel eine Debatte darüber ein, wer letztlich die Verantwortung für den zu erwartenden Zusammenprall in Rom zu tragen hätte. Dies zeigte sich in der *Times* zum einen durch den erneuten Rückgriff auf den Topos des ‚guten Europäers' – diesmal in Form eines Zitats von John Major, der betonte, dass die britische Verhandlungsposition keinesfalls Ausdruck eines „lukewarm commitment to Europe" sei: „‚Our record as a good European is excellent.'"[1433] Zum anderen entwickelte die Zeitung, teils ebenfalls unter Verweis auf britische Regierungsquellen, einen Deutungsrahmen, der die Schuld für das Scheitern einer Kompromisslösung zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten vor allem der italienischen Regierung zuwies.

Das neue Interesse für die italienische Regierung lag natürlich in erster Linie an deren Rolle als Ratsvorsitzende und Gastgeberin des Gipfels. Aber auch dass der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga wenige Tage vor dem Treffen in Rom auf einem Staatsbesuch in London war, nahmen die Zeitungen zum Anlass für ausführliche Berichte über die integrationsfreundliche italienische Europapolitik. Ein langer Artikel der *Times* begründete diese hauptsächlich mit der nationalen politischen Kultur: „[P]ossibly because for historical reasons it has no strong nationalist feeling, Italy has long been a strong supporter of European integration".[1434] Obwohl der Text unter anderem auch die kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien ansprach, behandelte er das Land in Bezug auf seine europapolitischen Positionen klar als eine Einheit. Formulierungen wie „Italy believes that […]"[1435] ließen wenig Raum für

1430 TG 19.10.1990:20, TG 23.10.1990:22a, TT 19.10.1990:1, 22, TT 22.10.1990:12a.
1431 TG 23.10.1990:20.
1432 TT 20.10.1990:8.
1433 TT 19.10.1990:1, 22.
1434 TT 23.10.1990:30.
1435 Ebd.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Differenzierung etwa anhand parteipolitisch-weltanschaulicher Deutungsrahmen. Zugleich griff die Zeitung auf gängige Stereotypen zurück, die britischen Pragmatismus mit kontinentaleuropäischem Idealismus kontrastierten: Der „Italian style" sei, so hieß es in dem Artikel, „stronger on rhetoric than practicality".[1436]

Entlang dieser Linie kritisierte die *Times* den Gipfel von Rom schon frühzeitig als einen „summit without a cause", den die italienische Regierung vor allem einberufen habe, „because the French and the Irish, when incumbents of the European Community's ridiculous six-month rotating presidency, also held two summits rather than one".[1437] Die italienische Regierung wolle nun „grandiose proposals that command little support" vorbringen[1438] und werde damit nicht ihrer Aufgabe gerecht, als Ratsvorsitzende einen für alle akzeptablen Kompromiss zu finden:

> Italy has always been a visionary rather than a pragmatic member of the EC, believing strongly in the ideal of federalism. But […] the presidency's job is to ensure the smooth functioning of the EC machinery.[1439]

Indirekt machte die *Times* Italien damit für die britische Isolation mitverantwortlich: Die italienische Regierung habe „not done enough to promote […] agreement on the many contentious issues that divide the 12 member countries".[1440] Im *Guardian* hingegen stieß dieses Deutungsmuster auf keine Zustimmung. Vielmehr lobte hier ein Artikel die italienische Ratspräsidentschaft als „energetic and visionary" und griff stattdessen die außenpolitische Kultur der eigenen Regierung an: Dass aus Großbritannien Kritik am italienischen Stil laut werde, spreche gegen „the British diplomatic mandarinate for whom any expression of enthusiasm for anything is regarded as a sign of ill-breeding".[1441]

Als zentrale inhaltliche Streitfragen nannte die *Times* neben der Währungsunion die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, die Ab-

1436 Ebd. Ein anderer Artikel lobte Cossiga, der sich gegenüber anderen italienischen Politikern durch seine Nüchternheit und den ihm entgegengebrachten Respekt auszeichne und in der Europapolitik „sympathetic to the British vision" sei. Beides mache ihn zu einer „rarity" in Italien (TT 23.10.1990:31).

1437 TT 25.10.1990:17.

1438 TT 13.10.1990:13, ähnlich TT 19.10.1990:15 mit Kritik speziell an den Plänen zur GASP.

1439 TT 13.10.1990:13.

1440 TT 23.10.1990:30.

1441 TG 23.10.1990:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schaffung nationaler Vetorechte und die Stärkung des Europäischen Parlaments.[1442] Etwas unklar blieb zunächst, ob Italien darüber gezielt einen Konflikt mit Großbritannien anstrebe: Einige Artikel betonen den italienischen Druck,[1443] andere erklärten hingegen, Italien wolle eine offene Eskalation vermeiden.[1444] Unmittelbar vor dem Gipfel war die Erwartung eines Zusammenpralls jedoch in beiden Zeitungen hoch: Auch der *Guardian* sprach nun von einem „Gladiator summit"[1445] und nannte als wichtigste Antagonisten der britischen Regierung Italien und die Kommission, wobei Letztere „salami tactics" bevorzugen würde, während Erstere auf eine Entscheidung dränge.[1446] Andere Akteure kamen sehr viel seltener vor. So wurde etwa ein Treffen der EVP-Regierungschefs am Vorabend des Gipfels nur einmal am Rand erwähnt,[1447] und auch das Europäische Parlament fand nur punktuelle Beachtung.[1448]

Den Gipfel selbst sahen beide Zeitungen schließlich als wichtigen Einschnitt in den Verhandlungen. Die *Times* verbreitete dabei zunächst noch eine recht optimistische Sichtweise auf die britische Verhandlungsposition: Kurz vor dem Gipfel erklärte ein Seite-1-Teaser unter der Überschrift „Thatcher's win", die „first round of arguments […] appears to have been won by Margaret Thatcher".[1449] Überschriften wie „British vision of EC future under scrutiny in Rome talks" suggerierten eine zentrale Rolle Großbritanniens in den Gesprächen.[1450] Am Tag nach dem Gipfel revidierte die *Times* diese Sichtweise jedoch und machte ebenso wie der *Guardian* mit

1442 TT 26.10.1990:12, ähnlich auch TT 27.10.1990:10.
1443 TT 22.10.1990:12b, TT 22.10.1990:12a.
1444 TT 23.10.1990:1, TT 23.10.1990:12.
1445 TG 26.10.1990:9, fast wortgleich TG 26.10.1990:8, ähnlich auch TT 26.10.1990:12, TG 26.10.1990:8.
1446 TG 26.10.1990:8, ähnlich TG 26.10.1990:9. Mitte Oktober hatte die *Times* Delors noch als Thatchers Hauptgegner dargestellt (TT 19.10.1990:1, 22, TT 19.10.1990:10). Später gingen hingegen beide Zeitungen davon aus, dass der Kommissionspräsident kein Interesse an einem offenen Konflikt habe (TT 25.10.1990:15, TT 27.10.1990:10, TG 25.10.1990:22).
1447 TG 26.10.1990:8.
1448 So stellte der *Guardian* knapp fest, bei der Politischen Union „most governments [are] resisting the European Parliament's more radical demands" (TG 23.10.1990:22a). Kurz zuvor war zudem ein Porträt von Enrique Barón Crespo erschienen, das ebenfalls die Position des Parlaments zum Demokratiedefizit ansprach (TG 11.10.1990:10).
1449 TT 26.10.1990:1.
1450 TT 27.10.1990:10.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

dramatischen Überschriften zur britischen Isolation auf.[1451] Thatcher wurde nun explizit als „loser" des Gipfels bezeichnet;[1452] selbst Länder wie Dänemark, von denen Großbritannien Unterstützung erhofft habe, hätten sich abgewandt.[1453] Beide Zeitungen zitierten zudem ausführlich aus dem Abschlusskommuniqué, das entgegen allen Gepflogenheiten explizit die abweichende Position Großbritanniens vermerkte und damit eindrücklich Thatchers Einsamkeit im Europäischen Rat unterstrich.[1454]

Doch auch wenn beide Zeitungen sich über das dramatische Ausmaß der britischen Isolation einig waren, zeigten sich die Unterschiede bei der Zuschreibung der Verantwortung dafür deutlicher denn je. So kritisierte der *Guardian* den schwachen diplomatischen Auftritt der zerstrittenen britischen Regierung, die zur Politischen Union „no green paper, no white paper, no comprehensive British view of any kind" entwickelt habe.[1455] Ein Leitartikel betonte die „inevitability" der europäischen Integration und verwies auf die ehemals neutralen Staaten, die nun einen EG-Beitritt anstrebten: So wie für diese gebe es auch für Großbritannien „no alternative" zur EG-Mitgliedschaft.[1456] Andere Artikel zitierten europäische Politiker, denen zufolge eine Erweiterung der EG auch eine „more federalist political union" notwendig mache.[1457] Thatchers Blockadehaltung, so das Hauptargument des *Guardian*, schade deshalb den „British interests"[1458] und marginalisiere Großbritannien nicht nur in der EG, sondern auch auf globaler Ebene.[1459]

Die *Times* hingegen suchte die Schuld für die Isolation nicht bei der britischen Regierung, sondern intensivierte vielmehr die Angriffe auf Italien und die übrigen EG-Staaten. Diese Linie entsprach auch der Darstellung von Thatcher selbst, die nach dem Gipfel scharfe Kritik an der „incompetence" der italienischen Ratspräsidentschaft geübt und erklärt hatte, die

1451 „Britain alone as date is set for monetary union" (TT 29.10.1990:1), „Defiant Thatcher left in cold" (TG 29.10.1990:1).
1452 TT 29.10.1990:7b. Als Sieger galten hingegen die italienische Regierung, Helmut Kohl und Jacques Delors (TT 29.10.1990:7a).
1453 TT 29.10.1990:1, TT 29.10.1990:7b.
1454 TT 29.10.1990:7c, TG 29.10.1990:6.
1455 TG 23.10.1990:20.
1456 TG 29.10.1990:29, ähnlich TG 30.10.1990:23b mit Bezug auf die Währungsunion.
1457 So De Michelis in TG 30.10.1990:10b, ähnlich Kohl in TG 30.10.1990:23a.
1458 TG 29.10.1990:29.
1459 TG 30.10.1990:10a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Beschlüsse von Rom stammten aus „cloud cuckoo land".[1460] Die *Times* griff dies in einem Leitartikel auf, in dem sie den Gipfel als „disgrace" bezeichnete und seine „procedural anarchy" kritisierte.[1461] Auch in der Kommission sei man der Meinung „that the Italians had needlessly alienated Britain".[1462] Tatsächlich, so insistierte die Zeitung, würden Thatchers Ansichten „privately" auch von vielen anderen EG-Regierungschefs geteilt; wirklich umsetzen wolle die Währungsunion kaum ein Mitgliedstaat.[1463]

Letztlich zeigten sich auch im Umgang mit dem Gipfel von Rom also die üblichen Deutungsmuster der beiden britischen Zeitungen: Während der *Guardian* vor allem die Premierministerin kritisierte, die mit ihrem „tone of abrasive contempt" mögliche Allianzen mit den anderen Regierungen unmöglich mache,[1464] griff die *Times* die integrationsfreundlichen Regierungen auf dem Kontinent an und verwies auf mögliche Verbündete, die nur bislang noch nicht öffentlich hervorgetreten seien.

Ein ähnliches Muster zeigte sich auch in Bezug auf das zweite wichtige Thema des Gipfels: der von Großbritannien geforderte, von Deutschland und Frankreich jedoch abgelehnte Abbau der EG-Agrarsubventionen im Rahmen des Welthandelsabkommens GATT. Die *Times* beschrieb diesen

---

1460 TT 29.10.1990:1, ähnlich TG 29.10.1990:1. Ein *Times*-Bericht erklärte später allerdings, dass diese Kritik in der Öffentlichkeit der anderen EG-Staaten nicht angekommen sei: Während in Großbritannien selbst die meisten darin eine Veto-Drohung Thatchers sähen, hielten die anderen die britischen Vorbehalte nur für „a temporary inconvenience" (TT 30.10.1990:2c).

1461 TT 29.10.1990:13, ähnlich TT 29.10.1990:7a, TT 29.10.1990:12.

1462 TT 30.10.1990:1, ähnlich TT 30.10.1990:2a, TT 09.11.1990:11. Ein weiterer Artikel sprach von „characteristically provocative" Äußerungen des italienischen Außenministers De Michelis, der erklärt hatte, dass Großbritannien nur noch vor der Entscheidung stehe, die Vertragsreform zu akzeptieren oder die EG zu verlassen (TT 31.10.1990:11).

1463 TT 29.10.1990:13, ähnlich auch TT 30.10.1990:1 (mit Verweis auf „sources close to [Thatcher]"). Auch sonst ging die *Times* schnell wieder dazu über, das Bild einer völligen Isolation Thatchers zu relativieren. So zitierte sie den belgischen Außenminister Mark Eyskens, dass der britische Hard-ECU-Plan „not dead" sei, und die deutsche Europa-Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer, derzufolge die Mitgliedstaaten auch nach der Vertragsreform noch die Autonomie haben würden „to take many decisions at national level" (TT 31.10.1990:11). Darüber hinaus veröffentlichte die Zeitung zahlreiche Leserbriefe, die Unterstützung für Thatcher äußerten (z.B. TT 30.10.1990:13b, TT 01.11.1990:15a, TT 01.11.1990:15b, TT 01.11.1990:15c, TT 01.11.1990:15d).

1464 TG 30.10.1990:23c. Die Erwartung, dass es im weiteren Verlauf der Verhandlungen noch zu Spaltungen zwischen den anderen Regierungen kommen werde, gab der *Guardian* nur in Form eines Zitats von Thatcher selbst wieder, ohne sie sich selbst zu eigen zu machen (TG 29.10.1990:1).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Konflikt wiederholt als Zeichen für die fehlende außenpolitische Geschlossenheit der EG und zitierte etwa Außenminister Douglas Hurd, demzufolge die EG sich der Lächerlichkeit preisgäbe „if we project grand schemes for the future without even agreeing a matter affecting […] world trade".[1465] Auch hier wurde die Schuld für den Konflikt bei den übrigen EG-Regierungen gesehen, die, so zitierte die Zeitung Thatcher, „protectionism […] ‚for national reasons'" betrieben.[1466] Ein Leitartikel unterstellte gar, dass die Beschlüsse zur Währungsunion lediglich dazu dienen sollten, von dem Agrarthema abzulenken.[1467] Der *Guardian* hingegen führte die GATT-Verhandlungen nur als einen weiteren Beweis für die fehlende europapolitische Kohärenz der britischen Regierung an. Ein Leitartikel betonte die „irony", dass Thatcher einerseits bei den Agrarsubventionen die Blockade der übrigen EG-Staaten beklage, andererseits aber in den Verhandlungen zur Vertragsreform auf den Erhalt nationaler Vetorechte poche, und folgerte harsch: „The British position, in short, has become one devoid of logic."[1468]

Die Berichterstattung über die Isolation Thatchers auf dem Gipfel von Rom ging in den britischen Medien unmittelbar in eine Debatte über die tiefen europapolitischen Spaltungen innerhalb der Conservative Party über.[1469] Ab Anfang November wurden die Schlagzeilen vom Rücktritt des Vizepremierministers Geoffrey Howe und der darauffolgenden Regierungskrise dominiert, die letztlich zu Thatchers Amtsaufgabe führte. Vor allem in der *Times* erschienen in dieser Zeit zwar immer wieder auch Artikel über die Reaktionen der übrigen EG-Länder auf die britische Krise.[1470]

1465 TT 23.10.1990:13, vgl. auch TT 19.10.1990:15, TT 25.10.1990:15.

1466 TT 29.10.1990:1.

1467 TT 29.10.1990:13.

1468 TG 29.10.1990:29. Als weiteres Beispiel für die Inkohärenz der britischen Regierung nannte der Leitartikel die Kritik an der Schwäche der EG in der Golfkrise bei gleichzeitiger Verweigerung gegenüber einer gemeinsamen Außenpolitik. In derselben Argumentationslinie verwies ein anderer Kommentar darauf, dass Thatcher die fehlende demokratische Verantwortung in der EG kritisiere, gleichzeitig aber das Europäische Parlament nicht stärken wolle (TG 30.10.1990:23a).

1469 TG 29.10.1990:1, 22, TG 30.10.1990:1, TT 30.10.1990:1.

1470 Die *Times* referierte nach Howes Abdankung einerseits Sorgen in Deutschland und bei der Europäischen Kommission, dass der europafreundliche Flügel in der britischen Regierung geschwächt würde (TT 02.11.1990:2a, TT 03.11.1990:2a), andererseits Genugtuung in Frankreich, da es nun einfacher fallen würde, Thatcher zu isolieren (TT 03.11.1990:1b, TT 03.11.1990:2a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Insgesamt konzentrierte sich die Berichterstattung nun aber auf die beteiligten nationalen Akteure.

Da die Thatcher-Gegner in der Conservative Party der Premierministerin vorwarfen, in den Verhandlungen über die Zukunft der EG nicht konstruktiv genug zu sein, blieb die Frage nach der Verantwortung für die britische Isolation allerdings auch während der Regierungskrise präsent. Dies veranlasste die *Times* dazu, die britische Regierung erneut in mehreren Leitartikeln als vorbildlichen Europäer darzustellen und zugleich andere Mitgliedstaaten anzugreifen. Dabei wiederholten sich viele der Argumente, die die Zeitung schon unmittelbar nach dem Gipfel von Rom vorgebracht hatte: Die Behauptung, dass Großbritannien mehr als andere seine nationalen Interessen vertrete, sei „hypocrisy", wie sich am Agrarprotektionismus Deutschlands und Frankreichs in den GATT-Verhandlungen erkennen lasse.[1471] Insbesondere Helmut Kohl verfolge mit der europäischen Integration „nationalist power politics", was er nur durch die „language of the federalist 1950s" verhülle.[1472] Wenn Thatcher stärkerer Kritik ausgesetzt sei als andere Regierungschefs, so liege das allein an ihrer größeren Ehrlichkeit[1473] sowie am „mismanagement" der italienischen Ratspräsidentschaft in Rom.[1474] Zudem wurde wieder mehrfach die Erwartung geäußert, dass auch andere Mitgliedstaaten eigentlich die britische Position

---

Nachdem Michael Heseltine seine Kandidatur um den Parteivorsitz angekündigt hatte, vermerkte die Zeitung zunächst breite Zustimmung für ihn in den übrigen Ländern (TT 13.11.1990:2, TT 15.11.1990:3, TT 16.11.1990:2). Später hieß es bisweilen allerdings auch, dass die Europäer in dieser Frage geteilter Meinung seien, da selbst überzeugte Föderalisten Thatchers offene Kritik begrüßten (TT 20.11.1990:2, ähnlich TT 19.11.1990:2). Der *Guardian* thematisierte die europäischen Reaktionen auf die britische Regierungskrise insgesamt seltener und hob dann vor allem die erwartete Schwächung der Premierministerin hervor (so TG 03.11.1990:3, TG 21.11.1990:2, TG 22.11.1990:2, TG 22.11.1990:4a).

1471 TT 07.11.1990:13a. Auch Thatcher selbst verwies in einem *Times*-Interview auf die Agrarpolitik und kritisierte den „double standard", der an Großbritannien angelegt werde (TT 19.11.1990:14).

1472 TT 06.11.1990:15, ähnlich auch der Leserbrief TT 16.11.1990:17a. Lediglich in der Berichterstattung der Auslandskorrespondenten fand sich zuweilen auch der in den deutschen und französischen Medien vorherrschende Topos, dass das wiedervereinigte Deutschland durch die europäische Integration machtpolitisch eingehegt werden könne (TT 21.11.1990:10).

1473 TT 03.11.1990:13.

1474 TT 15.11.1990:17.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

teilten und deshalb zu einem späteren Zeitpunkt die Integrationsbestrebungen bremsen würden.[1475]

Demgegenüber kritisierte ein *Guardian*-Leitartikel diese Angriffe der *Times* und anderer konservativer britischer Zeitungen auf ausländische EG-Regierungschefs wie Andreotti, Kohl und Mitterrand nun explizit: Sie verwischten die „line between journalism and propaganda" und könnten sogar die britische Diplomatie schwächen, indem sie die betroffenen ausländischen Regierungen gegen Großbritannien aufbrächten. Das Hauptproblem sah der *Guardian* jedoch darin, dass die konservativen Zeitungen mit ihrer Linie implizit den britischen Isolationskurs rechtfertigten: „The real danger […] is […] that, cosily reiterating a conveniently insular theme, we shall simply delude ourselves again".[1476]

Insgesamt wurde der Gipfel von Rom in den britischen Medien also durchaus als ein Wendepunkt diskutiert – allerdings nicht im Sinne eines europäischen Durchbruchs bei den Vertragsverhandlungen, sondern einer nationalen diplomatischen Niederlage. Die Frage, wie es mit der Europäischen Gemeinschaft weitergehen würde, trat auch im eigentlich integrationsfreundlichen *Guardian* völlig hinter der Suche nach einem Verantwortlichen für die nationale Isolation zurück. Je mehr Aufmerksamkeit die Regierungskrise auf sich zog, desto geringer wurde das Interesse für europapolitische Ereignisse und Positionen, die dazu in keinem unmittelbaren Zusammenhang standen. In gewisser Weise führten die starken Rückwirkungen des europäischen Gipfels auf die nationale Politik deshalb zu dem paradoxen Effekt, dass die Inhalte der Vertragsreform in der britischen Öffentlichkeit an Sichtbarkeit *verloren:* Statt zu einem europäischen Verfassungsmoment kam es zu einer hitzigen nationalen Debatte, in der über die übrigen europäischen Akteure fast nur noch gesprochen wurde, um die Kritik zu bestätigen oder zu entkräften, die Thatchers parteiinterne Gegner an ihrem diplomatischen Stil übten.

In der Berichterstattung über Thatchers Abdankung selbst spielte die EG schließlich kaum noch eine Rolle. Nur wenige Artikel thematisierten die Reaktionen in den übrigen EG-Mitgliedstaaten: Dort sei man einerseits erleichtert, da der Rücktritt die weiteren Verhandlungen einfacher mache, andererseits habe aber selbst Jacques Delors, „her implacable foe", seine Hochachtung vor Thatchers klaren Argumenten ausgedrückt.[1477] Zugleich

1475 TT 01.11.1990:15b, TT 03.11.1990:13, TT 06.11.1990:14.
1476 TG 07.11.1990:20.
1477 TT 23.11.1990:9, ähnlich TT 22.11.1990:3, TG 23.11.1990:5, TG 30.11.1990:23a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zeigte sich die *Times* nach der Wahl John Majors zum neuen Premierminister noch einmal optimistisch, dass sich nun auch andere Mitgliedstaaten auf Großbritannien zubewegen würden.[1478] Der *Guardian* stellte hingegen fest, die Reaktion der EG auf Major sei „low-key" gewesen: Man verbinde mit ihm nur geringe Erwartungen und kenne ihn vor allem wegen des von ihm präsentierten Hard-ECU-Plans, der im Rest der EG „few, if any, supporters" habe.[1479]

„A move certain to displease the government": Die Wirkung auf Großbritannien als Bewertungsmaßstab

Das geringe Interesse für gesamteuropäische Entwicklungen blieb auch nach Thatchers Abgang zunächst erhalten und schlug sich nicht zuletzt auch in der Berichterstattung über die europäischen Assisen nieder, die zeitgleich mit dem Amtsantritt John Majors stattfanden. Am ausführlichsten war noch ein Gastbeitrag des sozialdemokratischen Fraktionschefs im Europäischen Parlament, Jean-Pierre Cot, der im *Guardian* die Bedeutung der interparlamentarischen Zusammenarbeit hervorhob und die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat sowie die Einführung europäischer sozialer Rechte verteidigte.[1480] Ansonsten räumten beide Zeitungen dem Thema jedoch nur geringe Relevanz ein und fokussierten vor allem auf Aspekte, die sich irgendwie in Bezug auf die Ereignisse in Großbritannien bringen ließen: So erörterte eine Glosse in der *Times*, dass die Conservative Party bei den Assisen sowohl mit ihrem europafreundlichen als auch mit dem europaskeptischen Parteiflügel vertreten sein würde.[1481] Zur Diskussion über die Sitzordnung erklärte die Zeitung, dass „despite protests from British Tories who urged seating by national groups, it was agreed to ignore nationality and sit in

1478 TT 28.11.1990:19, ähnlich TT 28.11.1990:2a. Auch der neue britische Finanzminister Norman Lamont erklärte nach einem Treffen mit seinen EG-Amtskollegen Anfang Dezember, dass er weiterhin eine Chance zur Verwirklichung des Hard-ECU-Plans sehe (TT 03.12.1990:2).

1479 TG 28.11.1990:2. Verschiedentlich wurde aber auch die Erwartung der übrigen EG-Regierungen beschrieben, dass Major ein konstruktiverer Verhandlungspartner sein werde als Thatcher (z. B. TG 29.11.1990:4).

1480 TG 23.11.1990:29a. In dem Gastbeitrag beschrieb Cot die Position der europäischen Sozialdemokraten mit dem Pronomen „we", ein ungewöhnliches Beispiel für eine klar gesamteuropäisch-weltanschauliche Perspektive.

1481 TT 27.10.1990:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

blocks defined by political allegiance".[1482] Und auch die inhaltlichen Ergebnisse des Treffens erwähnte die *Times* nur sehr knapp am Ende eines eigentlich der britischen Europapolitik gewidmeten Artikels, wobei als Bewertungsmaßstab ausschließlich die erwartete Reaktion der britischen Regierung herangezogen wurde: Dass Parlamentarier aller EG-Staaten „steps towards a European federation" gefordert und eine Erklärung für eine „autonomous central bank, a single currency and more powers for the European parliament" verabschiedet hätten, sei „a move certain to displease the government".[1483]

Ein ähnliches Muster zeigte sich auch in der Berichterstattung über verschiedene Treffen des BSPEG und des ELDR im November und Dezember. Der *Guardian* griff diese Ereignisse zwar auf, stellte dabei aber jeweils die Frage in den Mittelpunkt, inwiefern sich die jeweiligen britischen Mitglieder mit den Positionen ihrer europäischen Schwesterparteien im Einklang befänden. So berichtete die Zeitung über Konflikte zwischen der Labour Party und den übrigen europäischen Sozialdemokraten etwa über die Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Gesetzgebung, die Autonomie der Europäischen Zentralbank oder die Wahl des Kommissionspräsidenten.[1484] In Bezug auf die Liberal Democrats hingegen betonte der *Guardian*, dass diese als einzige britische Partei auf einer Linie mit ihren „European sister parties" lägen.[1485] Selbst in der Berichterstattung über die europäischen Parteienfamilien ging es letztlich also eher um die Rolle Großbritanniens in Europa als um einen Vergleich verschiedener gesamteuropäisch-weltanschaulicher Positionen. Wie geringe Bedeutung ihnen für die inhaltliche Meinungsbildung zugeschrieben wurde, zeigte sich indirekt auch an einem *Guardian*-Gastkommentar des linken Labour-Abgeordneten Eric Heffer, der für die Umwandlung der EG in eine „European confederation of sovereign democratic socialist states" und für eine stärke-

1482 TT 29.11.1990:23). Der *Guardian* beschrieb in einer Glosse ausführlich, dass durch diesen Streit über die Sitzordnung die Abstimmungsweise der einzelnen Abgeordneten nicht mehr nachvollziehbar gewesen sei: Da jeder gesessen habe, wo er wollte, habe sich nicht mehr zuordnen lassen, wer welches Stimmgerät genutzt habe (TG 05.12.1990:6).

1483 TT 01.12.1990:1. Auch im *Guardian* wurde nur sehr beiläufig angesprochen, dass die Assisen ein „profoundly federalist statement" angenommen hätten (TG 05.12.1990:6).

1484 TG 21.11.1990:6, TG 11.12.1990:6.

1485 TG 06.12.1990:6a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

re Zusammenarbeit zwischen den europäischen Sozialisten plädierte – den BSPEG dabei aber nicht ein einziges Mal erwähnte.[1486]

Aber nicht nur die Positionen der europäischen Parteienfamilien, auch die der übrigen nationalen Regierungen wurden in den britischen Medien Ende 1990 kaum noch thematisiert. Die einzige Ausnahme bildete die deutsche Bundesregierung, die unter anderem durch die Bundestagswahl Anfang Dezember verschiedentlich in die Schlagzeilen kam. Allerdings kam die *Times* dabei teils zu widersprüchlichen Einschätzungen, was von der Europapolitik Helmut Kohls zu erwarten sei: Einerseits erklärte die Zeitung mehrfach, dass der Bundeskanzler eine Europäische Union nach Vorbild des deutschen Föderalismus anstrebe, und warnte in diesem Zusammenhang auch wieder in mehr oder weniger expliziter Form vor der drohenden deutschen Hegemonie.[1487] Andererseits sah sie die deutsche Skepsis gegenüber einem Ende der D-Mark weiterhin als Chance für die britische Regierung in den Verhandlungen.[1488] Der *Guardian* wiederum erwartete „pressure from Chancellor Kohl of Germany for greater progress to an eventual European political union now that German unification is complete"[1489] und beschrieb Kohls Wunsch, Deutschland zugleich im Westen zu verankern und nach Osten zu öffnen, als die eigentliche treibende Kraft hinter der Vertragsreform.[1490]

Zu den Positionen der restlichen Mitgliedstaaten fanden sich hingegen kaum Informationen; selbst die französische Regierung wurde bis Anfang Dezember kaum noch erwähnt. Eine gewisse Aufmerksamkeit fand in der *Times* nur die Ankündigung der dänischen Regierung, ein nationales Referendum über die Vertragsreformen abzuhalten. Auch dies bezog die Zeitung allerdings vor allem auf die innerbritische Debatte: Als Thatcher wenige Wochen zuvor eine ähnliche Forderung erhoben habe, hätten viele ihrer Kritiker die Entscheidung über die Währungsunion als „unsuitable for a referendum" bezeichnet – ein Einwand, der nun durch das dänische

1486 TG 01.11.1990:19a.
1487 TT 13.12.1990:10c.
1488 TT 03.12.1990:13.
1489 TG 22.11.1990:1, 24.
1490 TG 23.11.1990:29b. Andere Artikel thematisieren etwa Kohls Wunsch nach einem festen Zeitplan für die Vertragsreform (TG 17.11.1990:10) oder seine Forderung nach einer gemeinsamen EG-Asylpolitik, um Zustrom von osteuropäischen Flüchtlingen zu bewältigen (TG 24.11.1990:10).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vorhaben offenkundig widerlegt sei.[1491] Erst unmittelbar vor dem zweiten Gipfel von Rom Anfang Dezember erschien in der *Times* eine Themenseite, auf der – neben Einzelartikeln zu Kohl, Mitterrand, Major und Delors[1492] – die Haltung aller zwölf Länder zu den wichtigsten Verhandlungsthemen in einem Schaubild dargestellt war.[1493]

Wie bereits zu früheren Gelegenheiten wirkte sich der Fokus auf die nationale Regierung schließlich auch auf die Berichterstattung über konkrete Initiativen der ausländischen Akteure aus. Zentraler Bewertungsmaßstab war weniger denn je, welche Folgen ein bestimmter Vorschlag auf die künftige Funktionsweise der EG insgesamt haben würde, sondern lediglich seine Rückwirkungen auf Großbritannien. So beschrieb die *Times* etwa das gemeinsame Schreiben Kohls und Mitterrands zur Politischen Union vom 6. Dezember 1990 vor allem als eine anti-britische Initiative, mit der sich Deutschland und Frankreich die Führungsrolle in den Regierungskonferenzen sichern wollten.[1494] Dabei hob die Zeitung zum einen ausführlich die Gegensätze zwischen der deutsch-französischen und der

1491 TT 05.12.1990:9. Der *Guardian* wiederum berichtete recht ausführlich über einen Vorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft zur Politischen Union (TG 22.11.1990:1, 24). Die Zeitung druckte diesen großteils im Wortlaut ab (TG 22.11.1990:4b) und unterstützte ihn zudem mit einem Leitartikel (TG 22.11.1990:22). Diese prominente Behandlung dürfte allerdings vor allem daran liegen, dass der Vorschlag ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit gedacht war und der *Guardian* ihn exklusiv hatte.

1492 , TT 13.12.1990:10b, TT 13.12.1990:10c, TT 13.12.1990:10d, TT 13.12.1990:10e. Vor allem Delors wurde dabei – wie schon in der Vergangenheit – als föderalistischer Gegenspieler der britischen Regierung präsentiert.

1493 Im Einzelnen handelte es sich um die Themen „A federal Europe“, „Stronger European parliament“, „More majority voting“, „More EC members“, „Extending EC jurisdiction“, „Common defence policy“, „Common foreign policy“ sowie „One currency“, wobei die möglichen Positionen jeweils auf die Optionen „YES“, „NO“ und „MAYBE“ reduziert waren. Dabei stach deutlich Großbritannien hervor, das alle Punkte ablehne, mit Ausnahme eines „YES“ zur Erweiterung und eines „MAYBE“ zur gemeinsamen Außenpolitik (TT 13.12.1990:10a). Außerdem fand sich auf der Themenseite noch ein Überblicksartikel über die wichtigsten Konfliktfelder – speziell die Rolle des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Verteidigungspolitik –, der ebenfalls die nationalen Positionen der Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt stellte (TT 13.12.1990:10f). Ähnlich erwähnte auch der *Guardian* die Positionen der kleineren Länder in einem Überblicksartikel über die wichtigsten Konfliktthemen. Auch hier lag der Fokus jedoch auf Kohl und Mitterrand als Antreiber sowie Major als Bremser der Reform (TG 12.12.1990:13d).

1494 TT 08.12.1990:7, ähnlich auch TT 10.12.1990:8, TT 10.12.1990:11.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

britischen Position hervor.[1495] Zum anderen betonte sie auch mehrfach, dass Deutschland und Frankreich selbst ebenfalls eigentlich unterschiedliche Ziele verfolgten – offenbar in dem Versuch, Möglichkeiten zur Überwindung der britischen Isolation zu identifizieren.[1496]

Der *Guardian* wiederum betonte, dass der deutsch-französische Vorschlag viel weiter gehe, als Großbritannien zu akzeptieren bereit sei, und überschrieb seinen Bericht mit „Britain faces clash on EC political union".[1497] Eine Themenseite am Tag vor dem Gipfel von Rom unterstrich diesen Gegensatz noch weiter, und beschrieb etwa die Währungsunion als deutsch-französischen Verhandlungskompromiss, der Großbritannien außen vor lasse.[1498] Ein Kommentar zog einen langen allegorischen Vergleich der europäischen Integration mit einer Liebesaffäre zwischen Deutschland und Frankreich, die nun in eine Hochzeit münde, bei der Großbritannien nur die Rolle des verschmähten „gooseberry" bleibe.[1499]

1495 Zu diesen Konfliktfeldern zählten etwa die Abschaffung nationaler Vetorechte im Ministerrat, die Rolle der WEU zwischen EG und NATO, die gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die Währungsunion (TT 10.12.1990:8, ähnlich TG 08.12.1990:1).

1496 Hierbei wurden unter anderem das Kräfteverhältnis zwischen Europäischem Parlament und Rat, die Budgetkontrolle in der Währungsunion, die französische Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung, die Rolle der NATO sowie die Bedeutung der Regionen genannt (TT 08.12.1990:7, TT 10.12.1990:8, TT 13.12.1990:14, TT 13.12.1990:10e). Zudem unterscheide sich die politische Situation der beiden Regierungen: Während Kohl gerade erst bei der Bundestagswahl im Amt bestätigt worden sei, gerate Mitterrand zunehmend unter den Druck der gaullistischen Opposition, die einer Souveränitätsabgabe an die EG-Institutionen skeptisch gegenüberstehe (TT 13.12.1990:14, TT 13.12.1990:10e). Ein Artikel schließlich erwähnte explizit, dass sich der französische Finanzminister Pierre Bérégovoy für den britischen Vorschlag eines harten ECU ausgesprochen habe – wenn auch nicht als Alternative, sondern nur als möglichen Zwischenschritt zur Währungsunion (TT 13.12.1990:10e).

1497 TG 08.12.1990:1, ähnlich TG 12.12.1990:13d.

1498 TG 12.12.1990:13b.

1499 TG 12.12.1990:13a. Diese Allegorie ist ein deutliches Beispiel für ein mitgliedstaatlich-außenpolitisches Verständnis des Integrationsprozesses: Durch die Anthropomorphisierung der Mitgliedstaaten unterstrich sie die Vorstellung einer einheitlichen nationalen Position und setzte die diplomatischen Beziehungen zwischen ihnen mit den persönlichen Beziehungen in einer Großfamilie gleich. Entsprechend wurden in der Allegorie noch einige weitere Mitgliedstaaten erwähnt („Italy can perhaps claim the role of priest, Spain that of the black sheep relative triumphantly reinstalled at the wedding feast, Ireland that of the family drunk, heavily intoxicated on too much CAP"), aber keine einzige supranationale Institution.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ein weiterer Artikel schließlich präsentierte unter der Überschrift „How power could pass from London" die wichtigsten Reformvorschläge – jeweils anhand von Beispielen, welche britischen Institutionen Macht an die EG abgeben müssten. Dass nicht nur Großbritannien Hoheitsrechte abtreten würde, wurde dabei nur in einer Klammer erwähnt:

> If the view of most EC governments prevails, responsibility for legislation in many key areas will pass from London (and other national capitals) to the Council of Ministers in Brussels and the European Parliament in Strasbourg.[1500]

„Nice Guy": Annäherung der britischen Zeitungen nach dem Amtsantritt John Majors

Auch anlässlich des zweiten Gipfels von Rom, auf dem im Dezember 1990 die Regierungskonferenzen zur Vertragsreform eröffnet wurden, stand für die britischen Zeitungen klar die eigene Regierung im Zentrum der Aufmerksamkeit. Insbesondere die Frage, ob es zu einer europapolitischen Neuorientierung der Regierung kommen würde, wurde in zahlreichen Texten behandelt. So erwartete ein *Guardian*-Leitartikel, dass die übrigen Regierungschefs Major in Rom zwar „gently" behandeln würden, er aber letztlich nicht um eine Neupositionierung zur Währungsunion herumkomme;[1501] ein anderer Text sprach von einem „baptism of fire", das den neuen Finanzminister Norman Lamont in Rom erwarte.[1502] Auch die *Times* berichtete, dass Major in seiner Antrittsrede als Premierminister seinen Willen zu einem größeren europäischen Engagement betont habe.[1503] Beide Zeitungen erklärten, die Regierung werde sich bei der Währungsunion womöglich auf Kompromisse einlassen, und spekulierten ausdrücklicher als zuvor auch über eine Opt-out-Lösung.[1504] In anderen Berichten hieß es hingegen, dass gerade in der Währungsfrage kein Nachgeben zu erwarten

1500 TG 12.12.1990:13c.
1501 TG 28.11.1990:20.
1502 TG 29.11.1990:2.
1503 TT 30.11.1990:1. Auch Finanzminister Lamont und Außenminister Hurd betonten in den folgenden Tagen ihre Verhandlungsbereitschaft (TT 03.12.1990:2, TT 10.12.1990:1).
1504 TT 06.12.1990:1, im *Guardian* auch schon TG 22.11.1990:4a, TG 03.12.1990:1, kritisch TG 12.12.1990:13b. Andere Artikel, speziell in der *Times,* sahen hingegen noch immer eine Weiterentwicklung des Hard-ECU-Plans als mögliche Grundlage für einen Kompromiss (TT 10.12.1990:8).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sei, die Regierung aber Zugeständnisse bei der Politischen Union machen könnte.[1505] Selbst die „federalist ideas circulated by Germany, France and Italy“ werde die Regierung nicht blockieren, solange das Ergebnis nur „workable“ sei.[1506] Andererseits sah der *Guardian* einen neuen britischen Vorschlag zu einer intensiveren Zusammenarbeit der europäischen NATO-Staaten auch als mögliche Konfliktquelle mit anderen Regierungen wie Italien, die eine gemeinsame Verteidigungspolitik im EG-Rahmen bevorzugten.[1507]

Die neue, weniger harte Ausrichtung der britischen Europapolitik, die *Times* und *Guardian* nach dem Regierungswechsel beobachteten, führte interessanterweise auch dazu, dass sich die Diskurse zwischen den beiden Zeitungen einander annäherten. Auf der einen Seite gab sich die *Times* weiterhin regierungsfreundlich – und unterstützte nun Majors kompromissbereitere Linie ebenso, wie sie vorher die Kompromisslosigkeit Thatchers unterstützt hatte. Auf der anderen Seite sah der *Guardian* die Ablösung Thatchers durch den diplomatischeren Major als die notwendige (und von der Zeitung lange vorausgesagte) Kehrtwende in der britischen Europapolitik und zeigte sich nun eher bereit, in bestimmten Fragen auch EG-kritische Positionen der britischen Regierung zu übernehmen.

So bildete sich in der *Times* recht bald das Deutungsmuster heraus, dass alle Kompromissangebote der Major-Regierung kein Nachgeben in der Sache, sondern lediglich einen veränderten Verhandlungsstil darstellten. Diese Interpretation ging auf eine Argumentationslinie des Thatcher-Lagers zurück, das während des Wahlkampfs im November mehrfach die parteiinternen Konflikte herunterzuspielen versucht hatte, da diese in Wirklichkeit nur den „style“, nicht die „substance“ der Europapolitik beträfen. Anfang Dezember griff Douglas Hurd diese Unterscheidung in einer Parlamentsrede auf, um die inhaltliche Kontinuität zwischen den Regierungen Thatchers und Majors zu unterstreichen.[1508] In diesem Sinne übernahm auch die *Times* dieses Motiv regelmäßig in ihrer Berichterstattung[1509] und betonte schon in einem Leitartikel zu Majors Antrittsrede, dass dessen europapolitisches Engagement keine Abkehr von Thatcher bedeute: Vielmehr könne der neue Premierminister von seiner Vorgängerin lernen, die

1505 TT 12.12.1990:8.
1506 TT 10.12.1990:8.
1507 TG 05.12.1990:8, TG 06.12.1990:8, TG 11.12.1990:10.
1508 TT 07.12.1990:6, TG 07.12.1990:8, TG 07.12.1990:20. Siehe auch unten, Dritter Teil, Kapitel 4.3.2.
1509 TT 13.12.1990:10d, TT 15.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich in eingefahrenen Situationen ebenfalls immer wieder kompromissbereit gezeigt habe.[1510]

Der *Guardian* hob hingegen zunächst stärker den Bruch in der Regierungspolitik hervor. So beschrieb er beispielsweise ein von Außenminister Hurd angekündigtes Weißbuch zur Europapolitik als eine Gelegenheit für Major, sich vom Kurs der bisherigen Regierung abzusetzen.[1511] Der neue Premierminister, konstatierte ein Kommentar, „has clearly decided that he must move quickly to demonstrate he is prepared to exorcise Mrs Thatcher's ghost".[1512] Andere Beiträge zeigten sich allerdings etwas skeptischer: Ein Gastartikel des deutschen Publizisten Theo Sommer beschrieb die Hoffnung auf einen schnellen Richtungswechsel Majors als „wishful thinking"; ein „change in the substance of Britain's policy on Europe" sei erst über längere Zeit zu erwarten.[1513] Kurz vor dem Gipfel von Rom zitierte der *Guardian* Delors, der nach dem britischen „change of style" nun auch eine Veränderung in der „substance" forderte.[1514] Ein Kommentar schließlich lobte Majors „different tone of voice in Europe", durch den Großbritannien in den Verhandlungen nicht mehr abseits stehe, forderte aber auch, dass sich die Regierung klar zur Notwendigkeit der europäischen Integration und einer besseren „democratic accountability" der EG bekennen solle.[1515]

Generell stieß Major im *Guardian* jedoch auf weniger Ablehnung als Thatcher zuvor. Für die Bewertung der Vertragsverhandlungen gewann dies bereits kurz vor dem zweiten Gipfel von Rom an Bedeutung, als die Forderung der übrigen EG-Staaten, zahlreiche Vorschläge zur Politischen Union nicht erst (wie von Großbritannien gewünscht) in der Regierungskonferenz zu verhandeln, sondern bereits in deren Mandat festzuhalten, wieder zu einer verstärkten Konflikterwartung in den britischen Zeitungen führte. So berichtete der *Guardian* mehrfach über Vorstöße der Kommission und der italienischen Regierung, die über die britische Position

1510 TT 01.12.1990:17. Zugleich griff der Leitartikel wieder einmal den Topos des ‚guten Europäers' auf: Abseits der Verhandlungen zur Vertragsreform gebe es keine Regierung, die sich stärker für den Europäischen Binnenmarkt einsetze als die britische.

1511 TG 29.11.1990:4.

1512 TG 05.12.1990:12.

1513 TG 30.11.1990:23b. Sommers Artikel war ursprünglich in der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* erschienen und wurde vom *Guardian* vollständig übernommen.

1514 TG 13.12.1990:22.

1515 TG 13.12.1990:21, ähnlich auch TG 14.12.1990:20).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

hinausgingen.[1516] Und auch die *Times* sah trotz ihrer Hoffnung auf eine künftige Spaltung zwischen Deutschland und Frankreich den britischen Premierminister in einem schweren Dilemma: Einerseits werde er von den anderen EG-Ländern unter Druck gesetzt, andererseits müsse er jedoch auch auf den europaskeptischen Flügel seiner Partei Rücksicht nehmen.[1517]

Auf diese scheinbar ausweglose Situation reagierte die *Times* mit einer neuen Verhärtung ihrer europapolitischen Linie: Hatte sie unmittelbar nach dem Regierungswechsel noch eine kompromissbereitere Herangehensweise unterstützt, so erschienen nun wieder eine Reihe von Leitartikeln im gewohnten aggressiv-integrationskritischen Stil. Unter anderem hieß es nun, die Diskussion über die Politische Union sei überstürzt und „inverts logic", da sie lediglich auf die Schaffung von „more grand pan-European institutions" abziele, ohne deren genauen Zweck und Nutzen zu definieren.[1518] Besonders scharf fielen die Angriffe auf das Mitentscheidungsverfahren aus, durch das das „faintly ridiculous European parliament" zulasten der nationalen Regierungen gestärkt werden solle.[1519] Auch die italienische Regierung geriet erneut in den Fokus: Deren europafreundliche Haltung sei nicht nur ihrem „taste for theatrical gestures, often later regretted" sowie ihrem „natural supra-nationalism dating from the Roman and Holy Roman empires" geschuldet, sondern vor allem auch dem Wunsch, angesichts des eigenen haushaltspolitischen Versagens künftig von einer „supra-national nanny" diszipliniert zu werden.[1520]

Doch nicht nur die *Times*, auch der *Guardian* begann kurz vor dem Gipfel, verschiedentlich Negativstereotypen über andere europäische Länder in seine Berichterstattung zu den Vertragsverhandlungen einfließen zu lassen. So hieß es in einem Kommentar, die weitreichenden deutsch-französischen Vorschläge zur Politischen Union ließen „[e]ven allowing for timeless French hyperbole" weitere bedeutende Schritte erwarten.[1521] Eine Glosse wiederum bezeichnete Giulio Andreotti in Anspielung auf die angebliche Unregierbarkeit Italiens als „the old rogue who is nominally Prime Minister of what is nominally the government of Italy until they

1516 TG 13.12.1990:22, TG 14.12.1990:1, TG 14.12.1990:10.
1517 TT 13.12.1990:10d, TT 14.12.1990:1.
1518 TT 13.12.1990:15.
1519 TT 14.12.1990:13.
1520 TT 15.12.1990:13. Außerdem griff der Leitartikel wieder einmal auf den Topos des ‚guten Europäers' zurück und hob hervor, dass Italien anders als Großbritannien das Binnenmarktprogramm nur unzureichend umsetzte.
1521 TG 13.12.1990:21.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

can offload the entire project on to Jacques Delors' shoulders".[1522] Diese Negativstereotypen wurden zwar stets in leicht ironischer Form verwendet und blieben in Häufigkeit und Aggressivität weit hinter der *Times* zurück. Dennoch stellten sie eine Diskursverschiebung dar: Hatte der *Guardian* die Vertragsreform bis dahin stets als nächsten logischen Schritt des europäischen Integrationsprozesses behandelt und die britische Isolation allein der hartnäckigen Haltung Thatchers zugeschrieben, so übernahm er nun – nach dem Rücktritt der Premierministerin – wenigstens punktuell das von der *Times* geprägte Deutungsmuster, dass die übrigen EG-Regierungen ihre Pläne zur Vertragsreform aus einem zweifelhaften Eigeninteresse heraus verfolgten.

Die Berichterstattung nach dem Gipfel zeichnete hingegen ein etwas versöhnlicheres Bild. Zwar vermerkte die *Times* unter Verweis auf britische Regierungsmitglieder, dass sich ein neuer Konflikt zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten über die Rolle der Westeuropäischen Union in der gemeinsamen Verteidigungspolitik anbahne.[1523] Zugleich hob sie jedoch hervor, dass der Gipfel in dieser Frage „careful" gewesen sei und sämtliche Positionen berücksichtigt habe.[1524] Der *Guardian* wiederum behandelte in einer längeren Glosse Majors Auftritt als „Nice Guy"[1525] und erklärte, die Regierungschefs hätten zwar ein „far-reaching mandate" für die Regierungskonferenz beschlossen, doch ihre öffentliche Erklärung dazu werde „deliberately not emphasise that most countries take a different view to Britain".[1526]

Durchbrochen wurde dieser positive Eindruck lediglich durch die Warnung Jacques Delors', dass es zu einer „second political crisis" kommen werde, falls die britische Regierung auf dem Hard-ECU-Plan zur Wäh-

1522 TG 15.12.1990:1.
1523 TT 15.12.1990:8.
1524 TT 17.12.1990:8a.
1525 TG 15.12.1990:1.
1526 TG 15.12.1990:6a. Außerdem erwähnte der *Guardian,* dass Major und Kohl am Rand des Gipfels über „ways in which their two politically conservative parties could work more closely in future" gesprochen hätten, einschließlich eines möglichen Beitritts der Conservative Party zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Allerdings sah die Zeitung dieses Gespräch eher als parallele Ebene der nationalen Diplomatie, weniger als gesamteuropäische Parteipolitik. Wörtlich beschrieb sie es als „a separate move, which may prefigure a more long-term switch in the *UK government's* European strategy" (TG 15.12.1990:6a, Hervorh. MM).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rungsunion bestehen sollte.[1527] Allerdings gingen beide Zeitungen davon aus, dass diese Äußerung Major in Wirklichkeit helfen würde, die Ergebnisse des Gipfels vor dem europaskeptischen Flügel der Conservative Party zu rechtfertigen.[1528] Zugleich deuteten beide Zeitungen Delors' Kommentar als Zeichen für die Schwäche des Kommissionspräsidenten selbst. So erklärte die *Times,* wenn Delors als wichtigster Vertreter des europäischen Föderalismus gegenüber den britischen Vorschlägen misstrauisch sei, dann offenbar weil er erkenne, dass sich nach dem Rücktritt Thatchers auch die übrigen Mitgliedstaaten stärker intergouvernementalen Positionen zuwendeten.[1529] Mit dem für die *Times* üblichen Optimismus bei der Suche nach möglichen britischen Verbündeten bezeichnete ein Kommentar die übrigen nationalen Regierungschefs als Majors „natural allies in dealing with the Commission", mit denen es möglich sei, einen „agreed way forward that is different from the Delors approach" zu finden.[1530] Auch ein Leitartikel lobte noch einmal, dass Major durch seine konstruktive Haltung die

1527 Diese Äußerung wurde in den britischen Medien breiter rezipiert als in den deutschen und französischen. Ähnlich wie schon bei der Vorstellung des Delorsplans im April 1989 befasste sich der erste *Times*-Artikel zu dem Thema allerdings nicht mit der Stellungnahme des Kommissionspräsidenten selbst, sondern mit der Reaktion der britischen Regierung darauf. Zitiert wurde Außenminister Hurd, dem zufolge der Delorsplan keine „sacred writ" sei und Großbritannien nicht vom harten ECU abweichen werde (TT 17.12.1990:1).

1528 TT 17.12.1990:8b, TG 17.12.1990:1, TG 17.12.1990:18.

1529 TT 17.12.1990:10b, ähnlich TT 17.12.1990:1. Verschiedentlich wies die *Times* auch darauf hin, dass das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan die Äußerungen Delors' nicht teile (TT 17.12.1990:10b, TT 18.12.1990:11). Außerdem druckte die Zeitung in den folgenden Tagen mehrere Leserbriefe ab, die Delors scharf kritisierten und ihm zum Beispiel vorwarfen, mit seinen Äußerungen eine offene Debatte verhindern zu wollen, um nicht die „intellectual poverty" seines Plans zur Währungsunion eingestehen zu müssen (so TT 19.12.1990:13). Auch im *Guardian* erschien ein Leserbrief, der zwar die Währungsunion an sich als nützlich einstufte, aber Delors als „unelected civil servant" kritisierte, dessen Rolle es nicht sein dürfe „to make demands nor to provoke crises, it is his place to serve" (TG 20.12.1990:18).

1530 TT 17.12.1990:10a. Der *Guardian* hob demgegenüber hervor, die britischen Minister in Rom „could not help but sense the support for extending the Community's policy-making role" (TG 17.12.1990:6a). Die Vorstellung, dass auch andere Regierungen vom Delorsplan abrückten, fand sich hier lediglich als Zitat einer Äußerung John Majors nach dem Gipfel im Unterhaus (TG 19.12.1990:6, TG 19.12.1990:22).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Chancen gesteigert habe, „to draw those still undecided at Rome towards the British view".[1531]

Aber auch der *Guardian* erklärte nun, Delors sei „nervous that unless progress is made rapidly on EMU […] a vital moment may be lost".[1532] Zwar betonten hier noch einmal mehrere Artikel, dass der Hard-ECU-Plan keine ernsthafte Alternative mehr darstelle und die britische Regierung die Währungsunion als kommende Realität anerkennen müsse, um mehr Einfluss auf deren Bedingungen zu bekommen.[1533] Auch hier griff der *Guardian* jedoch in einigen Fällen wieder auf auffällig negativ konnotierte Begriffe für die integrationsfreundlichen Regierungen zurück: Ein Leitartikel sprach beispielsweise von einer möglichen „common cause with our smaller partners against the Franco-German machine" und warnte davor, wenn Großbritannien sich zu wenig engagiere, sei es noch immer „vulnerable to being ambushed yet again".[1534]

Insgesamt blieb der *Guardian* der Regierung gegenüber zwar kritischer eingestellt und sah Majors Auftritt in Rom nicht so sehr als eindeutigen Erfolg wie die *Times*. Auch die Kritik an ausländischen Akteuren war hier weniger deutlich und ging weniger weit. Dennoch war der Regierungswechsel im November 1990 mit einer Annäherung der europapolitischen Argumentationsmuster in den beiden untersuchten Zeitungen verbunden – sodass am Ende der zweiten Phase der Vertragsverhandlungen eher eine Vereinheitlichung der nationalen britischen Europadebatte stand als ihre Auflösung in gesamteuropäisch-weltanschaulich geprägte Diskurse.

4.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„The Tory Euro-war": Anhaltende Debatte über die Konflikte in der Conservative Party

Die Konflikte innerhalb der Conservative Party waren nach Thatchers Wiederwahl im Dezember 1989 nur vorübergehend befriedet und flacker-

1531 TT 17.12.1990:11. Lediglich ein Kommentar des Thatcher-nahen Publizisten Woodrow Wyatt warnte noch einmal mit drastischen Worten vor der Politischen Union als einer „contraption bent on extinguishing our parliamentary democracy" und sagte voraus, dass Majors Kompromissbereitschaft wohl zu einer Wahlniederlage der Conservative Party führen werde (TT 18.12.1990:12).

1532 TG 17.12.1990:6a.

1533 TG 15.12.1990:6b, TG 17.12.1990:18, TG 21.12.1990:22.

1534 TG 17.12.1990:18.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ten im Verlauf der folgenden Monate immer wieder auf. Ein Anlass dafür bot sich etwa, als Thatcher im April 1990 den deutsch-französischen Vorstoß zur Politischen Union zurückwies und einen britischen Gegenvorschlag ankündigte. Edward Heath kritisierte daraufhin, ihre Haltung stehe in der Tradition von „10 years of negative approach and obstruction" gegenüber der EG – eine Äußerung, die von beiden Zeitungen aufgegriffen wurde.[1535] Auch Michael Heseltine warnte vor einer drohenden britischen Isolation.[1536] Außenminister Hurd hingegen beschrieb den angekündigten britischen Gegenvorschlag als eine Möglichkeit, sich weiter als „active member of the EC" zu profilieren,[1537] sah sich dabei allerdings wiederum der „vocal hostility" der europaskeptischen Bruges Group in der konservativen Partei ausgesetzt.[1538]

Bei allen europapolitischen Initiativen der Regierung stand für die Zeitungen deshalb stets auch die Frage im Vordergrund, wie sich diese auf die Einheit der Conservative Party auswirken würden. So beschrieb die *Times* es nach dem Gipfel von Dublin als einen Haupterfolg der Premierministerin, mit ihrem konstruktiven, aber zugleich auf die nationale Souveränität bedachten Auftritt die verschiedenen Parteiflügel auf eine gemeinsame Linie gebracht zu haben.[1539] Und auch den Hard-ECU-Plan, den Finanzminister John Major Ende Juni vorstellte, begrüßte die *Times* nicht zuletzt deshalb, weil er zu einer Versöhnung der innerparteilichen Lager geeignet sei.[1540] Umgekehrt insistierte der *Guardian* schon früh darauf, dass die Regierung sich nicht einig darüber sei, ob der harte ECU eine Alternative zur

1535 TT 23.04.1990:9, TG 23.04.1990:20, ähnlich auch TT 26.04.1990:7, TG 02.05.1990:5.

1536 TT 28.04.1990:8, ähnlich schon zuvor: TG 30.03.1990:1.

1537 TT 25.04.1990:10. Dass der angekündigte Gegenvorschlag sich nie konkretisierte, sondern Thatcher in Dublin lediglich die deutsch-französischen Pläne kritisierte sowie die Wahrung bestimmter nationaler Souveränitätsrechte einforderte, spielte in der Debatte allerdings kaum eine Rolle. Vielmehr deutete die *Times*, wie oben beschrieben, die Ergebnisse des Gipfels als einen Erfolg Thatchers, obgleich sie im Wesentlichen den Vorschlägen Kohls und Mitterrands entsprachen.

1538 TG 23.04.1990:20, ähnlich auch TG 25.04.1990:10.

1539 TT 02.05.1990:2, TT 02.05.1990:8.

1540 TT 22.06.1990:1, vgl. auch TT 27.06.1990:10a sowie in späteren Monaten z.B. TT 25.10.1990:11. Tatsächlich äußerte Michael Heseltine als einer der wichtigsten Vertreter des europafreundlichen Parteiflügels in einem Gastkommentar Unterstützung für den Plan (TT 27.06.1990:12).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

vollen Währungsunion oder nur ein Übergangsstadium sein solle.[1541]. Einige Wochen später hieß es in einem Bericht, die „political importance of Mr Major's plan" habe darin bestanden, dass „both sides in the Tory Eurowar could back it believing their interpretation would prevail". Dennoch spitze sich der innerparteiliche Konflikt immer weiter zu.[1542]

Zu dieser Zuspitzung trug auch die Affäre um Handelsminister Nicholas Ridley bei, der die europäische Währungsunion im Juli 1990 als „German racket designed to take over the whole of Europe" bezeichnete[1543] und damit nicht nur eine empörte Reaktion der Opposition, sondern auch neue Kontroversen innerhalb der Conservative Party auslöste. Beide Zeitungen berichteten, dass Thatcher Ridley zu halten versuche, während Heseltine und andere Abgeordnete ihn kritisierten und auf seinen Rücktritt drängten.[1544] Das Ausmaß dieser Kontroversen beschrieben die beiden Zeitungen im Einzelnen allerdings etwas unterschiedlich: So erklärte ein *Guardian*-Kommentar, der Thatcher-Vertraute Ridley sei nur „[e]choing his mistress's voice" und werde von einem großen Teil seiner Parteifreunde unterstützt; der Konflikt sei mithin Ausdruck eines tief reichenden „gulf over Europe between the Gaullists and the federalists" in der Partei.[1545] Die *Times* hingegen stellte den Handelsminister stärker als Außenseiter dar und hob hervor, dass auch Thatcher „less supportive of Mr Ridley than in similar cases in the past" sei.[1546] Nach Ridleys Rücktritt zitierte die Zeitung die proeuropäischen Minister Hurd und Howe, denen zufolge „the episode would pass rapidly, and […] reports of Tory divisions had been exaggerated".[1547] Ein weiterer Bericht beschrieb die Bemühungen der Regierung „to control internal fallout" und beschrieb den parteiinternen Konflikt eher als ein Problem der Außenwirkung:

1541 TG 22.06.1990:8, TG 23.06.1990:1, TG 25.06.1990:24a. Auch Edward Heath wurde wieder mit scharfer Kritik an der Regierung zitiert, die durch ihr „refusal to face the simplest monetary facts" den Londoner Bankenstandort gefährde (TG 30.06.1990:5).

1542 TG 14.07.1990:3.

1543 TT 13.07.1990:10, vgl. oben, Dritter Teil, Kapitel 4.3.1.

1544 TG 13.07.1990:1, TG 14.07.1990:1, TT 13.07.1990:2b, TT 14.07.1990:1.

1545 TG 13.07.1990:23, ähnlich TG 14.07.1990:3, TG 17.07.1990:6a.

1546 TT 13.07.1990:1. Ein anderer Kommentar hob allerdings auch die Gefahr hervor „that Mrs. Thatcher's own reactions to the affair will bolster the suspicion in Europe that Mr Ridley is not too far from her own instincts", und forderte, dass die Premierministerin sich stärker an den gemäßigten Positionen von Außenminister Hurd orientieren solle (TT 16.07.1990:12a).

1547 TT 16.07.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> The Tory divisions on Europe are effectively confined to a small group of anti-Europeans at one end of the party and an equally limited batch of federalists at the other end. The vast bulk of the party is content with the government's official line. Voters, however, do not like parties that appear to be split.[1548]

Wenn beide Parteiflügel sowie Ridley selbst sich zurückhielten, könne die Partei deshalb noch immer „allow the European question to die away in the calm of the summer recess".[1549] Die Prognose, dass „[differences] over Europe would destroy the Conservative government", kam in der *Times* hingegen nur als Zitat des Schatten-Außenministers der Labour Party, Gerald Kaufman, vor.[1550]

Insgesamt blieben die europapolitischen Spaltungen der Conservative Party also auch während der zweiten Phase der Verhandlungen präsent, wobei die parteiinterne Debatte zu verschiedenen Gelegenheiten neu ausbrach, bis zum Herbst 1990 jedoch nicht eskalierte. Die Medien gingen mit dieser Situation unterschiedlich um: Während der oppositionsnahe *Guardian* die Uneinigkeit der Regierung stark unterstrich, spielte die *Times* sie eher herunter. Nicht hinterfragt wurde in beiden Zeitungen allerdings die rein nationale Dimension der Auseinandersetzung: Die beiden Flügel der Conservative Party waren sich zwar uneinig, welche Politik die Regierung gegenüber der EG einschlagen sollte, akzeptierten jedoch beide die nationale Partei als den Rahmen, um diesen Konflikt auszutragen. Eine gesamteuropäische Erweiterung, etwa durch eine Einbeziehung von den jeweiligen Flügeln nahestehenden Parteien in anderen EG-Ländern, blieb aus und wurde – abgesehen von der vereinzelten Bezeichnung des europaskeptischen Flügels als „Gaullists" – auch von den Zeitungen nicht ins Spiel gebracht. Obwohl sich die europäischen Vertragsverhandlungen also stark auf die Conservative Party niederschlugen, waren sie weit davon entfernt, zu einer gesamteuropäisch-parteipolitischen Transformation der Debatte im Sinne eines Verfassungsmoments zu führen.

1548 TT 13.10.1990:13.
1549 TT 16.07.1990:2a.
1550 TT 14.07.1990:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Style and substance": Abwiegeln inhaltlicher Konflikte während der Heseltine-Kandidatur

Die Regierungskrise, die im November 1990 ausbrach, entwickelte sich wenig überraschend schnell zum wichtigsten Thema der britischen Medien. Schon im Oktober hatten die Zeitungen anlässlich des jährlichen Parteitags der Conservative Party über Konflikte zwischen Geoffrey Howe und anderen Regierungsmitgliedern über die Frage der Währungsunion berichtet;[1551] die *Times* sprach von „divisions the size of the San Andreas Fault running down the cabinet table on matters European".[1552] Nach dem Gipfel von Rom erwähnten die Zeitungen zwar noch verschiedene Versuche der Regierung, die Wellen zu glätten: So schloss Thatcher nun nicht mehr grundsätzlich aus, dass der Hard-ECU-Plan letztlich zu einer vollen Währungsunion führen könnte,[1553] und Außenminister Hurd verwies darauf, dass die wesentlichen Entscheidungen zur Vertragsreform ohnehin erst auf der Regierungskonferenz im folgenden Jahr fallen würden.[1554] Mit dem Rücktritt Howes eskalierte die Situation jedoch, und in den folgenden Tagen gewann das Thema in beiden britischen Zeitungen schnell höchste Aufmerksamkeit.[1555]

Dabei bestand für die britischen Medien von Anfang an kein Zweifel daran, dass der Grund für den Rücktritt nicht nur in persönlichen Konflikten mit Thatcher,[1556] sondern vor allem in seiner Ablehnung ihrer europapolitischen Linie lag.[1557] So berichteten die Zeitungen etwa darüber, wie unterschiedlich die Vertreter der verschiedenen Parteiflügel auf Howes Rücktritt reagierten,[1558] und spekulierten, wie er das Gleichgewicht von Integrationsbefürwortern und -gegnern im Kabinett beeinflussen wür-

1551 TG 10.10.1990:1, 20, TG 12.10.1990:1, TG 15.10.1990:21, TT 12.10.1990:1, vgl. auch TG 29.10.1990:1, 22, TT 29.10.1990:1, 22, TT 30.10.1990:1.

1552 TT 25.10.1990:11.

1553 TT 31.10.1990:8, vgl. auch TT 01.11.1990:13.

1554 TT 01.11.1990:10, ähnlich TG 30.10.1990:1.

1555 TT 02.11.1990:1, TG 02.11.1990:1, 20. Wie wichtig das Ereignis genommen wurde, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass beide Zeitungen sowohl Howes Rücktrittschreiben (TG 02.11.1990:3b, TT 02.11.1990:3b) als auch Thatchers Antwort darauf (TG 02.11.1990:3c, TT 02.11.1990:3a) im Wortlaut abdruckten.

1556 Hierzu u. a. TT 02.11.1990:1, TT 02.11.1990:2a, TG 02.11.1990:19.

1557 Sehr explizit z. B. TG 02.11.1990:1, ähnlich TG 02.11.1990:3e.

1558 Während Michael Heseltine den zurückgetretenen Vizepremier als „man of substance" lobte, erklärte ein Sprecher der europaskeptischen Bruges Group, Howe sehe sich nach eigenem Bekunden „no longer able to defend Britain's

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

de.[1559] Wiederholt fand sich zudem die Erwartung, dass sich die Spannung zwischen den Parteiflügeln in Kürze auf dramatische Weise entladen werde: Ein *Times*-Kommentar verglich die Situation mit den großen historischen Spaltungen der Partei über die Corn Laws von 1846 und über die Zollreform von 1902/06;[1560] andere Artikel versuchten, den Rückhalt einzuschätzen, den Thatcher in der konservativen Fraktion noch besaß.[1561] Der *Guardian* sprach in mehreren Artikeln von einem möglichen „final body blow to Mrs Thatcher's government" oder dem bevorstehenden „end of Thatcherism".[1562]

Auch die Möglichkeit einer erneuten Kampfabstimmung um den Parteivorsitz wurde von Anfang an thematisiert.[1563] So konstatierte ein *Guardian*-Leitartikel bereits kurz vor Howes Rücktritt, dass Thatchers europapolitischer Kurs zu dauerhaften Konflikten in der Conservative Party führen würde, sodass die Partei ohne eine neue Führung „nothing but misery right up to election day" erwarte.[1564] Die *Times* wiederum identifizierte in einer Reihe Thatcher-freundlicher Leitartikel schon bald Michael Heseltine als den „most plausible ‚European' candidate"[1565] und forderte ihn spä-

---

sovereignty", sodass sein Rücktritt zu begrüßen sei (TT 02.11.1990:2b, ähnlich auch TG 02.11.1990:3a).

1559 Die meisten Artikel erwarteten eine Stärkung des proeuropäischen Flügels um Außenminister Hurd und Finanzminister Major (TT 02.11.1990:1, TG 02.11.1990:3d, TG 03.11.1990:1, TG 06.11.1990:15); ein *Times*-Bericht zitierte jedoch auch die Befürchtung der EG-Kommission, dass die britische Regierung nun eine noch härtere Linie verfolgen würde (TT 02.11.1990:2a).

1560 TT 02.11.1990:2c.

1561 Die Schlussfolgerungen waren dabei allerdings widersprüchlich: Während ein Artikel einen Großteil der Abgeordneten als europapolitisch unentschieden und Thatcher als Teil der radikal europaskeptischen Minderheit in der Partei sah (TT 03.11.1990:2b), hob ein anderer Text desselben Redakteurs hervor, dass zwei Drittel der konservativen Abgeordneten Thatcher unterstützten (TT 05.11.1990:6). Vgl. auch schon TG 30.10.1990:6c.

1562 Ersteres Zitat aus TG 02.11.1990:1, 20, letzteres aus TG 02.11.1990:3a.

1563 TG 02.11.1990:1, 20, TG 03.11.1990:1, TT 03.11.1990:3. Noch vor dem Rücktritt Howes hatte die *Times* einen Artikel über den im Vorjahr gescheiterten Kandidaten Anthony Meyer veröffentlicht, der bei der nächsten Unterhauswahl nicht mehr für die Conservative Party antreten werde, aber als Unabhängiger kandidieren wolle, falls die Partei in seinem Wahlkreis einen Integrationsskeptiker aufstellen würde (TT 01.11.1990:14).

1564 TG 30.10.1990:22, ähnlich TG 30.10.1990:23c, TG 01.11.1990:19b, TG 03.11.1990:26.

1565 TT 02.11.1990:17a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ter sogar ausdrücklich zu einer Kandidatur auf, um dadurch eine Entscheidung zwischen den Parteiflügeln herbeizuführen.[1566]

Wie schon im Vorjahr berichtete vor allem die *Times* sehr ausführlich über den folgenden Wahlkampf und bot auch den beteiligten Politikern selbst eine Tribüne für Gastbeiträge.[1567] Die Argumente, die zwischen den beiden Lagern in der Partei ausgetauscht wurden, entsprachen dabei im Wesentlichen den gängigen Positionen. Dabei stellten beide Seiten klar das britische nationale Interesse in den Vordergrund, das sie lediglich unterschiedlich bewerteten: Während das Thatcher-Lager etwa die Währungsunion als inakzeptablen Souveränitätsverlust ablehnte,[1568] verteidigte Heseltine die britische Teilnahme daran, da London nur so seine Rolle als Finanzplatz erhalten könne.[1569] Auch in mehreren anderen Artikeln wurden die Sorge vor dem Verlust von Hoheitsrechten einerseits und außenpolitischer Isolation andererseits als die wichtigsten Argumentationslinien der beiden Flügel beschrieben.[1570]

1566 TT 05.11.1990:11e, TT 12.11.1990:13, TT 14.11.1990:15.

1567 In einem Gastkommentar äußerte sich der im Juli zurückgetretene Handelsminister Nicholas Ridley (TT 03.11.1990:12b); in Leserbriefen kamen unter anderem die Unterhausabgeordneten William Cash (TT 02.11.1990:17b) und William Powell (TT 16.11.1990:17b), die Lords Watkinson (TT 05.11.1990:11a) und De L'Isle (TT 07.11.1990:13d), der Bischof von Norwich (TT 01.11.1990:15a) sowie der Thatcher-nahe Ökonom Patrick Minford (TT 16.11.1990:17c) zu Wort. Außerdem veröffentlichte die *Times* je einen Bericht über ein Interview mit Heseltine (TT 15.11.1990:16) und Thatcher (TT 19.11.1990:14). Im *Guardian* gab es weniger solche Gastbeiträge; auch hier wurde jedoch unter anderem ein offener Brief von Michael Heseltine an seinen Partei-Ortsverein im Wortlaut abgedruckt (TG 05.11.1990:12).

1568 In diesem Sinn äußerten sich zum Beispiel Ridley, der ehemalige Arbeitsminister Norman Tebbit sowie der Finanz-Staatssekretär Norman Lamont (TT 03.11.1990:12b, TT 15.11.1990:9c, TT 15.11.1990:9b).

1569 TT 15.11.1990:16.

1570 TT 02.11.1990:1, TT 02.11.1990:2c, TT 03.11.1990:2b. Auch in den Leserbriefen, die während des Wahlkampfs in der *Times* erschienen, fanden sich die üblichen Positionen der beiden konservativen Parteilager. Insgesamt dominierten dabei die Integrationsskeptiker; wiederholt wurde vor dem britischen Souveränitätsverlust durch die Währungsunion gewarnt (TT 01.11.1990:15b, TT 01.11.1990:15a, TT 01.11.1990:15d, TT 02.11.1990:17b, TT 05.11.1990:11d). Da für eine supranationale europäische Demokratie die kulturelle Grundlage fehle, werde in der Politischen Union letztlich der nationale Eigennutz dominieren (TT 07.11.1990:13d, TT 07.11.1990:13c). Mit ihrer strikten Ablehnung der Vertragsreform vertrete Thatcher deshalb das britische Interesse, während Heseltine keine sinnvolle Alternative anzubieten habe (TT 05.11.1990:11a, TT 07.11.1990:13b, TT 16.11.1990:17c). Nur vereinzelte Leserbriefe forderten die

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Wie bereits im Vorjahr bei der Kandidatur Anthony Meyers bemühten sich Thatcher und die anderen Kabinettsmitglieder außerdem, die inhaltliche Auseinandersetzung über die Vertragsreformen möglichst herunterzuspielen. Wiederholt erklärten sie, dass Howes Rücktritt und Heseltines Kandidatur keine sachliche Rechtfertigung hätten, da auch sie keine anderen europapolitischen Ziele verfolgen würden als die Regierung.[1571] Schon Anfang November zitierte der *Guardian* führende Kabinettsmitglieder mit der Einschätzung „that the resignation […] was an issue of conflicting European style rather than substance, regretable [sic] but not fatal".[1572] Dieses Gegensatzpaar „Style and substance" wurde rasch zum Schlüsselbegriff, mit dem die *Times* auch einen Leitartikel betitelte: Während die Parteiflügel in allen substanziellen Fragen einfach Kompromisse finden könnten, sei der einzige echte Streitpunkt der Stil, mit dem Thatcher die britischen Standpunkte auf europäischer Ebene vertrete. Entsprechend sei der europapolitische Konflikt auch nicht mit früheren Parteispaltungen der Konservativen, wie der Corn-Law-Debatte, zu vergleichen.[1573] Ein weiterer Leitartikel hob eigens hervor, dass auch der Heseltine-Flügel dieser Deutung nicht widerspreche, und sah darin eine Bestätigung für den „cohesive character of modern Conservatism".[1574]

Dieser Deutungsrahmen führte dazu, dass in der *Times* statt der inhaltlichen Ausrichtung der britischen Europapolitik rasch die Frage in den Mittelpunkt rückte, ob die Regierung sich unter Thatcher konstruktiv genug an den EG-Verhandlungen beteilige. Dabei vertraten die beiden Lager offen entgegengesetzte Ansichten: Geoffrey Howe kritisierte in seiner Rück-

---

Premierministerin auch auf, sich der europafreundlicheren Mehrheitsmeinung im Kabinett anzuschließen (TT 05.11.1990:11b, TT 16.11.1990:17b) oder angesichts der Uneinigkeit der Regierung Neuwahlen auszurufen (TT 05.11.1990:11c).

1571 Dies war etwa die Kernaussage von Thatchers Antwort auf Howes Rücktrittsschreiben (TT 02.11.1990:3a, vgl. auch TG 02.11.1990:1, 20), der sich auch Außenminister Hurd und Finanzminister Major in öffentlichen Erklärungen anschlossen (TT 03.11.1990:1a, TT 05.11.1990:1).

1572 TG 03.11.1990:1.

1573 TT 14.11.1990:15. Kurz vor Howes Rücktritt hatte die *Times* das Begriffspaar noch verwendet, um den Labour-Chef Neil Kinnock zu kritisieren, dessen Angriffe gegen Thatcher in der Unterhausdebatte nach dem Gipfel von Rom „almost entirely on her style in Rome and not on the substance" gerichtet und damit „one of his less effective performances" geboten habe (TT 31.10.1990:1). Zum Gegensatz zwischen „style" und „substance" siehe auch TT 12.11.1990:13, TT 17.11.1990:11.

1574 TT 15.11.1990:17.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

trittsrede vor allem Thatchers Misstrauen gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten, durch das sie die Ziele der britischen Regierung selbst untergrabe,[1575] und auch der Publizist Ronald Butt erklärte in zwei *Times*-Kommentaren, dass der Verhandlungsstil der Premierministerin die britischen Erfolgsaussichten in den Verhandlungen geschmälert habe.[1576] Auf der anderen Seite schrieb Woodrow Wyatt, wie Ronald Butt ein regelmäßiger Kommentator der *Times*, dass Thatcher mit ihrem aggressiven Stil bereits in der Vergangenheit Erfolge erzielt habe, etwa in dem Konflikt über das EG-Budget Anfang der 1980er Jahre.[1577] Thatcher selbst betonte in einer Ansprache vor britischen Bankern, Großbritannien habe mit dem harten ECU und anderen Vorschlägen durchaus eigene Pläne zur Vertragsreform vorgelegt, die unter den übrigen europäischen Regierungen auf Zustimmung stießen.[1578] Und auch ein Leitartikel in der *Times* bescheinigte Thatcher eine klare europäische „vision", die sie aktiv in die Verhandlungen einbringe.[1579] Ob die Vertragsreform selbst wünschenswert sei oder nicht, war hingegen kein zentrales Thema der Debatte: Auch die Thatcher-Kritiker stellten die Vorbehalte der Regierung gegenüber weiteren Souveränitätsübertragungen an die EG nicht grundsätzlich in Frage. Im Gegenteil begründete Heseltine seine Kandidatur wiederholt damit, dass Thatcher mit ihrer Warnung vor dem europäischen Föderalismus übertreibe, da die Vertragsreform gar nicht die von ihr behaupteten gravierenden Auswirkungen auf die Funktionsweise des politischen Systems haben werde.[1580]

Im oppositionsnahen *Guardian* wurde der abwiegelnde Deutungsrahmen des Regierungslagers etwas weniger bereitwillig übernommen als in der *Times*. Ein Leitartikel bezeichnete hier die Behauptung, dass es im Streit der Conservative Party nur um ein „disagreement over style", nicht

1575 TT 14.11.1990:1, TG 14.11.1990:1. Auch diese Rede wurde von beiden Zeitungen im Wortlaut bzw. in ausführlichen Ausschnitten abgedruckt (TT 14.11.1990:3, TG 14.11.1990:4b).

1576 TT 02.11.1990:2c, TT 05.11.1990:10.

1577 TT 06.11.1990:14.

1578 TT 13.11.1990:1, TT 13.11.1990:8. Ähnlich äußerte sich auch Finanzminister Major in einer Rede im Unterhaus (TT 15.11.1990:9a).

1579 TT 03.11.1990:13 („This vision is of a free-market union, […] a *Europe des patries*, a perfectly serviceable Euro-train", Hervorh. i. O.). Unterstützt wurde diese Darstellung der *Times* auch durch Berichte, nach denen selbst föderalistisch gesinnte Regierungen in anderen EG-Ländern Thatchers mögliche Abwahl bedauerten, da sie ihre Kritik als konstruktiv ansähen (TT 20.11.1990:2, ähnlich TT 19.11.1990:2).

1580 TT 10.11.1990:1, TT 14.11.1990:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

um „differences of substance over policy" gehe, als „a fiction";[1581] ein Bericht konstatierte zwischen Thatcher und Heseltine „a distinct difference in style *and* substance".[1582] Allerdings schrieb auch der *Guardian* dem Herausforderer keine explizit integrationsfreundliche Position zu. Vielmehr erklärte ein Bericht, Heseltine vertrete eine Linie „that would unite the whole team behind his leadership: a gradualist, medium-term approach to economic and monetary union with an entrenched role for national sovereignty".[1583] In einem anderer Artikel hieß es, Heseltine unterstütze „a step by step approach to European economic and political union, but fiercely rejected supranational federalism".[1584] Und ein Leitartikel am Tag vor der Abstimmung betonte vor allem den Einflussverlust, den Großbritannien durch die europapolitische Isolation unter Thatcher erfahren habe, und lobte stattdessen Heseltines „correct broad approach": „no federalist, but no opter-out either".[1585]

Im Verlauf des Wahlkampfs geriet die Europapolitik zudem generell immer mehr aus dem Fokus der Debatte, während andere Konfliktthemen, besonders die umstrittene *poll tax*, an Bedeutung gewannen. Ein *Times*-Leitartikel mit dem Titel „The case for Thatcher", der am Tag der Abstimmung erschien, erwähnte die Vertragsreform und die nationale Souveränität überhaupt nicht mehr.[1586] Auch nach Thatchers Rücktritt nannten einige Analysen zwar noch einmal den Konflikt über die europäische Integration als zentralen Grund für die Spaltungen in der Conservative Party: Ein Artikel bezeichnete ihn als „the issue that won't go away";[1587] ein anderer stellte ihn erneut in eine Reihe mit anderen historischen Parteispaltungen und schloss sogar eine Neuordnung des britischen Parteiensystems nicht aus, da sowohl die Konservativen als auch die Labour Party intern zerstrit-

1581 TG 13.11.1990:22.
1582 TG 14.11.1990:1, 20 (Hervorh. MM).
1583 Ebd.
1584 TG 14.11.1990:4a. Ein dritter Artikel verwies allerdings auch auf Heseltines Vorschlag eines europäischen Senats und zitierte aus einem im Vorjahr erschienenen Buch, in dem er einen „fledgling federalism" der EG als unvermeidbar bezeichnet hatte: „Many may not like it, but it cannot be wished away" (TG 15.11.1990:2).
1585 TG 19.11.1990:24.
1586 TT 20.11.1990:13. Stattdessen betonte der Leitartikel in Zusammenhang mit der EG nur die GATT-Verhandlungen: Thatcher habe „tried to direct the chaotic Rome summit towards the urgent trade issues facing Europe, but was railroaded by the Italians, French and Germans, who wanted to evade such nasty questions out of isolationist safe-interest".
1587 TT 21.11.1990:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ten seien.[1588] Die Aufmacher und die Leitartikel, die die Zeitungen zu Thatchers Rücktritt veröffentlichten, erwähnten die europäische Integration jedoch jeweils nur am Rande.[1589] Außerdem erklärte die *Times* mehrfach, dass die Premierministerin in Wirklichkeit nicht über politische Konflikte, sondern allein wegen der persönlichen Ambitionen ihrer parteiinternen Konkurrenten gestürzt sei, für die die Kritik an Thatchers Europapolitik lediglich einen Vorwand geboten habe.[1590]

„Return to Tory pragmatism": Behauptete Kontinuität nach dem Regierungswechsel

Auch für den zweiten Wahlgang, bei dem außer Heseltine noch Außenminister Hurd und Finanzminister Major antraten, wurde Europa nicht mehr als entscheidendes Thema gesehen. Zwar beschrieben die Zeitungen durchaus die unterschiedlichen Positionen der Kandidaten.[1591] So lobte der *Guardian* Heseltine, dessen „European enthusiasm […], by a tad, more sweeping" sei als der seiner Konkurrenten.[1592] Umgekehrt forderte die *Times* Heseltine und Hurd in einem Leitartikel auf, sich klarer vom europäischen Föderalismus zu distanzieren.[1593] Zugleich insistierte die Zeitung aber auch darauf, dass die Partei in Bezug auf die Vertragsreform nur scheinbar gespalten sei und mit dem Hard-ECU-Plan schon längst eine gemeinsame Linie existiere.[1594] Auch ein *Guardian*-Leitartikel stellte fest, die drei Kandidaten seien „all pragmatic on Europe; all exponents of the step by step approach; all doubtful about the rationale of any immediate

1588 TT 22.11.1990:12.
1589 TT 23.11.1990:1, TT 23.11.1990:17, TG 23.11.1990:18.
1590 So etwa ein Bericht über die US-amerikanischen Reaktionen auf Thatchers Sturz (TT 24.11.1990:5) sowie ein Gastkommentar von Alan Walters, einem früheren Wirtschaftsberater Thatchers (TT 05.12.1990:12).
1591 Nachdem sie zuvor alle drei in der Regel dem europafreundlichen Lager zugerechnet worden waren, hieß es nun in der *Times*, Hurd sei keiner Seite eindeutig zuzuordnen (TT 23.11.1990:3b); Major hingegen stehe der EG skeptischer gegenüber als seine beiden Konkurrenten, wenn auch nicht so feindselig wie Thatcher (TT 23.11.1990:3a).
1592 TG 27.11.1990:22.
1593 TT 24.11.1990:13. In einem Bericht wurde dies auch als Forderung der Thatcher-Anhänger an Hurd dargestellt (TT 26.11.1990:12).
1594 TT 24.11.1990:12. Tatsächlich erklärten alle drei Kandidaten in öffentlichen Äußerungen übereinstimmend ihre Unterstützung für diesen Ansatz (TT 26.11.1990:2a, TT 26.11.1990:2b, TT 27.11.1990:2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

progress towards a common currency", zugleich aber auch alle „cosily unspecific".[1595] Unmittelbar am Tag der Abstimmung erklärte ein *Times*-Kommentar unter der Überschrift „Who is safest on Europe?" schließlich, dass Heseltine der Währungsunion zwar offener gegenüberstehe als Hurd und Major, grundsätzlich aber alle drei Kandidaten ähnliche Positionen verträten und jedenfalls keiner von ihnen ein „federalist" sei.[1596]

Erst nach der Wahl Majors zum neuen Parteichef und Premierminister wandte die britische Presse den europapolitischen Konflikten innerhalb der Conservative Party wieder etwas mehr Aufmerksamkeit zu. So nannten beide hier untersuchten Zeitungen in mehreren Artikeln die anstehende Eröffnung der EG-Regierungskonferenzen als ein wichtiges Thema, das die Aufmerksamkeit des neuen Premierministers erfordere, um die Einheit der Partei zu wahren.[1597] Da Major seine Wahl vor allem dem europaskeptischen Flügel in der Fraktion verdanke, erwartete die *Times* zunächst keine großen Richtungswechsel: Vielmehr werde er sich auch weiterhin für den harten ECU einsetzen und allenfalls in Bezug auf die Fernziele der Währungsunion etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigen.[1598] Auch dass Major mit Norman Lamont einen erklärten Gegner der Währungsunion zum neuen Finanzminister ernannte, deutete die Zeitung als Entgegenkommen für den integrationsskeptischen Parteiflügel.[1599] Schon bald wurde dies allerdings von der Erwartung abgelöst, dass die neue Regierung durchaus zu größeren Zugeständnissen bereit sei. So berichtete die *Times* wenige Tage später über Lamonts erstes Treffen mit den übrigen EG-Finanzministern zwar noch unter der Überschrift „Lamont reaffirms policy on currency", äußerte aber bereits die Vermutung, dass Lamont auf der Regierungskonferenz wohl einen Kompromiss über die Währungsunion anstreben werde.[1600]

1595 TG 24.11.1990:26.

1596 TT 27.11.1990:18.

1597 TT 28.11.1990:2a, TT 28.11.1990:2b, TG 28.11.1990:1, TG 28.11.1990:6b, TG 28.11.1990:20.

1598 TT 28.11.1990:2b. Auch das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan bezeichnete den harten ECU in einem *Times*-Gastkommentar als die beste Strategie, um die Einigkeit der Partei wiederherzustellen und zugleich konstruktiv an den Vertragsverhandlungen beteiligt zu sein (TT 29.11.1990:18).

1599 TT 29.11.1990:1. Diese Kontinuität in der Europapolitik war umso auffälliger, als bei dem anderen wichtigen Konfliktthema, der *poll tax*, durchaus inhaltliche Veränderungen erwartet wurden. So erhielt Michael Heseltine als neuer Umweltminister auch die Aufgabe, ein Alternativkonzept zu der umstrittenen Kopfsteuer zu entwickeln.

1600 TT 03.12.1990:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zum neuen Streitpunkt wurde schließlich die Ankündigung eines neuen europapolitischen Grundsatzpapiers der Regierung, mit dessen Ausarbeitung Außenminister Hurd beauftragt wurde. Da Thatcher dies zuvor stets abgelehnt hatte, warnte die europaskeptische Bruges Group umgehend in einer Stellungnahme, das „European issue" sei „not one of style, but of substance": Auch wenn Major die Verhandlungsweise ändere, dürfe er nicht von den bisherigen europapolitischen Zielen abweichen.[1601] In der Folge ließ Hurd das Vorhaben eines neuen Grundsatzpapiers rasch wieder fallen[1602] und kündigte an, die Regierung werde an sämtlichen inhaltlichen Positionen festhalten, auch wenn sich „personal things" wie der „style" oder die „choice of words" ändern würden.[1603] In gewisser Weise setzten diese Auseinandersetzungen über den neuen europapolitischen Kurs der Regierung die vorangehende Wahlkampfdebatte fort, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen: Hatten zuvor vor allem die europaskeptischen Thatcher-Anhänger die Existenz inhaltlicher Spaltungen in der Partei abgestritten, so waren es nun die integrationsfreundlicheren Kabinettsmitglieder, die vehement verneinten, dass ihre neue Kompromissbereitschaft einen Bruch mit den früheren Regierungspositionen darstelle.

Auch die regierungsnahe *Times* schwenkte in ihrer Darstellung recht schnell auf dieses Deutungsmuster ein: In einem Leitartikel sprach sie sich für einen „robustly constructive view" aus, mit dem Großbritannien seine eigenen Integrationskonzepte in den Verhandlungen einbringen sollte, und nannte als Vorbild dafür ausgerechnet Thatcher, die sich in verfahrenen Situationen ebenfalls konstruktiv gezeigt habe.[1604] Ein anderer Leitartikel bezeichnete den kompromissbereiteren Stil Majors als „return to Tory pragmatism" – eines der beliebtesten Schlagworte zur positiven Bewertung der britischen Regierung.[1605] In der Berichterstattung über die Eröffnung

1601 TT 01.12.1990:1.

1602 TT 06.12.1990:11. Offiziell geschah dies, weil die Regierung vor den Regierungskonferenzen ihre Verhandlungsposition nicht einengen wolle. Auch die *Times* nahm allerdings an, dass der eigentliche Grund der Druck des europaskeptischen Parteiflügels sei.

1603 TG 07.12.1990:8, ähnlich TT 10.12.1990:1. Hingegen forderte der zurückgetretene Geoffrey Howe in einem Fernsehinterview, dass die Regierung gegenüber der EG mehr Zeichen von „good faith" zeigen müsse, was „a matter of substance *and* style" sei (TG 10.12.1990:24, Hervorh. MM).

1604 TT 01.12.1990:17. Als Beispiel für diese angebliche Kompromissbereitschaft Thatchers verwies die *Times* auf den Gipfel von Fontainebleau 1984, auf dem der Konflikt über den britischen Nettobeitrag zum EG-Haushalt beigelegt und zugleich der Weg für das Binnenmarktprojekt geöffnet worden war.

1605 TT 28.11.1990:19, ähnlich TT 10.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Regierungskonferenzen fehlte in kaum einem Artikel der Hinweis, dass Major nur den Stil, nicht den Inhalt der Europapolitik geändert habe.[1606]

Zugleich stellte die *Times* wiederholt das „dilemma" des Premierministers heraus, der sich einerseits den übrigen EG-Regierungschefs als verlässlicher Partner zeigen wolle, andererseits aber auch Rücksicht auf den misstrauischen europaskeptischen Parteiflügel nehmen müsse.[1607] Dass Kommissionspräsident Delors nach dem Gipfel scharf das britische Festhalten am Hard-ECU-Plan kritisierte, fasste die *Times,* aber auch der *Guardian* dementsprechend als innerparteilichen Vorteil für Major auf, da es seine Glaubwürdigkeit als Bewahrer britischer Interessen erhöhe.[1608] Nur einzelne Kommentare in der *Times* vertraten auch die Meinung, dass Major in seiner Kompromissbereitschaft zu weit gegangen sei.[1609]

„Caution about tipping over into the Euro-federalist camp": Zurückgenommene Europafreundlichkeit der Labour Party

Während die Auseinandersetzungen innerhalb der Conservative Party immer wieder die britische europapolitische Debatte bestimmten, spielte die Opposition über das Jahr 1990 hinweg meist nur eine untergeordnete Rolle. Zwar berichteten die Zeitungen immer wieder über Stellungnahmen von Politikern der Labour Party und der Liberal Democrats, die Thatcher vorwarfen, durch ihren „‚tin pot' nationalism" den britischen Interessen selbst zu schaden.[1610] Allerdings nutzte vor allem die *Times* weiterhin geeignete Anlässe, um immer wieder darauf zu verweisen, dass es auch in der Labour Party noch immer integrationskritische Positionen gab – etwa als Peter Shore, ein früherer Labour-Minister und prominenter Europaskepti-

1606 Z. B. TT 07.12.1990:6, TT 13.12.1990:10d, TT 15.12.1990:1, TT 17.12.1990:10a.

1607 TT 13.12.1990:10d, TT 14.12.1990:1. Im *Guardian* spielte dieser Topos keine zentrale Rolle. Auch hier wurde allerdings in einem Bericht über ein Positionspapier einer proeuropäischen Gruppierung der Conservative Party zugunsten einer stärker gemeinsamen Außenpolitik eine scharfe Reaktion des europaskeptischen Flügels erwartet, die zu einer Rückkehr der parteiinternen Konflikte führen könnte (TG 12.12.1990:7).

1608 TT 17.12.1990:8b, TG 17.12.1990:1, TG 17.12.1990:18.

1609 So z. B. TT 18.12.1990:12.

1610 So Neil Kinnock in einer Unterhausdebatte nach dem zweiten Dubliner Gipfel (TT 29.06.1990:6, ähnlich bereits zuvor TT 21.11.1989:14a, TT 13.12.1989, TT 25.04.1990:10, TT 02.05.1990:8, TT 02.05.1990:2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ker, im Mai 1990 dem Schatten-Finanzminister John Smith eine zu freundliche Haltung gegenüber der Währungsunion vorwarf.[1611]

Demgegenüber berichtete der *Guardian* etwas häufiger und allgemein wohlwollender über die Entwicklung der europapolitischen Positionen der Labour Party, die im Laufe des Jahres 1990 immer integrationsfreundlicher wurden. So lehnten Labour-Politiker Ende 1989 noch explizit die zweite und dritte Stufe des Delorsplans ab,[1612] vermieden nach dem Pariser Gipfel im November 1989 jede Kritik an Thatchers Haltung[1613] und gaben sich auch nach dem deutsch-französischen Vorschlag zur Politischen Union im April 1990 zunächst „cautious".[1614] Ein *Guardian*-Artikel analysierte jedoch bereits im Dezember 1989, dass die Labour Party trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Währungsunion bei der nächsten Unterhauswahl davon profitieren könne, dass Thatchers Auftreten „too negative" sei.[1615] Im März 1990 erklärte die Zeitung anlässlich des Martin-Berichts des Europäischen Parlaments in mehreren Artikeln, dass die Labour-Europaabgeordneten weiter gehen wollten als die Parteispitze.[1616] In den Wochen danach folgten weitere Berichte über den zunehmend „more pro-European stance of the Labour party" im Bereich der Politischen Union.[1617]

Diese Entwicklung wurde vom *Guardian* in Meinungstexten in der Regel begrüßt und als vorteilhaft für die Partei beschrieben. Begründet wurde dies teils in der Sache: So erklärte ein Kommentar, „Labour's wider economic and social objectives" ließen sich mit einer nur begrenzten währungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des EWS schlechter umsetzen als in „a full-blooded economic union which would have to make provision for a much greater European Community role in redistributing

1611 TT 15.05.1990:2. Ein anderer Bericht beschrieb die Schwierigkeiten der Labour Party „to convince the electorate that its embrace of the European Community was a fundamental and lasting change from the hostility espoused a decade ago" (TT 19.06.1990:7).

1612 TG 15.11.1989:6a, TG 15.11.1989:24. Ein Bericht über eine Unterhausdebatte zitierte Thatcher, die von „the ‚almost unanimous verdict' of the Commons against the second and third stages of the Delors report on EC monetary union" sprach (TG 15.11.1989:6b).

1613 TG 20.11.1989:24.

1614 TG 23.04.1990:20.

1615 TG 11.12.1989:19a.

1616 TG 14.03.1990:7, TG 15.03.1990:8, TG 16.03.1990:3; ähnlich auch noch einmal TG 11.07.1990:4.

1617 So TG 30.03.1990:24, ähnlich TG 02.05.1990:5, TG 03.05.1990:6, TG 15.05.1990:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wealth".[1618] Oft wurde die neue Europafreundlichkeit aber auch nur wahltaktisch mit der Notwendigkeit begründet, sich von der Regierung abzusetzen. Nachdem beispielsweise die Regierung die Bereitschaft zum EWS-Beitritt akzeptiert habe, werde es für Labour attraktiver, die volle Währungsunion zu unterstützen, um weiterhin „ahead of the Government on European policy" zu sein.[1619]

Der europaskeptische Flügel innerhalb der Labour Party kam im *Guardian* hingegen recht selten vor; als Plattform für die parteiinterne Debatte diente die Zeitung nur vereinzelt.[1620] Allerdings berichtete der *Guardian* während des Skandals um Handelsminister Ridley im Juli 1990 über Sorgen innerhalb der Labour Party, dass sie angesichts der konservativen Europaskepsis Gefahr laufe, als „the European party" oder „the Delors party" zu gelten.[1621] Ein Bericht sprach von „caution about tipping over into the Euro-federalist camp and leaving the British public behind" und zitierte ein Mitglied des Schattenkabinetts, das die Unterstützung der Wähler für die europäische Integration als „[t]he single greatest consideration in electoral terms" bezeichnete: Labour könne nur hoffen, dass das „anti-European element in the electorate" nicht „predominant" sei.[1622]

Erst im Oktober, als sich die Labour-Spitze zunehmend offen für eine volle Währungsunion aussprach, gewann die Spaltung in der Partei auch im *Guardian* größere Sichtbarkeit. So berichtete die Zeitung über Warnungen des europaskeptischen Flügels „that ‚any commitment to EMU by the party leadership will deepen the split over European Community policy'".[1623] Vor dem BSPEG-Treffen im November beschrieb der *Guardian* die Sorge der Labour-Spitze vor einem „open split in the British delegation", da die Europaabgeordneten der Partei bei der Stärkung des Europäischen Parlaments deutlich weiter gehen wollten als die nationalen Parlamentarier.[1624] Auch die *Times* erwähnte in dieser Zeit besonders häufig die partei-

1618 TG 28.03.1990:23.
1619 TG 15.06.1990:6, ähnlich TG 17.10.1990:6.
1620 Beispielhaft hierfür ist ein Leserbriefwechsel, in dem zunächst der Schatten-Finanzminister Chris Smith die Regierung für den Hard-ECU-Plan angriff (TG 29.06.1990:26), um dann seinerseits von einem anderen Labour-Abgeordneten für die Unterstützung der Parteispitze zur vollen Währungsunion kritisiert zu werden (TG 02.07.1990:22b).
1621 TG 14.07.1990:3, TG 23.10.1990:6.
1622 TG 17.07.1990:6b.
1623 TG 17.10.1990:6, vgl. auch TG 23.10.1990:22b.
1624 TG 21.11.1990:6.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

internen Konflikte[1625] und nutzte sie, um die Kritik der Labour Party an der Regierung zu relativieren: Nach dem Gipfel von Rom Ende Oktober zitierte ein Artikel etwa Schatten-Außenminister Kaufman, der Thatcher vorwarf, mit ihrer Aggressivität den britischen Interessen zu schaden, dabei aber zugeben musste, dass Labour den in Rom beschlossenen Schritten ebenfalls nicht hätte zustimmen können.[1626]

Die Konflikte innerhalb der Labour Party verliehen auch den Liberal Democrats mehr Sichtbarkeit. Deren Entwicklung in Richtung eines „Euro-federalism"[1627] war in den Monaten zuvor in beiden Zeitungen nur in wenigen Artikeln beschrieben worden; Stellungnahmen von liberaldemokratischen Politikern wurden zwar immer wieder zitiert, waren aber kaum als eigene, von der Labour Party getrennte Diskurslinie zu erkennen gewesen. Demgegenüber betonten Ende Oktober 1990 beide Zeitungen, dass die Liberal Democrats als einzige relevante britische Partei in der Europafrage nicht gespalten seien. Vor allem der *Guardian* charakterisierte sie positiv als „ardent federalists" mit „pristine Euro-credentials", die den „most detailed blueprint for political control of Europe" zu bieten hätten.[1628] Die *Times* erklärte die europapolitische Harmonie innerhalb der Liberal Democrats hingegen damit, dass diese ohnehin keine Aussicht hätten, einmal die britische Regierung zu stellen.[1629]

Auch während der Regierungskrise im November betonte die *Times* immer wieder die Uneinigkeit der Labour Party. In der Berichterstattung über die Debatte nach dem Rücktritt von Geoffrey Howe gab die Zeitung eine Rede des Parteichefs Neil Kinnock wieder, der Thatcher kritisierte. Ebenso ausführlich ging sie aber auch auf eine Rede des ehemaligen Labour-Außenministers David Owen ein, der Thatchers Europapolitik unterstützte, sowie auf Thatcher selbst, die der Labour Party vorwarf, keine klare europapolitische Linie zu verfolgen.[1630] Tatsächlich griff Kinnock – ähnlich wie Thatchers innerparteiliche Gegner – während der Regierungskrise in der Regel nur den diplomatischen Stil der Premierministerin an, nicht aber ihre Haltung zur Vertragsreform in der Sache. So zitierte der

1625 Z. B. TT 25.10.1990:11, TT 30.10.1990:1, TT 31.10.1990:1, TT 31.10.1990:8.
1626 TT 29.10.1990:1, 22.
1627 So wörtlich TG 08.06.1990:6, ähnlich schon TT 12.03.1990.
1628 TG 30.10.1990:6a. Diese Beschreibung erschien auf einer Themenseite, in der in jeweils eigenen Artikeln auch die Spaltungen in der Conservative und der Labour Party dargestellt wurden (TG 30.10.1990:6c, TG 30.10.1990:6b).
1629 TT 25.10.1990:11.
1630 TT 08.11.1990:8a, TT 08.11.1990:8b, TT 08.11.1990:8c. Vgl. auch schon TT 07.11.1990:12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Guardian ihn mit dem Vorwurf, Thatcher habe „blown a good case by her tone at the summit", und mit dem Versprechen, dass die Labour Party durch eine konstruktivere Herangehensweise garantieren würde „that our sovereignty is properly asserted".[1631]

Erst nach der Wahl Majors wurde die Linie der Labour Party wieder offensiver: In einem Anfang Dezember 1990 veröffentlichten Positionspapier unterstützte die Partei deutlicher als zuvor eine Teilnahme an der Währungsunion – auch wenn sie sich dabei nicht direkt für die Einheitswährung aussprach, sondern lediglich argumentierte, dass es dem britischen Interesse widerspräche, von der Währungsunion ausgeschlossen zu sein, falls die anderen Mitgliedstaaten diesen Schritt unternähmen.[1632] Auch der stellvertretende Parteivorsitzende Roy Hattersley nannte in einer Rede dazu nur einige generelle Vorteile der Währungsunion (etwa „monetary stability throughout Western Europe") und argumentierte ansonsten mit dem nationalen Interesse: „If there is a two-speed or two-tier Europe, Britain must be in the fast line […]. It is a matter of clear economic necessity and national interest.[1633]

In den Zeitungen stieß diese Neupositionierung auf etwas unterschiedliche Reaktionen. Während der *Guardian* erklärte, das Papier sei „designed to give the party a more developed policy in advance of the intergovernmental conference on economic union",[1634] interpretierte die *Times* es vor allem als Versuch, Major unter Druck zu setzen.[1635] Zudem stellte die *Times* noch einmal die internen Streitigkeiten der Labour Party heraus und zitierte in mehreren Artikeln den europaskeptischen Abgeordneten Peter Shore, der vor dem Souveränitätsverlust durch die Währungsunion warnte.[1636] Auch der *Guardian* zitierte verschiedentlich Shores Kritik, ging je-

1631 TG 03.11.1990:2, ähnlich TG 08.11.1990:7. Nach Howes Rücktrittsrede forderte Kinnock Neuwahlen, weil die Konservativen „divided and unfit to govern" seien – nicht aber etwa, weil ihre Haltung europapolitischen Fortschritten im Weg stehe (TG 14.11.1990:1).

1632 TT 29.11.1990:5.

1633 TT 04.12.1990:6, ähnlich TG 04.12.1990:6.

1634 TG 29.11.1990:24.

1635 TT 29.11.1990:5. Auch ein *Guardian*-Leitartikel sprach von dem „very practical motive of seeking (quite successfully at the moment) to outflank the Government", betonte diesen Aspekt jedoch insgesamt weniger (TG 14.12.1990:20).

1636 Z. B. TT 05.12.1990:7, TT 04.12.1990:6, TT 06.12.1990:7b. Zudem veröffentlichte die *Times* einen Leserbrief, in dem Peter Shore und Douglas Jay, ein Labour-Mitglied des House of Lords, Widersprüche in dem Positionspapier kritisierten und der Parteispitze eine unzureichende interne Debatte darüber vorwarfen (TT 05.12.1990:13).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

doch weniger ausführlich darauf ein.[1637] Mitte Dezember berichtete die *Times* schließlich, dass sich wegen der innerparteilichen Konflikte auch Schatten-Finanzminister John Smith nicht darauf festlegen wolle, dass eine künftige Labour-Regierung einer europäischen Einheitswährung beitreten würde.[1638] Der *Guardian* hingegen zitierte Smith nur mit der Feststellung, wegen der bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede könnten nicht alle Staaten sofort der Währungsunion beitreten, aber „these concerns could be confronted".[1639] Zudem lehne Labour die vorgesehenen Einschränkungen der nationalen Haushaltspolitik sowie die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank ab, was zu Konflikten mit der deutschen Bundesregierung und Bundesbank führen könne. Allerdings rechne Smith damit, dass seine Pläne auf französische Unterstützung stoßen würden.[1640]

Kurz vor dem zweiten Gipfel von Rom gewannen erneut auch die Liberal Democrats etwas Aufmerksamkeit. Deren Parteivorsitzender Paddy Ashdown warf der Labour Party vor, in ihrem Positionspapier noch viele Vorbedingungen für die Währungsunion aufzustellen,[1641] und setzte sich zudem für eine europäische Außen- und Verteidigungspolitik mit einer gemeinsamen EG-Armee ein.[1642] Als einziger prominenter britischer Politiker wich Ashdown dabei auch von dem Argumentationsmuster des nationalen Interesses ab und verlangte, statt der „power of nations" die „rights of the European citizen" in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte und der Regierungsverhandlungen zu stellen.[1643]

Allerdings war diese Aufmerksamkeit nur von kurzer Dauer: In den Tagen nach dem Gipfel von Rom waren oppositionelle Akteure in der europapolitischen Debatte kaum noch präsent. Ein *Times*-Kommentar, der Major eine zu große Kompromissbereitschaft vorwarf, erwähnte zwar noch lo-

---

1637 TG 04.12.1990:6, TG 06.12.1990:6b, TG 13.12.1990:6.
1638 TT 14.12.1990:6.
1639 TG 13.12.1990:6.
1640 TG 14.12.1990:6. Unterschiedlich äußerten sich die Zeitungen auch dazu, wie sich Smiths Forderungen mit einer kurz zuvor verabschiedeten Erklärung des BSPEG vertrugen, die zwar nicht explizit feste Defizitgrenzen, aber Einschränkungen in der nationalen haushaltspolitischen Souveränität gefordert hatte. Während die *Times* behauptete, Smith habe die BSPEG-Erklärung kritisiert (TT 14.12.1990:6), erklärte der *Guardian* lediglich, die Äußerungen des Schatten-Finanzministers seien „starker than the joint declaration" (TG 14.12.1990:6) und zitierte ihn sogar mit explizitem Lob dafür (TG 13.12.1990:6).
1641 TT 05.12.1990:7, TG 06.12.1990:6a.
1642 TT 06.12.1990:7a, TG 06.12.1990:6a.
1643 TT 05.12.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bend, dass „[f]ortunately, there is a strong stand of resistance […] from robust Labour MPs of an earlier tradition, who put national independence first".[1644] Beide Zeitungen berichteten zudem darüber, dass Labour für die Währungsunion noch eine größere wirtschaftliche Konvergenz forderte.[1645] Dass Neil Kinnock Major im Unterhaus noch einmal für das Festhalten am Hard-ECU-Plan kritisierte, nahm in der *Times* hingegen nur noch einen recht geringen Raum ein.[1646]

Insgesamt gelang es den britischen Oppositionsparteien während der gesamten zweiten Phase der EG-Vertragsverhandlungen nicht, mit einem klaren eigenen Diskurs die Debatte zu prägen: Die Labour Party erschien zwar jeweils etwas europafreundlicher als die Regierung, blieb jedoch wegen der eigenen parteiinternen Konflikte in Bezug auf die Währungsunion oder die Stärkung des Europäischen Parlaments widersprüchlich und konzentrierte sich letztlich darauf, die diplomatische Leistung der Regierung zu kritisieren. Demgegenüber vertraten die Liberal Democrats einen offener föderalistischen, europäisch-innenpolitischen Integrationsansatz, der sich teils von der Logik nationaler Interessenvertretung löste, stießen damit in den Medien jedoch kaum auf Interesse.

„A disturbing indication of ill-formed opinion": Topos der unzureichenden Debatte im Guardian

Ähnlich wie in den französischen Zeitungen fand sich auch im *Guardian* – nicht aber in der *Times* – immer wieder mehr oder weniger explizite Kritik daran, dass die nationale öffentliche Debatte über die Europapolitik hinter den tatsächlichen politischen Entwicklungen zurückbleibe. Schon Ende 1989 beklagte ein Kommentar „the unreality of the British debate on foreign policy", da weder die Regierung noch Labour sich der wachsenden Bedeutung der EG ausreichend bewusst seien.[1647] Ein Leitartikel stellte wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer fest, angesichts der Umstürze in Osteuropa sei die britische Politik „exceedingly short of answers": Au-

1644 TT 18.12.1990:12.

1645 Der *Guardian* betonte dabei vor allem die Forderung der Partei nach mehr Unterstützung für die wirtschaftsschwächeren Länder in der Währungsunion (TG 18.12.1990:5), während die *Times* unterstrich, dass Labour Konvergenz als notwendige Vorbedingung zur Währungsunion sehe und sich damit letztlich „the arguments put forward by John Major" anschließe (TT 18.12.1990:11).

1646 TT 19.12.1990:7.

1647 TG 11.11.1989:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ßenminister Hurd erkenne zwar die Notwendigkeit einer stärkeren EG, werde aber von Thatcher zurückgehalten; die Labour-Opposition wiederum befinde sich in „a pause for profound thought", und es sei fraglich, ob ihr „surface commitment to Europe" den Herausforderungen gewachsen sei.[1648] Ein anderer Leitartikel warf beiden großen Parteien vor, das Europäische Parlament nicht ernst genug zu nehmen, weil sie allein auf das britische Unterhaus blickten.[1649] Ein anderer Artikel stellte fest, dass dieses Desinteresse kein neues Phänomen sei: Schon beim Zustandekommen der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 habe das Parlament zwar eine Debatte abgehalten, doch die Abgeordneten seien „unaware that anything much was happening" gewesen und ein Sprecher der Labour Party habe gar „dismissed the bill as irrelevant, a diversion from our real tasks in Europe".[1650]

Je weiter die Verhandlungen im Lauf des Jahres 1990 voranschritten, desto schärfer wurde die Kritik des *Guardian* an der unzureichenden europapolitischen Debatte, die nun nicht mehr nur als Hindernis für einen europafreundlicheren Kurs des Landes beschrieben wurde, sondern auch als Mangel an demokratischer Kultur. Ein Kommentar kurz nach dem Oktober-Gipfel konstatierte, der nächste Parlamentswahlkampf könnte „the EC question prominently to the fore" bringen und damit eine Entscheidung über britische Teilnahme an der Währungsunion herbeiführen. Diese „Jeffersonian vision in which the debate about British nationhood resembles that which was conducted with unsurpassed seriousness in the early years of the United States" scheitere jedoch daran, dass „[f]ew participants in the debate are bringing to it either honest clarity or diplomatic sophistication, and the main party leaders are not among those who do". Die Labour Party beschränke sich auf „the classic opposition tactic of more or less masterly inactivity, punctuated with forays to insult the Prime Minister for her incompetent conduct of affairs". Die Hauptverantwortung liege allerdings bei Thatcher selbst, die in Rom gezeigt habe, dass sie nicht an Argumenten interessiert sei: „Implicit in her weekend performance […] was the belief that there was no debate worth having with the British people".[1651] Ein Leitartikel am selben Tag warf den europafreundlichen Politikern eine zu große Sorge vor der angeblich europaskeptischen Stimmung in der Bevölkerung vor:

1648 TG 13.11.1989:22.
1649 TG 11.12.1989:18a.
1650 TG 31.10.1990:6.
1651 TG 30.10.1990:23c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Many politicians […] are nervous about the European issue. They fear that the voters aren't in touch with the debate (quite right, because only the Liberal Democrats have tried to hold one) and that Mrs Thatcher, patrolling the nation next October denouncing the beasts of Brussels, might actually find herself with a winning pitch. Such timidities are foolish.[1652]

Die Kritik an einer fehlenden öffentlichen Debatte fand sich aber auch in stärker integrationsskeptischen Meinungstexten. So behauptete ein *Guardian*-Kommentar, der die Zunahme von Mehrheitsentscheidungen in der EG als Verlust an nationaler Souveränität kritisierte: „Majority voting […] has crept up almost unawares".[1653] Ein anderer Kommentar äußerte die Befürchtung, dass trotz Thatchers öffentlicher Ablehnung letztlich die europafreundlichen Minister wie Hurd und Major eine Teilnahme an der Währungsunion herbeiführen würden, und forderte deshalb eine Volksabstimmung, um die politischen Gegensätze zu klären:

> If Mrs Thatcher means what she says about a Europe of sovereign nations, and really thinks she has gut support across the nation, why doesn't she challenge the federalists directly and announce another referendum on economic and monetary union? It is time the people had a genuine say.[1654]

Nach dem Regierungswechsel schließlich lobte ein integrationsfreundlicher *Guardian*-Kommentar zwar den konstruktiveren „style" der neuen Regierung, warnte aber zugleich davor, dass die neue Regierung das Ausmaß der Vertragsreform klein rede:

> By far the least sympathetic aspect of those who have spent a lifetime campaigning for greater EC integration is their unwillingness to admit this. It sometimes seems as though they really would prefer to see Britain slide unknowingly towards a destiny that cannot be avoided. […] It was also one of the key techniques used […] by all three candi-

1652 TG 30.10.1990:22.
1653 TG 15.12.1990:6b.
1654 TG 15.10.1990:21, ähnlich noch einmal TG 12.11.1990:25. Ein anderer Kommentar kritisierte den – auch von Thatcher selbst aufgegriffenen – Vorschlag eines Referendums hingegen als „a measure of the hysteria with which the EC issue is now surrounded" und als untauglichen Versuch, die Konflikte in der Conservative Party beizulegen (TG 01.11.1990:19b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> dates in the Tory leadership contest: whatever you think may be the ultimate end of your position on Europe, do not frighten the natives by spelling it out.[1655]

Stattdessen müsse die Regierung sich auf eine offenere Debatte über die Bedeutung supranationaler Politik einlassen und besser erklären, warum eine Abgabe nationaler Hoheitsrechte an die EG und eine Stärkung des Europäischen Parlaments notwendig seien. Dies sei nicht nur „a matter of personal candour", sondern bringe letztlich auch „better recognition than there now is of the need to reform democratic accountability".[1656]

Ähnlich wie in den französischen Medien war der Topos einer unzureichenden Debatte jedoch auch im *Guardian* in erster Linie als ein Problem der *nationalen* politischen Kultur verstanden, nicht als Teil eines gesamteuropäischen Phänomens. So konstatierte ein Leitartikel im Dezember 1990 ein generelles europapolitisches „awareness gap" in der britischen Bevölkerung, das sich unter anderem in einer Umfrage zeige, in der jeweils eine Mehrheit der Befragten einerseits zwar Machtübertragungen auf das Europäische Parlament abgelehnt, andererseits aber eine EG-Verteidigungspolitik ohne nationale Vetorechte befürwortet habe. Diese widersprüchliche Prioritätensetzung sowie die Tatsache, dass viele Befragte überhaupt keine Meinung geäußert hätten, seien „a disturbing indication of ill-formed opinion". Notwendig sei deshalb „a great debate at home", bei der sich die integrationsskeptischen Briten die Frage stellen müssten „just why so many other Europeans do not think it [EC centralisation] is so dreadful".[1657] Ein anderer Artikel brachte den Topos der fehlenden Debatte mit der britischen Außenseiterrolle in der EG in Verbindung, indem er prominent eine von dem früheren britischen EG-Kommissar Ivor Richard geäußerte Kritik zitierte: „Britain could spend years trying to catch up with its European partners if it did not join the debate over political union".[1658]

Wie die französischen Medien nahm also auch der *Guardian* wahr, dass die Entwicklung der öffentlichen Debatte nicht mit den weitreichenden Veränderungen im politischen System der EG Schritt hielt. Implizit ging die Zeitung jedoch davon aus, dass die europapolitische Debatte in anderen Mitgliedstaaten durchaus auf der Höhe der Zeit sei und der unbefriedigende Zustand der öffentlichen Meinungsbildung in Großbritannien durch eine intensivere Auseinandersetzung über den Kurs der nationalen

1655 TG 13.12.1990:21.
1656 Ebd.
1657 TG 14.12.1990:20. Zur Umfrage selbst: TG 14.12.1990:23.
1658 TG 07.06.1990:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Regierung gelöst werden könne. Auch der *Guardian* blieb damit letztlich in der mitgliedstaatlich-außenpolitischen Logik verhaftet, nach der der Integrationsprozess vor allem über die *nationale* Öffentlichkeit und Demokratie legitimiert werden müsse. In dieser Logik konnte der Wunsch nach einer anderen Form der öffentlichen Auseinandersetzung nur auf die Forderung nach einer besseren (zum Beispiel ausführlicheren, ehrlicheren oder besser informierten) *nationalen* Debatte über die Vertragsreform hinauslaufen. Die Idee einer europäisch-innenpolitischen, transnational-weltanschaulich strukturierten Öffentlichkeit kam im Diskurs hingegen schlicht nicht vor.

4.4 Zwischenfazit

Die zweite Phase der Verhandlungen zwischen November 1989 und Dezember 1990 war mit der größten Unsicherheit über die weitere Entwicklung der europäischen Politik verbunden und brachte zugleich die eigentlichen Durchbrüche zur Vertragsreform. Aus beiden Gründen war sie auch der Zeitraum mit dem größten Potenzial für einen Verfassungsmoment. Tatsächlich richteten die Medien kurz nach dem Fall der Berliner Mauer große Aufmerksamkeit auf den Gipfel von Straßburg, dem sie zentrale Bedeutung für die deutsch-französischen Beziehungen und für die Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung zuschrieben. Im Frühjahr 1990 ließ dieses Interesse jedoch schnell wieder nach. Spätestens mit dem deutsch-französischen Schreiben zur Politischen Union im April galt die bilaterale Krise zwischen den beiden Ländern als überwunden. Gleichzeitig wurden die Inhalte des Schreibens als vage wahrgenommen und konkretere Vorschläge anderer Akteure von den Medien meist nicht oder nur oberflächlich thematisiert. Eine Ausnahme bildete in dieser Hinsicht *Le Monde*, wo eine recht lebhafte Debatte mit vielen Gastbeiträgen einsetzte, in der die Positionen allerdings oft widersprüchlich blieben und sich keine klaren Konfliktlinien herauskristallisierten.

Im Zentrum der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen stand in allen untersuchten Zeitungen die diplomatische Position der jeweils eigenen Regierung – speziell die deutsch-französischen Beziehungen in Deutschland und Frankreich und die britische Isolation in Großbritannien. Entsprechend galten die drei Regierungschefs Kohl, Mitterrand und Thatcher auch als Hauptakteure, zu denen bisweilen noch weitere nationale Regierungschefs wie Giulio Andreotti oder Kommissionspräsident Jacques Delors hinzukamen. Andere supranationale Akteure

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

als Delors, insbesondere das Europäische Parlament und die europäischen Parteien, spielten demgegenüber weiterhin nur eine sehr untergeordnete Rolle. Ihre Forderungen wurden seltener wiedergegeben und dann häufig als utopisch oder illusorisch abgetan.

Trotz dieses starken Fokus auf die nationalen Regierungen zeigten sich in einigen Punkten durchaus auch Diskurslinien, die transnational jeweils von Zeitungen mit ähnlicher weltanschaulicher Ausrichtung vorgebracht wurden. So fand sich die Gleichsetzung von EG-Integration und Sowjetunion nur in Meinungstexten der konservativen Zeitungen *Times* und *Figaro* (nicht allerdings in der FAZ). Alle drei konservativen Zeitungen waren sich im Frühjahr 1990 überdies einig, dass die Vorschläge zur Politischen Union zu vage seien – ein Topos, der in den linksliberalen Zeitungen insgesamt seltener vorkam. Allerdings fiel diese Kritik in der *Times* deutlich aggressiver aus als in der FAZ und im *Figaro*.

Umgekehrt waren die linksliberalen Zeitungen *Le Monde* und *Guardian* bei der Bewertung der Reformpläne insgesamt am integrationsfreundlichsten. Es muss jedoch offenbleiben, inwiefern dies tatsächlich als eine europäisch-weltanschauliche Linie zu werten ist, da sich darin jeweils auch die nationale parteipolitische Konstellation widerspiegelte: Sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien war die große nationale Mitte-links-Partei jeweils integrationsfreundlicher ausgerichtet als ihr konservativer Gegenpart. In Deutschland, wo es keine großen europapolitischen Unterschiede zwischen SPD und CDU gab, war auch die SZ nicht deutlich proeuropäischer als die FAZ.

Auch sonst dominierten in der öffentlichen Debatte aller drei untersuchten Länder jeweils nationale Besonderheiten den Diskurs. In den deutschen Zeitungen war die EG-Vertragsreform eindeutig der Frage der nationalen Wiedervereinigung untergeordnet, sodass sämtliche Fortschritte in den Vertragsverhandlungen bis zum Herbst 1990 jeweils unter einer deutschlandpolitischen Perspektive interpretiert wurden. Vor diesem Hintergrund galt vor allem der diplomatische Ausgleich mit Frankreich als vorrangiges Ziel. Nach der Wiedervereinigung beschrieben die Zeitungen den deutschen Föderalismus als Vorbild für die EG-Reform. In SZ und FAZ gleichermaßen ging deshalb die Forderung nach einer Stärkung des Europäischen Parlaments mit der Forderung nach einer Führungsrolle Deutschlands in den Verhandlungen einher.

In Frankreich wiederum galt in beiden Zeitungen François Mitterrand als zentraler Akteur der Vertragsverhandlungen; der Straßburger Gipfel Ende 1989 erschien vor allem als diplomatischer Erfolg der französischen Ratspräsidentschaft. Auch hier dominierte die Frage der deutsch-französi-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Beziehungen, wobei die Währungsunion wiederholt als Loyalitätstest für Deutschland beschrieben wurde. Daneben spielten Themen wie der Gegensatz zwischen Erweiterung und Vertiefung, die Idee einer über die EG hinausgehenden europäischen Konföderation sowie die Frage nach der europäischen Verteidigungspolitik im *Figaro* und in *Le Monde* eine wichtigere Rolle als in den Zeitungen der übrigen Länder.

Am auffälligsten war der besondere nationale Diskurs erneut in Großbritannien, wo die nationale Isolation in den Verhandlungen die Debatte in beiden Zeitungen dominierte. Dies zeigte sich zum einen in der ständigen Auseinandersetzung mit der Frage, ob Großbritannien unter den übrigen EG-Regierungen noch Verbündete finden könnte oder zum Nachgeben gezwungen sein würde. Damit verbunden kam es immer wieder zu Schuldzuweisungen und heftiger Kritik: im *Guardian* vor allem an der Premierministerin Margaret Thatcher, die Großbritannien aus ideologischer Verbohrtheit in die Isolation treibe, in der *Times* hingegen an den übrigen EG-Regierungen und den supranationalen Organen, denen teils Inkompetenz, teils böser Wille unterstellt wurde. Zum anderen zeigte sich der nationale Diskurs auch in der Auseinandersetzung mit den von der britischen Regierung vorgebrachten Alternativvorschlägen zur Währungsunion – dem Competing-Currencies- und dem Hard-ECU-Plan. Diese spielten in den britischen Medien jeweils eine sehr große Rolle, während sie in den Zeitungen der anderen Länder kaum vorkamen. Auch der *Guardian*, der den Hard-ECU-Plan von Anfang an als aussichtslos einschätzte, befasste sich mit ihm ausführlicher als mit zahlreichen anderen, realistischeren Vorschlägen, die in den Verhandlungen von anderen Regierungen vertreten wurden.

Auch eine explizite Auseinandersetzung mit parteipolitischen Unterschieden fand sich in allen Ländern allenfalls im Diskurs über die jeweilige nationale Europapolitik. So spielten in den französischen Zeitungen der Gegensatz zwischen der sozialistischen Regierung und der gaullistischen Opposition, aber auch die oppositionsinterne Spaltung zwischen dem nationalkonservativen RPR und der integrationsfreundlichen UDF, in den britischen Zeitungen der Gegensatz zwischen der Regierung und der Labour Party, vor allem aber die Konflikte innerhalb der Conservative Party eine wichtige Rolle. Alle untersuchten Zeitungen zeigten dabei recht deutliche Sympathien für die ihnen jeweils näherstehenden Parteien, indem sie deren Positionen etwa in Leitartikeln unterstützten, aber auch indem sie in der Berichterstattung die Zerwürfnisse im jeweils entgegengesetzten Lager hervorhoben.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Eine Übertragung dieser parteipolitischen Unterschiede auf die europäische Ebene blieb hingegen weitestgehend aus. Deutungsmuster entlang eines gesamteuropäischen Links-Rechts-Gegensatzes kamen noch seltener vor als in der ersten Phase der Verhandlungen. Nur vereinzelt wurden – vor allem im *Figaro* – Bezüge zwischen den französischen Gaullisten und Thatchers Konservativen hergestellt. Daran änderte sich auch durch die Assisen nichts, die teils nur als eine andere Form der zwischenstaatlichen Diplomatie aufgefasst, teils mit nationalen Debatten des jeweils eigenen Landes in Verbindung gebracht wurden. Von einem Verfassungsmoment im Sinne des Übergangs zu einem europäisch-weltanschaulichen Deutungsrahmen konnte insofern keine Rede sein: Trotz der Veränderungen im politischen System blieb die öffentliche Debatte über parteipolitische Auseinandersetzungen weiterhin national verhaftet.

Auffälligerweise nahmen auch die Zeitungen teilweise wahr, dass sich in den Vertragsverhandlungen eine Lücke zwischen den Entwicklungen im politischen System und der öffentlichen Debatte darüber öffnete. In beiden französischen Zeitungen wie auch im britischen *Guardian* fanden sich immer wieder Meinungstexte, die eine unzureichende öffentliche Auseinandersetzung mit der Europapolitik beklagten. Allerdings mündete diese Kritik nur in Forderungen nach einer intensiveren *nationalen*, nicht nach einer transnationalen öffentlichen Debatte über die Vertragsreform. Obwohl die Zeitungen also selbst wahrnahmen, dass das mitgliedstaatlich-außenpolitische Modell einer Legitimation über die jeweils nationalen Öffentlichkeiten und Demokratien mit der Vertragsreform an seine Grenzen stieß, kam das europäisch-innenpolitische Modell einer gesamteuropäisch-weltanschaulich strukturierten Öffentlichkeit in ihrem Diskurs nicht vor.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

5. Der Gipfel von Maastricht

5.1 Deutschland

5.1.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„… kann Deutschland allein nicht europäisch sein": Kohl als Vertreter europäischer Interessen

Wie oben bereits dargestellt, nahm die Aufmerksamkeit für die Verhandlungen im Lauf des Jahres 1991 in allen untersuchten Mitgliedstaaten zu. Zugleich ging das Potenzial für einen Verfassungsmoment allerdings schon aufgrund der geringeren Krisenhaftigkeit der Verhandlungen und der abnehmenden supranationalen Ambitionen wichtiger nationaler Regierungen zurück, sodass der Verlauf der Debatte für die Zeit zwischen Dezember 1990 und November 1991 hier nicht im Einzelnen untersucht wird. Eine höhere Wahrscheinlichkeit für einen grundlegenden Diskurswandel ist erst wieder im unmittelbaren Umfeld des Gipfels von Maastricht selbst zu erwarten, als die Intensität der Debatte ihren Höhepunkt erreichte.

Dies gilt auch für Deutschland, wo die Europapolitik allerdings weiterhin eine geringere Salienz besaß als in Frankreich oder Großbritannien. Nach wie vor war die Vertragsreform in der Regel nicht das wichtigste Thema der Zeitungen, sondern konkurrierte mit anderen außenpolitischen Ereignissen, insbesondere dem Jugoslawienkrieg und dem Zerfall der Sowjetunion. Die *Süddeutsche Zeitung* etwa berichtete selbst am Eröffnungstag des Gipfels von Maastricht, dem 9. Dezember, erst auf Seite 2 über die Verhandlungen;[1659] und auch am Folgetag machte sie mit einer Schlagzeile zur Sowjetunion auf, während die ersten Ergebnisse aus Maastricht lediglich als zweitwichtigste Meldung erschienen.[1660] Dennoch wur-

1659 SZ 09.12.1991:2.

1660 SZ 10.12.1991:1b, SZ 10.12.1991:1a. Die FAZ dagegen räumte der Europapolitik wie schon in den Jahren zuvor etwas mehr Raum ein und widmete ihr vom 9. bis zum 12. Dezember durchgehend den Seite-1-Aufmacher (FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 10.12.1991:1–2, FAZ 11.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:1–2). In einem dieser Berichte wurde allerdings explizit die „Befürchtung" der Gipfelteilnehmer angesprochen, dass die Ereignisse in der Sowjetunion „die

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

de der Gipfel auch in den deutschen Medien von sehr viel mehr Berichterstattung begleitet als alle vorangehenden Verhandlungsschritte. Bereits in den Wochen zuvor erschienen zahlreiche Artikel, die vor allem die verbliebenen offenen Fragen und Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten behandelten.

Als treibende Kraft der Verhandlungen erschien dabei wie schon 1990 der deutsche Bundeskanzler Kohl. Als der Politiker, der „die größten Anforderungen an die Europäische Politische Union gestellt" habe,[1661] stellte er für die deutschen Zeitungen sämtliche anderen Akteure, einschließlich der supranationalen Institutionen, in den Schatten. Zwar sprachen mehrere Artikel auch die Kritik des Europäischen Parlaments und der Kommission an der drohenden „Verwässerung" der Vertragsentwürfe an.[1662] Deren Forderungen wurden dabei jedoch immer wieder implizit oder explizit mit denen der Bundesregierung gleichgesetzt. So hieß es über eine Warnung des Parlamentspräsidenten Barón, dass die Europaabgeordneten einer zu wenig ambitionierten Vertragsreform nicht zustimmen würden, sie sei „von Außenminister Genscher unterstützt worden",[1663] über einen Vorschlag der Kommission zur GASP, er entspreche den „Vorstellungen Helmut Kohls",[1664] und über Jacques Delors, er strebe „[w]ie Kohl" eine Umwandlung der EG in eine Politische Union an.[1665] Die supranationalen Institutionen erschienen damit als Nebenakteure, die im Wesentlichen der Bundesregierung sekundierten, nicht aber als Vertreter einer eigenen politischen Linie. Mögliche Gegensätze zwischen den deutschen Positionen und dem Interesse der EG insgesamt wurden in den Zeitungen nicht thematisiert.

Diese Gleichsetzung deutscher und europäischer Interessen über die Person Helmut Kohls schlug sich auch in zahlreichen anderen Details der Berichterstattung nieder. So gab etwa ein SZ-Artikel eine Reihe von Forde-

---

Diskussion über die Vertragsreformen verdrängen" könnten (FAZ 10.12.1991:1–2).

1661 So SZ 09.12.1991:2.

1662 So wörtlich FAZ 28.11.1991:1, ähnlich SZ 21.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, FAZ 21.11.1991:5a, FAZ 06.12.1991:1b.

1663 FAZ 21.11.1991:5a.

1664 FAZ 28.11.1991:1.

1665 FAZ 29.11.1991:2c. Auch sonst wurde das besondere Interesse für die eigene Regierung immer wieder an Details deutlich, etwa wenn die FAZ explizit erwähnte, dass die Verhandlungen über die Rolle der WEU auf dem Gipfel von Maastricht „[u]nter Vorsitz Außenminister Genschers" stattfanden (FAZ 10.12.1991:1–2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rungen Kohls wieder und setzte deren Nichterfüllung indirekt mit einem „Scheitern des Gipfels“ gleich.[1666] Beide Zeitungen stützten sich für ihre Berichterstattung oft auf Stellungnahmen deutscher Regierungsmitglieder, was vor allem in der SZ dazu führte, dass zahlreiche Artikelüberschriften aus Kohl-Zitaten bestanden.[1667] Zur verbreiteten Floskel entwickelte sich schließlich eine Äußerung des Bundeskanzlers, nach der die beschlossenen Reformen „unumkehrbar“ sein sollten – was die deutschen Medien rasch als positiv besetztes Schlagwort aufgriffen, in der Regel jedoch ohne zu erklären, was genau damit gemeint war.[1668]

Weniger präsent als in den Jahren zuvor war hingegen die französische Regierung. Nachdem der deutsch-französische Interessenausgleich lange als zentrales Motiv der Verhandlungen gegolten hatte, trat Mitterrand in der SZ nun ähnlich wie die supranationalen Akteure meist nur noch als Verbündeter Kohls bei der Forderung nach einer möglichst weitgehenden

1666 SZ 04.12.1991:2.

1667 Z. B. „Kohl: Scheitern wäre Bankrott Europas“ (SZ 04.12.1991:2), „Kohl: Interessen der Länder gewahrt“ (SZ 05.12.1991:1a), „Kohl: Keine Unterschrift bei zu vielen Vorbehalten“ (SZ 05.12.1991:2). Dass die Bundesregierung als bevorzugte Informationsquelle diente, wurde auch an dem recht häufigen Hinweis deutlich, dass es „nach Angaben der deutschen Delegation“ zu einer Einigung gekommen sei – prominent etwa im Übertitel des SZ-Aufmachers am Tag nach dem Gipfel von Maastricht (SZ 11.12.1991:1).

1668 Vgl. FAZ 04.12.1991:1a, SZ 04.12.1991:2, SZ 05.12.1991:2. Das Schlagwort „irreversibility“ war bereits im Delorsplan als zentraler Vorteil einer Einheitswährung gegenüber nur festen Wechselkursen genannt worden. Kohl selbst verwendete die Formulierung bei verschiedenen öffentlichen Auftritten, häufig in Verbindung mit den für den Vertrag vorgesehenen Stufenplänen. In den Zeitungen wurde dies insbesondere als Kritik an dem von Großbritannien geforderten „allgemeinen Opt-out“ bei der Währungsunion verstanden (z. B. SZ 09.12.1991:2, SZ 10.12.1991:4), aber zum Beispiel auch als Kompromissangebot, dass die von Deutschland gewünschte Stärkung des Europäischen Parlaments auf einen zukünftigen Zeitpunkt verschoben werden könnte, sofern nur ihre Unumkehrbarkeit sichergestellt sei (FAZ 29.11.1991:2b). Später wurde der Begriff auch anderen Akteuren zugeschrieben, unter anderem Jacques Delors (FAZ 06.12.1991:1b) oder dem Europäischen Parlament, das die „Entwicklung auf einen europäischen Bundesstaat hin unumkehrbar machen“ wolle (FAZ 09.12.1991:10b). Manche Artikel übernahmen die Formulierung schließlich einfach als Chiffre für eine möglichst umfassende Reform: So hieß es etwa in einem FAZ-Artikel über das französische Parlament, dass die „Zustimmung oder Ablehnung für eine weitreichende, unumkehrbare europäische Integration“ quer durch alle Parteien verlaufe (FAZ 10.12.1991:5b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Integration auf.[1669] Die FAZ thematisierte demgegenüber weiterhin die Gegensätze zwischen den Positionen der beiden Länder, etwa in Bezug auf die Rolle der WEU, die Unabhängigkeit der EZB oder die gemeinsame Industriepolitik. Anders als die deutsche beschrieb sie die französische Regierung dabei aber als stark von nationalen Eigeninteressen geleitet. So hieß es in einem Kommentar über Mitterrand, der „deutschen Sehnsucht, sich auf (fast) allen Gebieten ‚europäisch' einbinden zu lassen", stehe „in den weniger komplexbeladenen westeuropäischen Demokratien der feste Wille zur autonomen Entscheidung über wesentliche Fragen nationaler Selbstbehauptung gegenüber".[1670] Insgesamt allerdings, so stellte die FAZ ausdrücklich fest, spiele Mitterrand „im Pokerspiel vor Maastricht kaum eine Rolle".[1671]

Als wichtigster Problemfaktor galt hingegen wieder einmal die britische Regierung, deren Zustimmung zum Vertrag besonders fraglich erschien.[1672] Beide deutschen Zeitungen berichteten ausführlich über die innenpolitischen Entwicklungen in Großbritannien, die mögliche Hinweise auf das Verhalten Majors auf dem Gipfel geben konnten. Speziell der Druck, den die ehemalige Premierministerin Thatcher innerhalb der Conservative Party ausübte, stieß in den deutschen Medien auf Interesse.[1673] Doch während Thatcher den deutschen Medien in früheren Jahren oft als Projektionsfläche für die auch in Deutschland verbreitete Skepsis gegenüber der geplanten Einheitswährung gedient hatte, stieß ihre harte Haltung nun durchweg auf Ablehnung. So schrieb die SZ, Thatcher wolle „nicht begreifen, daß ihre Zeit vorbei ist"; die FAZ sah sie auf einem

1669 So etwa SZ 07.12.1991:7a. Verschiedentlich verwies die SZ noch auf den französischen Wunsch nach einer machtpolitischen Einhegung Deutschlands als Anlass der Vertragsreform (z. B. SZ 30.11.1991:4), insgesamt wurde den Gegensätzen zwischen den beiden Regierungen aber keine hohe Bedeutung zugeschrieben. Als Problemfelder erwähnt wurden lediglich die Erhöhung der deutschen Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament (SZ 07.12.1991:7b) sowie das Ausmaß der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (SZ 29.11.1991:1).

1670 FAZ 29.11.1991:14, ähnlich FAZ 21.11.1991:5c. Auch die französische Opposition, deren europapolitischen Positionen in einem längeren Artikel thematisiert wurden, schien primär von Nationalinteressen geleitet: So zitierte die FAZ einen Vertreter der UDF, der seine Unterstützung für die Währungsunion damit begründete, dass Frankreich dadurch gegenüber der Bundesbank wieder an Einfluss gewinne (FAZ 10.12.1991:5b).

1671 FAZ 29.11.1991:2c.

1672 Z. B. SZ 21.11.1991:8, FAZ 22.11.1991:1a.

1673 Z. B. SZ 22.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:2, SZ 30.11.1991:8, FAZ 23.11.1991:5, FAZ 26.11.1991:14.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Kreuzzug", der „die Konservativen in arge Verlegenheit" bringe.[1674] Dafür zogen die Zeitungen nun verschiedentlich John Major als neue Gewährsperson für die eigene Kritik an der Währungsunion heran. Ein SZ-Kommentar erklärte beispielsweise dessen „Frage, ob alle Felder der Politik in diesem vielgestaltigen Europa vereinheitlicht werden müssen" für „durchaus berechtigt", nur um dann recht unvermittelt zur Forderung nach dem Erhalt einer „harten D-Mark" überzuleiten.[1675]

Wie die Argumente der britischen Konservativen gegen die Abgabe von Hoheitsrechten genau aussahen, wurde hingegen weiterhin kaum thematisiert. Vielmehr wurde Majors Position meist mit wahltaktischen Rücksichten gerechtfertigt: Vor allem die FAZ erklärte, dass der Premierminister vor den Unterhauswahlen 1992 eine geschlossene Partei benötige und deshalb wohl den „‚Anti-Europäern'" entgegenkommen müsse.[1676] Aber auch der britische „Nationalcharakter" oder die besondere politische Kultur Großbritanniens, in der die nationale Souveränität eine wichtigere Rolle spiele als auf dem Kontinent, dienten als Erklärung für Majors Haltung[1677] – ebenso wie machtpolitische Interessen im Wettstreit mit Deutschland und Frankreich.[1678]

Die scheinbar unbeugsame Linie der britischen Regierung führte auch dazu, dass die deutschen Zeitungen in Bezug auf die Erfolgschancen der Vertragsreform nun wieder eher pessimistisch waren. Waren sie unmittelbar nach dem Gipfel von Rom im Dezember 1990 von recht guten Aussichten für die Regierungskonferenzen ausgegangen, so äußerten sie nun wieder starke Zweifel, dass sich die verschiedenen nationalen Positionen in einem gemeinsamen Vertrag würden vereinen lassen. Als Hauptstreitpunkte galten die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen in der gemeinsamen Außenpolitik, das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Parlaments sowie das „Endziel der Reform", speziell die Verwendung des Be-

1674 SZ 25.11.1991:4, FAZ 26.11.1991:14.

1675 SZ 07.12.1991:4.

1676 FAZ 22.11.1991:1b, ähnlich FAZ 23.11.1991:1. Teilweise wurde in diesem Zusammenhang auch die Labour-Opposition angesprochen, die europafreundlicher als die Regierung, aber selbst gespalten sei (FAZ 23.11.1991:1, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:4).

1677 Besonders anschaulich FAZ 23.11.1991:1.

1678 So erklärte die SZ, dass Großbritannien dem wiedererstarkten Deutschland durch eine engere Verbindung mit den USA zu begegnen suche und deshalb das deutsch-französisch dominierte Projekt einer Politischen Union skeptisch sehe (SZ 30.11.1991:4).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

griffs „föderal".[1679] All diese Vorschläge wurden von Deutschland unterstützt, aber von Großbritannien abgelehnt – weshalb ein FAZ-Artikel Helmut Kohl auch als „Gegenpart" Majors in den Verhandlungen bezeichnete.[1680]

Daneben wurden noch zahlreiche weitere mögliche Problemfelder genannt, etwa die Rolle der WEU,[1681] die gemeinsame Sozialpolitik und das britische Opt-out aus der Währungsunion,[1682] der von Spanien geforderte Finanzausgleich,[1683] die geplante EG-Osterweiterung[1684] oder die von Frankreich gewünschte gemeinsame Industriepolitik.[1685] Zahlreiche Artikel beschränkten sich ausschließlich darauf, anhand der jeweils neuesten Äußerungen von Politikern verschiedener Länder mögliche Konfliktlinien zu identifizieren und die offenen oder versteckten Veto-Drohungen wiederzugeben, die damit einhergingen. Bemerkenswerterweise bewerteten die Zeitungen diese Drohungen recht unterschiedlich: So wurden die Warnungen deutscher und französischer Regierungsmitglieder, dass sie einen Vertrag mit „zu vielen Vorbehalten" nicht unterzeichnen würden, implizit als legitimes Mittel angesehen, um die Grenzen der eigenen Verhandlungsbereitschaft aufzuzeigen.[1686] Die Veto-Drohung, mit der die spanische Regierung die Einrichtung eines Konvergenzfonds einforderte, stieß hingegen auf wenig Verständnis: Sie habe, so die deutschen Zeitungen, „deutliche Verstimmung" ausgelöst[1687] und im Rat „die Mehrheit der Minister empört".[1688]

Die Vielzahl ungelöster Konflikte mehrte Ende November 1991 die Sorge vor einem möglichen „Scheitern" des Gipfels, wobei wiederum vor allem Helmut Kohl mit einer dramatischen Warnung vor dem drohenden „Bankrott Europas" herausstach.[1689] In der Folge senkten beide deutschen Zeitungen ihre Erwartungen an die Vertragsreform deutlich ab: Die FAZ stellte nun nur noch „Kompromißmöglichkeiten […] auf dem kleinsten

1679 So SZ 02.12.1991:2.
1680 FAZ 29.11.1991:2c.
1681 FAZ 02.12.1991:1–2, SZ 03.12.1991:2, SZ 04.12.1991:2.
1682 SZ 03.12.1991:2.
1683 SZ 04.12.1991:2, FAZ 02.12.1991:1–2, FAZ 04.12.1991:1b, FAZ 04.12.1991:2.
1684 FAZ 04.12.1991:2.
1685 Ebd.
1686 SZ 05.12.1991:2, ähnlich SZ 23.11.1991:1, SZ 23.11.1991:2, SZ 07.12.1991:7a.
1687 FAZ 04.12.1991:2.
1688 SZ 04.12.1991:2.
1689 Ebd., ähnlich SZ 29.11.1991:1, SZ 02.12.1991:2, FAZ 29.11.1991:2c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gemeinsamen Nenner“ in Aussicht;[1690] die SZ zitierte den niederländischen Ministerpräsidenten Lubbers mit der Formulierung, er strebe in Maastricht nur einen „Mindest-Vertrag“ an.[1691] Auch in Artikelüberschriften erschien die Suche nach „Kompromissen“ als zentrales Schlagwort.[1692] Zwei Tage vor dem Treffen erklärte ein FAZ-Leitkommentar schließlich, der „‚qualitative Sprung‘, von dem Kohl, Delors und einige andere träumen“, werde ausbleiben. Die Bundesregierung treffe daran jedoch keine Schuld: „Solange sich die anderen an ihr nationales Erbe klammern, kann Deutschland allein nicht europäisch sein.“[1693]

„Den Partnern ohne Gegenleistung schenken“: Scharfe Kritik an der Währungsunion

Was die Politische Union betraf, herrschte in den deutschen Medien vor dem Gipfel von Maastricht also eine zwar pessimistische, aber integrationsfreundliche Grundhaltung vor. In scharfem Kontrast dazu stand hingegen eine Reihe von Kommentaren über die geplante Währungsunion, die keineswegs eine möglichst weitgehende Einigung als wünschenswertes Ziel beschrieben.[1694] Vielmehr betonten beide Zeitungen in der Währungsfrage nationale Interessen- und Kulturgegensätze zwischen Deutschland und dem Rest der EG, bemühten erneut den Topos eines ‚Opfers‘ der D-Mark und griffen den vermeintlichen Eigennutz der übrigen Mitgliedstaaten an. Stärker als zu jedem anderen Zeitpunkt der deutschen Debatte über die Vertragsreform wurde dabei ein offenes Misstrauen deutlich, das auch die guten Absichten der übrigen Regierungen – insbesondere Frankreichs – in Frage stellte.

So erklärte etwa die FAZ, dass die „straffe Geldpolitik“ der Bundesbank in anderen Staaten, in denen „das Stabilitätsbewußtsein nicht so ausgeprägt“ sei, oft abgelehnt werde. Wenn daher künftig die D-Mark als der „disziplinierende Stabilitätsanker Europas“ wegfalle, sei für „manches Mit-

1690 FAZ 29.11.1991:2c, ähnlich FAZ 29.11.1991:14, FAZ 30.11.1991:1.
1691 SZ 03.12.1991:2.
1692 Z.B. „Kohl will angeblich Kompromiß für Maastricht“ (SZ 30.11.1991:1), „Die EG-Außenminister suchen nach Kompromissen“ (FAZ 02.12.1991:1–2).
1693 FAZ 07.12.1991:1.
1694 Anlass dafür war die grundsätzliche Einigung des Finanzministerrats am 4. Dezember 1991 über die Übergangsmodalitäten zur dritten Stufe der Währungsunion, der die SZ zwei Aufmacher widmete (SZ 05.12.1991:1b, SZ 06.12.1991:1a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gliedsland […] wohl schon der ganze Sinn der Währungsunion erreicht".[1695] Die SZ behauptete, „Frankreichs inflationsgewöhnte Wirtschaft" halte eine „Stabilitätspolitik deutschen Musters gar nicht durch",[1696] und kritisierte die Bundesregierung, die sich mit ihrem Bekenntnis zur Währungsunion „erpreßbar" gemacht habe.[1697] Ein Kommentar erklärte mit bitterem Unterton, die Bundesregierung sei

> bereit […], der EG vom Besten zu opfern, was Deutschland nach dem Krieg hervorgebracht hat, wogegen die Partnerstaaten den Eindruck erwecken, als prüften sie jeden Tag, was die Gemeinschaft ihnen denn heute eingebracht habe.[1698]

Und fast wortgleich fragte auch die FAZ, ob Kohl mit der D-Mark „das Beste, was Deutschland zu geben hat, den Partnern ohne Gegenleistung schenken" wolle.[1699]

Mit diesen Vorwürfen verbanden beide deutsche Zeitungen regelmäßig die Erwartung, dass die gemeinsame Währung zu höherer Inflation führen und deshalb auch für die Wirtschaftspolitik der EG insgesamt zuletzt von Nachteil sein werde. Ähnlich wie bei der Politischen Union wurden also auch hier die deutsche Position und das gesamteuropäische Interesse in eins gesetzt, allerdings mit dem Unterschied, dass die von Kohl in Aussicht gestellten Kompromisse bei der Währungsunion auf größere Kritik stießen.

Argumente, die aus einer gesamteuropäischen Perspektive *für* die Währungsunion sprachen, fanden sich hingegen kaum. Auch dass die Kommission und das Europäische Parlament – die als supranationale Institutionen ja die Aufgabe hatten, das gesamteuropäische Interesse zu vertreten – die Währungsunion unterstützten, wurde nicht thematisiert. So erwähnte die FAZ zwar, dass sich der liberale Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament, Valéry Giscard d'Estaing, für eine rasche Umsetzung der Ge-

1695 FAZ 09.12.1991:1.
1696 SZ 05.12.1991:4.
1697 SZ 10.12.1991:4.
1698 SZ 05.12.1991:4, ähnlich auch SZ 07.12.1991:4.
1699 FAZ 11.12.1991:3. Auch zahlreiche FAZ-Leserbriefe kritisierten die Währungsunion als „[o]minöse Großraumwährung", die den Interessen der Bürger zuwiderlaufe, künstlich geschaffen und nicht mit der nationalen Souveränität vereinbar sei (FAZ 12.12.1991:10, ähnlich FAZ 17.12.1991:11b, FAZ 17.12.1991:11a, FAZ 19.12.1991:7). Ein Leserbrief forderte explizit ein Modell konkurrierender Währungen, ohne dabei allerdings den britischen Competing-Currencies-Plan zu erwähnen (FAZ 18.12.1991:8).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

meinschaftswährung ausspreche. Die Zeitung erklärte dies jedoch allein mit dessen nationaler Herkunft: Mit seiner Haltung, so hieß es in dem Artikel, „machte Giscard deutlich, daß dieser Teil der Reformen *für Frankreich* wichtiger ist als die Beseitigung des ‚Demokratiedefizits'".[1700]

„Eine Dreiviertel-Niederlage": Fokus auf Sieger und Verlierer

Auch in der Schlussphase der Verhandlungen herrschte also ein Deutungsmuster vor, das die Gespräche über die Vertragsreform vor allem als Auseinandersetzung zwischen divergierenden nationalen Positionen der Mitgliedstaaten verstand – mit der Besonderheit, dass die deutsche Position zugleich als das gesamteuropäische Interesse identifiziert wurde. In den Tagen kurz vor und während des Gipfels verschärfte sich dieser mitgliedstaatlich-außenpolitische Fokus noch weiter: Beide Zeitungen druckten auf ausführlichen Themenseiten Überblicksdarstellungen über die verschiedenen nationalen Standpunkte ab[1701] und behandelten ausführlich die verbleibenden ungelösten Konflikte.[1702] Das Hauptinteresse galt dabei der Frage, zu welchen Kompromissen die deutsche Bundesregierung bereit sein würde, falls „die Partner sich hartnäckig an ihre nationalen Traditionen klammern".[1703]

Auch nach dem Gipfel dominierte in den deutschen Medien die Skepsis. Zwar zitierten sowohl SZ als auch FAZ einige anerkennende Formulierun-

---

1700 FAZ 21.11.1991:5a, Hervorh. MM.

1701 In der SZ umfasste diese Seite Einzelartikel zu Großbritannien und Spanien sowie einen Überblick zu den übrigen Staaten. Eine Karte der EG, die für jedes Land – nicht jedoch für die Gemeinschaft als Ganzes – einige wichtige Wirtschaftskennzahlen anführte, vervollständigte das vor allem auf nationale Gegensätze ausgerichtete Bild (SZ 07.12.1991:12d). Durchbrochen wurde es nur durch den Gastkommentar eines CSU-Europaabgeordneten, der vor allem das Subsidiaritätsprinzip sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments betonte (SZ 07.12.1991:12a). In der FAZ zeigte die Themenseite ein etwas breiteres Spektrum, legte den Schwerpunkt allerdings ebenfalls auf die nationalen Positionen und besonders die britischen Vorbehalte (FAZ 09.12.1991:10–11). Auch hier wurde der mitgliedstaatliche Fokus durch eine Grafik unterstrichen, die die Ergebnisse einer europaweiten Umfrage nach einzelnen Ländern aufgeschlüsselt darstellte (FAZ 09.12.1991:11d). Erst am nächsten Tag wurden dieselben Ergebnisse noch einmal in aggregierter Form für die gesamte EG abgedruckt (FAZ 10.12.1991:5c).

1702 SZ 09.12.1991:2, SZ 10.12.1991:1a, FAZ 09.12.1991:1–2, FAZ 09.12.1991:2b, FAZ 09.12.1991:2a, FAZ 10.12.1991:1–2.

1703 FAZ 11.12.1991:3, ähnlich SZ 09.12.1991:2, FAZ 11.12.1991:1–2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gen über die „bedeutendste Reform der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung“[1704] und fassten in Überblicksdarstellungen die wichtigsten Reformbeschlüsse zusammen.[1705] Neben der von Kohl und Mitterrand geäußerten „Genugtuung“ gab die FAZ aber auch „eher gemischte Gefühle“ des belgischen Ministerpräsidenten Martens wieder.[1706] Und auch ein Leitkommentar blieb ambivalent: Durch Maastricht werde es „Ernst mit der EG im Sinne jener Bestimmung zur ‚Europäischen Union‘, der sich die Gründer der Gemeinschaft […] einst verschrieben haben“. Allerdings sei „das meiste im Vagen geblieben“ und es bleibe offen, „ob die getroffenen Vereinbarungen die Entwicklung der kommenden Jahre unverändert überstehen werden“.[1707]

Der mitgliedstaatlich-außenpolitische Fokus der Berichterstattung führte dazu, dass auch nach dem Gipfel weniger die künftige Funktionsweise der Europäischen Union diskutiert wurde als die Frage, ob und wie weit sich die einzelnen Regierungen mit ihren jeweiligen Positionen durchgesetzt hatten. Ausführlich behandelt wurde dabei insbesondere das britische Opt-out aus der Währungs- und Sozialpolitik. Die Zeitungen sprachen einerseits Majors Rolle als selbst erklärter „Sieger“ des Gipfels an,[1708] hoben andererseits aber auch die britische Isolation hervor, die sich durch die Reform noch verstärken werde.[1709] Ein FAZ-Porträt bezeichnete Major deshalb als „Sieger verlorener Siege“, der zwar immer wieder Erfolge erzielt, dafür jedoch keine Anerkennung erhalten habe.[1710] Auffälligerweise wurde Majors Handeln jedoch auch in diesen Artikeln stets nur an den Folgen für Großbritannien (sowie teilweise an den nationalen Wahlaussichten für die Conservative Party) gemessen. Die gesamteuropäischen Auswirkungen der Ausnahmeklausel spielten hingegen fast gar keine Rolle: Ein Artikel zitierte zwar Major selbst mit der Äußerung, die Ergebnisse von Maastricht seien „im besten Interesse Großbritanniens und im besten Interesse der

1704 FAZ 12.12.1991:1–2, fast wortgleich SZ 11.12.1991:1.
1705 SZ 12.12.1991:6c, FAZ 12.12.1991:3c. Außerdem druckte die SZ Auszüge aus einer Übersetzung des Vertragswortlauts (SZ 12.12.1991:6a) sowie einen Zeitplan für die „Zukunft der Gemeinschaft“ ab (SZ 12.12.1991:6d); ein FAZ-Artikel ging detailliert auf die künftige Rolle der WEU ein (FAZ 12.12.1991:3b).
1706 FAZ 12.12.1991:1–2.
1707 FAZ 12.12.1991:1.
1708 So wörtlich FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 12.12.1991:3a, FAZ 12.12.1991:3d, SZ 11.12.1991:1, SZ 12.12.1991:1a, SZ 12.12.1991:4, SZ 12.12.1991:6b.
1709 SZ 12.12.1991:6b, FAZ 12.12.1991:1–2, FAZ 12.12.1991:1.
1710 FAZ 12.12.1991:14.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Gemeinschaft", ging ansonsten aber nur auf die Bedeutung der Opt-outs für Großbritannien, nicht für die EG insgesamt ein.[1711]

Deutlich knapper als Major behandelten beide Zeitungen die Reaktion Mitterrands, der sich ebenfalls als „Gewinner" fühle und „die französischen Wünsche ‚in allen Punkten' als erfüllt" ansehe.[1712] Auch hier galt als Erfolgsmaßstab also in erster Linie die nationale Position, was allerdings etwas kritischer gesehen wurde als im Fall Großbritanniens: So äußerten zwei FAZ-Leitkommentare auch die Befürchtung, dass Frankreich trotz der Einigung in Maastricht in Zukunft verstärkt auf die „nationale Karte" setzen und dadurch die „Partnerschaft" mit Deutschland gefährden könne.[1713] Alle anderen ausländischen Akteure wurden nur in kurzen Artikeln oder in zusammenfassenden Überblicksdarstellungen thematisiert, die ebenfalls jeweils das Ausmaß der Durchsetzung nationaler Interessen zur Leitfrage hatten.[1714] Die Kommission und das Europäische Parlament erschienen in der Berichterstattung hingegen nur am Rande.[1715]

Zentrales Thema der deutschen Zeitungen jedoch waren die Erfolge und Misserfolge der deutschen Bundesregierung. Dabei betrachteten sie es einerseits als Verdienst Kohls, durch sein „Wohlwollen für John Major" eine britische Blockadehaltung verhindert und dadurch den Gipfel überhaupt erst zu einem Ergebnis geführt zu haben.[1716] Andererseits übten sie jedoch auch erneut deutliche Kritik, dass Kohl bei der Währungsunion zu große Zugeständnisse gemacht und bei der Politischen Union zu wenig erreicht habe. So stellte etwa die FAZ fest, dass die Bundesregierung zwar in bestimmten Bereichen Erfolge habe „verbuchen" können, die Stärkung des Europäischen Parlaments aber nicht so weit gehe, wie Kohl „zunächst gehofft" habe.[1717] Deutlicher wurde ein Leitkommentar, für den der Gipfel „[a]us deutscher Sicht […] nicht ein halber Erfolg, sondern eine Dreiviertel-Niederlage" war – insbesondere da Kohl sich nicht mit seinem „ur-

1711 FAZ 12.12.1991:3d.

1712 FAZ 12.12.1991:3a, ähnlich SZ 12.12.1991:6b, FAZ 17.12.1991:6. Andere Artikel machten hingegen auf Zugeständnisse Mitterrands an Major aufmerksam (SZ 12.12.1991:1a).

1713 FAZ 12.12.1991:1, ähnlich FAZ 20.12.1991:1.

1714 Einzelartikel widmete die FAZ den Regierungen Spaniens (FAZ 12.12.1991:2c, FAZ 19.12.1991:6), der Niederlande (FAZ 12.12.1991:2b) sowie der USA (FAZ 13.12.1991:2); die SZ behandelte in einem Überblicksbericht noch weitere EG- sowie EFTA-Staaten (SZ 12.12.1991:6b).

1715 FAZ 12.12.1991:3a, SZ 13.12.1991:2.

1716 SZ 11.12.1991:3, ähnlich SZ 11.12.1991:1.

1717 FAZ 12.12.1991:3a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sprünglichen Junktim“ habe durchsetzen können. Für die Zukunft sei es deshalb wünschenswert, dass die Bundesregierung „ihre Positionen klar und hart vertritt“, um den „Hebel, der in Maastricht zu kurz war, immer wieder anzusetzen, damit die Vereinbarungen zur Politischen Union Gestalt annehmen“.[1718] Noch schärfer schließlich war ein Kommentar im Wirtschaftsteil, der erneut die „Preisgabe der D-Mark“ kritisierte, die von den übrigen Regierungen „kaum honoriert“ worden sei. Erneut wurde dies auch für die EG insgesamt als schädlich beschrieben. Bemerkenswerterweise deutete der Kommentar dabei sogar an (ohne dies allerdings näher zu erklären), dass Kohls Kompromissbereitschaft selbst Teil des Problems sei:

> Hier der gute Europäer Kohl, der fast ohne Gegenleistung die D-Mark aus der Hand gibt, dort der Kämpfer Major, der die Insel vor den Kontinentaleuropäern rettet: mit solchen Einstellungen […] wird jeder europäischen Politik der Boden entzogen. […] Wenn naive Europabegeisterung und enges Nationalbewußtsein aufeinandertreffen, hat die ‚Gemeinschaft‘ nur geringe Chancen.[1719]

Auch die SZ erklärte, die Bundesregierung sei mit ihren Wünschen zur Justiz- und Innenpolitik „[g]escheitert“, und die „deutschen Forderungen nach mehr Rechten für das Europäische Parlament“ hätten „nur eine Nebenrolle“ gespielt.[1720] Ein Kommentar resümierte, angesichts der „Beliebigkeit der sonstigen Ingredienzien der Politischen Union“ habe Kohl, „[s]elbst am eigenen Anspruch gemessen, […] nicht viel für den Verzicht auf die Mark bekommen“.[1721] Ein anderer beschrieb die Politische Union als ein „Konglomerat von Formelkompromissen“, durch das sich für den Bundeskanzler die Frage stelle, „welche Rolle er im Märchen von des Kai-

1718 FAZ 12.12.1991:1.

1719 FAZ 12.12.1991:15.

1720 SZ 12.12.1991:1a. Die aus Sicht der deutschen Delegation positiven Ergebnisse gab die Zeitung hingegen lediglich in indirekter Rede wieder: So erklärte sie, Kohl gebe es „als seinen Erfolg aus, daß Deutschland die Währungsunion erhalte, die es gewollt habe, und daß der Weg zur Union nun ‚unumkehrbar‘ sei“; und auch von der Regelung zur WEU hieß es, dass die Deutschen sie als Erfolg „beanspruchten“ (ebd.). Ein anderer Bericht zitierte Theo Waigel, der in Maastricht „‚einen riesigen Erfolg‘ für die Bundesregierung“ sehe, welche „ihr eigenes Währungskonzept ‚zu 90 Prozent‘ durchgesetzt habe“ (SZ 12.12.1991:1b).

1721 SZ 12.12.1991:4.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sers neuen Kleidern spielt".[1722] Von dem „Durchbruch zur Europäischen Union", den die SZ in ihrer Schlagzeile am 12. Dezember 1990 verkündete,[1723] blieb bei der Bewertung des Gipfels im Einzelnen somit nicht allzu viel übrig: Weit davon entfernt, in der Vertragsreform einen Konstitutionalisierungsschub in Richtung einer europäisch-innenpolitisch gestalteten Union zu sehen, verstanden die deutschen Zeitungen das Abkommen vor allem als unbefriedigenden zwischenstaatlichen Kompromiss.

Keine „besondere Gefahr": Die Debatte über Ratifikationsreferenden in anderen Mitgliedstaaten

Schon nach wenigen Tagen entfernte sich der Fokus der Berichterstattung schließlich ganz von den Inhalten des Vertrags. Stattdessen konzentrierten sich SZ und FAZ nun auf die anstehenden Ratifikationsverfahren, insbesondere die zu erwartenden Referenden in einigen Mitgliedstaaten. Nachdem schon zuvor Berichte über entsprechende britische und dänische Überlegungen erschienen waren,[1724] stießen nach dem Gipfel vor allem einige Andeutungen Mitterrands auf Aufmerksamkeit. Wiedergegeben wurde insbesondere seine Äußerung, es sei „‚unvorstellbar, daß die Ratifizierung eines derart weitreichenden Vertrages nicht die Angelegenheit aller Franzosen' sein könne", sodass die französische Bevölkerung „entweder direkt über ein Referendum oder indirekt über die Nationalversammlung konsultiert" werden müsse. Nicht thematisiert wurde dabei, dass eine Ratifikation des Vertrags ohne Zustimmung der Nationalversammlung ohnehin nicht möglich war.[1725] Auch ein Kommentar zu der für den Vertrag nötigen Änderung der französischen Verfassung stellte fest, „der Ruf nach Volksentscheidungen oder wenigstens Zwei-Drittel-Mehrheiten in Parlamenten" nehme „auffällig zu" – ohne darauf einzugehen, dass dies weitgehend den ohnehin geltenden rechtlichen Vorgaben für eine solche Verfassungsänderung entsprach.[1726]

1722 SZ 11.12.1991:4. Bereits vor dem Gipfel hatte auch die FAZ auf das Märchen „Des Kaisers neue Kleider" angespielt, um den Gegensatz zwischen den hohen Erwartungen und dem voraussichtlich enttäuschenden Ergebnis der Verhandlungen zu verdeutlichen (FAZ 07.12.1991:1).

1723 SZ 12.12.1991:1a.

1724 SZ 22.11.1991:8, SZ 23.11.1991:2, SZ 25.11.1991:2, SZ 03.12.1991:8.

1725 SZ 13.12.1991:2, ähnlich FAZ 13.12.1991:1, FAZ 17.12.1991:6.

1726 SZ 14.12.1991:4a. Titel XVI der französischen Verfassung sah als reguläres Änderungsverfahren eine einfache Mehrheit sowohl in der Nationalversammlung

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Vor allem die SZ äußerte dabei eine grundsätzliche Skepsis gegenüber Volksentscheiden, ging jedoch zugleich davon aus, dass diese keine „besondere Gefahr“ für den Ratifikationsprozess darstellten.[1727] Dass der Vertrag insgesamt an der Ablehnung durch einen einzelnen Mitgliedstaat scheitern könnte, wurde von den Zeitungen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Auch eine Übertragung auf die nationale Ratifikationsdebatte in Deutschland blieb aus: Forderungen nach einer deutschen Volksabstimmung fanden sich in den Tagen nach dem Gipfel ebenso wenig wie solche nach einem gesamteuropäischen Referendum. Auch die zuvor verschiedentlich thematisierte Frage, ob und wie das Europäische Parlament auf das Ratifikationsverfahren Einfluss nehmen würde,[1728] spielte nach dem Gipfel keine Rolle mehr.

Letztlich wurden die Ratifikationsverfahren also weniger als eine Frage von europaweiter Bedeutung, sondern eher als interne Angelegenheit der jeweiligen Staaten angesehen. In den Tagen nach dem Gipfel kamen sie in den Zeitungen zwar vor, doch die Nachrichten darüber folgten eher dem Muster der Berichterstattung über außenpolitische Ereignisse. Dass von der Zustimmung oder Ablehnung der Vertragsratifikation in jedem einzelnen Mitgliedstaat die künftige Gestalt der EU insgesamt abhing, spielte in der Debatte – wenigstens zu diesem Zeitpunkt – keine relevante Rolle.

---

als auch im Senat und anschließend entweder ein Referendum oder eine Dreifünftelmehrheit der gemeinsam tagenden Mitglieder beider Parlamentskammern vor.

1727 So die SZ zu dem französischen Referendum (SZ 14.12.1991:4a, ähnlich zu Dänemark SZ 11.12.1991:3). Lediglich Jacques Delors wurde mit der Forderung zitiert, dass Volksabstimmungen „in unruhigen politischen Zeiten wie heute“ vermieden werden sollten (SZ 13.12.1991:2).

1728 FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 09.12.1991:10b, SZ 23.11.1991:2. Grundsätzlich wurde der Einfluss der Europaabgeordneten, der sich durch die Ankündigung des belgischen und italienischen Parlaments ergab, den Vertrag erst nach Zustimmung des Europäischen Parlaments zu ratifizieren, in den deutschen Medien positiv bewertet. Die damit verbundenen legitimatorischen Aspekte – speziell die Frage, ob sich die Legitimität der EU auf die in den nationalen Parlamenten vertretenen Staatsvölker oder auf die europäische Bevölkerung insgesamt stützte – spielten allerdings kaum eine Rolle. Lediglich in einem FAZ-Bericht wurde François Mitterrand mit einer ablehnenden Haltung zitiert: „Verschiedene nationale Parlamente drohen, dem Vertrag nicht zuzustimmen, wenn sie den Eindruck haben, einem nachträglichen Votum des Europaparlaments unterworfen zu werden. Sie hätten das Gefühl, daß es ein höheres Votum gibt als das ihre“ (FAZ 29.11.1991:1–2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

5.1.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Einwände aus den Bundesländern": Opposition und Bundesrat vor dem Gipfel von Maastricht

Wie oben beschrieben, war der europapolitische Kurs der Bundesregierung in den deutschen Medien während der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen kaum in Frage gestellt worden. Mit der allgemeinen Zunahme der Debattenintensität in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht Ende 1991 änderte sich dies erstmals. Dies lag allerdings nur zu einem eher geringen Teil an der oppositionellen SPD, die in dieser Zeit wiederholt die geplanten Reformen zur Politischen Union als unzureichend kritisierte.[1729] So drohte sie, im Bundestag die für die Ratifikation des Vertrags notwendige Grundgesetzänderung zu verhindern, wenn „keine nennenswerten Verbesserungen zur Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und zur föderativen Ausgestaltung der Politischen Union erreicht würden".[1730] Diese Kritik lief jedoch großteils ins Leere, da zugleich ja auch Bundeskanzler Kohl in den zwischenstaatlichen Verhandlungen als Befürworter einer möglichst weitreichenden Parlamentarisierung der EG auftrat. Lediglich in einzelnen Punkten konnte die SPD die Regierungslinie übertreffen: Kurz vor dem Gipfel lehnte sie einen Stufenplan für eine nur schrittweise Aufwertung des Parlaments ab, der von der Bundesregierung als Kompromissmöglichkeit ins Spiel gebracht worden war.[1731] Außerdem schlug sie vor, dass der Bundestag bei seiner Europadebatte am 5. Dezember beschließen solle, den Vertrag nur dann zu ratifizieren, wenn auch das Europäische Parlament ihm zustimmte. Entsprechende Erklärungen, die dem Europäischen Parlament ein indirektes Ratifikationsrecht für die Vertragsreform gaben, hatten zuvor bereits die Parlamente Belgiens und Italiens abgegeben. Doch obwohl dieser Vorstoß tatsächlich zu einer kleinen Kontroverse führte, bei der die SPD-Vorlage im Bundestag schließlich von der Regierungsmehrheit aus CDU/CSU und FDP abgelehnt wurde, stieß er in den Medien nur auf ein geringes Echo.[1732]

1729 SZ 21.11.1991:8, FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 22.11.1991:4, FAZ 28.11.1991:4, FAZ 03.12.1991:6.

1730 FAZ 22.11.1991:4, ähnlich FAZ 28.11.1991:4, SZ 09.12.1991:6.

1731 SZ 09.12.1991:6.

1732 Zunächst wurde der Vorschlag nur von der FAZ wiedergegeben, die kurz vor der Europadebatte die Erwartung äußerte, dass der Bundestag ihn in eine gemeinsame Beschlussvorlage aller Fraktionen aufnehmen würde (FAZ 21.11.1991:5b, FAZ 05.12.1991:4). Dass die Regierungskoalition den Vorschlag

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch in Bezug auf die – in den deutschen Medien durchaus umstrittene – Frage der Währungsunion blieb die Opposition unauffällig. Lediglich vereinzelt äußerten sich prominente Parteimitglieder skeptisch gegenüber den Plänen: So erklärte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ingrid Matthäus-Maier, dass die „Entscheidung für eine gemeinsame europäische Währung nur mit breiter Zustimmung der Öffentlichkeit getroffen werden" könne, wobei allerdings unklar blieb, ob sie damit die deutsche oder die europäische Öffentlichkeit meinte.[1733] Die europapolitische Sprecherin Heidemarie Wieczorek-Zeul wiederum nutzte die Vorbehalte gegenüber der Währungsunion lediglich als Argument, um mehr Rechte für das Europäische Parlament einzufordern.[1734]

Andere Kritikpunkte der SPD an der Verhandlungsposition der Bundesregierung – etwa an der Forderung nach einer einheitlichen Asylpolitik oder an der deutsch-französischen Linie zur gemeinsamen Verteidigungspolitik – kamen in den Medien kaum vor.[1735] Stattdessen betonte vor allem die FAZ wiederholt, dass auch die Opposition den Kurs Helmut Kohls im Wesentlichen unterstütze. Artikel zum Thema trugen Überschriften wie „SPD hofft auf Einigung in Maastricht", „Engholm wirbt für einen Erfolg in Maastricht", „Die Opposition sichert der Bonner Europapolitik ihre

---

letztlich ablehnte, wurde in der FAZ hingegen nicht erwähnt. Die SZ wiederum thematisierte zwar den Gegensatz zwischen Regierung und Opposition, widmete ihm jedoch nur einen einzigen Absatz in einem längeren Artikel (SZ 06.12.1991:8a).

1733 SZ 23.11.1991:1. Am selben Tag wie Matthäus-Maier erklärte zudem Helmut Kohl, dass die Bundesregierung den Vertrag nur unterzeichnen werde, wenn die Währungsunion auch von einer Politischen Union begleitet sein würde. Beide Informationen erschienen in der SZ gemeinsam in einer kurzen Agenturmeldung, was wiederum eher einen Konsens als einen Konflikt zwischen Regierung und Opposition andeutete.

1734 So zitierte sie die SZ mit der Formulierung: „Die D-Mark ist nur gegen mehr Demokratie aufzuwiegen". Nach einer Übertragung der währungspolitischen Souveränität auf die EG müsse „jeder Bürger in der Bundesrepublik ein besonderes Interesse daran haben, daß diese Politik im Europäischen Parlament ausreichend kontrolliert werden könne" (SZ 09.12.1991:6). Nicht thematisiert wurde dabei, dass dies bis in die Begründung hinein ganz dem Straßburger Junktim Helmut Kohls entsprach.

1735 FAZ 22.11.1991:4. Die Kritik an der deutsch-französischen Haltung zur gemeinsamen Verteidigungspolitik wurde von dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Ulrich Klose selbst später zurückgenommen (FAZ 28.11.1991:4).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Unterstützung zu“ oder „Rückhalt für die Bundesregierung“.[1736] Insgesamt konnte sich die SPD in der deutschen Debatte über die Vertragsreformen also kaum profilieren; parteipolitische Gegensätze spielten weiterhin nur eine sehr untergeordnete Rolle.

Stärker präsent waren in der deutschen Öffentlichkeit hingegen wiederum die Bundesländer, die in den letzten Tagen vor dem Gipfel von Maastricht deutliche Forderungen an die Bundesregierung erhoben: In einem einstimmigen Bundesratsbeschluss verlangten sie eine Neudefinition des Subsidiaritätsprinzips im Vertragsentwurf und drohten, dem Vertrag andernfalls die Ratifikation zu verweigern. Insbesondere die SPD-regierten Länder sowie Bayern kritisierten dabei, dass die Formulierung im Vertragsentwurf die Gesetzgebungsrechte der deutschen Länder zu beschränken drohe; der hessische Europaminister Günther warnte sogar vor einer „Generalvollmacht“ für die EG.[1737] In den Medien wurde diese Kritik ernster genommen als die Forderungen der SPD; ein FAZ-Kommentar erwähnte die „Einwände […] aus den um ihre Kompetenzen fürchtenden Bundesländern“ sogar als das einzige Problem, dem der europapolitisch ansonsten „unangefochten[e]“ Helmut Kohl im Inland ausgesetzt sei.[1738] Bemerkenswerterweise erklärte allerdings kaum ein Zeitungsbericht zu dem Thema, welche Formulierung des Subsidiaritätsprinzips die Länder stattdessen forderten.[1739] Insgesamt führte die mediale Diskussion darüber deshalb auch weniger zu einer konkreten Auseinandersetzung über diesen Aspekt der Vertragsreform, sondern blieb eher Ausdruck einer diffusen Sorge vor einem Souveränitätsverlust an die europäische Ebene.

1736 FAZ 22.11.1991:4, FAZ 03.12.1991:6, FAZ 28.11.1991:4, FAZ 06.12.1991:2. Auch die SZ ging im Wesentlichen von einer Führungsrolle der Regierung aus, die allenfalls um Nuancen weniger deutlich wurde als in der FAZ. So hieß es etwa nach der Europadebatte des Bundestags in der FAZ, das Parlament habe mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP „die Bemühungen der Bundesregierung unterstützt“ (FAZ 06.12.1991:2). Die SZ formulierte hingegen, der Bundestag „forderte […] die Regierung auf, in ihrem Bemühen nicht nachzulassen“ (SZ 06.12.1991:1a).

1737 FAZ 27.11.1991:5b, ähnlich FAZ 27.11.1991:5b, FAZ 30.11.1991:2, FAZ 05.12.1991:4.

1738 FAZ 30.11.1991:1.

1739 Andeutungsweise erklärt wurde der Formulierungsstreit nur in SZ 03.12.1991:2. Hier hieß es, die „zentralistisch geführten Staaten“ in der EG hätten eine Formulierung vorgeschlagen, nach der „die Gemeinschaft alle Aufgaben übernimmt, die sie ‚besser‘ bewältigen kann als Nationalstaaten und Länder. Bonn bevorzugt eine Formel, nach der die EG auf keinen Fall übernimmt, was auf unterer Ebene geregelt werden kann.“

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zudem blieb auch diese Kritik des Bundesrats letztlich ohne klaren Adressaten, da die Bundesregierung die Forderungen der Länder sehr schnell selbst übernahm und in die zwischenstaatlichen Verhandlungen einbrachte. In einem Artikel nannte die SZ deshalb die „zentralistisch geführten Staaten", die nicht das deutsche Subsidiaritätsverständnis teilten, als mögliche Gegner des Vorschlags – allerdings ohne dabei irgendeinen nicht-deutschen Politiker zu dem Thema zu zitieren.[1740] Noch vor dem Gipfel verkündete Kohl, dass die übrigen Mitgliedstaaten voraussichtlich in die geforderte Umformulierung einwilligen würden, und sagte außerdem zu, die Ministerpräsidenten von vier Bundesländern in die deutsche Delegation in Maastricht aufzunehmen.[1741] In der Folge ebbte die Kritik der Landesvertreter rasch wieder ab: Am ersten Gipfeltag thematisierte ein FAZ-Artikel zwar noch einmal die Veto-Drohung des Bundesrats, verwies jedoch auch darauf, dass die Forderungen der Länder im Wesentlichen bereits erfüllt worden seien.[1742]

„Das klare Denken abhanden gekommen": Regierungskritik der Medien und Topos der unzureichenden Debatte

Die schärfsten Einwände gegen den europapolitischen Kurs der Bundesregierung kamen allerdings weder von der Opposition noch von den Landesregierungen im Bundesrat, sondern von den Medien selbst. Wie bereits oben dargestellt, intensivierte sich in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht sowohl in der FAZ als auch in der SZ die Kritik an der geplanten Währungsunion. Diese Kritik wandte sich zunächst vor allem an die anderen EG-Mitgliedstaaten, die der geldpolitischen Stabilität weniger Bedeutung einräumten. Letztlich richtete sie sich jedoch auch gegen die Bundesregierung selbst: So wurden die Beteuerungen des deutschen Finanzministers Theo Waigel, die Einheitswährung werde nicht weniger stabil sein als die D-Mark, zwar in mehreren Artikeln wiedergegeben,[1743] in Kommentaren jedoch nicht unterstützt.

1740 SZ 03.12.1991:2.

1741 SZ 05.12.1991:1a. Nicht thematisiert wurde in dem Bericht, dass bereits zuvor Vertreter der Bundesländer an den Regierungskonferenzen zur Währungs- und zur Politischen Union teilgenommen hatten, sodass Kohls Zugeständnis in dieser Angelegenheit eigentlich wenig überraschend kam.

1742 FAZ 09.12.1991:11a.

1743 So insbesondere Waigel in einem SZ-Interview (SZ 07.12.1991:13), ähnlich SZ 06.12.1991:1a, SZ 07.12.1991:1, FAZ 06.12.1991:2, FAZ 10.12.1991:1–2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Stattdessen erinnerten beide Zeitungen an Kohls Straßburger Junktim und warfen der Bundesregierung in teils scharfen Worten vor, dass sie sich auf die Einheitswährung einlasse, ohne bei der Politischen Union hinreichend Zugeständnisse der übrigen Staaten erreicht zu haben. Ein SZ-Kommentar erklärte, bei der Währungsunion sei „den Bonnern das klare Denken abhanden gekommen",[1744] und auch die sonst regierungsfreundliche FAZ kritisierte, Kohl habe sich „auf eine seltsam zielstrebige Art und Weise darum bemüht, die Ära der Mark alsbald zu beenden".[1745] Selbst das sonst meist positiv besetzte Schlagwort der „Unumkehrbarkeit", das Kohl in die Debatte über die Vertragsreform eingebracht hatte, wurde in diesem Kontext gegen die Regierung gewendet. So bezeichnete die FAZ die Währungsunion als „Weg ohne Umkehr", der „nicht schlagartig, aber nachhaltig" zu einer schlechteren Wirtschaftspolitik führe;[1746] und die SZ forderte: „Helmut Kohls Ziel für Maastricht muß die Härte der D-Mark sein und nicht die Unumkehrbarkeit luftiger Schritte zur europäischen Einheit".[1747]

In diesem Zusammenhang erschien nun erstmals auch in den deutschen Zeitungen in einzelnen Artikeln der Topos einer unzureichenden öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vertragsreform. Insbesondere hieß es in einem FAZ-Kommentar, angesichts der geplanten Währungsunion sei es „verwunderlich", dass „[b]isher […] in Deutschland öffentliche Proteste ausgeblieben" seien.[1748]

Generell spielte dieser Topos in den deutschen Medien allerdings eine deutlich geringere Rolle als in der britischen oder französischen Öffentlichkeit. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch ein FAZ-Bericht, in dem es über die französische Bevölkerung hieß, dass diese zwar „in ihrer Mehrheit ‚europawillig'" sei. „Worum es in Maastricht geht", wisse sie jedoch

> genauso wenig wie die meisten ihrer Nachbarn. Zu spät macht die Öffentlichkeit der Regierung den Vorwurf, sie habe die Debatte über die Vor- und Nachteile der Einigung vermieden und die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen gestellt.[1749]

1744 SZ 07.12.1991:4.
1745 FAZ 09.12.1991:1.
1746 Ebd.
1747 SZ 07.12.1991:4, ähnlich auch SZ 10.12.1991:4.
1748 FAZ 09.12.1991:1.
1749 FAZ 10.12.1991:5b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

In dem Artikel beschrieb die FAZ die unzureichende Debatte also einerseits als ein länderübergreifendes Phänomen, das nicht nur Frankreich, sondern auch seine „Nachbarn" betreffe. Andererseits schränkte sie das Problem (durch die Erwähnung von „der Regierung" im Singular) gleich wieder auf Frankreich ein und vermied jede explizite Bezugnahme auf Deutschland.

Hierzu passte auch ein anderer Kommentar, der hervorhob, dass kurz vor dem Gipfel von Maastricht die Regierungen in den meisten EG-Ländern politisch angeschlagen seien. Demgegenüber gebe es in Deutschland zwar ebenfalls „eine Stimmung", die oft als „‚Politikverdrossenheit'" bezeichnet werde; die unzufriedenen Wähler seien jedoch „erheblich weniger als in westeuropäischen Nachbarländern". Während Westeuropa insgesamt „in eine Depression abzurutschen" drohe, sei in Deutschland die Regierungsmehrheit stabil und es gebe in Europafragen eine „Übereinstimmung aller politisch bedeutsamen Kräfte".[1750]

Insgesamt äußerten sich beide deutschen Zeitungen in den Wochen um den Gipfel von Maastricht also erheblich kritischer gegenüber der Europapolitik der Bundesregierung als in der ersten und zweiten Phase der Vertragsverhandlungen in den Jahren zuvor. Diese Kritik blieb jedoch klar auf den Bereich der Währungsunion beschränkt. Auch der Topos der unzureichenden öffentlichen Debatte spielte weiterhin nur eine geringe Rolle – und das, obwohl die Auseinandersetzung über die Vertragsreform in Deutschland tatsächlich schwächer ausgeprägt war als in den beiden anderen hier untersuchten Ländern. Stattdessen wurde der weitreichende europapolitische Konsens der deutschen Parteien in den Zeitungen eher positiv als ein Zeichen von Stabilität beschrieben.

In jedem Fall jedoch erschien die Qualität der öffentlichen Debatte als eine Angelegenheit zwischen der nationalen Regierung und Öffentlichkeit. Die Vorstellung eines transnational-weltanschaulichen Diskurses im europäisch-innenpolitischen Sinne spielte in den deutschen Medien ebenso wenig eine Rolle wie in den britischen und französischen.

„Übereinstimmend begrüßt": Keine Kontroversen nach dem Gipfel

Am Tag nach dem Gipfel fanden sich in beiden deutschen Zeitungen ausführliche Berichte über die Reaktionen deutscher Politiker auf die Verhandlungsergebnisse. Während der Titel dieses Artikels in der SZ auf eine

1750 FAZ 30.11.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gegensätzliche Bewertung durch Regierung und Opposition verwies („Kohl sieht Erfolg – Engholm vermißt großen Wurf"),[1751] stellte jener der FAZ allein die Regierung in den Vordergrund („Bei der Wirtschafts- und Währungsunion hat Bonn sich durchgesetzt").[1752] Ansonsten wiesen die Artikel allerdings nur wenig Unterschiede auf: So zitierte die SZ Kohl, Genscher und den CDU-Generalsekretär Volker Rühe, die alle in ähnlichen Worten hervorhoben, dass der „Prozeß der politischen Einigung Europas […] nunmehr unumkehrbar geworden" sei. Umgekehrt kritisierte der SPD-Vorsitzende Björn Engholm, dass Kohl in „der zentralen Frage der Demokratie in der Gemeinschaft […] ‚eingeknickt'" sei. Ebenfalls mit eher negativen Stellungnahmen wurden auch die FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff und Hermann Otto Solms angeführt, die die unzureichende Stärkung des Parlaments und die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch den geplanten Konvergenzfonds für die südlichen Mitgliedstaaten kritisierten. Der CSU-Generalsekretär Erwin Huber wiederum erklärte sein Bedauern über die unbefriedigenden Beschlüsse zur EG-Asylpolitik.[1753] Die FAZ dagegen zitierte Kohl mit einer umfassenden Verteidigung der Gipfelergebnisse und stellte ihm eher negative Äußerungen von Engholm, Lambsdorff, dem Grünen-Sprecher Ludger Volmer sowie dem CSU-Europaabgeordneten Otto von Habsburg entgegen. Wichtigste Kritikpunkte waren auch hier die mangelnde Demokratisierung, aber auch die unzureichende Beitrittsperspektive für die osteuropäischen Staaten sowie Unzulänglichkeiten in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Außerdem wurde der rheinland-pfälzische Europaminister Florian Gerster angeführt, der „[f]ür die SPD-geführten Länder im Bundesrat" erklärte, Maastricht sei zwar nur ein „halber Erfolg für die deutschen Bundesländer" gewesen, habe aber „wesentliche Forderungen des Bundesrates" erfüllt.[1754]

Trotz der ausführlichen Darstellung blieb all diese Kritik jedoch eher allgemein und verdichtete sich auch diesmal nicht zu klaren parteipolitischen Kontroversen. Anlässlich einer Bundestagsdebatte über den Gipfel von Maastricht hoben beide Zeitungen deshalb wenige Tage später noch einmal hervor, dass es nicht zu wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen sei. Ein SZ-Kommentar unterstrich, die Parteien im Bundestag seien „[s]elten […] so einig wie bei der Beurteilung des janusköpfigen Ergebnisses von Maastricht" gewesen; sie hätten es „nur je nach ihrer Rolle

1751 SZ 12.12.1991:6e.
1752 FAZ 12.12.1991:2a.
1753 SZ 12.12.1991:6e.
1754 FAZ 12.12.1991:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

anders gesagt".[1755] Auch die FAZ hob hervor, die Gipfelergebnisse seien „von den Koalitionsparteien und der SPD übereinstimmend begrüßt worden".[1756] Ein anderer Kommentar erklärte weiter:

> Was Frau Matthäus-Maier als fehlend bemängelte, steht ohnehin auf Kohls eigener, noch offener Wunschliste. So blieb nur die Kritik am Verhandlungsstil und -geschick. Sie fiel ebenfalls moderat aus.[1757]

Deutlichere Kritik übte hingegen der FDP-Vorsitzende Lambsdorff: Wie die FAZ formulierte, hielt dieser „fast eine Oppositionsrede", in der er „erhebliche Unzufriedenheit" mit der Währungsunion äußerte und insbesondere forderte, dass die endgültige Entscheidung über die Einführung der Einheitswährung erst 1999 vom Bundestag getroffen werden sollte.[1758] Beide Zeitungen kommentierten diese Rede recht wohlwollend: In der SZ wurde der FDP-Vorsitzende als „alter Fahrensmann" bezeichnet, der „so frei [sei], dem Kanzler ins Gesicht zu sagen, daß er die vertraglich gesicherte ‚Irreversibilität' […] für Humbug hält"; die FAZ nannte ihn den „Advokaten des Teufels", der „eine Reihe unbequemer Fragen und Feststellungen" vorgebracht habe, und schloss mit dem Satz: „Es könnte sein, daß er recht behält."[1759] Auf die Ähnlichkeit zwischen Lambsdorffs Forderung und der – in den deutschen Medien eher kritisch betrachteten – Opt-out-Regelung für Großbritannien wies hingegen keiner der Artikel hin. Im Übrigen hob die FAZ vor allem die Zurückhaltung unter den deutschen Parteien hervor: Ein Kommentar bezeichnete die Debatte als „gedämpft",[1760] ein anderer als „matt" und „[o]hne Enthusiasmus".[1761]

Unklar blieb in den Berichten meist, ob die zitierten Akteure bei der Bewertung des Gipfels von Maastricht deutsche oder gesamteuropäische Interessen als Maßstab anlegten. So wurde Helmut Kohl mit der Formulierung zitiert, dass die Vertragsreform „die ‚wesentlichen Interessen' der Deutschen wahre und zugleich die EG einen ‚entscheidenden Schritt' voranbringe".[1762] Umgekehrt schwankte die Rede Lambsdorffs zwischen der Sorge um „die Stabilitätskriterien für die künftige Euro-Währung" und der

1755 SZ 14.12.1991:4c.
1756 FAZ 14.12.1991:1–2.
1757 FAZ 14.12.1991:2.
1758 FAZ 14.12.1991:2, ähnlich SZ 14.12.1991:4c, SZ 14.12.1991:1, FAZ 14.12.1991:1–2.
1759 SZ 14.12.1991:4c, FAZ 14.12.1991:2.
1760 FAZ 14.12.1991:2.
1761 FAZ 14.12.1991:10.
1762 SZ 14.12.1991:1, ähnlich FAZ 14.12.1991:1–2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Kritik am Verfahren bei der „Abschaffung der D-Mark" – und damit zwischen der gesamteuropäischen und der nationalen Dimension der Währungsunion.[1763] Und auch Matthäus-Maier bezeichnete einerseits die Beschlüsse zur Politischen Union als „schlicht und einfach kläglich" und kritisierte andererseits, „[d]eutsche Interessen seien nicht in allen Punkten hartnäckig vertreten worden".[1764] Ohne explizit ausgesprochen zu werden, verfestigte sich durch dieses Ineinanderfließen der Argumentationslinien der in den Zeitungen schon vor dem Gipfel verbreitete Topos, dass Deutschland bei der europäischen Integration eine Vorreiterrolle zukomme und sich daher die deutschen Positionen in den Verhandlungen letztlich auch mit dem gesamteuropäischen Interesse deckten.

Die breite Einigkeit der Parteien schlug sich schließlich auch in der Diskussion über die deutsche Ratifikation des Vertrags nieder, die in den Tagen nach dem Gipfel von Maastricht zunächst nur verhalten einsetzte. In ihrem Bericht über die Europadebatte des Bundestags stellte die SZ lediglich knapp fest, dass dieser den Vertrag voraussichtlich im Folgejahr ratifizieren würde: Die SPD verlange zwar „Nachbesserungen", ziehe die Reform jedoch nicht insgesamt in Zweifel.[1765] Auch in Meinungstexten spielte die deutsche Ratifikation kaum eine Rolle; in der FAZ wurde sie überhaupt nicht erwähnt. Offensichtlich sahen die deutschen Medien angesichts des großen Konsenses zwischen den deutschen Parteien wenigstens zu diesem Zeitpunkt keinen Grund, sich mit dieser Frage zu befassen.

Nur ein einzelner SZ-Kommentar erhob – am Ende einer erneuten harschen Kritik an der geplanten Währungsunion – etwas verklausuliert die Forderung, dass der Bundestag die Zustimmung zur Vertragsreform verweigern solle. Wörtlich hieß es darin:

1763 SZ 14.12.1991:1, ähnlich FAZ 14.12.1991:2.

1764 SZ 14.12.1991:1. Wie die FAZ im Einzelnen darlegte, bemängelte Matthäus-Maier, dass durch den neuen Konvergenzfonds zusätzliche finanzielle Belastungen auf Deutschland zukämen und dass Kohl sich „nicht genug darum bemüht [habe], daß die künftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Frankfurt erhalte" – zwei klar auf nationalen Interessen beruhende Argumente. Daneben kritisierte sie jedoch auch, dass Kohl „bei der europäischen Sozialunion" und dem „Europa der Arbeitnehmer" nachgegeben habe, und griff damit auf ein gesamteuropäisch-weltanschauliches Argument zurück (FAZ 14.12.1991:1–2).

1765 SZ 14.12.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Die Mark ist in einer Falle, gelockt von François Mitterrand. Helmut Kohl hat die Falle *bewußt,* ja sogar in missionarischem Eifer, betreten; er ist keineswegs hineingestolpert. „Unumkehrbar" aber ist nichts. Immerhin gibt es noch ein Parlament. Das sollte dem Bundeskanzler hier nicht folgen.[1766]

Dieser Text blieb jedoch eine einmalige Ausnahme. Einen breiteren Diskurs, die Währungsunion durch eine Blockade der Vertragsratifikation zu verhindern, gab es trotz der teils erheblichen Unzufriedenheit der Medien mit dem Verhandlungsergebnis nicht. Auch die Möglichkeit eines nationalen Referendums, wie sie in anderen Ländern diskutiert wurde, kam in SZ und FAZ nicht vor – ebenso wenig wie die Frage nach der Vereinbarkeit des Vertrags mit dem deutschen Grundgesetz, die erst ein Jahr später in den Mittelpunkt der deutschen Maastricht-Debatte rücken sollte.[1767]

5.2 Frankreich

5.2.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Une majorité d'Etats membres, en particulier la France": Mitterrand, Major und Delors als Hauptakteure

In Frankreich stieg die Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen wie in den übrigen Ländern auch im Lauf des Jahres 1991 an und erreichte in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht ihren Höhepunkt. Ende November 1991 führte *Le Monde* eigens ein neues Ressort im Politikteil der Zeitung ein, das mit „Espace européen" überschrieben war und sich großteils mit EG-Fragen befasste. Die historische Bedeutung des Gipfels wurde schon im Voraus wiederholt durch Zitate französischer, aber auch deutscher Politiker unterstrichen. So sprach Michel Vauzelle, Vorsitzender des Außenpolitik-Ausschusses der französischen Nationalversammlung, von einer „nouvelle étape" für Europa, Helmut Kohl erklärte in einer

1766 SZ 14.12.1991:4b (Hervorh. i. O.).

1767 Das deutsche Ratifikationsgesetz zum Vertrag von Maastricht wurde am 2. Dezember 1992 vom Bundestag und am 18. Dezember 1992 vom Bundesrat verabschiedet. Am selben Tag erhob der FDP-Politiker Manfred Brunner dagegen eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, die schließlich im Oktober 1993 mit dem Maastricht-Urteil zurückgewiesen wurde (BVerfG, Entscheidung vom 12.10.1993).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

französischen Fernsehsendung, die Geschichte habe „une orientation très claire et très précise, à savoir l'Europe", und ein Vertrauter des französischen Außenministers Dumas wurde mit der Formulierung zitiert: „si le conseil européen réussit, ‚on bascule pour une génération' dans une Europe d'un nouveau type".[1768] Wie schon in früheren Monaten veröffentliche *Le Monde* zudem zahlreiche Interviews und Gastkommentare von Politikern und Intellektuellen, die ein recht pluralistisches, aber im Wesentlichen reformfreundliches Meinungsbild abdeckten.[1769] Ein Überblicksartikel präsentierte die Erwartungen, die verschiedene bekannte Persönlichkeiten vor dem Gipfel geäußert hatten – darunter Jacques Delors, das ehemalige französische EG-Kommissionsmitglied Edgard Pisani, der Präsident des Europäischen Hochschulinstituts Émile Noël, die Wissenschaftler Alain Touraine, Jacques Le Goff und Pierre Hassner sowie der Philosoph Paul Thibaud, aber nur ein Ausländer, nämlich der polnische Bürgerrechtler Jacek Kuroń. Diese Auswahl hatte auch inhaltliche Auswirkungen: So betonte der Bericht, alle genannten Persönlichkeiten seien sich einig, dass die europäische Integration nicht nur wirtschaftlichen Zwecken folge, sondern auch einem „besoin politique et culturel" – was wohl kaum der Fall gewesen wäre, wenn etwa konservative britische Intellektuelle mit einbezogen worden wären.[1770]

Auch im *Figaro* waren ab Anfang Dezember Artikel über den Gipfel mit einem speziellen „Maastricht"-Logo gekennzeichnet. Allerdings war die Berichterstattung insgesamt etwas zurückhaltender und weniger euphorisch. Zwar wurden auch hier Kohl und Mitterrand beispielsweise mit der Formulierung zitiert, ein Scheitern des Gipfels würde bedeuten „ne pas comprendre les signes du temps" und wäre „le commencement du déclin, un drame historique".[1771] Dem standen in den Tagen vor dem Gipfel allerdings auch eine Reihe sehr kritischer Gastkommentare meist gaullistischer

1768 LM 21.11.1991:5, LM 26.11.1991:5, LM 28.11.1991:8b.

1769 Interviewt wurden Ruud Lubbers als Vorsitzender des Europäischen Rates (LM 30.11.1991:1) sowie der italienische Außenminister Gianni De Michelis (LM 07.12.1991:5); Gastkommentare erschienen von dem deutschen Historiker Rudolf von Thadden (LM 26.11.1991:8), dem französischen Politikwissenschaftler und Europaabgeordneten Maurice Duverger (LM 28.11.1991:2b) und dem britischen Premierminister John Major (LM 06.12.1991:1b).

1770 LM 22.11.1991:2. Bemerkenswerterweise erschien der Artikel gekürzt und in englischer Übersetzung einige Tage später auch im *Guardian*, wo er den Untertitel „Can French intellectuals help sort out pre-Maastricht confusions?" trug (TG 29.11.1991:27b).

1771 LF 16.11.1991:6. Dass die Vertragsreform eine über das politische Tagesgeschäft hinausgehende Dimension besaß, wurde zudem an einer Themenseite

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

französischer Politiker gegenüber, die teils vor dem Verlust der nationalen Souveränität warnten, teils die Tragweite der Reform herunterspielten.[1772]

Zudem veröffentlichte die Zeitung ein Interview mit dem Thatcher-nahen britischen Unterhausabgeordneten Norman Tebbit, der sich dafür aussprach „d'éviter l'option fédérale, et que les Britanniques continuent d'être gouvernés par des Britanniques et les Français par des Français". Bemerkenswerterweise bezeichnete Tebbit sich selbst in dem Interview als „gaulliste" und hob hervor, dass ihm nicht allein an der britischen Souveränität gelegen sei, sondern am Konzept einer „Europe des patries" allgemein. Allerdings hielt er diese gesamteuropäisch-weltanschauliche Argumentationslinie nicht vollständig durch: Auf Nachfrage erklärte Tebbit, ein föderalistisch inspirierter Vertrag ohne Großbritannien sei durchaus möglich, solange die übrigen elf EG-Mitgliedstaaten bereit seien „d'en payer les conséquences pour eux-mêmes". Zudem griff er für die Bezeichnung der britischen Position auf das Personalpronomen „nous" zurück („Et nous n'entendons pas renoncer à nos droits et à nos responsabilités") – ein implizites Bekenntnis zu einer nationalen Identität als Brite, für die es in Bezug auf seine europäisch-weltanschauliche Identität als nationalkonservativer „gaulliste" keine Entsprechung gab.[1773]

Ein starker Fokus der französischen Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel lag auf der Frage, wie sich die britische Regierung in Maastricht verhalten würde. Ähnlich wie in den deutschen Medien wurde insbesondere die Rolle Thatchers hervorgehoben, die ein Jahr nach ihrem Rücktritt mit der Forderung nach einem Referendum über die Vertragsreform auf die politische Bühne zurückkehre und Major unter Druck setze.[1774] Ebenfalls wie in Deutschland erschien Thatcher dabei stark negativ: Auch *Le Figaro* bezog nun erkennbar Distanz zu ihr und beschrieb ihre Position ironisch mit „l'enfer, c'est l'Europe".[1775] Major und seine Regierung

---

deutlich, auf der die Zeitung unter dem Titel „Ces hommes qui partout en Europe sont chez eux" international tätige Unternehmer porträtierte, die sich positiv über die europäische Integration äußerten: Axel Ganz (LF 06.12.1991:4a), Karl Lagerfeld (LF 06.12.1991:4b) und Raul Gardini (LF 06.12.1991:4c). Wenige Tage später folgte ein Interview mit dem vatikanischen Sekretär für die Auswärtigen Beziehungen, dem französischen Kardinal Jean-Louis Tauran, der sich für eine europäische „communauté des nations" aussprach (LF 10.12.1991:4b).

1772 Diese Gastkommentare bezogen sich jedoch vor allem auf die nationale französische Europapolitik; deshalb siehe unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2.

1773 LF 07.12.1991:2b.

1774 LM 21.11.1991:3, LM 22.11.1991:3b, LF 21.11.1991:4b, LF 25.11.1991:3.

1775 LF 25.11.1991:3.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wurden gegenüber dem Rest der EG hingegen als kompromissbereiter wahrgenommen.[1776] Teilweise wurde dies auch auf die britische Bevölkerung allgemein übertragen: So hieß es in einer Analyse in *Le Monde*, dass die Briten aufgrund ihrer Insellage eine „méfiance innée" gegenüber Europa besäßen, die sie jedoch wegen der wirtschaftlichen Vorteile der EG allmählich „par raison" überwänden. Insgeheim seien zahlreiche Briten europafreundlicher, als sie offen zeigten, und selbst in der Conservative Party bildeten die scharfen Europagegner um Thatcher nur eine Minderheit.[1777]

Wenige Tage vor dem Gipfel veröffentlichte *Le Monde* zudem einen langen Gastkommentar Majors, in dem dieser die britischen Positionen als Ausdruck eines gesamteuropäischen Interesses beschrieb;[1778] *Le Figaro* wiederum gab Außenminister Douglas Hurd in einem Interview Raum zur Erläuterung der britischen Positionen.[1779] In einigen Artikeln in *Le Monde* wurde Großbritannien sogar als Beispiel für ein Land mit einer vorbildlich intensiven europapolitischen Auseinandersetzung genannt und damit positiv von Frankreich abgesetzt, wo es keine hinreichende öffentliche Debatte über den Vertrag gegeben habe.[1780] Dies blieben jedoch Ausnahmen: Im Großteil der Berichterstattung behielten die französischen Zeitungen ihre kritische Grundhaltung gegenüber der britischen Regierung bei, die mit ihren Vorbehalten die Einigung in Maastricht gefährde.[1781]

1776 Z. B. LM 23.11.1991:6.

1777 LM 26.11.1991:7, ähnlich auch LF 30.11.1991:2b. Die Behauptung einer ‚versteckten' britischen Europafreundlichkeit bildete gewissermaßen das Gegenstück zu mehreren Analysen in der *Times*, denen zufolge in den kontinentaleuropäischen Ländern eine latente Europaskepsis verbreitet sei, die im Verlauf der Vertragsverhandlungen offen ans Tageslicht treten würde.

1778 LM 06.12.1991:1b.

1779 LF 06.12.1991:5.

1780 So verglich ein Artikel die Europadebatte in der Nationalversammlung mit der Europadebatte im britischen Unterhaus wenige Tage zuvor: Während in der Nationalversammlung lediglich Außenminister Dumas und die für Europa zuständige Vizeministerin Guigou eine Erklärung abgegeben hätten, sei im Unterhaus der Premierminister selbst anwesend gewesen. Außerdem habe in Großbritannien, anders als in Frankreich, zuletzt eine formelle Abstimmung über das Verhandlungsmandat der Regierung für den Gipfel von Maastricht stattgefunden (LM 28.11.1991:8b). Auch der italienische Außenminister De Michelis hob in einem Interview mit *Le Monde* hervor, dass es bislang nur in Großbritannien eine breite öffentliche Debatte über die Vertragsreform gebe, und forderte eine ähnlich intensive Auseinandersetzung auch für Frankreich und Italien (LM 07.12.1991:5). Ähnlich äußerte sich nach dem Gipfel die französische Europa-Vizeministerin Guigou selbst (LM 17.12.1991:15).

1781 Z. B. LM 07.12.1991:6d, LF 03.12.1991:5b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Während die deutschen und französischen Zeitungen also gleichermaßen die britische Regierung als wichtigstes Hindernis für eine Einigung in Maastricht sahen, zeigten sich in Bezug auf die Einschätzung der übrigen Akteure deutliche nationale Unterschiede: Während SZ und FAZ als Majors wichtigsten Gegenspieler auf dem Gipfel jeweils Helmut Kohl benannten, wurde diese Rolle in Frankreich – besonders in *Le Monde* – François Mitterrand zugeschrieben. Die Zeitung berichtete nicht nur ausführlich über Mitterrands Vorbereitungen auf den Gipfel, sondern nannte ihn auch regelmäßig als zentralen Akteur in den Verhandlungen. Einige Artikel befassten sich etwa ausschließlich damit, welche französischen oder europäischen Politiker Mitterrand vor dem Gipfel noch treffen würde;[1782] ein anderer berichtete über einen Auftritt Mitterrands im niederländischen Fernsehen, obwohl er dort keinerlei neue Positionen vorgestellt, sondern nur seinen „optimisme prudent" ausgedrückt hatte.[1783] Ähnlich wie die deutschen Zeitungen beschrieb *Le Monde* die Haltung der eigenen Regierung dabei immer wieder als beispielhaft für die EG als Ganzes. In einem Artikel über die verbleibenden Konfliktthemen verglich die Zeitung beispielsweise die britische Position mit dem Standpunkt der „majorité d'Etats membres, en particulier la France",[1784] und suggerierte damit eine Art Wortführerschaft Frankreichs innerhalb dieser Mehrheitsgruppe. Im *Figaro* war Mitterrand etwas weniger präsent, spielte aber immer noch eine zentrale Rolle in der Berichterstattung. Ein Artikel, der den bisherigen Verlauf des europäischen Integrationsprozesses rekapitulierte, hob beispielsweise hervor, dass Frankreich darin stets „un rôle moteur" gespielt habe. Auch auf dem Gipfel von Maastricht gelte deshalb, dass „les thèses de Paris vont […] constituer un élément essentiel du débat".[1785]

Während in der deutschen Presse allerdings Kohls Standpunkt zugleich auch als Ausdruck einer möglichst weitgehenden Integration galt, traf dies in Frankreich auf Mitterrand nicht unbedingt zu. Als Vertreter der föderalistischen Maximalposition erschien hier vielmehr in mehreren Artikeln der Kommissionspräsident Jacques Delors, der wiederholt vor einer Verwässerung der Vertragsreformen warnte.[1786] Demgegenüber zeichnete sich Mitterrand, wie ein langer Kommentar in *Le Monde* analysierte, gerade

1782 LM 29.11.1991:8a, LM 04.12.1991:1b, LF 03.12.1991:6, LF 04.12.1991:9.
1783 LM 07.12.1991:4a.
1784 LM 05.12.1991:6c.
1785 LF 02.12.1991:6b.
1786 Z. B. LM 22.11.1991:3a, LM 05.12.1991:6c, LM 07.12.1991:1b, LF 28.11.1990:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

durch seine Fähigkeit aus „d'assumer sereinement ses propres contradictions et de refléter en ce sens les ambiguïtés de la France": Bei der Vertragsreform gehe es ihm nicht in erster Linie um die weitere Stärkung der supranationalen Institutionen, sondern um die Verteidigung französischer nationaler Interessen und den diplomatischen Ausgleich mit Deutschland.[1787]

Der nicht offen ausgetragene, aber doch immer wieder angedeutete Konflikt zwischen Delors und Mitterrand wurde deshalb zu einem wichtigen Seitenthema der französischen Berichterstattung. Dabei machten sich zum einen die unterschiedlichen Standpunkte bemerkbar, die bereits im Vorjahr in der Debatte über die Rolle der Kommission und des Europäischen Rates in der gemeinsamen Außenpolitik deutlich geworden waren. Zum anderen überlagerte sich der Konflikt aber auch mit Fragen der nationalen Innenpolitik: Besonderes Interesse bezog er für die französische Presse nicht zuletzt daraus, dass Delors als prominentes Mitglied der Regierungspartei PS zur selben Zeit auch als möglicher Nachfolger für die in Umfragen unbeliebte Premierministerin Edith Cresson oder sogar für Mitterrand selbst im Gespräch war. So berichtete *Le Monde* über eine Rücktrittsdrohung Delors', falls es in Maastricht nicht zu einer zufriedenstellenden Einigung kommen würde,[1788] und veröffentlichte eine Umfrage, der zufolge sich 26 % der französischen Wähler für Delors' Rückkehr in die nationale Politik aussprachen, während 53 % ihn als Kommissionspräsident behalten wollten.[1789] *Le Figaro* berichtete, dass Delors in Umfragen populärer sei als der frühere Premierminister Michel Rocard, der als möglicher PS-Kandidat für die nächste Präsidentschaftswahl 1995 galt.[1790] Explizite Spekulationen, dass Delors Cressons Nachfolger werden könnte, fanden sich bereits Anfang Dezember, vor allem aber nach dem Gipfel – freilich ohne sich weiter zu konkretisieren.[1791]

Die französische Regierung selbst bemühte sich sichtlich, die Gegensätze zu Delors herunterzuspielen. So erklärte Außenminister Dumas lediglich, die vom Kommissionspräsidenten geforderte Bündelung aller neuen EG-Kompetenzen bei den supranationalen Organen habe zwar „ses par-

1787 LM 07.12.1991:1a.
1788 LM 07.12.1991:4b.
1789 LM 03.12.1991:6a.
1790 LF 30.11.1991:4.
1791 LF 02.12.1991:8, LF 06.12.1991:7, LF 06.12.1991:8a, LF 12.12.1991:10, LF 13.12.1991:5, LF 17.12.1991:1b, LF 17.12.1991:8a, LM 17.12.1991:1a, LM 17.12.1991:10. Cresson hatte das Amt erst im Mai 1991 von Rocard übernommen und wurde schließlich im April 1992 von Pierre Bérégovoy abgelöst.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tisans et ses arguments", doch sei „dans l'état actuel des choses et de l'avancée de l'idée européenne" keine Einigung auf dieser Grundlage möglich. Die Staats- und Regierungschefs stünden deshalb vor der Wahl „ou de vouloir plus et n'avoir rien ou avoir quelque chose et transiger un peu sur les principes".[1792] Im *Figaro* wurde ein Mitarbeiter Mitterrands mit der Formulierung zitiert, die unterschiedlichen Positionen Delors' und Mitterrands entsprächen nur deren jeweiligen Rollen: „Il est dans son rôle d'en vouloir plus. Au chef de l'État, le possible, à lui le souhaitable."[1793]

Dieses Deutungsmuster übernahm letztlich auch die PS-freundliche *Le Monde*. Nachdem die Zeitung zunächst jede Positionierung zwischen Delors und Mitterrand vermieden und nur die Argumente beider Seiten aufgeführt hatte,[1794] wies sie unmittelbar vor dem Gipfel wiederholt auf die fehlende Mehrheit für die Forderungen des Kommissionspräsidenten hin und schrieb Mitterrand eine Vermittlerrolle zwischen den Maximalisten um Delors und den Bremsern um Major zu.[1795]

Wie auch immer die Konflikte zwischen Mitterrand, Delors und Major jedoch im Einzelnen gedeutet wurden: In jedem Fall waren sie für *Le Monde* die zentralen Protagonisten des Gipfels. Die deutsche Bundesregierung fand hingegen meist nur als Partner Frankreichs Erwähnung – in analoger Umkehrung zur Berichterstattung der SZ in Deutschland, die Mitterrand lediglich als Verbündeten Helmut Kohls erwähnte.[1796] Auch Äußerungen deutscher Politiker zitierte *Le Monde* bevorzugt dann, wenn sie einen Bezug zu Frankreich aufwiesen.[1797] Anlässlich eines Treffens zwischen Major und Kohl beschrieb die Zeitung Ende November zwar recht ausführlich die deutsche Position in den Verhandlungen, hob dabei aber vor allem die Kompromissbereitschaft der Bundesregierung hervor.[1798] Die guten bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich erschienen wei-

1792 LM 03.12.1991:6b.
1793 LF 03.12.1991:6.
1794 Z. B. LM 28.11.1991:8b, LM 03.12.1991:6b, LM 07.12.1991:1a.
1795 Z. B. LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a.
1796 Z. B. LM 08.12.1991:1a.
1797 So fanden sich etwa Berichte über einen Vortrag Genschers vor dem außenpolitischen Ausschuss der französischen Nationalversammlung (LM 21.11.1991:5) oder über einen Auftritt Kohls in einer französischen Fernsehsendung (LM 26.11.1991:5, LF 25.11.1991:4).
1798 Im Einzelnen hieß es, die Bundesregierung sei bereit, die von ihr geforderte Stärkung des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Drogen- und Einwanderungspolitik zu vertagen, bestehe jedoch auf der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Zitiert wurden allerdings auch die Drohungen der SPD-Fraktion sowie der Länder im Bundesrat, bei einer unzureichenden Stär-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

terhin als zentraler Motor für die Verhandlungen und als Hauptziel der französischen Regierung; mögliche Interessengegensätze kamen fast überhaupt nicht mehr vor.[1799] Auch eine drohende Rückkehr des deutschen Nationalismus zu verhindern beschrieb die Zeitung nun als *gemeinsames* Anliegen der deutschen und französischen Regierung.[1800]

Etwas anders gestaltete sich hingegen der Deutschland-Diskurs im *Figaro*: Nachdem die Zeitung ein Jahr zuvor durchgängig positiv über das Nachbarland berichtet hatte, erschienen nun kurz vor dem Maastrichter Gipfel mehrere Beiträge, die kritisch die neue „hégémonie de l'Allemagne […] sur toute l'Europe" beschrieben.[1801] So rekapitulierte ein langer Artikel unter der Überschrift „L'Allemagne conduit, la France suit" die Entwicklung des „couple franco-allemand", dessen Machtgleichgewicht sich seit dem Fall der Berliner Mauer zugunsten Bonns verschoben habe.[1802] Die Bewertung dieser Veränderung fiel allerdings unterschiedlich aus: Einige Kommentare hoben hervor, dass Deutschland weiterhin an einem guten Verhältnis zu Frankreich und am Erfolg der europäischen Integration gelegen sei.[1803] Der frühere französische Außenminister Jean François-Poncet lobte gar, von allen Regierungen sei die deutsche in Maastricht „la ‚mieux disante'", obgleich sie „dans une Europe du retour au nationalisme,

---

kung des Parlaments bzw. der Regionen die Ratifikation zu verweigern (LM 29.11.1991:7). Auch *Le Figaro* berichtete über Kohls Kompromissvorschlag eines „processus par étapes" (LF 30.11.1991:2a).

1799 Z. B. LM 21.11.1991:5, LM 03.12.1991:11, LM 07.12.1991:1a. Eine Ausnahme bildete bezeichnenderweise der Gastkommentar des deutschen Historikers Rudolf von Thadden, der auf eine Reihe außenpolitischer und kultureller Gegensätze zwischen den beiden Ländern einging, etwa in Bezug auf die Haltung im Jugoslawien- und im Golfkrieg und auf die Offenheit gegenüber US-amerikanischen Einflüssen. Diese Unterschiede beträfen das „sentiment profond de la vie qu'ont les individus" und könnten deshalb die Politische Union gefährden, wenn sie nicht zu einer „réflexion commune" führten (LM 26.11.1991:8). Daneben sah auch *Le Figaro* zwischen den beiden Regierungen „[q]uelques nuances" in Bezug auf Jugoslawien und die Zahl der deutschen Sitze im Europäischen Parlament (LF 16.11.1991:6). Beide Fragen hatten allerdings nicht unmittelbar mit der Vertragsreform zu tun.

1800 LM 05.12.1991:6a. Der Topos des drohenden Nationalismus in Europa als Hauptargument für mehr europäische Integration fand sich in *Le Monde* verschiedentlich auch unabhängig vom deutschen Kontext (z. B. LM 04.12.1991:21, LM 07.12.1991:5). Im *Figaro* spielte dieses Thema hingegen keine Rolle.

1801 So LF 09.12.1991:2b.

1802 LF 09.12.1991:3a, ähnlich LF 09.12.1991:2c, LF 12.12.1991:2b.

1803 LF 09.12.1991:2c, LF 09.12.1991:3a, ähnlich auch LF 10.12.1991:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

aurait le plus de cartes dans son jeu".[1804] Ein anderer Kommentar griff hingegen den sonst nur in der konservativen britischen Presse verbreiteten Topos auf, die EG-Vertragsreform mit dem deutschen Expansionsstreben im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen: „Faut-il donner à l'Allemagne, dans la paix, ce qu'elle n'a pu obtenir dans la guerre?"[1805]

Gleichzeitig berichtete *Le Figaro* allerdings auch darüber, dass die Reform auch in Deutschland auf einige Skepsis stoße und die deutschen Medien ihre Regierung verdächtigten „de sacrifier le joker monétaire allemand sans obtenir une union politique digne de ce nom".[1806] Ob und wie diese Selbstwahrnehmung als Reformopfer mit der These einer neuen deutschen Hegemonie in Einklang zu bringen war, thematisierte die Zeitung nicht. Insgesamt blieb das Deutschlandbild im *Figaro* damit heterogen und widersprüchlich. Weitgehend einig waren sich die Kommentare lediglich in ihrer Kritik an der diplomatischen Leistung der französischen Regierung, der es unter Mitterrand nicht gelungen sei, die Stellung ihres Landes gegenüber Deutschland zu verteidigen.

Alle anderen Akteure, speziell das Europäische Parlament, spielten in der französischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle. Zwar erschienen in beiden untersuchten Zeitungen Berichte über Valéry Giscard d'Estaing[1807] sowie in *Le Monde* ein Gastkommentar von Maurice Duverger,[1808] die beide – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – weiterreichende Kompetenzen für das Parlament forderten. Allerdings wurde gerade Giscard d'Estaing dabei eher als nationaler, nicht als europäischer Politiker wahrgenommen. Beispielsweise bezeichnete ihn *Le Monde* in der Aufzählung der nationalen und internationalen Gesprächspartner, die Mitterrand vor dem Gipfel treffen würde (darunter mehrere französische Parteivorsitzende sowie Delors, Lubbers, Major und Kohl), nicht etwa als Vorsitzenden der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments, sondern als

1804 LF 07.12.1991:2a.
1805 LF 09.12.1991:2b.
1806 LF 09.12.1991:3c.
1807 LF 21.11.1991:4a, LM 22.11.1991:3a. In einem langen *Figaro*-Interview mit Giscard d'Estaing über die Vertragsreform spielte das Europäische Parlament allerdings nahezu keine Rolle (LF 09.12.1991:6b).
1808 LM 28.11.1991:2b. Der sozialistische Europaabgeordnete Claude Cheysson äußerte in einem *Figaro*-Interview hingegen nur seine Unterstützung für die „proposition de la France d'avoir une conférence consultative des parlements nationaux et européen" (in Anspielung auf den ein Jahr zuvor von Roland Dumas vorgeschlagenen „Congrès") und ging nicht auf die Stärkung des Europäischen Parlaments selbst ein (LF 09.12.1991:4b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„ancien président de la République, président de l'UDF".[1809] Ein ähnliches Muster zeigte auch ein *Figaro*-Artikel über die UDF-Politikerin Simone Veil, die die fehlende öffentliche Debatte über die französische Europapolitik kritisierte. Die Zeitung bezeichnete Veil darin nicht als Europaabgeordnete und ehemalige Präsidentin des Europäischen Parlaments, sondern als „ancien ministre de la santé" – obwohl ihr nationales Ministeramt länger zurücklag und nichts mit dem eigentlichen Thema des Berichts zu tun hatte.[1810]

Zudem fand sich vor allem in *Le Monde* auch wieder verstärkt der Topos, dass das Europäische Parlament letztlich einflusslos und unbedeutend sei. So kritisierte ein Artikel die Abgeordneten für ihre „graves manquements au sérieux et à la rigueur", mit denen sie ihren eigenen Wunsch nach mehr Anerkennung beschädigten.[1811] Eine Warnung der Abgeordneten, dass sie eine Reform ohne hinreichende Demokratisierung ablehnen würden, relativierte *Le Monde* mit dem Hinweis, dass das Parlament formell gar kein Ratifikationsrecht für den Vertrag besitze.[1812] Im Vergleich dazu erwähnte *Le Figaro* die Stärkung des Parlaments etwas häufiger als einen zentralen Bestandteil der Reform.[1813] Auch hier dominierte jedoch ein mitgliedstaatlich-außenpolitischer Fokus im Umgang mit dem Thema. Charakteristisch zeigte sich dies etwa in einem Kommentar, der die unterschiedlichen nationalen Positionen zur Stärkung des Parlaments wiedergab und diese vage mit der politischen Kultur der jeweiligen Länder begründete. Schließlich konzentrierte sich der Kommentar auf eine Kritik an den französischen Politikern, die der Frage nicht genügend Aufmerksam-

1809 LM 29.11.1991:8a. Giscard d'Estaings Position im Parlament stieß in *Le Monde* erst auf Interesse, als er kurz nach dem Gipfel von Maastricht zur christdemokratischen EVP-Fraktion übertrat (LM 13.12.1991:48, auch LF 12.12.1991:9). *Le Figaro* wiederum hatte bereits Mitte November berichtet, dass Giscard d'Estaing den Fraktionsvorsitz aufgeben wolle „pour mieux se consacrer à ses obligations nationales" (LF 16.11.1991:5, ähnlich LF 05.12.1991:8). Nach dem Übertritt zur EVP zitierte die Zeitung ihn mit der Begründung, er wolle durch den Fraktionswechsel „[m]ieux affirmer l'influence de la France au sein du Parlement européen en regroupant les forces du centre et du centre-droit" (LF 13.12.1991:6e).

1810 LF 09.12.1991:9.

1811 Anlass für diese Kritik war eine Abstimmung über eine Fernsehrichtlinie, die von mehreren Abgeordneten als überstürzt und konfus kritisiert worden war (LM 03.12.1991:12).

1812 LM 22.11.1991:3a, ähnlich LM 11.12.1991:6.

1813 Z. B. LF 03.12.1991:5a, LF 04.12.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

keit zuwendeten – und für die er, ganz in Identifikation mit der eigenen Regierung, das Pronomen *nous* verwandte:

> L'Allemagne, le Benelux et l'Italie veulent accroître les pouvoirs du Parlement. La Grande-Bretagne, le Danemark et la [sic] Portugal y sont opposés. […] Les Allemands tiennent particulièrement à ces innovations, conformes a leur culture politique, parlementaire et régionale. […] Les Français manifestent à l'égard du Parlement européen des attitudes contradictoires. D'un côté, ils dénoncent volontiers l'« irresponsabilité » de la Commission. De l'autre, ils négligent l'Assemblée de Strasbourg […]. Nous risquons, un jour, de payer cher notre légèreté en la matière.[1814]

Ein anderer *Figaro*-Bericht wiederum erklärte, dass eine Stärkung des Parlaments zwar „en théorie" dem europäischen Demokratiedefizit entgegenwirken könnte, stellte dazu jedoch nur lapidar fest: „Au vu du projet de traité sur l'union politique, cependant, on n'en prend pas le chemin."[1815] Insgesamt zählten die französischen Zeitungen das Europäische Parlament also nicht zu den großen Gewinnern der Vertragsreform, sahen darin jedoch auch kein ernsthaftes politisches Problem.

Nur einzelne Berichte behandelten schließlich die Regierungen der kleineren EG-Mitgliedstaaten. So beschrieb *Le Monde* den spanischen Ministerpräsidenten González als von der nationalen öffentlichen Meinung getrieben; seine Forderung nach einer stärkeren wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion gehe vor allem darauf zurück, dass er in Spanien nicht als Verlierer gelten wolle.[1816] Die niederländische Regierung stehe unter Druck, da die Ablehnung ihres ersten Vertragsentwurfs im September 1991 zu Kritik im nationalen Parlament geführt habe;[1817] die dänische Regierung habe von ihrem Parlament nur ein Mandat für eine engere Zusammenarbeit, nicht jedoch für die Währungsunion erhalten.[1818] *Le Figaro* wiederum er-

1814 LF 03.12.1991:5a.
1815 LF 25.11.1991:2.
1816 LM 05.12.1991:6b. *Le Figaro* hingegen erklärte in einem Artikel, dass die spanische Regierung zwischen Großbritannien einerseits und dem „couple franco-allemand" andererseits stehe und sich zunehmend der „rôle qu'elle peut jouer au carrefour des deux conceptions – continentale ou anglosaxonne – diamétralement opposées de l'Europe" bewusst werde (LF 27.11.1991:5). Nach dem ersten Gipfeltag schließlich war ein *Figaro*-Artikel sogar mit „Londres face au trio Paris-Bonn-Madrid" betitelt; der Bericht selbst sprach dann aber wieder nur von „la France et la RFA – soutenues par l'Espagne – […]" (LF 10.12.1991:3b).
1817 LM 06.12.1991:6.
1818 LM 07.12.1991:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

klärte, das im Niedergang begriffene Italien unterstütze die europäische Integration vor allem als innenpolitischen Anreiz „pour s'amender et redorer son image de marque".[1819] In all diesen Artikeln ging es letztlich also darum, das voraussichtliche Verhalten des jeweiligen Landes auf dem Gipfel zu antizipieren, wobei als Motivation jeweils nicht etwa politische Überzeugungen der betreffenden Regierung, sondern ihre nationale politische Lage in den Mittelpunkt gestellt wurden.

„L'Europe est encore loin du but": Relativierung der Tragweite des Gipfels

Hatten die französischen Zeitungen sich Ende November meist noch sehr positiv über die Erfolgsaussichten des Gipfels geäußert, so gingen sie Anfang Dezember dazu über, in der Berichterstattung die ungelösten Konflikte – speziell mit Großbritannien – zu betonen und zugleich die Erwartungen an die Vertragsreform zu senken.[1820] Anders als in den deutschen Zeitungen waren die Überblicksdarstellungen zum Gipfel zwar in der Regel nicht nach nationalen Positionen, sondern nach den Inhalten der Reform strukturiert.[1821] Dennoch lag der Schwerpunkt der Darstellung auch hier klar auf den Gegensätzen zwischen den Regierungen, während andere Institutionen keine Rolle mehr spielten. *Le Figaro* unterstrich dieses eindeutig mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster noch durch eine Tabelle, in der für neun Streitfragen die Position jedes Landes kurz als „OUI", „OUI mais", „NON" oder „Pas nécessaire" resümiert wurde.[1822]

Als wichtigste Themen des Gipfels beschrieben beide Zeitungen dabei erneut die Währungsunion sowie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik: also charakteristischerweise die Fragen, auf die die französische Regierung ihren Schwerpunkt in den Verhandlungen gelegt hatte.[1823] Dane-

1819 LF 07.12.1991:3a.
1820 Z. B. LF 30.11.1991:2a, LF 03.12.1991:5a.
1821 LM 07.12.1991:6d, LF 09.12.1991:4c.
1822 LF 09.12.1991:4a.
1823 Z. B. LF 16.11.1991:6, LF 18.11.1991:3, LF 03.12.1991:5a, LF 04.12.1991:4b, LF 05.12.1991:1, LF 05.12.1991:3, LF 07.12.1991:3b, LF 09.12.1991:6a, LF 10.12.1991:2b, LM 05.12.1991:6c, LM 08.12.1991:1a, LM 08.12.1991:3b. Ein langer Kommentar kritisierte etwa die Unklarheit des Projekts einer Politischen Union, beschrieb dann jedoch die gemeinsame Außenpolitik als Chance, doch noch zu einem gemeinsamen europäischen Selbstverständnis zu gelangen (LM 10.12.1991:1). Als umstritten galt allerdings die Einführung von

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ben wurden die Justiz- und Innenpolitik[1824] und die neuen EG-Kompetenzen in anderen Bereichen,[1825] die spanische Forderung nach höheren Kohäsionszahlungen[1826] sowie die Ausweitung der Mehrheitsentscheide und die Neugewichtung der Stimmen im Rat[1827] als wichtige Diskussionsthemen erwähnt. Zudem nahm *Le Figaro* den Gipfel zum Anlass, um in einem langen Artikel zu erklären, welche Organe die EG überhaupt besaß und welche Aufgaben sie hatten: ein klares Zeichen, dass die Zeitung bei ihren Lesern kaum Vorkenntnisse über die Funktionsweise der europäischen Institutionen erwartete.[1828]

Auch wenn in den Tagen vor dem Gipfel die ungelösten Konflikte in den Vordergrund traten, betrachteten die französischen Zeitungen (anders als die deutschen) ein Scheitern der Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt als realistisches Szenario. Insbesondere gingen sie weiterhin davon aus, dass bei einem Veto Majors einfach die Mehrzahl der Mitgliedstaaten einen Vertrag ohne Großbritannien abschließen könnte.[1829] Allerdings sei dies aus verschiedenen Gründen nicht wünschenswert, sodass vor allem im Bereich der Währungsunion, aber auch der Außen- und Sicherheits- sowie der Sozialpolitik mit Zugeständnissen zu rechnen sei.[1830] Mehrere Artikel

---

Mehrheitsentscheiden (LF 04.12.1991:4b, LM 07.12.1991:6g) sowie die Rolle der WEU (LF 04.12.1991:4b, LM 07.12.1991:6a). Ein Bericht über die US-amerikanische Position sprach einerseits die grundsätzliche Zustimmung der Bush-Regierung zu der Vertragsreform, andererseits ihre Sorge wegen eines möglichen Bedeutungsverlusts der NATO an (LM 08.12.1991:3c).

1824 LM 07.12.1991:6c.

1825 LM 07.12.1991:6b.

1826 LM 07.12.1991:6e, LM 08.12.1991:1a, LM 08.12.1991:3b.

1827 LM 07.12.1991:6f. Daneben thematisierte *Le Figaro* vereinzelt weiterhin die Auseinandersetzung um den Sitz des Europäischen Parlaments (LF 29.11.1991:2, LF 07.12.1991:3b) und berichtete zudem auch über eine parteiübergreifende Initiative französischer Politiker, die Stadt Lyon zum Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank zu machen (LF 03.12.1991:9).

1828 LF 04.12.1991:5. Während des Gipfels erschien unter dem Titel „L'Europe de A à Z" zudem ein kurzes Lexikon mit europapolitischen Begriffen, von denen sich einige (etwa „Codécision", „Opting out" oder „UEM") auf die Vertragsverhandlungen von Maastricht bezogen, während andere (etwa „AELE" oder „Compromis de Luxembourg") keinerlei unmittelbaren Bezug dazu hatten (LF 10.12.1991:3a).

1829 In diesem Sinne zitierte *Le Monde* etwa Außenminister Dumas, der vor der französischen Nationalversammlung erklärte: „La majorité [en Europe] qui a fait l'Acte unique entend rendre la construction européenne irréversible" (LM 29.11.1991:8c, eckige Klammer i. O.; ähnlich auch LF 04.12.1991:1, LF 07.12.1991:3b).

1830 LM 04.12.1991:1a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sagten deshalb enttäuschende Kompromisse voraus, die weder Befürworter noch Gegner der Integration zufriedenstellen würden. Entgegen mancher Erwartungen, so *Le Monde*, werde Maastricht nicht zur „naissance d'une nation" führen.[1831] Andere Artikel sahen die erwarteten Kompromisse etwas optimistischer, indem sie die Beschränkung auf das Machbare als ein traditionelles Wesensmerkmal des europäischen Einigungsprozesses hervorhoben.[1832] Dennoch war das Bild, das die Zeitungen von den Reformaussichten zeichneten, in den Tagen unmittelbar vor dem Gipfel so negativ wie zu keinem Zeitpunkt während der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen 1988–1990.

Dazu trugen auch Umfragen bei, die die beiden Zeitungen vor dem Gipfel veröffentlichten. Demnach hatte *Le Monde* zufolge die Mehrheit der Franzosen ein „sentiment accru que l'Europe ‚stagne'" – weniger als eine Woche vor der Entscheidung über eine umfassende Vertragsreform ein durchaus bemerkenswerter Befund, den die Zeitung jedoch weitgehend unkommentiert ließ.[1833] *Le Figaro* wiederum berichtete, dass die Zustimmung zur europäischen Integration in Frankreich zwar noch mehrheitlich, aber deutlich im Rückgang begriffen sei.[1834] Angesichts dieser „montée des sentiments antieuropéens" prognostizierte ein Leitkommentar, dass die Vertragsreform zwar wohl wie geplant stattfinden werde, die Zukunftsaussichten der EG aber schlecht seien: „L'Europe qui est en train de se fabriquer aujourd'hui n'a apparemment ni projet ni perspective."[1835]

Andere *Figaro*-Kommentare sprachen dem Gipfel von Maastricht sogar rundheraus seine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung der europäischen Integration ab: So forderte der RPR-Vorsitzende Jacques

---

1831 LM 08.12.1991:1a, vgl. auch LM 04.12.1991:21, LM 10.12.1991:1.

1832 Z. B. LM 10.12.1991:11. In einem anderen Artikel wurde dieser „travail de fourmis" auch als Erklärung für das geringe Interesse der Bevölkerung an der EG-Vertragsreform angeführt: Die öffentliche Meinung halte die europäische Integration zwar für notwendig, sehe jedoch von Seiten der beteiligten Personen und Institutionen keinerlei Enthusiasmus für das Projekt (LM 08.12.1991:1b).

1833 In einem Nebensatz stellte der Artikel nur fest, dass nicht klar sei, ob sich dieses Gefühl auf die wirtschaftliche Lage oder auf den Rhythmus des Integrationsprozesses beziehe (LM 03.12.1991:6a). Einen Tag vorher veröffentlichte auch *Le Figaro* eine Umfrage, nach der der Großteil der Franzosen die europäische Integration unterstütze, aber eine knappe Mehrheit auch der Meinung sei, dass die Regierungen zu viele Kompetenzen an die Kommission übertragen hätten (LF 02.12.1991:6a).

1834 LF 04.12.1991:4a.

1835 LF 04.12.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Chirac in einem Gastbeitrag, nicht die Vertragsreform, sondern die Beendigung des Jugoslawien-Kriegs als „mission prioritaire" der EG zu betrachten.[1836] Stark relativierend äußerte sich auch der Politikwissenschaftler Thierry de Montbrial, der die in Maastricht verhandelten Fragen zwar als wichtig, aber nur als „problèmes abstraits" bezeichnete:

> Maastricht est certes une étape importante. Mais ne faisons pas de la réponse donnée à deux ou trois questions abstraites le symbole du destin de notre continent.[1837]

Ein anderer Kommentar kritisierte das Schlagwort von der „irréversibilité" der Vertragsreform und bemühte dabei erneut den topischen Vergleich zwischen der supranationalen EG und der Sowjetunion:

> Il n'empêche: pour un peuple qui a le goût de la liberté, rien n'est jamais irréversible. Ce qui s'est produit et se développe dans l'Est européen devrait suffire à le faire admettre.[1838]

Diese Deutungsmuster, die die Tragweite der Reform herunterspielten, fanden sich in ihren Grundzügen auch in den Reaktionen unmittelbar nach dem Gipfel. Obwohl beide Zeitungen die Vertragsreform in fast wortgleichen Schlagzeilen als europäische „relance" feierten,[1839] fiel die Berichterstattung im Einzelnen deutlich zurückhaltender aus. So beschrieb

---

1836 LF 03.12.1991:2, ähnlich auch LF 06.12.1991:2a. Schon Ende November hatte der RPR-Generalsekretär Alain Juppé in einer Debatte in der Nationalversammlung in Frage gestellt „que ‚la Communauté ait vraiment rendez-vous avec son avenir' à Maastricht" (LF 28.11.1991:6b). Daneben erschienen im *Figaro* noch mehrere weitere Gastbeiträge von RPR-Politikern, die die Auswirkungen des Gipfels von Maastricht auf die französische Souveränität diskutierten; siehe hierzu unten, Dritter Teil, Kapitel 5.2.2.

1837 LF 03.12.1991:5a. Als die wichtigeren „problèmes concrets de l'Europe" verstand De Montbrial den Binnenmarkt, die Außenhandelspolitik, den Jugoslawienkrieg, die Erweiterung nach Osten, den Themenbereich Einwanderung, Polizei und Justiz sowie das Budget der EG.

1838 LF 10.12.1991:2b, ähnlich auch LF 12.12.1991:1b. Die Gegenüberstellung zwischen den EG-Vertragsverhandlungen und dem Zerfall der Sowjetunion fand sich auch in anderen *Figaro*-Artikeln (LF 10.12.1991:6).

1839 „L'accord de Maastricht relance l'Europe" (LF 11.12.1991:1b), „La construction européenne relancée à Maastricht" (LM 12.12.1991:1b). Ähnlich wie in den deutschen Medien trat der Gipfel in der Berichterstattung allerdings teilweise hinter den gleichzeitigen Ereignissen in der Sowjetunion zurück. *Le Figaro* widmete ihm am 9. und 11. Dezember jeweils einen Aufmacher (LF 09.12.1991:1b, LF 11.12.1991:1b), *Le Monde* erst am 12. Dezember, also zwei Tage nach seinem Ende (LM 12.12.1991:1b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Le Figaro die Einigung als „sans doute l'étape la plus spectaculaire depuis la signature du Traité de Rome, en 1957, et celle de l'Acte unique, en 1985",[1840] und unterstrich ihre außergewöhnliche Bedeutung mit ausführlichen Zitaten aus dem Vertragstext und anderen in Maastricht verabschiedeten Beschlüssen.[1841] Zwei Leitkommentare relativierten diesen Eindruck jedoch: Der erste von ihnen bewertete die Fortschritte in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als „[b]ien timidement" und kritisierte, dass die Regierungschefs sich auf dem Gipfel nicht stärker mit der aktuellen Frage der Auflösung der Sowjetunion beschäftigt hätten.[1842] Der zweite wiederum erkannte die Währungsunion als „une avancée considérable" an, wandte sich aber erneut gegen die Vorstellung, dass diese „irréversible" sei, und konstatierte: „Ce n'est que la nouvelle étape d'une longue marche […]. L'Europe est encore loin du but."[1843]

Auch in *Le Monde* stellten mehrere Kommentare fest, dass es in Maastricht zwar zu einem erfolgreichen Kompromiss, aber nicht zu einem großen Wurf gekommen sei; die mit dem Vertrag gegründete Europäische Union sei nicht „née dans l'euphorie".[1844] Außer an den Vorbehalten einzelner Regierungen liege dies auch allgemein daran, dass „l'Europe, trop tôt sollicitée par les événements internationaux, n'était pas prête à aller plus avant tout de suite".[1845] Allerdings verwies die Zeitung erneut auch darauf, dass die mühsame Kompromisssuche zwischen unterschiedlichen nationalen Interessen die einzige dauerhaft erfolgreiche Integrationsme-

1840 LF 12.12.1991:1a. Auch sonst sparte die Zeitung nicht an historischen Vergleichen: Ein Gastkommentar des Jesuitenpaters Michel Riquet stellte Maastricht gar in die Tradition des karolingischen Reiches und bezeichnete den Heiligen Benedikt als den „principal artisan" Europas (LF 12.12.1991:2d).

1841 LF 12.12.1991:4a, LF 12.12.1991:4b, LF 12.12.1991:4c, LF 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:5a.

1842 LF 11.12.1991:1a.

1843 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3b. Auch in *Figaro*-Leserbriefen wurden die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht kontrovers diskutiert: Während einer von ihnen die Forderung erhob „de constituer ce puissant Etat fédéral européen, qui nous permettra […] de jouer dans le monde un rôle de premier ordre" (LF 11.12.1991:2b), kritisierten andere, dass durch die Einheitswährung eine „fédération" geschaffen werde, die „l'indépendance et la souveraineté" der Mitgliedstaaten zerstöre (LF 11.12.1991:2a, ähnlich ablehnend: LF 12.12.1991:2c, LF 12.12.1991:2a).

1844 LM 12.12.1991:1d, ähnlich LM 12.12.1991:1a. Einer ähnliche Metapher nutzte *Le Figaro*, wo es hieß, die Union sei „née dans la douleur […] et nul ne sait si le bébé sera viable" (LF 11.12.1991:3a).

1845 LM 12.12.1991:1d.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

thode sei.[1846] Sollten die vereinbarten Beschlüsse tatsächlich umgesetzt würden, bestehe deshalb letztlich doch noch eine Chance „que la rencontre de Maastricht figure, demain, dans les manuels d'histoire".[1847]

Als zentralen Maßstab zur Bewertung der Verhandlungen nahmen beide Zeitungen, vor allem aber *Le Monde,* ein weiteres Mal die Agenda der eigenen nationalen Regierung. So nannten sie als wichtigste inhaltliche Neuerungen der Vertragsänderung erneut die Währungsunion und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik[1848] – dieselben Politikbereiche, die auch François Mitterrand in einer Pressekonferenz unmittelbar nach dem Gipfel sowie in einer Fernsehansprache am Folgetag als die bedeutendsten französischen Verhandlungserfolge beschrieb.[1849] Noch expliziter wurde ein Artikel in *Le Monde*: Darin hieß es, die in Maastricht erzielten Ergebnisse seien zwar „souvent loin de correspondre aux espoirs de ses promoteurs", doch habe die französische Regierung zuletzt ohnehin nur noch das Ziel verfolgt „d'aboutir à un accord […] et éviter par là même une rupture inopportune". Obwohl dieses Ziel „décevant parce que limité" sei, erklärte die Zeitung unumwunden: „C'est en fonction de cet objectif […] qu'il faut juger les résultats de mardi soir." Alles in allem könne die französische Delegation „plutôt satisfaite" sein, da es „grâce à ses initiatives" gelungen sei,

1846 LM 12.12.1991:1a, LM 13.12.1991:1.

1847 LM 13.12.1991:1.

1848 Vgl. allgemein LM 12.12.1991:1c, LF 07.12.1991:2a, LF 11.12.1991:1b, LF 12.12.1991:1a; zur Währungsunion LM 12.12.1991:4b, LM 12.12.1991:5c; zur Außen- und Sicherheitspolitik LM 12.12.1991:1d, LM 14.12.1991:1. Auch aktuelle außenpolitische Themen – speziell die Frage, wie sich die EG gegenüber den Ereignissen in der Sowjetunion und in Jugoslawien positionieren würde – wurden in der Darstellung des Gipfels immer wieder angesprochen; *Le Figaro* bezeichnete die Jugoslawien-Frage als „un premier cas pratique d'une diplomatie communautaire" (LF 10.12.1991:4a, vgl. auch LF 10.12.1991:6, LF 12.12.1991:3b, LF 16.12.1991:3, LM 11.12.1991:1a, LM 12.12.1991:3c, LM 13.12.1991:8a). Übersichtsartikel nannten als weitere wichtige Bereiche der Politischen Union zudem das Kommunalwahlrecht für Unionsbürger, die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Rat, die Sozialpolitik, den Kohäsionsfonds, die Justiz- und Innenpolitik sowie (nur im *Figaro*) die gemeinsame Visumspolitik und die Verlängerung der Amtszeit der Kommission von vier auf fünf Jahre (LM 12.12.1991:5b, LF 12.12.1991:3c).

1849 Beide Auftritte wurden in den französischen Zeitungen ausführlich wiedergegeben (LM 12.12.1991:3b, LM 13.12.1991:10b, LF 12.12.1991:6a). Dabei hob Mitterrand jeweils auch als Erfolg hervor, dass es Großbritannien nicht gelungen sei, die Verhandlungen zu blockieren – was natürlich gut zu der in den französischen Medien verbreiteten Darstellung des Gipfels als primär britisch-französischer Konflikt passte.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die Vertragsgrundlagen für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Währungsunion zu beschließen.[1850]

Letztlich stimmten beide Zeitungen also darin überein, die Einigung von Maastricht in ihrer Bedeutung herunterzuspielen und sie als nur begrenzten Kompromiss mit ungewisser Zukunftswirkung zu deuten. Unterschiede zeigten sie allerdings bei der Bewertung dieses Ergebnisses: Während verschiedene Kommentare im oppositionsnahen *Figaro* die Vertragsreform als eine falsche Schwerpunktsetzung der Regierungen (und damit implizit auch François Mitterrands) kritisierten, rechtfertigte die regierungsfreundliche *Le Monde* die in ihren Augen geringe Tragweite der Beschlüsse damit, dass auch die französische Regierung selbst ja ohnehin nur eine Kompromisslösung angestrebt habe. Beide Zeitungen aber waren weit davon entfernt, den Gipfel im Sinne eines Verfassungsmoments als politischen Durchbruch zu verstehen, der eine grundsätzliche Veränderung bei der Wahrnehmung der europäischen Integration notwendig gemacht hätte.

„À mettre au crédit de la politique européenne de la France": Mitterrands diplomatische Leistung im Fokus

Auch sonst standen im Mittelpunkt der Berichterstattung – ähnlich wie in den deutschen Medien – weniger die geplanten konstitutionellen Neuerungen, sondern vor allem der Verlauf des Gipfels und die Frage, inwieweit sich die Teilnehmer mit ihren jeweiligen Positionen durchgesetzt hatten. Das größte Interesse unter den ausländischen Regierungschefs fand dabei auch hier der britische Premierminister. So berichteten *Le Monde* wie *Le Figaro* in mehreren Artikeln, dass Major sich nach dem Gipfel als Sieger verstehe: Durch die Opt-outs habe er die britische Souveränität gewahrt und eine Spaltung seiner Partei vor den kommenden Unterhauswahlen abgewendet. Zugleich hoben beide Zeitungen jedoch auch die heftige Kritik der britischen Opposition an der Isolation des Landes hervor.[1851] Auch dass der Gipfel ein allgemeines Opt-out aus der Währungsunion abgelehnt habe, nannte *Le Monde* als Misserfolg Majors.[1852]

Als wichtigster Gegenspieler Majors erschien hingegen wieder einmal François Mitterrand. Vor allem *Le Monde* konzentrierte die Berichterstat-

1850 LM 12.12.1991:1c.
1851 LM 12.12.1991:3e, LM 13.12.1991:8e, LF 12.12.1991:1a, LF 12.12.1991:3a.
1852 LM 11.12.1991:1b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tung nach dem Gipfel stark auf den französisch-britischen Konflikt[1853] und führte dadurch die letztlich erzielte Einigung recht direkt auf die diplomatische Leistung der eigenen nationalen Regierung zurück. Die Währungsunion etwa, für *Le Monde* „la percée la plus considérable survenue à Maastricht",[1854] sei

> sans nul doute à mettre au crédit de la politique européenne de la France, qui, depuis trois ans, a dû lutter avec persévérance contre les Anglais et leurs alliés de rencontre mais aussi parfois, d'une autre manière, contre les Allemands.[1855]

Eine ähnliche Zuspitzung auf den Gegensatz zwischen „M. Mitterrand d'une part, généralement suivi par les onze continentaux, et M. Major d'autre part" fand sich zum Teil auch in der Berichterstattung des *Figaro*.[1856] Doch anders als in *Le Monde* wurde Mitterrand hier weniger für die Erfolge als für die Unzulänglichkeiten des Gipfels verantwortlich gemacht: Auch wenn „une astuce de procédure française, typiquement mitterrandienne" die Währungsunion ermöglicht habe, führten die aus Sicht des *Figaro* mangelnden Fortschritte bei der gemeinsamen Außenpolitik zu einem „déséquilibre d'ensemble". Erneut wurde dabei die falsche Schwerpunktsetzung des französischen Präsidenten kritisiert: „la bataille de Mitterrand devait se livrer sur le terrain de l'union politique".[1857] Ein Leitkommentar über einen PS-Kongress einige Tage nach dem Gipfel war noch kritischer und sprach Mitterrand nicht nur jedes Verdienst um den Erfolg des Gipfels ab, sondern warf ihm zugleich auch vor, zu wenig für die Verteidigung der französischen Interessen getan zu haben:

1853 Z. B. LM 11.12.1991:1b, LM 12.12.1991:4a, LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:11, ähnlich auch LM 13.12.1991:11a.

1854 LM 12.12.1991:1c.

1855 Ebd. Bezeichnenderweise wurden die supranationalen Institutionen – Kommission und Europäisches Parlament – in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt.

1856 LF 11.12.1991:3b, ähnlich auch LF 11.12.1991:3a. In anderen Texten erschien diese Gegenüberstellung nur implizit, indem Major und Mitterrand als einzige Akteure zitiert werden (LF 12.12.1991:1a).

1857 LF 11.12.1991:3b. Auch das Lob für die Währungsunion mit ihren strikten Defizitregeln verband *Le Figaro* mit einem Seitenhieb auf die französische Wirtschaftspolitik in den Anfangsjahren von Mitterrands Präsidentschaft: „des extravagances économiques et financières comme celles de la politique socialiste des années 1981–1983 seraient désormais impossibles" (ebd., ähnlich auch LF 12.12.1991:1b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Certes, il reste l'Europe. […] Mais qui pensera un seul instant qu'elle se fait « grâce » au socialisme français? Tout ce qu'on pouvait espérer de nos dirigeants c'était qu'ils imposent des dispositions qui auraient sauvegardé nos intérêts. Ils ne l'ont même pas fait.[1858]

Auch bei der Bewertung der deutschen Bundesregierung unterschieden sich die beiden Zeitungen. Für *Le Monde* nahm diese in Maastricht nur eine unterstützende Funktion ein: „De pair avec Paris" sei Helmut Kohl für weitreichende Reformen eingetreten, habe jedoch angesichts der wachsenden Europaskepsis der deutschen Öffentlichkeit nur ein „profil bas" gezeigt.[1859] *Le Figaro* hingegen, der in den Wochen vor dem Gipfel noch mehrere recht kritische Kommentare über den östlichen Nachbarn veröffentlicht hatte, thematisierte nun vor allem das erfolgreiche deutsch-französische Zusammenspiel, das die Vertragsreform ermöglicht habe:

> Ce n'est pas M. Major qui a fait l'événement, en fait. C'est le couple franco-allemand qui s'est enfin reconstitué, après tant de vicissitudes.[1860]

Ein Leitkommentar hob hervor, dass es in Maastricht vor allem um die Frage gegangen sei „si l'Allemagne sera européenne, ou l'Europe allemande", und stellte anerkennend fest: „Pour l'heure, la Communauté a la chance d'avoir, à la chancellerie, le plus européen des Allemands, M. Kohl […]."[1861]

Im Ganzen zeigte die Berichterstattung nach dem Gipfel von Maastricht damit vor allem in *Le Monde* große Analogien zu jener in den deutschen Zeitungen SZ und FAZ: In allen drei Fällen galt die jeweils eigene Regierung als der wichtigste Akteur, der die wichtigsten Bestandteile der Vertragsreform gegen den britischen Widerstand durchgesetzt habe – nur dass damit in Deutschland vor allem Helmut Kohl und die Stärkung des Europäischen Parlaments, in Frankreich Mitterrand und die Währungsunion bzw. die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gemeint waren. Sowohl die deutschen Medien als auch *Le Monde* schätzten zudem die Rolle der Regierung des jeweils anderen Landes als vergleichsweise gering ein. Der oppositionsnahe *Figaro* hingegen rückte in seiner Berichterstattung die

1858 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3c.
1859 LM 12.12.1991:3a. Auch andere Artikel nannten Kohl lediglich am Rande als Unterstützer der französischen Position (LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:4a, LM 12.12.1991:11, LM 13.12.1991:11a).
1860 LF 12.12.1991:1b, ähnlich auch LF 12.12.1991:3c.
1861 LF 12.12.1991:1b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

französische Regierung vor allem deshalb in den Mittelpunkt, um sie für die Unzulänglichkeiten des beschlossenen Vertragskompromisses zu kritisieren. Die Erfolge von Maastricht schob er hingegen auf die deutsch-französische Zusammenarbeit und entpersonalisierte sie damit.

Den übrigen Teilnehmern des Gipfels schließlich schenkte *Le Figaro* fast überhaupt keine Beachtung, und auch in *Le Monde* spielten sie nur eine deutlich untergeordnete Rolle. So erschien der niederländische Ministerpräsident und Vorsitzende des Gipfels, Ruud Lubbers, vor allem als Vermittler zwischen Mitterrand und Major – bemerkenswerterweise ebenso wie Jacques Delors, dessen frühere Auseinandersetzungen mit Mitterrand nun keine Erwähnung mehr fanden.[1862] Dass der Kommissionspräsident eigentlich deutlich weitergehende Reformen gefordert hatte, klang nur noch vereinzelt an: etwa wenn es hieß, dass er nach dem Gipfel „une humeur […] plutôt maussade" gezeigt und die Beibehaltung des Einstimmigkeitsprinzips in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als „un mécanisme impraticable" kritisiert habe.[1863]

„Peut-être jamais ratifiés par certains parlements nationaux": Die Debatte über die Ratifikation in anderen Mitgliedstaaten

Recht rasch verlagerte sich die Debatte in den französischen Zeitungen schließlich vom Gipfel und der Vertragsreform selbst auf mögliche Hindernisse im anstehenden Ratifikationsprozess. Wie die deutschen Medien zeigten auch die französischen dabei gewisse Unsicherheiten in der Darstellung der verfassungsrechtlichen Vorgaben: So äußerte *Le Figaro* schon vor dem Gipfel die Vermutung, die Souveränitätstransfers von Maastricht würden „peut-être jamais ratifiés par certains parlements nationaux" – ohne darauf einzugehen, dass in diesem Fall die Vertragsreform insgesamt gescheitert wäre.[1864] In *Le Monde* wiederum hieß es nach dem Gipfel, dass nun die nationalen Parlamente das Vertragswerk ratifizieren müssten, und zwar „notamment" die Beschlüsse zur Währungsunion und zur Sozialpolitik: eine insofern sinnlose Hervorhebung, als bei der Ratifikation nur der

1862 LM 12.12.1991:1c, LM 12.12.1991:11.

1863 LM 12.12.1991:1c. Andere Artikel in *Le Monde* griffen noch die Reaktionen weiterer Gipfelteilnehmer sowie der nationalen Öffentlichkeiten in verschiedenen Mitgliedstaaten auf (LM 12.12.1991:3c, LM 13.12.1991:8c, LM 13.12.1991:8b, LM 13.12.1991:8f).

1864 LF 09.12.1991:3b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gesamte Vertrag bestätigt oder abgelehnt werden konnte, nicht aber einzelne Politikbereiche.[1865]

Auf größeres Interesse stießen das geplante Referendum in Dänemark sowie die Europadebatte, die der Deutsche Bundestag nach dem Gipfel hielt. *Le Figaro* sprach dabei von einer „campagne nationaliste contre l'abandon du deutschemark"; *Le Monde* beschrieb einen „courant néo-national" in der deutschen Öffentlichkeit, die sich unter dem „prétexte" des D-Mark-Opfers gegen die europäische Integration wende und mehr nationale Handlungsfreiheit einfordere.[1866] Da dies jedoch in den Regierungsparteien nur von einer kleinen Minderheit aufgegriffen worden sei und auch die SPD ihre frühere Drohung habe fallen lassen, bei einer unzureichenden Stärkung des Europäischen Parlaments die Ratifikation zu verweigern, sei nicht mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen.[1867]

Weitere Artikel berichteten über die Debatte im Europäischen Parlament selbst, wo die Einigung von Maastricht im Ganzen positiv aufgenommen worden sei. *Le Figaro* zufolge hatten die Abgeordneten zwar die Unübersichtlichkeit des beschlossenen Vertragstextes kritisiert und ihr endgültiges Votum darüber noch offen gelassen. Insgesamt aber erwartete die Zeitung offenbar nicht, dass die Vertragsreform an dieser Stelle scheitern könnte.[1868] Und auch das Referendum in Dänemark wurde angesichts der hohen Zustimmung zu den Gipfelergebnissen unter den dänischen Parteien nicht als problematisch angesehen.[1869]

Letztlich verstanden die französischen Medien ähnlich wie die deutschen die Ratifikationsverfahren in anderen Mitgliedstaaten jeweils als de-

---

1865 LM 12.12.1991:3c.

1866 LF 12.12.1991:6b, LM 15.12.1991:4a. Als am 20. Dezember die Bundesbank entgegen den Wünschen der übrigen EWS-Mitglieder den Leitzins erhöhte und zugleich die Bundesregierung ohne Einigung mit den übrigen EG-Staaten die diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ankündigte, verschärfte ein Leitartikel in *Le Monde* den Ton noch weiter und erklärte, die deutsche Bundesregierung habe der deutschen Öffentlichkeit in Maastricht viel abverlangt, knicke nun aber offenbar vor dieser ein (LM 21.12.1991:1a).

1867 LM 15.12.1991:4a, LM 14.12.1991:4. Über die Veto-Drohung der SPD hatte zuvor auch *Le Figaro* berichtet (LF 18.11.1991:3, LF 12.12.1991:6b).

1868 LF 13.12.1991:4. In *Le Monde* wiederum wurde die Frage, ob das Parlament der Vertragsreform formell zustimmen würde, überhaupt nicht thematisiert. Vielmehr legte der Bericht seinen Schwerpunkt auf eine Reihe von Missverständnissen und Abstimmungsfehlern während der Sitzung und war insgesamt in einem leicht spöttischen Tonfall gehalten (LM 14.12.1991:6) – was der schon zuvor in der Zeitung geäußerten Kritik an der fehlenden Professionalität der Europaabgeordneten entsprach (LM 03.12.1991:12).

1869 LM 13.12.1991:8b; vgl. zum dänischen Referendum auch LM 07.12.1991:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ren nationale Angelegenheit. Eine Übertragung der darin verwendeten Argumente auf die zur selben Zeit einsetzende Debatte über die französische Ratifikation des Vertrags und die dafür notwendige Änderung der französischen Verfassung gab es ebenso wenig wie Sorgen darüber oder Kritik daran, dass die Ablehnung in einem einzelnen Land genügen könnte, um die vereinbarte Reform insgesamt zum Scheitern zu bringen. Der ‚Maastricht-Schock', als einige Monate später eine Mehrheit der dänischen Bevölkerung den Vertrag im Referendum zunächst ablehnte, warf noch keine Schatten voraus.

5.2.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Les véritables lignes de clivage politique": Berichterstattung über zwischen- und innerparteiliche Gegensätze

Wie in den anderen untersuchten Ländern gewann auch in Frankreich nicht nur die Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, sondern auch jene über die nationale Europapolitik vor dem Gipfel von Maastricht noch einmal an Intensität. Besonders das nationale Ratifikationsverfahren beschäftigte die Medien schon jetzt. Dass sich beispielsweise François Mitterrand kurz vor dem Gipfel um einen intensiveren Kontakt mit Politikern der französischen Oppositionsparteien bemühte, interpretierte ein Kommentar in *Le Monde* als Vorbereitung auf die Zeit nach Maastricht, wenn der Präsident sich eine Mehrheit für die Ratifikation würde sichern müssen.[1870]

Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stand dabei weiterhin der Gegensatz zwischen den Befürwortern einer verstärkten Integration einerseits und den Verfechtern der nationalen Identität und Souveränität andererseits. So behandelte ein Artikel in *Le Monde* am Tag vor dem Gipfel von Maastricht die Geschichte der europapolitischen Kontroversen in Frankreich, in denen sich Supranationalisten und Gaullisten gegenüberstünden.[1871] Ein anderer Text hob hervor, dass die französischen Parteien schon bei der Einheitlichen Europäischen Akte zwischen den „tenants de

1870 LM 04.12.1991:1c. Dem *Figaro* zufolge wollte Mitterrand mit den Politikern der anderen Parteien eine möglichst große Einigung „[s]ur un sujet aussi important et qui pèsera sur l'avenir de notre pays" herstellen (LF 27.11.1991:7, ähnlich LF 03.12.1991:6, LF 04.12.1991:9).

1871 LM 08.12.1991:5b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

l'Europe des nations" und den „partisans d'une Europe fédérale" gespalten gewesen seien.[1872]

Entsprechend dem bereits bekannten Muster zeigte sich dieser Gegensatz jedoch nicht nur in der Konfliktlinie zwischen Regierung und Opposition, sondern auch in den „classiques divergences d'approche entre le RPR et les centristes", auf die vor allem Le Monde immer wieder hinwies.[1873] Deutlich wurde dies etwa im Zusammenhang mit einer Parlamentsdebatte über den Gipfel von Maastricht, die Ende November in der französischen Nationalversammlung stattfand. In diesem Zusammenhang berichtete *Le Monde* zum einen sehr positiv über die „détermination" des Außenministers Roland Dumas, dessen Regierungserklärung die Europadebatte eingeleitet und „la clarté et l'autorité d'un ordre de marche" gehabt habe.[1874] Zum anderen zitierte sie die Stellungnahmen von Abgeordneten verschiedener Oppositionsfraktionen: Während die Gaullisten und der PCF die Ausweitung der supranationalen Befugnisse der EG ablehnten und auf die nationale Souveränität pochten, kritisierten UDF und CDS die Regierung dafür, nicht entschieden genug für eine europäische Föderation einzutreten.[1875] Dass der Oppositionsführer Chirac selbst den Unterschieden zwischen RPR und UDF keine allzu große Bedeutung zumaß, konstatierte *Le Monde* hingegen mit einer gewissen Enttäuschung: Es sei „[d]ommage", dass die Europadebatte in der Nationalversammlung nicht mit einer Abstimmung einhergehe, um „les véritables lignes de clivage politique sur cette question essentielle" aufzuzeigen.[1876]

Auf der anderen Seite spielte *Le Figaro* wie schon zuvor die inneroppositionellen Spaltungen eher herunter. In der Berichterstattung über die Debatte in der Nationalversammlung wurden die Unterschiede zwischen RPR und UDF hier weniger deutlich als in *Le Monde*.[1877] Ein Artikel erklärte, dass das CDS in der Europafrage zwar der Regierung näherstehe als

1872 LM 10.12.1991:11. Erstere setzten sich der Zeitung zufolge aus Gaullisten, Kommunisten und der PS-Strömung um Verteidigungsminister Chevènement zusammen, Letztere aus der PS-Mehrheit, Zentristen und Liberalen.

1873 LM 29.11.1991:8c, ähnlich LM 07.12.1991:10. Auch Regierungssprecher Jack Lang unterstrich in einer Erklärung, die von beiden Zeitungen aufgegriffen wurde, die Spaltungen innerhalb der Opposition (LM 05.12.1991:40a, LF 05.12.1991:10).

1874 LM 29.11.1991:8c. *Le Figaro* stellte etwas trockener fest, Dumas habe „affirmé la volonté du gouvernement d'aller vers une union fédérale" (LF 28.11.1991:6b).

1875 LM 29.11.1991:8c.

1876 LM 28.11.1991:8b.

1877 LF 28.11.1991:6b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

dem „front uni de l'opposition"; allerdings verwischten die „frontières partisanes" hier ohnehin, was sich etwa an einem parteienübergreifenden Papier zeige, in dem 41 Abgeordnete vom RPR über UDF und CDS bis zum PS „le ‚déficit démocratique' des nouveaux traités communautaires" kritisierten.[1878] Auch der CDS-Abgeordnete Edmond Alphandéry betonte in einem Interview, die Europafrage sei „moins une pomme de discorde qu'un sujet de discussion" und werde die Opposition nicht spalten.[1879] Außerdem betonte *Le Figaro* die Kritik, die UDF-Präsident Giscard d'Estaing an der „mauvaise préparation" der Regierung vor dem Gipfel geübt hatte, und unterstrich so den Gegensatz, der auch den europafreundlichen Teil der Opposition von der Regierung trennte.[1880]

Auch nach der Debatte in der Nationalversammlung waren die unterschiedlichen Parteilinien immer wieder Thema der Berichterstattung. Anlass boten zum Beispiel eine Senatsdebatte Anfang Dezember[1881] und die Gespräche, die Mitterrand vor dem Gipfel mit Oppositionsvertretern führte.[1882] Die Zustimmung der Anhänger unterschiedlicher französischer Parteien zur europäischen Integration war außerdem Thema von Umfragen, deren Ergebnisse die Zeitungen Anfang Dezember veröffentlichten.[1883]

Neben diesen klassischen Gegensätzen zeigte sich in der Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht jedoch auch ein neuer Topos: nämlich dass es nicht nur *zwischen*, sondern auch *innerhalb* der einzelnen Parteien jeweils unterschiedliche Positionen zu der Vertragsreform gebe. So zitierte *Le Monde* in dem Bericht über die Europadebatte der Nationalversammlung auch den ehemaligen RPR-Politiker Michel Noir, der eine weitergehende Integration unterstütze, sowie den Ende Januar 1991 als Verteidigungsminister zurückgetretenen PS-Abgeordneten Jean-Pierre Chevènement, der nun als „franc-tireur" die Europapolitik der Regierung bekämpfe.[1884] Auch sonst gewannen die skeptischen Stimmen innerhalb des PS an Sichtbarkeit: Ein *Le-Monde*-Kommentar thematisierte die „voix […] dans les rangs du groupe socialiste", die vor einer „intégration europé-

1878 LF 28.11.1991:6a, ähnlich auch LF 02.12.1991:6c.
1879 LF 06.12.1991:8a.
1880 LF 27.11.1991:8.
1881 LF 06.12.1991:8b, LM 07.12.1991:10.
1882 LF 04.12.1991:9, LM 05.12.1991:40b, LM 06.12.1991:17.
1883 LF 02.12.1991:6a, LM 03.12.1991:6a.
1884 LM 29.11.1991:8c. Im *Figaro* schlugen sich die RPR-internen Konflikte besonders deutlich in einander widersprechenden Gastkommentaren von Philippe Séguin (LF 27.11.1991:2) und Michel Noir (LF 02.12.1991:2a) nieder; siehe dazu unten.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

enne à marche forcée“ warnten;[1885] ein weiterer Artikel behandelte ausführlich die historische Entwicklung in der Europapolitik der französischen Sozialisten und ging dabei auch auf die integrationskritische Parteiströmung ein.[1886] Nach dem Gipfel wies schließlich ein Kommentar darauf hin, dass „toute opposition organisée“ gegen die Vertragsreform machtlos gewesen sei, und nannte dabei außer dem RPR-Abgeordneten Philippe Séguin auch Chevènement als prominenten Integrationsgegner.[1887] Auf der anderen Seite berichtete *Le Monde* über einen Aufruf des wirtschaftspolitischen Sprechers des PCF, Philippe Herzog, der seine Partei zu einer europafreundlicheren Haltung aufforderte.[1888] Auch dies blieb allerdings ohne Wirkung; eine ausführlichere Debatte über Herzogs Vorschläge wurde von der PCF-Parteispitze abgelehnt.[1889]

In ganz ähnlicher Weise bemerkte auch *Le Figaro*, es gebe innerhalb des RPR „plus que des nuances […] sur la façon de poursuivre la construction européenne et sur son rythme“. Und auch im PS, wo Europa bislang niemals „l'objet d'un grand débat“ gewesen sei, bewege sich Chevènement „franchement à contre-courant“.[1890] Nach dem Gipfel konstatierte die Zeitung: „A gauche et à droite, mécontentements et satisfactions coexistent dans la différence.“[1891]

Der fundamentale Gegensatz zwischen Befürwortern und Gegnern der supranationalen Integration, so die übereinstimmende Einschätzung beider französischen Zeitungen, schlug sich in der Struktur des französischen Parteiensystems nur unzureichend nieder. Die verschiedenen Parteienspitzen bezogen zur Frage des Supranationalismus zwar jeweils recht klar Position: PS, UDF und CDS dafür, RPR und PCF dagegen. Doch diese Positionen standen quer zu dem Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionslager, der sonst für innenpolitische Debatten in Frankreich prägend war, und stießen zudem in allen Parteien auch auf internen Widerspruch.

1885 LM 29.11.1991:8b.
1886 LM 08.12.1991:5a.
1887 LM 10.12.1991:1.
1888 LM 04.12.1991:9.
1889 LM 05.12.1991:8.
1890 LF 02.12.1991:6c.
1891 LF 13.12.1991:6b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„France, réveille-toi": Die Debatte über die nationale Souveränität im Figaro

Vor allem im *Figaro* gewann in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht die Frage der nationalen Identität und Souveränität besondere Bedeutung. Die Zeitung diente dabei als Forum für eine breite Auseinandersetzung, an der sich sowohl europaskeptische als auch einige europafreundliche Oppositionspolitiker mit Gastkommentaren und Interviews beteiligten und in der auch der PS-Europaskeptiker Jean-Pierre Chevènement zu Wort kam. Vertreter der Regierungslinie waren hingegen nicht vertreten.

Den Aufschlag zu der Debatte gab Ende November Philippe Séguin, einer der Wortführer des national-souveränistischen Flügels im RPR. Unter der Überschrift „France, réveille-toi…" lehnte dieser die geplante Vertragsreform rundheraus ab und kritisierte die „véritables abandons de souveraineté qui se préparent":

> L'invasion du communautaire – osons le mot – touche aujourd'hui […] à ce qui fait la substance même de la souveraineté nationale […].[1892]

Anstelle einer weiteren Vertiefung forderte Séguin deshalb eine Erweiterung der EG. Diese solle sich zu einem gesamteuropäischen „système de sécurité collective" in Form einer „Confédération" weiterentwickeln, in der jedes Mitglied in wichtigen Fragen ein Vetorecht behalte „afin qu'en toutes circonstances les décisions coïncident avec la volonté des peuples".[1893] Zugleich sprach Séguin sich auch offen für eine Stärkung des eigenen Landes aus: „[L]a meilleure garantie d'un équilibre européen" liege „précisément dans une France forte, sûre d'elle-même et maîtresse de son destin".[1894]

Diese Argumente Séguins wurden nicht nur in mehreren Leserbriefen unterstützt,[1895] sondern – teils explizit, teils implizit – auch von zahlreichen weiteren Gastkommentaren gaullistischer Politiker aufgegriffen. So

1892 LF 27.11.1991:2.

1893 Ebd. Die Forderung nach einer raschen Erweiterung wurde auch in anderen Gastkommentaren aufgegriffen, etwa LF 04.12.1991:1, LF 07.12.1991:8, LF 09.12.1991:1a. Dagegen erklärte Jean François-Poncet, vor der Erweiterung müssten erst die Institutionen der EG reformiert werden „pour leur permettre de s'élargir sans se gripper" (LF 07.12.1991:2a).

1894 LF 27.11.1991:2.

1895 LF 02.12.1991:2b, LF 05.12.1991:2d, LF 05.12.1991:2c, LF 05.12.1991:2b, LF 12.12.1991:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

beschrieb Léo Hamon Maastricht als Gefahr für die „indépendance nationale";[1896] und Marie-France Garaud erklärte, dass schon General de Gaulle selbst vor dem „parti de l'étranger" gewarnt habe, der nationale Interessen an das Ausland verrate und Frankreich einer „Europe dominée économiquement par l'Allemagne" ausliefere.[1897] Das Argument, dass die Verteidigung der nationalen französischen Souveränität letztlich Europa als Ganzes nütze, fand sich zudem auch in dem Gastbeitrag von Jean-Pierre Chevènement. Dieser erklärte, es gebe weltweit nur „deux formes d'organisation: la nation ou l'empire". Die europäische Integration sei dabei Ausdruck eines „rêve impérial", der die „identité républicaine de la France" bedrohe. Die Republik wiederum sei nur „un autre nom pour désigner ‚l'exception française', ce que la France apporte de meilleur à l'Europe".[1898]

In der Debatte über die nationale Souveränität ließ *Le Figaro* jedoch nicht nur Politiker des demokratisch-republikanischen Parteienspektrums zu Wort kommen, sondern auch Vertreter des rechtsextremen Front National. Schon einige Tage vor Séguins Beitrag erschien ein Gastkommentar des FN-Politikers Jean-Yves Le Gallou, der eine Rundum-Kritik am „système politique français" übte und unter anderem die Forderung erhob, man solle

> restaurer la souveraineté nationale […] en refusant l'Europe fédérale qui nous est proposée et en défendant une conception confédérale de l'Europe des patries.[1899]

Kurz nach dem Gipfel wiederum erschien ein Interview mit Jean-Marie Le Pen, der Séguins Argumente als „très acceptables" bezeichnete, dem RPR aber aufgrund des Bündnisses mit der UDF generell die Glaubwürdigkeit im Kampf gegen ein „Europe fédérale" absprach. In dem deutlichen Versuch einer rhetorischen Überbietung Séguins warf Le Pen der Regierung eine „véritable trahison de la nation française" vor und kündigte an, der FN werde sich „à la tête du combat des patriotes contre l'instauration de cette Europe tueuse de la France" stellen.[1900] Einige Tage später zitierte *Le Figaro* noch einmal ausführlich aus einer Rede Le Pens, derzufolge Maas-

1896 LF 04.12.1991:2.
1897 LF 06.12.1991:2b. Ein Gastkommentar des UDF-Politikers François Léotard wies den Begriff des „parti de l'étranger" hingegen ausdrücklich als chauvinistisch zurück (LF 10.12.1991:2a).
1898 LF 05.12.1991:2a.
1899 LF 21.11.1991:2.
1900 LF 11.12.1991:7.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tricht auf „la mort de la nation française, comme d'ailleurs la mort des nations européennes" abziele.[1901]

Parallel zu diesen Gastbeiträgen veröffentlichte auch der *Figaro*-Mitherausgeber Alain Peyrefitte, selbst Abgeordneter des RPR, eine Reihe von europaskeptischen Leitkommentaren. Darin warnte er zum einen vor dem „risque de perte de l'identité nationale" und stellte dem „sentiment européen des élites" das „sentiment national des peuples" gegenüber. Zum anderen verband er dies mit einer klaren Kritik an der politischen Linken, die in den letzten Jahren eine „société multiculturelle" angestrebt habe „quand l'immense majorité des Français réclamaient l'affirmation renforcée de leur culture et de leur identité".[1902]

Wiederholt wurde dabei die Nation essenzialisiert und als eine gleichsam natürliche, nicht hintergehbare Form der sozialen Organisation dargestellt. So hieß es bei Peyrefitte, die nationale Unabhängigkeit sei „aux peuples ce que la liberté est aux individus". Sie zu verletzen, führe unweigerlich zu einer nationalen Gegenreaktion: „Le nationalisme xénophobe est la revanche inéluctable d'une indépendance nationale bafouée."[1903] Noch expliziter hieß es in einem anderen Leitkommentar:

> [O]n a tort d'oublier que le sentiment national est aussi naturel et aussi sain que le sens de la famille. Vouloir faire comme s'il n'existait pas, c'est risquer, dans quelques années ou quelques décennies, des conflits qui peuvent déboucher sur […] la guerre civile.[1904]

Ganz ähnlich argumentierte auch Chevènement, der den „fait national" als unvermeidliche „réalité" und die „montée du racisme et de la xénophobie" als „la forme dévoyée de ce retour galopant du naturel" bezeichnete.[1905]

Dieses Deutungsmuster blieb in der *Figaro*-Debatte jedoch nicht unwidersprochen. So griff der proeuropäische RPR-Politiker Michel Noir Philippe Séguin explizit für dessen veraltete „conception de la nation" an, die eher an den „lepénisme" als an „l'idée gaulliste de nation française" erinnere.[1906] Allerdings insistierte auch Noir auf der Idee der französischen Sou-

1901 LF 16.12.1991:8b.
1902 LF 30.11.1991:5. Auch Peyrefittes Kommentar wurde in einem Leserbrief unterstützt (LF 12.12.1991:2c).
1903 LF 09.12.1991:1a.
1904 LF 30.11.1991:5.
1905 LF 05.12.1991:2a. Auch in dem eher europafreundlichen Gastkommentar des UDF-Politikers François Léotard wurde es als Selbstverständlichkeit akzeptiert, dass Europa anders als Frankreich keine Nation sei (LF 10.12.1991:2a).
1906 LF 27.11.1991:2.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

veränität – nur dass diese in seinen Augen durch den Ausbau der EG nicht geschwächt, sondern gestärkt werde:

> Quand la souveraineté monétaire française se mesure aux sept à huit minutes qui nous sont nécessaires pour nous aligner sur la Bundesbank, il faut faire l'Europe monétaire et que la France pèse de son vrai poids sur les décisions prises […] par la future banque centrale européenne. […] Pour que la France reste la France, il faut faire l'Europe.[1907]

Im gleichen Sinn erklärte auch der frühere Außenminister Jean François-Poncet in einem Interview, die europäische Integration gefährde nicht die nationale Identität, sondern beschütze diese vielmehr vor externen Bedrohungen wie dem „impérialisme technologique […] du Japon", der „pression démographique […] de l'Afrique" oder der „instabilité […] en Europe orientale et en URSS". Dabei gelte es freilich auf den Erhalt der „diversités nationales" in der EG zu achten: „Si fédération il y a un jour, ce devra être la fédération al plus décentralisée du monde."[1908] Und selbst CDS-Generalsekretär Bernard Bosson, der den Vertrag nachdrücklich verteidigte, betonte in einem Interview, seine Partei wolle keinen „super État qui gommerait les identités nationales", sondern „construire l'Europe des nations".[1909]

In den meisten Beiträgen der *Figaro*-Debatte ging die Verteidigung der „nation" einher mit einer Kritik am Begriff der „vocation fédérale", die in der Vertragsreform festgeschrieben werden sollte.[1910] Kurz vor dem Gipfel zitierte *Le Figaro* ausführlich aus einem „manifeste anti-Maastricht", in dem Séguin und andere RPR-Abgeordnete erklärten, „construire une Europe fédérale intégrée à douze" bedeute „faire l'Europe contre les nations et contre les peuples".[1911] Auch der vergleichsweise integrationsfreundliche UDF-Politiker François Léotard betonte in seinem Gastkommentar: „Aimer l'Europe, c'est d'abord accepter qu'elle soit plurielle, et il est vrai que rien n'est moins fédéral qu'une culture."[1912]

Stattdessen verteidigten die meisten Beiträge explizit ein intergouvernementales Modell mit weitreichenden Vetorechten, das häufig – wie bei Sé-

1907 Ebd.
1908 LF 07.12.1991:2a.
1909 LF 13.12.1991:6a.
1910 So etwa LF 27.11.1991:2, LF 04.12.1991:2, LF 06.12.1991:2b. Besonders drastisch äußerte sich auch in diesem Fall Le Pen, der von „l'Europe des ‚fédérastes'" sprach (LF 11.12.1991:7).
1911 LF 07.12.1991:8.
1912 LF 10.12.1991:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

guin – als „Confédération“ bezeichnet wurde.[1913] So forderte Chevènement anstelle der supranationalen EG eine „confédération“ als „construction de l'Europe dans le respect des nations“.[1914] Léo Hamon erklärte, „l'Europe naturelle et légitime ne peut être qu'une Europe des nations, d'États reconnus dans leur originalité respective“.[1915] Alain Peyrefitte forderte „le courage de progresser dans la coopération transnationale sans basculer dans l'aventure supranationale“ und erklärte die Umkehrbarkeit von Kompetenzübertragungen zum entscheidenden Prüfstein:

> Déléguer des compétences révocables est nécessaire. Consentir des abandons de souveraineté irrévocables est dangereux.[1916]

Und sogar Le Pen, der von allen französischen Politikern am offensten nationalistisch argumentierte, sprach sich für eine intergouvernementale „Europe confédérale […] dans le respect de l'identité des peuples […] et des indépendances nationales“ aus.[1917]

Trotz der klar antiföderalistischen Stoßrichtung in der Debatte fand sich in den *Figaro*-Gastbeiträgen allerdings kein einziger positiver Bezug auf den britischen Regierungschef John Major als möglichen weltanschaulichen Partner und Verbündeten in den Vertragsverhandlungen.[1918] Zwar hatten verschiedene Argumente der gaullistischen Europaskeptiker – etwa die Essenzialisierung der nationalen Identität oder die Forderung nach einer schnellen Erweiterung anstelle einer Vertiefung der EG – große Ähnlichkeit mit jenen, die auch in der Conservative Party und der *Times* ver-

---

1913 LF 27.11.1991:2.

1914 LF 05.12.1991:2a. Dabei zeigte sich der frühere PS-Verteidigungsminister seiner Partei gegenüber so weit loyal, dass er die „juste perspective“ einer Konföderation François Mitterrand zuschrieb. Dass Mitterrand die Konföderation als eine Ergänzung, nicht als Alternative zur supranationalen EG vorgeschlagen hatte, thematisierte Chevènement in dem Gastkommentar nicht.

1915 LF 04.12.1991:2.

1916 LF 09.12.1991:1a. Allerdings begrüßte Peyrefitte ausgerechnet die Währungsunion, eine der am schwersten umkehrbaren Maßnahmen, ausdrücklich, da sie Europa zur „plus grande puissance économique […] du monde“ mache.

1917 LF 11.12.1991:7. Außerdem erklärte Le Pen auch seine Unterstützung für das Modell einer Gemeinschaftswährung, die mit den nationalen Währungen koexistieren würde – ohne darauf hinzuweisen, dass dieser Vorschlag ursprünglich von dem gaullistischen RPR und den britischen Konservativen stammte.

1918 Generell kam der britische Widerstand gegen die „vocation fédérale“ im *Figaro* bis kurz vor dem Gipfel nur eher selten vor und wurde dann sogar meist kritisch gesehen: Beispielsweise wurde der britische Außenminister Douglas Hurd in einem Interview gefragt, ob der absehbare Verzicht auf den Begriff nicht nur eine „mince victoire sur la sémantique“ sei (LF 06.12.1991:5).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

breitet waren. Dieser Zusammenhang wurde in der Debatte jedoch an keiner Stelle deutlich gemacht.

Wenn die Kommentare im *Figaro* sich ausdrücklich an politische Akteure wandten, so waren dies vielmehr stets Franzosen: Teils wurden François Mitterrand und die französische Regierung für ihre Europapolitik kritisiert,[1919] teils wurde die gaullistische Opposition aufgefordert, sich stärker gegen die geplante Vertragsreform einzusetzen.[1920] Obwohl die zentralen Themen der Debatte wie die nationale Souveränität und Identität durchaus auch auf andere Länder verallgemeinerbar waren, ließen die Autoren immer wieder erkennen, dass es ihnen letztlich doch vor allem um die Souveränität des *eigenen* Landes Frankreich ging. Besonders deutlich wurde dies zum Beispiel in einem (vergleichsweise integrationsfreundlichen) Beitrag des gaullistischen Abgeordneten Jacques Baumel, der mit dem Fazit endete:

> Faire l'Europe sans défaire les nations, *et notamment la France,* telle est bien la « quadrature du cercle » de Maastricht.[1921]

„N'en faisons pas un problème de politique intérieure": Entkoppelung zwischen nationaler und europäischer Debatte

Diese fehlende Verbindung zwischen der innerfranzösischen Debatte einerseits und den zwischenstaatlichen Verhandlungen andererseits zeigte sich auch in der übrigen Berichterstattung. Trotz der allgemeinen Belebung der europapolitischen Auseinandersetzung zogen die französischen Zeitungen nach wie vor kaum Verbindungen von den französischen Kontroversen zu den Konflikten zwischen Akteuren auf europäischer Ebene. Insbesondere gab es nur wenige Artikel, die die Positionen der französischen Parteien in Bezug zu ihren europäischen Parteienfamilien setzten.

Das markanteste Gegenbeispiel ist dabei ein Interview, das *Le Figaro* kurz nach dem Gipfel mit dem CDS-Generalsekretär Bernard Bosson führte. Dieser betonte, auch wenn Mitterrand sich für die Ergebnisse von Maastricht feiern lasse, sei es falsch, die Einigung als „le succès des socialistes" zu bezeichnen. Schließlich seien von den zwölf EG-Regierungen nur

1919 Z. B. LF 06.12.1991:2b, LF 09.12.1991:1a.
1920 Z. B. LF 06.12.1991:2b.
1921 LF 06.12.1991:2a (Hervorh. MM).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

zwei sozialistisch, hingegen sechs christdemokratisch und vier „divers droite“:

> C’est le centre et le centre-droit qui ont fait Maastricht. Par pitié, n’en faisons pas un problème de politique intérieure.[1922]

Implizit versuchte Bosson – selbst Vertreter einer zentristischen Partei – offenbar, mit diesem Argument den Gipfel zu einem Erfolg seiner eigenen politischen Familie zu erklären, obwohl das CDS selbst als nationale Oppositionspartei nicht an den Verhandlungen beteiligt gewesen war. Seine Ablehnung einer Behandlung des Themas als „problème de politique intérieure“ führte insofern etwas in die Irre: Was Bosson kritisierte, war eher der mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsrahmen, der es der PS-Regierung erlaubte, den Gipfel als ihren eigenen Erfolg zu präsentieren. Stattdessen griff Bosson auf ein *europäisch-innenpolitisches* Deutungsmuster zurück, das die Regierungschefs in Maastricht nicht als Vertreter ihres Landes, sondern als Repräsentanten ihrer jeweiligen europäischen Parteienfamilie verstand.

Im Diskurs der französischen Zeitungen blieb eine solche Interpretation allerdings eine klare Ausnahme. Weder *Le Monde* noch *Le Figaro* übernahmen das europäisch-innenpolitische Deutungsmuster in Leitartikeln oder in der Berichterstattung. Insbesondere die Übereinstimmungen zwischen RPR und Conservative Party wurden nicht als Ausdruck einer gemeinsamen grenzüberschreitenden Weltanschauung beschrieben. Vielmehr wurde die Haltung der britischen Regierung – ganz im Sinne einer mitgliedstaatlich-außenpolitischen Deutung – meist als Ausdruck der britischen politischen Kultur oder nationaler Interessen beschrieben, während die Position der Gaullisten im Wesentlichen als ein *nationaler* Gegenentwurf zur Europapolitik Mitterrands erschien.

Einen Besuch des RPR-Politikers Édouard Balladur bei britischen Regierungsmitgliedern interpretierte *Le Monde* deshalb nicht etwa als Treffen von Mitgliedern einer gemeinsamen europäisch-weltanschaulichen Bewegung, sondern eher als eine Art Sonderform der nationalen Diplomatie: Es sei ein Zeichen des „intérêt que l’on porte à Londres sur la situation politique en France“, auch wenn Balladur „n’entend à ce stade représenter que lui-même“.[1923] *Le Figaro* wiederum betonte zu diesem Anlass vor allem die Unterschiede zwischen Balladur und den britischen Konservativen und er-

1922 LF 13.12.1991:6a. Wenige Tage später zitierte auch *Le Monde* Bosson mit einer ähnlichen Formulierung (LM 17.12.1991:12a).

1923 LM 15.12.1991:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

klärte diese unter anderem mit einer besonderen nationalen Sichtweise der Briten, die ihrer geografischen Lage geschuldet sei: „Protégé [sic] par la barrière naturelle que représente la Manche, les Britanniques s'en tiennent à leur doctrine traditionnelle."[1924]

Dieser weitgehende Verzicht auf transnational-weltanschauliche Deutungsmuster führte dazu, dass die Debatte über die nationale Europapolitik und die Auseinandersetzung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen auch inhaltlich großteils unverbunden blieben. Verschiedene Argumente für oder gegen die Vertragsreform nahmen deshalb je nach Debattenbereich unterschiedliche Form an.

Ein klares Beispiel dafür ist die Diskussion über die mögliche Rückkehr des Nationalismus in Europa: Wie oben dargestellt griffen in der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen beide Zeitungen immer wieder das Argument auf, dass ein Ausbau der EG nach dem Berliner Mauerfall sinnvoll sei, um nationale Alleingänge zu verhindern und dadurch Vertrauen zwischen den Regierungen zu schaffen. In der innerfranzösischen Debatte wurde in diesem Zusammenhang hingegen immer wieder auf die das Problem der Akzeptanz der EG im Inland verwiesen. Neben den oben zitierten Gastbeiträgen im *Figaro*, die vor einer nationalistischen Gegenreaktion auf die europäische Integration warnten, verwies auch ein Kommentar in *Le Monde* über die Europadebatte in der Nationalversammlung auf die Sorge vieler Abgeordneter, dass eine „intégration européenne à marche forcée" den Nationalismus noch weiter anheizen könne.[1925] In ähnlicher Weise konstatierte auch eine Umfrage im *Figaro* eine wachsende Angst der Franzosen um ihre nationale Identität, die durch die europäische Integration gefährdet sei.[1926]

Daneben gestaltete sich auch die Debatte über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik je nach Kontext unterschiedlich aus. Diese stand zwar jeweils im Mittelpunkt der Auseinandersetzung über die Politische Union.[1927] Doch während in der Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in diesem Zusammenhang vor allem die Kompetenzverteilung zwischen Kommission und Europäischem Rat sowie das Verhältnis zu WEU und NATO thematisiert wurden, ging es in der inner-

1924 LF 14.12.1991:4.
1925 LM 29.11.1991:8b.
1926 LF 02.12.1991:6a.
1927 So war die europäische Selbstbehauptung auf globaler Ebene ein zentrales Thema der Debatte in der Nationalversammlung Ende November (LM 28.11.1991:8b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

französischen Debatte eher um die Wahrung des eigenen nationalen Einflusses. So hob Außenminister Dumas in der Nationalversammlung nicht nur hervor, dass Europa durch die gemeinsame Außenpolitik zur „première puissance mondiale“ werden könne[1928] – sondern auch, dass dadurch weder der französische Sitz im UN-Sicherheitsrat noch die französische Nuklearbewaffnung noch das französische „droit à faire la guerre ou la paix“ gefährdet seien.[1929] Dieselben Forderungen erhob auch Séguin in seinem Gastbeitrag im *Figaro*.[1930] In der Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen spielten sie hingegen überhaupt keine Rolle.

Besonders deutlich wird die Entkoppelung der nationalen französischen Debatte von den Verhandlungen auf europäischer Ebene jedoch an einem Artikel, in dem *Le Monde* einen Tag vor dem Gipfel von Maastricht verschiedene europapolitische Stellungnahmen französischer Politiker zusammenstellte. Einige der darin aufgegriffenen Äußerungen bezogen sich zwar auf konkrete Aspekte der Vertragsreform, die in Maastricht tatsächlich auf der Tagesordnung standen: So sprach sich der UDF-Präsident Valéry Giscard d'Estaing für einen möglichst frühen Übergang zur dritten Stufe der Währungsunion aus, der RPR-Politiker Philippe Séguin kritisierte die gemeinsame europäische Verteidigung. In anderen Fällen ging es jedoch auch um gänzlich andere Ideen, die offensichtlich nicht Thema des Gipfels waren: Der PS-Politiker Michel Vauzelle schlug vor, das Ziel einer europäischen „confédération“ wiederzubeleben; der CDS-Vorsitzende Pierre Méhaignerie forderte eine Wahlrechtsreform, um die französischen Europaabgeordneten künftig in regionalen Wahlkreisen zu wählen.[1931] Teilweise setzte sich dies selbst in den Tagen *nach* dem Gipfel noch fort, in denen Vertreter der französischen Opposition weiterhin Vorschläge für europäische Reformen vorbrachten. Zum Beispiel schlug Édouard Balladur vor, die Sparrate als weiteres Konvergenzkriterium für die Währungsunion einzuführen[1932] – ohne dass in den Medien thematisiert wurde, dass es nach der Einigung in Maastricht für solche Änderungen bereits zu spät war.

Die zeitlichen Abläufe des gesamteuropäischen Verfahrens spielten in der nationalen parteipolitischen Debatte also so gut wie keine Rolle. Der Umstand, dass bestimmte Vorschläge faktisch nicht mehr in die Vertragsverhandlungen eingebracht werden konnten, hielt die französischen Poli-

1928 LM 29.11.1991:8b.
1929 LM 29.11.1991:8c.
1930 LF 27.11.1991:2.
1931 LM 08.12.1991:3a.
1932 LM 15.12.1991:4b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tiker nicht davon ab, sich dennoch in der Öffentlichkeit dafür einzusetzen. Eine Erklärung hierfür mag sein, dass die öffentlichen Stellungnahmen der Parteivertreter letztlich nicht wirklich auf konkrete Änderungen an der Vertragsreform abzielten. Vielmehr versuchte die Regierung, wie Kommentare in beiden Zeitungen analysierten, angesichts der Misserfolge in anderen Bereichen die gelungene europäische Vertragsreform auch zur innenpolitischen Profilierung zu nutzen, um dadurch ihre Aussichten bei den nächsten nationalen Parlamentswahlen zu verbessern.[1933] Die Opposition wiederum reagierte darauf, indem sie mit eigenen europapolitischen Entwürfen einen Teil der medialen Aufmerksamkeit auf sich zog, auch wenn bereits vorab feststand, dass diese Gegenvorschläge keine Aussicht auf Verwirklichung mehr hatten.

Der Gipfel von Maastricht diente den Parteien insofern lediglich als symbolischer Anlass, um die bereits etablierten innerfranzösischen Gegensätze zwischen Integrationsbefürwortern und Souveränitätsverteidigern neu zu inszenieren. Auffällig ist allerdings, dass auch die Zeitungen diese Form der Auseinandersetzung zwischen den französischen Parteien nicht hinterfragten. Zugleich verhinderte die Abkoppelung der nationalen von der zwischenstaatlichen Europadebatte auch eine transnational-weltanschauliche Ausweitung der Parteiengegensätze: Der Vertrag von Maastricht wurde in der französischen Öffentlichkeit deshalb zwar zu einem wichtigen innenpolitischen Thema – aber eben zu einem Thema der *nationalen,* nicht der europäischen Innenpolitik. Trotz einer starken Politisierung blieb die Debatte letztlich in einem nationalen Diskursraum verhaftet.

„Deux citoyennetés": Unionsbürgerschaft und Ausländerwahlrecht als Streitthemen der Ratifikationsdebatte

Die Bedeutung, die die Vertragsreform für das Prestige der französischen Regierung hatte, zeigte sich nach dem Gipfel in einer Reihe von Äußerungen über die historische Bedeutung der Einigung von Maastricht und die Rolle, die Mitterrand darin gespielt hatte. Vor allem *Le Monde* zitierte zahlreiche sehr positive Stellungnahmen. So betonte die Europa-Vizeministerin Elisabeth Guigou, durch den Vertrag von Maastricht würden erstmals die Mittel geschaffen „de faire l'Europe politique voulue, dès le départ, par

1933 LF 26.11.1991:6, LM 04.12.1991:1c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

les pères fondateurs de la Communauté".[1934] Regierungssprecher Jack Lang erklärte den Gipfel zu einem „‚événement de portée historique qui constitue un bond en avant' vers ces ‚États-Unis d'Europe' dont rêvait naguère Victor Hugo". Dieser Erfolg sei vor allem auf „‚l'entêtement' personnel" Mitterrands zurückzuführen, der seiner Rolle als „un ouvrier de la première heure de la construction européenne" gerecht geworden sei.[1935] Auch der Parteivorstand des PS erklärte „que ‚l'histoire reconnaîtra en M. François Mitterrand l'un des artisans majeurs d'une construction sans précédent'".[1936] Demgegenüber fiel die die Auswahl der Reaktionen auf den Gipfel im *Figaro* etwas regierungskritischer aus. So wurde Giscard d'Estaing hier mit der Formulierung zitiert, dass das deutsch-französische Paar in Maastricht gut funktioniert habe, wobei allerdings festzustellen sei „que l'Allemagne a roulé en tête".[1937] Der RPR-Politiker Balladur warnte vor übertriebenem Lob für den Vertrag, „car ‚la face du monde n'est pas changée'".[1938] Hinzu kam das bereits oben zitierte *Figaro*-Interview mit dem CDS-Generalsekretär Bernard Bosson, der Maastricht nicht als „le succès des socialistes" verstanden wissen wollte.[1939] Im Übrigen zeigten sich bei der Bewertung des Gipfels die üblichen Parteipositionen: Während die meisten Vertreter von PS, CDS und UDF die in Maastricht erzielten Fortschritte lobten, ging die Reform einzelnen Politikern der zentristischen Oppositionsparteien nicht weit genug. RPR und PCF kritisierten die Aufgabe nationaler Souveränität, und der PS-Europaskeptiker Jean-Pierre Chevènement begrüßte, dass auf dem Gipfel die „vocation fédérale" aus dem Vertrag gestrichen worden war.[1940]

Wichtiger als diese unterschiedlichen Bewertungen der Leistung Mitterrands in Maastricht war allerdings die Debatte darüber, wann und wie Frankreich die europäische Vertragsreform ratifizieren würde. Diese Frage gewann nach dem Gipfel schnell an Bedeutung, wobei in der Berichterstattung von *Le Monde* etwas überraschend vor allem die Bestimmungen über die Unionsbürgerschaft in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückten. Nachdem diese in den französischen Medien zuvor kaum diskutiert worden waren, entwickelten sie sich nun zu einem zentralen Streitpunkt. Im

1934 LM 13.12.1991:10c.
1935 LM 13.12.1991:11a. *Le Monde* kommentierte diese Zitate allerdings auch etwas spöttisch mit der Feststellung: „C'est ainsi qu'on bâtit les sagas."
1936 LM 13.12.1991:10a.
1937 LF 13.12.1991:6c.
1938 Ebd.
1939 LF 13.12.1991:6a.
1940 Vgl. LM 12.12.1991:3d, LM 13.12.1991:10a, LF 13.12.1991:6b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Mittelpunkt stand dabei das im Vertrag vorgesehene Recht aller Unionsbürger, jeweils am Wohnort an Kommunalwahlen teilzunehmen, das eine Änderung der französischen Verfassung erforderlich machte. Dieser Umstand war zwar an sich keine Neuigkeit, wurde nun – nach der Einigung über den Vertrag – jedoch erstmals auch in den Medien wahrgenommen.[1941]

Hinzu kam, dass Mitterrand erst wenige Wochen zuvor den Plan zu einer umfassenden nationalen Verfassungsreform angekündigt hatte, die mehrere französische Institutionen (unter anderem die Amtsdauer des Staatspräsidenten sowie die Macht der Gerichte und der Nationalversammlung) betreffen sollte. Unmittelbar nach dem Gipfel spekulierten beide Zeitungen deshalb zunächst über eine Zusammenlegung der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht mit der nationalen Verfassungsänderung zu einem einzigen großen Reformprojekt.[1942] Und obwohl die Regierung einige Tage später erklärte, dass sie beide Vorhaben getrennt behandeln würde,[1943] blieben die Debatten darüber auch in der Folgezeit eng miteinander verzahnt. In der öffentlichen Auseinandersetzung über die Ratifikation des Vertrags spielten deshalb dessen Auswirkungen auf das *nationale* politische System von Anfang an eine weitaus wichtigere Rolle als seine gesamteuropäischen Implikationen.

Dies zeigte sich besonders in der Diskussion über das Unionsbürgerwahlrecht, die sich rasch zu einer Kontroverse über ein allgemeines Ausländerwahlrecht erweiterte. Dieses war ein traditioneller Streitpunkt zwischen den französischen Parteien: Während sich PS und PCF dafür einsetzten, lehnten die konservativen Parteien eine entsprechende Verfassungsreform ab.[1944] In einer ersten Reaktion auf den Gipfel von Maastricht verknüpfte unter anderem der PS-Abgeordnete François Hollande beide Themen ausdrücklich, indem er hervorhob, dass seine Partei sich schon lange dafür einsetze, das Wahlrecht ausschließlich an den Wohnort zu binden.[1945] Umgekehrt verwiesen mehrere Gegner des Unionsbürgerwahl-

1941 Daneben machten, wie *Le Monde* erklärte, auch die Währungsunion und die gemeinsame Asylpolitik wenigstens eine Neuinterpretation der Verfassung notwendig, da der Conseil Constitutionnel eine Übertragung von Souveränitätsrechten der Nationalversammlung 1976 verboten hatte (LM 12.12.1991:5a, LM 15.12.1991:7). Dieser Aspekt spielte in der Ratifikationsdebatte jedoch keine zentrale Rolle.

1942 LM 12.12.1991:5a, LM 13.12.1991:11a, LF 13.12.1991:6e.

1943 LM 15.12.1991:7, LM 17.12.1991:9a.

1944 LM 12.12.1991:5a.

1945 LM 13.12.1991:10c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

rechts explizit auf die nationale Souveränität, die durch die Beteiligung von Nicht-Franzosen an Kommunalwahlen untergraben werde. In diesem Sinn äußerten sich sowohl Jean-Pierre Chevènement als Anführer des europaskeptischen Flügels innerhalb des PS[1946] als auch ein Sprecher des rechtsextremen Front National.[1947] Zwei Vertreter von RPR und CDS wiederum erklärten, dass das Unionsbürgerwahlrecht den „patriotisme de nos concitoyens" verletzen und daher letztlich dem FN nutzen könnte.[1948] Der PCF schließlich blieb bei seiner Ablehnung der Maastrichter Vertragsreform, verwies jedoch darauf, dass er grundsätzlich ein allgemeines Ausländerkommunalwahlrecht unterstütze.[1949]

Die starke Vermischung beider Themen führte schließlich dazu, dass François Mitterrand in einer Fernsehansprache am 15. Dezember eigens betonte, bei der Unionsbürgerschaft handle es sich um einen gemeinsamen Beschluss aller EG-Staaten, „et ce ne sont pas […] nos débats franco-français qui ont orienté cette discussion à douze". Es dürfe daher keine „confusion" zwischen dem Unionsbürgerwahlrecht und einem allgemeinen Wahlrecht für Immigranten aus anderen Ländern geben, welches aktuell nicht zur Debatte stehe.[1950] An den Stellungnahmen der übrigen Parteien änderte sich durch diese Erklärung allerdings nichts: Noch am selben Tag erklärten der RPR-Abgeordnete Nicolas Sarkozy und der nationalkonservative UDF-Politiker Philippe de Villiers erneut, dass das Unionsbürgerwahlrecht als erster Schritt zu einem allgemeinen Ausländerwahlrecht abzulehnen sei,[1951] und auch RPR-Generalsekretär Alain Juppé warnte vor einem „effet de contagion".[1952] Verschiedene RPR-Politiker forderten deshalb sogar ein Referendum „sur le droit de vote des étrangers" – ohne zu erklären, wie eine Ablehnung des Unionsbürgerwahlrechts vom Rest des Vertrags von Maastricht zu trennen sein sollte.[1953] Umgekehrt begrüßte die Nichtregierungsorganisation *Mouvement contre le racisme et pour l'amitié*

1946 Ebd.
1947 LM 14.12.1991:10.
1948 LM 13.12.1991:10c, ähnlich LM 15.12.1991:4b. Die Mehrheit in der UDF stand der Unionsbürgerschaft allerdings durchaus offen gegenüber – was *Le Monde* zum Anlass nahm, um wieder einmal die Zerstrittenheit der Opposition hervorzuheben (LM 14.12.1991:10).
1949 LM 14.12.1991:10.
1950 LM 17.12.1991:8–12, ähnlich LF 16.12.1991:6b.
1951 LM 17.12.1991:12b, ähnlich wenig später auch Jacques Chirac in einem Gastkommentar in *Le Monde* (LM 21.12.1991:1b).
1952 LF 17.12.1991:9.
1953 LM 17.12.1991:9b, ähnlich LF 17.12.1991:1a, LF 17.12.1991:9, LM 17.12.1991:12b, LM 17.12.1991:9b. In einem anderen Artikel hatte *Le Monde*

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

entre les peuples zwar das Wahlrecht für EG-Bürger, bedauerte jedoch zugleich „que ce propos et cette volonté politique excluent les immigrés non membres de la Communauté".[1954] Die CDS-Politiker Pierre Méhaignerie und Bernard Bosson schließlich erklärten, die Debatten über das (vom CDS abgelehnte) Ausländerwahlrecht und das (vom CDS befürwortete) Wahlrecht für Europäer sollten nicht vermengt werden – und warfen Mitterrand trotz dessen Rede explizit vor, genau dies aus wahltaktischen Gründen anzustreben.[1955]

Wie wenig die europäische Unionsbürgerschaft in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen war, zeigte sich auch in einem *Figaro*-Artikel, der die Frage aufwarf, ob eine Unterscheidung zwischen „‚l'étranger' qui est ressortissant européen" und „‚l'étranger' qui est ressortissant d'un pays tiers" verfassungsrechtlich überhaupt möglich sei. Mitterrand habe dazu erklärt, dass Frankreich zu keinem außereuropäischen Staat ein mit der EG vergleichbares Verhältnis habe. Dieses Argument aber ließ die Zeitung nicht ohne Weiteres gelten:

> Selon le président de la République, « nous avons désormais deux citoyennetés » : la citoyenneté française et la citoyenneté européenne. Affirmation qui n'est pas démonstration, et qui, en tout cas, ne suscite pas adhésion spontanée.[1956]

Das verspätete Interesse und geringe Verständnis für das neue Konzept der Unionsbürgerschaft verdeutlichen, dass die Maastrichter Vertragsverhandlungen in den französischen Medien zu keinem Durchbruch bei der Entstehung einer europäischen Identität geführt hatten. Im Gegenteil konzentrierte sich die nun einsetzende Debatte – trotz Mitterrands öffentlicher Kritik an der Fokussierung auf „nos débats franco-français"[1957] – fast ausschließlich auf die Auswirkungen, die ein Ausländerwahlrecht auf das na-

---

kurz nach dem Gipfel die Möglichkeit angesprochen, dass Frankreich bei der Ratifikation des Vertrags einen Vorbehalt gegen das Unionsbürger-Kommunalwahlrecht einlegen könne, falls die notwendige Mehrheit im Parlament andernfalls nicht zustande käme. Allerdings habe Mitterrand ein solches Vorgehen ausgeschlossen (LM 12.12.1991:5a).

1954 LM 17.12.1991:12b. Auch eine Erklärung des UDF-Abgeordneten Gérard Longuet, er unterstütze ein Wahlrecht für Ausländer, solange umgekehrt auch Franzosen das Wahlrecht im Ausland hätten und es zudem ein Militärbündnis mit dem anderen Land gebe, war erkennbar auf ein allgemeines Ausländerwahlrecht bezogen und nicht auf die Unionsbürgerschaft (LM 20.12.1991:9).

1955 LM 17.12.1991:12a.

1956 LF 17.12.1991:9.

1957 LM 17.12.1991:8–12.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tionale politische System Frankreichs haben würde. Die Unionsbürgerschaft erschien damit als ein Thema der *nationalen* Verfassungspolitik, das letztlich nur Frankreich allein betraf. Dass umgekehrt auch die Franzosen in anderen EG-Mitgliedstaaten zusätzliche Rechte gewinnen würden, wurde dabei ebenso wenig thematisiert wie die Bedeutung des neuen Rechtsstatus der Unionsbürger für die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft insgesamt.

„Les Français seront consultés": Debatte über das Ratifikationsverfahren

Parallel zu dieser Diskussion über das Ausländerwahlrecht entwickelte sich zwischen den französischen Parteien auch eine breite Debatte, ob die für die Ratifikation notwendige Verfassungsänderung parlamentarisch oder per Volksabstimmung durchgeführt werden sollte. Nachdem die Möglichkeit eines Referendums vor dem Gipfel von Maastricht fast überhaupt nicht thematisiert worden war,[1958] brachte sie François Mitterrand zwei Tage nach dem Gipfel erstmals in einer Fernsehansprache ins Spiel. Auch wenn der Präsident sich dabei zunächst noch nicht festlegte, schrieben die französischen Zeitungen diesem Aspekt der Rede große Bedeutung zu: So wählte *Le Monde* als Überschrift für den entsprechenden Artikel das Zitat „Les Français seront consultés, soit directement, soit par leurs élus" – ohne darauf einzugehen, dass diese Ankündigung eigentlich inhaltslos war, da sie nur die verschiedenen verfassungsrechtlich vorgesehenen Optionen aufzählte.[1959] Auch als Mitterrand wenig später in einer zweiten Ansprache noch einmal ankündigte, die Ratifikation „soit au Parlement seul, soit au peuple par référendum" vorlegen zu wollen, titelte *Le Monde* mit „M. Mitterrand n'exclut pas un référendum sur les accords de Maastricht".[1960]

1958 Nur ganz am Rand hatte *Le Monde* den CDS-Vorsitzenden Pierre Méhaignerie zitiert, der erklärt hatte, dass „un succès même partiel de Maastricht pourrait conduire […] à […] un référendum sur l'Europe". In diesem Fall würde das CDS für ein Ja-Votum sein, sofern es nur um „les choix européens que nous défendons" gehe, jedoch ein Nein unterstützen, wenn Mitterrand mit dem Referendum „une approbation de la mauvaise gestion socialiste de l'Etat" anstrebe (LM 08.12.1991:3a).

1959 LM 13.12.1991:10b. Am selben Tag stellte *Le Monde* einen möglichen Zeitplan vor, dem zufolge der EU-Vertrag bis März 1992 unterzeichnet würde, worauf dann nach einer erfolgreichen Verfassungsreform die Ratifikation im französischen Parlament folgen könne (LM 13.12.1991:8d).

1960 LM 17.12.1991:1b. Ein Kommentar am selben Tag erläuterte ausführlich die verschiedenen rechtlichen Optionen für die Ratifikation und die Verfassungs-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Wichtiger als die zusätzliche Legitimität, die von der Volksabstimmung ausgehen könnte, nahmen beide Zeitungen allerdings von Anfang an deren wahltaktische Bedeutung. So kritisierte *Le Figaro*, dass Mitterrand sich nicht klar zum Ratifikationsverfahren geäußert habe, und sah dahinter strategisches Kalkül des Präsidenten: „Ses intentions […] resteront son secret jusqu'au moment opportun, choisi par lui seul."[1961] Beide Zeitungen erklärten, ein Referendum über den Vertrag könne für Mitterrand eine Chance sein, um die europapolitische Spaltung der Opposition zu vertiefen.[1962] Ein weiterer Kommentar in *Le Monde* beschrieb den Gipfel von Maastricht als die „[p]remière performance perceptible qu'il [Mitterrand] ait à son actif depuis plusieurs mois", und drückte die Erwartung aus, dass der PS versuchen würde, daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen.[1963] Wieder andere Artikel erwarteten, dass Mitterrand versuchen würde, die anstehenden Verfassungsänderungen zu nutzen, um seine persönliche Popularität in der französischen Bevölkerung zu verbessern.[1964] Ein Leitkommentar im *Figaro* betonte allerdings auch die Risiken einer solchen Strategie: Mit Maastricht vollende Mitterrand eine ideologische Wende, die ihn vom Versuch einer „rupture avec le capitalisme" in den ersten Amtsjahren hin zu „l'Europe libérale" geführt habe, die künftig „toute manipulation politique, économique ou sociale, d'origine socialiste" unmöglich mache. Ob das den Umfragewerten des Präsidenten helfen werde, sei jedoch zweifelhaft:

änderung. So müsse eine Verfassungsreform sowohl von der Nationalversammlung als auch vom Senat verabschiedet und dann entweder bei einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern mit Drei-Fünftel-Mehrheit oder durch ein Referendum bestätigt werden. Dabei könne nach der Verfassungsinterpretation De Gaulles auch das gesamte Verfahren durch ein Referendum ersetzt werden – was allerdings von Verfassungsrechtlern und auch von Mitterrand selbst abgelehnt werde. Nach der Verfassungsänderung könne dann die Ratifikation des Vertrages selbst erfolgen, und zwar entweder durch eine Mehrheit beider Parlamentskammern oder ebenfalls qua Referendum (LM 17.12.1991:9a).

1961 LF 13.12.1991:6e.

1962 LM 12.12.1991:5a, LF 17.12.1991:1b.

1963 LM 17.12.1991:1a. Tatsächlich hatte kurz nach dem Gipfel ein PS-Parteitag stattgefunden, auf dem mehrere Redner gefordert hatten, die Unterstützung für Maastricht als ein Projekt zur Mobilisierung der politischen Linken gegen das RPR und die extreme Rechte zu nutzen (LM 15.12.1991:1).

1964 LM 13.12.1991:11a, ähnlich LM 17.12.1991:8b, LM 17.12.1991:1a. Passend dazu veröffentlichte *Le Monde* die Ergebnisse einer Umfrage, in der 29 % der Befragten ihre Zustimmung, 58 % ihre Ablehnung zu Mitterrand ausgedrückt hatten (LM 13.12.1991:11b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> M. Mitterrand peut-il se refaire une santé sur l'Europe? Les socialistes ne sont pas les derniers à craindre qu'un référendum, sur tel aspect constitutionnel du traité européen, ne puisse aussi bien se retourner contre le président.[1965]

Tatsächlich waren es nicht die Sozialisten, sondern vor allem die Oppositionsparteien, die in den folgenden Tagen Position zu dem möglichen Referendum bezogen. So erklärte der parteilose, aber dem CDS nahestehende Abgeordnete Raymond Barre seine Unterstützung für ein Referendum,[1966] die er jedoch einige Tage später widerrief.[1967] Die RPR-Abgeordneten Édouard Balladur und Alain Juppé forderten ebenfalls ein Referendum, allerdings nicht zum Vertrag von Maastricht insgesamt, sondern nur zum darin enthaltenen Unionsbürgerwahlrecht.[1968] In der UDF unterstützten hingegen nur wenige Abgeordnete wie Alain Lamassoure eine Volksabstimmung,[1969] während sich Giscard d'Estaing dagegen aussprach.[1970] Die CDS-Politiker Pierre Méhaignerie und Bernard Bosson argumentierten, dass Mitterrand damit lediglich den Gipfel von Maastricht zu seiner eigenen wahlpolitischen „bouée de sauvetage" zu machen versuche. Dass Frankreich nach einem gescheiterten Referendum den Vertrag ablehne, während ihn alle anderen Mitgliedstaaten ratifizierten, sei ohnehin „inimaginable".[1971] Sowohl die UDF-Europaabgeordnete Simone Veil als auch verschiedene CDS-Politiker warnten zudem, dass ein Referendum über den Vertrag leicht zu einer Abstimmung über den unbeliebten Präsidenten und seine Partei werden und deshalb scheitern könnte.[1972] Und auch Jacques Delors mischte sich in die Frage des französischen Ratifikationsverfahrens ein und erklärte, ein Referendum sei „toujours obscur", wogegen die parlamentarische Ratifikation Gelegenheit zu „de grands débats" biete.[1973]

Etwa eine Woche nach dem Gipfel klang die Debatte in den französischen Medien schließlich ab. Nachdem die UDF erklärte hatte, in eine gemeinsame „réflexion" mit dem RPR über den Umgang mit den Ergebnis-

1965 LF 14.12.1991:1, ähnlich auch LF 16.12.1991:6a.
1966 LM 13.12.1991:10a, LF 13.12.1991:6a.
1967 LM 20.12.1991:9.
1968 LF 17.12.1991:1a, LM 17.12.1991:9b, LM 17.12.1991:12b.
1969 LF 16.12.1991:8a.
1970 LF 18.12.1991:7b.
1971 LM 17.12.1991:12a, ähnlich schon LF 13.12.1991:6a.
1972 LM 12.12.1991:3d, LF 13.12.1991:6a, LF 16.12.1991:8c.
1973 LM 17.12.1991:10, ähnlich schon LF 13.12.1991:6c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sen von Maastricht eintreten zu wollen,[1974] kündigten beide Parteien an, vor einer offiziellen Stellungnahme zunächst den genauen Text des neuen Vertrags abzuwarten.[1975] Der letzte Artikel zum Gipfel von Maastricht, der kurz vor Weihnachten in *Le Monde* erschien, war schließlich ein Gastkommentar des RPR-Vorsitzenden Jacques Chirac, in dem dieser konsequent die Bedeutung des Vertrags herunterspielte: Ausdrücklich grenzte er sich von Mitterrands Aussage ab, dass Maastricht „l'un des événements les plus importants du dernier demi-siècle" sei, und beschrieb den Gipfel als „simple étape". Diese gehe zwar insgesamt in die richtige Richtung, nämlich einer „coopération plus étroite, plus harmonieuse entre les Etats européens". Zugleich zeige sie jedoch auch eine Reihe von Schwächen, zu denen Chirac unter anderem das Unionsbürgerwahlrecht, das weiter bestehende Demokratiedefizit der Europäischen Kommission, die fehlende Strategie zum Aufbau Osteuropas sowie die unzureichende „défense de nos intérêts agricoles face aux Etats-Unis" zählte. Zudem könnten die für Frankreich entscheidenden Fragen wie der Abbau der Arbeitslosigkeit ohnehin nicht auf europäischer Ebene entschieden werden.[1976]

„Cela mérite un débat national": Der Topos der unzureichenden Debatte und die französische Souveränität

Trotz der deutlichen Belebung der europapolitischen Debatte fand sich in den französischen Medien auch im Umfeld des Gipfels von Maastricht weiterhin immer wieder der Topos, dass es in Frankreich keine ausreichende öffentliche Auseinandersetzung mit der Vertragsreform gebe. So stellte *Le Monde* in einem Artikel vor der Europadebatte in der Nationalversammlung Ende November eigens heraus, dass die Regierung willens sei, das Parlament zu informieren und an der Meinungsbildung zu beteiligen.[1977] Ein Bericht nach der Sitzung zitierte dann jedoch Vertreter der PS-Fraktion, die eine bessere Erklärung der Europapolitik einforderten.[1978] Ein

1974 LF 19.12.1991:8.
1975 LM 20.12.1991:9, vgl. auch schon LF 18.12.1991:7a. *Le Monde* nutzte diese Gelegenheit, um noch einmal die Gegensätze hervorzuheben, die die beiden Oppositionsparteien sowohl in der Frage des Unionsbürgerwahlrechts als auch in Bezug auf das Ratifikationsverfahren trennten (LM 20.12.1991:9).
1976 LM 21.12.1991:1b. Auch *Le Figaro* zitierte Auszüge aus Chiracs Gastbeitrag (LF 21.12.1991:8).
1977 LM 28.11.1991:8b.
1978 LM 29.11.1991:8c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Kommentar kurz vor dem Gipfel hielt fest, dass inzwischen zwar die meisten französischen Parteien ihren integrationsskeptischen Strömungen größere Aufmerksamkeit schenkten. Dennoch bedauerten viele

> que ne se soit pas engagé dans le pays un véritable débat, qui aurait mieux fait apparaître les contraintes qu'implique l'Europe et les chances qu'elle offre.[1979]

Verschiedene Artikel deuteten dabei an, dass es sich um ein spezifisch französisches Problem handelte, und verwiesen auf die breitere Debatte in Großbritannien[1980] oder anderen Ländern.[1981] Die Frage, wer oder was genau für die fehlende öffentliche Debatte in Frankreich verantwortlich sei, wurde in den Zeitungen jedoch meist nicht klar beantwortet. Immer wieder richteten sich die Vorwürfe allerdings gegen die Regierung, die ihre Positionen nicht ausreichend erkläre. In diesem Sinne kritisierte etwa die UDF-Europaabgeordnete Simone Veil, in der Europafrage sei es völlig unklar, wo die Regierungspartei PS stehe und ob sie überhaupt die Position François Mitterrands unterstütze.[1982] Aber auch Chevènement wurde im *Figaro* mit dem Vorwurf zitiert, dass „les parlementaires ont pratiquement été tenus à l'écart de la préparation d'un traité que le président de la République juge pourtant fondamental pour l'avenir de la France".[1983]

Auch von europafreundlicher Seite wurde das Fehlen einer ausreichenden öffentlichen Debatte teils als Ursache für Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der Vertragsreform gesehen. So erklärte *Le Monde*, dass in der Nationalversammlung viele Abgeordnete besorgt seien, dass eine „intégration européenne à marche forcée, sans une véritable pédagogie explicative, sans réel débat de fond dans le pays" als Angriff auf die nationale Identität wahrgenommen würde.[1984] Im gleichen Sinne berichtete *Le Figaro* über eine Umfrage, die eine „adhésion massive des Français au principe européen", gleichzeitig aber auch eine wachsende Sorge um die nationale Identität und eine „grande ignorance des mécanismes de fonctionnement de la construction européenne" konstatierte. Diese Ergebnisse, so die Analyse der Zeitung, seien Ausdruck einer „opinion publique mal informée sur les

1979 LM 06.12.1991:1a.
1980 LM 28.11.1991:8b, LM 07.12.1991:5.
1981 LF 03.12.1991:5a.
1982 LF 09.12.1991:9.
1983 LF 17.12.1991:10.
1984 LM 29.11.1991:8b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

réalités de l'Europe communautaire et inquiète quant à son avenir économique".[1985]

Vor allem aber entwickelte sich der Topos der unzureichenden Auseinandersetzung in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht zu einem Argument des europaskeptischen, national-souveränistischen Lagers. In den *Figaro*-Gastkommentaren wurde er zu einem immer wiederkehrenden Motiv, das eng mit der Vorstellung verbunden war, dass die politischen Eliten die europäische Integration gegen den Willen der Bürger vorantreiben wollten. In diesem Sinne kritisierte etwa Philippe Séguin die nach seiner Darstellung gezielte Intransparenz der Verhandlungen:

> La technique est désormais bien rodée : tout se passe dans l'ombre des cabinets, dans la coulisse, dans le secret. Le débat est éludé, confisqué, escamoté. Les décisions qu'on nous annonce sont toujours présentées comme limitées dans leur portée. Ce n'est qu'après coup qu'on nous explique que leurs conséquences sont, en fait, incalculables et inéluctables. Une véritable machine infernale est ainsi mise en branle dont nous n'avons plus la maîtrise.[1986]

Ähnlich argumentierte auch das „manifeste anti-Maastricht", das Séguin mit anderen RPR-Abgeordneten veröffentlichte:

> Une fois de plus, sous prétexte qu'il s'agit du sens de l'Histoire, de graves décisions vont être prises sans véritables débats, sans que la nation soit informée des enjeux réels.[1987]

Auch Jacques Baumel, der anders als Séguin die Vertragsreform nicht grundsätzlich ablehnte, kritisierte, dass über die damit verbundenen Souveränitätsübertragungen in der nationalen Öffentlichkeit nicht hinreichend diskutiert worden seien:

> C'est aux Français seuls qu'il appartient de dire s'ils veulent abdiquer […] leurs responsabilités au profit d'instances supranationales à Bruxelles ou à Strasbourg […]. Cette question mérite d'être posée devant l'opinion et non réglée à la sauvette dans les couloirs d'une conférence diplomatique, à partir de textes qui n'ont pas été portés à la connaissance de tous les intéressés.[1988]

1985 LF 02.12.1991:6a.
1986 LF 27.11.1991:2.
1987 LF 07.12.1991:8.
1988 LF 06.12.1991:2a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Am drastischsten äußerte sich jedoch wiederum Jean-Marie Le Pen, der nicht nur die Regierung, sondern auch „l'aveuglement de l'opposition parlementaire face à ce que j'appelle le ‚complot européiste'" kritisierte und erklärte, die Machtverschiebung an Brüssel sei „pas démocratique, et ce super-État européen n'est pas voulu par la majorité des Français".[1989]

Immer wieder verband sich der Topos der fehlenden Debatte schließlich auch mit dem Ruf nach einem nationalen Referendum über die Vertragsreform von Maastricht. So warnte die europaskeptische RPR-Politikerin Marie-France Garaud in einem Interview davor, dass Mitterrand mit dem Gipfel von Maastricht die Opposition spalten und eine „majorité élargie" bilden wolle, die alle europafreundlichen Parteien (also auch UDF und CDS) umfasse. Um dies zu verhindern, dürfe das RPR dem Konflikt nicht länger aus dem Weg gehen und müsse „comprendre que la seule parade est dans le courage […] d'appeler les Français a se ressaisir". Notwendig sei „un grand débat sur la souveraineté de notre pays":

> Du magma de Maastricht […], il ressort une seule chose claire : la souveraineté de la France est gravement menacée. A tout le moins, cela mérite un débat national et la sanction d'un référendum.[1990]

Und auch der RPR-Generalsekretär Alain Juppé forderte nach dem Gipfel in Bezug auf das Unionsbürgerwahlrecht „un référendum, c'est-à-dire l'ouverture d'un débat national".[1991]

Der Widerspruch, dass es in Wirklichkeit längst eine öffentliche Debatte über die französische Europapolitik gab, die obendrein in den Tagen um den Gipfel von Maastricht stark zunahm, wurde in keinem einzigen Artikel explizit gemacht. In gewisser Weise zeigte er sich allerdings in der häufigen Verwendung von Eigentlichkeitsadjektiven wie „véritable débat" oder „réel débat", die implizierten, dass durchaus eine Auseinandersetzung stattfand, die nur in irgendeiner Form unzulänglich oder unangemessen sei.[1992] Tatsächlich fanden sich nach dem Gipfel teils sogar Warnungen vor einem Missbrauch der nationalen Debatte. So analysierte ein *Figaro*-Kommentar, Mitterrand wolle Maastricht möglichst lang im Licht der Öffentlichkeit halten, um dadurch die europapolitisch uneinige Opposition weiter zu spalten.[1993] Im gleichen Sinne warnten auch verschiedene Politiker

1989 LF 11.12.1991:7.
1990 LF 13.12.1991:6d.
1991 LF 17.12.1991:9.
1992 Vgl. LM 29.11.1991:8b, LM 06.12.1991:1a, LF 07.12.1991:8.
1993 LF 17.12.1991:1b, ähnlich auch LM 12.12.1991:5a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

von CDS und UDF im Zusammenhang mit dem Ratifikationsverfahren vor „toute tentation d'utilisation à des fins de politique intérieure".[1994]

Forderungen nach einer stärkeren Europäisierung der französischen Debatte gab es hingegen wie schon in der ersten und zweiten Phase der Verhandlungen nicht. Als Thema des notwendigen „débat national"[1995] galt sowohl bei Europaskeptikern als auch bei Integrationsbefürwortern nicht etwa die Zukunft der EG, sondern die französische nationale Souveränität – über die, so die unhinterfragte Prämisse, die französischen Bürger letztlich allein eine nationale Entscheidung zu treffen hatten.

5.3 Großbritannien

5.3.1 Die Debatte über die europäischen Verhandlungen

„Third EC draft treaty still defies Britain": Fokus auf nationale Interessengegensätze und die eigene Regierung

War die Berichterstattung in Großbritannien schon während der ersten zwei Phasen der Vertragsverhandlungen intensiver gewesen als in Deutschland und Frankreich, so stieg ihr Umfang im Lauf des Jahres 1991 noch einmal stark an und erreichte vor dem Gipfel von Maastricht seinen Höhepunkt. Im Mittelpunkt standen dabei weiterhin die parteiinternen Spannungen der Conservative Party, doch auch den zwischenstaatlichen Verhandlungen waren bereits ab Anfang November 1991 mehrere Schlagzeilen gewidmet. Beide Zeitungen veröffentlichten mehrere Themenseiten zur Vertragsreform – die *Times* unter der Überschrift „Britain and Europe", der *Guardian* unter „Road to Maastricht".[1996] Daneben nutzte die *Times* sogar ein eigenes Logo mit dem Schriftzug „Countdown to Maastricht", mit dem Artikel zu dem Thema gekennzeichnet wurden.

Allerdings waren diese Berichte noch stärker als in den anderen untersuchen Ländern auf die nationalen Regierungen als einzige relevante Akteure ausgerichtet. So veröffentlichte etwa die *Times* Mitte November eine

1994 LM 20.12.1991:9, ähnlich schon LF 13.12.1991:6a, LF 17.12.1991:8b, LM 17.12.1991:12a.

1995 LF 13.12.1991:6d.

1996 Z. B. TT 13.11.1991:8–9, TT 14.11.1991:8b, TT 18.11.1991:9a, TG 12.11.1991:1e0, TG 20.11.1991:8d, TG 26.11.1991:5e. In der letzten Woche vor dem Gipfel erschienen diese Themenseiten im *Guardian* täglich.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Übersicht, die alle bis zum Gipfel anstehenden Treffen zwischen nationalen Ministern und Regierungschefs enthielt, aber keinerlei Aktivitäten der supranationalen Organe.[1997] Ein recht beliebtes Instrument waren zudem Tabellen und Übersichtsgrafiken, die die unterschiedlichen Verhandlungspositionen visualisierten – wobei jedoch ebenfalls nur die nationalen Regierungen einbezogen wurden.[1998] Implizit schrieben die Zeitungen dadurch die Reformvorschläge jeweils bestimmten Mitgliedstaaten zu und rückten die Gegensätze zwischen den einzelnen Ländern in den Mittelpunkt.

Dieses Deutungsmuster legte es nahe, die Verhandlungen nicht als Suche nach einem gemeinsamen europäischen Interesse, sondern als diplomatisches Ringen um einen Kompromiss zwischen nationalen Positionen zu verstehen. Zugleich gingen beide Zeitungen erkennbar von einer Nullsummenlogik aus, die den Verhandlungserfolg einer Regierung immer mit der Niederlage einer anderen gleichsetzte. In diesem Sinne zitierte der *Guardian* etwa John Major, der eine Einigung für möglich erklärte „if there was ‚give-and-take on all sides'".[1999] Die *Times* beschrieb die große Zahl offener Fragen als einen Vorteil, da die Regierungen dadurch die Möglichkeit hätten „to give way on some points in order to gain concessions on others".[2000] Zudem veröffentlichte die *Times* in der letzten Woche vor dem Gipfel täglich weitgehend wortgleiche Listen über die verbleibenden Konfliktpunkte, in denen jeweils angegeben wurde, ob ein Kompromiss „likely", „possible" oder „unlikely" sei.[2001]

1997 TT 13.11.1991:9a.

1998 Z. B. TT 11.11.1991:12 mit deutschen und britischen Forderungen, TT 12.11.1991:8a und TG 06.12.1991:24–25 mit Positionen aller Mitgliedstaaten, TG 26.11.1991:5a mit der Zugehörigkeit von Mitgliedstaaten zu EG, NATO und WEU. Nach dem Gipfel veröffentlichte der *Guardian* noch eine Übersicht „how the partners all claimed some success", die darstellte, welche nationalen Interessen jedes Land auf dem Gipfel durchgesetzt hatte (TG 12.12.1991:2a).

1999 TG 12.11.1991:10c, fast wortgleich TG 21.11.1991:8e.

2000 TT 03.12.1991:1.

2001 Die Liste umfasste zunächst sechs Punkte, nämlich die Mehrheitsentscheide in der GASP, das Vetorecht des Europäischen Parlaments, die Einwanderungspolitik, die Stärkung der Kommission durch die Reduzierung nationaler Vetorechte, die Sozialpolitik sowie den von Spanien geforderten Konvergenzfonds (TT 02.12.1991:9b, TT 04.12.1991:9b). Unter Verweis auf eine Erklärung der britischen Regierung wurde sie später auf zehn Punkte erweitert, wobei das Verhältnis zur WEU, die EG-Industriepolitik, das „federal goal" sowie das Opt-out in der Währungsunion neu hinzutraten (TT 03.12.1991:1, TT 05.12.1991:11b, TT 06.12.1991:14b, TT 07.12.1991:5d). Am ersten Gipfeltag, dem 9. Dezember, wurde die Liste jedoch um den Konvergenzfonds gekürzt –

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch der Fokus auf die eigene Regierung war in den britischen Medien noch ausgeprägter als in Deutschland und Frankreich. Zum Teil war dies natürlich dem Umstand geschuldet, dass Großbritannien mit seinen zahlreichen Veto-Drohungen tatsächlich eine besondere Rolle in den Verhandlungen zukam. Tatsächlich erklärte die *Times* sogar ausdrücklich, dass dies auch für alle übrigen an den Verhandlungen beteiligten Akteure das wichtigste Thema im Vorfeld des Gipfels sei. In vielen bilateralen Gesprächen zwischen EG-Regierungschefs, an denen Major nicht teilnehme, drehe sich dennoch alles um ihn und die Frage: „how far can he be pushed?"[2002]

Allerdings ging die Konzentration auf die britische Position oft so weit, dass diese in der Berichterstattung sichtbarer war als die Mehrheitsmeinung, von der sie abwich. So bezogen sich schon die Titel zahlreicher Artikel zur Vertragsreform auf die Haltung der britischen Regierung,[2003] selbst ein Bericht über ein Treffen zwischen Mitterrand und Kohl war in der *Times* mit deren Einschätzung zur britischen Haltung überschrieben: „Kohl and Mitterrand see British ‚progress'".[2004] Eine Artikelserie im *Guardian*, die „Key player" der Verhandlungen vorstellte, umfasste neben je einem Mitglied der deutschen und französischen Delegation zwei Briten sowie einen Vertreter der Kommission, der wiederum britischer Staatsbürger war.[2005] Mehrere Meinungsumfragen zu europapolitischen Fragen, deren Ergebnisse vor dem Gipfel abgedruckt wurden, gaben jeweils nur die Hal-

---

bezeichnenderweise der einzige Konflikt, bei dem nicht die britische, sondern die spanische Regierung der Hauptprotagonist war (TT 09.12.1991:1b). Auch der *Times*-Aufmacher am zweiten Gipfeltag beschäftigte sich vor allem mit der Frage, welche Erfolge Major bereits erreicht habe und wo noch Konflikte zu erwarten seien (TT 10.12.1991:1).

2002 TT 30.11.1991:9. Allerdings hob die *Times* die britische Regierung auch dann hervor, wenn diese die Positionen der Mehrheit vertrat. In einem Artikel über den von Spanien geforderten Kohäsionsfonds hieß es etwa, dass „Britain and others" verhindern wollten, dass die Konvergenzkosten der südlichen Mitgliedstaaten auf sie abgewälzt würden (TT 10.12.1991:11d).

2003 Entsprechend begannen auffällig viele Überschriften von Artikeln über die Verhandlungen mit „Britain …", etwa TT 13.11.1991:8a, TT 14.11.1991:1a, TT 27.11.1991:12a, TT 03.12.1991:1, TT 04.12.1991:1, TT 10.12.1991:11b, TG 13.11.1991:1, TG 14.11.1991:22, TG 20.11.1991:22a, TG 02.12.1991:1, 26, TG 05.12.1991:8a.

2004 TT 15.11.1991:11b. Auch ein Folgeartikel zu dem Gipfeltreffen hob Kohls und Mitterrands Sicht auf die britische Position hervor (TT 16.11.1991:6b).

2005 Im Einzelnen handelte es sich um die französische Europaministerin Elisabeth Guigou (TG 04.12.1991:8e), den deutschen Kanzleramtsbeamten Peter Hartmann (TG 05.12.1991:8b), den britischen Europa-Staatssekretär Tristan Garel-Jones (TG 28.11.1991:11d) und EG-Botschafter Sir John Kerr (TG

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tung der britischen Bevölkerung wieder;[2006] selbst in einem Bericht über eine gesamteuropäische Umfrage nannte die *Times* nur die britischen Teilergebnisse.[2007]

Auch anlässlich des Vertragsentwurfs, den die niederländische Regierung Anfang November vorlegte, beschrieben beide Zeitungen die britische Reaktion ausführlicher als die Vertragsinhalte selbst: Die *Times* hob unter der Überschrift „Third EC draft treaty still defies Britain" hervor, dass der Vorschlag zahlreiche von Großbritannien abgelehnte Forderungen enthalte und deshalb noch weitere „battles" zu erwarten seien; der *Guardian* betonte unter dem Titel „Treaty too federalist, says Major", dass die Regierung hart verhandle, aber auf einen Kompromiss hoffe.[2008] Auch in späteren Artikeln über die verbleibenden offenen Fragen wurde meist die britische Position den Plänen der übrigen Länder gegenübergestellt.[2009]

Diese starke Schwerpunktsetzung wurde auch dadurch kaum gemildert, dass der *Guardian* eine Reihe von Gastbeiträgen von Autoren linksliberaler Zeitungen aus anderen EG-Ländern veröffentlichte. So erläuterte ein Kommentar des SZ-Autors Josef Joffe, dass auch Deutschland und Frankreich in Maastricht keinen vollen europäischen Föderalismus anstrebten, und hob hervor: „Little Englanders need not fear for their way of life".[2010] Wio Joustra von *De Volkskrant* verglich die europapolitischen Ansichten der Niederländer und der Briten,[2011] und ein von *Le Monde* übernommenes In-

---

02.12.1991:8c) sowie den Generalsekretär der Kommission David Williamson (TG 30.11.1991:8a). Hinzu kam ein (nicht als Teil der Serie gekennzeichnetes) Porträt des spanischen EG-Botschafters Carlos Westendorp, von dem es wiederum ausdrücklich hieß, dass es sich um einen „Anglophile" handele (TG 03.12.1991:8f).

2006 In der Regel brachten diese Umfragen eine mehrheitliche Ablehnung der Vertragsreform zum Ausdruck (TG 14.11.1991:1b, TT 14.11.1991:8c, TT 16.11.1991:6a); einzelne Umfragen ergaben aber auch eine mehrheitlich positive Einstellung gegenüber bestimmten Vorhaben (TG 03.12.1991:22, TT 07.12.1991:1, TT 07.12.1991:4).

2007 TT 22.11.1991:24. Dabei hob sie hervor, dass die britischen Bürger sich von allen Europäern am häufigsten bereit erklärten, für ihr Land zu kämpfen, nach den Iren den größten Stolz auf ihre Nationalität äußerten und am meisten den Verlust ihrer Identität durch ein integriertes Europa fürchteten.

2008 TT 08.11.1991:1, TG 11.11.1991:1, ähnlich auch TT 11.11.1991:1a, TT 12.11.1991:8a, TG 12.11.1991:10d.

2009 Z. B. TT 21.11.1991:10a, TT 02.12.1991:9d.

2010 TG 07.12.1991:23b, ähnlich auch ein aus der SZ übernommener Kommentar von Winfried Münster (TG 22.11.1991:27).

2011 TG 07.12.1991:23a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

terview mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers war fast zur Hälfte der Sonderrolle Großbritanniens gewidmet.[2012] Auch der Einbezug ausländischer Stimmen änderte im *Guardian* also nur wenig an dem vorherrschenden Fokus auf das eigene Land und trug kaum zu einem gemeinsamen transnational-weltanschaulichen Diskurs bei.[2013]

Letztlich richtete sich die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen in Großbritannien vor allem darauf, wie gut sich die eigene Regierung mit ihrer ablehnenden Position durchsetzen würde. Wie schon in den früheren Verhandlungsphasen ging die *Times* auch jetzt davon aus, dass noch weitere Staaten die britischen Vorbehalte teilten und diese bislang nur noch nicht offen gelegt hätten.[2014] Der *Guardian* erwartete hingegen, dass sich Großbritannien in vielen Schlüsselfragen in einer „minority of one" befinde und mit einem möglichen Veto lediglich die anderen Staaten dazu bringen würde, allein mit der Vertragsreform voranzuschreiten.[2015] Insgesamt war das Thema der nationalen Isolation im *Guardian* nun allerdings weniger dominant als zur Regierungszeit Margaret Thatchers. Ein Leitartikel kurz vor dem Gipfel konstatierte ernüchtert:

2012 TG 06.12.1991:23c.

2013 Dass der Einbezug ausländischer Stimmen nicht notwendigerweise zu einem gemeinsamen transnationalen Diskurs führte, lässt sich auch an einem vom *Guardian* aus *Le Monde* übernommenen Artikel erkennen, in dem verschiedene französische Intellektuelle die europäische Integration als „the response to a political and cultural need" beschrieben. Der französische Originaltext endete dabei mit der Aufforderung, dass Politiker und Intellektuelle die Bedeutung der europäischen Integration stärker hervorheben müssten: „Ce besoin [politique et culturel] existe sans doute. Il reste à le révéler et à en faire prendre conscience aux Européens eux-mêmes. C'est le travail des politiques et des intellectuels. Donc des revues" (LM 22.11.1991:2). In der Version des *Guardian* fehlten die letzten beiden Sätze hingegen, und der Text endete mit der deutlich zurückhaltenderen Feststellung: „Such a need probably exists. It remains for it to be revealed and for Europeans to find it convincing" (TG 29.11.1991:27b). Obwohl der französische Artikel scheinbar wörtlich übernommen wurde, fand in der Übersetzung also eine Anpassung an den grundsätzlich europaskeptischeren nationalen Diskurs in Großbritannien statt.

2014 Z. B. TT 03.12.1991:15d.

2015 TG 19.11.1991:10, ähnlich TG 04.12.1991:1, 26. Die Vorstellung, dass mehrere andere Staaten Großbritannien überraschend unterstützen könnten, erwähnte der *Guardian* nur in einem indirekten Zitat: „Senior British ministers claim that on several issues they have common ground with the French, Italians, Danes and Germans" (TG 06.12.1991:22).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> It doesn't greatly matter whether Britain is the solitary opt-out or not. If we're alone at this moment, that's a fact of life, a point worth wriggling over […].[2016]

In den Tagen kurz vor und während des Gipfels nahm die Berichterstattung schließlich noch einmal deutlich zu.[2017] Neben den üblichen Berichten und Kommentaren sowie Auszügen aus dem Vertragsentwurf[2018] fanden sich in den britischen Zeitungen nun auch zahlreiche Glossen sowie kurze Reportagen. Diese Artikel stellten zum Beispiel die Stadt Maastricht als „[a] federalist's dream city" bzw. „Eurocity" vor,[2019] beschrieben die Stimmung unter den angereisten Journalisten[2020] oder unter Brüsseler Studenten,[2021] thematisierten den besonderen EG-Jargon,[2022] das mögliche Profil eines fiktiven „first president of the United States of Europe",[2023] das Menü beim gemeinsamen Abendessen der Regierungschefs[2024] oder die Reaktionen von britischen Einzelhändlern, bei denen ein Journalist mit einer in Belgien geprägten 5-ECU-Gedenkmünze zu bezahlen versuchte.[2025] Schon frühere Gipfel waren in den britischen Medien mit ähnlichen

---

2016 TG 07.12.1991:22.

2017 Zusätzlich zu den ohnehin täglich erscheinenden Themenseiten veröffentlichte zum Beispiel der *Guardian* am 6. Dezember ein dreiseitiges Spezial zu dem Gipfel, das neben Analysen zur Währungs- und Politischen Union (TG 06.12.1991:24c, TG 06.12.1991:24a, TG 06.12.1991:25c) auch Artikel über die Geschichte der europäischen Integration (TG 06.12.1991:23a) oder über die Symbolik der Europaflagge umfasste (TG 06.12.1991:24b). Am 9. Dezember folgte eine weitere Doppelseite mit Berichten, Kommentaren und Glossen (TG 09.12.1991:2–3).

2018 TT 07.12.1991:5e, TT 07.12.1991:5a. Hier wurden auch Aspekte wie die Unionsbürgerschaft oder die Verkleinerung der Kommission genannt, die in der Berichterstattung sonst kaum eine Rolle spielten. Wie in den deutschen und französischen Medien fanden sich allerdings auch hier gewisse Unsicherheiten über das genaue Format des Vertragswerks. So schrieb die *Times* in einem Artikel von „historic treaties on political and economic union" im Plural, obwohl bereits feststand, dass sämtliche Neuerungen in nur einen einzigen Vertrag zusammengefasst würden (TT 11.12.1991:1a).

2019 So TG 29.11.1991:27a bzw. TT 09.12.1991:3a, ähnlich auch TG 06.12.1991:26a, TG 11.12.1991:21.

2020 TG 09.12.1991:2a, TT 10.12.1991:11a, TT 10.12.1991:11c.

2021 TG 04.12.1991:8b.

2022 TG 06.12.1991:26b, TG 09.12.1991:2d, TT 10.12.1991:14, TT 12.12.1991:26.

2023 TG 06.12.1991:25b.

2024 TG 11.12.1991:2b.

2025 TG 09.12.1991:2c. Der ironische Tonfall dieser Glossen fand sich teils auch in Leserbriefen wieder: So druckte der *Guardian* nach dem Gipfel mehrere Leserbriefe ab, in denen scherzhaft über die mögliche Einführung eines „Eurokiss"

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Glossen begleitet worden,[2026] allerdings nicht in demselben Ausmaß. Eine Besonderheit der *Times* waren zudem mehrere Artikel, die anekdotenreich die Arbeitsweise der britischen Delegation in den Verhandlungen beschrieben und von einer Liste der Gesprächspartner John Majors im Vorfeld des Treffens[2027] über eine Vorstellung des britischen Verhandlungsteams[2028] bis zu einer Glosse über die kurzen Schlafzeiten des Premierministers auf dem Gipfel reichten.[2029] Diese Form der Darstellung stellte einen besonderen persönlichen Bezug des Lesers zur nationalen Regierung her, wie er sich in den übrigen hier untersuchten Zeitungen nicht fand.

„Partly in alliance with Britain": Andere Gipfel-Akteure in der britischen Berichterstattung

Jenseits ihrer eigenen Regierung beschrieben die britischen Zeitungen vor allem Helmut Kohl als einen wichtigen Akteur in den Verhandlungen. Allerdings ergab sich auch dessen Bedeutung wiederum vor allem durch die Schlüsselrolle, die Kohl für die britische Regierung spielte. Vor allem die *Times* betonte mehrfach, dass der Bundeskanzler kompromissbereit sei und eine Vermittlungsposition zwischen Großbritannien und den übrigen Mitgliedstaaten einnehmen könne.[2030] Eine Reihe von Zugeständnissen, die die britische Regierung Mitte November ankündigte, wurde als Einlenken auf Deutschland interpretiert, um eine solche Einigung zu erreichen.[2031] Zugleich thematisierte die Zeitung verschiedentlich, dass auch in

---

diskutiert wurde, um die unterschiedlichen Begrüßungskulturen in Europa zu harmonisieren (TG 19.12.1991:18b, TG 20.12.1991:18).

2026 So hatte etwa der *Guardian* das Dubliner Treffen im Juni 1990 ironisch auf die zeitgleich stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft bezogen (TG 26.06.1990:20a).

2027 TT 09.12.1991:1a.

2028 TT 09.12.1991:3e.

2029 TT 12.12.1991:20a; vgl. auch TT 04.12.1991:8b, TT 07.12.1991:5c, TT 11.12.1991:1b.

2030 TT 09.11.1991:10, TT 11.11.1991:12, TT 18.11.1991:9c, TT 27.11.1991:12b, TT 28.11.1991:9b, TT 30.11.1991:9, TT 02.12.1991:9d. In anderen Texten wurden allerdings auch wichtige Unterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien genannt, besonders die Kompetenzen der EG in der Einwanderungs- und Sozialpolitik, die Mehrheitsentscheide in der gemeinsamen Außenpolitik, das Verhältnis zwischen EG und NATO sowie das Vetorecht des Europäischen Parlaments (TT 11.11.1991:12, TT 26.11.1991:11).

2031 TT 11.11.1991:12, TT 13.11.1991:9c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Deutschland noch Vorbehalte gegen die Vertragsreform bestünden, und suggerierte, dass diese eine Grundlage für ein deutsch-britisches Bündnis auf dem Gipfel sein könnten: So erklärte ein Artikel beispielsweise, dass Großbritannien die Übertragung von Gesetzgebungskompetenzen auf das Europäische Parlaments ablehne, und fügte unvermittelt hinzu, dass auch der deutsche Bundesrat den Vertrag nicht ratifizieren wolle, „if it hived off any of the powers now vested in state parliaments".[2032] Andere Artikel verwiesen auf die öffentliche Meinung in Deutschland, die der Währungsunion zunehmend skeptisch gegenüberstehe und eine höhere Kompromissbereitschaft Kohls wahrscheinlich mache.[2033]

Wieder andere Berichte thematisierten allerdings weiterhin auch die Sorge vor einer deutschen Hegemonie, die insbesondere unter europaskeptischen Vertretern der Conservative Party verbreitet war. So erinnerte die *Times* daran, dass der ehemalige Handelsminister Nicholas Ridley hatte zurücktreten müssen, nachdem er die Währungsunion als ein „German racket designed to take over the whole of Europe" bezeichnet hatte,[2034] und zitierte William Cash mit der Warnung „that Britain could become a mere province in a Europe dominated by Germany".[2035]

Im *Guardian* hingegen erschien Kohl eher als Vertreter eines möglichst weitgehenden Integrationsentwurfs; Unterstützung des Bundeskanzlers für Major wurde hier nicht erwartet. Im Gegenteil berichtete die Zeitung wiederholt über Uneinigkeiten und Interessengegensätze zwischen den beiden Regierungen[2036] und betonte das enge Bündnis zwischen Kohl und Mitterrand, die „are said to be determined to push through an agreement at Maastricht whatever the British reservations".[2037] Mehrere Berichte hoben zudem hervor, dass die SPD-Opposition Kohl zu einem noch konsequen-

2032 TT 11.11.1991:1a.
2033 TT 07.12.1991:5b, TT 09.12.1991:2c.
2034 TT 09.11.1991:20, ähnlich auch TT 05.12.1991:17b.
2035 TT 15.11.1991:8. Dass der Vertrag zu einer Einhegung Deutschlands dienen könne, wurde hingegen nur selten erwähnt (so etwa TT 20.11.1991:19d, TT 05.12.1991:17a).
2036 TG 20.11.1991:22a, TG 02.12.1991:8b.
2037 TG 15.11.1991:11, ähnlich TG 16.11.1991:8, TG 04.12.1991:8c. Ein aus der SZ übernommener Kommentar von Winfried Münster betonte jedoch auch die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich, das sich der von Kohl geforderten Stärkung des Europäischen Parlaments widersetze (TG 22.11.1991:27).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ter proeuropäischen Kurs dränge.[2038] Und auch die deutsche Öffentlichkeit war nach Darstellung eines *Guardian*-Artikels „remarkably sanguine about the prospect of using ecus in five or six years' time even if they haven't given it much thought – and there has been no national debate on the issue at all".[2039]

Nur wenige Beiträge im *Guardian* warfen auch Zweifel an der deutschen Entschlossenheit zu einer umfassenden Reform auf. Ein Länderprofil konstatierte kurz vor dem Gipfel eine „new national self-awareness" in der deutschen Öffentlichkeit, Damit einher gehe wachsende Skepsis gegenüber der Währungsunion, die Deutschland „partly in alliance with Britain" bringe: Die Bundesregierung wolle Maastricht zwar zum Erfolg machen, setze aber möglicherweise darauf, dass die Einheitswährung zu einem späteren Zeitpunkt noch daran scheitern werde, dass nicht genügend Mitgliedstaaten die Konvergenzkriterien erfüllten.[2040] Auch dass Kohl Ende November vorschlug, die Vergemeinschaftung der Bereiche Justiz und Inneres auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, sah der *Guardian* als Zugeständnis an „British notions of gradualist institutional reform which are gaining a surprisingly favourable echo in Germany."[2041]

Der französische Präsident Mitterrand erschien im Vergleich zu Kohl weniger bedeutend. Ähnlich wie Jacques Delors wurde er mehrfach als Vertreter besonders weitreichender Integrationsforderungen genannt, die jedoch nicht unbedingt auf die Zustimmung der übrigen Mitgliedstaaten stießen.[2042] Indirektes Gewicht wurde Mitterrand vor allem wegen seines

---

2038 TG 15.11.1991:11, TG 30.11.1991:1, TG 07.12.1991:1. Auch der *Guardian* erwähnte allerdings, dass der Bundesrat bei einem Verlust eigener Kompetenzen mit einem Veto drohe (TG 09.11.1991:10).

2039 TG 07.12.1991:1.

2040 TG 05.12.1991:9a, zur Haltung der deutschen Öffentlichkeit ähnlich auch TG 09.12.1991:3a. Auch der schon erwähnte Gastkommentar von Josef Joffe relativierte die Vorstellung, dass Deutschland eine umfassende Vertragsreform anstrebe (TG 07.12.1991:23b).

2041 TG 26.11.1991:5c, ähnlich TG 28.11.1991:1, TG 29.11.1991:8a. Dass Kohl vorschlug, über die Vergemeinschaftung dieser Bereiche allein den Europäischen Rat (ohne Ratifikation durch die nationalen Parlamente) entscheiden zu lassen, wurde allerdings gleich wieder als ein Konflikt mit Großbritannien gewertet (TG 27.11.1991:1). Generell wurde die zeitliche Verschiebung einzelner Reformschritte als ein deutscher Kompromissvorschlag beschrieben, der für alle Mitgliedstaaten akzeptabel sein könnte (TG 28.11.1991:11a, TG 29.11.1991:8a).

2042 TT 09.11.1991:10, TT 12.11.1991:8b, TT 03.12.1991:10a. Ein Leitartikel und verschiedene Leserbriefe in der *Times* thematisierten zudem eine Forderung

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Einflusses auf Kohl zugeschrieben.[2043] Die britische Regierung, so die *Times*, müsse immer fürchten, wie im April 1990 von einer überraschenden deutsch-französischen Erklärung überrumpelt zu werden.[2044] In diesem Sinne stieß auch auf Aufmerksamkeit, dass Mitterrand gegenüber der deutschen FAZ äußerte, dass eine Politische Union ohne Großbritannien zwar nicht wünschenswert, aber möglich sei.[2045]

Der *Guardian* wiederum beschrieb die französische Regierung etwas widersprüchlich: Einerseits sei sie „determined to lay the foundations of a union with a federal vocation", andererseits wolle sie aber auch nicht auf ihr Vetorecht im UN-Sicherheitsrat oder auf ihre nationale Nuklearbewaffnung verzichten.[2046] Insgesamt spiele Frankreich jedoch die Rolle eines „rogue elephant in the summit endgame" und lasse keine Anzeichen für Zugeständnisse an Großbritannien erkennen.[2047] Beide Zeitungen verwiesen zudem auf den innenpolitischen Druck, dem Mitterrand durch schlechte Umfragewerte, eine aggressive Opposition sowie parteiinterne Querelen ausgesetzt sei.[2048] Nach dem Gipfel beschrieb ein *Guardian*-Artikel Frankreich und Großbritannien schließlich als die Hauptantagonisten in den Verhandlungen. Die Auftritte ihrer jeweiligen Staats- und Regierungschefs zeigten dabei auch wesentliche Unterschiede in der politischen Kultur auf: „President Mitterrand digging in behind concepts of Europe and the vision thing, and John Major facing him as the embodiment of pragmatism and gradualism".[2049]

Alle übrigen Länder spielten in der britischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle und wurden vor allem in Bezug auf ihre Bedeutung

---

der Boulevard-Zeitung *Daily Mail*, Englisch zur einzigen Amtssprache der EU zu erklären, was nur durch die französische Weigerung verhindert werde (TT 19.11.1991:15, TT 25.11.1991:15a, TT 25.11.1991:15b, TT 25.11.1991:15c).

2043 TT 11.11.1991:12. Ein anderer *Times*-Artikel stellte allerdings auch fest, dass der „‚motor' of the community" nicht, wie die französische Regierung gerne erkläre, aus „France and Germany" bestehe, sondern aus „the partnership between Jacques and Helmut", also Kommissionspräsident Delors und Bundeskanzler Kohl (TT 09.12.1991:2d).

2044 TT 26.11.1991:11.

2045 TT 30.11.1991:1, TT 30.11.1991:9.

2046 TG 29.11.1991:8a, ähnlich TG 04.12.1991:8c.

2047 TG 03.12.1991:8c.

2048 TT 09.12.1991:2b, TG 28.11.1991:11b. Im Widerspruch dazu konstatierte ein *Guardian*-Artikel allerdings auch einen starken „consensus in favour of moves towards federalism" unter den französischen Parteien; Mitterrand habe deshalb vor dem Gipfel von Maastricht „no internal obstacles" (TG 04.12.1991:8c).

2049 TG 12.12.1991:11.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

für Großbritannien wahrgenommen. Bereits erwähnt wurde das Interview mit dem niederländischen Premierminister und Ratspräsidenten Ruud Lubbers, das vor allem die Rolle der britischen Regierung thematisierte.[2050] Andere Artikel analysierten beispielsweise, inwiefern Italien,[2051] Portugal[2052] oder Irland[2053] in Maastricht als britische Verbündete in Frage kämen. Allerdings veröffentlichte der *Guardian* auch eine Artikelserie zur nationalen Europapolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, die weitgehend ohne Bezüge auf Großbritannien auskam.[2054] Die *Times* wiederum stellte kurz vor dem Gipfel alle nationalen Regierungschefs in einer Überblicksdarstellung mit kurzen Einzelporträts vor.[2055]

Nur wenig Aufmerksamkeit fanden schließlich auch die supranationalen Akteure. Das Europäische Parlament beispielsweise erschien in der britischen Berichterstattung in den letzten Wochen vor dem Gipfel von Maastricht fast überhaupt nicht mehr. Markant lässt sich dieses geringe Interesse etwa an der Berichterstattung zu zwei gleichzeitig stattfindenden Sitzungen des Europäischen Parlaments und des britischen Unterhauses am 20. November 1991 beobachten, bei denen jeweils über die Vertragsre-

---

2050 TG 06.12.1991:23c, vgl. auch TT 13.11.1991:9b. Daneben erschienen noch einige weitere Artikel, die die Positionen der Niederlande als Ratspräsidentschaft behandelten (TG 06.12.1991:23c, TG 07.12.1991:23a, TT 09.12.1991:3b).

2051 Wie die *Times* erklärte, waren sich beide Länder wirtschaftlich ähnlich und wurden zudem beide durch die deutsch-französische Achse ausgeschlossen. Dennoch hätten sie unterschiedliche Einstellungen zur EG: Was Großbritannien für „time-wasting Euro-babble" halte, begrüße Italien als „genuine political idealism" (TT 28.11.1991:9a, vgl. auch TG 26.11.1991:5a in Bezug auf die Verteidigungspolitik).

2052 Der *Guardian* betonte, dass Portugal entgegen der britischen Hoffnung in wichtigen Fragen auf der Seite der Mehrheit der EG-Staaten stehe (TG 27.11.1991:1).

2053 Der *Guardian* stellte fest, dass Irland wie Großbritannien Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik ablehne (TG 30.11.1991:8d). Daneben erschienen im *Guardian* jedoch noch einige weitere Artikel über die irische Europapolitik, die nicht weiter auf die britische Position eingingen (TG 29.11.1991:9, TG 30.11.1991:8e).

2054 Diese Serie umfasste die Benelux-Staaten (TG 26.11.1991:5b), Dänemark (TG 27.11.1991:9a), Irland (TG 28.11.1991:11e), Italien (TG 29.11.1991:8c), Griechenland (TG 30.11.1991:8c), Portugal (TG 02.12.1991:8a), Spanien TG 03.12.1991:8a), Frankreich (TG 04.12.1991:8c) und Deutschland (TG 05.12.1991:9a). Zudem erschienen im *Guardian* ausführliche Artikel über die Sichtweise der USA (TG 07.12.1991:8e) und der Beitrittskandidaten in Ostmittel- und Nordeuropa, die als „absent friends" von den Ergebnissen des Gipfels betroffen seien, ohne daran teilnehmen zu können (TG 07.12.1991:8a).

2055 TT 09.12.1991:2e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

form diskutiert wurde. Sowohl die *Times* als auch der *Guardian* widmeten der Unterhausdebatte an den Folgetagen mehrere Aufmacher sowie detaillierte Berichte.[2056] Die Sitzung des Europäischen Parlaments behandelten sie hingegen nur in jeweils einem einzelnen, wenig prominent platzierten Artikel – und hoben dabei vor allem hervor, dass Jacques Delors dort in einer Rede die britische Regierung kritisiert habe.[2057]

Auch die europäischen Parteien kamen in der Berichterstattung nahezu überhaupt nicht vor – und wenn, dann nur in Bezug auf nationale Regierungen: So thematisierten zwei Artikel über ein Treffen der EVP-Regierungschefs kurz vor dem Gipfel vor allem die Positionen Helmut Kohls, nicht die der EVP als Partei;[2058] und dass die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament auf Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik drängte, behandelte der *Guardian* unter der Überschrift „Socialist MEPs try to corner Britain".[2059]

Nur wenig mehr Aufmerksamkeit fand schließlich die Europäische Kommission. Zwar nannte die *Times* Jacques Delors wie bereits in früheren Jahren wiederholt als Hauptvertreter des europäischen Föderalismus und damit als wichtigen Gegenspieler der britischen Regierung. Ein Bericht bezeichnete ihn als „the high priest of European federalism";[2060] andere Artikel sprachen zum Beispiel von der „economic union envisaged by M Delors" oder verwiesen auf Delors' Sorge, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten seinen „federal dream" verraten könnten.[2061] Zugleich ließen

2056 TT 21.11.1991:1, TT 21.11.1991:6–7, TT 22.11.1991:1a, TG 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:8b, TG 22.11.1991:8a, TG 22.11.1991:1. Außerdem veröffentlichte die *Times* eine Sammlung prägnanter Zitate aus der Debatte (TT 22.11.1991:1b), im *Guardian* erschienen mehrere Glossen (TG 21.11.1991:8c, TG 22.11.1991:8f).

2057 TT 21.11.1991:10b, TG 21.11.1991:22. Ähnlich wie die deutschen Zeitungen erklärte der *Guardian* zudem, dass die Stärkung des Europäischen Parlaments bei der Vertragsreform hinter den Erwartungen zurückbleibe. Zwar seien die Argumente dafür „overwhelming", da die nationalen Parlamente allein keine effektive demokratische Kontrolle der EG bewirken könnten. Der Vertragsentwurf bringe den Europaabgeordneten jedoch nur „the right to veto a handful of policy decisions" und werde deshalb viele enttäuschen (TG 03.12.1991:8d, ähnlich TG 03.12.1991:19b).

2058 TT 27.11.1991:12b, TG 27.11.1991:1.

2059 TG 03.12.1991:8e. Ein weiterer Artikel thematisierte, dass der britische Labour-Parteichef Neil Kinnock bei einem Treffen der BSPEG einen Beschluss zu einer gemeinsamen „defence identity" der EG blockiert habe (TG 05.12.1991:8c).

2060 TT 18.11.1991:9d.

2061 TT 13.11.1991:19, TT 14.11.1991:8e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

beide Zeitungen aber wenig Zweifel daran, dass die Mitgliedstaaten, nicht die supranationalen Organe die entscheidenden Akteure in Maastricht seien. Ein Positionspapier, mit dem die Kommission vor einer Verwässerung der Vertragsreform warnte, wertete der *Guardian* als „predictable";[2062] und dass Delors in einer Rede die zu intergouvernementale Ausrichtung der Vertragsreform kritisierte, interpretierte die *Times* als Reaktion darauf „that he has been sidelined in the last phase of the negotiations".[2063] Ein Gastkommentar von Charles Powell, dem ehemaligen Privatsekretär Margaret Thatchers, hob hervor, dass in Maastricht eine Einigung gesucht werde „that satisfies the basic requirements of all the member states, if not the appetite of the Commission and the European Parliament".[2064]

Anlässlich einer Ansprache bei einer Demonstration der Jungen Europäischen Föderalisten erschien Delors am Vorabend des Gipfels schließlich noch einmal als Symbolfigur des europäischen Föderalismus. Ein *Times*-Artikel bezeichnete ihn als „the most powerful president of the EC's unelected Commission since its founding" und „the EC's first superstar for 30 years".[2065] Ein anderer Beitrag umschrieb die Unterstützung der niederländischen Königin für eine Einheitswährung, in der nicht mehr ihr eigenes Abbild auf den niederländischen Münzen erscheinen würde, mit der ironischen Formulierung, Königin Beatrix sei „ready to risk her neck for Jacques Delors".[2066] Doch auch hier kam kaum ein Text ohne Bezug auf die britische Regierung aus. So behandelte der Text über Delors' Rede bei den Jungen Europäischen Föderalisten vor allem dessen Kritik an „the one country that kept saying ‚no, no, no'".[2067] Und auch der Bericht über Köni-

2062 TG 28.11.1991:11a. Interessant erschien dem *Guardian* allerdings, dass auch das britische Kommissionsmitglied Leon Brittan diese Position mittrage und damit von der Linie der Conservative Party abweiche.

2063 TT 23.11.1991:12. Auch sonst beschrieb die *Times* wiederholt den vermeintlichen Einflussverlust des Kommissionspräsidenten. So erklärte sie etwa, dass in der Frage, ob nur Großbritannien oder auch die übrigen Mitgliedstaaten ein Opt-out aus der Währungsunion erhalten sollten, auf Drängen des britischen Kommissionsmitglieds Leon Brittan die Mehrheit der Kommission inzwischen nicht mehr die Linie Delors' unterstütze (TT 28.11.1991:9b); ein anderer Artikel beschrieb Uneinigkeiten zwischen Delors und der niederländischen Ratspräsidentschaft (TT 18.11.1991:9d).

2064 TT 12.11.1991:14.

2065 TT 09.12.1991:2d, vgl. auch TT 09.12.1991:1a.

2066 TT 10.12.1991:11a.

2067 TT 09.12.1991:1a, ähnlich TG 09.12.1991:1a. Die Wendung „no, no, no", die Delors in seiner Ansprache aufgriff, spielte auf die Rede an, mit der Thatcher am 30. Oktober 1990 vor dem britischen Unterhaus die Politische Union und auch Delors persönlich angegriffen hatte.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gin Beatrix ging explizit auf die Ankündigung der britischen Regierung ein, dass auf britischen Münzen auch im Falle einer Währungsunion jedenfalls weiterhin das Gesicht von Elizabeth II. abgebildet sein werde.[2068]

„The single biggest barrier between the Conservative Party and a deal at Maastricht": Inhaltlicher Fokus auf britische Konfliktthemen

Der starke Fokus auf die eigene nationale Regierung hatte auch Auswirkungen auf die Darstellung der Inhalte der Vertragsreform. Zwar gingen die britischen Zeitungen in ihrer Berichterstattung auf ein recht breites Themenspektrum ein. Anfang Dezember veröffentlichte die *Times* zum Beispiel eine Artikelreihe über die Themen Einwanderung, Sozialpolitik, gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die neuen Kompetenzen der Europäischen Kommission;[2069] im *Guardian* erschien eine ähnliche Serie über die Themen Verteidigung, Währungsunion, Einwanderung, nationale Souveränität, Rolle des Europäischen Parlaments, Außenpolitik und Sozialcharta.[2070] Das Hauptinteresse lag dabei jedoch stets auf den Positionen der britischen Regierung. So war dem *Guardian* sogar die dem Vertrag von Maastricht angefügte Erklärung zum Tierschutz eine Kurzmeldung wert – und zwar vor allem deshalb, weil es sich dabei um eine „victory" der briti-

2068 TT 10.12.1991:11a, auch TG 10.12.1991:3a. Im Herbst 1990 hatte Margaret Thatcher argumentiert, die europäische Währungsunion sei abzulehnen, weil dann nicht mehr der Kopf der Königin auf den britischen Münzen abgebildet sein würde – worauf der EG-Kommissar Leon Brittan die Möglichkeit ins Spiel gebracht hatte, dass die europäischen Münzen jeweils eine nationale Seite haben könnten (TT 29.11.1990:18, vgl. auch TG 03.11.1990:2, TT 05.11.1990:10). Die Frage war seitdem ein wiederkehrendes Thema in der britischen Debatte über die Währungsunion geblieben (z. B. auch TG 02.12.1991:1, 26, TG 02.12.1991:24a; vgl. auch Metzler 2010:188–189). Ein *Guardian*-Kommentar nannte die Auseinandersetzung darüber „whether the Queen's head will survive on the coinage" als Beispiel dafür, dass die britische Debatte über die Vertragsreform großteils „primitive and emotional" sei (TG 20.11.1991:8a).

2069 TT 02.12.1991:9c, TT 03.12.1991:10a, TT 04.12.1991:9c, TT 05.12.1991:11c.

2070 TG 26.11.1991:5a, TG 27.11.1991:9b, TG 30.11.1991:8b, TG 02.12.1991:8d, TG 03.12.1991:8d, TG 04.12.1991:8a, TG 05.12.1991:9c. Weitere Artikel außerhalb der Serie behandelten beispielsweise die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat (TG 05.12.1991:8a), den Umweltschutz (TG 07.12.1991:8c) sowie den Delorsplan und die Funktionsweise der Währungsunion (TG 06.12.1991:24c, TG 06.12.1991:24a). Hinzu kamen Überblicksdarstellungen, die sämtliche wichtigen Reformbereiche auflisteten (TG 28.11.1991:9).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Regierung handle, die eine entsprechende Bestimmung gefordert hatte.[2071]

Im Vordergrund der Berichterstattung standen dementsprechend jene Reformen, bei denen die Konflikte zwischen der britischen Regierung und den übrigen Mitgliedstaaten am deutlichsten sichtbar waren. Nachdem es in den letzten Wochen vor dem Gipfel in verschiedenen Fragen bereits eine Annäherung gegeben hatte,[2072] blieben unmittelbar vor dem Treffen in Maastricht noch drei Hauptthemen übrig: die ‚föderale Berufung' der EG, das britische Opt-out aus der Währungsunion sowie das Sozialkapitel, das neu in den Vertrag eingefügt werden sollte.

Die größte symbolische Bedeutung kam dabei der Frage zu, ob der Vertrag – wie im niederländischen Entwurf vorgesehen – ein „federal goal" für die EU festschreiben würde.[2073] Vor allem unter dem Druck des europaskeptischen Flügels der Conservative Party wiesen Außenminister Hurd sowie Major selbst diese Formulierung mehrfach strikt zurück.[2074] Der *Guardian* äußerte daraufhin bereits einen Monat vor dem Gipfel die Erwartung, dass eine Einigung nicht hieran scheitern und der entsprechende Satz fallen gelassen würde, sofern die britische Regierung in anderen Fragen zu Zugeständnissen bereit sei.[2075] Ein Artikel zitierte den niederländischen Außenminister Van den Broek, „that those countries inspired by the goal of a federal-style European union had to accept that this could not be achieved over the treaty draft as it stands";[2076] wenig später äußerte die Zeitung noch einmal die Erwartung, das Wort „federal" werde „almost certainly disappear from the final text".[2077]

2071 TG 04.12.1991:8d Dabei hatte sich Großbritannien, wie der *Guardian* erklärte, gegen Spanien durchgesetzt, das um seine „national festivals", also den Stierkampf, fürchte.

2072 Beispielsweise berichtete der *Guardian* über ein Nachgeben Großbritanniens bei der Stärkung des Europäischen Parlaments (TG 13.11.1991:1, TG 13.11.1991:11b), über deutsche Zugeständnisse im Bereich Justiz und Inneres (TG 26.11.1991:5c) und über Kompromisse aller Seiten in Bezug auf das Verhältnis zwischen EG und NATO (TG 03.12.1991:8b).

2073 TT 08.11.1991:1, TG 11.11.1991:1, TG 12.11.1991:10a.

2074 TG 12.11.1991:10d, TG 20.11.1991:22a, TT 14.11.1991:1a, TT 15.11.1991:1, TT 21.11.1991:1.

2075 TG 11.11.1991:8.

2076 TG 14.11.1991:22. Auch die Times griff entsprechende Andeutungen des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers auf, allerdings in weniger eindeutiger Form (TT 13.11.1991:1, TT 13.11.1991:9b).

2077 TG 20.11.1991:8b. Diese Erwartung wurde bis zum Gipfel in zahlreichen Berichten kontinuierlich wiederholt (TG 27.11.1991:1, TG 04.12.1991:1, 26, TG 06.12.1991:10, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Trotz dieser absehbaren Lösung verschwand das Thema jedoch nicht aus der Berichterstattung: In der letzten Version des Vertragsentwurfs, die Anfang Dezember veröffentlicht wurde, blieb die niederländische Ratspräsidentschaft bei der umstrittenen Wendung. Van den Broek stellte zwar eine alternative Formulierung in Aussicht, beharrte jedoch darauf, dass Großbritannien dafür einen Preis bezahlen müsse.[2078] Major hingegen lehnte einen derartigen „[f]ederal trade-off" ab: Eine föderale Berufung der EG stehe für die britische Regierung nicht zur Debatte und werde deshalb auch nicht als möglicher Verhandlungsgegenstand angesehen.[2079] Damit verlagerte sich die Diskussion auf die Frage, ob Großbritannien für den Verzicht auf die Formulierung irgendwelche Zugeständnisse würde machen müssen oder nicht. Angesichts des großen Umfangs der Vertragsverhandlungen, in denen alle Seiten zu zahlreichen Zugeständnissen und Kompromissen gezwungen waren, hatte diese Frage kaum praktische Relevanz. Dennoch hielt vor allem die *Times* sie dauerhaft im Fokus der Berichterstattung: Mehrere Artikel hoben das „federal goal" schon in der Überschrift als zentrale Streitfrage hervor[2080] – und legten damit die Grundlage dafür, dass die britische Regierung den Verzicht darauf nach dem Gipfel als eigenen Erfolg herausstellen konnte.

Umgekehrt spielte der *Guardian* den absehbaren Erfolg der britischen Regierung herunter und betonte in mehreren Artikeln, dass es sich dabei nur um eine symbolische Frage handle. So habe Jacques Delors selbst den Verzicht auf das Wort „federal" mit der Äußerung abgetan: „A flower by any other name smells as sweet".[2081] Und auch für die meisten anderen Mitgliedstaaten sei die Alternativformulierung, „an ever closer union of the peoples of Europe", nur „code for a federal-style political union".[2082] Ein Kommentar bezeichnete die Diskussion als „word-play" und „a prime example of the politics of slogan and rhetoric", das von der Regierung jedoch als „a great triumph for our ministers" präsentiert werde, um so die parteiinternen Konflikte der Conservative Party zu beruhigen.[2083]

2078 TT 04.12.1991:1.
2079 TT 05.12.1991:1, ähnlich TG 05.12.1991:9b. Zudem erschien das „federal goal" auch in einer Auflistung der zehn verbleibenden Konfliktfelder, die die britische Regierung Anfang Dezember veröffentlichte (TT 03.12.1991:1).
2080 Z. B. TT 04.12.1991:1, TT 06.12.1991:1, TT 07.12.1991:5e; vgl. auch TT 07.12.1991:1, TT 09.12.1991:3d.
2081 TG 06.12.1991:22.
2082 TG 06.12.1991:25a.
2083 TG 05.12.1991:22, ähnlich auch TG 20.11.1991:21.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Der zweite große Konfliktpunkt, über den die britischen Zeitungen vor dem Gipfel ausführlich berichteten, war die Währungsunion. Auch hier zeichnete sich schon frühzeitig eine Kompromisslinie in Form eines britischen Opt-outs ab. Ein *Guardian*-Leitartikel bezeichnete das Thema deshalb bereits Anfang November als „intrinsically settled“:

> Britain (and maybe some others) can opt out of binding commitments until Parliament later deems it right to opt in. This is a fudge; but not necessarily the worse for that.[2084]

Dennoch blieb die Sorge, dass eine Währungsunion die britische Souveränität einschränken könnte, ein Dauerthema der Berichterstattung. In der *Times* kam es zu einer in Leitartikeln, Kommentaren und Leserbriefen geführten Debatte, ob die Formulierung des Opt-outs im Vertragsentwurf schon genüge, um Großbritannien effektiv vor den Auswirkungen der Währungsunion zu schützen.[2085] Zu einem viel genutzten Schlagwort entwickelte sich auch der Ausdruck „conveyor belt to federalism“, mit dem Margaret Thatcher in einer Unterhausdebatte vor der Währungsunion warnte.[2086] Der *Guardian* benutzte den Begriff hingegen weitaus seltener und stets nur als Beschreibung der Sichtweise Thatchers und ihrer Verbündeter.[2087] Auch hier wurde jedoch immer wieder betont, dass Großbritannien in den Verhandlungen auf einem Opt-out bestehe.[2088]

2084 TG 06.11.1991:20.

2085 TT 13.11.1991:19, TT 14.11.1991:19a, TT 15.11.1991:11a, TT 16.11.1991:15. Im *Guardian* spielte die Frage nach der Wirksamkeit des Opt-outs eine kleinere Rolle, wurde aber ebenfalls in einigen Kommentaren thematisiert (TG 10.12.1991:2b).

2086 TT 21.11.1991:1, TG 21.11.1991:8a. In der Berichterstattung der *Times* wurde die Metapher bald nicht nur für die Währungsunion, sondern allgemein für die im Vertrag enthaltenen Stufen- und Revisionsklauseln bzw. für die Idee einer immer engeren Integration angewandt (vgl. TT 28.11.1991:9b, TT 30.11.1991:9, TT 06.12.1991:1, TT 07.12.1991:1, TT 09.12.1991:15d, TT 10.12.1991:1, TT 12.12.1991:3b, TT 12.12.1991:20b). Sie erfüllte damit teilweise eine ähnliche Funktion wie der Begriff der „Unumkehrbarkeit“ in den deutschen Medien, war aber anders als dieser klar negativ konnotiert. Nur vereinzelt wurde der Ausdruck auch ironisch umgekehrt, um eine europafreundliche Position auszudrücken – etwa von Geoffrey Howe, der nach dem Gipfel warnte, dass Großbritannien durch das Opt-out aus der Währungsunion auf einen „conveyor belt to ‚economic outer space‘“ geraten könne (TT 20.12.1991:6b, ähnlich TG 20.12.1991:7).

2087 Z. B. TG 26.11.1991:22c, TG 26.11.1991:7a.

2088 TG 12.11.1991:10c, TG 21.11.1991:8e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Da die übrigen Regierungen dem gar nicht widersprachen, verlagerte sich allerdings die Diskussion in den letzten Wochen vor dem Gipfel auf spezifischere Fragen. So forderte die britische Regierung nicht nur, auch bei einem Opt-out noch ein Mitspracherecht bei Entscheidungen zur Einheitswährung zu haben, was die andere EG-Staaten ablehnten.[2089] Vor allem war umstritten, ob außer Großbritannien auch andere Länder die Möglichkeit einer Nicht-Beteiligung an der Währungsunion bekommen würden. Ein solches ‚allgemeines Opt-out' war im vorletzten Vertragsentwurf der niederländischen Ratspräsidentschaft vorgesehen und wurde von der britischen Regierung unterstützt, um in Maastricht weniger isoliert zu erscheinen. Italien, Frankreich und andere Regierungen lehnten es hingegen ab, um eine spätere Abkehr weiterer Staaten von der Währungsunion zu verhindern. In den Zeitungen wurde dieser Konflikt immer wieder dargestellt. Dabei sah die *Times* zunächst Dänemark, die Niederlande oder auch Deutschland als mögliche Verbündete Großbritanniens,[2090] während der *Guardian* die britische Isoliertheit herausstellte.[2091] Als die niederländische Ratspräsidentschaft das ‚allgemeine Opt-out' im letzten Vertragsentwurf Anfang Dezember schließlich fallen ließ, gingen die meisten Artikel im *Guardian* davon aus, dass Major letztlich einlenken und ein nur britisches Opt-out akzeptieren würde.[2092] Die *Times* hingegen beschrieb diese Frage nun als einen der Bereiche, zu denen es in Maastricht zu einer größeren Auseinandersetzung kommen könnte,[2093] und forderte die Regierung auch in einem Leitartikel dazu auf, beim ‚allgemeinen Opt-out' hart zu bleiben.[2094]

Die dritte Streitfrage, die bis zum Gipfel offen blieb, war schließlich das Kapitel zur Sozialpolitik, das dem Vertrag neu hinzugefügt werden sollte und von der britischen Regierung strikt abgelehnt wurde. Dieses Thema (das immer wieder mit der gleichzeitig stattfindenden Debatte über eine

2089 TG 02.12.1991:8b, vgl. auch TG 26.11.1991:24.

2090 TT 11.11.1991:12, TT 12.11.1991:8c, TT 13.11.1991:9b, TT 21.11.1991:10a. Ein Artikel hob zudem hervor, dass innerhalb der Kommission zwar Jacques Delors gegen ein ‚allgemeines Opt-out' sei, die Mehrheit der übrigen Kommissionsmitglieder jedoch dafür (TT 28.11.1991:9b).

2091 TG 11.11.1991:8, TG 20.11.1991:8b, TG 02.12.1991:1, 26, TG 03.12.1991:22, TG 04.12.1991:1, 26, TG 07.12.1991:8d.

2092 TG 03.12.1991:8c, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e, TG 10.12.1991:2a, ähnlich auch schon TG 28.11.1991:11c.

2093 Z. B. TT 02.12.1991:1, TT 03.12.1991:1, ähnlich auch einige Berichte im *Guardian:* TG 02.12.1991:1, 26, TG 04.12.1991:1, 26, TG 07.12.1991:1.

2094 TT 03.12.1991:15d.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

geplante, von der britischen Regierung ebenfalls zurückgewiesenen EG-Richtlinie zur Begrenzung der Wochenarbeitszeit verbunden wurde)[2095] wurde von den Zeitungen immer wieder als offene Frage erwähnt, in der Großbritannien „virtually alone" stehe.[2096] Obwohl die *Times* Anfang November noch ein Nachgeben der britischen Regierung für wahrscheinlich ansah,[2097] kam es bald zu einer Verhärtung der Positionen.[2098] Auch wenn beide Zeitungen darüber berichteten, dass die niederländische Ratspräsidentschaft nach einem Kompromiss suche,[2099] erschien die Sozialpolitik kurz vor dem Gipfel in der *Times*-Liste der verbleibenden Konfliktpunkte als die einzige Frage, in der eine Einigung „unlikely" sei.[2100]

Wie schon während der ersten Phase der Vertragsverhandlungen kam es dabei teilweise zu einer Überlagerung der Gegensätze zwischen nationaler Souveränität und europäischem Föderalismus einerseits und Wirtschaftsliberalismus und Sozialstaatlichkeit andererseits. So erläuterte der *Guardian*, die britische Regierung werde nicht nachgeben, da sie eine gemeinsame EG-Sozialpolitik als „ill disguised form of ‚Euro-socialism'" bzw. „a totem of ‚creeping Marxism'" sehe.[2101] Das Sozialkapitel bilde deshalb „the single biggest barrier between the Conservative Party and a deal at Maastricht".[2102] Als Befürworter des Sozialkapitels erschienen demgegenüber die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament[2103] sowie Jacques Delors, den die *Times* in diesem Zusammenhang sowohl als Exponenten der europäischen Sozialdemokratie als auch als überzeugten Föderalisten darstellte.[2104]

Insgesamt herrschten nun allerdings mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster vor; vor allem die *Times* begründete die Ablehnung des Sozialkapitels explizit auch als ein nationales britisches Interesse. So erklärte ein Leitartikel, dass die übrigen Mitgliedstaaten wohl ohnehin nicht vorhätten, das Sozialkapitel getreulich umzusetzen. Das Veto dagegen sei für „law-abiding countries" wie Großbritannien deshalb der einzige Schutz ge-

2095 TT 30.11.1991:1, TT 04.12.1991:9a, TG 04.12.1991:8f.
2096 TG 13.11.1991:1, ähnlich TG 13.11.1991:11a, TG 27.11.1991:4, TG 06.12.1991:22, TG 09.12.1991:2e.
2097 TT 09.11.1991:10.
2098 TT 21.11.1991:10a, TT 21.11.1991:10b, TT 27.11.1991:12b.
2099 TG 26.11.1991:24, TT 05.12.1991:11a.
2100 TT 02.12.1991:9b, ähnlich TT 02.12.1991:9d, TT 06.12.1991:1.
2101 TG 14.11.1991:22, TG 05.12.1991:9c.
2102 TG 30.11.1991:8d, ähnlich auch TT 29.11.1991:18.
2103 TG 03.12.1991:8d.
2104 TT 03.12.1991:10a, TT 09.12.1991:1a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gen „continent-wide industrial corporatism“ und gegen eine Sozialpolitik, die letztlich nur „illegality and the black economy“ fördern würde.[2105]

Begünstigt wurde die Abkehr von einem gesamteuropäisch-weltanschaulichen Deutungsmuster auch dadurch, dass neben den Sozialisten Mitterrand und Delors nun wiederholt auch Helmut Kohl als prominenter Befürworter des Sozialkapitels in Erscheinung trat. Ein Artikel verwies in diesem Zusammenhang zwar darauf, dass die europäischen Christdemokraten – anders als die britischen Konservativen – einer europäischen Sozialpolitik offen gegenüberstünden.[2106] Häufiger wurde Kohls Haltung jedoch als nationale deutsche Position beschrieben,[2107] und ein aggressiv formulierter Kommentar beschrieb die EG-Sozialpolitik sogar als einen Versuch, die britischen Arbeitskosten auf das deutsche Niveau zu heben, um Deutschland dadurch die „economic domination of Britain“ zu erlauben.[2108] Umgekehrt erschien auch die sozialistische spanische Regierung unter Felipe González nun aus Gründen des nationalen Interesses skeptisch gegenüber Mehrheitsentscheidungen in der EG-Sozialpolitik, da diese zu hohen Kosten für die ärmeren Länder führen könnten.[2109]

Der Fokus auf diese drei Großkonflikte führte dazu, dass beide britischen Zeitungen dem Gipfel keine allzu großen Erfolgsaussichten zuschrieben. Ab Ende November berichteten sie wiederholt, dass das Treffen in Maastricht womöglich an einem britischen Veto scheitern könnte.[2110] Wie realistisch dieses Szenario war, blieb allerdings unklar: Beispielsweise stellte die *Times* einerseits schon bald fest, dass eigentlich allen Regierungen an einem Kompromiss gelegen sei;[2111] andererseits thematisierte sie

2105 TT 29.11.1991:19g. Ein anderer Leitartikel erklärte, Großbritannien dürfe das Sozialkapitel nicht akzeptieren, „in Europe's interest as well as its own“ (TT 09.12.1991:15d, ähnlich auch TT 05.12.1991:17b). Nach dem Gipfel zitierte die *Times* gleich in zwei Artikeln den niederländischen Europa-Staatssekretär Piet Dankert, der „a cultural difference between the Continentals and the UK“ als Ursache für die Konflikte über die EG-Sozialpolitik identifizierte (TT 11.12.1991:1a, TT 11.12.1991:11c).

2106 TT 27.11.1991:12b, ähnlich auch TT 09.12.1991:1a.

2107 TT 11.11.1991:12, TT 26.11.1991:11.

2108 TT 03.12.1991:14. Demgegenüber argumentierte ein *Guardian*-Kommentar, die EG-Sozialpolitik sei dem deutschen Modell nachempfunden, von dem das britische weit entfernt sei. Angesichts der höheren deutschen Wettbewerbsfähigkeit könnte Großbritannien aber von einer Angleichung an deutsche Verhältnisse profitieren (TG 10.12.1991:2b).

2109 TT 10.12.1991:11d.

2110 Z. B. TG 21.11.1991:8e, TG 09.12.1991:1a, TT 06.12.1991:1.

2111 TT 03.12.1991:10b, ähnlich auch TG 28.11.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

aber auch wiederholt Überlegungen der Ratspräsidentschaft, den Gipfel notfalls zu verlängern oder vor Jahresende noch weitere Treffen des Europäischen Rates zu organisieren.[2112] Der *Guardian* berichtete noch am zweiten Gipfeltag, der Streit über das Sozialkapitel könne „still wreck the negotiations".[2113] Ein Artikel verknüpfte das Thema allerdings auch mit der parteiinternen Krise der Conservative Party – und zitierte den Vorwurf eines Labour-Sprechers, demzufolge

> the Tories had manipulated the European issue to boost Mr Major's standing, "creating a monstrous challenge for John Major, only for him at the last moment to snatch a great victory out of it".[2114]

Dass nicht nur Großbritannien, sondern auch Spanien mit einem Veto drohte, falls auf dem Gipfel nicht die Einrichtung eines Konvergenzfonds beschlossen würde, behandelten die britischen Medien hingegen deutlich knapper. Anders als etwa in den deutschen Zeitungen stieß diese Forderung in der *Times* zunächst auch kaum auf Kritik. Stattdessen verglich die Zeitung den vorgeschlagenen Konvergenzfonds mit dem Länderfinanzausgleich, wie er in Bundesstaaten wie Deutschland und Österreich existiere, und erklärte dazu schlicht, dass die spanische Regierung die britischen Vorbehalte gegenüber einem föderalen Europa nicht teile.[2115] Der *Guardian* zeigte hingegen weniger Verständnis für die spanische Position und sprach von „the possibility of a veto that would sabotage Maastricht as effectively as any from Mr Major".[2116]

Insgesamt bestimmte der Fokus auf die eigene nationale Regierung also auch die Auswahl der Verhandlungsthemen, die den britischen Zeitungen berichtenswert erschienen. Im Vordergrund standen dabei jene Punkte, die die britische Regierung selbst als besonders problematisch bezeichnete und mit Veto-Drohungen belegte – selbst wenn wie bei der Formulierung zur ‚föderalen Berufung' der EG eine Kompromisslösung eigentlich bereits absehbar war. Und auch wie sich die EG durch die Einheitswährung verändern und ob etwa ein Konvergenzfonds für den Zusammenhalt der Währungsunion nötig sein würde, interessierte deutlich weniger als die Frage nach den Modalitäten des eigenen nationalen Opt-outs.

2112 TT 30.11.1991:12, TT 06.12.1991:14a, TT 09.12.1991:2a, auch TG 27.11.1991:1.
2113 TG 10.12.1991:1, 26, ähnlich TG 10.12.1991:3d.
2114 TG 29.11.1991:24.
2115 TT 29.11.1991:12. Nachdem die britische Regierung gegen den Konvergenzfonds Position bezogen hatte, äußerte sich allerdings auch die *Times* kritischer zu der spanischen Veto-Drohung (TT 10.12.1991:11d).
2116 TG 03.12.1991:8a, ähnlich TG 09.12.1991:2e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„Passing historical aberration": Kritik an der Vertragsreform in Meinungstexten

Die britischen Positionen beherrschten jedoch nicht nur die Berichterstattung; auch in Meinungstexten arbeiteten sich die Zeitungen vor allem an den Gegensätzen zwischen der eigenen Regierung und den übrigen EG-Staaten ab. Dabei ließ speziell die *Times* wie in der Vergangenheit keinen Zweifel daran, dass sie die Vorbehalte der Regierung gegen die Vertragsreform unterstützte. In mehreren Kommentaren wurde Großbritannien als Vertreter eines europapolitischen Pragmatismus beschrieben, im Gegensatz zu den Föderalisten in den übrigen Mitgliedstaaten, die mit „windy rhetoric"[2117] ihr „vision thing"[2118] voranzubringen versuchten. Zudem kritisierte die Zeitung wiederholt, dass die Vertragsreform überstürzt erfolge, wofür häufig die Metapher gebraucht wurde, die EG versuche zu „run before it can walk".[2119] Und schließlich fand sich auch wieder der schon übliche Topos von Großbritannien als eigentlichem ‚guten Europäer', der die EG-Rechtsetzung konsequenter umsetze als alle übrigen Mitgliedstaaten.[2120] Als die Regierung Mitte November in einigen Punkten Kompromissbereitschaft andeutete,[2121] rechtfertigte die *Times* dies als Schadensminimierung, um eine Isolation zu verhindern.[2122] Zugleich unterstützte sie jedoch weiterhin auch die britischen Veto-Drohungen.[2123]

2117 TT 13.11.1991:19.

2118 TT 12.11.1991:14.

2119 Z. B. TT 20.11.1991:19d („Britain's case is that Europe at present is trying to run before it has shown it can walk"), TT 03.12.1991:15d („the federalists are making a united Europe run before it can walk"), TT 09.12.1991:15d („Those who run before they can walk fall on their faces"), TT 11.12.1991:15a („when others seek to run before they can walk, only a fool runs with them"), TT 12.12.1991:20b („If Europe tries to run before it can walk, it will fall down"). Die Metapher wurde in der *Times* oft auch mit der Haltung der britischen Regierung in Verbindung gebracht, allerdings keinem einzelnen Politiker als Zitat zugeschrieben. Im *Guardian* fand sich die Wendung nicht.

2120 So hieß es in einem Vergleich zwischen der britischen und der italienischen Europapolitik, Großbritannien wolle nur eine zurückhaltende EG-Rechtsetzung, die es dann aber auch umsetze, während Italien viele europäische Regeln befürworte, die es danach aber ignoriere (TT 28.11.1991:9a, ähnlich auch TT 29.11.1991:19g).

2121 TT 13.11.1991:8a, TT 13.11.1991:9c.

2122 TT 20.11.1991:19d.

2123 Ebd., TT 22.11.1991:18, ähnlich auch verschiedene Leserbriefe wie TT 20.11.1991:19a. Die Forderungen, für die in der *Times* solche Veto-Drohungen vorgeschlagen wurden, variierten allerdings stark und reichten vom „federal goal" über die Sozialpolitik und das Opt-out in der Währungsunion bis hin

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

In den letzten Tagen vor dem Gipfel verschärfte sich der Tonfall in den Leitartikeln schließlich noch einmal deutlich. Dabei forderte die *Times* nicht nur John Major auf, seine Verhandlungsposition entschlossen zu verteidigen, sondern übte auch aggressive Kritik an den Positionen der übrigen EG-Akteure. Diese Aggressivität ähnelte jener, die die Zeitung bereits während der zweiten Verhandlungsphase in der ersten Hälfte 1990 gezeigt hatte, ging teilweise aber noch darüber hinaus. So hieß es etwa in einem Leitartikel, die deutsche Bereitschaft zur Währungsunion könne sich bald als eine „passing historical aberration" erweisen: Einerseits würden sich die südeuropäischen Staaten von der EG abwenden, sobald daraus die Verpflichtung zu härterer wirtschaftlicher Disziplin erwachse; andererseits seien auch die deutschen Steuerzahler wohl nicht bereit, allzu lange gegenüber den „grasping lobbies of the Mediterranean" nachzugeben. Indem sich die britische Regierung gegen die „EMU enthusiasts" wie Jacques Delors wende, folge sie „sanity and caution", während andere Staaten womöglich „more cynical, or simply more careless of the future" seien.[2124]

Auch die Warnungen vor einer neuen deutschen Hegemonie wurden noch einmal direkter und waren wiederholt von Anspielungen auf die beiden Weltkriege begleitet. Explizit wurde dies in einem Kommentar von Woodrow Wyatt mit der Überschrift „The losers in the last war now threaten economic domination of Britain". Ihm zufolge sollte der Vertrag von Maastricht einem „mentally unstable Germany" die „permanent hegemony" über Europa sichern, an der es zuvor in den Weltkriegen dank Großbritannien gescheitert war.[2125] Ebenso drastisch formulierte ein Leserbrief in der *Times:*

> During the last two great wars millions of men and women fought and died for the freedom of these islands […]. While the prime minister is in Maastricht he should bear in mind that he would never be forgiven, either by the living or the dead, should he barter that freedom in exchange for some commercial or financial gain.[2126]

---

zum Erhalt der nationalen Grenzkontrollen – obwohl die Abschaffung von Letzteren in Maastricht überhaupt nicht zur Debatte stand.

2124 TT 03.12.1991:15d.

2125 TT 03.12.1991:14.

2126 TT 09.12.1991:15c). In weniger scharfer Form fand sich diese Warnung noch in weiteren Leserbriefen (TT 09.12.1991:15a, TT 09.12.1991:15b); andere Leserbriefe widersprachen der These eines deutschen Hegemoniestrebens allerdings auch (TT 11.12.1991:15b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auf etwas subtilere Weise fanden sich Anspielungen auf die Weltkriege auch in Formulierungen wie „German-French axis",[2127] in der Leitartikel-Überschrift „Ready to stand alone"[2128] oder in dem Zitat eines Mitglieds der britischen Delegation, das auf die Frage, wie lange sich die Verhandlungen in Maastricht hinziehen würden, antwortete: „We are fully determined to be home by Christmas."[2129]

Den Höhepunkt dieser aggressiven Kritik an der Vertragsreform bildete schließlich ein ungewöhnlich langer Leitartikel am ersten Gipfeltag. In einem Rundumschlag gegen die „chimera" des europäischen Föderalismus griff dieser eine Vielzahl von Akteuren an, die mit stark abwertenden, oft auf nationalen Negativ-Stereotypen beruhenden Beschreibungen versehen wurden. So seien die übrigen Mitgliedstaaten „either […] obsessed with the tenuous thesis that Germany can be ‚locked in' to structures that would diminish its power, or cynically ready to use support for Brussels as a means to greater subsidy". Italien strebe die Integration nur an, da es der eigenen Demokratie misstraue; Griechenland wiederum lebe von deutschen Steuergeldern. Unter den „politicians in the rest of the EC" kritisierten zwar viele Großbritannien für seine Vorbehalte, aber nur wenige hätten „read and understood the treaties". Auch die Einzelmaßnahmen der Vertragsreform wurden noch einmal massiv kritisiert: Die Währungsunion werde an den Kosten der wirtschaftlichen Konvergenz scheitern; bei der geplanten Ausweitung der Mehrheitsentscheide im Ministerrat handle es sich um „centralisation gone mad"; und der Versuch, Legitimität über das Europäische Parlament zu erzeugen, widerspreche „the British or any other intellectually coherent constitutional model". Zuletzt werde die geplante Europäische Union deshalb „in bitterness and fascism" zusammen-

2127 TT 11.12.1991:15a.
2128 TT 03.12.1991:15d.
2129 TT 09.12.1991:1a; vgl. auch TG 10.12.1991:26, wo diese Äußerung ironisch als „a boast familiar to the inhabitants of local war cemeteries" bezeichnet wurde. Auch sonst fanden sich im *Guardian* Anspielungen auf die Weltkriege lediglich in ironischer Form. So verglich eine Glosse die Unterhausabgeordneten, die nicht am Gipfel teilnehmen konnten, mit „helpless non-combatants, stranded miles away from the conflict", die nur in den Zeitungen von „a glorious victory for General Lamont here, a tactical retreat by General Hurd there, and further confirmation that Major Major is lost at sea" lesen könnten (TG 05.12.1991:6).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

brechen und Maastricht nur noch „like a passing madness, a brief shout of concord choked by its own illusions“ erscheinen.[2130]

Demgegenüber zeichneten die Meinungstexte im *Guardian* ein nuancierteres Bild der Vertragsreform und des britischen Widerstands dagegen. So kritisierte ein Leitartikel die diplomatische Isolierung und zog dabei auch explizit den Topos des britischen Pragmatismus in Zweifel:

> Douglas Hurd – an ancient refrain – keeps saying how practical and pragmatic we are, how different from the Continentals with all their sweeping gestures and easy promises. […] But […] eleven out of the twelve Community nations […] are fed up with pragmatic lecturing which they deeply perceive has little to do with them and everything to do with the foot-draggers on the Tory backbenches – who are themselves not practical at all, because they have never contemplated the awful economic consequences of stepping out of a Europe that everybody else is queuing to join.[2131]

In Bezug auf die föderale Zukunft der EG gab sich die Zeitung nun allerdings deutlich pessimistischer als noch zu Beginn der Vertragsverhandlungen. Einige Kommentare kritisierten die Einigung von Maastricht aus proeuropäischer Sicht als ungenügend und forderten ein noch stärker föderalistisches Modell.[2132] Ein Gastbeitrag des Politikwissenschaftlers David Marquand beschrieb die EG als ein dynamisches, auf schrittweise Kompetenzübertragung angelegtes Projekt, das schließlich in einen „full-scale federalism“ mit dem Europäischen Parlament als zentraler Legitimationsinstanz münden sollte. Dieser Prozess müsse nun seine Vollendung erreichen:

> The real significance of Maastricht is that the time for this transformation has now arrived. […] Integration has duly “spilled over” from economics to politics, and the Community has gone well beyond intergovernmentalism.[2133]

Allerdings schreckten die Regierungschefs vor diesem Schritt zurück, sodass Maastricht zu einem „sanctimonious fudge“ zu werden drohe, das die nationale Demokratie einschränke, ohne hinreichenden Ausgleich auf su-

2130 TT 09.12.1991:15d. Der Leitartikel blieb nicht ohne Reaktionen in den Leserbriefen der *Times*, die teils zustimmend (TT 11.12.1991:15c), teils ablehnend ausfielen (TT 11.12.1991:15d, TT 13.12.1991:15a).

2131 TG 06.11.1991:20.

2132 TG 20.11.1991:21, TG 09.12.1991:21.

2133 TG 03.12.1991:19b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

pranationaler Ebene zu schaffen. Die Hauptverantwortung dafür liege jedoch nicht bei jenen, die sich für mehr europäische Integration einsetzten, sondern vor allem bei

> the British anti-Europeans who have insisted on sacrificing the reality of democratic control to the fiction of parliamentary sovereignty.[2134]

Diese Art von proeuropäischer Kritik war jedoch nicht die einzige Argumentationslinie, die im *Guardian* zu finden war. So erschien auf derselben Seite wie Marquands Beitrag noch ein weiterer Gastkommentar des konservativen Unterhausabgeordneten John Biffen, in dem dieser unter Verweis auf das Europa-Konzept von General Charles de Gaulle eine schnelle Osterweiterung der EG und ihre Umwandlung in „more of a national partnership and less of an integrated union" forderte.[2135]

Einzelne andere Beiträge gingen noch weiter und kritisierten die geplante Vertragsreform mit einer hyperbolischen Überspitzung, deren Schärfe an den aggressiven Tonfall der *Times*-Leitartikel erinnerte. In einem Gastkommentar unterstellte etwa der Historiker Alan Sked, Mitglied der Bruges Group und späterer Gründer der UK Independence Party, Großbritannien könnte in Zukunft zu einem „removal of the ‚Great' from ‚Great Britain'" gezwungen werden, mit der Begründung „that no other province in Europe thought itself entitled to such a claim and that equality of status was the basis for European progress".[2136] Eine Glosse, die kurz vor dem Gipfel erschien, übersetzte „the double meanings of Euro-speak in plain language" und griff dabei zahlreiche Negativ-Stereotypen auf, indem sie etwa die EG als „replacement Soviet Union" oder „Economic cohesion" als „Hand-outs for Spanish fat cats funded by British taxpayers" beschrieb.[2137] Auch wenn solch aggressive Kritik – anders als in der *Times* – nicht die Regel war, trug sie dazu bei, dass auch im *Guardian* der Diskurs kurz vor dem Gipfel von Maastricht ambivalenter und insgesamt deutlich skeptischer war als in den ersten beiden Phasen der Vertragsverhandlungen. Die Richtung der Kritik variierte zwar je nach Beitrag. Was jedoch kaum vorkam, waren Meinungsartikel, die die Vertragsreform explizit guthießen.[2138]

2134 Ebd. Der Kommentar wurde auch in einem Leserbrief aufgegriffen (TG 04.12.1991:18).

2135 TG 03.12.1991:19a.

2136 TG 08.11.1991:23.

2137 TG 09.12.1991:2d.

2138 Ein Beispiel ist ein langer Kommentar des Wirtschaftsredakteurs Will Hutton, der argumentierte, dass die Vertragsreform es den EG-Staaten ermögliche,

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch dies lässt sich letztlich als Folge der Fokussierung auf nationale Akteure verstehen. Anders als in Deutschland oder Frankreich, wo der eigenen nationalen Regierung jeweils eine wichtige gestaltende Rolle auf dem Gipfel zugeschrieben wurde, ging es in der britischen Debatte vor allem darum, wie gut Major die geplanten Reformen würde abwehren können. Damit aber fehlte in der nationalen Öffentlichkeit ein Akteur, der die Vertragsinhalte aktiv verteidigt hätte – was zu einer Polarisierung des Diskurses führte: Manchen Kommentatoren ging der Integrationsschritt von Maastricht zu weit, anderen die Zugeständnisse der übrigen EG-Staaten an die britische Regierung.

„It's game, set and match for Britain": Die Gipfelergebnisse als Erfolg oder Niederlage der britischen Diplomatie

Die für die beiden britischen Zeitungen typische Kombination aus einem gemeinsamen inhaltlichen Fokus auf die eigene Regierung bei gleichzeitig diametral unterschiedlicher Bewertung zeigte sich auch in den Tagen nach dem Gipfel von Maastricht. Beide Zeitungen befassten sich erneut vor allem mit der diplomatischen Leistung der eigenen Regierung. In Überblicksdarstellungen führten sie neben den einzelnen Reformbeschlüssen jeweils auch explizit die britische Position an und erklärten, inwiefern das Gipfelergebnis ein Zugeständnis oder einen Erfolg Majors darstelle.[2139] Und auch die Berichte über die Reaktionen ausländischer Politiker auf den Gipfel bezogen sich fast immer auch auf Major und die britischen Opt-outs.[2140] Dennoch hätten schon die Schlagzeilen, mit denen die Zeitungen am Tag nach dem Gipfel aufmachten, kaum unterschiedlicher ausfallen können: Während die *Times* die Ergebnisse mit den Überschriften „Major

---

künftig gemeinsame Entscheidungen zu treffen, zu denen jeder einzelne allein nicht in der Lage sei (TG 09.12.1991:3b).

2139 TG 11.12.1991:3c, TT 12.12.1991:2e.

2140 Z. B. TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:2d, TT 12.12.1991:2b, TT 12.12.1991:2c, TG 12.12.1991:1, 22, TG 12.12.1991:2d. Ein *Times*-Artikel über die Debatte des Europäischen Parlaments zu dem Gipfel thematisierte sogar ausschließlich die (einhellig ablehnenden) Stellungnahmen Jacques Delors' und der Europaabgeordneten zum britischen Opt-out in der Sozialpolitik (TT 13.12.1991:11b). Und in einer internationalen Presseschau hob die *Times* hervor, dass die Zeitungen aller Länder neben dem jeweils nationalen Regierungschef vor allem John Major als Protagonisten des Gipfels ansähen (TT 13.12.1991:11a).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

wins all he asked for at Maastricht“ und „A sort of triumph“ zusammenfasste,[2141] betonte der *Guardian* ein weiteres Mal die britische Isolation und titelte: „EC unites on historic treaty with Britain in the slow lane“.[2142]

In der weiteren Berichterstattung beschrieb die *Times* insbesondere die Streichung des Wortes „federal“ und die Opt-out-Regelungen als Erfolge Majors und hob prominent dessen Äußerung „It's game, set and match for Britain“ hervor.[2143] Außerdem wies sie auf das geschickt geknüpfte Netzwerk hin, durch das Major auf dem Gipfel außer in der Sozialpolitik in keiner Frage allein gestanden habe. Anders als zu Thatchers Zeiten sei die französische Strategie, Großbritannien zu isolieren, nicht aufgegangen.[2144] Auch sonst zog sich das Motiv eines Siegs Majors über Mitterrand durch die *Times*-Berichterstattung: So erklärte die Zeitung, dass Mitterrand zwar selbst behaupte, dass Frankreich all seine Ziele erreicht habe, laut britischen Delegationsmitgliedern der französische Präsident jedoch geschwächt aus dem Gipfel hervorgehe.[2145] In einem Artikel über die Rolle der WEU hieß es, dass sich Großbritannien gegen Frankreich durchgesetzt habe, das während der Verhandlungen von Deutschland verlassen worden sei.[2146]

Der *Guardian* hingegen sprach schon nach dem ersten Gipfeltag von „sweeping concessions“, zu denen sich der britische Premierminister habe bereit erklären müssen – etwa in Bezug auf die Ausweitung der EG-Kompetenzen, die Stärkung des Europäischen Parlaments und die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik.[2147] Auch bei der Entscheidung über den Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank scheine Großbritannien aufgrund seines Opt-outs bereits „out of the running“.[2148] Nach dem Gipfel zitierte der *Guardian* Ruud Lubbers, François Mitterrand sowie Jacques Delors, die erklärten, dass sich die EG nicht von der britischen Regierung habe aufhalten lassen, und fasste zusammen: „Although John Major emer-

2141 Die erste Überschrift gehörte zum Aufmacher, die zweite zum Leitartikel über den Gipfel (TT 11.12.1991:1a, TT 11.12.1991:15a).

2142 TG 11.12.1991:1. Am folgenden Tag folgte allerdings noch ein Aufmacher über die Reaktionen in Großbritannien mit der Schlagzeile „Tories hail Major triumph“ (TG 12.12.1991:1).

2143 TT 11.12.1991:1a. Als weitere britische Erfolge nannte die Zeitung die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die Priorität der NATO in der Verteidigungspolitik sowie den Erhalt nationaler Vetorechte in der EG-Industriepolitik.

2144 TT 11.12.1991:1b.

2145 TT 11.12.1991:1a.

2146 TT 11.12.1991:11a.

2147 TG 10.12.1991:1, 26, ähnlich TG 10.12.1991:3b.

2148 TG 10.12.1991:2c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

ged claiming victory […], the view elsewhere was strikingly different."[2149] Ein Artikel, der „the Prime Minister's negotiating skills" analysierte, wertete die Vorstellung, dass Major durch diplomatisches Geschick den Gipfel in seinem Sinne entschieden habe, als „the instant Maastricht myth".[2150] Dass die britische Regierung laut ihrer eigenen Darstellung nicht isoliert gewesen sei, sondern nur „secret concerns" anderer EG-Staaten formuliert habe, erwähnte der *Guardian* lediglich ironisch in einer Glosse.[2151] Hingegen äußerten mehrere Artikel die Erwartung, dass Großbritannien wegen seiner Opt-outs auch künftig in der EG isoliert bleiben werde.[2152] Zudem habe Major auch die Aussichten auf den von ihm angestrebten Beitritt der Conservative Party zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament verschlechtert, da viele europäische Christdemokraten seinen „go-it-alone move" in Maastricht ablehnten.[2153] Verschiedene Texte äußerten zudem die Erwartung, dass Großbritannien sich einer europäischen Währungsunion oder gemeinsamen Sozialpolitik letztlich nicht dauerhaft werde entziehen können.[2154]

In Meinungstexten zeigte sich in beiden Zeitungen ein etwas vielschichtigeres Bild, in dem es jedoch weiterhin deutliche Unterschiede zwischen *Times* und *Guardian* gab. Auf der einen Seite lobte die *Times* wiederholt die Verhandlungsführung der britischen Regierung. Ein Leitartikel bezeichnete die beschlossene Reform als „the Fudge of Maastricht", betonte aber, dass die britische Delegation erfolgreich ihre Prinzipien verteidigt und damit der EG geholfen habe „to be realistic about its immediate future". Mehrere kleinere Staaten hätten inoffiziell die britische Haltung unterstützt, sich aber nicht offen gegen die „German-French axis" stellen wollen. Großbritannien habe darauf mit „honour and dignity" reagiert, indem es einen Konflikt vermieden, sich selbst aber durch die Opt-out-Regelungen vor einer überstürzten Reform bewahrt habe.[2155] Andere Kommentare

2149 TG 11.12.1991:1.
2150 TG 12.12.1991:3b.
2151 TG 11.12.1991:22.
2152 TG 13.12.1991:9a, TG 14.12.1991:8a, TG 16.12.1991:2. Einige Beiträge erkannten demgegenüber aber auch an, dass das britische Opt-out aus der gemeinsamen Sozialpolitik durchaus „a particular kind of economic logic" habe, da es der wenig produktiven britischen Wirtschaft erlaube, durch niedrige Löhne konkurrenzfähig zu bleiben (TG 11.12.1991:3a, ähnlich TG 11.12.1991:3b, TG 12.12.1991:2c).
2153 TG 17.12.1991:8.
2154 Z. B. TG 12.12.1991:20c, TG 13.12.1991:8.
2155 TT 11.12.1991:15a, ähnlich TT 12.12.1991:21, TT 11.12.1991:14b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

behaupteten noch einmal, dass auch Deutschland und Frankreich aus nationalen Interessen eigentlich keine größeren Souveränitätsabgaben wollten und sich lediglich in eine „folie à deux" hineingesteigert hätten. Nach deren Ende würden die in Maastricht beschlossenen Reformen zuletzt voraussichtlich doch noch scheitern.[2156]

Nur ein einziger Kommentar in der *Times* erklärte, dass bislang noch nicht abschätzbar sei, ob bei der Währungsunion der Nutzen oder die Kosten überwiegen würden, sodass es weiterhin möglich sei „that history will cast Mr Major instead of Jacques Delors as Don Quixote".[2157] Umgekehrt warnte ein Gastbeitrag von Nicholas Ridley in düsteren Tönen, dass die EG sich durch den Vertrag in Richtung einer „federal union" entwickeln werde. Auch die Opt-outs könnten sich deshalb zuletzt als ungenügend erweisen und das britische Parlament weiter unter Druck geraten „to sign away the people's powers over the government and replace our tried and trusted democratic institution with unaccountable directions from Brussels".[2158]

Auf der anderen Seite stellte ein *Guardian*-Leitartikel fest, dass die übrigen Mitgliedstaaten, vor allem Deutschland, sich alle Mühe gegeben hätten, Großbritannien einzubinden, und dafür zahlreiche „contortions of diplomacy, not to say common sense" akzeptiert hätten. Hingegen habe die britische Regierung darauf bestanden, „different" zu sein, und sich damit selbst isoliert.[2159] Verschiedene Kommentare übten allerdings auch Kritik an den Beschlüssen. So wertete der Wirtschaftsredakteur Will Hutton die für die Währungsunion beschlossenen Konvergenzkriterien als ungeeignete „measure of deflation and budgetary savagery […] which German public opinion demands if it is to be sold the notion of giving up the mark".[2160] Ein Leitartikel wiederum forderte für Großbritannien eine Debatte über soziale Rechte, erklärte jedoch, dass das Maastrichter Sozialkapi-

2156 TT 11.12.1991:14b, ähnlich TT 17.12.1991:14. Als Beleg für die steigende Ablehnung gegenüber den Beschlüssen führten beide Kommentare eine Umfrage der deutschen *Bild*-Zeitung an, der zufolge 97 Prozent der Leser gegen die Währungsunion seien. Auf die fehlende Repräsentativität der Umfrage, die allein auf eingegangenen Anrufen in der Zeitungsredaktion basierte, ging dabei keiner der Kommentare ein.

2157 TT 11.12.1991:14a.

2158 TT 12.12.1991:20b.

2159 TG 11.12.1991:20.

2160 TG 11.12.1991:2c.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tel dabei „would not have been of any help“, da es zu eng auf Arbeitnehmerrechte begrenzt sei.[2161]

Gleich mehrfach warfen beide Zeitungen zudem die Frage auf, ob es sich bei dem Gipfel um ein historisches Ereignis handele. Nachdem die *Times* im Leitartikel am ersten Gipfeltag rundheraus erklärt hatte, dass Maastricht „not a great turning point in European history“ sein werde,[2162] forderte sie hinterher, das „inward looking and inward acting“ zu beenden, das nur vom „real business“ wie der Binnenmarktgesetzgebung und der Erweiterung der EG ablenke.[2163] Auch in einem Kommentar hieß es, dass der Gipfel von Maastricht keinesfalls als historisches Ereignis, sondern lediglich als „the high-water mark of the incoherent idea of European political union“ in Erinnerung bleiben würde.[2164] In einem Aufmacher sprach die Zeitung hingegen von „historic treaties“, auf die sich die Regierungschefs geeinigt hätten.[2165] Ein weiterer Artikel schließlich erklärte, die Bedeutung von Maastricht für die Geschichte der EG sei noch unklar: Einerseits handle es sich um einen „giant step for European integration“ mit vielen Veränderungen in wichtigen Bereichen; andererseits bleibe die Gemeinschaft eine „deeply ambivalent institution“, da es nach wie vor keine Einigung über das Ziel der Integration gebe.[2166]

Der *Guardian* hingegen erklärte Maastricht schon mehrere Wochen im Voraus zu einem „major development in European history“.[2167] Nach dem Gipfel sprach der Aufmacher von „an historic European union treaty, but one that had all the hallmarks of a two-speed Europe – with Britain in the slow lane“.[2168] Ein anderer Artikel thematisierte die Orte, an denen berühmte historische Konferenzen stattgefunden hatten, und schloss mit der Feststellung:

> A place – Yalta, for example – can mean far more to us because of an historic agreement struck there than simply as a geographical location. Maastricht, which does not exist on many maps, may enjoy similar historical status.[2169]

2161 TG 14.12.1991:22, vgl. auch TG 12.12.1991:2c.
2162 TT 09.12.1991:15d.
2163 TT 12.12.1991:21.
2164 TT 11.12.1991:14b.
2165 TT 11.12.1991:1a.
2166 TT 12.12.1991:2a.
2167 TG 20.11.1991:8a, ähnlich auch TG 06.12.1991:23a.
2168 TG 11.12.1991:1.
2169 TG 11.12.1991:21.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Andere Artikel relativierten dieses Bild des historischen Gipfels jedoch auch und verwiesen auf die Unsicherheiten, die mit den Ergebnissen von Maastricht weiterhin verbunden seien:

> The traumas which have marked the build-up to Maastricht can perhaps be seen as the birthpangs of a future European state. But the final shape of that state will not be determined at or even immediately after Maastricht.[2170]

Stattdessen verwiesen mehrere Artikel auf die erwartete künftige Integrationsdynamik: In einer Analyse hieß es beispielsweise, die Reform von Maastricht selbst sei zwar „modest in its transfers of power to the EC", doch die im Vertrag bereits vorgesehene neue Regierungskonferenz 1996 werde klären „how far to move to something like a United States of Europe".[2171] Ein Kommentar des Brüssel-Korrespondenten John Palmer wiederum hob die „forces of integration let loose by the single market and EMU over the next few years" hervor, die die EG – trotz der Zugeständnisse an Großbritannien – ihren „longer-term goals of a full federal-style European Union" näher bringen würden, was sich spätestens mit „the next treaty" 1996 zeigen werde.[2172]

Verschiedene Leitartikel äußerten sich hingegen auch pessimistischer, was die Bedeutung des Gipfels und die künftigen Entwicklungsaussichten betraf. So erklärte ein Leitartikel, die Beschlüsse von Maastricht seien leicht rückgängig zu machen und deshalb eher als „a manifesto" zu verstehen, das erst später mit Leben gefüllt werden könne. Wichtiger als die Einigung selbst sei deshalb, wie die EG auf die Umstürze in Osteuropa reagiere.[2173] Ein anderer Leitartikel verglich den Gipfel mit dem nur einen Tag zuvor unterschriebenen Minsker Abkommen zur Auflösung der Sowjetunion: Die langfristige Relevanz beider Ereignisse werde zwar erst die Zukunft zeigen, „[b]ut at the moment, the confusion of Maastricht must be overshadowed by the drama […] of Minsk".[2174] Ein dritter Leitartikel schließlich verwies nach dem Gipfel darauf, dass alle zwölf Regierungschefs behauptet hätten, sich in Maastricht mit ihren jeweiligen Forderungen durchgesetzt zu haben. Damit versuchten sie ihre jeweiligen nationa-

2170 TG 06.12.1991:25c.
2171 TG 06.12.1991:25a.
2172 TG 12.12.1991:2e, ähnlich auch TG 13.12.1991:9b.
2173 TG 07.12.1991:22.
2174 TG 10.12.1991:24a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

len Wählerschaften zu beeindrucken, die je nach Land unterschiedliche Erwartungen hätten:

> Summit warfare is waged in entirely national terms – underpinned by the perception (for Mr Mitterrand just as much as Mr Major) that trophies have to be brought back in pseudo-triumph. It is the voters at home – French, German, British – who have to be put first: and juggled with as the forms of words painfully, almost childishly, emerge.[2175]

Diese nationale Orientierung der Verhandlungsführer zeige nicht nur, dass die EG „still light years from any hint of super-state" sei, sondern erschwere auch künftige Integrationsfortschritte. Angesichts der Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten wirkten Verhandlungen immer öfter nur wie ein „ramshackle compromise". Die EG sehe sich deshalb wachsenden Vorbehalten in der Bevölkerung ausgesetzt und stehe vor „a time of great test for the whole enterprise".[2176]

Im Vergleich zu den deutschen und französischen Zeitungen schließlich fanden sich in der britischen Presse nur wenige Berichte über die geplanten Ratifikationsverfahren in den übrigen Mitgliedstaaten. Ausgehend von der innenpolitischen Debatte über ein britisches Referendum zur Vertragsreform galt dabei das meiste Interesse der Frage, in welchen anderen Ländern, die der Währungsunion skeptisch gegenüberstanden, Volksabstimmungen geplant seien. So wurden Pläne zu einem dänischen Referendum[2177] ebenso thematisiert wie die öffentliche Meinung in Deutschland, wo Umfragen zufolge inzwischen eine große Mehrheit eine Volksabstimmung über die Währungsunion fordere.[2178] Nur sehr am Rande wurden hingegen die Andeutungen Mitterrands zu einem Referendum in Frankreich behandelt.[2179] Auch dass die Parlamente von Belgien und Italien ihr Votum an die Zustimmung des Europäischen Parlaments gebunden und

2175 TG 12.12.1991:20e.
2176 Ebd.
2177 TT 07.12.1991:5c, TG 27.11.1991:9a.
2178 Wie die *Times* erklärte, wurde diese Forderung auch von „Jürgen Döblin [sic], the Free Democratic party leader in Bavaria" unterstützt, wobei die Zeitung allerdings nicht weiter auf den recht begrenzten politischen Einfluss der bayrischen FDP einging (TT 12.12.1991:2d). Außerdem sprachen beide Zeitungen an, dass die SPD die Reform abzulehnen drohe, falls die Politische Union nicht weit genug gehe (TT 07.12.1991:5b, TT 14.12.1991, TG 14.12.1991:8b).
2179 TT 12.12.1991:2b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

diesem dadurch ein indirektes Ratifikationsrecht verschafft hatten, wurde in den britischen Zeitungen jeweils nur kurz erwähnt.[2180]

Tatsächlich konzentrierte sich die europapolitische Debatte in den britischen Medien schon wenige Tage nach dem Gipfel von Maastricht fast nur noch auf die inländischen Akteure; die übrigen Mitgliedstaaten spielten kaum noch eine Rolle. Lediglich Deutschland kam in der zweiten Dezemberhälfte noch einmal in die Schlagzeilen – zum einen durch die Ankündigung der Bundesregierung, in der Jugoslawien-Krise Slowenien und Kroatien anzuerkennen, zum anderen durch eine Leitzinserhöhung der deutschen Bundesbank, die zu einem Abrutschen des Sterlingkurses führte. Beide Entscheidungen wurden von den britischen Medien als nationale Alleingänge verstanden, die die Ernsthaftigkeit der Maastrichter Beschlüsse in Zweifel zögen.[2181] Die *Times* nahm dies zum Anlass, um noch einmal vor einer drohenden deutschen Hegemonie zu warnen: Ein Kommentar stellte fest, entgegen allen supranationalen Bekenntnisse sei Deutschland „anxious to establish its international role as a sovereign power and unnervingly sure of the rightness of its thinking".[2182] Im gleichen Sinne erklärte ein Leitartikel, die französische „idea that Germany might be ‚locked' into some supranational federation" sei „poor realpolitik" und habe letztlich nur zu einer Stärkung Deutschlands geführt.[2183] Letztlich wurde den Entwicklungen auf dem Kontinent allerdings weit weniger Bedeutung zugeschrieben als den Konsequenzen, die die Beschlüsse von Maastricht für die Einheit der Conservative Party und die Stabilität der britischen Regierung haben würden.

2180 TG 03.12.1991:8d, TT 11.12.1991:1a.
2181 Z. B. TG 16.12.1991:1a.
2182 TT 19.12.1991:16.
2183 TT 23.12.1991:11. Ein anderer Kommentar erklärte hingegen, dass den jüngeren Briten die deutsche Führungsrolle keine Sorgen mehr bereite, was allerdings ebenfalls nicht zu einer größeren Zustimmung zur europäischen Integration führe: Während die Älteren wenigstens zum Teil noch dazu bereit seien, der französischen Strategie zur Einbindung Deutschlands zu folgen, sähen die Jüngeren dazu schlicht keine Notwendigkeit (TT 20.12.1991:12).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

5.3.2 Die Debatte über die nationale Europapolitik

„Morass of manoeuvrings": Neue parteiinterne Konflikte der Conservative Party

Die innerparteilichen Differenzen in der Conservative Party hatten sich nach Thatchers Rücktritt nur vorübergehend beruhigt. Je näher der Gipfel von Maastricht heranrückte, desto mehr traten sie wieder in den Vordergrund der britischen Debatte. Bereits Anfang November kommentierte der *Guardian*, dass das Kabinett Major selbst „Euro-agnostic" sei, aber zwischen den verfeindeten Parteiflügeln lavieren und jederzeit eine Revolte innerhalb der Fraktion befürchten müsse.[2184] Dieser „morass of manoeuvrings" verhindere eine klare europapolitische Linie, lähme die Regierung und zwinge sie zur Improvisation.[2185] Nachdem eine Umfrage ergeben hatte, dass eine Mehrzahl der Briten Souveränitätsübertragungen skeptisch gegenüber stehe und Major und Hurd in der Europapolitik mehr vertraue als den Oppositionsführern,[2186] gestand ein *Guardian*-Leitartikel allerdings zu, dass Europa „not necessarily a losing issue for the Tories" sei. Vielmehr bestätige die Umfrage Majors Kurs: „Hang conciliatory in Europe, hang tough in London."[2187]

Mitte November kam es jedoch zu einem erneuten offenen Ausbruch des Konflikts, der nun mit noch größerer Schärfe ausgetragen wurde als zuvor. Vor allem in der *Times* dominierte die europapolitische Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteiflügeln (die meist als „Europhiles" und „Euro-sceptics" bzw. als „federalists" und „anti-federalists" bezeichnet wurden)[2188] die Schlagzeilen und nahm einen noch größeren Raum ein als die Berichterstattung über die Vertragsverhandlungen selbst.[2189]

2184 TG 06.11.1991:21.

2185 TG 06.11.1991:20, ähnlich TG 05.11.1991:24, TG 06.11.1991:7. Noch zur Unterhausdebatte am 20. November spottete eine Glosse, Major habe vorsichtshalber gleich zwei Reden vorbereitet: „one which would appeal to his backbench Europhobes, a second which would please his Europhiles. And to be really on the safe side, he read out both of them." (TG 21.11.1991:8c). Der Topos der orientierungslosen Konservativen fand sich auch in einem Gastkommentar des Labour-Politikers Roy Hattersley in der *Times* (TT 19.11.1991:14).

2186 TG 14.11.1991:1b.

2187 TG 14.11.1991:20b.

2188 Letzteres nutzten die Europaskeptiker auch als Selbstbezeichnung, etwa im Namen der „Anti-Federalist League".

2189 Die „incessant speculation in the media about splits in the Conservative Party" wurde sogar in einem Leserbrief des konservativen Unterhausabgeordneten

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zum Auslöser wurde dabei eine Kampfabstimmung um den Vorsitz im Backbench Committee on European Affairs, einem Ausschuss der konservativen Unterhausfraktion. Dieses Amt hatte in den Jahren zuvor der Integrationsskeptiker William Cash innegehabt, der nun von dem gemäßigten Norman Fowler herausgefordert wurde. Eine ähnliche Abstimmung, bei der Cash seine Position behauptet hatte, war im Vorjahr ohne große Medienaufmerksamkeit geblieben.[2190] Diesmal gewann sie jedoch an Relevanz, da Fowler offen von der Parteiführung um Major unterstützt wurde – und da angesichts der erwarteten Niederlage Cashs kurzzeitig auch der ehemalige Minister und enge Thatcher-Vertraute Norman Tebbit eine Gegenkandidatur andeutete. Beide Zeitungen veröffentlichten dazu mehrere Artikel, teilweise sogar auf der Titelseite.[2191]

Die Intensität dieser Auseinandersetzung über ein eigentlich wenig bedeutendes Fraktionsamt verdeutlichte, wie tief die Risse in der Conservative Party inzwischen gingen. Wie ein Kommentar in der *Times* analysierte, bildete die Europapolitik noch vor der Sozialpolitik den wichtigsten Streitpunkt zwischen den Parteiflügeln.[2192] Zur Eskalation des Konflikts trug ferner bei, dass Major selbst sich in einer öffentlichen Rede zwar zur Bewahrung der nationalen Souveränität bekannte, aber auch erklärte, dass eine Einigung in Maastricht im britischen Interesse liege, da Großbritannien bei einer Isolation Verluste für Einfluss und Wohlstand drohten. Beide Zeitungen deuteten dies als Versuch, die britische Öffentlichkeit auf den Vertrag einzustimmen, zugleich aber auch als Warnung an den europaskeptischen Parteiflügel.[2193] Tebbit wiederum reagierte mit dem Vorwurf, dass der Premierminister für eine Einigung auf dem Gipfel die Interessen des Landes vernachlässige.[2194]

Weiter geschürt wurden die parteiinternen Spannungen schließlich auch durch Nicholas Ridley. Der Thatcher-Vertraute, der 1990 wegen seiner EG-feindlichen Äußerungen als Handelsminister hatte zurücktreten

---

Jacques A. Arnold bemängelt, der sie als „increasingly tiresome" kritisierte (TT 12.11.1991:15a).

2190 Der Integrationsbefürworter Ray Whitney hatte Cash zwei Wochen nach der Wahl Majors zum Premierminister herausgefordert. Die *Times* hatte dies zunächst als Machtprobe zwischen den Parteiflügeln gedeutet (TT 12.12.1990:6), das Thema dann jedoch nicht weiterverfolgt.

2191 TT 08.11.1991:7, TT 13.11.1991:1, TT 14.11.1991:1b, TG 13.11.1991:8, TG 14.11.1991:1a.

2192 TT 11.11.1991:16.

2193 TG 12.11.1991:1, TT 12.11.1991:1, TT 12.11.1991:6b, TT 13.11.1991:8c.

2194 TT 13.11.1991:8b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

müssen, rief wenige Tage vor der Abstimmung zwischen Cash und Fowler die britischen Wähler dazu auf, bei der nächsten Unterhauswahl jeweils den Kandidaten zu wählen, der sich am klarsten gegen weitere Kompetenzübertragungen an die EG ausspreche – auch wenn dieser ein Mitglied der Labour Party sein sollte.[2195] Kurz darauf schlossen sich dieser Forderung auch der Parteiveteran John Enoch Powell sowie die Anti-Federalist League an, die von Alan Sked, einem Mitglied der Thatcher-nahen Bruges Group, gegründet worden war.[2196] Ein *Guardian*-Leitartikel tat Ridleys Vorschlag hingegen als „simple mischief" ab und forderte ihn auf, konsequenterweise aus der Conservative Party auszutreten und bei der nächsten Unterhauswahl für die Anti-Federalist League anzutreten.[2197]

Mitte November 1991 erschien damit eine dauerhafte Aufspaltung der Partei als ein realistisches Szenario. Dass Tebbit seine Kandidatur im Backbench Committee on European Affairs letztlich wieder zurückzog und Fowler die Wahl gewann, galt zwar als Erfolg Majors.[2198] Doch der Konflikt war damit nur verschoben: Zum neuen Schlüsselereignis wurde nun die für den 20. und 21. November angesetzte Unterhausdebatte, bei der das Parlament über das Verhandlungsmandat der Regierung auf dem Gipfel von Maastricht abstimmen sollte. Wiederholt äußerte vor allem die *Times* die Erwartung, dass es hierbei zu einer Revolte des europaskeptischen Flügels in der Fraktion kommen würde.[2199] Eine zentrale Rolle wurde dabei Margaret Thatcher zugeschrieben. Diese mischte sich zunächst zwar nur selten direkt in die Debatte ein und vermied auch jede offene Kritik an der Regierung.[2200] Dennoch bezeichneten beide Zeitungen sie in mehreren Artikeln als Identifikationsfigur des europaskeptischen Parteiflügels, die Major auch nach einem Jahr im Amt nicht habe verdrängen kön-

2195 TT 09.11.1991:20, TG 09.11.1991:5.

2196 TT 11.11.1991:1b, TT 14.11.1991:8a.

2197 TG 11.11.1991:24. Tatsächlich stellte die Anti-Federalist League zur Unterhauswahl 1992 einige Kandidaten gegen amtierende europafreundliche Abgeordnete auf, blieb jedoch erfolglos. 1993 entstand aus ihr die UK Independence Party.

2198 TT 13.11.1991:8b, TT 14.11.1991:1b, TG 14.11.1991:1a. Auch nach seiner Niederlage blieb Cash allerdings als prominenter Vertreter einer hart europaskeptischen Linie präsent (TT 15.11.1991:8).

2199 TT 12.11.1991:6a, TT 13.11.1991:1.

2200 In einer Rede Mitte November griff sie nur die Kommission an, die sich mehr Macht anzueignen versuche, und erklärte zudem die geplante Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank für undemokratisch (TT 15.11.1991:1).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nen.[2201] Wie erfolgreich ein Fraktionsaufstand gegen die Europapolitik der Regierung sein werde, hänge deshalb wesentlich davon ab, ob Thatcher bereit sei, sich daran zu beteiligen.[2202]

Das Verhandlungsmandat, das die Regierung dem Parlament schließlich vorschlug, sollte auf die Wünsche beider Parteiflügel eingehen: Einerseits forderte es „an agreement […] which avoids the development of a federal Europe", andererseits betonte es aber auch hier, es sei „in Britain's interest to continue to be at the heart of the European Community"[2203] – eine Kombination, die der *Guardian* spöttisch als „John Major's European version of motherhood and apple pie" bezeichnete.[2204] Zugleich bewegte sich die Regierung vor der Unterhausdebatte auch rhetorisch auf den europaskeptischen Flügel zu: Sowohl Hurd als auch Major betonten nun öffentlich, dass eine Einigung in Maastricht keineswegs sicher sei und dass „the mere word ‚federal' would be enough to spark a British veto".[2205]

Obwohl diese Drohung leicht als taktisches Manöver zu durchschauen war – wie oben beschrieben, hatten die britischen Zeitungen kurz zuvor bereits darüber berichtet, dass die übrigen EG-Staaten zu einem Verzicht auf die Formulierung bereit seien –, führte sie tatsächlich zu einer kurzzeitigen Beruhigung der innerparteilichen Debatte. Zwei Tage vor der Unterhausdebatte meldete die *Times*, dass die Regierung nicht mehr mit einer Fraktionsrevolte rechne.[2206] Dennoch blieb die europapolitische Spaltung der Conservative Party ein Dauerthema für beide britischen Zeitungen.[2207]

„Let the people speak": Debatte über ein nationales Referendum

Nach der Abstimmung über den Vorsitz im Backbench Committee on European Affairs und der Diskussion über das Verhandlungsmandat der Regierung zündete jedoch rasch ein dritter Funke für den parteiinternen

2201 TT 11.11.1991:16, TT 15.11.1991:18, TT 15.11.1991:19, TG 15.11.1991:24, TG 16.11.1991:27.
2202 So ausdrücklich TT 12.11.1991:6a.
2203 Der Mandatsvorschlag wurde von beiden Zeitungen im Wortlaut abgedruckt (TT 16.11.1991:6c, TG 16.11.1991:1b).
2204 TG 16.11.1991:1a. Vgl. auch TT 15.11.1991:1, TT 16.11.1991:1.
2205 TT 14.11.1991:1a, ähnlich TT 15.11.1991:1.
2206 TT 18.11.1991:1, vgl. auch TG 20.11.1991:22b.
2207 So berichteten *Times* und *Guardian* beispielsweise auch über eine europapolitische Debatte zwischen Norman Tebbit und Edward Heath in Oxford (TT 19.11.1991:9b, TG 19.11.1991:9).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Streit: nämlich der Vorschlag zu einem nationalen Referendum über die EG-Vertragsreform. Diese Forderung war erstmals ein Jahr zuvor nach dem Rücktritt Geoffrey Howes vom europaskeptischen Parteiflügel erhoben[2208] und kurzzeitig auch von Margaret Thatcher im Wahlkampf gegen Michael Heseltine aufgegriffen worden.[2209] Allerdings hatte selbst die sonst sehr Thatcher-freundliche *Times* dies damals als eine „short-term tactic" beschrieben, die mit der sonstigen Skepsis der Premierministerin gegenüber Volksentscheiden in Widerspruch stehe.[2210]

Im November 1991 waren es zunächst jedoch nicht die Europagegner, die die Forderung nach einem Referendum wieder auf die Agenda brachten. Vielmehr fand sich dieser Vorschlag bereits Anfang November in einem Kommentar des *Guardian*-Kolumnisten Hugo Young. Dieser kritisierte sowohl die Regierung, die ihre Zugeständnisse in Maastricht kleinzureden versuche, als auch die Labour-Opposition, die aufgrund eigener parteiinterner Konflikte eine offene Auseinandersetzung vermeide, in der sie „the Government's furtive tactic, and the lack of debate that accompanies it" offenlegen könnte. Letztlich werde die europapolitische Auseinandersetzung deshalb von den europafeindlichen „Thatcherites" dominiert, die sich ihrerseits auf das Argument stützten „that the British people, unconsulted through all these years […] would actually oppose what is happening, if they did but know what it meant". Diese „proposition that the absence of debate conceals an absence of popular assent" sei allerdings „an unverified phantom". Als einziger Ausweg bleibe deshalb „a national referendum to discover what the nation thinks about economic and political union". Dies würde zu „a grand national argument on what kind of Europe now heads the agenda of the people and their would-be leaders" führen und wäre „something between a seminar and an exorcism".[2211]

Diesem Kommentar lag die implizite Erwartung zugrunde, dass ein Referendum die Form der europapolitischen Debatte in Großbritannien verändern und letztlich zu einer größeren Zustimmung zu der Vertragsreform führen könne. In diesem Sinne griff kurz vor der Unterhausdebatte am 20. November auch der liberaldemokratische Parteichef Paddy Ashdown den Vorschlag eines Referendums auf, wofür er dem *Guardian* zufolge von Seiten der Parteispitzen der Conservatives und der Labour Party al-

2208 Z. B. TT 06.11.1990:14, TT 08.11.1990:17.
2209 TT 19.11.1990:3.
2210 TT 20.11.1990:3.
2211 TG 05.11.1991:24.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

lerdings zunächst nur „derision“ erntete.[2212] Dies änderte sich jedoch, als sich kurz darauf auch die European Reform Group, eine europaskeptische Gruppierung innerhalb der Conservative Party, für ein Referendum aussprach.[2213] Als Major diesen Vorstoß explizit zurückwies,[2214] wurde das Thema rasch zum neuen zentralen Angriffspunkt für den europaskeptischen Flügel der Conservative Party. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Referendumsdiskussion schließlich mit der Europadebatte im Unterhaus am 20. November, als sich Margaret Thatcher selbst vehement für eine Volksabstimmung aussprach – was die *Times* zum Anlass für einen Aufmacher unter der Schlagzeile „Let the people speak“ nahm.[2215]

Mit der Diskussion über ein Referendum entwickelte sich in Großbritannien – anders als in Deutschland oder Frankreich – bereits *vor* dem Gipfel von Maastricht eine ausführliche Debatte über die Form der Vertragsratifikation. Zugleich zeigte diese Auseinandersetzung aber auch besonders deutlich, wie stark die britische Öffentlichkeit vor dem Vertrag von Maastricht von einem nationalen, nicht gesamteuropäischen Verständnis von Bürgerschaft und Demokratie ausging. Tatsächlich entwickelte sich die Debatte schnell zu einer generellen Auseinandersetzung über das System der parlamentarischen Demokratie in Großbritannien: Auf der einen Seite argumentierten die Unterstützer eines Volksentscheids, dass die Bevölkerung dem britischen Parlament die Souveränität nur auf Zeit übertragen habe und die Abgeordneten diese deshalb nicht dauerhaft an eine andere Institution wie die EG abgeben könnten, ohne zuvor das Volk zu befragen.[2216] Außerdem seien in vielen Wahlkreisen die Kandidaten aller Parteien für

2212 TG 18.11.1991:1, vgl. auch TT 18.11.1991:1.

2213 TT 19.11.1991:9a, TG 19.11.1991:24.

2214 TT 20.11.1991:7a, TG 20.11.1991:22b. Lediglich falls Großbritannien in Zukunft beschließen werde, sich doch der Einheitswährung anzuschließen, solle das dann amtierende Parlament Major zufolge einen Volksentscheid darüber ansetzen können (TT 21.11.1991:1).

2215 TT 21.11.1991:1. Der *Guardian* titelte etwas nüchterner mit „Thatcher hijacks Major’s line“ (TG 21.11.1991:1) und hob im Aufmacher am folgenden Tag Majors Zurückweisung der Referendumsforderung hervor (TG 22.11.1991:1).

2216 In diesem Sinn argumentierten etwa der Liberaldemokrat Matthew Taylor (TT 20.11.1991:7a) und der konservative Abgeordnete Richard Shepherd in einem *Guardian*-Gastkommentar (TG 29.11.1991:23). Ein Leserbrief ging zudem auf das britische Referendum von 1975 ein, mit dem der Beitritt zur EG legitimiert worden sei, nicht jedoch die späteren Integrationsschritte (TT 12.11.1991:15b). Ein Leitartikel der *Times* hob hingegen hervor, dass der Vertragsabschluss keine dauerhafte Souveränitätsübertragung darstelle, da das britische Parlament weiterhin frei sei, in Zukunft einen Austritt aus der Europäischen Union zu beschließen (TT 20.11.1991:19d).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

eine Vertragsreform, sodass die Bürger in dieser Frage auch bei der Unterhauswahl keine Alternative hätten.[2217] Auf der anderen Seite verwiesen die Gegner des Vorschlags auf das Prinzip der repräsentativen Demokratie, welches durch den Rückgriff auf Referenden untergraben würde.[2218] Mit der Forderung nach einem Volksentscheid würden die Europaskeptiker also ihr eigenes Argument schwächen, dass sie die Souveränität des britischen Parlaments erhalten wollten.[2219] Vereinzelt wurde das Thema zudem rein parteitaktisch interpretiert: So beschrieb ein *Times*-Kommentar das Referendum unter anderem als Mittel, um eine weitere Spaltung der Conservative Party zu verhindern.[2220] Generell nicht in Frage gestellt wurde hingegen, dass die Ratifikation der Maastrichter Beschlüsse letztlich allein eine nationale Angelegenheit sei: Was in der Debatte über das Referendum zur Diskussion stand, waren unterschiedliche Verständnisse der *britischen* Demokratie, nicht jedoch deren Verhältnis zum gesamteuropäischen politischen System.

Der starke nationale Fokus zeigte sich auch bei dem zweiten Hauptthema der Unterhausdebatte am 20. September, nämlich der Diskussion über die Tragfähigkeit des geplanten britischen Opt-outs zur Währungsunion. Auch hier spielte nur das nationale Interesse, nicht aber die gesamteuropäische Dimension eine Rolle: Während die Regierung das Opt-out verteidigte, da sich das Land dadurch alle Zukunftsmöglichkeiten offen halte, verlangten die Europaskeptiker um Thatcher, dass Großbritannien einem Vertrag über die Währungsunion gar nicht erst beitreten dürfe. Die Hauptredner der Oppositionsparteien wiederum forderten ein Bekenntnis zur Ein-

2217 So Norman Tebbit (TT 20.11.1991:7b), später ähnlich auch Margaret Thatcher (TG 21.11.1991:1, TG 22.11.1991:8c, TT 23.11.1991:3), aber auch der Politikwissenschaftler Vernon Bogdanor in einem *Guardian*-Gastkommentar (TG 22.11.1991:23a). Auch ein Leserbrief in der *Times* verwies auf die unklaren Positionen beider großen Parteien, die es unmöglich machten, die Unterhauswahl zur Abstimmung über die Europapolitik zu machen. Aus diesem Grund sei ein Referendum auch gegenüber dem Vorschlag Nicholas Ridleys vorzuziehen, jeweils den europaskeptischsten Kandidaten zu wählen (TT 14.11.1991:19b).

2218 TT 18.11.1991:1, TT 18.11.1991:9b, TT 21.11.1991:6–7. Außenminister Hurd hob hervor, dass auch Thatcher selbst sich 1975 mit diesem Argument gegen die Durchführung des britischen EG-Referendums ausgesprochen hatte (TT 22.11.1991:1a, TT 22.11.1991:8b, TG 22.11.1991:8d). Verschiedentlich wurde zudem auf die Komplexität des Themas verwiesen, das sich nicht auf eine einfache Referendumsfrage herunterbrechen lasse (TT 20.11.1991:7a, TT 20.11.1991:19d, TT 20.11.1991:19c).

2219 TT 20.11.1991:7a, ähnlich auch ein Leitartikel der *Times* (TT 20.11.1991:19d).

2220 TT 22.11.1991:18.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

heitswährung, da das Opt-out das Vertrauen in Großbritannien untergrabe und ein späterer Beitritt zur Währungsunion mit größeren Anpassungsproblemen verbunden wäre.[2221]

Dass das von der Regierung vorgeschlagene Verhandlungsmandat für Maastricht schließlich mit nur wenigen Abweichlern in der konservativen Fraktion angenommen wurde, deutete die *Times* als Zwischenerfolg Majors.[2222] Zugleich hoben beide Zeitungen jedoch auch in den folgenden Tagen immer wieder die Konflikte zwischen dem Regierungslager und dem europaskeptischen Flügel hervor, der zu einem unvermeidlichen „clash of the titans" führen müsse.[2223] Im Mittelpunkt stand dabei wiederum Thatcher, die Major nach der Unterhausdebatte vorwarf, mit der Ablehnung eines Referendums „arrogant" zu handeln und sich gegen „fundamental instincts of the people" zu wenden.[2224] Umgekehrt griffen aber auch regierungsnahe konservative Politiker nun vermehrt die ehemalige Premierministerin an, der sie einen übertrieben europafeindlichen Kurs vorwarfen.[2225]

Welches Interesse diese Auseinandersetzung erzeugte, zeigte sich an zahlreichen Leserbriefen, die in den folgenden Tagen in beiden Zeitungen erschienen und sich teils mit der Persönlichkeit Thatchers,[2226] vor allem aber mit Argumenten für und gegen eine Volksabstimmung befassten. Die Argumentationsmuster entsprachen dabei im Wesentlichen jenen, die bereits zuvor von den Vertretern der beiden Flügel der Conservative Party verwendet worden waren: Ein Referendum sei nötig wegen der dauerhaften Souveränitätsabgabe[2227] bzw. weil die Parteien keine eindeutigen Posi-

2221 TT 21.11.1991:6–7, TG 21.11.1991:8e, TG 21.11.1991:8a, TG 21.11.1991:8d.
2222 TT 22.11.1991:1a, vgl. auch TG 22.11.1991:8b.
2223 TT 25.11.1991:1, ähnlich TT 22.11.1991:8a, TG 21.11.1991:20a.
2224 TT 23.11.1991:3, ähnlich TG 23.11.1991:1.
2225 TT 22.11.1991:8b, TT 26.11.1991:1, TG 25.11.1991:1, TG 26.11.1991:5d, TG 30.11.1991:8d, TG 02.12.1991:1. Zudem sei Thatchers Haltung widersprüchlich, da sie sich zuvor stets gegen Referenden ausgesprochen habe (TG 22.11.1991:8c, TG 22.11.1991:8d, TT 26.11.1991:6).
2226 Z. B. TG 25.11.1991:22a, TT 26.11.1991:15b, TT 26.11.1991:15d, TT 26.11.1991:15e, TT 29.11.1991:19d, TT 03.12.1991:15b, TT 03.12.1991:15a. Einige weitere Kommentare und Leserbriefe in der *Times* verknüpften das Maastricht-Thema zudem mit völlig anderen Forderungen nach einer Reform des britischen politischen Systems, etwa einer Beschleunigung der Dezentralisierung (TT 20.11.1991:18, TT 23.11.1991:15b) oder einem neuen Wahlrecht (TT 23.11.1991:15a, TG 25.11.1991:22b).
2227 TT 26.11.1991:15a, TT 29.11.1991:19c, TT 04.12.1991:17, TT 03.12.1991:15c, TG 23.11.1991:22a, TG 27.11.1991:20a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tionen hätten;[2228] es sei abzulehnen, da es gegen die repräsentative Demokratie verstoße[2229] oder da die Öffentlichkeit sich nicht genügend mit der Materie auskenne.[2230] Der ehemalige britische EG-Botschafter Michael Butler erklärte zudem in einem *Times*-Kommentar, dass ein Volksentscheid unnötig sei, da die geplante Währungsunion wohl ohnehin nicht vollendet würde und dem Vertrag von Maastricht daher im Vergleich mit früheren Vertragsreformen wie der Einheitlichen Europäischen Akte nur untergeordnete Bedeutung zukomme.[2231] Auch dieses Argument wurde in verschiedenen Leserbriefen aufgegriffen.[2232] Vereinzelt erschienen weiterhin auch Leserbriefe von proeuropäischen Referendumsbefürwortern, die sich von einer Volksabstimmung eine breitere Debatte über die Vorteile der Währungsunion erhofften.[2233] Umgekehrt erklärten andere Leserbriefe sehr offen, dass ein Referendum vor allem deshalb zu begrüßen sei, weil es die Chance auf einen britischen EG-Austritt erhöhe.[2234] Gemeinsam war allen Argumenten weiterhin, dass sie sich allein auf das britische, nicht das gesamteuropäische politische System bezogen.

Insgesamt erschien die Conservative Party kurz vor dem Gipfel von Maastricht also europapolitisch zerstrittener denn je. Insbesondere der *Guardian* hob hervor, dass der innerparteiliche „war of nerves" auch die Verhandlungsposition Majors in Maastricht schwäche;[2235] verschiedene Kommentare sprachen von der „first great crisis of his premiership".[2236] Andere Artikel deuteten die vehemente Kritik allerdings auch als indirekten Vorteil für Major: Da Thatchers Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Vertragsverhandlungen ohnehin schon im Voraus feststehe, gehe von ihr kein Druck mehr aus.[2237]

Erst wenige Tage vor dem Gipfel von Maastricht beruhigte sich die Debatte über die internen Konflikte der Conservative Party etwas und trat wieder hinter die Berichterstattung über die zwischenstaatlichen Verhandlungen zurück. Insbesondere die *Times* erwähnte allerdings auch weiterhin

2228 TT 29.11.1991:19e, TG 25.11.1991:22b, TG 25.11.1991:22c.
2229 TT 26.11.1991:15c, TT 29.11.1991:19f, TG 27.11.1991:20b.
2230 TT 02.12.1991:15a, TT 06.12.1991:19b.
2231 TT 26.11.1991:14b.
2232 Teils zustimmend (TT 29.11.1991:19a), teils ablehnend (TT 02.12.1991:15b).
2233 TT 26.11.1991:15f, TT 06.12.1991:19a, ähnlich TG 23.11.1991:22b, TG 26.11.1991:22a.
2234 TT 29.11.1991:19b.
2235 TG 26.11.1991:7b, TG 02.12.1991:24b, TG 09.12.1991:2b.
2236 So wörtlich TG 26.11.1991:21, ähnlich TG 28.11.1991:22.
2237 TG 26.11.1991:22c, TT 09.12.1991:1a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

regelmäßig die Möglichkeit einer künftigen Revolte des europaskeptischen Flügels über die Referendumsfrage. So nannte die Zeitung das Referendum etwa als Drohmittel der Europaskeptiker, falls Major auf dem Gipfel zu viele Kompromisse mache,[2238] oder berichtete über Erwägungen der Regierung, die vorgesehene Unterhausdebatte über das Ergebnis des Gipfels möglichst früh abzuhalten, damit dem europaskeptischen Flügel keine Zeit bleibe, um Widerstand dagegen zu organisieren.[2239] Außerdem veröffentlichte die Zeitung eine Umfrage, nach der eine Mehrheit der britischen Bevölkerung ein Referendum über die Währungsunion unterstützte.[2240]

„She could lose the Tories the election": Nationale Wahlaussichten als Bewertungsmaßstab

Die heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen brachten auch die politisch den Konservativen nahestehende *Times* in ein Dilemma: Die Zeitung hatte erkennbar Schwierigkeiten, sich in der redaktionellen Linie zwischen Major und Thatcher zu positionieren, und schwankte in Leitartikeln und anderen Meinungstexten immer wieder zwischen Kompromissbereitschaft und einer harten europaskeptischen Linie. Zu einem wichtigen Maßstab wurde dabei die Frage, wie sich die parteiinterne Krise auf die Aussichten der Conservative Party bei den für das Folgejahr anstehenden Unterhauswahlen auswirken würde.

In der Berichterstattung und einigen Kommentaren dominierte dabei ein regierungsnahes Deutungsmuster, das die Uneinigkeit hauptsächlich als Wahlkampfrisiko sah und die Verantwortung dafür vor allem dem europaskeptischen Flügel zuschrieb.[2241] So hob eine Analyse hervor, dass eine Mehrheit der Briten in Umfragen zwar die Vertragsreform ablehne, aber auch nicht in den Verhandlungen isoliert sein wolle. Majors vorsichtige Herangehensweise sei daher besser im Einklang mit den Wählern als „the Euro-scepticism of Conservative dissidents or the new-found Euro-enthusiasm of the Labour leadership".[2242] Allerdings zitierte die Zeitung in der Berichterstattung weitaus häufiger Stellungnahmen von Integrations-

2238 TT 05.12.1991:1.
2239 TT 09.12.1991:3c, ähnlich TG 12.12.1991:1.
2240 TT 07.12.1991:4.
2241 Z. B. TT 14.11.1991:6, TT 15.11.1991:18.
2242 TT 16.11.1991:6a.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gegnern als etwa Äußerungen von erklärten Integrationsbefürwortern wie Edward Heath und Geoffrey Howe. Als Antagonisten des Konflikts erschienen in der *Times* daher nur die Regierung und der europaskeptische Flügel – Positionen in der Partei, die noch europafreundlicher waren als das Kabinett, wurden kaum beachtet.

Zudem behielten auch die Leitartikel lange einen Thatcher-freundlichen Grundton und kritisierten Majors Europapolitik etwa als „fuzzy" oder „pretty tame".[2243] Erst Ende November – als sich abzeichnete, dass es nicht zu einer europaskeptischen Fraktionsrevolte kommen würde – ging die Zeitung zu einer positiveren Haltung über: Mit ihrer „new diplomacy" habe die Regierung „minimised the damage that the treaties would do to British interests and avoided the charge of isolation".[2244] Zugleich relativierte die *Times* auch die Bedeutung der Vertragsreform selbst: Ein europäischer „unitary state with pooled sovereignty" und einem „parliament as a properly accountable assembly" bleibe eine Vision, die nur „those blind to history, culture and politics" vertreten und nur „dictators" gutheißen könnten. In Maastricht stehe aber ein solcher „surrender to Brussels" gar nicht zur Debatte. Vielmehr gehe es nur um eine graduelle „delegation […] of specific areas of public policy", die Großbritannien jederzeit durch Kündigung des Vertrags widerrufen könne.[2245]

Nach der Unterhausdebatte folgte schließlich sogar eine Reihe von Leitartikeln und Gastkommentaren mit expliziter Kritik an Thatcher, die mit ihrer unnachgiebigen Haltung Majors Verhandlungsspielraum einschränke.[2246] Ein Artikel zitierte Befürchtungen des regierungsnahen Flügels, dass die Forderung nach einem Referendum der Labour Party in die Hän-

2243 TT 15.11.1991:19, TT 13.11.1991:19.

2244 TT 20.11.1991:19d.

2245 TT 22.11.1991:19. Auch in Bezug auf die Unabhängigkeit der EZB kritisierte ein weiterer Leitartikel zwar den „brittleness and ruthless centralism of the institutions emerging from the Maastricht process" – forderte dann aber kein Veto dagegen, sondern begnügte sich mit der Forderung, dass das britische Opt-out aus der Währungsunion „cast-iron" sein müsse (TT 23.11.1991:15c). Die Vorstellung, dass der Vertrag von Maastricht letztlich weniger bedeutend sei als die auch von Thatcher unterstützte Einheitliche Europäische Akte, wurde auch in einem *Guardian*-Leitartikel aufgegriffen, dort allerdings als Sichtweise des konservativen Parteivorsitzenden Chris Patten gekennzeichnet (TG 02.12.1991:24b).

2246 TT 25.11.1991:15d, TT 25.11.1991:14, TT 26.11.1991:14b, TT 29.11.1991:18. Dabei wurde verschiedentlich auch wieder der Topos eines Gegensatzes von Stil und Substanz herangezogen: Major sei keineswegs weniger souveränitätsbewusst als Thatcher, sondern wende nur eine andere Verhandlungstaktik an.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

de spiele – eine Gefahr, die auch von Europaskeptikern wie Norman Tebbit anerkannt werde.[2247] Eine Analyse stellte fest, die von Norman Fowler, dem neuen Vorsitzenden des Backbench Committee on European Affairs, geäußerte „warning that she [Thatcher] could lose the Tories the election" sei „too near the mark for comfort".[2248] Ein Kommentar wies zudem darauf hin, dass die übrigen Mitgliedstaaten bei einem Scheitern des Gipfels die Verhandlungen einfach später wieder aufnehmen könnten, sobald in Großbritannien ein Labour-Kabinett regieren würde.[2249] Verschiedentlich fand sich zudem der Topos, dass Thatchers Zeit abgelaufen sei. Ein Artikel bezeichnete sie etwa als Vertreterin eines „ancien régime";[2250] eine Glosse über Funde von Dinosaurier-Fossilien in Maastricht im 18. Jahrhundert war mit einer Karikatur von Thatcher als Urzeitechse illustriert.[2251]

Als nach der Unterhaus-Debatte Ende November der befürchtete Umfrageabsturz der Konservativen ausblieb[2252] und die Regierung zudem ankündigte, die ehemalige Premierministerin in den kommenden Wahlkampf einbinden zu wollen,[2253] ebbte die Kritik der *Times* an Thatcher allerdings auch schnell wieder ab. Bereits am 29. November erschien wieder ein Leitartikel, der Thatcher explizit für ihre harte Haltung gegen die das geplante EG-Sozialkapitel lobte.[2254]

Dennoch fand sich in der *Times* in den Tagen unmittelbar vor dem Gipfel etwas häufiger die Vorstellung, dass bestimmte Zugeständnisse in den Maastricht-Verhandlungen unvermeidlich seien und eine allzu harte Linie der Regierung eher schaden würde. So erklärte ein Artikel, Thatcher sei in Streitfragen meist isoliert gewesen und habe zuletzt oft nachgeben müssen; Major suche hingegen frühzeitig Kompromisse, werde aber nicht „surrender at the eleventh hour".[2255] Auch eine Äußerung von Finanzminister Lamont, dass ein einseitiger britischer Rückzug aus den Verhandlungen

2247 TT 25.11.1991:1. Allerdings sei Tebbit der Meinung, dass dies kein Grund sein dürfe, die in Maastricht drohende „danger to this country" zu verschweigen.
2248 So TT 29.11.1991:18.
2249 TT 22.11.1991:18.
2250 So TT 29.11.1991:18.
2251 TT 26.11.1991:14a.
2252 Stattdessen hob die *Times* mehrfach Umfrageergebnisse hervor, denen zufolge die Wähler der Regierung in der Europapolitik mehr vertrauten als der Labour-Führung (TT 27.11.1991:2, TT 28.11.1991:7b, TT 29.11.1991:18, TT 04.12.1991:5, TT 07.12.1991:4).
2253 TT 02.12.1991:20.
2254 TT 29.11.1991:19g.
2255 TT 03.12.1991:10b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

„unthinkable“ sei, deutete die Zeitung nicht etwa als fehlenden Mut zu einem Veto, sondern vielmehr als Zeichen dafür, dass „the interests of the country and of sterling would be put before Conservative party unity“.[2256] Ein Leitartikel wiederum betonte, dass es bei internationalen Verträgen nicht nur um das „long-term national interest“, sondern auch um „short-term electoral implications“ gehe. Wie Umfragen zeigten, sei auch unter diesem Gesichtspunkt „wide but not total agreement“ das beste Ziel, das Major auf dem Gipfel erreichen könne:

> While a “messy Maastricht” would be tedious, not least for his exhausted team, it need not be electorally disadvantageous. Mr Major is beginning to look good on foreign policy.[2257]

Insgesamt setzte sich in der *Times* in den Tagen vor dem Gipfel von Maastricht also eine Entwicklung fort, die sich bereits nach dem Regierungswechsel Ende 1990 angedeutet hatte: Obwohl die Zeitung in der Sache weiterhin im Wesentlichen Thatchers Positionen teilte und die EG-Vertragsreform inhaltlich vehement ablehnte, akzeptierte sie Majors gemäßigten Kurs und beschrieb diesen lediglich als einen anderen Stil, nicht als substanzielle Abkehr von der früheren Linie. Auch in der innerparteilichen Auseinandersetzung vermied die Zeitung zwar allzu direkte Angriffe auf Thatcher, positionierte sich aber insgesamt eher auf Seiten des Regierungsflügels. Dabei bildeten jenseits aller inhaltlichen Fragen insbesondere auch die Aussichten der Conservative Party bei der kommenden nationalen Parlamentswahl ein wesentliches Argument.

Aber auch der oppositionsnahe *Guardian* deutete die Krise der Konservativen im Licht der kommenden Wahlen. Anders als der *Times* fiel es dem traditionell Thatcher-feindlichen Blatt nicht schwer, zwischen Thatcher und Major Position zu beziehen: Ein Kommentar bezeichnete Thatchers Verhalten als „scandalously disloyal“ und forderte Major auf „to stamp on the traitor“;[2258] ein Leitartikel erklärte, die ehemalige Premierministerin scheine „completely off her chump“.[2259] Auch dass der *Guardian* dem von Thatcher geforderten Referendum über die Währungsunion eigentlich positiv gegenüberstand, führte nicht zu einer positiveren Bewertung: Zwar sei ihre Forderung nach einem Volksentscheid nicht abwegig, wenn dauerhaft staatliche Souveränität übertragen werde und keine der großen Partei-

2256 TT 02.12.1991:1.
2257 TT 05.12.1991:17b.
2258 TG 26.11.1991:22c.
2259 TG 25.11.1991:22d.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

en dies ablehne. Allerdings werde diese Frage frühestens 1996 relevant, wenn die dritte Stufe der Währungsunion tatsächlich in Kraft treten sollte. Bis dahin handele es sich bei der von Thatcher ausgelösten Debatte nicht um „serious politics", sondern „only a visceral knife-fight in a blood bath of wounded pride".[2260] Vor allem aber nahm der *Guardian*-Leitartikel den europapolitischen Streit der Regierungspartei zum Anlass für eine explizite Wahlempfehlung:

> [O]n this matter at least, it may be better to have a Labour government deliver the text. Neil Kinnock's party has its Euro-splits, but at least the leadership is clear. Mr Major and Mr Hurd – unless they confront their problems – are sinking in a swamp of emotion and vindictiveness.[2261]

Insgesamt behandelten beide Zeitungen die europapolitischen Spannungen in der Conservative Party also als ein wichtiges Thema, das breit diskutiert wurde. Sie folgten dabei jedoch einem national-parteipolitischen Deutungsmuster, das insbesondere um die Frage kreiste, wie die Uneinigkeit der Regierungspartei das Ergebnis der nächsten Unterhauswahl beeinflussen würde. Beide Zeitungen bezogen dabei entsprechend ihrer politischen Linie Position: die *Times* zugunsten der Regierung, der *Guardian* zugunsten der Labour-Opposition. Mit den Inhalten der EG-Vertragsreform, gar einem gesamteuropäischen Verfassungsmoment hatte dieser Strang der Debatte hingegen kaum noch etwas zu tun.

„Semi-critical, semi-evasive, resentfully submissive attitude": Die ambivalent-europafreundliche Linie der Labour Party

Im Vergleich zu der zerstrittenen Conservative Party war die Opposition in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht in den Medien deutlich weniger präsent – wobei der *Guardian* ihr noch mehr Raum einräumte als die regierungsnahe *Times.* So berichtete der *Guardian* immer wieder über die Kritik der Labour Party, dass die Regierung keine schlüssige Europapolitik

2260 Ebd. Der liberaldemokratische Parteivorsitzende Paddy Ashdown antwortete auf diesen Leitartikel in einem Leserbrief, dass das Referendum bereits zur Ratifikation des Vertrags, also etwa 1993, stattfinden müsse, nicht erst vor Eintritt zur Währungsunion (TG 26.11.1991:22a).

2261 TG 25.11.1991:22d.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

verfolge, sondern lediglich auf die Einigkeit ihrer Partei bedacht sei.[2262] Mitte November erschienen zudem ausführliche Artikel über die Arbeit der Labour Party an einem europapolitischen Positionspapier,[2263] über die Positionen aller drei großen britischen Parteien zu den wichtigsten Themen der Vertragsreform[2264] sowie zu Reden der Labour-Spitzenpolitiker Neil Kinnock und Gerald Kaufman in der Unterhausdebatte vor dem Gipfel.[2265]

Generell galt die Labour Party vor allem in der Sozial- und Währungspolitik als integrationsfreundlicher als die Regierung.[2266] Verschiedene *Guardian*-Artikel beschrieben dies auch als einen entscheidenden Faktor für den europapolitischen Konflikt innerhalb der Conservative Party, da deren europaskeptischer Flügel nun anders als in früheren Jahren nicht mehr mit Unterstützung aus der Opposition rechnen könne.[2267] Ein Leitartikel äußerte die Erwartung, bei einer möglichen Fraktionsrevolte der Conservative Party gegen die Ratifizierung der EG-Vertragsreform werde Labour „do the statesmanlike thing" und die Regierung unterstützen.[2268]

Zugleich kritisierte der *Guardian* allerdings auch wiederholt, dass die Labour Party nicht klar genug auftrete. Verschiedene Kommentare warfen der Partei vor, keine eigenen Vorschläge für die künftige Europäische Union zu präsentieren.[2269] Ihr europafreundlicher Kurs werfe deshalb „many questions about the small print" auf.[2270] Auch Parteichef Neil Kinnock agiere eher aus Taktik, nicht aus Überzeugung, sodass vor dem Gipfel von Maastricht letztlich beide großen Parteien „very much the same semi-critical, semi-evasive, resentfully submissive attitude to the tide of history" einnähmen.[2271] Auch für die *Times* war die europafreundliche Haltung der Labour Party vor allem ein taktisches Manöver, um Major unter Druck zu setzen. Ein Bericht hob hervor, dass Kinnock selbst noch im britischen

2262 TG 11.11.1991:1, TG 15.11.1991:8, TG 16.11.1991:1a, TG 22.11.1991:8e. Dieses Argument fand sich auch in einem Gastkommentar des stellvertretenden Labour-Parteivorsitzenden Roy Hattersley in der *Times* (TT 19.11.1991:14, ähnlich auch TT 18.11.1991:1).
2263 TG 15.11.1991:8.
2264 TG 20.11.1991:8c.
2265 TG 21.11.1991:8d, TG 22.11.1991:8e.
2266 TG 12.11.1991:10b, TG 19.11.1991:24, TT 14.11.1991:8d, TT 19.11.1991:9a.
2267 TG 09.11.1991:5, ähnlich TG 26.11.1991:21.
2268 TG 21.11.1991:20a.
2269 TG 05.11.1991:24.
2270 TG 06.11.1991:21.
2271 TG 21.11.1991:20b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Wahlkampf 1983 für einen EG-Austritt geworben habe.[2272] Nach der Unterhausdebatte am 20./21. November stellte ein Kommentar abfällig fest, anders als die Beiträge der konservativen Europaskeptiker seien die der Opposition kaum interessant gewesen, da sich die Labour-Linie inhaltlich eigentlich nicht von der Regierung unterscheide.[2273]

Beide Zeitungen wiesen zudem immer wieder darauf hin, dass es nicht nur in der Conservative Party, sondern auch bei Labour einen parteiinternen europaskeptischen Flügel gebe.[2274] Nach der Unterhausdebatte diente der *Guardian* selbst als Plattform für die innerparteiliche Auseinandersetzung, indem er – unter einer gemeinsamen Überschrift – zwei Gastkommentare des EG-skeptischen linken Labour-Abgeordneten Austin Mitchell sowie der proeuropäisch-föderalistischen Abgeordneten Ken Livingstone und Harry Barnes veröffentlichte.[2275]

Größeres Medieninteresse erregte schließlich, dass die Labour-Spitze Ende November erklärte, die europäische Integration, insbesondere die Stärkung des Europäischen Parlaments sowie die gemeinsame Sozialpolitik, zum Thema einer größeren politischen Kampagne machen zu wollen.[2276] In einem Leitartikel griff die *Times* diese Unterstützung der Labour Party für den „Eurosocialism of Jacques Delors" scharf an, hob zugleich jedoch auch hervor, dass sich die Partei nur aus der Oppositionsrolle heraus eine europafreundliche Rhetorik leiste, die sie nach eine Regierungsübernahme kaum umsetzen würde.[2277] Als sich trotz der klareren europapolitischen

2272 TT 14.11.1991:8d.

2273 TT 22.11.1991:18.

2274 TT 19.11.1991:9b, TT 19.11.1991:9a, TT 21.11.1991:6–7, TT 21.11.1991:18, TT 28.11.1991:7b, TG 20.11.1991:8c, TG 20.11.1991:22b, TG 21.11.1991:20a. Ein *Guardian*-Kommentar relativierte die Spaltung der Labour Party allerdings mit dem Hinweis, die Debatte über die EG sei „splitting pretty well every institution in the land, including the Oxford Union and the Church of England" (TG 20.11.1991:9).

2275 TG 21.11.1991:21b, TG 21.11.1991:21a. Weitere Labour-Abgeordnete beteiligten sich an der Debatte mit Leserbriefen, die teils für (TG 22.11.1991:22), teils gegen die Vertragsreform Position bezogen (TG 26.11.1991:22b).

2276 Z. B. TG 25.11.1991:2, TG 27.11.1991:9d. Zugleich sprach sich Kinnock gegen das von Thatcher geforderte Referendum aus, das lediglich Teil einer „vendetta within the Conservative party" sei (TT 27.11.1991:2). Beide Zeitungen thematisierten allerdings, dass es auch innerhalb der Labour Party Referendumsbefürworter gab (TG 25.11.1991:2, TT 28.11.1991:7a).

2277 TT 27.11.1991:19.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Haltung die Umfragewerte der Labour Party nicht verbesserten,[2278] brach die Parteispitze die Europa-Kampagne schließlich allerdings schon nach wenigen Tagen wieder ab und kündigte stattdessen einen verstärkten Fokus auf innenpolitische Themen an.[2279] Ein weiterer *Times*-Leitartikel stellte daraufhin spöttisch fest, dass Major in Maastricht darauf achten müsse, nicht zu viele Zugeständnisse zu machen, da sich sonst die Labour Party womöglich mit einem neuen „U-turn" der Kritik Margaret Thatchers anschließen werde.[2280] Ein *Guardian*-Kommentar resümierte, aus wahltaktischer Perspektive sei die Debatte vor dem Gipfel für Labour „thoroughly bad" verlaufen.[2281]

Im Gegensatz zur Labour Party erschienen die Liberal Democrats tatsächlich als überzeugte Vertreter des „ideal of European federalism".[2282] Allerdings spielten ihre inhaltlichen Argumente in der öffentlichen Debatte zur Vertragsreform kaum eine Rolle. Stattdessen erklärte eine Analyse im *Guardian* ihre Unterstützung für „the logic of federalism" in erster Linie machtstrategisch: Da die Partei „little real power at home to lose" habe, habe sie weniger Probleme mit einer Übertragung von Hoheitsrechten an die EG-Institutionen.[2283] Zudem konstatierte die *Times* auch bei den LibDems „party trouble", da Parteichef Paddy Ashdown die Forderung nach einem Referendum unterstütze, was die Mehrheit der Funktionsträger in der Partei ablehne.[2284] Und ein *Guardian*-Kommentar wies darauf hin, dass die „impeccable European credentials" der „officially Euro-passionate Liberal Democrats" keine Entsprechung in ihrer Wählerbasis hätten:

2278 Der *Guardian* erklärte dies damit, dass das wachsende Interesse für europapolitische Themen von der Kritik am britischen Gesundheitssystem ablenke, die den erfolgreichsten Angriffspunkt der Labour Party gegen die Regierung darstelle (TG 02.12.1991:2, TG 13.12.1991:18). Ein Leitartikel hob zudem hervor, dass die europafreundlichen Liberal Democrats in den Umfragen zulegten, was als „a vindication of [their] unambiguous line on Europe" verstanden werden könne (TG 09.12.1991:20).

2279 TT 04.12.1991:5, TG 05.12.1991:7. Gleichzeitig distanzierte sich Parteichef Neil Kinnock auch von den Vorschlägen des BSPEG zu einer gemeinsamen EG-Verteidigungspolitik und unterstützte die britische Regierung, die in der Verteidigungspolitik der NATO den Vorrang vor der EG gab (TG 05.12.1991:8c).

2280 TT 05.12.1991:17b.

2281 TG 10.12.1991:24b.

2282 TT 18.11.1991:9b. Ein *Guardian*-Kommentar erklärte etwas spöttisch: „by and large, if it is European the LibDems are usually for it" (TG 06.11.1991:21).

2283 TG 02.12.1991:8d.

2284 TT 18.11.1991:9b, vgl. auch TT 20.11.1991:7b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Umfragen zufolge seien die liberaldemokratischen Wähler „just as anti-federalist as everyone else".[2285]

„Never have so many known so little about so much": Topos der unzureichenden Debatte im Guardian

War der Topos der unzureichenden Debatte im *Guardian* schon in der zweiten Phase der Verhandlungen verbreitet gewesen, so gewann er in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht noch einmal stark an Präsenz. Die genaue Stoßrichtung dieser Metakritik blieb allerdings oft widersprüchlich: Einerseits wurde der Topos in einzelnen europaskeptischen Kommentaren mit der Intransparenz der Verhandlungen in Verbindung gebracht. So begründete ein Beitrag die unzureichende Debatte in Großbritannien damit, dass „the negotiations are multiple, complex and secretive, sealed in user-unfriendly jargon" und „the evolution of a united Europe, the destruction of the British nation state if you prefer, has been a salami-slicing business".[2286] Ein anderer Artikel betonte, wie wenig bekannt die genauen Pläne zur politischen Union in Großbritannien seien, und zitierte dazu die Thatcher-nahe Bruges Group:

> The Bruges Group is not alone in complaining: "Momentous decisions … are shrouded in official secrecy, undemocratic procedures, institutional manouvering [sic], and general absence of anything but the most headline-grabbing controversies."[2287]

Andererseits gingen mehrere *Guardian*-Beiträge jedoch auch davon aus, dass eine intensivere Europadebatte sich letztlich positiv auf die Integrationsbereitschaft der britischen Bevölkerung auswirken könnte. So beklagte ein Artikel, dass im britischen Unterhaus „the pro-European case has usually lacked charismatic champions".[2288] Ein anderer Kommentar erklärte, dass die Verwendung des Begriffs „federal" im Vertragstext die Gelegenheit zu einer ehrlichen Auseinandersetzung über eine Demokratisierung

2285 TG 20.11.1991:9.
2286 TG 20.11.1991:8a.
2287 TG 28.11.1991:9. Kritik an der besonderen EG-Terminologie und der fehlenden konzeptionellen Klarheit der Debatte fand sich auch in verschiedenen Leserbriefen in der *Times* (z. B. TT 20.11.1991:19b, TT 23.11.1991:15b).
2288 TG 06.11.1991:21.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der EG geboten hätte – und griff die britische Regierung an, die diese Klarheit mit ihrer pauschalen Ablehnung des Begriffs verhindert habe:

> An avowed 'federal' goal would supply a basis for serious discussion about what federalism means […]. A lot of familiar escape-routes into Euro-fudge would eventually be cut off. The process would slice wide open Britain's own hypocrisies about centralisation at home […]. But we would discover what federal goals really meant: the downward, outward shift of power. Power would be democratised as well as limited. This goal would have the rare merit of serving all sides' interests in the great British debate. Yet strangely, the conspiracy to exclude it became all sides' prime objective at Maastricht. First strike to the politics of fear.[2289]

Noch kürzer fasste den Topos der unzureichenden Debatte eine Karikatur auf der Titelseite der Zeitung, die am ersten Tag des Gipfels von Maastricht konstatierte: „Never in the history of politics have so many known so little about so much."[2290]

Bei dieser Kritik kam auch der *Guardian* allerdings nicht um die Beobachtung herum, dass die europapolitische Auseinandersetzung in Großbritannien – wenigstens rein quantitativ – weitaus intensiver war als in anderen Ländern. In der Einleitung zu einer Themenseite über den Gipfel von Maastricht versuchte die Zeitung diesen Zusammenfall von ausführlicher Diskussion und hoher Ablehnung der Vertragsreform zu erklären und bot dabei sowohl ein europafreundliches als auch ein europafeindliches Deutungsmuster an:

> The debate about these issues has been much more intense in Britain than elsewhere in Europe. […] For some, Britain's debate is an embarrassing anachronism, proof that Britain is still a bereaved imperial power unable to come to terms with the second half of the 20th century. For others, it shows the intellectual independence of a nation

2289 TG 05.12.1991:22.

2290 TG 09.12.1991:1b. Einige Tage zuvor hatte der *Guardian* die verbreitete Unwissenheit der britischen Öffentlichkeit in scherzhafter Form vorgeführt, indem er Prominente wie den Geiger Yehudi Menuhin oder die Schriftstellerin Julie Burchill mit Sachfragen wie „How many member states are in the EC?" oder „What does subsidiarity mean?" konfrontierte und unter der Überschrift „Who passes the Euro-test?" ihre oft falschen Antworten abdruckte (TG 22.11.1991:23b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

> which is […] unwilling to negotiate away important traditions and principles in wordy rhetoric on the green baize altar of political fashion.[2291]

Beide Deutungsmuster fanden sich auch in anderen *Guardian*-Artikeln über die britische Europadebatte. Im Sinne der letzteren, europaskeptischen Interpretation lobte beispielsweise ein Kommentar sogar Thatchers aggressive Kritik an John Major, da sie die Bedeutung der anstehenden Entscheidungen zeige und damit „a necessary antidote to the consensual obscurities that unite the political establishment" biete.[2292] Insgesamt neigte der *Guardian* allerdings eher der ersteren Position zu. Mehrere Artikel erkannten zwar die Existenz einer europapolitischen Debatte an, kritisierten diese jedoch als „primitive and emotional":[2293]

> What media and Commons rhetoric persistently fails to do is acknowledge shades of differences within parties – and cabinets – and between countries other than Britain versus the Rest.[2294]

Ein Kommentar sprach gar von einer „campaign of disinformation spearheaded by the anti-European union Tory newspapers", die die Vertragsinhalte verzerrt und übertrieben darstellten. Damit schürten sie unbegründete Angst vor der EG, die in Wahrheit „light years from the centralised super state of fevered Thatcherite imaginations" entfernt sei.[2295] Umgekehrt beschrieb ein anderer Kommentar es allerdings auch als Fehler, dass europafreundliche Konservative wie Geoffrey Howe das Ausmaß der Souveränitätsabgabe durch den Vertrag kleinzureden versuchten.[2296]

In der *Times* spielte der Topos der unzureichenden Debatte hingegen erneut fast keine Rolle. Im Gegenteil stellte ein Leitartikel lobend heraus, dass die öffentliche Auseinandersetzung über Europa in Großbritannien intensiver sei als in anderen Mitgliedstaaten, was an „Britain's adversarial political culture, […] the pluralism of its media and […] the punctiliousness with which Britons have always approached foreign affairs" liege.[2297] Implizit suggerierte die Zeitung damit auch, dass sich die Briten infolge der gründlicheren Auseinandersetzung besser der Bedeutung der Vertrags-

2291 TG 06.12.1991:23b.
2292 TG 26.11.1991:22c.
2293 TG 20.11.1991:8a, ähnlich TG 06.11.1991:21.
2294 TG 06.11.1991:21.
2295 TG 20.11.1991:21.
2296 TG 14.11.1991:20a.
2297 TT 20.11.1991:19d.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

reform bewusst seien als die Bevölkerung der übrigen Staaten – was ein anderer Leitartikel als Bestätigung für die Vorbehalte der britischen Regierung gegen die geplanten Integrationsschritte nahm:

> Polls suggest that a public made more aware of the meaning of economic and political union – more so than in any other European state except, perhaps, Germany – is no less cautious than ministers about aspects of the treaties.[2298]

Auch im Zusammenhang mit dem Topos der unzureichenden Debatte zeigte sich also die Polarisierung zwischen den beiden britischen Zeitungen. Während die *Times* die intensive britische Auseinandersetzung als Zeichen für die Überlegenheit des britischen Europadiskurses gegenüber anderen Ländern sah, kritisierte der *Guardian* vor allem die Art der Debatte, die trotz zahlreicher Beiträge oberflächlich bleibe und wesentliche Punkte übersehe. Dabei gingen sowohl europaskeptische als auch europafreundliche Kommentatoren davon aus, dass eine adäquate Debatte jeweils ihre eigene Position bestätigen würde. Trotz dieser insgesamt recht widersprüchlichen Verwendung des Topos bestand jedoch nach wie vor ein impliziter Konsens darüber, dass die öffentliche Auseinandersetzung über die EG-Vertragsreform auf nationaler Ebene auszutragen sei. Auch die Kritik, die der *Guardian* an den anderen Akteuren der Debatte übte, richtete sich gegen *britische* Medien – und stellte damit nicht die mitgliedstaatlich-außenpolitische Fragmentierung der europäischen Öffentlichkeit entlang nationaler Grenzen in Frage.

„A hero's welcome": Beruhigung und Verlagerung der britischen Debatte nach dem Sozial-Opt-out

Die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht erwiesen sich in Bezug auf die Stimmung in der Conservative Party als voller Erfolg. In ihrer ersten Reaktion auf den Gipfel hoben beide Zeitungen hervor, dass die Verhandlungserfolge Majors auch von dem europaskeptischen Parteiflügel anerkannt würden. Besonders enthusiastisch gab sich die *Times*, die unter der Überschrift „Tory MPs rally behind Major on Maastricht" beschrieb, dass der

2298 TT 05.12.1991:17b. Dass in diesem Zusammenhang ausgerechnet Deutschland als ein weiteres Land mit einer intensiven Debatte genannt wurde, dürfte mit der scharfen Kritik der deutschen Zeitungen an der Währungsunion zusammenhängen, in der die *Times* ihre eigene Linie bestätigt sah.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Premierminister bei seiner Rückkehr „a hero's welcome" erfahren und bis auf wenige „diehards" die gesamte konservative Fraktion für sich gewonnen habe.[2299] Im Mittelpunkt stand dabei allerdings weniger die Vertragsreform als solche, sondern speziell die beiden britischen Opt-outs aus der Währungsunion und der gemeinsamen Sozialpolitik. So bezeichnete ein Kommentar des Thatcher-nahen Publizisten Woodrow Wyatt den Ausstieg aus dem Sozialkapitel des Vertrags als einen „brilliant stroke", durch den Großbritannien als Investitionsstandort an Attraktivität gewinne.[2300]

Etwas anders fiel die Bewertung im *Guardian* aus: Auch hier erkannte zwar ein Leitartikel an, dass Major mit dem Ergebnis von Maastricht seine parteiinternen Gegner fürs Erste gebändigt habe.[2301] In Kommentaren erschien das Sozial-Opt-out hier jedoch in erster Linie als „a brilliant propaganda coup", der „the illusion that Maastricht was about nothing more than workers' rights" erzeugt habe und „conveniently obscured almost everything else that occurred".[2302] Dieser „manipulative effort" der Regierung überantworte das Thema „to the realm of feel-good politics" und verhindere eine ernsthafte Debatte über die „problems inherent in the deal".[2303]

Unter den bekannten Europaskeptikern fand vor allem Margaret Thatcher noch einmal große Aufmerksamkeit.[2304] Als sie einige Tage nach dem Gipfel schließlich ausdrücklich ihre Unterstützung für Major erklärte, schien der innerparteiliche Streit endlich beigelegt zu sein. Zum Testfall wurde die Unterhausdebatte vom 19. Dezember: Obwohl eine kleine Gruppe von Abgeordneten um Norman Tebbit im Voraus ankündigte, trotz der Opt-outs mit Nein stimmen zu wollen, lehnten zuletzt nur sieben konservative Abgeordnete die Resolution ab; etwa ein weiteres Dutzend erhielt sich oder blieb (wie Thatcher) der Abstimmung fern. Die *Times* sprach deshalb vom „swansong" einer Fraktionsrevolte des europaskepti-

2299 TT 12.12.1991:1, ähnlich TT 12.12.1991:3d sowie auch TG 11.12.1991:2a, TG 12.12.1991:1, TG 12.12.1991:3d.
2300 TT 17.12.1991:14.
2301 TG 12.12.1991:20e.
2302 TG 12.12.1991:20b.
2303 TG 19.12.1991:18a. Auch in der *Times* beschrieb ein Artikel etwas spöttisch, wie Majors Presseteam aktiv eine positive Deutung der Gipfelergebnisse verbreite – ohne allerdings diese Deutung selbst in Frage zu stellen (TT 12.12.1991:3e).
2304 TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:1, TT 12.12.1991:3f, TG 12.12.1991:1, TG 16.12.1991:1b.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schen Flügels.[2305] Das Ergebnis der Unterhausdebatte bestärke die Erwartung der Regierung „that a line can now be drawn under the European issue that at one time threatened a severe split".[2306]

Dieser weitreichende Erfolg Majors führte in den ersten Tagen nach dem Gipfel sogar zu Spekulationen, dass die Regierung schon innerhalb weniger Wochen vorgezogene Unterhauswahlen ansetzen könnte, um den Popularitätsschub von Maastricht für sich zu nutzen.[2307] Andere Artikel bremsten diese Erwartungen allerdings: So hieß es in einem Kommentar, Major habe zwar erfolgreich die drohende Fraktionsrevolte eingedämmt und sich mit dem sozialpolitischen Opt-out zugleich auch von Labour distanziert, was sich in den Umfragen positiv auswirke. Zugleich habe die Regierung jedoch auch einige wichtige Zugeständnisse gemacht, die in der britischen Debatte nur weniger präsent seien. Insgesamt sei die Europapolitik zu ambivalent, um zum zentralen Wahlkampfthema zu taugen.[2308]

Hinzu kam, dass auch die Oppositionsparteien die Opt-out-Regelungen als Gelegenheit sahen, um sich durch heftige Kritik an der Regierung zu profilieren. Diese Kritik betraf zum einen den schon klassischen Vorwurf der Isolation: In einem *Times*-Gastkommentar erklärte beispielsweise der Schatten-Außenminister Gerald Kaufman, dass Großbritannien sich mit der Nichtbeteiligung an der Währungsunion weiter absondern und die britische Wirtschaft durch ausbleibende Investitionen Schaden nehmen werde.[2309] Ähnlich äußerten sich verschiedene andere Oppositionspolitiker, die in Artikeln beider Zeitungen zitiert wurden.[2310] Darüber hinaus spiegelte sich die Sorge vor einer britischen Isolation auch in einem von

2305 TT 17.12.1991:7. Tebbit selbst gab an, seine Haltung entspreche jener „of the government which was elected in 1987 under the prime ministership of Mrs Thatcher". Selbst er erklärte aber, dass Major „too little credit" für sein Verhandlungsgeschick erhalten habe (TT 19.12.1991:6b).

2306 TT 20.12.1991:6b. Auch Major selbst sprach von einem „excellent result" (ebd.). Allerdings näherte sich der Premierminister dafür in seiner Rede während der Debatte inhaltlich wieder recht stark dem europaskeptischen Flügel an und erklärte, die britische Zukunft liege zwar in der EG, aber nur, wenn diese auch die „national identity and national traditions" respektiere. In Maastricht sei es nötig gewesen, hart zu verhandeln, weil es um „real British national interests" gegangen sei (TT 19.12.1991:6a).

2307 TT 12.12.1991:1, vgl. auch TT 17.12.1991:14, TG 21.12.1991:2.

2308 TT 13.12.1991:14b, sehr ähnlich auch TT 12.12.1991:3b. Ende Dezember war es letztlich die unsichere Wirtschaftslage, die zu einem Ende der Neuwahl-Spekulationen führte (TG 21.12.1991:2).

2309 TT 13.12.1991:14a.

2310 Z. B. TT 11.12.1991:11d, TT 12.12.1991:1, TT 12.12.1991:3d, TT 12.12.1991:3c, TG 10.12.1991:3c, TG 12.12.1991:1.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der *Times* ausführlich behandelten Schreiben einer Gruppe britischer Industrieller wider, die die „achievements of the prime minister and his colleagues in these difficult negotiations" unterstützten und erklärten, es sei „vital that we remain in the main track of European development, whilst protecting British interests every step of the way".[2311]

Daneben verfolgte die Labour Party jedoch noch eine weitere Argumentationslinie, indem sie der Regierung vorhielt, den britischen Gewerkschaften und Arbeitnehmern durch das Sozial-Opt-out europaweit geteilte Mindeststandards vorzuenthalten und das Land in eine „down-market economy" zu verwandeln.[2312] Anders als die Kritik an der diplomatischen Isolierung folgte dieses sozialpolitische Argument einem klaren Links-rechts-Gegensatz. Tatsächlich wurde das Sozial-Opt-out von den britischen Unternehmern mehrheitlich begrüßt, während die Gewerkschaften es stark kritisierten.[2313] Allerdings ging es in der Debatte darüber nicht um gesamteuropäische Fragen, sondern nur um die Standards im eigenen Land: Der Ausstieg aus der EG-Politik bot der Labour Party und den Gewerkschaften lediglich einen Anlass, um an die nationale Auseinandersetzung über Arbeitnehmerrechte anzuknüpfen, die vor allem Mitte der 1980er Jahre die britischen Parteien polarisiert hatte.[2314] Die Debatte darüber entsprach deshalb weniger einem europäisch-innenpolitischen als einem *national*-innenpolitischen Muster.

Dass sich die Labour Party genau auf diesen Aspekt der Vertragsreform konzentrierte, entsprach letztlich ihrer Anfang Dezember angekündigten Strategie, nicht europäische Fragen, sondern die nationale Wirtschaft und

---

2311 TT 13.12.1991:15b, vgl. auch TT 13.12.1991:1, TG 13.12.1991:20, ähnlich TT 11.12.1991:11b.

2312 So TT 19.12.1991:6a, ähnlich TT 14.12.1991:2, TT 18.12.1991:5, TG 12.12.1991:1, TG 12.12.1991:20d, TG 13.12.1991:20. Auch der *Guardian* selbst erklärte in einem Leitartikel, dass das sozialpolitische Opt-out langfristig mehr Schaden als Nutzen bringen werde (TG 12.12.1991:20a). Tatsächlich hatten Politiker beider großen Oppositionsparteien der Regierung bereits zuvor vorgeworfen, in Bezug auf das Sozialkapitel „scare stories" zu verbreiten und eine Gelegenheit zur Verbesserung der sozialen Situation in Großbritannien zu verpassen (TG 03.12.1991:8c, TG 06.12.1991:9). Die *Times* hatte dieses Thema vor dem Gipfel jedoch nicht, der *Guardian* nur punktuell aufgegriffen (TG 05.12.1991:9c, TG 10.12.1991:24b).

2313 TT 11.12.1991:11b, TT 12.12.1991:3a, TG 11.12.1991:3b, TG 12.12.1991:3b.

2314 In diesem Sinne erklärte auch Major selbst in der Unterhausdebatte nach dem Gipfel, eine Teilnahme an dem EG-Sozialkapitel „would have saddled Britain with the legislation in place during the strike-bound Seventies" – eine Äußerung, die von Labour-Vertretern heftig kritisiert wurde (TT 14.12.1991:2).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Sozialpolitik in den Mittelpunkt der politischen Debatte in Großbritannien zu rücken. Tatsächlich gelang es der Partei dadurch auch, ihre eigenen innerparteilichen Konflikte in europapolitischen Fragen wenigstens vorläufig zu überbrücken. Dies zeigte sich vor allem in der Unterhausdebatte, bei der am 19. Dezember über eine unverbindliche Resolution zu den Ergebnissen der Verhandlungen abgestimmt wurde. Die Parteiführung kündigte dafür eine geschlossene Ablehnung an und begründete dies damit, dass beide Opt-outs „bad for Britain" und speziell die Nichtteilnahme an der EG-Sozialpolitik „bad for the employees, particularly women" seien.[2315] Die Debatte selbst wurde in beiden Zeitungen als Erfolg des Labour-Parteichefs Neil Kinnock beschrieben, dem es dem *Guardian* zufolge gelang „to at last reclaim from Mrs Thatcher his job as Leader of the Opposition".[2316]

Kein Thema war nach dem Gipfel von Maastricht bemerkenswerterweise die nationale Ratifikation der Vertragsreform. Nachdem noch wenige Wochen zuvor die Forderung nach einem Referendum im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen innerhalb der Conservative Party gestanden hatte, spielte sie nun praktisch keine Rolle mehr. In der *Times* wurde sie lediglich in einem einzelnen Artikel erwähnt, in dem es hieß, dass angesichts der Verhandlungserfolge Majors auf dem Gipfel von Maastricht einige Vertreter des europaskeptischen Flügels bereit seien, die Forderung nach einem Referendum fallen zu lassen.[2317] Ein *Guardian*-Leitartikel erklärte, das Referendum könne auf die Tagesordnung zurückkehren, wenn die Währungsunion erst einmal Realität sei. Einstweilen sei es jedoch „difficult for sceptics to frame a question which is not mere endorsement of the gallant, skilful, determined, choose-your-own-adjective Deal for Britain that the Prime Minister did in Maastricht".[2318]

2315 TT 18.12.1991:5, ähnlich TG 19.12.1991:20, TG 20.12.1991:7. Offenbar um diese gemeinsame Linie der Fraktion nicht zu gefährden, legte die Labour-Spitze allerdings auch keinen eigenen Alternativantrag zu der von der Regierung vorgeschlagenen Resolution vor. Dies wiederum führte zu Kritik der Liberal Democrats, denen zufolge Labour damit seine Rolle als Oppositionspartei aufgebe (TT 18.12.1991:5).

2316 TG 19.12.1991:6, ähnlich auch TT 19.12.1991:6a, TT 19.12.1991:1, TT 20.12.1991:6a. Die gleichzeitig mit dem ersten Tag der Unterhausdebatte stattfindende Abstimmung im House of Lords über die Gipfelergebnisse, in der die Regierung unterstützt und je ein Änderungsantrag der Labour Party und der Liberaldemokraten überstimmt wurden, gab die *Times* dagegen unter der Überschrift „Victory for ministers" wieder (TT 19.12.1991:6c).

2317 TT 12.12.1991:3f.

2318 TG 12.12.1991:20e.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Umgekehrt wurde aber auch die Unterhaus-Resolution, mit der eine Mehrheit der Konservativen die Verhandlungsergebnisse unterstützte, von den Medien nicht als eine antizipierte Abstimmung über die spätere Ratifikation gedeutet: Statt um die Vertragsreform selbst ging es in der Debatte ausschließlich um die Verhandlungsweise der Regierung auf dem Gipfel. Zudem kündigte Major an, dass das Parlament erst nach den nächsten Unterhauswahlen über die Ratifikation abstimmen solle,[2319] und vertagte damit faktisch die weitere Auseinandersetzung über die Vertragsreform auf das folgende Jahr.

Tatsächlich folgte auf den Gipfel von Maastricht eine gewisse Beruhigung der britischen Europadebatte, die allerdings – wie schon Ende 1989 und Ende 1990 – nur vorübergehend war. Nach den Unterhauswahlen im April 1992, bei der die Konservativen deutliche Verluste erlitten, aber ihre Mehrheit halten konnten, kehrten die europapolitischen Konflikte zwischen Regierung und Opposition sowie vor allem innerhalb der Regierungspartei wieder in aller Heftigkeit zurück. Während des Ratifikationsprozesses 1992/1993 kam es zu weiteren scharfen Auseinandersetzungen über die Vertragsreform, die mehr als einmal auch den Fortbestand der Regierung in Frage stellten.[2320]

Die zentralen Argumentationsmuster blieben dabei jedoch die, die bereits während der Verhandlungsphase dominiert hatten: die Sorge um die nationale Souveränität einerseits sowie die Gefahr einer Isolation und eines sinkenden außenpolitischen Einflusses Großbritanniens andererseits. In der Auseinandersetzung über die Reichweite der britischen Opt-outs kam die gesamteuropäische Dimension der Vertragsreform kaum noch vor. Die weitere Entwicklung der EG insgesamt spielte – trotz der wiederholten Beteuerungen Thatcher-naher Kommentatoren, angesichts der fortschreitenden Föderalisierung eine „alternative vision of Europe" aufrechterhalten zu wollen[2321] – kaum eine Rolle: Statt um die Zukunft der Europäischen Union ging es nur noch um die besondere Position, die das eigene Land darin einnahm.

2319 TT 19.12.1991:6a.
2320 Vgl. hierzu Turner 2000:157–170.
2321 So Nicholas Ridley nach dem Gipfel in einem *Times*-Gastkommentar (TT 12.12.1991:20b).

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

5.4 Zwischenfazit

Der Gipfel von Maastricht bildete in allen untersuchten Zeitungen den quantitativen Höhepunkt der Berichterstattung über die Verhandlungen zur Vertragsreform. Diese gesteigerte Aufmerksamkeit und die damit einhergehende Verdichtung der Debatte lassen einen Verfassungsmoment im Sinne einer beschleunigten Veränderung der Deutungsmuster zur europäischen Integration wenigstens denkbar erscheinen. Tatsächlich wurde die mediale Auseinandersetzung über die Vertragsreform in dieser Phase in allen Ländern kontroverser; auch in der deutschen Debatte, die bis dahin deutliche Zeichen des proeuropäischen *permissive consensus* aufgewiesen hatte, wurde nun teils scharfe Kritik an der Reform geübt.

Allerdings konzentrierte sich die Berichterstattung in den Wochen vor dem Gipfel von Maastricht besonders auf die nationalen Regierungen, die Gegensätze zwischen ihnen und die möglichen Kompromisslinien in den verbleibenden offenen Fragen der Vertragsverhandlungen. Nach dem Gipfel wiederum dominierte in allen untersuchten Ländern die Frage nach Siegern und Verlierern. Im Zentrum der Debatte standen damit noch stärker als in den vorherigen Verhandlungsphasen die unterschiedlichen *nationalen* Standpunkte, während gesamteuropäisch-weltanschauliche Positionen weiter an Bedeutung verloren.

Auch der Fokus der Zeitungen auf die jeweils eigene nationale Regierung war noch einmal deutlicher als zuvor: In allen drei untersuchten Ländern wurde die jeweils eigene Regierung als wichtigster Protagonist des Gipfels gesehen. John Major galt dabei übereinstimmend als der wichtigste Bremser der Verhandlungen. Im Übrigen unterschied sich die beschriebene Akteurskonstellation je nach Land: Für die britischen Zeitungen stand Major allen anderen Gipfelteilnehmern weitgehend allein gegenüber. Für die deutschen Zeitungen galt Helmut Kohl als der Hauptgegner Majors und zugleich als der einzige Vertreter einer dezidiert europafreundlichen Position, während die übrigen Regierungen (insbesondere die französische) bei der Vertragsreform vor allem ihre jeweiligen nationalen Interessen im Blick hätten. In Frankreich schließlich wurde als Repräsentant der proeuropäischen Maximalposition Jacques Delors beschrieben, während François Mitterrand als wichtigster Verfechter einer realistischen Kompromisslinie erschien. Kohl wiederum spielte in der französischen Berichterstattung nur eine untergeordnete Rolle, auch wenn im *Figaro* verschiedentlich kritisiert wurde, dass es der französischen Regierung nicht gelungen sei, eine neue deutsche Hegemonialstellung zu verhindern.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Auch was die Themen der Vertragsreform betrifft, führte der Fokus auf die nationalen Positionen und die jeweils eigene Regierung zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. So betonten die deutschen Medien stark das Junktim zwischen Währungsunion und der Stärkung des Europäischen Parlaments und kritisierten in teils aggressiver Form das ‚Opfer der D-Mark', für das die Bundesregierung keine hinreichende Gegenleistung erhalten habe. Aufgrund der Einwände des Bundesrats thematisierten die deutschen Zeitungen die Formulierung zum Subsidiaritätsprinzip im Vertrag – ein Aspekt, der in den anderen Ländern keinerlei mediales Interesse weckte. In Frankreich wurde hingegen neben der Währungsunion vor allem die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik als Hauptthema des Gipfels beschrieben. Am deutlichsten war der nationale Diskurs bei der Schwerpunktsetzung wie schon zuvor in Großbritannien. Hier standen vor allem die Konflikte im Mittelpunkt, bei denen die britische Regierung mit einem Veto gegen den Vertrag drohte: das „federal goal" der EG, das Opt-out aus der Währungsunion sowie das Sozialkapitel. Auch nach dem Gipfel bildeten die beiden britischen Opt-outs das zentrale Thema der Debatte. Diese einseitige Schwerpunktsetzung wurde im *Guardian* zwar kritisiert und sogar als Propaganda der britischen Regierung gebrandmarkt, letztlich aber doch in der Berichterstattung übernommen.

Auch die anlaufende Debatte über die Ratifikation der Vertragsreform trug nicht zu einer stärker gesamteuropäisch-weltanschaulichen Perspektive bei. So kam es in Großbritannien und Frankreich zu intensiven Auseinandersetzungen über das jeweils eigene nationale Ratifikationsverfahren: In Großbritannien brach vor, in Frankreich nach dem Gipfel eine Debatte darüber aus, ob es ein nationales Referendum über den Vertrag geben sollte. Diese Debatten knüpften jeweils an schon vorher existierende inner- und zwischenparteiliche Konflikte über die nationale Europapolitik an und nahmen in der Öffentlichkeit einen breiten Raum ein. Vor allem in Großbritannien war die Auseinandersetzung über das Referendum zwischenzeitlich präsenter als die Debatte über die Vertragsreform selbst.

Allerdings konzentrierten sich die Debatten jeweils nur auf die Frage der eigenen nationalen Souveränität: In beiden Ländern kritisierte das europaskeptische Lager um Philippe Séguin bzw. Margaret Thatcher eine mögliche Übertragung nationaler Souveränitätsrechte ohne Referendum als illegitim. In Frankreich war diese Kritik eng verbunden mit dem Topos der unzureichenden (nationalen) Debatte, in Großbritannien mit einer Diskussion über die Funktionsweise der nationalen parlamentarischen Demokratie. Die Argumente, die in diesen Debatten vorgebracht wurden, blieben jedoch in aller Regel strikt auf das eigene Land bezogen und stan-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

den zudem in jeweils nationalen Kontexten: In Frankreich wurde das Thema etwa mit einer geplanten nationalen Verfassungsreform sowie der Frage eines nationalen Ausländerwahlrechts verknüpft; in Großbritannien wiederum mündete die Auseinandersetzung über die nationale Souveränität in eine Debatte über die nationalen Opt-outs.

Eine gesamteuropäische Kontextualisierung der Ratifikationsdebatte blieb hingegen aus: Für die Ratifikationsverfahren in anderen Ländern interessierten sich die Zeitungen jeweils nur am Rande, und selbst wenn über erwartete Schwierigkeiten geschrieben wurde, erschienen diese in der Regel nur als ein Problem der betreffenden nationalen Regierung – nicht als ein Risiko für die Vertragsreform insgesamt. Eine Ausnahme bildeten in dieser Hinsicht nur einige integrationsskeptische Meinungstexte in der *Times*, die das Ausmaß der britischen Isolation mit dem Hinweis herunterspielten, dass das gesamte Projekt der Währungsunion voraussichtlich ohnehin scheitern werde.

Ein neuer Topos, der in fast allen untersuchten Zeitungen vorkam, war schließlich die Relativierung der Tragweite des Gipfels. So beklagten sowohl die deutschen Zeitungen als auch der *Guardian* die unzureichende Stärkung des Europäischen Parlaments (wobei allerdings nur der *Guardian* explizit föderalistisch argumentierte, während SZ und FAZ hier eher eine diplomatische Niederlage der deutschen Bundesregierung kritisierten). Auch *Le Monde* stellte fest, dass die Vertragsreform nicht der erhoffte große Wurf sei, und *Le Figaro* räumte dem Argument der französischen Gaullisten großen Raum ein, dass die Vertragsreform nur vom eigentlich prioritären Thema der EG-Osterweiterung ablenke. Obwohl alle Zeitungen den Gipfel an anderer Stelle auch als ‚historisch' bewerteten, blieb damit ein im Ganzen widersprüchliches Bild von einer Reform, die einerseits die nationale Souveränität massiv einzuschränken, andererseits aber in entscheidenden Fragen zu kurz zu greifen schien. Die Vorstellung eines Durchbruchs zu einem europäisch-innenpolitischen Integrationsmodell, das auch eine neue Form der transnationalen öffentlichen Auseinandersetzung notwendig machen würde, spielte im Diskurs der Zeitungen keine Rolle. Trotz der in allen untersuchten Ländern zunehmenden Kritik an der unzureichenden europapolitischen Debatte wurde auch der Gipfel von Maastricht daher nicht zu einem europäischen Verfassungsmoment.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

6. Ergebnisse des Dritten Teils

Der öffentliche Diskurs über die Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht zeigte in allen drei untersuchten Ländern ein gemeinsames Grundmuster. In allen untersuchten Zeitungen zerfiel die Auseinandersetzung in zwei Teile: zum einen die Debatte über die zwischenstaatlichen Verhandlungen, zum anderen jene über die nationale Europapolitik. Beide Teildebatten zeichneten sich dabei durch jeweils eigene Akteurskonstellationen aus.

In der Auseinandersetzung über die europäischen Verhandlungen waren die Hauptakteure die Regierungen der drei größten Mitgliedstaaten sowie, mit Abstrichen, Kommissionspräsident Jacques Delors. Im Mittelpunkt der Berichterstattung aller untersuchten Zeitungen stand dabei in der Regel die Frage, inwieweit die je eigene nationale Regierung in der Lage sein würde, ihre europapolitische Agenda in den Verhandlungen durchzusetzen, und was das für die diplomatische Position des Landes insgesamt bedeutete. Andere Akteure erschienen dementsprechend vor allem als diplomatische Verbündete bzw. Gegner der jeweils eigenen Regierung. Die Regierungen kleinerer Staaten spielten in der Berichterstattung insgesamt nur eine untergeordnete Rolle. Sie konnten aber unter besonderen Umständen ebenfalls große Aufmerksamkeit gewinnen, etwa wenn sie ein Veto gegen die Vertragsreform einzulegen drohten.

Dieses Muster deckt sich mit dem Erklärungsansatz, der im Ersten Teil der Arbeit vorgestellt wurde: Nachrichtenwert besaßen in der Debatte über die Verhandlungen vor allem jene Akteure, denen aufgrund des Verfahrens und aufgrund ihrer politischen Macht ein besonders hoher Einfluss auf das Ergebnis der Vertragsreform zugeschrieben wurde. Eine Besonderheit bildete dabei allerdings Jacques Delors, dessen hohe mediale Präsenz sich nur bedingt aus seiner Funktion im formalen Verfahren erklären lässt. Entscheidend für seinen hohen Nachrichtenwert war offenbar vielmehr seine Rolle als Ideengeber (und im Falle des Plans der Währungsunion auch Namensgeber) der Reform sowie – vor allem in den britischen und französischen Medien – als Symbolfigur des europäischen Föderalismus. Der Fokus der Berichterstattung auf die jeweils eigene Regierung entsprach wiederum dem oben beschriebenen Erklärungsansatz: Da von allen Akteuren nur die eigene Regierung vor dem jeweiligen nationalen Publi-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

kum politisch verantwortlich war, wurde ihr Handeln von den Medien genauer beschrieben und bewertet als das der übrigen Beteiligten.

In der zweiten Teildebatte, der Auseinandersetzung über die nationale Europapolitik, waren demgegenüber die wichtigsten Akteure stets die jeweilige nationale Regierung und ihre wichtigsten nationalen Kritiker. Die Auseinandersetzung verlief dabei oft, aber nicht ausschließlich entlang parteipolitischer Linien: In den deutschen Medien fiel sie angesichts der weitreichenden europapolitischen Übereinstimmung von Regierung und Opposition insgesamt eher klein aus; Kritik äußerten am ehesten noch die Landesregierungen im Bundesrat. In Frankreich war die Konfliktlinie zwischen Regierung und Opposition am deutlichsten, wobei vor allem die regierungsfreundliche *Le Monde* hier immer wieder auch oppositionsinterne Gegensätze zwischen dem gaullistisch-nationalkonservativen RPR und der liberal-europafreundlichen UDF thematisierte. In der britischen Öffentlichkeit schließlich wurde die Auseinandersetzung zwischen der eher integrationsskeptischen Regierung und der gemäßigt-proeuropäischen Opposition stark durch den innerparteilichen Richtungsstreit der Conservative Party überlagert. Vor allem im französischen und britischen Fall fielen diese Konfliktlinien in der Debatte über die nationale Europapolitik zusammen mit den Konfliktlinien, die auch die nationalen Debatten über andere politische Fragen prägten.

Auch dieses Muster entspricht dem im Ersten Teil beschriebenen Erklärungsansatz, insofern in diesem Teil der Debatte vor allem jene Akteure Nachrichtenwert besaßen, die in der nationalen Politik um die Zustimmung des jeweiligen nationalen Publikums konkurrierten. Dass sich dies nicht immer mit einem einfachen Gegensatz zwischen Regierung und Opposition deckte, lässt sich dadurch erklären, dass die Parteien selbst oft keine einheitliche europapolitische Position vertraten, sodass der Kampf um öffentliche Unterstützung nicht nur zwischen Parteien, sondern eben auch zwischen Parteiflügeln bzw. im deutschen Fall zwischen Bundesregierung und Ländern stattfand. Jedenfalls aber waren die Hauptakteure in diesem Debattenstrang in aller Regel wählbare Politiker, die dem nationalen Publikum der jeweiligen Zeitungen politisch verantwortlich waren. Eine Ausnahme bildete lediglich die Kritik, die die deutschen Zeitungen in der Schlussphase der Verhandlungen an der Währungsunion übten und die weniger von bestimmten politischen Akteuren als vielmehr von den Zeitungen selbst getragen wurde.

Insgesamt führte dieses zweigeteilte Grundmuster der öffentlichen Debatte mit seinen charakteristischen Akteurskonstellationen dazu, dass der Hauptfokus der Berichterstattung in allen drei nationalen Öffentlichkeiten

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

auf der politischen Agenda und der diplomatischen Leistung der jeweils eigenen nationalen Regierung lag. Dies bedeutete nicht notwendigerweise auch eine Zustimmung zur Europapolitik der eigenen Regierung: Vor allem oppositionsnahe Zeitungen wie der *Guardian* und der *Figaro* kritisierten diese regelmäßig und in teils scharfer Form. Doch auch sie befassten sich mit den europapolitischen Vorhaben der eigenen Regierung ausführlicher und verschafften ihnen damit eine größere Sichtbarkeit als jenen der anderen europapolitischen Akteure.

Zudem führte der Fokus auf die diplomatische Leistung der eigenen Regierung dazu, dass deren Ziele oft implizit als Maßstab für die Bewertung der Verhandlungen übernommen wurden. Insbesondere die deutschen und französischen Medien unterschieden deshalb nicht immer klar zwischen nationalen und gesamteuropäischen Interessen, sondern behandelten die Durchsetzung der eigenen nationalen Position gleichbedeutend mit einem ‚Erfolg' der Reform.

Im Einzelnen führte dieses strukturelle Grundmuster, das den Zeitungen in allen drei untersuchten Ländern gemeinsam war, dazu, dass sich die konkreten Inhalte und Deutungsmuster in den Diskursen je nach Land teils stark unterschieden. Auch wenn die Diskurse im Verlauf der Verhandlungen im Einzelnen durchaus Veränderungen erfuhren, blieben sowohl das Grundmuster als auch die dominanten nationalen Unterschiede über alle drei Verhandlungsphasen hinweg erhalten.

Die deutschen Zeitungen schrieben den Vorschlägen zu einer Vertragsänderung während der ersten Verhandlungsphase nur geringe praktische Relevanz zu und sahen sowohl die institutionelle Reform als auch die Währungsunion allenfalls als eine ferne Zukunftsvision. Während der zweiten Phase folgten sie frühzeitig dem von Helmut Kohl formulierten Argument, dass die problematische europäische Währungsunion nur durch eine gleichzeitige Stärkung des Europäischen Parlaments zu rechtfertigen sei. Noch wichtiger nahmen sie jedoch das Ziel der deutschen Wiedervereinigung: Wenigstens von November 1989 bis Oktober 1990 stand die europapolitische Debatte in Deutschland deshalb fast vollständig unter dem Leitnarrativ, dass Fortschritte in den EG-Vertragsverhandlungen die diplomatische Position der Bundesregierung stärkten und deshalb auch für die deutsche Einheit zuträglich seien. Nach Vollzug der Wiedervereinigung wurde dieses Argument allerdings kaum noch vorgebracht. An seine Stelle trat in der dritten Phase der Vertragsverhandlungen die Forderung nach einer stärkeren Durchsetzung der deutschen Vorschläge zur Politischen Union. Hinzu kam eine wachsende Skepsis gegenüber der Währungsunion, die nach dem Gipfel von Maastricht auch zu Kritik an

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Bundesregierung führte, die voreilig Zugeständnisse gemacht und zu wenig Gegenleistungen eingefordert habe.

Die französischen Zeitungen wiederum sahen als Hauptziele der Vertragsreform die europäische Währungsunion sowie – ab der zweiten Verhandlungsphase – die gemeinsame Außenpolitik, was sich mit den Prioritäten der französischen Regierung deckte. Beide Ziele galten dabei nicht nur als vorteilhaft für die europäische Stellung in der Welt, sondern auch für die französische Stellung in Europa. Zudem wurden die Vertragsverhandlungen – insbesondere während der französischen Ratspräsidentschaft 1989, aber auch im Umfeld des Gipfels von Maastricht – als diplomatische Prestigefrage gesehen, mit der sich François Mitterrand und seine Regierung profilieren konnten. Als Schlüsselfrage galt insbesondere das bilaterale Verhältnis mit dem wiedervereinigten Deutschland, das durch die Vertragsreform europäisch eingebunden und auf eine dauerhafte Zusammenarbeit mit Frankreich verpflichtet werden sollte. In der Schlussphase der Verhandlungen wurde dieses Narrativ schließlich von einer Debatte über die nationale Souveränität überlagert, die Vertreter des rechten Flügels des RPR sowie von PCF und FN durch die Vertragsreform bedroht sahen. Unterschiede zeigten *Le Monde* und *Le Figaro* vor allem bei der Bewertung der diplomatischen Leistung der Regierung und bei der Darstellung der europapolitischen Uneinigkeit innerhalb der französischen Opposition.

In Großbritannien schließlich drehte sich die Debatte über die Vertragsverhandlungen vor allem um den Konflikt zwischen der Wahrung der nationalen Souveränität und der der Gefahr einer europapolitischen Isolation des Landes. Anders als in Deutschland und Frankreich kam es dabei schon in der ersten Phase der Verhandlungen zu einer intensiven medialen Auseinandersetzung. Anlass dafür boten sowohl Margaret Thatchers Brügge-Rede als auch ihre strikte Ablehnung eines britischen EWS-Beitritts und der Währungsunion. Auch in der zweiten Phase lag der Fokus der Berichterstattung in den britischen Medien sehr stark auf der diplomatischen Strategie der Regierung; britische Initiativen und Gegenvorschläge wie der Competing-Currencies- oder der Hard-ECU-Plan, die in den Medien der anderen Länder kaum eine Rolle spielten, nahmen sehr breiten Raum ein. Als wichtigste Frage galt dabei, ob es der britischen Regierung mit diesen Vorschlägen gelingen würde, ihre Isolation in den Verhandlungen zu überwinden und supranationale Reformen zu verhindern – was die regierungsnahe *Times* meist bejahte und der oppositionelle *Guardian* verneinte. Eine weitere britische Besonderheit war der Topos des ‚guten Europäers', mit dem die *Times* die Linie der britischen Regierung gegen Vorwürfe der

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Europafeindlichkeit verteidigte und umgekehrt anderen an den Verhandlungen beteiligten Akteuren mit teils aggressiver Rhetorik nationales Machtstreben oder andere eigennützige Motive vorwarf. Der *Guardian* wies diesen Topos zunächst deutlich zurück, nutzte jedoch ab Ende 1990 teilweise ebenfalls nationale Negativstereotype für die übrigen EG-Regierungen. Auch in der letzten Phase der Verhandlungen konzentrierte sich die Debatte vor allem auf die britischen Forderungen sowie speziell auf die nationalen Ausnahmeregelungen, deren Auswirkungen auf Großbritannien nach dem Gipfel breiter diskutiert wurden als die Bedeutung der Reform für die EG insgesamt.

Gegenüber diesen großen nationalen Unterschieden spielten transnational-weltanschauliche Diskurslinien in der Debatte nur eine sehr untergeordnete Rolle. Vor allem für Frankreich und Großbritannien ist zwar festzustellen, dass die linksliberalen Zeitungen *Le Monde* und *The Guardian* insgesamt eher integrationsfreundlich, die liberalkonservativen *Le Figaro* und *The Times* eher integrationsskeptisch argumentierten: Während Erstere einen etwas größeren Schwerpunkt auf Fragen der institutionellen Reform legten und auch föderalistische Positionen sichtbar machten, räumten Letztere der souveränistischen Kritik am Vertrag mehr Platz ein.

Dieses Muster ergab sich allerdings vor allem aus der Haltung der Zeitungen zur jeweiligen nationalen Regierung, wie sich nicht zuletzt am zeitlichen Entwicklungsverlauf der Diskurse erkennen lässt: So grenzte sich der *Guardian* mit seiner Integrationsfreundlichkeit vor allem zu Beginn der Verhandlungen hart von Margaret Thatchers Europaskepsis ab. Nach dem Regierungswechsel und dem Amtsantritt des kompromissbereiteren John Major im November 1990 schwächte die Zeitung diese Linie allerdings ab und äußerte nun häufiger auch Kritik an der Vertragsreform. Umgekehrt ging die *Times* erst nach Thatchers Brügge-Rede im Herbst 1988 zu einer hart europaskeptischen Linie über, die sie nach Majors Amtsantritt wenigstens vorübergehend mäßigte, ehe sie in der Schlussphase der Verhandlungen zwischen Thatchers und Majors Positionen schwankte. Die integrationsskeptische Haltung im *Figaro* schließlich wurde vor allem gegen Ende der Verhandlungen härter, nachdem im RPR der europaskeptische Flügel um Philippe Séguin und Charles Pasqua deutlicher in Erscheinung getreten war. In Deutschland, wo sich CDU/CSU und SPD europapolitisch sehr nahe standen, gab es über den gesamten Zeitraum der Verhandlungen hinweg auch nur geringe Unterschiede zwischen FAZ und SZ.

Explizite transnational-weltanschauliche Bezüge, die die Grundlage für einen Verfassungsmoment hätten bilden können, fanden sich in den Zeitungen hingegen nur recht selten. Die Positionen der europäischen Partei-

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

en wurden zwar zuweilen erwähnt, in der Regel jedoch nicht allzu wichtig genommen. In der Anfangsphase der Verhandlungen formulierten die französischen und britischen Zeitungen, besonders *Le Monde* und die *Times,* zudem zuweilen die Idee eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen unterschiedlichen weltanschaulichen Visionen für Europa, die von Margaret Thatcher und Jacques Delors bzw. François Mitterrand verkörpert würden. Dieses Deutungsmuster spielte jedoch von Anfang an nur eine Nebenrolle und verlor im Verlauf der Gespräche, als sich die Regierungskonferenz näherte und die voranschreitenden Verhandlungen zunehmend von dem formalen intergouvernementalen Verfahren geprägt waren, noch weiter an Bedeutung.

Hinzu kommt, dass die Zeitungen – entsprechend der zweigeteilten Grundstruktur der Debatte – in ihrer Berichterstattung Regierungsparteien meist nur anderen Regierungsparteien oder der eigenen Opposition gegenüberstellten. Parallelen zwischen den Positionen der Regierungspartei eines Landes und der Oppositionspartei eines anderen wurden kaum gezogen. Entsprechend erschienen zum Beispiel die offensichtlichen Ähnlichkeiten zwischen dem britischen Competing-Currencies-Plan und dem RPR-Vorschlag einer „monnaie commune" in den Zeitungen nur sehr am Rande. Auch der Deutungsvorschlag der französischen Oppositionspartei CDS, die den Gipfel von Maastricht im Dezember 1991 nicht als einen Erfolg der französischen Regierung, sondern der europäischen Mitte-Rechts-Parteien verstanden wissen wollte, blieb in der französischen Öffentlichkeit ohne Resonanz.

Gegen Ende der Verhandlungen kam schließlich in fast allen untersuchten Zeitungen (wenn auch mit im Einzelnen unterschiedlicher Ausprägung) der neue Topos einer unzureichenden europapolitischen Debatte auf. Die Existenz dieses Topos war nicht unbedingt abhängig von dem quantitativen Ausmaß der Berichterstattung, das in dieser Phase in Wirklichkeit deutlich zunahm. Zudem war er in den britischen und französischen Medien stärker verbreitet als in den deutschen, obwohl die Auseinandersetzung in Deutschland tatsächlich weniger intensiv war. Vielmehr war das Aufkommen dieses Topos eher mit der einsetzenden Debatte über die Auswirkungen der Vertragsreform auf die nationale Souveränität verbunden. Er kann damit wohl als Indiz dafür verstanden werden, dass sich schon in den Augen der beteiligten Journalisten das Ausmaß der Veränderungen im europäischen politischen System nicht adäquat in der öffentlichen Debatte widerspiegelte.

Tatsächlich führte das große Gewicht nationaler Kontexte und diplomatischer Fragen dazu, dass verschiedene Aspekte der Vertragsreform, die für

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die Konstitutionalisierung des europäischen politischen Systems besonders wichtig waren, in der Öffentlichkeit nur marginal oder nur unter einem stark mitgliedstaatlich-außenpolitischen Blickwinkel thematisiert wurden. Im folgenden Vierten Teil soll deshalb noch einmal systematisch die Debatte zu jenen Reformbestandteilen analysiert werden, die am ehesten zum Aufhänger für eine europäisch-innenpolitische Neuinterpretation des Integrationsprozesses und damit für einen Verfassungsmoment hätten werden können.

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.5771/9783748906001-207, am 12.10.2024, 06:23:12
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb